

Wiebke Bachmann  
Die UdSSR und der Nahe Osten

**Schriftenreihe  
der Vierteljahrshefte  
für Zeitgeschichte  
Band 102**

Im Auftrag des  
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin  
herausgegeben von  
Helmut Altrichter      Horst Möller  
Hans-Peter Schwarz      Andreas Wirsching

Redaktion:  
Johannes Hürter und Jürgen Zarusky

# **Die UdSSR und der Nahe Osten**

Zionismus, ägyptischer Antikolonialismus und sowjetische  
Außenpolitik bis 1956

von

Wiebke Bachmann

Oldenbourg Verlag München 2011

Den Menschen, die Wissenschaftlern ihr uneingeschränktes  
Vertrauen schenken:  
Im Andenken an den Stifter Dr. Maximilian Bickhoff

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
[www.oldenbourg-verlag.de](http://www.oldenbourg-verlag.de)

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagentwurf: Thomas Rein, München und Daniel Johnson, Hamburg  
Umschlagabbildung: Tel Aviv, 23. August 1948: Kurz vor Antritt ihres Amtes als erste Botschafterin Israels in der Sowjetunion bespricht sich Golda Meir mit dem Botschaftsrat der sowjetischen Mission in Israel, M. L. Muchin, und dem Botschaftsrat der israelischen Mission in Moskau, Mordechai Namir.  
Quelle: Keystone France/Gamma Keystone/Getty Images

Satz: Typodata GmbH, München  
Druck und Bindung: Grafik+Druck GmbH, München

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-70371-9  
ISSN 0506-9408

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>7</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>9</b>
<b>I. Historische und ideologische Grundlagen der sowjetischen Nahostpolitik</b> .....	<b>23</b>
1. Wirtschaftliche und strategische Interessen des Russischen Reiches .....	<b>24</b>
2. Der Nahe Osten in der sowjetischen Politik bis zum Zweiten Weltkrieg ..	<b>27</b>
2.1. Nationale Befreiungsbewegungen in der marxistisch-leninistischen Theorie .....	<b>30</b>
2.2. Nationalismus und nationale Befreiungsbewegungen bei Stalin .....	<b>35</b>
3. Nationale Bestrebungen in der Sowjetunion .....	<b>38</b>
3.1. Rezeption der jüdischen nationalen Bestrebungen .....	<b>38</b>
3.2. Die muslimischen Minderheiten in der UdSSR .....	<b>41</b>
<b>II. Vorbedingungen und Machteinfluss im Nahen Osten</b> .....	<b>45</b>
1. Die geopolitische und wirtschaftliche Bedeutung Ägyptens und Palästinas .....	<b>45</b>
1.1. Ägypten: „Nackennerv“ des britischen Imperialismus .....	<b>47</b>
1.2. Strategischer Knotenpunkt Palästina .....	<b>49</b>
2. Der Nahe Osten als Nebenschauplatz der sowjetischen Außenpolitik ..	<b>51</b>
2.1. Die politische Lage in Palästina und Ägypten .....	<b>53</b>
2.2. Rolle und Position der kommunistischen Parteien .....	<b>57</b>
<b>III. Positionierung im Nahen Osten: Aktion oder Reaktion</b> .....	<b>71</b>
1. Sowjetischer „Antiimperialismus“ und die Beziehungen zu Ägypten .....	<b>71</b>
1.1. Etablierung diplomatischer Beziehungen der UdSSR mit Ägypten .....	<b>71</b>
1.2. Sowjetische Propaganda in Ägypten und Syrien .....	<b>73</b>
1.3. Ägyptische Unabhängigkeitsbestrebungen nach dem Krieg .....	<b>77</b>
2. Kriegskooperation im Zweiten Weltkrieg: Sowjetisch-jüdische Beziehungen .....	<b>86</b>
2.1. Die Initiative der zionistischen Bewegung .....	<b>86</b>
2.2. Reaktionen aus Moskau .....	<b>96</b>
2.3. Jüdische Emigration aus Osteuropa .....	<b>103</b>

<b>IV. 1946–1948 – Der Kalte Krieg und der Nahe Osten</b> . . . . .	<b>107</b>
1. Förderung der Differenzen zwischen kapitalistischen Staaten . . . . .	<b>107</b>
2. Unterstützung für die Staatsgründung Israels . . . . .	<b>111</b>
2.1. Die UdSSR und die UNO-Resolution über Palästina . . . . .	<b>111</b>
2.2. Intensivierung der sowjetisch-israelischen Beziehungen . . . . .	<b>115</b>
3. Das revolutionär-imperialistische Paradigma Stalin’scher Politik . . . . .	<b>121</b>
3.1. Diskussion sowjetischer Motive . . . . .	<b>122</b>
3.2. Sowjetischer Antizionismus und eine prozionistische Außenpolitik . .	<b>131</b>
<b>V. Neupositionierung der sowjetischen Nahostpolitik</b> . . . . .	<b>133</b>
1. Konfrontation statt Kooperation: Sowjetisch-israelische Beziehungen nach 1948 . . . . .	<b>133</b>
1.1. Die Frage der jüdischen Emigration nach Israel . . . . .	<b>133</b>
1.2. Die politische Orientierung Israels . . . . .	<b>138</b>
1.3. Auswirkungen der sowjetisch-israelischen Beziehungen in der UdSSR . . . . .	<b>141</b>
2. „Antiimperialismus“: Kohärenz sowjetischer und ägyptischer Interessen .	<b>151</b>
2.1. Die Staatsgründung Israels als Katalysator für die arabischen Staaten . . . . .	<b>151</b>
2.2. Instrumentalisierung der Sowjetunion in Ägypten und Syrien . . . . .	<b>153</b>
2.3. Neubewertung arabischer Neutralitätsbemühungen im Kreml . . . . .	<b>158</b>
2.4. Radikalisierung der Unabhängigkeitsbestrebungen in Ägypten . . . . .	<b>165</b>
<b>VI. Ausbau der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen seit 1953</b> . . . . .	<b>167</b>
1. Die ägyptische Initiative: Kontaktaufnahme ab 1953 . . . . .	<b>167</b>
2. Der sowjetisch-ägyptische Waffenhandel . . . . .	<b>172</b>
2.1. Ćamāl ‘Abd an-Nāsir: Aktive Neutralität . . . . .	<b>172</b>
2.2. Unabhängigkeit, Blockfreiheit und Sicherheit Ägyptens . . . . .	<b>175</b>
3. Ideologische Fundierung der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen . . . . .	<b>180</b>
3.1. Die sowjetische Reaktion: Der 20. Parteitag der KPdSU 1956 . . . . .	<b>180</b>
3.2. Sowjetische Zielsetzungen in Bezug auf Ägypten/Syrien . . . . .	<b>186</b>
<b>Schlussbetrachtung</b> . . . . .	<b>191</b>
<b>Abkürzungen</b> . . . . .	<b>195</b>
<b>Personen hochrangiger diplomatischer Ämter</b> . . . . .	<b>199</b>
<b>Quellen und Literatur</b> . . . . .	<b>203</b>
<b>Personenregister</b> . . . . .	<b>221</b>

## Vorwort

Die Realisierung der vorliegenden Arbeit, die 2009 als Doktorarbeit an der KU Eichstätt-Ingolstadt angenommen wurde, wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Personen und Institutionen nicht möglich gewesen. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich dafür bedanken.

Zunächst möchte ich Prof. Dr. Leonid Luks für die Betreuung dieser Arbeit und seine Hilfsbereitschaft danken. Mein Dank gilt allen Institutionen, die mein Promotionsstudium und die aufwendige Recherche finanziell und in vielen Fällen auch moralisch begleitet haben. Die Eichstätter Universitätsstiftung, vertreten durch Eduard Breitenhuber, hat mit einem Teilstipendium die erste Phase der Arbeit ermöglicht und mich im Weiteren mit großzügigen Forschungsstipendien unterstützt. Der Maximilian-Bickhoff-Stiftung danke ich für die Förderung mit einem Promotionsstipendium. Insbesondere danken möchte ich aber dem Vorstand und den Professoren der Stiftung, für ihre Hilfsbereitschaft und das Interesse, das sie den Stipendiaten entgegenbringen. Die Gespräche, die ich insbesondere mit Prof. Dr. Hans Hunfeld führen konnte, waren für mich persönlich von sehr besonderem Wert.

Das Deutsche Historische Institut (Prof. Dr. Bernd Bonwetsch) in Moskau hat mich mit zwei Forschungsstipendien für meine Archivrecherche gefördert. In den Gesprächen am Institut konnte ich wichtige Anregungen für meine Arbeit gewinnen. In diesem Kontext danke ich besonders herzlich Andrej Doronin, der mich bei meiner Recherche wesentlich unterstützte und mir entscheidend weitergeholfen hat.

Dem Cold War Studies Centre der LSE in London (heute LSE Ideas genannt) bin ich für die Möglichkeit und Teilfinanzierung eines zweimonatigen Gastforschungsaufenthaltes dankbar. Die Gelegenheit, mein Thema hier zu präsentieren, wertvolle Hinweise und vor allem die Gespräche mit Prof. Dr. Odd Arne Westad waren sehr wichtig für die Weiterentwicklung meiner Forschung.

Weiterhin bin ich den Mitarbeitern der Eichstätter Universitätsbibliothek, stellvertretend sei vor allem Herr Bernhard Matschulla genannt, für die immer hilfsbereite und flexible Unterstützung dankbar. In Moskau danke ich dem Personal der Archive, besonders den freundlichen Mitarbeitern des Archivs des Zentralkomitees (RGANI). Eine Freude hat mir Dr. Boris Chavkin mit vielen Kulturspaziergängen durch Moskau gemacht. Nicht zuletzt möchte ich den Herausgebern und Redakteuren (v.a. Dr. Jürgen Zarusky) der „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ für die Aufnahme in diese Reihe danken.

Zuletzt, aber allem anderen übergeordnet, gilt meine Dankbarkeit den Menschen um mich, die mich in meiner Arbeit bestätigt und bestärkt haben. Meine Mutter mit ihrem bedingungslosen Vertrauen in mich ist der Anfang von allem. Sie, Beate Bachmann, und meine Schwester, Dr. Julia Wegner, haben mir immer einen starken Rückhalt gegeben.

Dr. Zaur Gasimov hat mich mit Kritik und Korrekturlesen aktiv unterstützt, mir mit seiner Geduld und Liebe aber besonders geholfen. Auch ihnen – meiner Mutter, meiner Schwester und Zaur – ist diese Arbeit gewidmet.



## Einleitung

Mit der Herausbildung des islamischen Fundamentalismus und des Phänomens des arabischen Terrorismus ist der Nahe Osten in den letzten Jahren wieder stark in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit geraten. Auch die unterschiedlichen Reaktionen der beiden Großmächte USA und Russland spielten dabei über die Zeit des Kalten Krieges hinaus eine wichtige Rolle. Während der US-amerikanische Präsident George W. Bush von den „Schurkenstaaten“<sup>1</sup> oder der Irak, Iran, Syrien etc. umfassenden „Achse des Bösen“<sup>2</sup> sprach, fanden gleichzeitig Nachrichten über russische Waffenlieferungen oder Finanzhilfen an eben diese Staaten den Weg an die Öffentlichkeit.<sup>3</sup> Der Nahe Osten, in seiner herausragenden Bedeutung im internationalen Kontext, ist bis heute eine der unruhigsten Regionen der Welt. Für Erklärungen werden oft die arabische Kultur, ihre Entwicklung und ihre Gegensätze zur „westlichen“ Kultur herangezogen. Wird heute zumeist die Begründung für radikale und feindliche Äußerungen und Haltungen gegenüber den Industriestaaten im politischen Islam gesucht, so war während der ersten Jahrzehnte des Kalten Krieges aus westlicher Sicht die angeblich kommunistische Ausrichtung einiger arabischer Staaten wie Ägypten, Syrien und Irak der Grund. Solche Befürchtungen im Westen bildeten sich heraus, da die Großmachtinteressen der USA nach Kriegsende auf die weltpolitischen Bestrebungen der Sowjetunion wie auf die nationalen Interessen der als „sich entwickelnde“, „unterentwickelte“ oder „Dritte Welt“ bezeichneten Staaten<sup>4</sup> – darunter auch

<sup>1</sup> Mit dem stark kritisierten Begriff „rogue states“ wurden seit den 1990er Jahren in der US-amerikanischen Politik Staaten bezeichnet, die angeblich Terror unterstützen und den Besitz von Massenvernichtungswaffen anstreben: Als solche wurden Nordkorea, Kuba, Irak, Iran, Libyen, Sudan und Syrien eingestuft. Nachdem im Juni 2000 der Begriff kurz vor Ende der Amtszeit Bill Clintons aufgegeben worden war, wurde diese Einordnung v. a. von der US-Regierung unter George W. Bush wieder verwandt. Siehe dazu auch die Liste „State Sponsors of Terror“, <http://www.state.gov/s/ct/c14151.htm> (14. 11. 2008). Kritik am Begriff findet sich z. B. bei Chomsky, *Rogue States*; Derrida, *Schurken*.

<sup>2</sup> Vgl. die „State of the Union“-Rede von George W. Bush vom 29. 1. 2002. Bezogen auf Nordkorea, Iran und Irak sagte Bush: „Staaten wie diese, und ihre terroristischen Verbündeten, bilden eine Achse des Bösen, die sich bewaffnet, um den Frieden in der Welt zu bedrohen.“ Vgl. <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html> (31. 10. 2008). Ergänzt wurde diese „axis of evil“ in der Rede des Staatssekretärs John Bolton am 6. 5. 2002, in der Syrien, Libyen und Kuba als terrorfinanzierende Staaten genannt wurden. Vgl. <http://www.state.gov/t/us/rm/9962.htm> (14. 11. 2008).

<sup>3</sup> Allgemein hierzu: GfbV (Gesellschaft für bedrohte Völker): *Russland heizt Wettrüsten im Süden an*, 13. 2. 2007, [http://www.epo.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=2408](http://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=2408) (15. 11. 2010). Während z. B. der Westen die Hamäs als Terrororganisation einstufte und direkte Gespräche ablehnte und stattdessen die finanzielle und politische Isolierung verfolgte, lud der russische Präsident Vladimir Putin Hamäs-Vertreter gleich nach dem Wahlsieg im Januar 2006 zu Gesprächen nach Moskau ein (3. 3. 2006). Vgl. z. B. BBC, „Putin Ready for Talks with Hamas“, 9. 2. 2006; *The Washington Post*, „Putin Says Russia, U.S. Differ on Hamas Win“, 1. 2. 2006; FAZ net, „Empfang für Hamas in Moskau“, 3. 3. 2006. Weitere Beispiele: Focus online, „Putin verkauft Mullahs moderne Waffen“, 16. 1. 2007. Im Oktober 2007 und im August 2008 meldete RIA Novosti russische Waffenlieferungen nach Syrien trotz US-amerikanischer Proteste.

<sup>4</sup> Der Begriff „Dritte Welt“ gemäß der Verwendung von Frantz Fanon in seiner 1961 verfassten Schrift *„Die Verdammten der Erde“* löste im Westen ab den 1960er Jahren die Bezeichnung „unterentwickelte Staaten“ ab. In der Sowjetunion wurde dieser Begriff vermieden und man sprach von den „sich

der des Nahen Ostens – trafen. Dieser Interessengegensatz führte zu einer wachsenden Konfrontation der beiden Großmächte, dem so genannten Kalten Krieg, der Regionalstaaten zu Spielbällen der Großmachtinteressen werden zu lassen schien.

Die Ursache der westlichen Befürchtung, die sowjetischen außenpolitischen Aktivitäten im Nahen Osten und die Beziehungen der Sowjetunion zu Regionalmächten im Nahen Osten stehen im Fokus der vorliegenden Untersuchung. Es wird die Phase der Konstituierung der sowjetischen Nahostpolitik vom Zweiten Weltkrieg bis hin zu ihrer ideologischen Untermauerung 1956 analysiert und dabei spezifisch der Prozess der Entwicklung einer sowjetischen Außenpolitik gegenüber Israel einerseits und Ägypten andererseits untersucht. Beiden Ländern kam in diesem Kontext eine besondere Bedeutung im Nahen Osten zu: Ägypten, strategisch, geopolitisch und kulturell ein Mittelpunkt des Nahen Ostens, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg und mit dem Schwinden des englischen Einflusses als Vakuum betrachtet und entwickelte sich somit zu einem Knotenpunkt der Großmachtinteressen. Von der Gründung Israels erhofften sich die Großmächte einen sozialistischen bzw. demokratischen Vorposten in einer politisch als rückständig eingestuften Region. Die Tatsache, dass die meisten nach Israel auswandernden Juden aus Europa und der Sowjetunion kamen und damit entsprechendes Gedankengut mit sich brachten, schien eine vielversprechende Gelegenheit zu bieten, die eigenen Interessen in eine wirtschaftlich und strategisch bedeutende Region zu exportieren.

Zeitlich markiert das Jahr 1943 den Beginn einer aktiven Außenpolitik der UdSSR noch während des Zweiten Weltkrieges. Die Sowjetunion tauchte als Großmacht in der internationalen Arena auf und forderte ihre Rolle und Bedeutung als eben solche in der internationalen Politik ein. Der Nahe Osten zeigte sich schnell als einer der Kulminationspunkte internationaler Interessen und damit internationalen Konflikts, so dass die UdSSR langsam aber deutlich ihren Standpunkt einbrachte. Diese Verortung der sowjetischen Politik gegenüber den Nahostländern ist in den Jahren 1943–1956 zu beobachten. Die ersten Jahre bis 1948 offenbarten jedoch eine Ambivalenz der sowjetischen Außenpolitik, die in ihrer Heterogenität noch nicht ausreichend erklärt wurde. Die UdSSR setzte sich vor den Vereinten Nationen für die Unabhängigkeitsbewegungen in den arabischen Staaten ein, forcierte dann aber – trotz eines starken Antisemitismus und der Ablehnung der zionistischen<sup>5</sup> Bewegung innerhalb der Sowjetunion – die Gründung Israels. Auch die Länder des

---

entwickelnden“ Ländern in Asien, Afrika und dem Nahen Osten. Ursprünglich war der Begriff von dem französischen Demographen und Historiker Alfred Sauvy in seinem Artikel „Trois mondes, une planète“ eingeführt und parallel zum Dritten Stand gesetzt worden, mit der Bedeutung einer ausgebeuteten Staatengruppe, die sich auf einem eigenen dritten Weg befand. Sauvy selbst kritisierte diesen Begriff später als zu verallgemeinernd. Vgl. Alfred Sauvy, „Trois mondes, une planète“, in: *L'Observateur*, 14. 8. 1952, Nr. 118, S. 14; Fanon, *Les damnés de la terre*, passim.

<sup>5</sup> „Zionismus“ leitet sich ab von „Zion“, einem Hügel in Jerusalem. „Zion“ wurde weiter als Synonym für Jerusalem bzw. auch ganz Israel verstanden. Den Begriff „Zionismus“ verwandte 1890 der in Wien lebende Journalist Nathan Birnbaum (1864–1937). Der Zionismus als national-jüdische Bewegung geht auf die politische Programmschrift „Der Judenstaat“ von Theodor Herzl (1860–1904) von 1896 zurück. 1897 wurde auf seine Initiative hin der erste Zionistenkongress in Basel einberufen und die Zionistische Weltorganisation gegründet: Ziel war die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina. Während sich viele jüdische Aktivisten und Politiker weltweit als Zionisten verstanden, d. h. als Befürworter einer jüdischen Heimstätte in Palästina, so war der Zionismus für die sowjetische Propaganda eine jüdische bourgeois-reaktionäre Ideologie, die die Idee des Klassenkampfes bei den jüdischen Arbeitern untergrabe. Vgl. Herzl, *Der Judenstaat*; Brenner, *Geschichte des Zionismus*; Rubinstein, *Geschichte des Zionismus*; zur sowjetischen Interpretation vgl. Stalin, *Marxismus und Nationale Frage*, S. 162–196.

Ostblocks unterstützten sowohl die arabischen Staaten als auch die jüdische Kampfgruppe Haganah<sup>6</sup> mit Waffen.

Ab 1949 kam es zur Verschlechterung der Beziehungen zu Israel, was zum einen auf die klare Westorientierung Israels, andererseits auf die von Moskau als Einmischung in die sowjetische Innenpolitik empfundene Forderung Israels nach Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel zurückzuführen war. Erst 1954 ergab sich jedoch für die UdSSR eine neue Lage im Nahen Osten. Wegen der Ablehnung neuer Versuche westlicher Einflussnahme, wie der Forderung nach Beitritt zu einem westlichen Verteidigungspakt, wurde Ägypten unter dem neuen Präsidenten Ġamāl ‘Abd an-Nāsir<sup>7</sup> (bekannt als Gamal Abdel Nasser) Mittelpunkt der Neutralitätsbestrebungen vieler Länder Asiens und Afrikas und verschaffte der Sowjetunion die Möglichkeit, sich mit Waffenhandel und Krediten als Alternative zum Westen zu präsentieren. Bis 1956 gelang es der UdSSR, sich als Faktor in der Region zu etablieren. Zum deutlichsten Indiz für die Schwächung des westlichen Einflussmonopols auf Ägypten wurde der Suezkrieg im Herbst 1956. In Bezug auf die theoretische Untermauerung der sowjetischen Außenpolitik bildete aber bereits das Frühjahr 1956 eine bedeutende Zäsur, weshalb diese Arbeit damit abschließt. Auf dem 20. Parteitag der KPdSU wurde die Politik der friedlichen Koexistenz verankert, die die Akzeptanz für verschiedene Wege zum Sozialismus beinhaltet und eine Zone des Friedens propagierte, die neben den sozialistischen Ländern auch „nicht-sozialistische friedliebende Staaten Europas und Asiens“<sup>8</sup> einschloss und damit ein Fundament für Beziehungen zu Staaten Asiens und Afrikas legte. So erhielt die bereits in der Praxis verfolgte Außenpolitik auch die theoretische Unterlegung und wurde zur offiziellen Staatspolitik.

Anhand des Verlaufs der Entwicklungen sollen die ausschlaggebenden Ursachen, die zur Positionierung der UdSSR im Nahen Osten führten, sowie die Ausgangslage, die den Ausbau ihrer Position in Israel und Ägypten ermöglichte, aufgezeigt werden. Dabei sollen die Bedingungen, die die Annäherungen der Sowjetunion an die jüdische Gemeinschaft in Palästina bzw. später an Ägypten zur Folge hatten, herausgearbeitet werden. Die Faktoren und Motive, die die sowjetische Haltung beeinflussten, sollen dabei ebenso aufgezeigt werden wie die Voraussetzungen und der Kontext der internationalen Lage, um ein entsprechendes Aktions-Reaktions-Gefüge aufzeigen zu können. Untersucht wird, warum die UdSSR ihre Politik, d. h. vor allem ihre diplomatische Unterstützung, ihre Wirtschafts- und Finanzhilfe so unterschiedlich mal an der jüdischen Gemeinschaft in Palästina (und ab Mai 1948 dem Staat Israel) und mal an den arabischen Staaten ausrichtete und welche Gründe es für die jeweilige Neuorientierung gab. Im Fokus der Untersuchung steht dabei die Entwicklung der Beziehungen der UdSSR zu den beiden Regionalmächten nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Interaktionen der beiden Großmächte. Untersucht werden somit äußere und auch innere Faktoren wie die veränderte Politik im Kreml, wobei die

---

<sup>6</sup> Hebr. für „Verteidigung“. Die Gruppe war eine im Juni 1920 gegründete Verteidigungsorganisation zum Schutz jüdischer Siedlungen. Sie weitete ihre Funktion aber zu einer starken paramilitärischen Organisation aus. Ab 1939 organisierte sie zudem die illegale jüdische Einwanderung nach Palästina und die jüdische Opposition zur britischen Mandatsverwaltung. Die Haganah unterstand der Führung der jüdischen Gewerkschaft Histadrut.

<sup>7</sup> Ġamāl ‘Abd an-Nāsir (1918–1970) war Mitbegründer und Anführer der „Freien Offiziere“, eines Zusammenschlusses ägyptischer Militärs, die am 23. 7. 1952 durch einen Militärcoup an die Macht kamen. 1954–1956 war ‘Abd an-Nāsir Premierminister, 1956–1970 Präsident Ägyptens (ab 1958 der VAR).

<sup>8</sup> Vgl.: Die Geheimrede Chruschtschows, S. 20f.

verschiedenen Entscheidungsebenen bei der Politikfindung hier nur am Rande berührt werden, da die Macht in der Sowjetunion unter Stalin, aber auch wieder unter Chruščev stark zentralisiert und somit kaum heterogen bestimmt war.<sup>9</sup> Eine Rolle spielte daher auch der Faktor Persönlichkeit.<sup>10</sup>

Diese Thematik leitet ihre Bedeutung nicht nur daraus ab, dass mit ihr eine entscheidende Phase sowjetischer Außenpolitik beleuchtet wird, sondern auch in ihrer Bedeutung als Konstituierungsphase des Kalten Krieges. Gerade die Auswirkungen der Großmächterivalität auf die um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Regionalstaaten gehört noch immer zu den weniger untersuchten Forschungsgebieten der Kalten-Kriegs-Forschung. Aber auch die Wechselwirkungen der Staaten sind bisher, allein aufgrund der Quellenlage, aber auch wegen der bislang einseitig angenommenen Bipolarität einer eher eindimensional westlichen Perspektive zum Opfer gefallen. Mit dem Heranziehen russischer Archivquellen und einer ereignisübergreifenden Fragestellung soll dieser Beitrag hier ansetzen.

## Forschungsstand

Im Rahmen der zeithistorischen Osteuropaforschung zur sowjetischen Außenpolitik<sup>11</sup> konzentrierte sich die Forschung zu den Beziehungen der UdSSR zum Nahen Osten bisher in erster Linie auf die 1960er, 1970er und 1980er Jahre.<sup>12</sup> Schwerpunkt der Forschung ist die Auseinandersetzung mit der sowjetischen Haltung während der israelisch-arabischen Kriege.<sup>13</sup> Aus den 1950er Jahren stehen die Suezkrise im Mittelpunkt der veröffentlichten Forschungsliteratur sowie die Frage nach der innenpolitischen Motivation sowjetischer Politik gegenüber Israel.<sup>14</sup> Insbesondere die Interaktion der Interessen Israels, Ägyptens, der UdSSR und der USA, welche letztlich zum Erscheinen der Sowjetunion als Stimme im Nahen Osten führte und schließlich in den 1960er Jahren zu einer zunehmenden Präsenz, wurde selten und wenn, dann nur im Kontext von Überblicksdarstellungen analysiert. Die Forschung konzentrierte sich somit auf die sichtbaren Entwicklungen sowjetischer Einflussnahme im Nahen Osten, die insbesondere im Zuge der Machtmonopolisierung Chruščevs seit 1955 und der damit einhergehenden Neuorientierung in der

<sup>9</sup> Beyme, Die Sowjetunion in der Weltpolitik, S. 39ff.

<sup>10</sup> Vgl. z. B. Meissner, Triebkräfte und Faktoren, S. 15; Mastny, Soviet Foreign Policy, S. 312–333; Zuehlke, A Failed Empire, Vorwort.

<sup>11</sup> Stellvertretend für viele Überblicksdarstellungen seien die grundlegenden Werke zur sowjetischen Außenpolitik des US-amerikanischen Politologen Alvin Z. Rubinstein (1985, 1990) genannt: Rubinstein, Soviet Foreign Policy; ders., Moscow's Third World Strategy. Weitere Standardwerke sind: Beyme, Die Sowjetunion in der Weltpolitik; Meissner/Rhode (Hg.), Grundfragen sowjetischer Außenpolitik; Gorodetsky (Hg.), Soviet Foreign Policy 1917–1991; Ulam, Expansion and Coexistence.

<sup>12</sup> Z. B. Melchers, Die sowjetische Afrikapolitik; Mahr, Die Rolle Ägyptens; Klinghoffer, Israel and the Soviet Union; Laqueur (Hg.), The Pattern of Soviet Conduct; Sella, Soviet Political and Military Conduct; Freedman, Soviet Policy toward the Middle East; Heinemann-Grüder, Die sowjetische Politik im arabisch-israelischen Konflikt; d'Encausse, La politique soviétique au moyen-orient; Kauppi/Nation (Hg.), The Soviet Union and the Middle East in the 1980s; Govrin, Israeli-Soviet Relations 1964–1966; Laqueur, The Struggle for the Middle East.

<sup>13</sup> Heinemann-Grüder, Die sowjetische Politik im arabisch-israelischen Konflikt; Govrin, The Six-Day War.

<sup>14</sup> Zur Suezkrise: Kyle, Suez; Rucker, The Soviet Union and the Suez Crisis, S. 67–82. Zur innenpolitischen Motivation der sowjetischen Israelpolitik: Rucker, Staline, Israël et les Juifs; Brod, Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR; Ro'i, Soviet Decision Making in Practice; Teller, The Kremlin, the Jews, and the Middle East.

Außenpolitik folgten. Zurückzuführen ist diese Konzentration außerdem auf die fehlenden Zugriffsmöglichkeiten auf Dokumente bis in die 1990er Jahre.

Zu den Werken, die sich direkt der sowjetischen Politik im Nahen Osten widmeten, gehören die Darstellungen des amerikanischen Politikwissenschaftlers Ronald D. McLaurin (1975, 1977) und der amerikanisch-israelischen Politologin und Osteuropaexpertin Galia Golan (1990).<sup>15</sup> Darüber hinaus gibt es wichtige Forschungen zu den bilateralen Beziehungen.<sup>16</sup> Zu nennen sind zu den sowjetisch-ägyptischen Beziehungen die einschlägigen Publikationen der amerikanischen Politologin Karen Dawisha (1979)<sup>17</sup>, des ägyptischen Flottenoffiziers, Zeitzeugen und Historikers Mohrez Mahmoud el Hussini (1987)<sup>18</sup> und vor allem die Veröffentlichungen des Nahostexperten Rami Ginat (Israel), der sich zudem auch mit den sowjetisch-syrischen Beziehungen intensiv auseinandersetzt.<sup>19</sup> Weiterhin relevant für die Frage nach dem sowjetischen Einfluss sind die Untersuchungen sozialistischer Tendenzen in den arabischen Staaten<sup>20</sup> und der Einwirkung sozialistischer Ideen auf Ägypten<sup>21</sup>.

Die sowjetisch-israelischen Beziehungen waren ebenfalls Thema mehrerer Publikationen.<sup>22</sup> Von besonderer Bedeutung für die Auseinandersetzung mit dieser Thematik sind bis heute die Werke des US-amerikanischen Historikers Arnold Kramer (1974)<sup>23</sup> und des israelischen Spezialisten für Osteuropa und den Nahen Osten Yaacov Ro'i (1980, 1994)<sup>24</sup>.

Die vorliegende Arbeit möchte hier ansetzen. Sie baut auf den genannten Werken auf, erweitert aber die Perspektive um zwei Aspekte: Zum einen gründet sie auf einer inten-

<sup>15</sup> Golan, *Soviet Policies in the Middle East*; McLaurin, *The Middle East in Soviet Policy*; McLaurin/Mughisuddin/Wagner, *Foreign Policy Making in the Middle East*. Ferner: Dawisha/Dawisha (Hg.), *The Soviet Union in the Middle East*; Ginat, *Soviet Policy towards the Arab World*, S. 321–335; Breslauer (Hg.), *Soviet Strategy in the Middle East*; Campbell, *The Soviet Union and the Middle East*, Teil 1, S. 143–153; Campbell, *The Soviet Union and the Middle East*, Teil 2, S. 247–261; Laqueur, *The Soviet Union and the Middle East*; Vassiliev, *Russian Policy in the Middle East*; Spiegel, *The Soviet-American Competition*; Confino/Shamir (Hg.), *The U.S.S.R. and the Middle East*; Spector, *The Soviet Union and the Muslim World*; Katz, *Russia and Arabia*.

<sup>16</sup> Vatikiotis, *Notes for an Assessment*, S. 273–289; Ibrahim, *Grundelemente und Bedingungsfaktoren*; Shanneik, *Die Entwicklung des ägyptischen Militärregimes*.

<sup>17</sup> Dawisha, *Soviet Foreign Policy*.

<sup>18</sup> Hussini, *Soviet-Egyptian Relations, 1945–1985*.

<sup>19</sup> Ginat, *The Soviet Union and Egypt*; ders., *Soviet Policy towards the Arab World*, S. 321–335; ders., *Egypt's Incomplete Revolution*; ders., *British Concoction or Bilateral Decision?*, S. 39–60. Außerdem zu Syrien und Libanon: Ginat, *Syria's and Libanon's Meandering Road*, S. 96–122; ders., *Syria and the Doctrine of Arab Neutralism*.

<sup>20</sup> Kosač, *Političeskaja istorija. Pervye kommunisty Egipta*, S. 62–83; ders., *Krasnyj flag nad Bliznem Vostokom?*; Bennisgen/Wimbush, *Muslim National Communism*; Bräker, *Die sowjetische Politik gegenüber dem Islam*, S. 131–154; Bräker, *Kommunismus und Weltreligionen Asiens*; Cooley, *The Shifting Sands of Arab Communism*, S. 22–42; Fletcher, *Religion and Soviet Foreign Policy*; Halliday, *Early Communism in Palestine*, S. 162–169; Hanna/Gardner, *Arab Socialism*; Laqueur, *The Appeal of Communism in the Middle East*, S. 17–27.

<sup>21</sup> Kerr, *The Emergence of a Socialist Ideology in Egypt*, S. 127–144; Sayegh, *The Theoretical Structure of Nasser's Socialism*, S. 98–141; Abdel-Malek, *Ägypten: Militärgesellschaft*.

<sup>22</sup> Für den Zeitraum bis 1956 sind zu nennen: Govrin, *Israeli-Soviet Relations 1953–1967*; Allen, *The Policy of the USSR*; Bialer, *Between East and West*; Brod, *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR*; Cohen, *Palestine and the Great Powers*; Dagan, *Moscow and Jerusalem*.

<sup>23</sup> Kramer, *The Forgotten Friendship*.

<sup>24</sup> Ro'i, *The Problematics of the Soviet-Israeli Relationship*, S. 146–157; ders., *Soviet Decision Making in Practice*.

siven Archivforschung in Russland und zum anderen berücksichtigt sie die Perspektivvielfalt der internationalen Geschichtswissenschaft. So steht im Vordergrund der Analyse die Auseinandersetzung mit den verschiedenen außenpolitischen Einflussfaktoren, der Interaktion der Großmächte einerseits und der Regionalstaaten andererseits. Mit dieser Konstellation internationaler Wechselwirkung reiht sich diese Arbeit in den Bereich der Internationalen Geschichte<sup>25</sup>, insbesondere der Kalten-Kriegs-Forschung ein<sup>26</sup>. Im Zentrum des Interesses dieses neuen Forschungsbereiches steht die genauere Erforschung anhand von neu zugänglichem Archivmaterial aus Osteuropa und Asien. Während die Forschung bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion in erster Linie auf westlichen Quellen basierte, bieten der Zugang zu den osteuropäischen Archiven seit Anfang der 1990er Jahre sowie eine steigende Anzahl publizierter Quellensammlungen in den letzten Jahren nun die Möglichkeit, die Forschung auf eine breitere Grundlage zu stellen. Darüber hinaus sind Versuche kennzeichnend, methodisch und theoretisch dem Thema besser gerecht zu werden. Die Konfrontation der beiden Großmächte, der USA und der UdSSR, wird zunehmend unter verschiedenen Aspekten wie Kultur, Ideologie, Wirtschaft und Technologie untersucht. Sowohl der traditionalistische Ansatz der Kalten-Kriegs-Forschung, nach welchem die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg als aggressive Macht auftrat, als auch der revisionistische Gegenentwurf, der in der US-amerikanischen Nachkriegspolitik eine unnötige Provokation zu erkennen meinte, wurden jeweils als einseitig verworfen.<sup>27</sup> Kennzeichnend für neue Forschungen ist eine mehrperspektivische Herangehensweise. Das betrifft sowohl die Quellenauswahl als auch die Berücksichtigung der Motive der beteiligten Akteure. Ein solcher internationaler Bezugsrahmen ist für die vorliegende Arbeit von wesentlicher Bedeutung, da von der These ausgegangen wird, dass die sowjetische Politik (wie umgekehrt auch die amerikanische Politik) eine Reaktion auf die internationale Lage und die amerikanische Politik war. In Unterscheidung zu den früheren Ansätzen soll es nicht um die Frage einer Hauptschuld gehen, sondern vielmehr um Wahrnehmung, Selbstrezeption und Reaktionsketten. Aufgrund der Dokumentauswertungen wird außerdem, im Gegensatz zum post-revisionistischen Ansatz<sup>28</sup>, der eine ideologische Motivation geringer bewertet, von einem schwer abzugrenzenden Zusammenspiel sowohl realpolitischer als auch ideologischer Motive ausgegangen. Dies bestätigen auch neueste Forschungen; so wiederholt der russisch-amerikanische Historiker Vladislav Zubok in Bezug auf die sowjetische Politik seine These vom revolutionär-imperialistischen Paradigma zur Untersuchung

<sup>25</sup> International History oder World History entstand als eine wissenschaftliche Disziplin in den 1980er Jahren. Als Vorreiter gelten auch Universalhistoriker wie Arnold Toynbee und Jacob Burckhardt. Seit 2002 ist ein europäisches Netzwerk für Universal and Global History entstanden.

<sup>26</sup> Für die Kalte-Kriegs-Forschung hat sich seit den 1990er Jahren insbesondere im angelsächsischen Raum eine wachsende Forschungsgemeinschaft herausgebildet. Während ihr in Deutschland bis dato weniger Aufmerksamkeit zukam, entstanden mit dem Cold War Studies Centre (CWSC) an der London School of Economics and Politics (LSE), dem Cold War International History Project (CWIHP) am Woodrow Wilson International Centre in Washington sowie dem Harvard Project für Cold War Studies, um nur einige zu nennen, neue Forschungszentren. Ihre Relevanz besteht vor allem darin, dass hier kurzfristig neueste Forschungen in den auf Archivforschung basierenden Publikationsreihen und Zeitschriften einzusehen sind und das CWIHP außerdem im Virtual Archive Dokumente zur Einsicht aufbereitet. So ist dies eine wichtige Zusatzquelle für die Kalte-Kriegs-Forschung und ihre Teilbereiche. Zu deutschen Beiträgen siehe: Stöver, *Der Kalte Krieg*; Loth, *Die Teilung der Welt*; Boden, *Die Grenzen der Weltmacht*; Hilger (Hg.), *Die Sowjetunion und die Dritte Welt*.

<sup>27</sup> Für einen kurzen Überblick siehe z. B. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 14–22.

<sup>28</sup> Eine Übersicht hierzu bietet Stöver, *Der Kalte Krieg*, S. 17.

der ideologischen als auch der realpolitisch-strategischen Motive als Einheit,<sup>29</sup> und der für seine Forschungen zum Kalten Krieg, zur „International History“ bekannte Historiker Odd Arne Westad schlägt drei Paradigmen für die Erforschung des Kalten Krieges vor, zu denen auch Ideologie zählt.<sup>30</sup>

Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Untersuchung der Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Frage nach Initiativen und Motiven. Bei beiden Großmächten ist zu beobachten, dass ihre Politik sich gegenseitig bedingte. Dennoch ist festzustellen, dass die Reaktionen der Sowjetunion nicht nur auf die US-amerikanische oder britische Politik zurückzuführen sind, sondern auch auf die Entwicklungen in Afrika, Asien und im Nahen Osten. Dieses Ergebnis der Auswertung der sowjetischen Dokumente hat zu einer Verlagerung der Thematik in dieser Arbeit geführt. Überwiegende Grundannahme der Kalten-Kriegs-Forschung war die bipolare Weltordnung und der Machtkampf der Großmächte um Einfluss und Gesellschaftskonzepte.<sup>31</sup> Die anderen Staaten, insbesondere die Entwicklungsländer, galten in diesem Kontext als Austragungsort für Konflikte oder als Objekt für „missionarische Entwicklungsarbeit“. Ansatzweise wurde zunehmend eine gewisse Multipolarität berücksichtigt<sup>32</sup> und gerade in jüngeren Publikationen wurde auch die Frage nach der Rolle der Regionalstaaten im Machtkampf der beiden Großmächte verstärkt betrachtet. Eine Perspektive, die sich für diese Arbeit von entscheidender Bedeutung zeigte, da die Nahoststaaten, hier vor allem Ägypten und die zionistische Bewegung bzw. der Staat Israel, als Akteure neben den Großmächten analysiert werden. In den Vordergrund hat die „Dritte Welt“ z.B. Westad in seiner Analyse des Kalten Krieges gerückt: Insbesondere im Hinblick auf die 1960er, 1970er und 1980er Jahre zieht er den Schluss, der Kalte Krieg sei eine Fortsetzung des Kolonialismus mit etwas anderen Mitteln gewesen. Ein Konflikt, bei dem es um Kontrolle, Einfluss und Herrschaft ging. Die wesentlichsten Aspekte des Kalten Krieges waren demnach „weder militärisch noch strategisch, noch Europa-zentriert, sondern verbunden mit politischen und sozialen Entwicklungen in der Dritten Welt“.<sup>33</sup> Aus anderer Perspektive wies der amerikanische Politikwissenschaftler Robert O. Keohane kleineren Staaten eine bedeutende, auch entscheidungsträchtige Rolle zu, allerdings im Hinblick auf ihre Allianz mit einer Großmacht. So schrieb er, „es ist offensichtlich, dass kleine Staaten am äußeren Rand des Bündnisrades eine eigene aktive, energische und sogar aufmüpfige Politik betreiben können“.<sup>34</sup> Gerade der bipolare Hintergrund biete kleineren Staaten dabei eine Kulisse, ihre Eigeninteressen erfolgreich zu verfolgen. Der weltweite Kampf gegen die jeweils andere Bedrohung, den jeweils gegnerischen Einfluss, war

<sup>29</sup> Zubok, *A Failed Empire*; Zubok/Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War*.

<sup>30</sup> Westad, *Bernath Lecture – The New International History of the Cold War*, S. 551–566.

<sup>31</sup> Vgl. Zubok, *A Failed Empire*, Vorwort: „Es war ein Nervenkrieg und ein Krieg um Ressourcen, aber in erster Linie war es ein Kampf um Ideen und Werte.“ Ferner: Dockrill/Hughes, *Cold War History*, S. 1: „Folglich kann das zentrale Element des Kalten Krieges im Ost-West-Wettbewerb um Ideen, Waffen und Einflussphären gesehen werden“.

<sup>32</sup> Siehe hierzu Rosecrance, *Bipolarity, Multipolarity and the Future*, S. 314–327; Ball, *The Cold War*; Stöver, *Der Kalte Krieg*. Erstaunlich ist, dass z.B. die 2006 erschienene Überblickssammlung von Dockrill/Hughes der Rolle von Regionalstaaten in Asien, Afrika und im Nahen Osten keine Aufmerksamkeit widmet. Dieser Aspekt fehlt gänzlich. Charakterisierungen des internationalen Engagements der UdSSR zeigen ein einseitig konservatives Verständnis, welches neue Forschungsergebnisse zur eigenständigen Interessenpolitik von Regionalstaaten wie z.B. Nordkorea, China u. a. nicht heranzieht. Vgl. Dockrill/Hughes, *Cold War History*.

<sup>33</sup> Westad, *The Global Cold War*, S. 396.

<sup>34</sup> Keohane, *The Big Influence of Small Allies*, S. 161.

eine geeignete Voraussetzung für kleinere Staaten, ihre Interessen auszuhandeln. Ähnlich folgert der für seine Kalte-Kriegs-Analysen bekannte amerikanische Militärgeschichtler John Lewis Gaddis, dass der Kampf der Großmächte um Einfluss mittels Ansehen und Prestige auch Einflussmöglichkeiten für andere Staaten eröffnete. In Bezug auf die Politik Chruschtschows gegenüber den Entwicklungsländern schrieb er, „es ist nicht immer eindeutig, wer wen benutzt hat: die Regierenden dieser Länder scheinen die Russen genauso oft manipuliert zu haben wie die Russen sie“.<sup>35</sup>

Dabei bleibt unverständlich, warum gerade die Anfangsphase der Beziehungen der beiden Großmächte zu Staaten in Asien, Afrika und im Nahen Osten, die unmittelbare Nachkriegszeit weniger betrachtet wird. Die bisherige Forschung hat sich auf die Ära ab Mitte der 1950er Jahre, insbesondere auf die „Stellvertreterkriege“ ab den 1960er Jahren konzentriert.<sup>36</sup> Die Beispiele Indiens und Ägyptens aber zeigen, dass bedeutende Beziehungen zwischen der UdSSR und Staaten in Asien und im Nahen Osten bereits bis Mitte der 1950er Jahre einen ersten Höhepunkt erreichten. Daher lässt gerade die Entwicklung dieser frühen Beziehungen entscheidende Aussagen über den Charakter und die Motivationen zu. Der Historiker Tony Smith formulierte, in Anerkennung des Einflusses von Akteuren in Europa,<sup>37</sup> Asien und Afrika, als methodischen Vorschlag die Idee des „Perizentrismus“: bei diesen Staaten könne es sich durchaus um wichtige Akteure, um so genannte Junior-Akteure handeln, die die Entwicklungen im Kalten Krieg entscheidend mitbestimmen.<sup>38</sup> Dies ist ein wichtiger Ansatz, um offenen Forschungsfragen zu begegnen, allerdings stellt sich die Frage, ob der Kalte Krieg als dominierende Konstellation in jeder Hinsicht sinnvoll ist. Prägend waren zunächst nicht die Interessen der Großmächte, sondern der nationale Emanzipationsprozess, die Dekolonialisierung und eine politische, kulturelle und wirtschaftliche Positionierung, die ich hiermit als Regiozentrik<sup>39</sup> bezeichne, da sie sich nur auf die jeweilige geopolitische und kulturelle Region bezog. Der Kalte Krieg bildete dafür einen neuen Hintergrund, der nicht zuletzt neue Manövriermöglichkeiten für kleinere Staaten bot, indem sie ihre Bedeutung im Wettkampf der beiden Lager steigern und über vorübergehende Interessenallianzen die eigenen Interessen verfolgen konnten. So ist es kein Zufall, dass sich gerade nach dem Zweiten Weltkrieg die Unabhängigkeitsbestrebungen vieler Völker intensivierten. Frühere Aspirationen nach Unabhängigkeit und Loslösung von der Kolonialmacht waren zumeist an politischer und militärischer Schwäche, aber auch an mangelnder nationaler Einheit und Identität gescheitert. Der Krieg eröffnete in dieser Hinsicht neue Perspektiven: Der Zerfall der alten Kolonialreiche zeigte sich angesichts der starken Schwächung der Kolonialmächte immer deutlicher. Großbritannien sah sich aufgrund der verheerenden ökonomischen Lage im eigenen Land als auch wegen des gesellschaftlichen Drucks gezwungen, die alte Kolonialpolitik in Frage zu stellen. Diese Schwäche ging einher mit der verstärkten Propagierung von konkurrierenden Freiheitsideologien durch die USA und die UdSSR. Beide verwendeten – wenn auch mit unterschiedlicher Bedeutung – eine Rhetorik, die den Kolonien und unterdrückten Völkern die Freiheit versprach. Der Wettkampf dieser beiden Weltanschauungen mit uni-

<sup>35</sup> Gaddis, *We Now Know*, S. 154, 163.

<sup>36</sup> Hierzu z. B. Westad, *The Global Cold War*; Stöver, *Der Kalte Krieg*. Siehe außerdem Anm. 11.

<sup>37</sup> Zu den europäischen Staaten siehe: Reynolds (Hg.), *The Origins of the Cold War in Europe*.

<sup>38</sup> Smith, *New Bottles for New Wine*, S. 567–591.

<sup>39</sup> In Anlehnung an die gängigen Begriffe „Eurozentrik“ oder auch „Ethnozentrik“ plädiere ich für den Begriff „Regiozentrik“, der das Phänomen einer regionalen Perspektive bei der Gestaltung der Außenpolitik postkolonialer Länder besonders zum Ausdruck bringt.

versalem Anspruch steigerte sich, nachdem beide Staaten als neue Großmächte aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren. Staaten in Asien, Afrika und im Nahen Osten nutzten diese internationalen Strukturen und instrumentalisieren sie für ihre eigenen nationalen und regionalen Bestrebungen. So dienten der Wandel des internationalen Systems und der Kalte Krieg als Katalysatoren für die Umsetzung eigener Interessen der Regionalstaaten. Diese Interessen aber waren schon früher entstanden und waren nicht Resultat der Bipolarität des Kalten Krieges, sondern wurden, wenn überhaupt, dadurch erleichtert. In diesem Sinne fordern viele Entwicklungen asiatischer und nahöstlicher Staaten vor allem bezüglich der ersten zwei Jahrzehnte der Nachkriegszeit eine gesonderte Betrachtung. Oft dürfte eine initiale Politik dieser Länder stark prägend gewesen sein. Weitreichende Konsequenzen dieser Politik zeigten sich allerdings im weiteren Verlauf mit der Verhärtung der Fronten im Kalten Krieg und den steigenden sozialen und ökonomischen Anforderungen, mit denen sich die Staaten nach der Unabhängigkeit konfrontiert sahen und die sie wieder in verstärkte Abhängigkeit von den Großmächten brachte. Die Folgen dieser Abhängigkeit und ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche Entwicklungen sind es, wie z. B. Westad aufgezeigt hat, die bis heute nachwirken.<sup>40</sup>

Ein Beispiel für die unabhängige Interessenpolitik von Regionalstaaten in der Nachkriegszeit ist die Entwicklung im Nahen Osten mit der Gründung des israelischen Staates im Mai 1948 bzw. der Revolution in Ägypten im Juli 1952. Wie in dieser Arbeit zu zeigen sein wird, entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund mehrerer Faktoren verschiedene Interessenkorrelationen zwischen sowjetischen Interessen und jüdischem bzw. arabischem Nationalismus, ohne dass von einer Allianz im Kalten Krieg gesprochen werden kann. Viel eher resultierten daraus Kooperationen, die nicht zuletzt auf die Initiative zionistischer bzw. ägyptischer Politiker zurückzuführen waren. Die sowjetische Unterstützung für die Gründung des Staates Israel wie auch die Waffentransfervereinbarung mit Ägypten sind somit Schlüsselstellen der Analyse. Berücksichtigt werden in der Arbeit die innen- und außenpolitischen Faktoren, die die Politik Ägyptens und Israels bestimmten. Die USA werden als Entscheidungsträger miteingeführt, ohne dass jedoch ausführlich auf die Hintergründe ihrer Außenpolitik eingegangen wird.

Die sowjetische Politik gegenüber dem Nahen Osten seit dem Zweiten Weltkrieg stand bisher kaum im Fokus der Historiographie zum Kalten Krieg. Die wechselnde Ausrichtung der sowjetischen Außenpolitik im Nahen Osten in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war in einigen Fällen Teil, aber selten Schwerpunkt der Forschung.<sup>41</sup> Insbesondere hinsichtlich eines internationalen mehrperspektivischen Ansatzes und der Nutzung neuer Archivmaterialien sind wenige Arbeiten zu nennen. Eine frühe und gute Einsicht zu den ersten Kontakten zwischen den Zionisten und dem Kreml während des Krieges bietet der 1978 auf der Grundlage israelischer Quellen erschienene Beitrag von Jacob Hen-Tov.<sup>42</sup> Auch zu nennen ist die Darstellung von Peter Brod (1980).<sup>43</sup> Auf russischem Archivmaterial basieren die Forschungen des französischen Politikwissenschaftlers Laurent Rucker. Rucker befasste sich in seiner Dissertation „Staline, Israël et les Juifs“<sup>44</sup> (2001) mit dem Aspekt der Wechselwirkung zwischen sowjetischer Innenpolitik gegenüber der jüdischen

<sup>40</sup> Westad, *The Global Cold War*, S. 92.

<sup>41</sup> Siehe z. B. Pleshakov, *Studying Soviet Strategies*, S. 232–241.

<sup>42</sup> Hen-Tov, *Contacts between Soviet Ambassador Maisky and Zionist Leaders*, S. 46–56.

<sup>43</sup> Brod, *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR*, passim.

<sup>44</sup> Rucker, *Staline, Israël et les Juifs*, passim.

Minderheit und der sowjetischen Außenpolitik, die die Gründung des Staates Israel unterstützte. Auch findet sich eine erste Auseinandersetzung mit der publizierten Quellensammlung SIO bei Rucker. In seinem wichtigen Artikel „Moscow’s Surprise: The Soviet-Israeli Alliance of 1947–1949“ zeichnet er anhand dieser Dokumente die Beziehungen zwischen der UdSSR und den zionistischen Organisationen nach und sucht nach Beweggründen für die sowjetische Unterstützung der israelischen Staatsgründung. Allerdings konzentriert sich Rucker auf die sowjetische Perspektive und sieht eine grundsätzlich aggressive sowjetische Politik.<sup>45</sup>

Zwei israelische Historiker, Motti Golani (1995) und Guy Laron (2007), haben sich jeweils mit dem ägyptischen Ankauf sowjetischer Waffen 1955 auseinandergesetzt. Golani untersuchte vor allem anhand von israelischen Quellen die zugrunde liegende Lage im Nahen Osten und fragte nach den Rückwirkungen für Israel.<sup>46</sup> Laron baut seinen Artikel auf tschechischem Archivmaterial auf und zieht einige publizierte russische Dokumente heran.<sup>47</sup> Er gibt im Detail die Entwicklung wieder, die zum sowjetisch-ägyptischen Waffenhandel führte.

Russische Arbeiten behandeln den hier anvisierten Zeitraum selbst eher am Rande.<sup>48</sup> Für zeitnah verfasste Publikationen sind die Darstellungen von L. N. Vatolina und P. V. Milogradov zu nennen.<sup>49</sup> Dabei spiegeln die Publikationen aus Sowjetzeiten, meist herausgegeben von den spezialisierten Instituten der Akademie der Wissenschaften<sup>50</sup>, deutlich die offizielle Geschichts- und Politikinterpretation wider.<sup>51</sup> Seither sind nur wenige Analysen zum Thema erschienen. Eine eher populärwissenschaftliche Darstellung legte der Moskauer Journalist, Moderator und Schriftsteller Leonid Mlečin (2005) vor. In weiten Teilen basiert sein Buch auf den Dokumenten der veröffentlichten Quellensammlungen, die Mlečin viel direkt zitiert. Allerdings fehlen jegliche Nachweise und konkrete Quellenangaben, und die Publikation zeichnet sich durch häufige polemische Wertungen des Autors aus.<sup>52</sup>

Für die vorliegende Arbeit sind die Auswertung und Analyse sowjetischen Quellenmaterials Grundlage. Das Heranziehen zahlreicher sowjetischer Quellen erlaubt die Auseinandersetzung mit den sowjetischen Motiven, so dass auch die Kausalität der Entwicklung aufgezeigt werden kann. Erst seit Anfang der 1990er Jahre („Archivrevolution“) sind russische Archive für ausländische Forscher zugänglich, und sie bleiben bis heute noch immer relativ wenig erforscht. Hinzu kommt, dass viele Aktenfonds nach 1995 und v. a. nach Vladimir

<sup>45</sup> Ders., *Moscow’s Surprise*, passim.

<sup>46</sup> Golani, *The Historical Place of the Czech-Egyptian Arms Deal*, S. 803–827.

<sup>47</sup> Laron, *Cutting the Gordian Knot*, passim.

<sup>48</sup> Z. B. Govrin, *Izrail’sko-sovetskie otnošenija; Zvjagel’skaja, Istorija*.

<sup>49</sup> Vatolina, *Sovremennij Egiptet; dies., Araby v bor’be za nezavisimost’; dies., Bor’ba za Afriku; Milogradov, Arabskij vostok*.

<sup>50</sup> Zu nennen sind vor allem das Institut vostoковedenija [Institut für Ostwissenschaften], das IMEMO (Institut mirovoj ekonomiki i meždunarodnych otnošenij [Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen]) sowie das Institut narodov Azii [Institut für die Völker Asiens]. Die Akademie der Wissenschaften [Akademija Nauk] spielte eine wesentliche Rolle in der Politikberatung, so dass Wissenschaft und Politik in der UdSSR eng verknüpft waren.

<sup>51</sup> Gromyko/Ponomarev (Hg.), *Soviet Foreign Policy*, Bd. 2; Lebedev (Hg.), *Arabskie strany; Tuganov, Politika SŠA i Anglii na Bližnem i Srednem Vostoke; Kolobov, SŠA – Izrail’ i Arabskij mir; Bondarevskij u. a. (Hg.), Politika Anglii na Bližnem i Srednem Vostoke; Luckevič, Egiptet v bor’be za ekonomičeskiju nezavisimost’; Beljaev/Primakov, Egiptet: Vremja prezidenta Nasera; Sejrjanjan, Egiptet v bor’be za nezavisimost’*.

<sup>52</sup> Mlečin, *Začem Stalin sozdal Izrail’?*.

Putins Machtantritt 2000 wieder unter Verschluss kamen, so dass der Zugang auch heute noch bzw. wieder komplizierter und restriktierter ist.

Die Recherche bezog sowohl Parteidokumente als auch staatliche Dokumente mit ein. Auf mehrmonatigen Forschungsreisen 2005–2007 wurden Dokumente in folgenden Archiven in Moskau gesichtet: im Archiv für Außenpolitik der Russländischen Föderation (AVP RF<sup>53</sup>), im zentralen Parteiarchiv der KPdSU, heute benannt als Russländisches Staatsarchiv für Sozialpolitische Geschichte (RGASPI<sup>54</sup>), im Archiv des Zentralkomitees heute genannt Russländisches Staatsarchiv für Neueste Geschichte (RGANI<sup>55</sup>), sowie im Russländischen Staatsarchiv der Wirtschaft (RGAE<sup>56</sup>). Im RGASPI konnte neben dem Fond des Politbüros auch der Fond Molotov eingesehen werden. Im AVP RF wurden die Referenturen zu Syrien und Ägypten gesichtet.<sup>57</sup> Die Referentur Israel wird nicht zugänglich gemacht, da hierzu die veröffentlichte Quellensammlung vorliegt: Die zweibändige Dokumentensammlung „Sowjetisch-Israelische Beziehungen 1941–1953“<sup>58</sup> wurde 2001 von russischen und israelischen Wissenschaftsinstitutionen gemeinsam herausgegeben und beinhaltet vor allem Dokumente aus dem Fond Referentur Israel des Archivs des russischen Außenministeriums, AVP RF, wie auch aus israelischen Archiven. Zwei weitere wichtige Publikationen veröffentlichter russischer Quellensammlungen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation sind „Nahostkonflikt 1947–1967“<sup>59</sup>, und „Staatlicher Antisemitismus in der UdSSR 1938–1953“<sup>60</sup>. Die Auswertung der Dokumente erfolgte qualitativ, da die noch immer unübersichtliche Archivpolitik keine Kenntnis über Anzahl zugänglicher bzw. noch immer unzugänglicher Dokumente gewährt. Auch die Auswahlkriterien bei den veröffentlichten Dokumentsammlungen sind nicht durchsichtig.

Die sowjetischen Quellen wurden durch Recherchen im britischen Nationalarchiv (PRO)<sup>61</sup>, die während eines mehrmonatigen Forschungsaufenthaltes an der London School of Economics and Politics (LSE) im Frühjahr 2007 durchgeführt wurden, sowie durch das Heranziehen von Dokumenten der amerikanischen Außenpolitik des U.S. Department of State (FRUS)<sup>62</sup> ergänzt. Eine wichtige Quelle sind diese Dokumente für die Untersuchung der britischen und US-amerikanischen Befürchtungen und ihrer Politik gegenüber Ägypten.

Dazu kommen weitere veröffentlichte Dokumente und sowjetische, israelische und ägyptische politische Reden und Schriften sowie Memoiren und die dazu veröffentlichte Sekundärliteratur.<sup>63</sup>

<sup>53</sup> AVP RF: Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii.

<sup>54</sup> RGASPI: Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskoj Istorii.

<sup>55</sup> RGANI: Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Novejšej Istorii.

<sup>56</sup> RGAE: Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Ėkonomiki.

<sup>57</sup> AVP RF: Referentur Syrien Fond 128, Referentur Ägypten Fond 87.

<sup>58</sup> Sovetsko-izrail'skie omošenija, Sbornik dokumentov, Bd. 1: 1941–1953 v 2-ch knigach. Kniga 1: 1941 – Mai 1949 und Kniga 2: Mai 1949–1953, Moskau 2000. Im Folgenden als SIO abgekürzt. In Israel wurde diese Sammlung auf Englisch herausgegeben: Documents on Israeli-Soviet Relations 1941–1953.

<sup>59</sup> Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1: 1947–1956.

<sup>60</sup> Gosudarstvennyj antisemitizm v SSSR.

<sup>61</sup> The National Archives of the UK (TNA): Public Record Office (PRO). Im Folgenden mit TNA: PRO angegeben.

<sup>62</sup> U.S. Department of State: Foreign Relations of the United States (FRUS), Documents. Im Folgenden als FRUS angegeben.

<sup>63</sup> *Quellen*: USSR/Russia – Egypt: 50 Years of Cooperation, S. 85–100; Jensen (Hg.), *Origins of the Cold War*; Hurewitz, *Diplomacy in the Near and Middle East*; Ro'i, *From Encroachment to Involvement*.

## Technische Hinweise

Im Sinne eines besseren Leseflusses wurden alle Textstellen, Zitate und Begriffe von der Autorin übersetzt. Russische Namen und Bezeichnungen werden in der üblichen wissenschaftlichen Transliteration (ISO/R9:1968) wiedergegeben. Hebräische Namen und Begriffe werden nach DIN Norm 31636 (2006), arabische gemäß den Richtlinien der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft und nach RAK (Regeln für die Alphabetische Katalogisierung) transliteriert. Teilweise werden für geographische und Personennamen auch die im Deutschen gängigen Formen benutzt oder es wird – wo sinnvoll – auf diese bei der Erstnennung hingewiesen.

Abkürzungen werden bei der ersten Nennung der Bezeichnung eingeführt und zudem im Abkürzungsverzeichnis aufgelistet. Archivadokumente erscheinen gemäß der üblichen Auflistung nach Abkürzung des Archivs, f. (Register), op. (Vorgang), d. (Akte), l. (Blatt).<sup>64</sup> Die zusätzliche Unterteilung nach p. (Ordner) gilt nur für Dokumente des AVP RF.<sup>65</sup> Veröffentlichte Quellensammlungen werden meist unter Titelabkürzungen angegeben, wie z. B. SIO. Literaturangaben werden in den Fußnoten grundsätzlich nur als Kurztitel angegeben, die vollständigen Angaben sind im Literaturverzeichnis.

## Gliederung der Arbeit

Zur Untersuchung der Faktoren, die zu einer verstärkten Annäherung der Sowjetunion an Staaten des Nahen Ostens führten, ist die Arbeit in sechs Kapitel gegliedert. Schwerpunktmäßig konzentriert sich die chronologische Darstellung auf die jeweiligen Entwicklungen, die 1947/1948 zur Unterstützung der israelischen Staatsgründung und 1955 zum Waffenhandel mit Ägypten führten.

Das erste und zweite Kapitel beschäftigen sich mit den Hintergründen der sowjetischen Außenpolitik und der Region. Zunächst werden im ersten Kapitel der theoretische und ideologische Ansatz und die historischen Grundlagen beleuchtet, die für die sowjetische

---

ment; United States Policy in the Middle East. September 1956 – June 1957; Nasser, *The Philosophy of the Revolution*; Nasser, *The Egyptian Revolution*, S. 199–211; Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag; Documents on the Foreign Policy of Israel, Bd. 1; Degras (Hg.), *Soviet Documents on Foreign Policy*, 3 Bde.; Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale; Diskussionsreden auf dem XX. Parteitag der KPdSU; Laqueur/Rubin (Hg.), *The Israel-Arab Reader*; Nikita Sergeevič Chruščev. *Dva cveta vremena*; Lieber/Ruffmann (Hg.), *Der Sowjetkommunismus. Dokumente*; Magnus (Hg.), *Documents on the Middle East*; Redlich/Kostyrčenko (Hg.), *Evreiskij Antifašistskij Komitet*; Riddell (Hg.), *To See the Dawn*; Rubinstein, *The Foreign Policy of the Soviet Union*; SSSR i Arabskie Strany; *The Policy of the Soviet Union in the Arab World*; *Political Documents of the Jewish Agency*; u. a. *Memoiren*: Chruschtschow, Chruschtschow erinnert sich; Ben Gurion, *Israel*; Majkskij, *Memoiren eines sowjetischen Botschafters*; Weizmann, *Memoiren*; Copeland, *The Game of Nations*; Goldmann, *Mein Leben als deutscher Jude*; Goldmann, *Mein Leben. USA – Europa – Israel*; Grinevskij, *Tysjača i odin den' Nikity Sergeeviča*; El-Sadat, *Unterwegs zur Gerechtigkeit*; Ėrenburg, *Ljudi, gody, žizn'*, Bd. 3; Gromyko, *Pamjatnoe*, 2 Bde.; Meir, *Mein Leben*; Malyšev, *Dnevnik narkoma*, S. 103–147; Novikov, *Vospominanija diplomata*; Sacharow, *Mein Leben*; Sacharow, *Mein Land und die Welt*; Šepilov, *Nepriknjušij*; Sudoplatow/Sudoplatow, *Der Handlanger der Macht*; Haykal, *Nasser*; Heikal, *Sphinx und Kommissar*; u. a. *Sekundärliteratur*: Taubman, *Khrushchev*; Fursenko/Naftali, *Khrushchev's Cold War*; Khrushchev, *Nikita Khrushchev and the Creation of a Superpower*; Čuev, *Kaganovič*. Šepilov; Čuev, *Molotov. Poluderžavnyj vlastelin*; Agaryschew, *Gamal Abdel Nasser*; Büttner, *Gamal Abdel Nasser*, S. 224–243; Wheelock, *Nasser's New Egypt*.

<sup>64</sup> Z. B.: RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, l. 31.

<sup>65</sup> Z. B.: AVP RF, f. 87, op. 4, p. 6, d. 8, ll. 4–6.

Politik bis zum Zweiten Weltkrieg entscheidend waren. Eingehend wird hier die Frage nach der sowjetischen ideologischen Einschätzung der nationalen Befreiungsbewegungen, der politischen Bewegungen des Panarabismus und Panislamismus sowie des Zionismus untersucht. Bedeutend ist dieses Verständnis sowohl für die Bestimmung der Entwicklungsfaktoren und der Motivation der Nahostpolitik der UdSSR seit dem Zweiten Weltkrieg als auch für eine Einordnung der Vorgehensweise. Zudem dient dies als theoretische Einordnung, da sich die Politikwissenschaft als Politikberatung und Strategieanalyse in der UdSSR erst ab den 1960er Jahren differenzierter herausbildete.<sup>66</sup> So beruhten theoretische Konzepte bis dahin auf den Annahmen und Zielen der marxistisch-leninistischen Ideologie, eine Theorie der Außenpolitik selbst war ein Desiderat. Im zweiten Kapitel werden dann die politische Situation und die Vorbedingungen in Ägypten und Palästina, insbesondere auch im Hinblick auf die kommunistischen Parteien und die Bedeutung der Region vor allem im Zuge der Kriegsentwicklung beleuchtet.

Das dritte Kapitel geht konkret auf die Entwicklung der Beziehungen während des Zweiten Weltkrieges ein. Nachgezeichnet werden die entscheidenden Anfänge der Beziehungen der UdSSR zu Ägypten und zur jüdischen Gemeinschaft in Palästina. Dieses Kapitel dreht sich im Besonderen um die Fragen nach den Gründen für die wechselhafte Entwicklung der Beziehungen sowie nach Initiativen.

Darauf aufbauend, fokussiert das vierte Kapitel die Festigung der sowjetisch-israelischen Kooperation ab 1947. Untersucht werden die Motive für die sowjetische Unterstützung der israelischen Staatsgründung und die militärische und finanzielle Hilfe für den neuen Staat. Dabei werden die gegenseitigen Erwartungen und die Qualität dieser kurzfristigen Interessenkorrelation der UdSSR und der Zionisten hinterfragt.

Das fünfte Kapitel widmet sich der erneuten Veränderung der sowjetischen Außenpolitik: behandelt werden die Verschlechterung der sowjetisch-israelischen Beziehungen, die innenpolitische antisemitische Hetzkampagne in der Sowjetunion 1949–1952 und die sowjetisch-arabischen Beziehungen in dieser Zeit. Dies führt zum sechsten Kapitel, in dem nun die zweite Wende der sowjetischen Nahoststrategie und der Aufbau der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen dargestellt werden. Analysiert wird die Interessenübereinstimmung zwischen der UdSSR und Ägypten unter Ġamāl ‘Abd an-Nāsir. Die Arbeit schließt mit einer Schlussbetrachtung zu den Gründen und Einflussfaktoren für die Entwicklung der sowjetischen Nahostbeziehungen.

Die Einordnung in einen historischen und ideologisch-theoretischen Rahmen erlaubt eine umfassende Einschätzung der Motive und politischen Ziele des Kreml. Gleichzeitig ist die Kenntnis der Ausgangslage wie der Rolle der kommunistischen Parteien und der politischen Ausrichtung von Bedeutung zur Evaluierung sowohl sowjetischer als auch westlicher Einschätzungen. Die Konzentration auf die beiden diametral entgegengesetzten politischen Ereignisse, die beide weitgehend überraschend kamen und entsprechenden Aufruhr verursachten, ermöglicht die parallele Betrachtung zweier bilateraler Beziehungsentwicklungen. Die sowjetische Unterstützung für die Staatsgründung Israels und die Waffenlieferung an Ägypten lassen Rückschlüsse auf die sowjetische Politik und ihre Motivation wie auch auf weitere mitbestimmende Einflussfaktoren von außen zu.

---

<sup>66</sup> Beyme, *Die Sowjetunion in der Weltpolitik*, S. 11ff., 19f., 182f.



## I. Historische und ideologische Grundlagen der sowjetischen Nahostpolitik

*„Die Sicherheit der Grenzen und des Handels verlangt in solchem Falle, dass der zivilisierte Staat ein gewisses Übergewicht über seine Nachbarn ausübe.“<sup>1</sup>*

(Außenminister A. M. Gorčakov, 1864)

*„Die Sowjetunion ist das wahre Vaterland des Proletariats, die festeste Stütze seiner Erregenschaften und der Hauptfaktor seiner internationalen Befreiung; das verpflichtet das internationale Proletariat, dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zum Erfolg zu verhelfen und das Land der proletarischen Diktatur mit allen Mitteln gegen die Angriffe der kapitalistischen Mächte zu verteidigen.“<sup>2</sup>*

(Programm der Komintern, 1928)

Die sowjetische Politik gegenüber dem Nahen Osten nach dem Zweiten Weltkrieg ist auf mehrere einflussreiche Faktoren zurückzuführen, deren Wurzeln nicht zuletzt auch in der historischen Entwicklung der UdSSR selbst begründet liegen. Die meisten politischen, strategischen und ideologischen Entscheidungen und Zielsetzungen der sowjetischen Außenpolitik sind ohne deren Kenntnis nicht einzuordnen. Das Interesse der Sowjetunion an Ländern des Nahen Ostens ab Mitte der 1940er Jahre war nicht ausschließlich auf eine neue Rolle als ideokratische Großmacht seit dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen, sondern lag in der russischen Geschichte, der russischen Gedankenwelt und der sowjetischen Ideologie begründet. Die Variablen bildeten die internationale politische Situation sowie der Faktor Persönlichkeit, die beide auch den entscheidenden Methodenwechsel in Bezug auf die Beziehungen zu Staaten nicht-sozialistischer Entwicklung in Asien und Afrika prägen sollten, der im Kreml Mitte der 1950er Jahre vorgenommen wurde.

Expansion und Einflussnahme waren immer Teil der russischen Verteidigung und Sicherung des Landes gewesen und hatten somit eine imperiale Tradition konstituiert. Gleichzeitig beruhte diese Politik auf einem grundsätzlichen Selbstverständnis russischer Kultur, dem Glauben an eine besondere zivilisatorische Reife, welche dem Reich auch eine „missionarische Pflicht“ auferlegte. Die Oktoberrevolution bedeutete zwar einen Bruch mit der zaristischen Politik, doch fand der imperiale Anspruch gleichzeitig eine Fortsetzung, da man an die Fortschrittlichkeit und Pflicht des „Mutterlandes der Revolution“ gegenüber anderen Nationen und politischen Formationen glaubte und damit sogar einen universellen Anspruch manifestierte.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Aleksandr Michajlovič Gorčakov (1798–1883) war ein russischer Diplomat und von 1856 bis 1882 Außenminister. Siehe: Außenminister A. M. Gortschakow über die Motive der russischen Expansion in Asien, 3. 12. 1864, in: Alter (Hg.), Nationalismus, S. 232.

<sup>2</sup> Programm der Kommunistischen Internationale von 1928, in: Lieber/Ruffmann (Hg.), Der Sowjetkommunismus. Dokumente, Bd. 1, S. 334.

<sup>3</sup> Zubok/Pleshakov, Inside the Kremlin's Cold War, S. 2ff.; Campbell, The Soviet Union and the Middle East, Teil 1, S. 152; Meissner, Triebkräfte und Faktoren, S. 14.

## 1. Wirtschaftliche und strategische Interessen des Russischen Reiches

Die Geschichte Russlands bis zum Ersten Weltkrieg ist gleichzeitig auch der andauernde Prozess der Konstituierung und Etablierung des Staates. Die Erfahrung mit der zweihundertvierzig Jahre währenden mongolischen Fremdherrschaft (1237/40–1480) hatte die Notwendigkeit eigenen Machtzuwachses gezeigt, und gemäß der Intention, das Land gegen Überfälle der angrenzenden Völker zu schützen, begann Ende des 15. Jahrhunderts die russische Expansion. Russland hatte keine natürlichen Grenzen, so dass die territoriale Vergrößerung als einzige Garantie für Sicherheit angesehen wurde. Dabei handelte es sich weniger um wirtschaftliche Interessen als vielmehr um Interessen der Staatsräson.<sup>4</sup> Von national gesinnten russischen Denkern, wie dem Exilphilosophen Ivan Il'in, wurde diese Expansion auch gerne als eine Geschichte „einer andauernden nationalen Notwehr“<sup>5</sup> dargestellt.

Das Bedürfnis nach Sicherheit erhielt mit Peter dem Großen eine neue machtpolitische Ausprägung. Er sah im Zugang zum Meer und im Aufbau einer starken Flotte die eigentliche Gewähr für die Sicherheit des Reiches. Sein Ziel war es, dem Reich Zugang zu eisfreien Häfen zu verschaffen, welche das ganze Jahr hindurch den Schiffsverkehr ermöglichten. Nachdem seine Schwester Sofia vergeblich versucht hatte, dem Osmanischen Reich die Krim abzugewinnen, konnte er sich 1696 zumindest die Stadt Asow am Schwarzen Meer erkämpfen. Im Zweiten Nordischen Krieg gegen Schweden erlangte er die Vorherrschaft in der Ostsee und in der 1703 von ihm gegründeten Stadt St. Petersburg ließ er den ersten Hafen anlegen, der in erster Linie der Flottennutzung diente. Seine größte Hoffnung, das geschwächte Reich der Perser zu besiegen und so den Zugang zum Persischen Golf zu erlangen, gab er als unerfüllte Vision an seine Nachfolger weiter.

Katharina II. führte die Expansionspolitik Peters des Großen und seiner Nachfolger weiter. Sie drang auf Gebietszuwachs in Europa wie im Süden Russlands, wo sie zu diesem Zweck eine intensive Siedlungspolitik betrieb. Expansion auf Kosten des geschwächten Osmanischen Reiches galt als strategische Notwendigkeit. Dabei versuchte Katharina die Große, dies außer mit militärischem Vorgehen auch noch durch die innere Schwächung des Osmanischen Reiches zu erreichen. Sie unterstützte Aufständische in Griechenland und schickte 1768 Waffen und ein Schutzversprechen an den Mameluckenemir 'Alī Bek al-Kabīr<sup>6</sup>, der die Unabhängigkeit Ägyptens von der Pforte proklamierte.<sup>7</sup>

Der am 21. Juli 1774 mit dem Osmanischen Reich geschlossene Vertrag von Küçük Kaynarca sicherte dem Russischen Reich einen Teil der Schwarzmeerküste und einige

<sup>4</sup> Kappeler, Rußlands erste Nationalitäten, S. 138; Sidorko, Dschihad im Kaukasus. Zunächst folgte die russische Expansion nach Sibirien ab Ende des 16. Jahrhunderts einer privaten Expedition der großen Händlerfamilie der Stroganovs. Die weitere Expansion wurde aber von Sicherheits- und strategischen Zielen dominiert.

<sup>5</sup> Il'in, Wesen und Eigenart der russischen Kultur, S. 155.

<sup>6</sup> 'Alī Bek al-Kabīr (1728–1773) stammte ursprünglich aus dem Kaukasus, wurde aber von türkischen Soldaten verschleppt. In Kairo gelang es ihm zunehmend Einfluss zu gewinnen und 1768 entmachte er den osmanischen Verwalter, stoppte die Tributzahlungen und erklärte sich selbst zum Sultan. Sein Einflussgebiet vergrößerte er um den Heğaz und Syrien. 1773 wurde er ermordet.

<sup>7</sup> Heikal, Sphinx und Kommissar, S. 39; Matuz, Das Osmanische Reich, S. 202. Katharina II. wird in diesem Zusammenhang das „Griechische Projekt“ zugeschrieben. Dieser Plan soll die Intention gehabt haben, durch die Aufteilung des Osmanischen Reiches territoriale Gewinne zu erzielen und vor allem mit Konstantinopel, das die Hauptstadt eines mit Russland eng liierten Staatsgebildes werden sollte, ein neues Zentrum zu gewinnen.

Häfen auf der Krim. Das Recht auf freien Handel und Flottenbau in seinen Häfen und die freie Schifffahrt durch die Meerengen, den Bosphorus und die Dardanellen, bedeuteten einen enormen militärischen und wirtschaftlichen Machtzuwachs für das Russische Reich und seinen Eintritt in die europäische Mächteordnung.<sup>8</sup>

Könnte man in Bezug auf die Krim, mit ihrem vor allem von Ausländern besiedelten Handelshafen, noch von Handelsinteressen ausgehen, so ist dies bei Katharinas Plänen im Kaukasus nicht mehr schlüssig. Sie stellte Kartli und Kachetien<sup>9</sup> unter russisches Protektorat und griff damit in die persische wie auch die osmanische Einflusssphäre ein. Ihr Sohn, Paul I., verband das Gebiet mit dem russischen Reich über eine Heerstraße durch den Kaukasus und förderte – ansonsten Abstand nehmend von der aggressiven Expansionspolitik seiner Mutter – die Annexion Georgiens.

Das Interesse war deutlich auf die strategische Lage der territorialen Besitzungen des Osmanischen Reiches und Persiens gerichtet, mit dem Hauptziel, sich das Mittelmeer und den Persischen Golf nutzbar zu machen. Diese Zielsetzung wurde im 19. Jahrhundert noch vehementer verfolgt – parallel zu der Intensivierung der Expansionspolitik der beiden europäischen Großmächte, Großbritannien und Frankreich.

Russland konnte sich in mehreren Kriegen sowohl gegen Persien als auch gegen das Osmanische Reich den ganzen Kaukasus und die Schwarzmeerküste als Einflusgebiet sichern. Mit der Eroberung des Kaukasus und der Khanate Zentralasiens bis 1884 traf Russland direkt auf den englischen Machtbereich. Die Grenze zwischen den beiden Einflusssphären bildeten Afghanistan und Persien. Doch Russland setzte seine Bemühungen um das Osmanische Reich und den Zugang zum Mittelmeer fort. Während es sich 1833 noch die Durchfahrt seiner Kriegsflotte durch die Dardanellen in einem geheimen Abkommen mit dem Osmanischen Reich hatte sichern können,<sup>10</sup> wurde dieser Zugang mit Abschluss des Dardanellen-Vertrages 1841 für alle ausländischen, so auch für russische Schiffe gesperrt. Nachdem auch der Plan, das Osmanische Reich aufzuteilen, vom Westen abgelehnt wurde, versuchte das Russische Reich die eigene Expansion fortzuführen. Während es jedoch im Krimkrieg ab 1853 gegen die Hohe Pforte deutliche Erfolge verzeichnen konnte, offenbarten sich die gegensätzlichen Ziele Englands und Russlands umso deutlicher. England und Frankreich griffen zugunsten des „kranken Mannes vom Bosphorus“ ein, mit der Intention, die russische Macht von ihrem Hauptziel fernzuhalten: dem Zugang zum Mittelmeer, welcher auch die Straße zum Persischen Golf und nach Indien öffnete.<sup>11</sup> Der Ausgang des Krieges war nicht nur eine große Niederlage für Russland, sondern bedeutete den Verlust des Schwarzen Meeres als Machtbereich, da die militärische Nutzung untersagt wurde. Dazu konnte England seine Macht in den osmanischen Randgebieten stärken. Ägypten geriet aufgrund starker Verschuldung zunehmend unter englische Kontrolle und wurde 1882 von englischen Truppen besetzt. Währenddessen versuchte das geschwächte Russische Reich die Rivalität mit England in eine Aufteilung der Interessensphären münden zu lassen. 1888 war in der Konvention von Konstantinopel schon die freie Schifffahrt durch den Suezkanal in Kriegs- wie in Friedenszeiten vereinbart worden, garantiert von neun Großmächten, u. a. von England und Russland. In der Konvention von St. Peters-

<sup>8</sup> Matuz, *Das Osmanische Reich*, S. 203.

<sup>9</sup> Dieses Gebiet entspricht dem südlichen und östlichen Gebiet des heutigen Georgiens.

<sup>10</sup> Zusatzabkommen zum Vertrag von Hünkâr İskelesi zwischen dem Osmanischen Reich und dem Russischen Reich 1833.

<sup>11</sup> Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 9.

burg teilten England und Russland 1907 Persien als Einflussgebiet zwischen sich auf, während Afghanistan und Tibet ganz der englischen Sphäre zugeordnet wurden. Als Verbündeter Englands und Frankreichs im Ersten Weltkrieg machte Russland noch einmal den Versuch, die Dardanellen und Konstantinopel zu gewinnen, doch wurde dies durch die eigene Revolution verhindert.<sup>12</sup>

Mehrere Schlussfolgerungen lassen sich aus der dargestellten Entwicklung für diese Arbeit gewinnen. Zum einen wird deutlich, dass das Russische Reich zwar bei der Ostexpansion auch wirtschaftliche Interessen verfolgte, im Hinblick auf die Expansion im Süden nahen und Mittleren Osten aber in erster Linie strategische Sicherheitsinteressen im Fokus standen. Dies zeigt vor allem die gewaltsame Niederwerfung der Völker des Kaukasus im 19. Jahrhundert. Die Kosten und die Anzahl der Opfer standen in keinem Verhältnis zu den ökonomischen Gewinnen.<sup>13</sup> Das Ziel der russischen Politik war die Einflussnahme in den so genannten Randstaaten an der Peripherie des Reiches. Auf der einen Seite resultierte dies aus dem Bedürfnis, strategischen Zugang zu Meeren, dem Mittelmeer und dem Persischen Golf, zu bekommen und durch geographische Grenzen die Verteidigung des Reichskörpers zu gewährleisten. „In der Tat, Russlands Verwundbarkeit durch Invasionen und seine Aufmerksamkeit für die territoriale Verteidigung erhöhten den geographischen Determinismus bis zum Status einer ständigen Überlegung der Außenpolitik.“<sup>14</sup>

Auf der anderen Seite brachte diese Zielsetzung auch eine Ideenkultur hervor, die das Bewusstsein eines imperialen, sich kulturell überlegen fühlenden Reiches verankerte. Auch der russische Philosoph Nikolaj Berdjajev stellte dar, dass gerade die messianistische Idee von Moskau als dem „dritten Rom“ eine wesentliche Rolle bei der Formung des Moskauer Reichs spielte. So entwickelte sich aus der russischen Geschichte und der Bedeutung der orthodoxen Kirche ein Nationalismus mit universalistischem und messianistischem Charakter<sup>15</sup>, ein Phänomen, das durchaus auch für andere europäische Mächte in dieser Zeit kennzeichnend war.<sup>16</sup>

Die Sicherung des Reiches und der oft religiös untermauerte Anspruch auf zivilisatorische Überlegenheit bedingten sich bald gegenseitig und bildeten die Grundlage der russischen Außenpolitik.<sup>17</sup> Der russische Außenminister A. M. Gorčakov formulierte dies 1864 so: „Die Sicherheit der Grenzen und des Handels verlangt in solchem Falle, dass der zivilisierte Staat ein gewisses Übergewicht über seine Nachbarn ausübe.“<sup>18</sup>

Verfolgt wurde das Ziel der Einflussnahme mit verschiedenen Methoden: Dies konnte militärisches Vorgehen und die Annexion von Gebieten sein. Aber auch diplomatische Mittel wurden regelmäßig eingesetzt. Eine konsequent genutzte taktische Vorgehensweise war das Auftreten als Schutzmacht gegenüber Gebieten, die im russischen Interessenfeld lagen. Diese Methode war bei den Abkommen mit den Kosakenstämmen, bei Verträgen

<sup>12</sup> Vgl. Mahr, *Die Rolle Ägyptens*, S. 23–26.

<sup>13</sup> Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich*, S. 147. Z. B. war die fruchtbarste Region, das Gebiet der Tscherkessen, durch die jahrelange Kriegsführung und die russischen Ausrottungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung zerstört worden.

<sup>14</sup> Zitiert nach Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 10.

<sup>15</sup> Berdjajew, *Sinn und Schicksal*; Meissner, *Triebkräfte und Faktoren*, S. 14f.

<sup>16</sup> Siehe hierzu das Beispiel Frankreichs, in: Burrows, *„Mission Civilisatrice“*, S. 109–135.

<sup>17</sup> Eudin/North (Hg.), *Soviet Russia and the East*, S. 4f.; Zubok/Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War*, S. 2f.

<sup>18</sup> Außenminister A. M. Gortschakow über die Motive der russischen Expansion in Asien, 3. 12. 1864, in: Alter (Hg.), *Nationalismus*, S. 232.

mit den kasachischen Schusen, mit Georgien, mit anderen Kaukasusvölkern und auch bei der Unterstützung Ägyptens eingesetzt worden. Eine Taktik, die die russische Politik auch weiterhin prägen sollte.<sup>19</sup> Nicht zuletzt sollten außerdem der orthodoxe Glaube oder auch die Idee des Panlawismus integrativ auf die heterogene Bevölkerung einwirken.

Ein anderer Faktor dieser geschichtlichen Entwicklung ist die Erfahrung, die Russland bei den Annexionen mit muslimischen Gesellschaften machte. Die Eroberungen von Kasan, Astrachan, der Krim, des Kaukasus und Zentralasiens brachten gesellschaftlich teils hoch entwickelte muslimische Völker und Staatswesen unter die russische Herrschaft, so dass der Islam auch in Russland selbst eine wachsende Rolle spielte.<sup>20</sup>

## 2. Der Nahe Osten in der sowjetischen Politik bis zum Zweiten Weltkrieg

Nach der Revolution von 1917 stritten die kommunistischen Revolutionäre für die Vereinigung der Völker unter dem Banner der Gleichheit, die sie aus der kommunistischen Ideologie extrahierten. Lenin passte die kommunistischen Ideen, vor allem auf Marx und Engels zurückgreifend, an die vorherrschende Situation an und entwickelte daraus ein Programm für das weitere Vorgehen der durch die Revolution an die Macht gekommenen Bolschewiki. Offiziell wurde von der Expansionspolitik des Russischen Reiches Abstand genommen, da eine Außenpolitik auf Kosten anderer Völker deutlich der neuen Ideologie widersprach. Die Bolschewiki kündigten alle ungleichen Verträge des Zarenreiches auf und brachten erstmals, selbst die Gleichheit unter Völkern propagierend, die geheimen Verträge der Großmächte an die Öffentlichkeit.<sup>21</sup> Wie der Osteuropahistoriker Leonid Luks feststellt, war es die Intention, „Rußland zum Zentrum der Auflehnung gegen die europäische Welthegeemonie“<sup>22</sup> zu machen. Dies verband sich mit dem Anspruch, selbst nicht mehr als europäische Hegemonialmacht von den kolonialen Völkern betrachtet zu werden. „Nicht von Russland und seiner revolutionären Regierung erwartet Euch die Versklavung, sondern von den Raubtieren des europäischen Imperialismus, von denen, die Eure Heimat umwandelten in ihre eigene ausgeraubte und ausgebeutete Kolonie“<sup>23</sup>, hieß es 1917 in einem offenen Appell an die muslimischen Völker.

Gleichzeitig aber untermauerte Lenins Auslegung der marxistischen Ideologie den russischen Vormachtsanspruch, womit der Bolschewismus der Vorstellung von Russland als der vorherrschenden Kultur für die Weltentwicklung treu blieb.<sup>24</sup> Im Zarenreich hatte sich

<sup>19</sup> Kappeler, Rußland als Vielvölkerreich, S. 97.

<sup>20</sup> Bräker, Die sowjetische Politik gegenüber dem Islam, S. 148.

<sup>21</sup> Dekret o mire. Prinjat II vserossijskim s'ezdom Sovetov. Napisan V. I. Leniny, 26 oktjabrja (8 nojabrja) 1917 g., in: SSSR i Arabskie Strany, S. 58. Veröffentlicht wurde z. B. auch das bis dahin geheime Sykes-Picot-Abkommen, welches die Aufteilung des Nahen Ostens zwischen Frankreich und Großbritannien festlegte.

<sup>22</sup> Luks, Die Ideologie der Eurasier, S. 379f. Luks zeigt eine interessante Parallele zwischen den Bolschewiki und der russischen Eurasierbewegung auf. Auch der Eurasier Fürst Nikolaj S. Trubeckoj (1890–1938) sah die Chance für Russland, sich aus der Abhängigkeit vom Westen zu befreien, in der Annäherung an die Befreiungsbewegungen der Kolonialvölker. Vgl. Trubeckoj, Russkaja problema, in: Na putjach, S. 294–316.

<sup>23</sup> Obrašćenie Sovetskogo pravitel'stva – „Ko vsem trudjaščimsja musul'manam Rossii i Vostoka“, 20. nojabrja (3 dekabrja) 1917 g., in: SSSR i Arabskie Strany, S. 59.

<sup>24</sup> Stalin erklärte z. B. am 3. 7. 1924 den Vormachtsanspruch Russlands: „Die Sowjetmacht in Russland ist der Stützpunkt, das Bollwerk und die Zuflucht für die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt.“ Zitiert bei Pleshakov/Zubok, Inside the Kremlin's Cold War, S. 13.

dieser Anspruch zunächst aus einem religiösen und kulturellen Überlegenheitsgefühl entwickelt, welches mit dem militärischen Erstarren des Reiches einherging. Daraus war ein ausgeprägtes russisches Nationalbewusstsein hervorgegangen. Auch die wichtigsten Strömungen russischer Identitätssuche stellten diese Vormacht Russlands trotz der Kritik am russischen Nationalismus nicht in Frage. So gingen die Mehrheit der russischen Panslawisten im 19. Jahrhundert wie auch der Eurasier der 1920er und 1930er Jahre von einer Hegemoniestellung Russlands und der Orthodoxie aus.<sup>25</sup> Fjodor Dostoevskij z. B. sah die Aufgabe der russischen Politik in der Vereinigung des ganzen Slawentums „unter den Fittichen Russlands“ mit dem Ziel, die slawischen Völker zu erneuern „und in das ihnen zustehende Verhältnis zu Europa und zur Menschheit zu bringen, ihnen endlich die Möglichkeit zu geben, friedlich zu leben und sich nach ihren unzähligen, jahrhundertelangen Leiden zu erholen, um sich im gemeinsamen Geist zu versammeln“.<sup>26</sup> Auch die Bolschewiki machten in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Die Überzeugung von einer besonderen zivilisatorischen Reife und von einer missionarischen Pflicht gegenüber „unzivilisierten Völkern“ fand nach der Revolution 1917 indirekt seine Fortsetzung.<sup>27</sup> „An die Stelle des orthodoxen Christentums, das in so starkem Masse den russischen Nationalcharakter geprägt hat [...], ist ein orthodoxer Kommunismus getreten, der seit der Oktoberrevolution als Staatsideologie verbindlich ist“<sup>28</sup>, schrieb Meissner. Nur legitimiert wurde dieser Anspruch neu: „Auf unseren Fahnen bringen wir den unterdrückten Völkern der Welt die Befreiung.“<sup>29</sup> Dem Vormachtsanspruch lag nun die ideologische Fortschrittlichkeit der ersten sozialistischen Republik zugrunde. Um deren Fortbestehen zu sichern, wurden der russischen Politik deutlich nationale Interessen zugrunde gelegt. Die Sicherheit des kommunistischen Staates sollte durch territoriale Erweiterung, die Sicherung von Rohstoffressourcen, wie z. B. Öl aus Aserbaidschan,<sup>30</sup> und die Einbeziehung möglichst vieler und

<sup>25</sup> Luks, Die Ideologie der Eurasier, S. 394. Zum Panslawismus vgl. Michail Petrowitsch Pogodin, Professor für Geschichte an der Universität Moskau, formuliert das Programm des russischen Panslawismus, 1839, in: Alter (Hg.), Nationalismus, S. 229f.

<sup>26</sup> Die russische Mission: Der Schriftsteller Fjodor M. Dostojewski, 1876, in: Alter (Hg.), Nationalismus, S. 141. Dostoevskij vertrat eine missionarische Haltung und strebte neben der ideellen Haltung der Slavophilen auch an, das anvisierte slawische Großreich angesichts der orthodoxen Mission Russlands um Konstantinopel zu erweitern. „Freilich versteht es sich von selbst, daß zu diesem Zweck [Vereinigung des Slawentums unter russischer Herrschaft] Konstantinopel – früher oder später – doch unser werden muß.“ Vgl. Dostojewski, Tagebuch eines Schriftstellers, S. 228.

<sup>27</sup> Eine Parallele aus russischer Sicht findet sich bei Nikolaj Berdjajev: „Die Sehnsucht nach dem ‚Reich‘, dem Reich der Wahrheit, lebt in der Seele des russischen Volkes seine ganze Geschichte hindurch. Die Zugehörigkeit zum russischen Reich und das Bekenntnis zum wahren christlichen Glauben, zur Rechtgläubigkeit, waren ein- und dasselbe und ineinander bedingt. Nicht anders als in unserer Zeit die Zugehörigkeit zu Sowjetrußland, zum russischen kommunistischen Reich, durch das Bekenntnis zum wahren kommunistischen Glauben bedingt ist.“ Siehe Berdjajew, Sinn und Schicksal, S. 12.

<sup>28</sup> Meissner, Triebkräfte und Faktoren, S. 14. Dieser Gedanke findet sich schon in dem von Berdjajev 1937 veröffentlichten Beitrag, wo es heißt: „Die Sowjetphilosophie ist eine orthodoxe Staatsphilosophie, die über die Reinheit der philosophischen Anschauungen zu wachen und alle Abweichungen und Ketzereien zu entlarven und zu verurteilen die Pflicht hat.“ Berdjajew, Sinn und Schicksal, S. 156f., siehe auch ebenda, S. 11.

<sup>29</sup> Obraščenie Sovetskogo pravitel'stva – „Ko vsem trudjaščimsja musul'manam Rossii i Vostoka“, 20. nojabrja (3 dekabrja) 1917 g., in: SSSR i Arabskie Strany, S. 59.

<sup>30</sup> „Braucht Sowjetrußland nicht das Bakuer Öl wie der Mensch Luft braucht? Können wir vielleicht von der Wiedererrichtung unserer Industrie sprechen, während das Donezbecken in einem ruinieren Zustand ist ohne das Bakuer Öl?“, so zu lesen in: „Explanation of Ordzhonikidze at the Meeting

großer Staaten in das kommunistische Lager erhalten werden. So nutzte Lenin zunächst das Versprechen der Anerkennung nationaler Bestrebungen, um die Völker des ehemaligen Russischen Reiches für die Bolschewiki einzunehmen und damit auch ihre Unterstützung im Kampf gegen die Weiße Armee zu sichern.<sup>31</sup> Er erhoffte sich auf Dauer den freiwilligen Anschluss dieser Völker im Sinne einer sozialistischen Verschmelzung, und in der Tat erfolgte bald die Re-Integration vieler ehemals zaristischer Gebiete. Jedoch vertrauten die Bolschewiki letztlich weniger auf die propagierte Freiwilligkeit des Anschlusses, sondern verfolgten den Ansatz, die bisherigen Besitzungen im Kaukasus und Zentralasien ungeachtet der Unabhängigkeitsbestrebungen der dort lebenden Völker als festen Bestandteil der Sowjetunion zu sichern.<sup>32</sup> Nach kurzer Unabhängigkeit wurden Aserbaidschan 1920 und Georgien 1921 militärisch erobert und zwangseingegliedert; die Khanate von Buchara und Chiva in Zentralasien wurden 1920 von der Roten Armee besetzt. Am 30. Dezember 1922 wurde die Gründung der UdSSR vollzogen.

Auch gegenüber dem Nahen Osten wurden nationale Interessen verfolgt. Die sowjetische Politik konzentrierte sich auf die direkten Nachbarstaaten, Persien und die Türkei, und suchte um seine eigenen Schutz verbesserte Beziehungen zu diesen Staaten. Anfang 1921 wurden Freundschaftsverträge mit Persien, Afghanistan und der Türkei abgeschlossen. Die Verträge enthielten zwar Stellungnahmen, die die zaristische Politik als verbrecherisch verurteilten und sämtliche Ansprüche und Privilegien aufgaben; ein zusätzliches Abkommen mit Persien aber wies bereits ein Muster der Beziehungen der kommenden Epoche auf: Persien erreichte einen Schuldenerlass, musste der Sowjetunion jedoch ein militärisches Interventionsrecht im Falle äußerlicher Bedrohung einräumen.<sup>33</sup> Zuvor hatten die Bolschewiki 1917 versucht, die Präsenz russischer Truppen in Persien zu nutzen, um – parallel zum Versprechen eines sofortigen Truppenabzugs – die Etablierung einer sozialistischen Räterepublik von Gilan an der Küste des kaspischen Meeres im Nordiran zu fördern.

Ebenso deutlich zeigte sich die Zweigleisigkeit von ideologisch-revolutionärem Anspruch und nationalen Interessen an den Beziehungen zur Türkei. Ungeachtet der dortigen Unterdrückung und Verfolgung von Kommunisten schloss die Sowjetunion mit der Türkei einen Vertrag für Freundschaft und Zusammenarbeit ab und bemühte sich im Laufe der 1920er Jahre um eine stetige Verbesserung der Beziehungen, um sich gegen eventuel-

---

of the Tiflis Organization of the Communist Party of Georgia, December 1921“, in: Eudin/North (Hg.), *Soviet Russia and the East*, S. 57. Zur Bedeutung des aserbaidischen Öls für die UdSSR bzw. England vgl. auch: Manifest des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale zur internationalen Lage und zu den Aufgaben der kommunistischen Parteien, gebilligt am 6. 8. 1920, in: *Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale*, S. 136, 265; „Telegram of the Revolutionary War Council of the Eleventh Russian Soviet Army Concerning the Liberation of Baku, 28. 4. 1920“, in: Eudin/North (Hg.), *Soviet Russia and the East*, S. 53.

<sup>31</sup> *Obraščenie Sovetskogo pravitel'stva – „Ko vsem trudjaščimsja musul'manam Rossii i Vostoka“*, 20. nojabrja (3 dekabrja) 1917 g., in: *SSSR i Arabskie Strany*, S. 58.

<sup>32</sup> Sie vertraten die Theorie der Eigenständigkeit der Völker und deren Befreiung, doch das Recht auf nationale Selbstbestimmung wurde deutlich als bürgerliche Kategorie gewertet und durfte nicht in Konflikt geraten mit den Klasseninteressen des Proletariats. Die nationale Identität sollte ein untergeordneter Wert sein, der innerhalb des sozialistischen Gebildes existierte. Darauf treffen wir später auch bei Chrusčevs Kampf des Sozialismus mit dem Nationalismus. Vgl. Haumann, *Geschichte Russlands*, S. 515. Vgl. auch Cičerins Meinung, der sich auf Gorčakov beziehend weiter den Anspruch auf eine Einheit Russlands mit Asiens vertrat, in: Eudin/North (Hg.), *Soviet Russia and the East*, S. 3.

<sup>33</sup> Bräker, *Die sowjetische Politik gegenüber dem Islam*, S. 148.

le Angriffe abzusichern und um die eigenen Öinteressen im Kaukasus zu verfolgen. Eine Entscheidung zugunsten der Realpolitik, die in Bezug auf Ägypten wiederkehren sollte.<sup>34</sup>

Der an die Sowjetunion angrenzende Orient galt als integraler Bestandteil der sowjetischen Sicherheitspolitik. In den zwanziger und dreißiger Jahren wurde diese Politik noch einmal unterstrichen, indem die Freundschaftsverträge durch Neutralitätsverträge und Nichtangriffspakte erweitert wurden. In einem Interview mit dem britischen Korrespondenten M. S. Farbman betonte Lenin im Oktober 1922 Russlands Interesse am Nahen Osten folgendermaßen: „Unsere Nahostpolitik ist eine Frage der realsten, direktesten und vitalsten Interessen Russlands und der Interessen einer Reihe von verbündeten Staaten.“<sup>35</sup>

## 2.1. Nationale Befreiungsbewegungen in der marxistisch-leninistischen Theorie

Gerade die Interpretation der Sowjetunion, dass sie als Mutterland der Revolution anderen Ländern zu sozialem und politischem Fortschritt verhelfen sollte, rückte aber auch die entfernteren Länder des Nahen Ostens verstärkt in den Fokus der sowjetischen Außenpolitik. Durch das ideologische Konstrukt einer sozialistischen Weltrevolution wurde eine starke internationale Verantwortlichkeit betont. Dementsprechend gab Lenin mit seiner Außenpolitik auch Linien für die Annäherung an Staaten vor, die nicht an die Sowjetrepublik bzw. die Sowjetunion grenzten.

Lenin verstand die Ideologie als neues einheitsstiftendes Instrument, um die verschiedenen Völker, Ethnien und Religionen zu einen, so dass sich die Grenzen der Nationen und Staaten auflösten. Die übergreifende Kategorie sollten dabei die Arbeiter der ganzen Welt, die proletarische Klasse bilden. Die von Karl Marx und Friedrich Engels übernommene Vorstellung der Weltrevolution war der Weg, auf dem auf der ganzen Welt die kommunistischen Arbeiterparteien die Macht übernehmen sollten. Um den Untergang der kapitalistischen Systeme zu beschleunigen, sollten die Differenzen der kapitalistischen Staaten untereinander ausgenutzt und verschärft und die imperialistischen Reiche geschwächt werden. Ziel war letztlich die „freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus“, die Schaffung eines einzigen Einheitsstaates auf der Welt, welcher zentralistisch von der Kommunistischen Partei in Moskau kontrolliert und geführt würde.<sup>36</sup>

Das Phänomen des Nationalismus wurde allgemein von den Sozialdemokraten gemäß dem grundsätzlichen Ziel der Vereinigung des Proletariats aller Länder abgelehnt, der Umgang mit nationalen Ansprüchen gehörte aber zu den viel und kontrovers diskutierten Themen. Marx interpretierte den Nationalismus nicht zuletzt als Mittel der Kapitalisten, die proletarische Solidarität zu stören und zu verhindern.<sup>37</sup> Als Beispiel führte er die Gegensätze zwischen dem englischen und dem irischen Proletariat an, um zu verdeutlichen, dass das englische Proletariat durch diese Gegensätze die eigene Unterdrückung fördere

<sup>34</sup> Vgl. Mahr, Die Rolle Ägyptens, S.30f. Siehe ebenso die sowjetisch-türkischen Verträge und die Niederschriften der diplomatischen Treffen in: Degras (Hg.), Soviet Documents on Foreign Policy, 3 Bde., passim.

<sup>35</sup> V. I. Lenin, Interview Given to Michael Farbman, Observer and Manchester Guardian Correspondent, 27.10.1922, <http://www.marxists.org/archive/lenin/works/1922/oct/27.htm> (12.9.2009).

<sup>36</sup> Ideologische Konversion statt Annexion, vgl. z. B. Wheeler, Russia and the Middle East, S.127–136.

<sup>37</sup> Marx to Sigfrid Meyer and August Vogt in New York, 9.4.1870, in: Marx/Engels, Selected Correspondence, S. 220–224, hier S.221f.

und sich selbst erniedrige.<sup>38</sup> Die deutsche Sozialistin Rosa Luxemburg formulierte die These radikaler. „[Es] bestehen für die gesamte vom Geiste Marx' und Lasalles durchdrungene internationale Sozialdemokratie [...] auf der ganzen heutigen Welt eigentlich ‚nur zwei Nationen‘ – die der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten – und nur zwei Religionen – die Religion des Kapitals und das Evangelium der Befreiung der Arbeit.“<sup>39</sup> Die nationalen Zuordnungen sollten durch den Sozialismus, wie Marx es im Manifest formulierte, beseitigt werden: „In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andre aufgehoben.“<sup>40</sup> Mit der Beseitigung der Klassengegensätze in einer Nation würden auch die Feindseligkeiten zwischen Nationen verschwinden, so dass es keine „nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker“ mehr geben wird, sobald das Proletariat herrscht.<sup>41</sup> Diese Völkervereinigung aber müsse auf freiwilliger Basis stattfinden, weshalb für Marx die Auflösung von Herrschaft und die nationale Unabhängigkeit als Ausgangsstadium unerlässlich war, da die Folge sonst die Unterdrückung von Völkern sei, was der Ausbeutung von Klassen gleichkäme. Marx und Engels äußerten sich in ihren Schriften nur über europäische Entwicklungen und bezogen Stellung zu Konflikten in Europa, besonders zur Frage nach dem Recht auf Nationsbildung der Iren. Als notwendige Entwicklungsstufe zur Freiwilligkeit sprach Marx den Iren das volle Recht auf Unabhängigkeit und Loslösung zu.<sup>42</sup>

Die Ansichten von Marx und Engels hinsichtlich des Rechts auf Nationsbildung beinhalten allerdings für abhängige Völker eine wesentliche Einschränkung. Insbesondere Engels führte dies aus. Zwar konstatierte er hinsichtlich der zaristischen Polenpolitik, dass eine Nation nicht frei werden könne, wenn sie andere Völker unterdrücke; aber diese Aussage bezog er nur auf die Völker der größeren europäischen Nationen, nicht aber auf seiner Meinung nach „geschichtslose Volkstrümmer“, die in größeren Nationen aufgehen müssten, da sie selbst nicht existenzfähig seien.<sup>43</sup> Nationen wurden demnach sehr unterschiedliche Rechte zugesprochen, ein grundlegendes Recht auf Nationsbildung wurde abgelehnt.<sup>44</sup>

Lenin akzeptierte in ideologischer Abgrenzung zum zaristischen Expansionismus die nationale Entwicklung anderer Völker als Entwicklungsweg zur Vollziehung der Unabhängigkeit. Dies verstand er als Fortführung der These von Marx und dessen Auffassung, dass zunächst die Unterdrückung durch andere Nationen aufgehoben werden müsste, um zu einem freiwilligen Zusammenschluss zu gelangen.<sup>45</sup> Grundsätzlich forderte Lenin das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker<sup>46</sup>. „Der siegreiche Sozialismus muss die volle De-

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Luxemburg, *Diskusja*, in: *Młot*, Nr. 14, Warschau, 5. 11. 1910, S. 5–7, zitiert nach Fetscher (Hg.), *Marxisten gegen Antisemitismus*, S. 145.

<sup>40</sup> Marx, *Manifest der Kommunistischen Partei*, S. 479.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 479.

<sup>42</sup> Tibi, *Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel*, S. 26.

<sup>43</sup> Engels, *Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?*, in: Marx/Engels, *Werke*, Bd. 16, S. 157ff. Engels Auffassung wurde auch von dem österreichischen Sozialisten Otto Bauer aufgegriffen. Er sprach den geschichtslosen Völkern im Gegensatz zu Engels aber das Recht auf kulturelle Autonomie innerhalb anderer Nationalitätenstaaten zu, da ihr Nationalismus eine Form der Emanzipation und damit des Klassenkampfes sei. Vgl. hierzu Tibi, *Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel*, S. 27f.

<sup>44</sup> Engels, *Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?*, in: Marx/Engels, *Werke*, Bd. 16, S. 157ff.

<sup>45</sup> Vgl. Lenin, *Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*, S. 445–448, 460.

<sup>46</sup> Bei Marx, Engels und Lenin werden die Begriffe Nation und Volk synonym angewandt. Auch ein Volk, das sich noch nicht als Nationalstaat konstituiert hatte, wurde als Nation bezeichnet. Vgl. Tibi, *Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel*, S. 28.

mokratie verwirklichen, folglich nicht nur vollständige Gleichberechtigung der Nationen realisieren, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen durchführen, d. h. auch das Recht auf freie politische Abtrennung anerkennen.<sup>47</sup> Lenin nahm in diesem Kontext in seinen Schriften Bezug auf die Befreiungsbewegungen in den Kolonien Asiens und Afrikas.<sup>48</sup> Er bezeichnete die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht als Aufgabe der sozialistischen Außenpolitik und des Proletariats der Kolonialmächte. Mit Stalin erkannte Lenin in den Unabhängigkeitsbestrebungen der asiatischen und afrikanischen Staaten ein großes Potential gegen die Etablierung des Kapitalismus, welches von der Sowjetunion genutzt werden müsse. Auch die arabischen Staaten erwähnend, betonte er die Rolle der Kolonien in Asien, Afrika und im Nahen Osten für die Entwicklung der sozialistischen Weltrevolution:

„Ich möchte hier auch die Bedeutung der Bewegung in den Kolonien betonen. [...] Millionen und Hunderte Millionen – faktisch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung unseres Erdballs – treten jetzt als selbständige aktive revolutionäre Faktoren auf. Und es ist absolut klar, dass in den kommenden entscheidenden Schlachten der Weltrevolution die ursprünglich auf die nationale Befreiung gerichtete Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs sich gegen den Kapitalismus und Imperialismus kehren und vielleicht eine viel größere revolutionäre Rolle spielen wird, als wir erwarten. [...] und die Massen der Werktätigen, die Bauern der Kolonialländer, werden, obwohl sie jetzt noch rückständig sind, in den folgenden Phasen der Weltrevolution eine sehr große revolutionäre Rolle spielen.“<sup>49</sup>

Dabei sah Lenin insbesondere in der großen Bevölkerung der Länder Asiens und Afrikas das entscheidende Kriterium. Die Mehrheit der Bevölkerung werde letztlich den Sieg des Sozialismus und seine weltweite Verbreitung gewährleisten. Insofern spiele die Menge der Kolonialstaaten, aber vor allem der Bevölkerungsreichtum einiger dieser Länder eine so bedeutende Rolle.<sup>50</sup> In diesem Sinne wird deutlich, warum gerade Indien und Ägypten im Fokus der sowjetischen Politik standen. War Indien neben China der bevölkerungsreichste Staat, so war Ägypten nicht nur der größte, bevölkerungsreichste Staat im arabischen Nahen Osten, sondern auch noch der einflussreichste in der ganzen Region.

Mit dem Verständnis, dass der Imperialismus das „höchste Stadium des Kapitalismus“<sup>51</sup> bilde, fokussierte der von den Bolschewiki propagierte Antimperialismus den empfindlichsten Teil der kapitalistischen Welt, die Kolonien. Sie sollten, wie Lenin 1916 schrieb, Teil des Kampfes gegen die kapitalistische Welt sein: „Die soziale Revolution kann nicht anders vor sich gehen als in Gestalt einer Epoche, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer ganzen Reihe de-

<sup>47</sup> Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 144.

<sup>48</sup> Im Mittelpunkt der außenpolitischen Konzeption Lenins stand der Westen des Reiches, Osteuropa. Vorrangiges Ziel war es, die Revolution über Osteuropa nach Deutschland zu tragen. Lenin spekulierte, dass nach einer erfolgreichen Revolution in Deutschland auch die anderen Staaten Europas fallen würden. Er konzentrierte sich wie Marx und Engels in erster Linie auf die Staaten Europas, in der Hoffnung, so dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen. Erst als die Aussichten für die Revolution in Europa schwanden, erfolgte eine Neuorientierung der Außenpolitik Lenins.

<sup>49</sup> Lenin, Referat über die Taktik der KPR, 5. 7. 1921 (3. Kongreß der Kommunistischen Internationale), S. 504f.

<sup>50</sup> Lenin schrieb hierzu: „Gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird denn auch in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hineingerissen, so dass es in diesem Sinne nicht die Spur eines Zweifels darüber geben kann, wie die endgültige Entscheidung des Wahlkampfes ausfallen wird.“ Lenin, Lieber weniger aber besser, März 1923, zitiert bei Fetscher (Hg.), Der Marxismus, S. 234f.

<sup>51</sup> Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, S. 189–309.

mokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist, darunter auch mit nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen.<sup>52</sup>

Lenin lehnte zwar den Nationalismus der Völker als solchen ebenfalls als kapitalistisches und bürgerliches Phänomen ab; die Arbeiterinteressen seien übernational und dürften nicht gespalten werden.<sup>53</sup> Doch sollte das Ziel die Befreiung der unterdrückten Nationen sein, um dann ihre anschließende Annäherung und Verschmelzung mit den sozialistischen Staaten zu erreichen, wobei sich die Sowjetunion selbst als Beispiel für den freiwilligen Zusammenschluss der Arbeiter aller auf sowjetischem Territorium vertretenen Nationen präsentierte.<sup>54</sup> Gerade hierin aber zeigte sich ein entscheidender Interessenkonflikt, der bereits in den theoretischen Überlegungen Lenins erkennbar angelegt war: „Der Marxist [...] erkennt die geschichtliche Berechtigung nationaler Bewegungen durchaus an. Damit aber diese Anerkennung nicht zu einer Apologie des Nationalismus werde, muß sie sich strengstens nur auf das beschränken, was an diesen Bewegungen fortschrittlich ist“.<sup>55</sup> Weiter ging Lenin auf die divergierenden Interessen ein:

„Insofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft, insofern sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen *dafür*, denn wir sind die kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung. Sofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation *ihren* bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der unterdrückenden Nation und keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation.“<sup>56</sup>

Lenin wollte Russland „direkt zum Vertreter der gesamten Masse der unterdrückten Bevölkerung der Erde“<sup>57</sup> machen, um sie nicht zuletzt mit Hilfe des Versprechens auf Selbstbestimmung von der kapitalistischen Welt loszulösen, sie dann aber im Sozialismus zu vereinen. Somit wird deutlich, dass Lenin dieses Recht nur auf nationale Kriege in den Kolonien bezog, nicht aber z. B. auf Völker in der Sowjetunion, deren Loslösung nicht im Interesse des sozialistischen Staates war. Dementsprechend rechtfertigte er auch gleichzeitig Gewalt oder die Einverleibung von Gebieten und Völkern, wenn dies dem Fortschritt dienlich war.<sup>58</sup> Das Recht auf Selbstbestimmung würden die Bolschewiki gewähren, jedoch nicht „weil wir die Lostrennung ‚empfehlen‘ wollen, sondern, im Gegenteil, weil wir die demokratische Annäherung und Verschmelzung der Nationen erleichtern und beschleunigen wollen. Wir werden alle Anstrengungen machen, um eine Annäherung an die Mongolen, Perser, Inder und Ägypter und eine Verschmelzung mit ihnen zu erreichen, wir sind der Meinung, daß es unsere Pflicht ist und daß es in *unserem Interesse* liegt, dies zu tun, weil andernfalls der Sozialismus in Europa *nicht gesichert* sein wird. [...] Die auf einem viel niedrigeren Kulturniveau stehenden Fellachen, Mongolen, Perser werden sich möglicherweise auf längere Zeit trennen, aber wir werden bestrebt sein, diese Zeit, wie bereits gesagt,

<sup>52</sup> Ders., Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, S. 53.

<sup>53</sup> Vgl. ders., Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 121f.

<sup>54</sup> Vgl. ders., Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage, S. 134f.

<sup>55</sup> Ders., Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, S. 19.

<sup>56</sup> Ders., Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 414f. (Hervorhebung im Original).

<sup>57</sup> Vgl. ders., Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B), S. 448f.; vgl. auch: Ders., Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, Juli 1920, S. 196.

<sup>58</sup> Vgl. ders., Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz, S. 178.

durch uneigennützigte Kulturhilfe abzukürzen.<sup>59</sup> „[...] d.h. ihnen beim Übergang zur Benutzung von Maschinen zwecks Erleichterung der Arbeit, zur Demokratie und zum Sozialismus behilflich zu sein.“<sup>60</sup> Für die abhängigen und schwachen Nationen, so propagierte Lenin, sei die Vereinigung mit der Sowjetunion der einzige Weg zur Erlösung.<sup>61</sup>

In den Jahren nach der sozialistischen Revolution steigerte Lenin seine Aufmerksamkeit für den nationalen Unabhängigkeitskampf in den Kolonien.<sup>62</sup> Seit 1919 beobachtete er insbesondere auch den ägyptischen Unabhängigkeitskampf, der sich nach dem Ersten Weltkrieg bemerkbar zu machen begann. Explizit äußerte er sich auf dem Gründungskongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) im März 1919 über die Dringlichkeit der Unabhängigkeit für Ägypten und Indien.<sup>63</sup> Auf dem zweiten Kongress der Komintern im Juli 1920 forderte Lenin die Zusammenarbeit mit den kolonialen Völkern und den „bürgerlich-demokratischen“ bzw. „national-revolutionären“ Befreiungsbewegungen und rief die kommunistischen Parteien dazu auf, diese Bewegungen aktiv zu unterstützen.<sup>64</sup> Dabei wurde auch der Anstoß zur Planung eines gesonderten Kongresses der Völker des Orients gegeben, der noch im September des gleichen Jahres unter der Leitung des Kominternvorsitzenden Grigorij E. Zinow'ev in Baku stattfand und der für den Kampf gegen den englischen Imperialismus mobilisieren sollte.<sup>65</sup> Der Aufruf zum Kongress richtete sich vor allem an die „versklavte(n) Volksmassen Persiens, Armeniens und der Türkei“<sup>66</sup>. Diese drei Anrainer-Völker waren besonders wichtig für den russischen Einfluss und die Bolschewiki nutzten die Differenzen zwischen ihnen, wie z. B. die türkisch-armenischen<sup>67</sup>, für die eigene antiimperiale Argumentation:

„Bauern und Arbeiter Armeniens! Viele Jahre seid ihr die Opfer ausländischen Kapitals gewesen, das ausführlich über die Massaker der Kurden an den Armeniern geredet hat, Euch angestiftet hat, gegen den Sultan zu kämpfen, und kontinuierlich neue Vorteile aus Eurem Kampf gegen ihn gezogen hat. [...] so lange diese Missstimmung zwischen Euch anhält, werden die ausländischen Kapitalisten davon profitieren, indem sie die Türkei mit der Drohung eines armenischen Aufstands erschrecken und den Armeniern mit der Drohung eines Pogroms durch die Kurden Angst einjagen.“<sup>68</sup>

<sup>59</sup> Ders., Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, S. 61f. (Hervorhebung im Original).

<sup>60</sup> Ebenda, S. 61.

<sup>61</sup> Lenin, Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage, S. 134, 138.

<sup>62</sup> Tibi, Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel, S. 25, 27f..

<sup>63</sup> Haikal schreibt, Lenin habe als Dank ein Telegramm von Muhammad Farid, dem Nachfolger des Anführers der nationalistischen Partei Ägyptens, Muṣṭafā Kāmil, aus dem Exil erhalten. Vgl. Heikal, Sphinx und Kommissar, S. 41.

<sup>64</sup> Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, angenommen auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale am 28. 7. 1920, in: Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale, S. 172, 174; zur Begriffsunterscheidung siehe Bericht der Kommission für die nationale und die koloniale Frage, gegeben von W. I. Lenin auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale am 26. 7. 1920, in: Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale, S. 165f.; Lenin, Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B), S. 448.

<sup>65</sup> Vgl. dazu im Detail die Kongress-Dokumente in: Riddell (Hg.), To See the Dawn, passim.

<sup>66</sup> Baku Congress of the Peoples of the East, Summons to the Congress, July 20, 1920, <http://marxists.architexturez.net/history/international/comintern/baku/ch01.htm> (5. 8. 2007).

<sup>67</sup> In den Jahren 1915–1917 waren die im Osmanischen Reich lebenden Armenier Opfer von Vertreibung und Massakern geworden. Die Opferzahlen lagen nach Schätzungen sehr hoch, nämlich bei mehr als einer Million Toten.

<sup>68</sup> Baku Congress of the Peoples of the East, Summons to the Congress, July 20, 1920, <http://marxists.architexturez.net/history/international/comintern/baku/ch01.htm> (5. 8. 2007).

Die meisten der fast zweitausend Teilnehmer kamen aus dem Kaukasus, der Türkei, Turkestan und Persien. Drei arabische Delegierte aus Palästina und anderen Ländern nahmen teil.<sup>69</sup> Dass die Resonanz hier so gering war, lag nicht zuletzt in der Schwäche der kommunistischen Parteien in den arabischen Ländern begründet. Erst Anfang der 1920er Jahre bildeten sich kommunistische Parteien im Nahen Osten, welche sich zunächst jedoch in erster Linie aus Minderheiten und Intellektuellen zusammensetzten. Dennoch wurde stets gerade der Unabhängigkeitskampf in Ägypten neben dem indischen als bedeutend hervorgehoben. In seiner Rede zur internationalen Situation wies auch Karl Radek<sup>70</sup> auf dem Kongress auf Ägypten als herausragendes Beispiel für den Kampf gegen den englischen Imperialismus hin: „Direkt unter der Nase des britischen Imperialismus, in Irland, in Ägypten und in Indien, sehen wir eine wachsende Bewegung revolutionärer Kämpfe der Völker, die Großbritannien versklavt hat. [...] In Ägypten sind es nicht nur professionelle und intellektuelle Arbeiter, nicht nur Studenten, nicht nur Beamte, die auf die Straßen gehen. Die Demonstrationen haben zu Streiks der Fellahin geführt, die die Briten während des Krieges als Lasttiere nutzten, und von Eisenbahnarbeitern und Telegrafarbeitern.“<sup>71</sup>

## 2.2. Nationalismus und nationale Befreiungsbewegungen bei Stalin

Stalin maß der nationalen Frage schon früh große Bedeutung zu. Schon im Winter 1912/1913 beschäftigte er sich mit dem Phänomen des Nationalismus. Er definierte eine Nation als „eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“.<sup>72</sup> Grundsätzlich rangierten wie bei allen Marxisten auch bei Stalin die nationalen Interessen hinter den Klasseninteressen. Ziel war auf Dauer die Überwindung dieser nationalen Zuordnungen durch die Vereinigung der Proletarier. Es gehöre zur Pflicht der Sozialdemokraten, so stellte Stalin fest, gegen diesen Nationalismus anzukämpfen und „die Masse vor der allgemeinen ‚Seuche‘ zu bewahren. Denn die Sozialdemokratie, und nur sie allein, war dazu imstande, da sie dem Nationalismus die bewährte Waffe des Internationalismus, die Einheit und Unteilbarkeit des Klassenkampfes entgegenstellte“<sup>73</sup>, so dass im verwirklichten Sozialismus der Nationalismus keine Rolle mehr spiele.

Dennoch unterschied Stalin zwischen bürgerlichem Nationalismus und dem Nationalismus unterdrückter Völker. In seiner 1913 aus diesen Überlegungen hervorgegangenen frühen Schrift „Marxismus und Nationale Frage“<sup>74</sup> räumte Stalin Letzteren volles Recht

<sup>69</sup> Baku Congress of the Peoples of the East, Seventh Session, September 7, 1920, <http://marxists.architexturez.net/history/international/comintern/baku/ch07.htm> (5.8.2007); Konkreteres scheint über die drei arabischen Teilnehmer nicht bekannt zu sein. Bashear gibt aus einer britischen Quelle den Namen Muhammad Sadiq an. Vgl. Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 16.

<sup>70</sup> Karl Radek (1885–1939) war ebenfalls Mitarbeiter der Komintern und gehörte zum engen Kreis um Lenin. Insbesondere war Radek Kontaktperson zu den deutschen Kommunisten.

<sup>71</sup> Rede Karl Radeks auf der zweiten Sitzung des Kongresses der Völker des Orients, 2.9.1920, in: Riddell (Hg.), *To See the Dawn*, S. 90.

<sup>72</sup> Stalin, *Marxismus und Nationale Frage*, S. 165.

<sup>73</sup> Ebenda, S. 162.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 162–196. Erstmals erschien der Artikel unter dem Titel „Nationale Frage und Sozialdemokratie“ in der Zeitschrift „Prosvješćenie“ [Aufklärung] Nr. 3–5, März bis Mai 1913, unterschrieben mit K. [Koba] Stalin, dann als Broschüre unter dem Titel „Die nationale Frage und Marxismus“.

auf Selbstbestimmung ein. Nationale Unterdrückung müsse bekämpft werden: „Die Nation ist souverän, und alle Nationen sind gleichberechtigt.“<sup>75</sup> Allerdings schränkte Stalin diese Aussage sofort ein, indem er gegen dieses Recht die Pflichten der Sozialdemokraten stellte. Diese sollten zwar jegliche Unterdrückung verhindern, doch nur so lange, wie dies mit den Interessen des Proletariats vereinbar war. Hierin war die Möglichkeit des Kampfes gegen Nationen bereits angelegt, denn zum Schutz der Werktätigen hatte die Sozialdemokratie gegen „schädliche Institutionen“ und „unzweckmäßige Forderungen“ der Nation zu kämpfen.<sup>76</sup> So zeigte sich, dass das in der Theorie gewährte Recht auf Selbstbestimmung in der Praxis schnell begrenzt sein würde. Stalin machte dies am Beispiel des Kaukasus deutlich. Nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen zunächst vor allem im russischen Machtbereich kam er argumentativ zuvor: Die Kulturen im Kaukasus seien zu unterentwickelt, als dass ihre Unabhängigkeit gerechtfertigt sei. „Die nationale Frage im Kaukasus kann nur im Geiste der Einbeziehung der zu spät gekommenen Nationen und Völkerschaften in den allgemeinen Strom der höheren Kultur gelöst werden. Nur eine solche Lösung kann fortschrittlich und für die Sozialdemokratie annehmbar sein.“<sup>77</sup> Übergangsweise wäre die Einführung einer Gebietsautonomie eine Lösung. Auch am Beispiel der Religionen ist Stalins Haltung explizit abzuleiten: Trotz des Rechts der Nationen auf Religionsfreiheit sei es Pflicht der Sozialdemokraten, gleichzeitig gegen Religionen zu agitieren, „um der sozialistischen Weltanschauung zum Triumph zu verhelfen“.<sup>78</sup> Im Grundsatz blieb Stalin der sozialistischen Haltung treu, dass Nationalismus allgemein schädlich sei. Hierzu zählte er explizit auch die Bewegungen des Zionismus und des Panislamismus.<sup>79</sup> Allerdings differenzierte er und versuchte den Fokus der Sozialisten auf die außereuropäischen Länder zu erweitern. Auch Lenin hatte in seiner Reaktion auf den Boxer-Aufstand in China 1900 bereits die Bedeutung des asiatischen Befreiungskampfes hervorgehoben, befasste sich aber erst ab 1916 ausführlicher mit den theoretischen Überlegungen.

Die nationalen Bewegungen verstand Stalin zunächst als wesentlichen Teil des Kampfes gegen die Kolonialmächte und führte nach Lenins Tod dessen Politik in Bezug auf den Osten fort. Doch die durch die nationalen Aufstände im Kaukasus (1920 Gänçä, 1924 Tiflis) und Zentralasien (Basmaçi-Bewegung<sup>80</sup>) in Frage gestellte sowjetische Hegemonie blieb Priorität, und Stalin richtete schon bald seine ganze Aufmerksamkeit auf die innenpolitischen Probleme, wie die Sicherung der territorialen Integrität gegen Aufständische.<sup>81</sup> Dabei vertrat er eine zunehmende Zentralisierung, die die nationalen Ideen der Völker zunichtemachte.<sup>82</sup>

Außenpolitisch wirkte sich diese Neuausrichtung nicht nur auf die direkte sowjetische Politik gegenüber den Nationalbewegungen aus, sondern wurde auch in den Direktiven an die kommunistischen Parteien in den kolonialisierten Staaten umgesetzt.<sup>83</sup> Hatte im Februar 1927 der Kongress gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus in Brüssel

<sup>75</sup> Stalin, *Marxismus und Nationale Frage*, S. 171.

<sup>76</sup> Ebenda, S. 191.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 189.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 191.

<sup>79</sup> Ebenda, S. 162.

<sup>80</sup> Castagné, *Les Basmachis*, S. 174–178.

<sup>81</sup> Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 17.

<sup>82</sup> Vgl. Conquest, *Stalin: Breaker of Nations*.

<sup>83</sup> Das bolschewistische Russland hatte seit 1919 eine Trennung zwischen dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und der Kommunistischen Internationale.

noch mit sowjetischer Unterstützung stattgefunden, so zeigte sich ab 1928 Stalins Skepsis gegenüber den revolutionären Befreiungsbewegungen in arabischen und anderen Staaten.<sup>84</sup> Nicht zuletzt hatten die Erfahrungen in China dazu beigetragen, dass Stalins Misstrauen gegenüber „bürgerlich“ dominierten nationalen Bewegungen wuchs. Die zunächst von Moskau geförderte Kooperation der chinesischen Kommunisten mit der nationalen Bewegung der Kuomintang in den Jahren 1923 bis 1927 hatte sich zu einer direkten Konfrontation gewandelt, der viele Kommunisten zum Opfer fielen.

Stalin marginalisierte nun die Bedeutung der kolonialisierten Völker für die sozialistische Revolution durch seine Forderung eines rein kommunistischen Kampfes, was die Kooperation mit nationalen Bewegungen untersagte. Er forderte von den Kommunisten eine konsequentere Haltung in Bezug auf den Unabhängigkeitskampf in ihren Ländern. Auf dem sechsten Kongress der Komintern im Sommer 1928 rief er zu einer stärkeren Anbindung an das sowjetische Mutterland auf und verurteilte die bürgerlich nationalen Befreiungsbewegungen und die Sozialdemokraten als Agenten der Imperialisten. Dies war eine Aufforderung an alle Kommunisten, Bündnisse mit nationalen Parteien, die für die Unabhängigkeit ihrer Länder eintraten, aufzugeben und sich ganz auf eine eigene Basis, mit Verbindung zur Sowjetunion, zu stützen.<sup>85</sup> Die ohnehin noch unbedeutenden kommunistischen Parteien wurden so erheblich geschwächt,<sup>86</sup> aber Stalin maß dem Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen aufgrund der Rückständigkeit der reaktionären Regime und abhängigen Kolonien geringen Wert bei. Noch 1934 unterstrich Stalin die Aussage, dass nur „Stärke und Autorität“ der revolutionären Partei des Proletariats über den Ausgang von revolutionären Situationen entscheiden könnten. „Der Sieg der Revolution kommt nie von selbst. Man muss ihn vorbereiten und erkämpfen. Ihn vorbereiten und erkämpfen kann aber nur eine starke proletarische revolutionäre Partei.“<sup>87</sup>

Stattdessen legte er das Gewicht auf die schon von Lenin hervorgehobenen Differenzen und die gegenseitige Schwächung der kapitalistischen Staaten. Die Wirtschaftskrise hätte zur „Verschärfung der politischen Lage der kapitalistischen Länder sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch in deren gegenseitigen Beziehungen“<sup>88</sup> geführt. Ein anstehender Krieg zwischen den imperialistischen Staaten würde die Entwicklung neuer sozialer Revolutionen weiter beschleunigen. 1938 ergänzte Stalin diese Analyse, indem er hervorhob, dass dieser neue imperialistische Krieg ein neues Stadium des Kampfes um Absatzmärkte und Rohstoffe, ja um „die Neuaufteilung der Welt, der Einflussphären, der Kolonien durch Kriegshandlungen“ sei.<sup>89</sup>

Es erfolgte aber eine erneute Wende in der Politik Stalins. Aufgrund der äußeren Bedrohung an zwei Fronten, von Deutschland und Japan, und dem daraus resultierenden Wunsch nach einem guten Verhältnis zu den Westmächten, wurde die Strategie des Klas-

<sup>84</sup> Rothermund, Indien und die Sowjetunion, S. 3.

<sup>85</sup> Campbell, *The Soviet Union and the Middle East*, Teil 1, S. 146; Rubinstein, *Soviet Foreign Policy*, S. 166.

<sup>86</sup> Vassiliev, *Russian Policy in the Middle East*, S. 150.

<sup>87</sup> Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag: Über die Arbeit des ZK der KPdSU (b) 1934, S. 171.

<sup>88</sup> Ebenda, S. 168.

<sup>89</sup> Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag: Über die Arbeit des ZK der KPdSU (b) 1939, S. 99. Zur Fehleinschätzung der internationalen Lage durch Stalin siehe Zubok, *A Failed Empire*, S. 20. Stalin erwartete einen Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten, was seiner Ansicht nach zu Kompromissen gegenüber der UdSSR führen würde.

senkampfes Mitte der 1930er Jahre wieder aufgegeben und die Zusammenarbeit im Sinne einer Allianz gegen Hitler vertreten. Auf dem siebten Kominternkongress 1935 wurden die kommunistischen Parteien dazu angehalten, breite Volksfrontbewegungen mit revolutionären Unabhängigkeitsbewegungen zu bilden. Die revolutionären Bewegungen in anderen Ländern zeigten sich in ihrer Funktion endgültig nur als Instrument der sowjetischen Interessen. Die Kommunisten in Afrika, Asien und im Nahen Osten wurden durch diese widersprüchlichen Direktiven in starke Erklärungsnot gebracht.<sup>90</sup>

Die ideologische Ausrichtung gab ein Erklärungsmuster vor, welches nach innen das Zusammenhalten der vielen Völker untermauerte und nach außen die russische Interessenpolitik und Einflussnahme rechtfertigte. Nach Berdjajew ergab sich für den russischen Kommunismus ein doppelter Charakter. „Einerseits ist er eine internationale Erscheinung, andererseits aber ein rein russisches nationales Phänomen.“<sup>91</sup> Die Vorgehensweise wurde den jeweiligen Situationen angepasst. Ausschlaggebend blieben letztlich die Sicherheitspolitik und der ideologisch hergeleitete Vormachtsanspruch. Kurzfristige Ziele wurden dabei durchaus auch gegen ideologische Rahmenbedingungen durchgesetzt.

### 3. Nationale Bestrebungen in der Sowjetunion

#### 3.1. Rezeption der jüdischen nationalen Bestrebungen

Während den nationalen Bewegungen in Asien und Afrika ihre Legitimation zumindestens als Stadium auf dem Weg zum Sozialismus zugesprochen wurde, wurde der Anspruch der zionistischen Bewegung von Marx, Lenin und Stalin negativ rezipiert. Lenin und Stalin vertraten wie auch andere Marxisten, wie z. B. Karl Kautsky<sup>92</sup>, die Ansicht, dass es sich bei Juden nicht um eine Nation handele. Hauptkriterium für diese Feststellung war der Umstand, dass sie nicht über ein gemeinsames Territorium verfügten, aber auch, dass sie verschiedene Sprachen sprachen und die Juden kulturell eher an die Umgebung, in der sie lebten, gebunden waren als an eine gemeinsame jüdische Kultur. Die These einer jüdischen Nation sei, so Lenin, eine „in ihrem Kern vollkommen falsche und reaktionäre zionistische Idee“.<sup>93</sup> Eine Nation ohne Territorium, resümierte er bezugnehmend auf die Definition Kautskys, sei undenkbar. Zu dem gleichen Schluss kam auch Stalin in seiner Schrift „Marxismus und Nationale Frage“: „Was für eine jüdische Nation ist das beispielsweise, die aus georgischen, daghestanischen, russischen, amerikanischen und anderen Juden besteht, deren Mitglieder einander nicht verstehen (verschiedene Sprachen sprechen), in verschiedenen Teilen des Erdballs leben“.<sup>94</sup> Dadurch bedingt könne von einem Nationalcharakter nicht gesprochen werden, höchstens von „gewissen Überresten eines Nationalcharakters“.<sup>95</sup>

Wurde die Bewegung des Zionismus generell als Form des Nationalismus abgelehnt, so kam dem Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in der Diskussion um die Nationenfrage

<sup>90</sup> Siehe hierzu Kapitel II.2.2.

<sup>91</sup> Berdjajew, Sinn und Schicksal, S. 9.

<sup>92</sup> Karl Kautsky (1854–1938) war ein österreichischer marxistischer Theoretiker und Publizist.

<sup>93</sup> Am 22.10.1903 in Iskra, Nr. 51, veröffentlicht. Vgl. Lenin, Die Stellung des „Bund“ in der Partei, S. 89.

<sup>94</sup> Stalin, Marxismus und Nationale Frage, S. 166f.

<sup>95</sup> Ebenda, S. 166.

gesonderte Aufmerksamkeit zu. Die Auseinandersetzung mit dem Bund musste umso intensiver sein, da er als Organisation Alleinvertretungsanspruch für die jüdischen Arbeiter in Russland erhob. In vielem stand die Organisation den Bolschewiki sehr nahe, doch der nationalen Identität kam größere Bedeutung zu. Der Bund war der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP) 1898 auf dem ersten Parteikongress als autonome Organisation beigetreten, mit unabhängiger Befugnis bezüglich der Fragen, die das jüdische Proletariat betrafen. Er forderte allerdings eine zunehmende Selbständigkeit im Sinne einer föderativen Gestaltung der Partei. 1903 sprach er sich auf dem zweiten Kongress der RSDAP für die Teilung des Proletariats nach Nationalitäten aus. Er beanspruchte für sich, die einzige Repräsentation der jüdischen Arbeiter in Russland zu sein, und damit einen besonderen Platz innerhalb der Partei einzunehmen. Diese Forderung wurde bereits auf dem zweiten Kongress zurückgewiesen, was den Austritt des Bund aus der Partei zur Folge hatte. Zwar trat er zeitweise der RSDAP wieder bei, aber die zunehmende Differenz zwischen Menschewiki und Bolschewiki führte zum Ausschluss des Bund aus der Partei und auch zu seiner inneren Spaltung. 1921 trat der linke Flügel der Kommunistischen Partei Russlands (RKP) bei.

Schon 1903 veröffentlichte Lenin in der Zeitung „Iskra“ einen Artikel mit der Überschrift „Die Stellung des ‚Bund‘ in der Partei“. Er lehnte hier den nationalen Anspruch des Bund mit der gleichen Argumentation wie den Zionismus ab. „Die Idee der jüdischen ‚Nationalität‘ trägt offen reaktionären Charakter“<sup>96</sup>; dies betreffe sowohl die Ideen der Zionisten als auch der Bundisten, die versuchten, dies mit der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen. Die Idee „eines besonderen jüdischen Volkes“<sup>97</sup> würde die jüdischen Proletarier gegen ihren Willen absondern und eine Verschmelzung verhindern. Ziel dagegen sei die allgemeine Assimilierung der Juden wie aller Nationen Russlands, die „Annäherung, Vereinigung, Verschmelzung des gesamten gegen die zaristische Selbstherrschaft kämpfenden Proletariats“.<sup>98</sup> Lenin forderte den Bund auf, die Absonderung aufzugeben und sich von der zionistischen Idee einer jüdischen Nation abzuwenden. „Nur ein entschiedenes und offenes Eingeständnis dieses Fehlers und die Proklamierung einer *Wendung zur Verschmelzung* könnten den ‚Bund‘ von dem Irrweg abbringen, auf den er sich begeben hat.“<sup>99</sup> Mit ähnlicher Argumentation lehnten auch andere Marxisten den Bund ab. Rosa Luxemburg z. B. wandte sich aus reinem Internationalismus allgemein gegen national-kulturelle Autonomie.

Stalin führte die Kritik am Bund fort. Ebenso wie Lenin warf Stalin dem Bund vor, gegen Klasseninteressen zu agieren und die Vereinigung der Proletarier zu verhindern. Gerade die Forderung des Bund nach nationaler Autonomie ohne territoriale Zugehörigkeit verstand Stalin als rückständigen Nationalismus. National-kulturelle Autonomie wurde als reaktionär eingestuft, da sie die Unterschiede betone, statt zur Vereinigung und zur Verschmelzung beizutragen. Schon die Geschichte des Bund zeige, kritisierte Stalin, dass er der Einheit der Sozialdemokratie entgegenwirke und zugunsten der jüdischen Rechte den gemeinsamen Kampf der Arbeiter aufs Spiel setze. Er habe die Interessen der jüdischen Kultur in den Vordergrund gerückt und damit weitere negative Beispiele nach sich gezogen, etwa im Kaukasus.<sup>100</sup>

<sup>96</sup> Lenin, Die Stellung des „Bund“ in der Partei, S. 91.

<sup>97</sup> Ebenda, S. 90f.

<sup>98</sup> Ebenda, S. 92f.

<sup>99</sup> Ebenda, S. 93.

<sup>100</sup> Stalin, Marxismus und Nationale Frage, S. 162, 187.

Während aber Lenins Ablehnung des jüdischen Nationalismus im Kontext seiner grundsätzlichen Negierung nationaler Ansprüche zu sehen ist, so wandte er sich ebenso deutlich gegen jede Form des Antisemitismus. Für ihn galt die Unterdrückung der Nationalitäten als Trennung der Nationen. Das Gegenteil aber wurde angestrebt: „Der Arbeiterklasse tut aber *nicht die Trennung, sondern die Einigkeit* not.“<sup>101</sup> Angriffe auf Juden verurteilte Lenin als Überbleibsel des Feudalismus und der Unwissenheit. Es handele sich dabei um den Hass gegen Kapitalisten, der sich fälschlicherweise an Juden abladen würde. Stattdessen sei aber die Vereinigung mit den jüdischen Proletariern gegen die Kapitalisten anzustreben.<sup>102</sup> Ebenso war der Antisemitismus von Engels und Luxemburg als Instrument reaktionärer Zwecke abgelehnt worden: Die „Judenfrage“ werde genutzt, um von politischen Konflikten und sozialen Problemen abzulenken.<sup>103</sup>

Die Bolschewiki distanzieren sich diesbezüglich von der zaristischen Politik. Die russischen Juden waren im Zarenreich mit Isolation und Diskriminierung konfrontiert worden, und diese Erfahrungen gipfelten 1881/1882 in einer Welle antisemitischer Pogrome, die durch die Ermordung Zar Alexanders II. ausgelöst worden waren.<sup>104</sup> In den Jahren bis zur ersten Revolution 1905 kam es weiter zu brutalen antijüdischen Ausschreitungen.<sup>105</sup> Nach der Revolution verbesserte sich die Lage deutlich. Schon die aus der Februarrevolution 1917 hervorgegangene Interimsregierung sprach den russischen Juden alle Rechte zu, und auch die Bolschewiki legten in ihrer Erklärung zu den Rechten der Völker im November 1917 fest, dass alle Völker gleiche Rechte und das Recht auf freie Entfaltung hätten. Antisemitismus wurde offiziell verurteilt und infolgedessen konnte sich die jüdische Kultur tatsächlich wieder stärker entfalten. Viele Juden hatten sich selbst an der Revolution beteiligt und fanden sich auch in den Reihen der Bolschewiki wieder.

Im Herbst 1918 wurde unter Lenin die Evsekzija als eigene Sektion der RKP (b) gebildet, mit Unterabteilungen in den regionalen Agitpropkommissariaten. Sie stellte die Vertretung der jüdischen Kommunisten auf der lokalen Ebene dar. Das bereits am 1. Februar 1918 gegründete vorläufige jüdische Volkskommissariat (Evkom)<sup>106</sup> hatte zur Bildung jüdischer Vertretungen in den Sowjets aufgerufen. Das Evkom selbst allerdings verlor bis Anfang 1919 seine Eigenständigkeit. Seine einzelnen Aufgabenbereiche wurden den Abteilungen des Volkskommissariats für die Angelegenheiten der Nationalitäten (Narkomnac)<sup>107</sup>

<sup>101</sup> Veröffentlicht am 16. 04. 1914 in Put' Pravdy, Nr. 62. Vgl. Lenin, Die nationale Gleichberechtigung, S. 235 (Hervorhebung im Original).

<sup>102</sup> Lenin, Über die Pogromhetze gegen die Juden, zitiert nach Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, S. 169f. Dieser Text, den Lenin auf eine Schallplatte gesprochen hatte, sei – so habe Adam Schaff festgestellt – seit Stalin aus dem Handel verschwunden.

<sup>103</sup> Vgl. Luksemburg, Dyskusja, in: Mlot, Nr. 14, Warschau, 5. 11. 1910, S. 5–7, zitiert nach Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, S. 148; Engels, Über den Antisemitismus, in: Arbeiter-Zeitung Nr. 19 vom 9. 5. 1890, zitiert nach Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, S. 55.

<sup>104</sup> In zahlreichen Städten des Zarenreiches kam es in Reaktion auf die Ermordung von Zar Alexander II. 1881 zu Angriffen und Massakern an der jüdischen Bevölkerung. Falsche Gerüchte machten Juden für das Attentat verantwortlich. Die folgende Regierungszeit von Zar Alexander III. war von einer reaktionären Politik gekennzeichnet, so dass Rechte und Schutz der Juden eingeschränkt wurden.

<sup>105</sup> Zu nennen sind hier v. a. die Pogrome im Jahr 1903 in Kišinev und Gomeľ'.

<sup>106</sup> Das Kommissariat war von vornherein als vorläufiges angelegt. Kommissar war Semen Markovič Dimanštejn (1886–1937), sein Stellvertreter war Il'ja Grigorjevič Dobkovskij. Vgl. Dekret über die Bildung des Jüdischen Kommissariats, 1. 2. 1918, in: Lieber/Ruffmann (Hg.), Der Sowjetkommunismus. Dokumente, Bd. 2, S. 92.

<sup>107</sup> Narkomnac: Narodnyj komissariat po delam nacional'nostej.

zugeordnet.<sup>108</sup> Die Evsekcijs aber war von Anfang an als Teil der RKP (b) den Direktiven der Partei unterstellt. So zielten die Aktivitäten weniger auf eine Interessenvertretung der jüdischen Kommunisten ab, als vielmehr auf die Vertretung der Kommunisten innerhalb der jüdischen Bevölkerung, wodurch sich Lenin die langsame Assimilierung erhoffte.<sup>109</sup>

Stalin dagegen versuchte die Assimilierung zu forcieren und jüdische Repräsentation zu verhindern. Er löste die Evsekcijs 1930 auf, und die Anzahl der Juden innerhalb der Parteielite, die nach der Revolution sehr hoch gewesen war, nahm in den 1930er-40er Jahren stark ab.<sup>110</sup> Gleichzeitig gab Stalin vor, den jüdischen nationalen Bestrebungen entgegenzukommen, indem er ab 1928 die Besiedlung eines jüdischen autonomen Gebietes in Birobidžan, an der östlichen Grenze zu China förderte. Das Projekt aber war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Nur wenige Juden waren bereit, an die ferne Ostgrenze der Sowjetunion zu ziehen, in ein Gebiet, in dem es außer Agrarwirtschaft keine wirtschaftliche Grundlage gab. Naheliegend ist die Aussage des damaligen Sicherheitsdienstmitarbeiters Pavel A. Sudoplatow, dass Stalins einziges Motiv war, die Grenzregion im Fernen Osten gegen Partisanen zu sichern.<sup>111</sup> So setzte sich gerade unter Stalin die ambivalente Politik gegenüber den sowjetischen Juden fort. Auf der einen Seite mit der Forderung nach kultureller Assimilation konfrontiert, wurden sie andererseits auch vermehrt wieder Opfer antisemitischer Diskriminierung. Insbesondere während des Krieges propagierte Stalin einen neuen russischen Nationalismus und belebte eine russozentrische Kultur und Reichssymbolik.<sup>112</sup> Schon bald kam es zu „Säuberungen“ im Kulturbereich und Juden wurden sukzessive aus der Verwaltung wie aus dem kulturellen Leben ausgeschlossen.<sup>113</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg trat ein verschärfter Antisemitismus bei Stalin zutage, und es kam ab 1948 zu einer Welle von Verhaftungen im Zuge der so genannten Kosmopoliten-Affäre. Auch ließ Stalin 1949 Veröffentlichungen in jiddischer Sprache verbieten – ein Verbot, das erst 1965 wieder aufgehoben werden sollte.<sup>114</sup> So versuchte er die kulturelle Assimilation auch zwangsweise durchzusetzen.

### 3.2. Die muslimischen Minderheiten in der UdSSR

Da sich Stalin noch vor der Revolution als Spezialist für die nationale Frage hervorgetan hatte, war er es auch, der den Vorsitz des im Oktober 1917 gegründeten Narkomnac übernahm. Hinter dieser Einrichtung stand die Einsicht, dass die Bolschewiki auf die Unterstützung der Minderheiten angewiesen waren, und diese hierfür möglichst früh in die Partei der Bolschewiki integrieren sollten. Das Narkomnac wurde zu einem Forum der Nationalitätengruppen, mit Unterkommissariaten für einzelne Minderheiten wie Armenier, Ukrainer, Polen etc. und ab 1919 auch der Juden. Diese Institutionen schienen den Min-

<sup>108</sup> Vgl. Kuzmany, Die Neuerfindung des Judentums, S. 248f.

<sup>109</sup> Zionistische Gruppen wie z. B. auch der Allrussische Zionistische Kongress waren seit 1919 von Verhaftungen und Repressalien betroffen und seit 1928 offiziell nicht mehr zugelassen. Vgl. hierzu Brod, Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR, S. 37.

<sup>110</sup> Nolte, Kleine Geschichte Rußlands, S. 219.

<sup>111</sup> Sudoplatow/Sudoplatow, Der Handlanger der Macht, S. 327.

<sup>112</sup> Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion.

<sup>113</sup> Ja. Grinberg an Stalin über antijüdische Säuberungen in Moskau, 13. 5. 1943, in: Gosudarstvennyj antisemitizm v SSSR, S. 36. Eine aktuelle Darstellung hierzu bei: Grüner, Patrioten und Kosmopoliten.

<sup>114</sup> Erst durch den Erlass des damaligen Ministerpräsidenten Alexej N. Kosygin (1964–1980) wurde die jiddische Sprache 1965 wieder zugelassen.

derheiten eine Möglichkeit zur Interessenvertretung zu bieten, so dass diese Institutionalisierung auch auf Nationalisten anziehend wirkte.<sup>115</sup>

Als eine wichtige Sektion wurde im Januar 1918 das Zentrale Kommissariat für Muslime, das Muskom,<sup>116</sup> als eines der ersten Unterkommissariate eingerichtet. Dies verdeutlicht das Verständnis, dass die Muslime für die Re-Integration des Reichskörpers wie auch wegen ihrer Wirkung auf die muslimischen Völker in den angrenzenden Staaten entscheidend sein konnten. Zusammen mit Lenin hatte Stalin noch im November 1917 einen gesonderten Appell „An alle muslimischen Arbeiter Russlands und des Ostens“ gerichtet:

„Muslime Russlands, [...] all diejenigen, deren Moscheen und Gebetshäuser zerstört wurden, deren Glaube und deren Bräuche von den Zaren und Unterdrückern Russlands unterjocht wurden. Von nun an sind Euer Glaube und Eure Bräuche, Eure nationalen und kulturellen Einrichtungen frei und unantastbar. Gestaltet Euer Nationalleben frei und unbehindert. Ihr habt ein Recht darauf. Wisset, dass Eure Rechte wie auch die Rechte aller Völker Russlands von der Macht der Revolution und ihrer Organe – vom Rat der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten verteidigt werden.

Muslime des Ostens, Perser und Türken, Araber und Inder, all diejenigen, mit deren Köpfen und Eigentum, mit deren Freiheit und Heimat die habgierigen Raubtiere jahrhundertlang gehandelt haben, all diejenigen, deren Länder die Räuber, die den Krieg angefangen haben, aufteilen wollen.

Wir verkünden, dass die Geheimverträge des gestürzten Zaren über die Eroberung von Konstantinopel, [...] nun zerrissen und vernichtet wurden. Die russländische Republik und ihre Regierung, der Rat der Volkskommissare sind gegen die Eroberung der fremden Territorien: Konstantinopel muss in den Händen der Muslime bleiben. [...] Muslime Russlands! Muslime des Ostens! Auf diesem Weg der Erneuerung der Welt erwarten wir von Euch Mitgefühl und Eure Unterstützung.“<sup>117</sup>

Die muslimischen Minderheiten stellten auf dem Gebiet der späteren UdSSR ca. zehn Prozent der Bevölkerung und waren somit eine recht entscheidende Größe.<sup>118</sup> Auch hatten die sowjetischen Muslime eine ziemlich starke Identität entwickelt, die sich über die Umma<sup>119</sup> definierte und einen Gegensatz zu den als Unterdrücker angesehenen Russen bildete. Noch im Mai 1917 war die Umma als gesonderte Gemeinschaft auf dem ersten großen Pan-Russischen Kongress der Muslime in Kasan beschworen und die Ideen des Panturkismus und Panislamismus bestätigt worden.<sup>120</sup> Eine Identifizierung mit den politischen Gruppen war für viele Muslime schwierig: In den Parteien dominierten Russen, und insbesondere in den Regionen war das Vorgehen gegen die indigene Bevölkerung oft bru-

<sup>115</sup> Bennisgen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 27f.

<sup>116</sup> Leitender Kommissar des am 19. 1. 1918 gebildeten Central'nyi Musul'manskij Kommissariat (Muskom) war der Tatare Mullah Nur Vahitov (1885–1918), seine Stellvertreter waren der Tatare Al-Imžan Ibrahimov (1887–1938?) und der Baschkire Šarif Manatov. Vahitovs Nachfolger, noch im Jahre 1918 bestimmt, war Mir Said Sultan Galiev (1880–unbekannt). Vgl. Bildung eines Kommissariats für die Angelegenheiten der Muselmanen, Januar 1918, in: Lieber/Ruffmann (Hg.), *Der Sowjetkommunismus. Dokumente*, Bd. 2, S. 90f.

<sup>117</sup> *Obraščenie Sovetskogo pravitel'stva – „Ko vsem trudjaščimsja musul'manam Rossii i Vostoka“*, 20. nojabrja (3 dekabrja) 1917 g., in: SSSR i Arabskie Strany, S. 57–59.

<sup>118</sup> 1926 lag die Gesamtbevölkerungszahl der UdSSR bei 147 Mio., davon waren 17,29 Mio. Muslime, d. h. 11,76%. 1959 lag die Gesamtbevölkerungszahl der UdSSR bei 208,8 Mio., davon waren 24,38 Mio. Muslime, d. h. 11,67%. Vgl. Bennisgen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 178f.; Nolte, *Kleine Geschichte Rußlands*, S. 521.

<sup>119</sup> Al-umma al-išlāmiya bezeichnet die muslimische Gemeinschaft als eine religiöse Zugehörigkeit und ist in diesem Sinne als Weltkultur zu verstehen.

<sup>120</sup> Zum Panturkismus allgemein siehe Landau, *Pantürkism*; zum Panturkismus in Russland und der Sowjetunion siehe Zenkovsky, *Panturkism and Islam in Russia*, zum Kongress auch Bennisgen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 20f.

tal und antireligiös motiviert.<sup>121</sup> Gleich 1918 wurden fast alle muslimischen Organisationen aufgelöst oder den Bolschewiki unterstellt. Gerade diese Versuche, die russische Vormacht wiederherzustellen, bewirkten aber eine Verstärkung des Nationalismus bei den Minderheiten. Selbst sozialistische Gruppen wurden mit wenigen Ausnahmen aufgelöst.<sup>122</sup> Ein Großteil der Muslime blieb dementsprechend während der Revolution neutral, Strenggläubige und viele Kleriker emigrierten nach Persien oder in die Türkei.<sup>123</sup>

Doch während des Bürgerkrieges intensivierte Lenin seinen Kampf um wachsendes Prestige der Bolschewiki bei den muslimischen Völkern innerhalb und außerhalb der UdSSR. Auf dem zweiten Kongress der Komintern im Sommer 1920 wurde eine aktive Politik in dieser Hinsicht angeregt.<sup>124</sup> Neben dem bereits erwähnten Kongress der Völker des Orients, der im September 1920 in Baku stattfand, engagierte sich die Komintern durch die Herausgabe des Magazins „Die Völker des Ostens“. Hier wurde auch der Internationalismus weiter gefasst und an die erwünschte Außenwirkung angepasst, wie es ein Slogan im 1920 veröffentlichten Komintern-Magazin verdeutlichte: „Arbeiter aller Länder und unterdrückten Nationen, vereinigt Euch!“<sup>125</sup> Parallel verstärkte Lenin allerdings seine Agitation gegen Bewegungen wie Panislamismus und Panturkismus. „Notwendig ist der Kampf gegen den Panislamismus und die panasiatische Bewegung und ähnliche Strömungen, die den Versuch machen, den Freiheitskampf gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit der Stärkung der Macht des türkischen und japanischen Imperialismus und der Khane, der Großgrundbesitzer, der Mullahs etc. zu verbinden.“<sup>126</sup> Favorsierte Lenin z.B. im britischen und französischen Machtbereich die Unterstützung der dortigen nationalen Befreiungsbewegungen als Instrument, um die kapitalistische Welt zu schwächen, so begriff er grenzübergreifende Bewegungen auch als eine Gefahr für Russland selbst, da sie Einfluss auf die vielen Muslim- und Turkvölker des Kaukasus und Zentralasiens gewinnen könnten. Nicht ganz ohne Grund, denn der panturkistische Gedanke war seit dem Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts in Kasan, auf der Krim und in Baku weit verbreitet.<sup>127</sup> Die Unabhängigkeit von Völkern von Sowjetrußland aber stand für Lenin genauso wenig wie für Stalin zur Diskussion.<sup>128</sup> Dafür versuchte er aber die muslimische Identität zur positiven Beeinflussung zu nutzen. Seine Politik gegenüber den Muslimen in Zentralasien war von Anfang an darauf ausgelegt, als ein Beispiel für andere Völker des Orients zu dienen. Lenin schrieb 1921 an das Zentralkomitee der RKP (b) in Turkestan bezüglich der Wirtschaftspolitik, „systematische und maximale Fürsorge für die mohammedanischen Armen, für ihre Organisierung und Aufklärung“ wäre nötig und

<sup>121</sup> Arbeitermilizen eroberten die Städte Orenburg, Semipalatinsk, Turgaisk, Aktübinsk, Kustanay, Akmolinsk. Simferopol, die Hauptstadt der Tataren, wurde von den Bolschewiki besetzt, ebenso wie Kasan, Baku und Alma-Ata. In Kokand kam es zu einem Massaker gegen die dortige Bevölkerung. Vgl. Bennigsen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 23.

<sup>122</sup> Von den muslimischen Gruppen wurden nur die von Azeri-Türken geführte Organisation Hümmet und die tatarische Partei Uralçylar akzeptiert. Uralçylar wurde 1919 aufgelöst, Hümmet 1920 endgültig von der RKP absorbiert. Vgl. Bennigsen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 11, 22f.

<sup>123</sup> Ebenda, S. 31f.

<sup>124</sup> Vgl. hierzu das Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

<sup>125</sup> Lenin, Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B), S. 448.

<sup>126</sup> Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, angenommen auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale am 28. 7. 1920, in: Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale, S. 174.

<sup>127</sup> Adam, *Rußlandmuslime in Istanbul*.

<sup>128</sup> Vgl. Lux, *Lenins außenpolitische Konzeptionen*, S. 198.

müsse als Politik ausgebaut und konsolidiert werden. „Das soll als Modell für den ganzen Osten dienen.“<sup>129</sup>

Viele Muslime traten während des Bürgerkrieges der RKP (b) in der Hoffnung bei, dass der Kommunismus ihnen als antiimperialistische Bewegung die nationale Befreiung ermöglichen würde. Gemäß dem Grundsatz „Sozialistisch in der Form, national im Inhalt“<sup>130</sup> standen die nationalen Interessen dabei im Vordergrund und wurden mit einer sozialistischen Grundhaltung kombiniert. Ein wichtiger Theoretiker dieser national-kommunistischen Ausrichtung war der Wolga-Tatare Mir Said Sultan Galiev<sup>131</sup>. Sultan Galiev arbeitete eine Theorie aus, mit der er eine muslimische Reformbewegung für den gesamten Orient schaffen wollte. Grundlage war, dass die Hauptdifferenz zwischen Unterdrückern und Unterdrückten ausgemacht wurde, da in den überwiegend muslimischen Gebieten in diesem Sinne kein Proletariat existierte, sie aber dennoch das schwächste Glied der kapitalistischen Welt ausmachen würden. Sultan Galiev hatte dabei den Anspruch, über die Grenzen hinweg auf die muslimischen Völker einzuwirken. Ebenso wie der Bund forderte er die Verwirklichung nationaler Ansprüche.<sup>132</sup>

Allerdings wurden solche Ansätze von Stalin von Beginn an unterbunden. Zunächst wegen „nationalistischer Abweichung“ verhaftet, fielen die Anhänger solcher Bewegungen ab 1928 den Religionsverfolgungen Stalins in den muslimischen Republiken zum Opfer. In den 1930er Jahren waren sie bereits vollkommen marginalisiert und entweder zwangsintegriert in die Partei oder durch Verhaftung und Verbannung beseitigt.<sup>133</sup> Stalins Konzentration auf rein kommunistische Gruppen trug ebenfalls dazu bei, dass solche grenzübergreifenden muslimischen Bewegungen nicht zur Einflussnahme genutzt wurden.

Die Bolschewiki hatten von Anfang an ein starkes Interesse am Orient und ihr Engagement in der Region entsprach den strategischen wie auch den ideologischen Interessen. Explizit erweiterte Lenin die marxistische Theorie um die internationale Dimension und räumte auch den Kolonien eine große Bedeutung für die Weltrevolution ein, indem er ihnen das Selbstbestimmungsrecht zusprach. Trotz gegenteiliger Propagierung wurden allerdings in Russland selbst Ansätze nationaler Selbstbehauptung vehement bekämpft wie die Beispiele des Bund und der national-kommunistischen Ausrichtung muslimischer Gruppen zeigt. Auch transnationale Bestrebungen wie der Zionismus, der Panislamismus oder der Panturkismus wurden als Gefahr für die eigene Integrität eingeschätzt und scharf verurteilt. Gleichzeitig aber erkannte Lenin auch die Chance dieser grenzüberschreitenden Einflüsse und versuchte sie von Anfang an zu nutzen. Die Problematik der rückwirkenden Beeinflussung sollte dabei bestehen bleiben und die Politik auch weiterhin prägen.

<sup>129</sup> Lenin, An das Turkestanische Büro des ZK der KPR(B), 7.8.1921, S. 495.

<sup>130</sup> Dies war eine Umkehr der Losung Lenins „National in der Form, sozialistisch im Inhalt“.

<sup>131</sup> Mir Said Sultan Galiev (1892–1940) war Tatare und arbeitete als Journalist. Er wurde zum Anführer der national-kommunistischen Muslimbewegung. 1917 trat er in die RKP (b) ein und machte als einer der renommiertesten Muslime in der Partei schnell Karriere. Erstmals wurde er mit der Begründung „nationalistischer Abweichung“ 1923 verhaftet. Erneut wurde er 1928 festgenommen, zunächst zum Tode, dann zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Nachdem er aufgrund seines Gesundheitszustandes verfrüht entlassen worden war, kam er 1937 wieder in Haft und wurde 1940 erschossen. Detaillierter hierzu Bucher-Dinç, *Die mittlere Wolga im Widerstreit*.

<sup>132</sup> Bennigsen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 42f.

<sup>133</sup> Nolte, *Kleine Geschichte Rußlands*, S. 221.

## II. Vorbedingungen und Machteinfluss im Nahen Osten

*„Tatsächlich steht in den nächsten Jahren für England auf dem arabischen Kontinent nicht weniger als die ganze Verbindung mit Indien auf dem Spiel. Wenn die arabischen Stämme und die Araber im allgemeinen sich in den nächsten Jahren der englischen Bevormundung gemeinsam entziehen sollten, so wäre die ganze strategische Brücke, an der England 200 Jahre gebaut hat, zum Einsturz gebracht.“<sup>1</sup>*

(Die Orientfrage, IV. Kongress der Komintern, 1922)

*„Jetzt rufen wir Euch zum ersten wahren heiligen Krieg unter dem roten Banner der kommunistischen Internationale auf. [...] Erhebt Euch, Ihr alle, geschlossen wie ein Mann, zu einem heiligen Krieg gegen die englischen Eroberer! Das ist [...] ein heiliger Krieg gegen die letzte Zitadelle des Kapitalismus und des Imperialismus in Europa, gegen das Nest der Räuber auf See und Land, gegen den ewigen Unterdrücker aller Völker des Ostens, gegen das imperialistische England!“<sup>2</sup>*

(A Manifesto to the Peoples of the East, 1920)

### 1. Die geopolitische und wirtschaftliche Bedeutung Ägyptens und Palästinas

Der Nahe Osten spielte in der Weltpolitik seit jeher eine große Rolle. Diese war vor allem auf seine strategische Lage und seinen Ressourcenreichtum zurückzuführen. Als Verbindung zwischen Europa und Asien war die Region ein Knotenpunkt in Bezug auf Kommunikations-, Handels- und Verteidigungswege, die bis zum Zweiten Weltkrieg in erster Linie von England und Frankreich beherrscht wurden.

Insbesondere für Großbritannien war die Region des Nahen Ostens von zentraler Bedeutung für die imperiale Ausbreitung. Sie stellte das Verbindungsglied zwischen England und dem zweiten Zentrum des britischen Imperiums, Indien, dar und galt damit als integraler Bestandteil der britischen Politik. Mit der Kontrolle über die Land- und Wasserwege nach Indien sollte die Herrschaft dort gewährleistet und ein weiteres Vordringen insbesondere Russlands verhindert werden.

Hinzu kam ein Ende des 19. Jahrhunderts zunehmendes Interesse der europäischen Mächte an der wirtschaftlichen Erschließung der Region. Versuche, den Nahen Osten als Finanzmarkt zugänglich zu machen, wie es Deutschland z.B. über den Bau der Bagdad-Bahn verfolgte, waren kennzeichnend.<sup>3</sup> Nicht unbedeutend waren auch die Bodenschätze und Rohstoffe der Region, deren Gewinnung seit Anfang des 20. Jahrhunderts schnell an-

<sup>1</sup> Vgl. Inprekorr, II, Nr. 230, 7. 12. 1922, S. 1696.

<sup>2</sup> „A Manifesto to the Peoples of the East“, Baku Congress 1920, in: Ismael, The Communist Movement in the Arab World, S. 132.

<sup>3</sup> Insbesondere unter Wilhelm II. entwickelte sich seit 1888 die deutsche Orientpolitik. Während der Bau eines Bahnstreckennetzes (v.a. der Bagdad-Bahn) im Osmanischen Reich und andere Finanzinvestitionen zunächst als rein wirtschaftliche Projekte deklariert wurden, verbanden sich damit zunehmend diplomatische und militärische Interessen. Frankreich investierte vor allem in der Levante. Für eine russische Sicht hierzu vgl. Milogradov, Arabiskij vostok v mezhdunarodnych otnošenijach, S. 6.

stieg. Die Ölvorkommen, Baumwolle und andere wichtige Rohstoffe wie Bauxite, Chrom und Magnesium waren von essentiell und steigendem Wert für Europa wie auch für die USA. Beide strebten gleichzeitig an, den Absatzmarkt im Nahen Osten für landwirtschaftliche Überschüsse und Fertigprodukte auszubauen.<sup>4</sup> Die daraus für die Länder des Nahen Ostens resultierende Abhängigkeit implizierte einen weiteren enormen politischen Einfluss: die Kontrolle über essentielle Ressourcen und damit auch über die Märkte.<sup>5</sup>

Durch die Schwächung der britischen Hegemonie im 20. Jahrhundert sahen vor allem die beiden neuen Großmächte, die USA und die Sowjetunion, in Initiativen zur Einflussnahme einen strategischen, machtpolitischen Vorteil. Die Bedeutung des Nahen Ostens spiegelte sich wie in den theoretischen Schriften Lenins und Stalins auch in den westlichen wissenschaftlichen Diskursen wider. Der Region kam entsprechend der Entwicklung in geopolitischen Konzepten eine wichtige Funktion zu, die im Rahmen der theoretischen Diskussionen US-amerikanischer Strategen seit dem Zweiten Weltkrieg zu einer zentralen Rolle für die Weltpolitik gesteigert wurde. Der britische Geograph Halford J. Mackinder hatte in der geographischen Determinierung bereits einen entscheidenden Einflussfaktor für die Politik erkannt. In seiner 1904 publizierten Schrift „The Geographical Pivot of History“ hatte er das „Landesinnere [heartland] von Euro-Asien“ aufgrund der uneinnehmbaren Weite des Landes und der Größe der Bevölkerung als Weltpolitik bestimmendes, strategisches Gebiet definiert.<sup>6</sup> Daran anknüpfend verlagerte der niederländisch-amerikanische Geostrateg Nicholas J. Spykman (1893–1943) die entscheidende Bedeutung auf die um das Kernland gelegenen „Küstenländer [rimlands]“ und erklärte die Kontrolle über die Peripherie um das eurasische Festland, zu der der Nahe Osten gehörte, zum entscheidenden Kriterium für weltweite Macht. „Wer die Küstenländer [rimland] kontrolliert, beherrscht Eurasien; wer Eurasien beherrscht, kontrolliert die Schicksale der Welt.“<sup>7</sup> Nur die Küstenländer gewährleisteten die essentielle Kombination als See- und Landmacht und boten die geographischen Voraussetzungen für die logistischen Erfordernisse im Krieg: Militär- und Nachschubbasen für die Luftwaffe und die Flotte, Transportnetze und Rohstoffe.<sup>8</sup> Spykman begründete damit auch die einflussreiche US-amerikanische Containment-Politik gegenüber der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Die gleichzeitige Kontrolle über Eurasien und die Küstenregionen durch eine Macht wie die Sowjet-

<sup>4</sup> TNA: PRO FO 800/542, 24.8.1945, Reflexionen über den Einfluss der Atomenergie auf den Nahen Osten. Außerdem: Rustow, *Defense of the Near East*, S. 274; Hussini, *Soviet-Egyptian Relations*, S. 19. Als sowjetische Quelle bietet Milogradov eine detaillierte Analyse zur Bedeutung des Nahen Ostens. Nicht zuletzt betont er auch die Signifikanz des arabischen Ostens als Absatzmarkt. 1938 sei ein Warenverkauf im Wert von 470 Mio. Dollar aus dem Westen erfolgt, während im Vergleich der Absatz auf dem Markt Indien und Birma nur 370 Mio. Dollar und auf dem chinesischen Markt (mit Mandschurei) 360 Mio. Dollar betrug. Siehe hierzu Milogradov, *Arabskij vostok v mezhdunarodnych otnosenijach*, S. 5f.

<sup>5</sup> Milogradov, *Arabskij vostok v mezhdunarodnych otnosenijach*, S. 5; Dawisha, *Soviet Foreign Policy*, S. 106; Mahr, *Die Rolle Ägyptens*, S. 61.

<sup>6</sup> „Heartland“ ist ein geographischer Begriff des britischen Geographen Halford John Mackinder (1861–1947), der die Festlandmasse Europas und Asiens bezeichnet, die eingerahmt wird von einem „marginal crescent“, also den Küstenstaaten (Europa, Naher Osten, Asien). Mackinder gilt als einer der Begründer der Geopolitik. Auch der umstrittene deutsche Geograph Karl Haushofer (1869–1946) hat diese Theorie 1930 aufgegriffen. Vgl. Mackinder, *The Geographical Pivot of History*, in: *Geographical Journal* 23 (1904), S. 421–437; ders., *Democratic Ideals and Reality*, passim.

<sup>7</sup> Spykman, *The Geography of the Peace*, S. 43.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 46.

union hätte nach Spykman die Unterlegenheit der USA konstituiert.<sup>9</sup> Russland z. B. sei auf die Grenzregionen (Europa, Naher Osten, Asien) angewiesen, da durch die neuen Kriegstechniken eine effektive Verteidigung nur mit Hilfe der Nutzung von Seewegen und einer Verlagerung des eventuellen Kriegsgeschehens außerhalb des russischen Staatsgebietes zu erreichen war. Auch für expansionistische Bestrebungen nehme die arabische Welt und insbesondere Ägypten eine Schlüsselstelle ein: Beim Vordringen Russlands über Land- und Seewege zum zweiten Hauptkörper, nach Afrika, und letztlich wäre die Kontrolle der „rimlands“ entscheidend für eine Einkreisung Amerikas selbst.<sup>10</sup> Dieser Ansatz bedeutete indirekt eine Fortführung der britischen Politik im 19. Jahrhundert, das russische Vordringen in Asien und dem Nahen Osten zu verhindern, wie es im so genannten Great Game<sup>11</sup> verfolgt worden war.

### 1.1. Ägypten: „Nackennerv“ des britischen Imperialismus

Ägypten hatte traditionell eine besondere Stellung im arabischen Raum inne, und dies nicht nur in geographischem Sinne. Zwar hielten sich ökonomische Reichtümer – außer Baumwolle – in Ägypten selbst in Grenzen,<sup>12</sup> dagegen stand es aber wegen seiner zentralen geographischen und strategisch wertvollen Lage, seines demographischen Ausmaßes und seiner traditionellen Rolle als kulturelles und religiöses Zentrum im Mittelpunkt.

Ägypten bildet die Landbrücke zwischen Asien und Afrika und liegt in der Mitte der arabischen Welt. Es hat Zugang zum Mittelmeer, aber auch zum Roten Meer; und eine der weltweit wichtigsten Schifffahrtsstraßen, der Suezkanal, der 1859–1869 unter der Leitung von Ferdinand de Lesseps im Auftrag der französischen Kanalgesellschaft „Compagnie Universelle du Canal de Suez“ gebaut wurde, führt durch sein Territorium. Weiterhin setzt der Nil, eine der Lebensadern des Kontinents, Ägypten in direkte Beziehung zu den afrikanischen Ländern. Optimale Kommunikationsmöglichkeiten, die die Kontinente von hier aus verbanden, und Land-, See-, und Luftwege waren Komponenten, die das Land auszeichneten.

Der Nahe Osten, insbesondere Ägypten, wurde zur Schlüsselstelle für die Kontrolle über Indien und für den Handel mit Asien. Nur die Positionierung an der Schnittstelle aller Verbindungen konnte den Handel und die Machtausübung der europäischen Großmächte in Asien gewährleisten bzw. verhindern. Damit erhielt Ägypten eine hohe politische Bedeutung und wurde als Stützpunkt auf dem Weg zur Weltmacht verstanden, aber eben

<sup>9</sup> Ebenda, S. 54f. Allerdings hat Spykman zunächst die Kooperation der USA, Großbritanniens und der UdSSR nach dem Krieg angeraten, da nur über die Kooperation der zwei Seemächte mit der Sowjetunion als Landmacht das politische Gleichgewicht aufrechterhalten und eine Kooperation zweier „Rimland“-Mächte wie z. B. Japan und Deutschland verhindert werden könnte. Auch im Rahmen einer solchen Kooperation kam den „Rimlands“ für den Zugang zur Sowjetunion, für Transporte etc. eine essentielle Funktion zu. Vgl. Spykman, *The Geography of the Peace*, S. 50.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu Spykman, *America's Strategy in World Politics*, S. 194ff.; ders., *The Geography of the Peace*, S. 58.

<sup>11</sup> Mit „Great Game“ bezeichnete man das russisch-britische Machtspiel vor allem im 19. Jahrhundert um Einfluss im Nahen und Mittleren Osten. Beim Ausweiten ihrer Machtsphären nutzten Großbritannien und Russland die Länder Persien, Afghanistan und Tibet als Puffer- bzw. Grenzstaaten zwischen ihren Einflusszonen.

<sup>12</sup> Baumwolle war die wichtigste und begehrteste Exportware Ägyptens. Ansonsten exportierte Ägypten vor allem Magnesium und Eisenerz. Abgebaut wurden außerdem Kupfer, Phosphate, Blei, Nickel, Zink, Natrium und Salze. Vgl. Vatolina, *Sovremennjy Egipt*, S. 18.

auch als Schwachpunkt z.B. der britischen Hegemonie, sobald sie von einer anderen Großmacht beansprucht wurde. Schon Napoleon hatte die britische Handelsmacht durch eine Militäroperation gegen Ägypten zu schwächen versucht, und auch Hitler strebte die Schwächung Englands und den Zugriff auf größere Ressourcen durch die Offensive in Nordafrika an.

Spätestens in der Politik des britischen Premierministers Benjamin Disraeli<sup>13</sup> ging Ägypten als Hauptachse in die britischen Imperiumskonzepte zur Sicherung Indiens, der wichtigsten Kolonie des Empires, ein. Seit 1858 hatte Großbritannien die Kontrolle über Indien übernommen, die zuvor von der britischen Ostindienkompanie<sup>14</sup> ausgeübt worden war. 1877 wurde dieser Herrschaftsanspruch durch Krönung von Königin Victoria zur Kaiserin von Indien gefestigt. Mit dem Bau des Suezkanals war die strategische Bedeutung Ägyptens zu dieser Zeit ausgebaut worden und Großbritannien bemühte sich nun um die Beseitigung des französischen Einflusses und die Stärkung der eigenen Position in Ägypten. Über einen durch die hohe Verschuldung Ägyptens möglich gewordenen Aktienkauf erwarb sich Großbritannien 1875 weitreichende Kontrolle über den Kanal, womit dieser endgültig zur wichtigsten Verbindung Großbritanniens nach Asien avancierte.

Als die finanzielle Abhängigkeit Ägyptens von den Kolonialmächten in der Folge immer größer wurde und die ägyptische Bevölkerung dagegen aufbegehrte, nutzte Großbritannien die Unruhen, um 1882 auch militärisch einzugreifen, Ägypten zu besetzen und die eigenen Truppen permanent im Land zu stationieren. Suez wurde als wichtigste Militärbasis im Nahen Osten eingerichtet, so dass allein die strategische Lage mit einer der militärischen Hauptbasen und der Wasserstraße als Hauptverbindungsweg Ägypten zum Ausgangspunkt jeder Bündnisplanung für den Nahen Osten machen sollte. Für Großbritannien gewährleistete die Passage durch den Suezkanal die Sicherheit des Imperiums. Kolonialminister Leopold S. Amery<sup>15</sup> wies in einer Rede auf den zentralen Wert des Kanals hin, wobei er auch die militärische Relevanz der Verbindung hervorhob:

„Unsere gesamte Strategie ist darauf eingestellt, dass die Flotte freie Bahn habe, von hier über das Mittelmeer durch den Suezkanal in die östlichen Meere vorzudringen [...] der vitalste Weg von allen ist die enge Passage des Suezkanals zwischen den zwei großen Weltmeeren [...]. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Position, die wir in Ägypten geschaffen haben und in Palästina und in dem übrigen Nahen Osten aufrichten, ein hoher Faktor für die Sicherheit Großbritanniens, die auf seiner Flotte beruht.“<sup>16</sup>

Darüber hinaus zeigte sich der Suezkanal aber auch essentiell hinsichtlich der Handelstransporte, die per Schiff vorgenommen wurden. Nicht zuletzt gehörte dazu der Ölhandel von der arabischen Halbinsel nach Europa, der die Politik der Großmächte seit Beginn des 20. Jahrhunderts entscheidend mitbestimmte. Die Kostenersparnis, die sich aus dem verkürzten Seeweg ergab, war enorm.<sup>17</sup>

<sup>13</sup> Benjamin Disraeli (1804–1881) war ein britischer Schriftsteller und Politiker der Konservativen. 1868 und 1874–1880 war Disraeli Premierminister und sicherte die britische Macht in Indien.

<sup>14</sup> Seit 1756 hatte die britische East-India Company ein auf wirtschaftlicher Ausbeutung beruhendes System in Indien aufgebaut. Die Interessen bezogen sich auf den Handel, auf Steuereinnahmen, auf Rohstoffgewinnung und einen neuen Absatzmarkt.

<sup>15</sup> Leopold Charles Maurice Stennett Amery (1873–1955) war ein britischer Politiker der Konservativen. Von 1924 bis 1929 amtierte Amery als Kolonialminister Großbritanniens.

<sup>16</sup> Rede des Kolonialministers J. S. Amery, zitiert bei Cohn, England und Palästina, S. 235.

<sup>17</sup> Die Strecke nach Indien um das Kap der Guten Hoffnung dauerte ca. einen Monat länger. Auch heute ist die Strecke z.B. trotz einer zu zahlenden Kanalgebühr von 305 000 US-Dollar pro Tanker billiger als die lange Fahrt um die Südspitze Afrikas, da die damit pro Tag eingesparte Tankermiete

Doch die Positionierungsversuche in Ägypten gingen nicht nur auf die geostrategischen Vorteile des Landes zurück, sondern beruhten auf einer weiteren Komponente, nämlich der mächtigen Position Ägyptens im Nahen Osten, die für eine Einflussnahme in der ganzen Region entscheidend sein konnte. Angesichts der ideologischen Differenzen zwischen der Sowjetunion und dem Westen wuchs die Relevanz dieses Aspektes deutlich an. Für die islamische Welt<sup>18</sup> stellte Kairo eines der wichtigsten Zentren dar. Die Stadt war religiöse Pilgerstätte und Mittelpunkt für religiöse Studien, die die islamische Kultur wesentlich geprägt hatten.<sup>19</sup> Darüber hinaus hatte sich Kairo zur kulturellen Hauptstadt des arabischen Raumes entwickelt, was allein der höchste Anteil an der gesamtarabischen Buchproduktion bezeugte.<sup>20</sup>

Auch demographisch ragte Ägypten unter den arabischen Staaten hervor. Schon als bevölkerungsreichster Staat nahm es eine führende Rolle ein, aber auch in Bezug auf Bildung dominierte Ägypten in der Region. Zwar war die ägyptische Bildungsschicht im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Ägypten nicht größer als in anderen arabischen Staaten, aber sie war aufgrund des Bevölkerungsreichtums zahlenmäßig signifikant und ihr kam daher in der Region entscheidendes Gewicht zu.

Insbesondere Ġamāl 'Abd an-Nāsir intensivierte in den 1950er Jahren den Austausch von Studenten und Arbeitern im arabischen Raum. Arabische Studenten kamen zur Ausbildung nach Kairo und ägyptische Arbeitskräfte wurden in andere Staaten geschickt, was Ägypten weiteres politisches Gewicht verlieh.

Ebenso war die politische und militärische Macht in der Region ein klares Faktum. Ägypten konnte die größte Armee der Region aufstellen und nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Arabische Liga ihren Sitz in Kairo.

All diese Faktoren stellten Ägypten an die Spitze der arabischen Welt und erhöhten seine Attraktivität für die Großmächte. Sein Einfluss garantierte eine größere Wahrscheinlichkeit dafür, dass auch andere arabische Staaten der von ihm eingeschlagenen Linie folgen würden.

## 1.2. Strategischer Knotenpunkt Palästina

Ebenfalls von großer Bedeutung und hohem strategischen Wert war Palästina. Das Gebiet zeichnete sich durch seine Lage als Verbindung zwischen Mittelmeer und Persischem Golf und als Ausgangspunkt für Land- und Luftwege zwischen Europa und Asien aus, was es über die Jahrhunderte zu einem immer wieder umkämpften Territorium gemacht hatte.

Auch für den Westen, insbesondere für England, hatte Palästina seit jeher eine hohe Bedeutung. Die grundsätzlichen religiösen Interessen an Palästina von Seiten christlicher Staaten verbanden sich mit einer großen Sympathie für den Zionismus.<sup>21</sup> Zeichen eines ab

---

und der Treibstoff wesentlich kostspieliger wären. Die Tankermiete liegt bei ca. 18000–23000 US-Dollar pro Tag. Vgl. z. B. Seifert/Werner, Schwarzbuch Öl, S. 11.

<sup>18</sup> Der Begriff „Islamische Welt“ wird hier nicht als ethnische, territoriale oder kulturelle Zuordnung verstanden, sondern gemäß der Interpretation von Reinhard Schulze als Weltkultur gebraucht. Vgl. Schulze, Geschichte der Islamischen Welt, S. 11.

<sup>19</sup> Insbesondere die im Jahr 970 gegründete Al-Azhar-Universität wurde als erste islamische Universität ein Aspirationspunkt für Muslime aus der ganzen Welt.

<sup>20</sup> Mahr, Die Rolle Ägyptens, S. 44.

<sup>21</sup> Zu grundsätzlichen Überlegungen hierzu siehe Weber, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, S. 180f. Außerdem: Cohn, England und Palästina, S. 17ff.

den 1840er Jahren gesteigerten Interesses waren politische Fürsprecher wie der Earl of Shaftesbury, der, obwohl selbst kein Jude, als einer der Vorkämpfer der zionistischen Idee auftrat. Auch bildeten sich Gruppen wie die breite Bewegung der „Restoration of the Jews“ und selbst literarisch wurde das Thema vielfältig verarbeitet.<sup>22</sup> Zeitgleich vermischte sich dieses Interesse in der britischen Politik mit politischem Kalkül und einer Realpolitik, die auf die strategische Lage Palästinas abzielte.

Anfang des 20. Jahrhunderts erfuhren die Bemühungen um Einfluss in Palästina allerdings erneut eine deutliche Steigerung. Dies war auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zum einen erwuchs aus der zunehmenden Schwächung des Osmanischen Reiches, zu dem auch die heutigen Gebiete Syrien, Libanon, Jordanien und Palästina gehörten, insbesondere für Großbritannien das Bedürfnis, die Kontrolle über den Nahen Osten als den wichtigsten Verbindungsweg nach Indien zu sichern. Dies erwies sich im Ersten Weltkrieg für Großbritannien als dringende Notwendigkeit, als das Osmanische Reich auf Seiten der Mittelmächte in den Krieg eintrat und der türkische Truppenvorstoß in den Sinai 1915 zeigte, dass Ägypten von außen nicht ausreichend geschützt war und eine territoriale Schutzzone für die Sicherung des Suezkanals eingerichtet werden musste, sollte die Position erhalten bleiben.

Weiterhin machte sich in Ägypten selbst eine starke Nationalbewegung bemerkbar, die verdeutlichte, dass die britische Macht in Ägypten in Zukunft fraglich und eine dauerhafte Alternative für die Kontrolle über den Suezkanal erforderlich war. „Ägypten war das Nervenzentrum, der Suezkanal die Hauptarterie zwischen England und dem Orient und zugleich die Achillesferse des Britischen Imperiums geworden“<sup>23</sup>, schrieb Josef Cohn 1931 in einer damals aktuellen Studie zur britischen Politik gegenüber Palästina. Palästina wurde für die Verteidigung der britischen Position im Nahen Osten immer wichtiger. Amery erinnert sich in seinen Memoiren an seine damalige Einschätzung der Lage:

„Ich war aus militärischen Gründen begierig auf ein Vordringen in Palästina und Syrien, und die Idee, dieses Vordringen durch die Etablierung einer blühenden Gemeinschaft zu sichern, die an Großbritannien durch Dankbarkeit und Interessen gebunden war, übte natürlich seine Anziehungskraft auf mich aus. Ich hatte bereits Zweifel, was die Dauerhaftigkeit unseres Protektorats in Ägypten betraf, und die Lösung, die ich dann befürwortete [...], war, dass wir unsere direkte strategische Kontrolle auf den Suezkanal und auf das Gebiet zwischen seinem asiatischen Ufer und der palästinensischen Grenze beschränken sollten. Damit mischten wir uns so wenig wie möglich in die interne Unabhängigkeit unserer Nachbarn ein, aber sorgten für einen zentralen Dreh- und Angelpunkt zur Unterstützung unserer ganzen Nahostpolitik und sicherten außerdem eine effektive Kontrolle unserer See- und Luftkommunikationen mit dem Osten.“<sup>24</sup>

Das Zitat verdeutlicht auch das politische Kalkül, welches Großbritannien mit der Förderung der jüdischen Einwanderung nach Palästina verband. Das Schlüsseldokument hierfür war die Balfour-Erklärung<sup>25</sup> vom 2. November 1917, die der zionistischen Bewegung

<sup>22</sup> Vgl. Cohn, England und Palästina, S. 22, 26.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 44, 98.

<sup>24</sup> Amery, My Political Life, Bd. 2, S. 115.

<sup>25</sup> Mit „Balfour-Erklärung“ wird der am 2. 11. 1917 vom britischen Außenminister Arthur James Balfour an Baron Lionel Walter Rothschild geschriebene Brief bezeichnet, der die wohlwollende Haltung der britischen Regierung gegenüber den jüdisch-zionistischen Bestrebungen für eine nationale Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina zum Ausdruck brachte, allerdings mit der Grundforderung „es ist selbstverständlich, dass nichts getan werden soll, das die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nicht-jüdischer Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigen könnte“. Vgl.: The Balfour Declaration, 2. 11. 1917, in: Magnus (Hg.), Documents on the Middle East, S. 27.

die britische Unterstützung zur Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina zusagte. Die jüdische Einwanderung sollte ebenso auch die Erfüllung von Großbritanniens Interessen in der Region auf Dauer gewährleisten.<sup>26</sup>

Eine Rolle für die wachsende Relevanz von Palästina spielten außerdem die Ölfunde am Persischen Golf. 1914 übernahm die britische Regierung nach erfolgreichen Bohrungen in Persien die Aktienmehrheit der Anglo-Persian Oil Company. Bereits während des Ersten Weltkrieges teilten Großbritannien und Frankreich den Nahen Osten in Erwartung des Zerfalls des Osmanischen Reiches im Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916 in Einflusssphären auf. Palästina sollte unter internationale Kontrolle kommen – „nach Konsultationen mit Russland und anderen Alliierten“<sup>27</sup>. In den Friedensverhandlungen wusste England dies allerdings zu eigenen Gunsten zu verändern. Palästina wurde wie der Irak britisches Mandatsgebiet und Großbritannien hatte sich weiterhin das Recht ausbedungen, Eisenbahnlinien und Pipelines bis nach Bagdad zu legen.<sup>28</sup> Die Gewinne aus den erwarteten Ölressourcen im Irak wurden im April 1920 im San-Remo-Abkommen zwischen England und Frankreich aufgeteilt, was später um eine US-amerikanische Teilhabe erweitert werden musste. Der Nahe Osten rückte demgemäß auch wirtschaftlich verstärkt in den Fokus der Großmächte.<sup>29</sup> Direkt am Mittelmeer gelegen und gut entwickelt, bot Palästina in diesem Kontext beste Nutzungsmöglichkeiten, was sich insbesondere für die USA und England als wichtig erwies, da diese Palästina als Transportstrecke für ihre Ölgeschäfte mit Saudi-Arabien und Irak erkannten. Das Öl wurde seit Ende der 1920er Jahre per Pipeline in eine Petroleumraffinerie in Haifa geleitet und von dort aus verschifft. Haifa hatte besondere Vorteile mit einem großen, ausbaufähigen Hafen, welcher als Versorgungshafen und Flottenstützpunkt auch die günstigste Lage für die Kontrolle über den Suezkanal bot. Die technischen Erneuerungen hatten zur Folge, dass neben den Seewegen nun auch Eisenbahn- und Luftwege von Bedeutung waren. Die Straßenanbindung nach Bagdad sollte ergänzt werden durch eine Bahnanbindung, die gleichzeitig für Waren und Truppentransporte als Ersatz zur Seestrecke durch den Suezkanal dienen konnte.<sup>30</sup> Gaza war ebenfalls gut entwickelt mit einem Hafen und dem ersten Flughafen im Nahen Osten, der für den internationalen Flugverkehr genutzt wurde. So gewann Palästina mit Beginn des 20. Jahrhunderts in Ergänzung zu Ägypten eine wachsende Funktion als Schutzzone wie als Kontroll- und Handelsknotenpunkt des britischen Imperiums.

## 2. Der Nahe Osten als Nebenschauplatz der sowjetischen Außenpolitik

Der Nahe Osten spielte aus Sicht der russischen wie der sowjetischen Politik bis nach Kriegsende eine eher untergeordnete Rolle. Traditionell gehörte die Region zur britischen

<sup>26</sup> Flores, Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten, S. 117.

<sup>27</sup> Das Sykes-Picot-Abkommen wurde am 16.5.1916 zwischen Großbritannien und Frankreich abgeschlossen. Beide Mächte versicherten die Anerkennung eines zukünftigen arabischen Staates bzw. einer Konföderation, unter der Voraussetzung, dass sie in den jeweiligen Interessengebieten Einfluss bewahren konnten. Hierfür sicherten sich beide Mächte gegenseitig die Kontrolle und die Gewährleistung von Interessen wie Handel, Transport, Hafenzugänge etc. in der jeweiligen Region zu. Vgl. The Sykes-Picot Agreement, in: Laqueur/Rubin, The Israel-Arab Reader, S. 12–15.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 13f.

<sup>29</sup> Vgl. Seifert/Werner, Schwarzbuch Öl, S. 34ff.

<sup>30</sup> Offenberg, Kommunismus in Palästina, S. 37f.

Einflussosphäre, so dass es in diesem Sinne keine sowjetische Nahostpolitik gab. Die Interessen der UdSSR konzentrierten sich wie in Europa und Asien auf die direkten Nachbarstaaten, was im Süden v. a. Persien und die Türkei waren.

Im Fokus standen allerdings die Beseitigung des britischen Einflusses und die allgemeine Schwächung des britischen Imperiums. Hinzu kam, dass die westlichen Großmächte aufgrund der Aufteilung des Osmanischen Reiches direkt bis an die Grenze der UdSSR vorgerückt waren und sich im Bürgerkrieg außerdem aktiv in innersowjetischen Angelegenheiten engagierten. Die Angst vor einer Ausweitung des britischen Machtgebietes, der britischen Kontrolle des Seehandels und einem Krieg mit Großbritannien bestimmte daher weitgehend die sowjetische Politik.

- „1. Alles, was die vom internationalen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Ostvölker stärkt, stärkt auch Sowjetrußland, dem dieselbe Gefahr droht;  
2. Sowjetrußland hat ein großes Interesse daran, dass die für Rußland bestimmten Getreideschiffe und die zum Absatz auf dem westeuropäischen Markte bestimmten Naphthaschiffe nicht auf Befehl der englischen Admiralität aufgehalten werden.“<sup>31</sup>

Diese, hier von Karl Radek formulierten konkreten realpolitischen Bedenken waren gepaart mit dem grundsätzlich politischen, auch historisch bedingten Interesse, die britische Macht zu schwächen. Der Nahe Osten wurde auch von der UdSSR als eine entscheidende Position hierfür erkannt. Die strategische Bedeutung dieser Region wurde in Analysen detailliert aufgezeigt.<sup>32</sup>

„Tatsächlich steht in den nächsten Jahren für England auf dem arabischen Kontinent nicht weniger als die ganze Verbindung mit Indien auf dem Spiel. Wenn die arabischen Stämme und die Araber im allgemeinen sich in den nächsten Jahren der englischen Bevormundung gemeinsam entziehen sollten, so wäre die ganze strategische Brücke, an der England 200 Jahre gebaut hat, zum Einsturz gebracht.“<sup>33</sup>

Dass die Bedeutung des gesamten Orients seit dem Ersten Weltkrieg deutlich gestiegen war, geht z. B. aus der Analyse und Darstellung des Krieges im „Manifest an die Völker des Orients“ hervor. Um die Völker des Orients für den „antiimperialistischen Kampf“ zu gewinnen, wurde ausgeführt, dass der Krieg ein reiner Kampf um den Orient gewesen sei. Er sei nur geführt worden, um die Herrschaft in den ehemaligen osmanischen Gebieten festzulegen und damit die Kontrolle über Ägypten, Persien und Indien etc. zu gewinnen. England als Sieger dieses Krieges hätte nach dem Krieg sofort begonnen, seine Position im gesamten Orient auszubauen.<sup>34</sup>

Der Nahe Osten wurde folgerichtig im Rahmen der Strategie zur Bekämpfung des englischen Imperialismus behandelt. Dies geht auch aus einem gemeinsam verabschiedeten Manifest der kommunistischen Parteien Palästinas und Syriens/Libanons von 1931 hervor. Die britische Hegemonie stand im Mittelpunkt aller Analysen und war Hauptfokus der Agitation. „Insbesondere benutzen die englischen Imperialisten ihre Vorherrschaft über

<sup>31</sup> Karl Radek, Die Änderung der englischen Taktik im Nahen Osten, in: Inprekorr, II, Nr. 194, 5. 10. 1922, S. 1290. Siehe auch Flores, Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten, S. 218.

<sup>32</sup> Beispiele hierfür sind die sowjetischen Darstellungen des strategischen und wirtschaftlichen Wertes der Region, insbesondere Ägyptens, bei Vatolina, *Sovremennij Egiptet*, S. 139–152; Milogradov, *Arabskij vostok v mezhdunarodnyh otnosenijach*, S. 3ff.

<sup>33</sup> Die Orientfrage wurde auf dem vierten Kominternkongress behandelt. Hauptreferent war Ravensteyn. Vgl. Inprekorr, II, Nr. 230, 7. 12. 1922, S. 1696.

<sup>34</sup> „A Manifesto to the Peoples of the East“, abgedruckt in: Ismael, *The Communist Movement in the Arab World*, S. 124–132, hier S. 124.

Irak, Palästina und Ägypten, um die Zugangswege nach Indien zu schützen, um sich für einen Krieg gegen die UdSSR vorzubereiten und um ihre Interessen im östlichen Mittelmeer zu entwickeln.“<sup>35</sup>

Die ersten Aktivitäten bis zum Zweiten Weltkrieg reduzierten sich weitgehend auf die ideologische Arbeit und den antiimperialistischen Kampf in der Region. Der generelle Anspruch der UdSSR, die soziale Revolution weltweit zu verbreiten, wurde gerade nach dem Ausbleiben der Revolution in Europa zunehmend mit dem begrifflich den Nahen Osten und Asien umfassenden Orient verbunden. Diese Herangehensweise resultierte aber auch aus zwei grundlegenden näher darzustellenden Vorbedingungen. Der britische Einfluss, der die Region dominierte, ermöglichte keine politische Aktivität, ohne dass es zu einer Konfrontation mit England gekommen wäre. Während der britischen Politik in Bezug auf unabhängige Staaten Freundschaftsverträge gegenübergestellt wurden, z. B. mit der Türkei, Afghanistan und Persien, waren direkte Beziehungen mit Palästina, Transjordanien oder dem Irak nicht möglich, da es sich hier immer noch um englische Mandatsgebiete handelte. Konkret bot sich außerdem in den arabischen Ländern auch politisch keine Situation, die für den Ausbau der Beziehungen oder einen sowjetischen Einfluss förderlich gewesen wäre.

## 2.1. Die politische Lage in Palästina und Ägypten

Im ersten Weltkrieg wurde Palästina, das damals Teil des Osmanischen Reiches war, ab 1917 von alliierten Truppen besetzt. Großbritannien stellte es fortan unter Militärverwaltung und vertrat seinen Anspruch auf Palästina gegenüber Frankreich im Sykes-Picot-Abkommen, einer der ersten Abspachen über die Nachkriegskontrolle im Nahen Osten, die dann im Zuge der Friedensverhandlungen und dem San-Remo-Abkommen 1920 konkretisiert wurden. Als Resultat dieser Nachkriegsregelungen bestätigte der neugegründete Völkerbund im Juli 1922 den britischen Kontrollanspruch über Palästina, indem er es zum britischen Mandatsgebiet erklärte. Dies entsprach nicht den Vorstellungen der arabischen Bevölkerung, die zu diesem Zeitpunkt noch fast 90 Prozent der Bevölkerung ausmachte<sup>36</sup> und mehrheitlich die Unabhängigkeit eines großsyrischen Reiches forderte. Zu diesem Ergebnis war die unabhängige King-Crane-Kommission<sup>37</sup> gekommen, die 1919 die herrschenden Umstände und den Willen der Bevölkerung in Syrien und Palästina untersu-

<sup>35</sup> „The Tasks of the Communists in the All-Arab National Movement“, Resolution der Konferenz der kommunistischen Parteien Palästinas und Syriens 1931, abgedruckt in: Ismael, *The Communist Movement in the Arab World*, S. 133–142, hier S. 136f. Eine ähnliche Analyse der Gefahren findet sich bei Joseph Berger, „Ein neuer imperialistischer Vorstoß im Nahen Osten“, in: *Inprekorr*, Jhg. 10, Nr. 85, 10.10.1930, S. 2078, wo es u. a. heißt: „Zuletzt [...] bildet die Eisenbahnlinie [Port Fuad-Bagdad] eine Kampfvorbereitung gegen die Sowjetunion. [...] klar ist, dass der Nordirak eines der wichtigsten britischen Aufmarschgebiete im kommenden Krieg gegen die Sowjetunion sein wird.“

<sup>36</sup> Die Bevölkerung Palästinas machte gemäß Zensus von 1922 insgesamt 752 048 Einwohner aus, wovon ca. 83 790 Juden waren. Dies ist ein prozentualer Anteil von 11%. Vgl.: *A Survey of Palestine*, Bd. 1, S. 141, 158.

<sup>37</sup> Die King-Crane-Kommission, die sich aus unabhängigen Beobachtern aus England, Frankreich und den USA zusammensetzen sollte, bestand letztlich nur aus zwei amerikanischen Vertretern, Henry C. King und Charles R. Crane, und ihren Mitarbeitern, da die Franzosen und Engländer ihre Teilnahme zurückzogen. Die Kommission gab am 28. 8. 1919 ihre Ergebnisse und Vorschläge bekannt. Vgl. *Recommendations of the King-Crane Commission on Syria and Palestine*, 28. 8. 1919, in: Magnus (Hg.), *Documents on the Middle East*, S. 28–37.

chen sollte. Sie forderte ebenfalls die Bildung eines unabhängigen arabischen Staates, der höchstens kurzfristig unter US-amerikanischem Mandat stehen sollte. Zudem sprach sie sich für eine deutliche Einschränkung des zionistischen Programms aus, da dies nur mit Gewalt und gegen den Willen und die Rechte der nicht-jüdischen Bevölkerung umgesetzt werden könne.<sup>38</sup> Das britische Mandat widersprach dementsprechend in Gänze den von der Kommission gegebenen Empfehlungen. Übereinstimmung fanden die britischen Pläne dagegen mit den Ideen des zionistischen Weltkongresses, der von den Engländern in seiner Vorbereitung einer jüdischen Heimstätte in Palästina unterstützt wurde. Mit britischer Genehmigung bereiste bereits im April 1918 eine erste zionistische Delegation mit Chaim Weizmann an der Spitze Palästina, um erste Schritte für das zionistische Projekt, eine gezielte Besiedlung und die Errichtung eines jüdischen Staates, zu treffen.<sup>39</sup> Gegenüber der arabischen Bevölkerung wurden die Inhalte der Balfour-Erklärung von den Engländern geheim gehalten. Großbritannien hatte zwei Jahre vor der Balfour-Erklärung bereits Šarīf Hussaīn Ibn ‘Alī, dem Herrscher von Mekka, Zusagen gegeben, welche den Arabern die Unabhängigkeit eines „Arabischen Khalifats des Islam“ nach dem Krieg versprachen, in Gegenleistung zur Unterstützung der Briten im Krieg gegen die Osmanen.<sup>40</sup> Auch wenn die Absprachen noch einige territoriale Bereiche in Syrien und im Irak offenließen, so war Palästina in Gänze Teil des zugesagten arabischen Staates.<sup>41</sup> Dies widersprach inhaltlich den späteren Versprechen gegenüber der zionistischen Bewegung. Erst durch die Veröffentlichung der Geheimverträge der europäischen Großmächte durch die Bolschewiki erlangten die Araber Kenntnis über die neue britische Verpflichtung.

Für die Verwaltung des Mandatsgebietes wurde das Amt des britischen Hochkommissars für Palästina geschaffen, das nicht dem britischen Außen-, sondern dem Kolonialministerium unterstellt war und bis 1948 existierte. Damit stand Palästina unter vollkommen britischer Hoheit.

Die Zionisten gründeten die Jewish Agency mit der Funktion, eine Vertretung der jüdischen Bevölkerung in Palästina gegenüber der Mandatsmacht zu sein. Dies beinhaltete über eine Interessenvertretung hinausgehend als Aufgabe auch die aktive Beteiligung an der Entwicklung des Landes.<sup>42</sup> Eine parallele Organisation der arabischen Bevölkerung

---

<sup>38</sup> „Die Kommissionsmitglieder haben ihre Studien über den Zionismus mit Ansichten begonnen, die positiv für diesen eingenommen waren, aber die tatsächlichen Fakten in Palästina, zusammen mit der Kraft der allgemeinen Prinzipien, die die Alliierten verkündet haben [...], brachten sie zu der Empfehlung, die sie hier gemacht haben [...]. Angesichts all dieser Überlegungen und mit einem tiefen Gefühl der Anteilnahme für die jüdische Sache fühlen sich die Kommissionsmitglieder verpflichtet zu empfehlen, dass nur ein stark reduziertes zionistisches Programm von der Friedenskonferenz erprobt wird und dieses auch nur schrittweise eingeleitet wird. Das müsste bedeuten, dass die jüdische Immigration auf jeden Fall limitiert werden sollte und dass das Projekt, Palästina ausdrücklich zu einem jüdischen Gemeinwesen zu machen, aufgegeben werden sollte.“ Vgl. *Recommendations of the King-Crane Commission on Syria and Palestine*, 28.8.1919, in: Magnus (Hg.), *Documents on the Middle East*, S. 32–34.

<sup>39</sup> Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten*, S. 134f.

<sup>40</sup> Der Oberkommissar von Ägypten, Henry McMahon, hatte dieses Versprechen in Verhandlungen mit Šarīf Hussaīn von Mekka für die britische Regierung getroffen. Bekannt als McMahon-Hussaīn-Korrespondenz steht dabei ein Brief McMahons vom 24.10.1915 im Mittelpunkt, in dem er im Namen der englischen Regierung die arabische Unabhängigkeit in den von Šarīf Hussaīn geforderten Grenzen zusagt. Vgl. den Briefwechsel: *Great Britain Pledges to Support Arab Independence: The Hussein-McMahon Letters, 1915–1916*, in: Magnus (Hg.), *Documents on the Middle East*, S. 12–26.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 12, 17.

<sup>42</sup> Cohn, *England und Palästina*, S. 141f.

gab es nicht und wurde auch in den Folgejahren nicht gebildet. Die Araber lehnten sowohl die britische Herrschaft als auch die jüdische Immigration ab.

Von Beginn an war die britische Mandatsmacht in Palästina mit erheblichen Konflikten und den gegensätzlichen Interessen der Juden und Araber konfrontiert. Die Fragen nach Regelung der Einwanderung, des Landerwerbs, der Unabhängigkeitsforderungen und nach Konfliktlösung dominierten die Zeit bis nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>43</sup> Die sich daraus ergebenden Spannungen führten immer wieder zu Unruhen, von denen insbesondere die arabischen Aufstände 1929 und 1936–1938/39 zu nennen sind. Gerade die diametral entgegengesetzten Interessen der Juden und Araber verhinderten auch die Einführung politischer Strukturen im Land, so dass das britische Hochkommissariat alle Bereiche des Staates wie Verwaltung, Wirtschaft und Außenpolitik kontrollierte.

Die politischen Entwicklungen in Ägypten zeigten sich zunächst aus Sicht der Sowjetunion günstiger als in Palästina. Die Entstehung eines nationalen Bewusstseins mündete im November 1918 in der Gründung der Wafd (Delegation)<sup>44</sup>, die als Vertretung der nationalen Bewegung mit dem Vize-Präsidenten der Rechtsprechenden Versammlung, Sa'd Zaghlul<sup>45</sup>, an der Spitze dem britischen Hochkommissar Reginald Wingate die Forderung nach ägyptischer Unabhängigkeit und nach Verhandlungen in London vorbrachte. Dies wurde von Außenminister Arthur James Balfour entschieden abgelehnt, und die Anführer der Wafd wurden bald nach Malta exiliert, mussten aber aufgrund der daraufhin im März 1919 ausbrechenden Unruhen freigelassen werden. Die Reaktion zeigte, wie stark die nationale Bewegung von der ägyptischen Bevölkerung getragen wurde und welche hohen Rückhalt Zaghlul hatte. England sah sich angesichts der starken Proteste daher gezwungen, in Verhandlungen über den zukünftigen Status Ägyptens zu treten, die in der Folge von der Wafd in London geführt wurden. Der Abschluss eines britisch-ägyptischen Vertrages jedoch scheiterte und Zaghlul wurde einige Zeit nach seiner Rückkehr aus London erneut festgenommen und ausgewiesen. Dennoch führten die Unruhen und Proteste in Ägypten letztlich im Februar 1922 zur Aufhebung des britischen Protektorats und zur formalen Unabhängigkeit der ägyptischen Monarchie.

Die Bolschewiki hatten schon 1919/1920 Kontakte zu den arabischen, darunter auch zu den ägyptischen Nationalisten aufgenommen. Die von ihnen angebotene Unterstützung für die nationalen Erhebungen wurde allerdings nicht in Anspruch genommen.<sup>46</sup>

<sup>43</sup> Ebenda, S. 39.

<sup>44</sup> Die Wafd-Partei war die nationale Partei Ägyptens. Sa'd Zaghlul hatte bei den europäischen Mächten nach dem Ersten Weltkrieg 1919 die Unabhängigkeit gefordert, wonach die Partei benannt wurde: Hizb al-Wafd [Partei der Delegation]. Die Engländer weigerten sich, die Delegation zu empfangen und Zaghlul wurde ins Exil nach Malta deportiert. Bald sah sich Großbritannien jedoch aufgrund der Popularität und Stärke der Bewegung gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Nach der offiziellen Unabhängigkeit 1922 gewann die Wafd-Partei bei den ersten Wahlen am 12. 1. 1924 mit 90% der Stimmen. Vgl. Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 61.

<sup>45</sup> Sa'd Zaghlul (1859–1927) war ein ägyptischer Politiker. Er war zunächst Richter, von 1906 an zwei Jahre Bildungsminister und 1910–1913 Justizminister. Ab 1913 war er Vizepräsident der Rechtsprechenden Versammlung. Als Anführer der nationalen Bewegung setzte er sich für die Unabhängigkeit Ägyptens ein und gründete in diesem Kontext die Wafd-Partei. Mehrmals wurde er exiliert, aber aufgrund seiner übermäßigen Popularität wurde er wieder freigelassen. Nach dem Wahlsieg der Wafd 1924 wurde Zaghlul Premierminister, trat aber schon wenige Monate später aus Protest gegen die britischen Forderungen bezüglich des Sudans zurück.

<sup>46</sup> Während die syrischen Kontakte etwas besser belegt sind, gibt es zu den Kontakten zur ägyptischen Nationalbewegung relativ wenige Quellen, sie werden aber in verschiedenen Publikationen erwähnt. Z. B. Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 21.

Die neu erworbene Unabhängigkeit Ägyptens war jedoch von vornherein nur bedingt gegeben. Im universitären Lehrbuch in der Sowjetunion wurde dies als ein „notwendiger Schritt von Seiten der englischen Imperialisten“, dargestellt, „um den Kampf des ägyptischen Volkes zu schwächen“. Wohl gemerkt hätte diese Unabhängigkeit nicht die „faktische Herrschaft Englands“ beseitigt.<sup>47</sup>

Großbritannien forderte in der Tat dauerhafte Rechte hinsichtlich des Militärstützpunktes wie der Kontrolle des Suezkanals. Die Briten beriefen sich dabei auf die 1869 vertraglich festgeschriebenen neunundneunzig Jahre britischer Aufsicht über den Kanal, die folglich noch bis 1968 gesichert sei. Erst 1936 konnten sich England und Ägypten auf eine konkretere Regelung der Umstände der ägyptischen Unabhängigkeit einigen. Im britisch-ägyptischen Bündnisvertrag wurde Ägypten zwar die volle staatliche Souveränität zugestanden, aber Großbritannien sicherte sich auch hier weitgehende Militärrechte, einschließlich des Rechts, die Truppenstationierung in Ägypten fortzusetzen. Bis zu 10 000 Soldaten konnte England in der Suezkanalzone, Alexandria und in Kairo stationieren und mit 400 Piloten präsent sein, das Truppenaufgebot musste aber auf diese Regionen beschränkt bleiben. Der Vertrag war für zunächst zehn Jahre festgelegt worden. Doch während des Zweiten Weltkrieges wurde deutlich, dass auch damit die Souveränität Ägyptens stark begrenzt war. Faktisch blieb die ägyptische Politik weiterhin abhängig von englischen Interessen. Wahlprozesse wurden direkt durch britische Einmischung manipuliert und in den Zweiten Weltkrieg wurde Ägypten als Bündnispartner mit einbezogen und war bald mit Kriegshandlungen auf eigenem Territorium konfrontiert. England nutzte das ihm zugestandene Interventionsrecht im Notfall auch für die direkte Einflussnahme auf innenpolitische Angelegenheiten. Als der ägyptische König Fārūq I. einen neuen Premierminister ernennen wollte, sah er sich am 4. Februar 1942 in seinem eigenen Palast von englischen Panzern bedroht und war gezwungen, der Ultimatumforderung Lord Killearns nach dem als probritisch eingeschätzten Kandidaten der Wafd-Partei Muṣṭafā an-Nahās<sup>48</sup>, welcher 1936 auch die Unterzeichnung des britisch-ägyptischen Bündnisvertrages erreicht hatte, nachzugeben. Gerade in Armeekreisen wurde dies als große Niederlage und Schande angesehen.<sup>49</sup>

Auch die Außen- und Wirtschaftsbeziehungen Ägyptens wurden von diesem Einfluss mitbestimmt,<sup>50</sup> was z. B. zur Folge hatte, dass die Geschäfte, die zwischen der UdSSR und Ägypten getätigt wurden, nicht auf einem Handelsvertrag basierten. Nach Einführung eines neuen ägyptischen Zollgesetzes 1930 hatte die sowjetische Regierung den Abschluss eines Handelsvertrages angeregt. Immerhin machten die sowjetischen Importe aus Ägypten einen hohen Anteil der gesamten ägyptischen Exporte aus, und diese bestanden größtenteils aus Baumwolle.<sup>51</sup> Durch das Fehlen eines Vertrages zeigte sich der

<sup>47</sup> Novejšaja istorija stran Azii i Afriki, S. 427.

<sup>48</sup> Muṣṭafā an-Nahās (1879–1965) war ein ägyptischer Politiker. 1919 trat er der Wafd-Partei bei, später wurde er mehrfach Premierminister (1928, 1930, 1936–1937, 1942–1944, 1950–1952). 1936 war an-Nahās verantwortlich für die Unterzeichnung des ägyptisch-englischen Vertrages. Auf britischen Druck wurde er 1942 wieder als Ministerpräsident eingesetzt. Erst im Herbst 1944 konnte er von König Fārūq nicht zuletzt aufgrund der breiten Proteste entlassen werden.

<sup>49</sup> Büttner, Gamal Abdel Nasser, S. 226; Mahr, Die Rolle Ägyptens, S. 51.

<sup>50</sup> Zur wirtschaftlichen Abhängigkeit Ägyptens von Großbritannien vgl. z. B. die Ausführungen von Vatolina, Sovremennij Egipet, S. 89ff., 109ff., 115ff., 123ff.

<sup>51</sup> „Die ägyptische Wirtschaftskrise und die ägyptisch-russischen Handelsbeziehungen“, in: Inprekorr, Jhg. 10, Nr. 53 (1930), S. 1185.

Handel aufgrund der Zollbestimmungen eingeschränkt und war bald nurmehr marginal.<sup>52</sup>

Die Bevölkerung Ägyptens war überwiegend ländlich, viele Menschen lebten als Pächter in feudalen Strukturen in Abhängigkeit von Großgrundbesitzern. Auch wenn Arbeitslosigkeit und Bevölkerungswachstum gerade in den 1930er Jahren zu einer starken Landflucht führten, machte die Industriearbeiterschaft noch bis 1952 nur 10 Prozent der Bevölkerung aus.<sup>53</sup> Gerade diese Bevölkerungsstruktur spiegelte sich auch in der politischen Landschaft Ägyptens wider. Die Parteien wurden weitgehend von der Elite und Großgrundbesitzern geführt und verfolgten insofern ähnliche Interessen, die darauf abzielten, die eigenen Positionen zu sichern. Sie waren mehr von Verwandtschaftsbeziehungen, Clans und Interessengemeinschaften geprägt als von politischen Programmen. Selbst die Wafd-Partei hatte neben der Hauptforderung nach voller nationaler Unabhängigkeit kaum soziale und politische Entwicklungen fokussiert und war zunehmend ebenfalls in die vorherrschende Korruption verwickelt.

Für die Sowjetunion hatte sich die Wafd-Partei mit Unterzeichnung des britisch-ägyptischen Vertrages einmal mehr diskreditiert. „Diesen unterschreibend haben die Wafdisten noch einmal ihre Kompromissbereitschaft gegenüber der nationalen Bourgeoisie und ihre Neigung zu Geschäften mit den Imperialisten demonstriert.“<sup>54</sup> Die Erwartungen an einen Ausbruch der Revolution in Ägypten, wie sie noch 1930 mehrfach geäußert worden waren,<sup>55</sup> wichen nun der Konstatierung einer erneuten Festigung des englischen Einflusses in Ägypten.

## 2.2. Rolle und Position der kommunistischen Parteien

Aus der als reaktionär wahrgenommenen Lage ergab sich für die Sowjetunion eine überwiegend ideologische Arbeit im Nahen Osten bis zum Zweiten Weltkrieg, die mit Hilfe der Komintern<sup>56</sup> vorgenommen wurde. Diese Organisation wurde genutzt, um das revolutionäre Potential der einzelnen Länder zu entwickeln und auf diesem Wege politische Umstürze zu unterstützen und zu forcieren. Darüber hinaus aber diente sie dazu, die auf Staatsebene fehlenden politischen Beziehungen zu kompensieren und über sozialistische Ideen eine positive Wahrnehmung der UdSSR in diesen Ländern zu schaffen. Gleich nach der Gründung 1919 begann die Komintern ihre Aktivitäten auch im Nahen Osten. Die

<sup>52</sup> Vatolina, *Sovremennyj Egipt*, S. 124f. Auch verabschiedete der Rat der Volkskommissare im Oktober 1930 ein Gesetz, nach dem der Handel mit Staaten, die besondere Restriktionen für den Handel mit der UdSSR auferlegten, eingeschränkt oder ganz eingestellt werden sollte. Dies traf auch auf Ägypten zu. Vgl. dazu: Resolution of the Council of People's Commissars on Economic Relations with Countries Which Impose Special Restrictions on Trade with the USSR, 20.10.1930, in: Degras (Hg.), *Soviet Documents on Foreign Policy*, Bd. 2, S. 459.

<sup>53</sup> Krämer, *The Jews in Modern Egypt*, S. 120–124.

<sup>54</sup> *Novejšaja istorija stran Azii i Afriki*, S. 432. Dies entsprach auch der generellen sowjetischen Beurteilung der Wafd seit 1924. Vatolina schrieb dazu beispielsweise, dass die Wafd sich mit Machtantritt mit den Imperialisten geeinigt hätte, um die eigenen Interessen zu wahren. Vgl. Vatolina, *Araby v bor'be za nezavisimost'*, S. 140.

<sup>55</sup> Joseph Berger, Mitglied der Palästinasensischen Kommunistischen Partei, schrieb über die „Revolutionäre Gärung in Ägypten“, z. B. in: *Inprekorr*, Jhg. 10, Nr. 99, 21. 11. 1930, S. 2433; *Inprekorr*, Jhg. 10, Nr. 93, 7. 11. 1930, S. 2263; *Inprekorr*, Jhg. 10, Nr. 66, 8. 8. 1930, S. 1613.

<sup>56</sup> Die Komintern fungierte als Netzwerk der kommunistischen Parteien aller Regionen. Die ersten Generalsekretäre der Komintern waren Grigorij Zinov'ev (1919–1926) und Nikolaj Bucharin (1926–1928).

dort neugebildeten Parteien waren von Anfang an direkt mit der Komintern verbunden und befolgten als „Sektionen der Komintern“ die Direktiven aus Moskau.

Zwar wurde die Verantwortlichkeit der Komintern für den Orient auf dem siebten Kongress der Komintern 1935 aufgehoben, dies hatte jedoch keine direkte Auswirkung auf die KPs in den arabischen Staaten, sondern war Resultat der Machtverschiebungen in Moskau zugunsten der bolschewistischen Partei und der damit verbundenen Schwächung des EKKI. Die Kontrolle von Moskau wurde über einzelne kommunistische Parteien wie die KP Großbritanniens fortgesetzt, und dies auch nach 1943, als die Komintern von Stalin als Zugeständnis an das Bündnis mit den Westmächten offiziell aufgelöst wurde.<sup>57</sup>

Die Zugehörigkeit zur Komintern verhinderte die Entwicklung eigener Positionen der KPs, so dass diese abhängig und gebunden an die Vorgaben der Komintern waren. Letztere unterlagen zum Teil erheblichen Schwankungen, was auf zwei Einflussfaktoren zurückzuführen war. Zum einen bewirkten sowjetische Staatsinteressen insbesondere unter Stalins Kontrolle eine Anpassung der ideologischen Richtlinien an die Realpolitik. Gravierend zeigte sich hier der Einschnitt von August 1939 bis Juni 1941, als Stalin die seit 1934 propagierte Volksfrontpolitik wegen des deutsch-sowjetischen Paktes aufgab und stattdessen eine strikt antiwestliche Politik forderte. Zum anderen war es die sich verändernde Lage der internationalen kommunistischen Bewegung, die z.B. als Resultat von Entwicklungen in China oder Deutschland zu heftigen Kurswechselln führte.

Die ersten kommunistischen Parteien in der arabischen Welt entstanden in Palästina und in Ägypten; kurz danach wurde mit Hilfe der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PKP) auch die Kommunistische Partei Libanons und Syriens gegründet. In den anderen arabischen Ländern bildeten sich kommunistische Parteien erst später in den 1930/40er Jahren heraus.<sup>58</sup>

Kennzeichnend war in den 1920er Jahren, dass die Bewegungen zunächst weniger von der arabischen Mehrheitsbevölkerung als vielmehr von Ausländern und ethnischen und religiösen Minderheiten wie Griechen, Armeniern, Juden und christlichen Arabern getragen wurden. In diesen Gruppen wurden europäische Ideen stärker rezipiert und der Sozialismus spiegelte im Besonderen das Verlangen dieser Minderheiten nach Gleichberechtigung und sozialem Fortschritt wider.

Die kommunistische Haltung vieler früher Mitglieder war nicht zu eng zu definieren. Nicht wenige traten aus einer Situation sozialer Schwäche oder Isolierung heraus bei, und viele nutzten die Möglichkeit der eigenen Fortbildung, die sich über politisches Engagement bot.<sup>59</sup> Die Mitglieder der Parteieliten konnten zur Fortbildung nach Moskau reisen, wo sie an der eigens von der Komintern dafür gegründeten Kommunistischen Universität der Werktätigen des Orients (KUTV)<sup>60</sup> studierten. Hier sollten sie zu echten Revolutionären

<sup>57</sup> Flores, Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten, S. 229.

<sup>58</sup> Die Gründungen der arabischen kommunistischen Parteien in den 1920er Jahren erfolgten 1924 in Syrien und Libanon und 1925 im Irak.

<sup>59</sup> Ismael, *The Communist Movement in the Arab World*, S. 15f.

<sup>60</sup> Die Kommunističeskij Universitet Trudjaščichsja Vostoka (KUTV) wurde im September 1921 gegründet. Ihr kam vor allem in den Jahren bis 1924 eine enorme Bedeutung in der Ausbildung kommunistischer Vertreter aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten zu, und sie war wegen der revolutionären und damals noch weitgehend offenen Atmosphäre ein Zentrum für den Austausch neuer sozialer Ideen. Zu den Lehrkräften gehörten viele Muslime, wie der Tatare Sultan Galiev und der Aserbajdschaner Nariman Narimanov (1870–1925), oder auch ausländische Kommunisten, wie der Inder Manabendra-Nath Roy. Vgl. Extract from an Address by Stalin to the Communist University of

ausgebildet werden, „bewaffnet mit der Theorie des Leninismus, ausgerüstet mit der praktischen Erfahrung des Leninismus und in der Lage, die unmittelbaren Aufgaben der Befreiungsbewegung in den Kolonien und den abhängigen Ländern auszuführen, nicht aus Angst, sondern aus Überzeugung“.<sup>61</sup> Nicht zuletzt kamen sie hier aber auch mit anderen sozialistischen Ideen in Berührung wie z. B. dem nationalen Sozialismus, wie ihn Sultan Galiev vertrat, da viele Lehrkräfte aus den muslimischen Regionen der UdSSR kamen. Es ist kaum möglich, den effektiven Einfluss solcher Ideen nachzuweisen; es bleibt aber festzustellen, dass die Attraktivität dieser Konzepte vor allem für die arabischen Mitglieder aufgrund der ähnlichen Ausgangssituation oftmals größer gewesen sein dürfte als der Internationalismus des Kommunismus. Nationalismus war das beherrschende Phänomen der Epoche und die Ideen von nationaler Befreiung und Selbstbestimmung dominierten zunehmend die Entwicklungen im Nahen Osten, so dass sie auch in die kommunistischen Parteien hineingetragen wurden.<sup>62</sup> Gerade Differenzen bezüglich nationaler Fragen waren hier in den 1920er und 1930er Jahren der Grund für grundlegende Auseinandersetzungen und Spaltungen.

Für die Bolschewiki stellten die neugebildeten kommunistischen Parteien aufgrund fehlender diplomatischer Beziehungen die einzige Verbindung in die Länder des Nahen Ostens dar, weshalb ihnen ein besonderer Stellenwert beigemessen wurde und sie als Netzwerk und Instrument für Agitation in der Region fungierten. Allerdings erwiesen sich die kommunistischen Parteien letztlich als wenig effektiv, da sie kaum Einfluss in den nahöstlichen Gesellschaften gewinnen konnten. Ein Grund von vielen für diese Schwäche war die Unfähigkeit Moskaus, die in dieser Zeit für die Region prägenden spezifischen Phänomene und Dynamiken zu erkennen und zu berücksichtigen. Die Gesamtentwicklung verhinderte eine weitgreifende Verankerung der Kommunisten in den Gesellschaften des Nahen Ostens. Die strikt antireligiöse Haltung der Kommunisten und die angesichts gravierender Politikwechsel unglaubliche Grundhaltung bewirkten nicht selten großen Skeptizismus gegenüber dieser politischen Bewegung und ließen einen sowjetischen Einfluss in den Ländern befürchten. Nicht zuletzt aber war es auch der propagierte Internationalismus, der angesichts der starken nationalen Strömungen nicht Fuß fassen konnte.

### Kommunistische Bewegungen in Palästina

In Palästina bildete sich die Kommunistische Partei als erste Partei im Nahen Osten bereits im Oktober 1919 unter dem Namen Mifleget Poalim Sozialistim (MPS)<sup>63</sup>. Sie wurde von Mitgliedern des linken Flügels der jüdischen Arbeiterpartei Poalei Zion<sup>64</sup> in Palästina begründet. Damit ergab sich schon aus der Entstehungsgeschichte der Partei ein grundlegendes Dilemma, welches die Partei weiterhin prägen sollte. Sie bestand nur aus jüdischen

---

the Peoples of the East, 18. 5. 1925, in: Degras (Hg.), *Soviet Documents on Foreign Policy*, Bd. 2, S. 46-50; Bennigsen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 109.

<sup>61</sup> Extract from an Address by Stalin to the Communist University of the Peoples of the East, 18. 5. 1925, in: Degras (Hg.), *Soviet Documents on Foreign Policy*, Bd. 2, S. 50.

<sup>62</sup> Zum arabischen Nationalismus siehe ausführlicher z. B. die Studie von Tibi, *Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel*.

<sup>63</sup> Hebr. für „Partei der sozialistischen Arbeiter“.

<sup>64</sup> Die Organisation Poalei Zion [Die Arbeiter von Zion] vereinte die Ideen des Sozialismus und des Zionismus. 1905/06 gründete sich eine Sektion in Palästina. 1907 wurde eine Weltkonföderation der Poalei Zion gebildet. Für den linken Flügel war aber schließlich die Diskrepanz zwischen Zionismus und Sozialismus der Grund für die Abspaltung 1919. Die Komintern verweigerte 1922 die Aufnahme der Poalei Zion.

Mitgliedern und aus einem ausschließlich jüdischen ZK. Die Parteiarbeit konzentrierte sich auf die jüdischen Arbeiter in Palästina. Ungeklärt blieb unter den Mitgliedern zunächst, welche Haltung die Partei zum Zionismus einzunehmen hätte. Ein Teil der Mitglieder vertrat die Vereinbarkeit von Sozialismus und Zionismus, da auf diese Weise der Fortschritt verbreitet würde, während die andere Gruppe Zionismus als nationales Phänomen und als Kolonisation einstufte.<sup>65</sup> Aufgrund ihrer ambivalenten und teils kritischen Haltung gegenüber dem Zionismus konnten die Kommunisten allerdings auch in der Gewerkschaftsbewegung nur bedingt Einfluss erlangen. Bei der Gründung der jüdischen Gewerkschaftsvereinigung Histadrut im Dezember 1920 wurden nur zwei Mitglieder der MPS ins Leitungsgremium mit 23 Mitgliedern aufgenommen.<sup>66</sup> Auf dem zweiten Kongress der Komintern in Moskau im Sommer 1920 kam dieses Dilemma offen zur Sprache und wurde zumindest von Seiten der Komintern klar entschieden. In den Leitsätzen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage wurde festgehalten:

„Als ein krasses Beispiel des Betrugs der arbeitenden Klassen jener unterdrückten Nation, zu dem der Ententeimperialismus und die Bourgeoisie der betreffenden Nation ihre Bemühungen vereinen, kann die Palästinaaffäre der Zionisten bezeichnet werden (wie der Zionismus überhaupt unter dem Deckmantel der Schaffung eines Judenstaates in Palästina tatsächlich die arabische Arbeiterbevölkerung Palästinas, wo die werktätigen Juden nur eine kleine Minderheit bilden, der Ausbeutung Englands preisgibt).“<sup>67</sup>

Diese Einschätzung sollte die sowjetische Haltung bis in die Mitte der 1930er Jahre prägen. Die jüdischen Siedler wurden als Instrument des britischen Imperialismus angesehen, insbesondere angesichts der Balfour-Erklärung der britischen Regierung, die auch in den vom Völkerbund verabschiedeten Mandatstext aufgenommen wurde, welcher die faktisch schon etablierte britische Kontrolle in Palästina nun auch theoretisch bestätigte und in Kraft setzte.

„Das zionistische Palästina soll den Engländern als Schutzwehr des Suezkanals und als Söldner Groß-Britanniens gegen Ägypten und die Araber dienen. [...] Um eine Bresche zwischen Ägypten und die jenseits des Kanals wohnenden Araber zu schlagen, hat sich der englische Imperialismus mit dem Plane der Aufrichtung des ‚hebräischen Vaterlandes‘ in Palästina beschäftigt.“<sup>68</sup>

Noch 1931 hieß es in einer Schrift der Palästinensischen Kommunistischen Partei: „Zionismus wurde zu einem organischen Teil des britischen Imperialismus“.<sup>69</sup> Dabei wurde spezi-

<sup>65</sup> Flores, Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten, S.242f. Diese Differenz zeigte sich auch z.B. auf dem von der UdSSR organisierten Bakuer Kongress für die Völker des Ostens 1920. Delegierte der Poalei Zion forderten eine gezielte jüdische Besiedlung Palästinas nach kommunistischen Prinzipien, während sich andere jüdische Gruppierungen unter dem Slogan „Hände weg von Palästina!“ vehement dagegen aussprachen, da dies ein Instrument des britischen Imperialismus sei und eine „Verletzung der Rechte der arabischen Arbeitermassen“ darstelle. Vgl. dazu: Riddell (Hg.), *To See the Dawn*, S. 284-290.

<sup>66</sup> Die beiden Mitglieder der ständigen Leitungskommission der Histadrut waren G. Dua, auch Admoni genannt, und Yascha Sikador. Vgl. hierzu Offenberg, *Kommunismus in Palästina*, S. 191.

<sup>67</sup> Dieser nachträgliche Einschub ging auf den Vorschlag von Esther Frumkina (1880-1943), der Vertreterin des Bund, zurück. Vgl. Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, angenommen auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale am 28. 7. 1920, in: *Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale*, S. 175. Zur Diskussion siehe: 5. Sitzung des Kongresses, 28. 7. 1920, in: *Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*, S. 196-198, 209-215, 231. Zur Analyse auch: Offenberg, *Kommunismus in Palästina*, S. 90-120.

<sup>68</sup> Kapeljusch, „Der englische Imperialismus in Palästina“, in: *Inprekorr*, II, Nr. 150, 1. 8. 1922, S. 959; Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten*, S. 220.

<sup>69</sup> „The Struggle against Zionism“, Thesen des ZK der PKP, veröffentlicht 1931, in: Ismael, *The Communist Movement in the Arab World*, S. 158.

fiziert, dass es sich in Palästina um die „Immigration von Kadern, die speziell trainiert [...] und speziell vorbereitet wurden, um das Land in Besitz zu nehmen und einen ‚Jüdischen Staat‘ zu schaffen“, handele, und nur ca. fünf Prozent der jüdischen Immigranten Arbeiter seien.<sup>70</sup> Das Hauptziel war daher die Agitation in der arabischen Mehrheitsbevölkerung. Diese würde als revolutionäres Element im Kampf gegen den Imperialismus die britische Vorherrschaft in der Region abschütteln.

Nachdem die MPS im Mai 1921 nach Zusammenstößen mit Maidemonstrationen gemäßigter jüdischer Gruppierungen verboten worden war und viele ihrer Mitglieder festgenommen und deportiert wurden, entstand eine Reihe kleinerer kommunistischer Gruppierungen. Die beiden größten waren die Palästinensische Kommunistische Partei (PKP) und die Kommunistische Partei Palästinas (KPP). Die PKP blieb ihrer Wurzel, der Poalei Zion, verhaftet, während die KPP die Kominternlinie verfolgte und sich vom Zionismus abwandte. Nachdem die Komintern 1922 dem Weltverband der Poalei Zion endgültig den Beitritt versagt hatte, beeinflusste dies auch die Situation in Palästina. Am 9. Juli 1923 fand nicht zuletzt auf Drängen der Komintern die Wiedervereinigung beider Parteien als Palästinensische Kommunistische Partei (PKP)<sup>71</sup> statt, diesmal unter klar antizionistischen Vorzeichen. Im März 1924 wurde schließlich dem Antrag auf Aufnahme in die Komintern stattgegeben. Die Direktiven der Komintern betrafen hauptsächlich zwei Aspekte: den Kampf gegen den Zionismus als Instrument der Briten zur Einflussnahme im Nahen Osten und die Intensivierung der Arbeit in der arabischen Gesellschaft.<sup>72</sup> Allerdings blieben die Bemühungen in Bezug auf die arabischen Arbeiter und den Aufbau arabischer Gewerkschaften sehr begrenzt, da die zumeist aus Osteuropa stammenden jüdischen Mitglieder der Partei wenig Einfluss gewinnen konnten und auch die sprachlichen Fähigkeiten und kulturellen Kenntnisse nicht mitbrachten. Politisch aber wurden z. B. der Bodenankauf der Zionisten und die damit einhergehende Vertreibung arabischer Bauern und Beduinen scharf verurteilt.<sup>73</sup> Als Resultat aus der Distanzierung vom Zionismus gerieten die Kommunisten zudem in eine Randposition in der jüdischen Bevölkerung. Einen Monat nach der Aufnahme in die Komintern wurde die PKP mit ihrer Arbeiterfraktion aus der Histadrut ausgeschlossen, was die Verbindung zur jüdischen Arbeiterschaft sehr erschwerte.<sup>74</sup> Zudem nutzte die englische Mandatsverwaltung immer wieder Unruhen als Ausgangspunkt zu Festnahmen von Kommunisten.

<sup>70</sup> Ebenda, S. 157.

<sup>71</sup> Auf Jiddisch hieß die wiedervereinigte Partei „Palästinener Kommunistische Partei (PKP)“. Mitbegründer der Partei war Wolf Auerbach (1883–1941), der auch unter den Namen Haidar, Abu Siam, Danieli, Adam Borisovič u. a. agierte. Er war von 1924 bis 1929 Generalsekretär des ZK der PKP, wurde dann Anfang der 1930er Jahre in die UdSSR zurückberufen und 1936 dort festgenommen. Weiter führend innerhalb der PKP war der ursprünglich aus Krakau stammende Joseph Michael Zsilnik Bersilai (1904–1978), alias Baal Davar und Haddad, später bekannt als Joseph Berger. Er immigrierte 1919 nach Palästina. Berger war zuständig für die Kominternkontakte und von 1929 bis 1932 Generalsekretär. 1932 reiste er zurück in die UdSSR, wo er 1935 verurteilt wurde. Nach seiner Freilassung 1956 kehrte er nach Israel zurück, wo er 1978 starb.

<sup>72</sup> Vgl. Budeiri, *The Palestine Communist Party*, S. 7; Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten*, S. 252ff.

<sup>73</sup> Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten*, S. 256f.; Ismael, *The Communist Movement in the Arab World*, S. 59.

<sup>74</sup> Die Histadrut nahm bis 1966 keine Araber auf. Eine Partei wie die PKP, die die Grundidee der Besiedlung Israels, den Zionismus, in Frage stellte und zudem die arabische Bevölkerung verteidigte, bedeutete eine direkte Gefährdung des zionistischen Projekts. Vgl. Offenber, *Kommunismus in Palästina*, S. 329ff.; Ismael, *The Communist Movement in the Arab World*, S. 59.

Diese Aspekte schwächten die PKP erheblich. In Ansätzen versuchte sie, die Isolation über die Kooperation mit der arabischen nationalen Bewegung zu durchbrechen. Dies entsprach auch den Kominternvorgaben für ein revolutionäres Bündnis mit den nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien, welche Anfang der 1920er Jahre herausgearbeitet worden waren infolge der Einsicht, dass die Revolution nicht direkt bevorstand, sondern erst nach längerer Vorbereitung erfolgen würde.<sup>75</sup> 1928 forcierte Stalin in dieser Hinsicht allerdings eine konsequente Abkehr. Auf dem sechsten Kongress der Komintern im Juli wurde die Direktive zum reinen Klassenkampf gegeben, was die weitgehend jüdische KP in Palästina aus zwei Gründen wieder von der arabischen Bevölkerung isolieren musste. Zum einen existierte in der arabischen Gesellschaft kaum eine bemerkenswerte Arbeiterklasse, die für den kommunistischen Kampf gewonnen werden konnte. Zum anderen war das „revolutionäre“ und „antiimperiale“ Aufbegehren der Araber in erster Linie von nationalen Aspekten geprägt. Die nationalen Differenzen aber, die sich in Palästina zunehmend verschärften, wurden deutlich unterschätzt. Die sowjetischen Vorgaben waren geprägt von den Erfahrungen der Kommunisten in China und die Kominternrichtlinien wurden nicht an die verschiedenen Verhältnisse in den Ländern angepasst.<sup>76</sup>

Die PKP, unter dem Generalsekretär Wolf Auerbach, vertrat in der Folge eine länderübergreifende Kooperation der kommunistischen Parteien im Nahen Osten, das bedeutete der kommunistischen Parteien Palästinas, Syriens, Ägyptens und des Iraks. In einer gemeinsamen Resolution mit der Kommunistischen Partei Syriens hieß es, dass die künstliche, von den Imperialisten vorgenommene Teilung der arabischen Welt nur der Unterdrückung diene und die Araber stattdessen eine all-arabische Zusammenarbeit anstreben sollten, die mit den Gemeinsamkeiten der Länder begründet wurde: der gleichen Sprache, den gleichen historischen Voraussetzungen und einem gemeinsamen Feind. Mit vereinten Kräften sollten sie den Imperialismus bekämpfen:

„Ein Kampf für die Befreiung der arabischen Völker und ihre freie und freiwillige Union. [...] Eine Situation wie der isolierte Ausbruch einer revolutionären antiimperialistischen Bewegung in Ägypten, Palästina oder in irgendeinem anderen arabischen Land ohne die Unterstützung durch die anderen arabischen Länder sollte nicht erlaubt sein. Die kommunistischen Parteien sind dazu aufgerufen, im Kampf um die nationale Befreiung und für eine antiimperialistische Revolution in einem alle Araber umfassenden Maßstab als Organisatoren aufzutreten.“<sup>77</sup>

Diese Haltung entsprach auch den Vorstellungen der Komintern, die neben der „Arabisierung der Partei“ ebenso die „Bildung einer Föderation kommunistischer Parteien der arabischen Länder“ befürwortete.<sup>78</sup> Trotz der grundsätzlichen Verurteilung panarabischer Bestrebungen als nationales Phänomen wurde der Panarabismus, was oft von der Forschung übersehen wird, zwischenzeitlich doch auch als Instrument für regionale Aktivitätä-

<sup>75</sup> Flores, Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten, S. 257.

<sup>76</sup> Budeiri, The Palestine Communist Party, S. 69f.

<sup>77</sup> Die Resolution „Die Aufgaben der Kommunisten in der All-Arabischen Nationalbewegung“ wurde 1931 auf der Konferenz der palästinensischen und syrischen kommunistischen Parteien verabschiedet. Vgl.: The Tasks of the Communists in the All-Arab National Movement, in: Ismael, The Communist Movement in the Arab World, S. 134, 139f.

<sup>78</sup> Resolution des Politsekretariats des EKKI zur Aufstandsbewegung in Arabistan, 16. 10. 1929, in: Inprekorr, Jhg. 10, Nr. 11, 31. 1. 1930, S. 260. Die Forderung taucht 1930 in weiteren Artikeln auf, sogar mit der Losung „Es lebe die föderative Vereinigung der arabischen Länder!“, wie sie im „Aufruf der Liga gegen den Imperialismus“ formuliert wurde: Inprekorr, Jhg. 10, Nr. 93, 7. 11. 1930, S. 2264. Siehe auch „Fortschritte des Kommunismus in den arabischen Ländern“, in: Inprekorr, Jhg. 10, Nr. 87, 17. 10. 1930, S. 2129.

ten erkannt und genutzt – gerade Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre, als in der Entwicklung der arabischen Länder revolutionäres Potential vermutet wurde, das über die panislamische Verbindung auch als Initialzündung für ganz Asien fungieren konnte.<sup>79</sup>

„Das durch den Aufschwung der Kolonialrevolution schwer getroffene imperialistische Gewalt- und Unterdrückungssystem, das durch die Regierung MacDonald vertreten wird, macht verzweifelte Anstrengungen, um den Ausbruch eines neuen Aufstandes in den arabischen Ländern, der eine kolossale Verstärkung des antibritischen Freiheitskampfes und auch einen Stimmungsumschwung unter den Mohammedanern in Indien bedeuten würde, zu verhindern.“<sup>80</sup>

Interessant war dabei der auch früher schon geäußerte Anspruch der PKP, eine regionale Führungsrolle einzunehmen. Dieser ist insbesondere angesichts der geringen Mitgliederzahlen bemerkenswert, da die PKP bis Mitte der 1920er Jahre nicht mehr als höchstens 100 Mitglieder hatte.<sup>81</sup> Die PKP hatte 1924 nach Vorgaben der Komintern aktiv die Bildung einer kommunistischen Partei für Libanon und Syrien unterstützt und sah sich somit als Mutterpartei. Auf dem siebten Plenum des EKKI Ende 1926, auf dem erstmals gesondert konkret arabische Probleme diskutiert wurden, stellte die Komintern fest, dass dieser Führungsanspruch der PKP nicht haltbar sei. Gleichzeitig aber wurde die Verantwortlichkeit für den erneuten Aufbau der 1925 wieder zerschlagenen syrisch-libanesischen Partei bestätigt.<sup>82</sup> Nun vertrat die PKP diesen Anspruch nach 1925 ebenfalls gegenüber der geschwächten Kommunistischen Partei Ägyptens (KPÄ). Die organisatorische Stärke der PKP, die seither dementsprechend die aktivste in der ganzen Region war, zeigte sich von Nutzen für die Komintern, auch wenn die Grundstruktur einer weitgehend jüdisch dominierten Partei weiter kritisiert wurde.<sup>83</sup> Wiederholt wurde die Notwendigkeit betont, mehr Anhänger unter den Arabern zu gewinnen. Auch gegenüber der KPÄ wurde der Führungsanspruch der PKP von der Komintern zwar zurückgewiesen, doch die gleichzeitige Direktive zur engen Kooperation mit der PKP deutete auch hier an, dass der PKP eine sehr hohe Bedeutung für die Agitation im gesamten Nahen Osten beigemessen wurde.<sup>84</sup>

Ab 1930 änderte sich die Politik der Kommunistischen Partei in Palästina. Dies ergab sich zum einen aus der nach wie vor gegebenen Schwäche und Isolierung von der arabischen Mehrheit und andererseits ganz konkret als Reaktion auf neue Direktiven des EKKI.

<sup>79</sup> Vgl. Troyanovsky, *Vostok i revolucija*, S. 42f. Siehe auch die Ausführungen bei Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten*, S. 220–126; Ismael, *The Communist Movement in the Arab World*, S. 43f.

<sup>80</sup> „Bluttaten und Betrugsmanöver der MacDonald-Regierung in Palästina“, von J. B., in: *Inprekorr*, Jhg. 10., Nr. 53, 24. 6. 1930, S. 1168.

<sup>81</sup> Vgl. Kosač, *Političeskaja istorija. Pervye kommunisty Egipta*, S. 62f.; Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 52.

<sup>82</sup> Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten*, S. 253; Offenberg, *Kommunismus in Palästina*, S. 308ff.; Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 82–88.

<sup>83</sup> Resolution des Politsekretariats des EKKI zur Aufstandsbewegung in Arabistan, 16. 10. 1929, in: *Inprekorr*, Jhg. 10, Nr. 11, 31. 1. 1930, S. 259; zur Selbstkritik der PKP vergleiche auch: *Die KP Palästinas und die arabischen Massen*, in: *Inprekorr*, Jhg. 10, Nr. 29, 28. 3. 1930, S. 716.

<sup>84</sup> „Die Lehren des Aufstandes haben mit voller Klarheit die Notwendigkeit der engsten Verbindung zwischen den kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder Arabistans und Ägyptens gezeigt. Die zweckmäßigste Form dieser Verbindung wird die Bildung einer Föderation kommunistischer Parteien der arabischen Länder sein.“ „Die Rolle der jüdischen Genossen“ wäre dabei zwar nicht „als Führer der arabischen Bewegung“, aber durchaus als „Hilfskräfte“ zu verstehen. Siehe Resolution des Politsekretariats des EKKI zur Aufstandsbewegung in Arabistan, 16. 10. 1929, in: *Inprekorr*, Jhg. 10, Nr. 11, 31. 1. 1930, S. 260. Weiter hierzu: Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten*, S. 225; Offenberg, *Kommunismus in Palästina*, S. 303–311; Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 80f.; Ismael, *The Communist Movement in the Arab World*, S. 59.

Mehrfach hatte die Komintern seit Aufnahme der PKP verstärkte Aktivitäten in der arabischen Mehrheitsbevölkerung gefordert. Aufgrund der geringen Ergebnisse machte das EKKI nun konkrete Vorgaben. Alarmiert durch die arabischen Unruhen im August 1929,<sup>85</sup> die gezeigt hätten, dass die PKP „keine Verbindung mit den arabischen Massen überhaupt hat“, forderte das EKKI in der im Oktober 1929 verabschiedeten „Resolution des Politsekretariats des EKKI zur Aufstandsbewegung in Arabistan“ sofortige Maßnahmen zur schnellen Arabisierung.

„Die Partei hat mit ihren Kräften und Mitteln in der Vergangenheit falsch gewirtschaftet und sich bei ihrer Arbeit in erster Linie auf die jüdischen Arbeiter konzentriert, anstatt das Maximum ihrer Kräfte und Mittel auf die Arbeit unter den arabischen Arbeiter- und Bauernmassen zu konzentrieren.“<sup>86</sup>

Der arabische Aufstand wurde dabei als revolutionäre antiimperiale Aufstandsbewegung interpretiert und begrüßt.<sup>87</sup>

Die ersten wenigen arabischen Rekruten waren in den Jahren 1925–1930 zur Ausbildung an die KUTV nach Moskau gesandt worden. Fortan, so legte die Komintern in einem offenen Brief vom 26. Oktober 1930 an die PKP fest, sollte das ZK der Partei mehrheitlich mit Arabern besetzt sein. Die personelle Zusammensetzung von drei Arabern und zwei Juden wurde von der Komintern vorgegeben.<sup>88</sup> Allerdings war diese Zusammensetzung nur von kurzer Dauer, da zwei der arabischen Mitglieder des ZK der PKP bereits drei Monate später, im Februar 1931, festgenommen wurden. Erst ab 1934 hatte die Partei mit dem aus Moskau zurückgekehrten Ridwān al-Hilū<sup>89</sup>, der als Musa bekannt war, durchgängig bis zur Spaltung einen arabischen Generalsekretär. Forciert wurde die Arabisierung der Partei außerdem durch die Rückberufung der jüdischen Führung der PKP nach Moskau.<sup>90</sup> Infolgedessen gelang es der PKP weitaus mehr in die arabische Bevölkerung auszugreifen, auch erleichterte dies ein erneuter Richtungswechsel, der im Kreml vorgenommen wurde. Angesichts der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland propagierte Moskau vermehrt die Bildung einer vereinten Front, was auf dem siebten Kongress der Komintern im Juli 1935 bekräftigt wurde. Im Sinne einer Volksfront war auch die vorübergehende Kooperation mit nationalistischen Befreiungsbewegungen für die Bekämpfung des Imperialismus wieder dienlich.<sup>91</sup> So hatte die PKP die Möglichkeit, auf einer breiteren Basis zu

<sup>85</sup> Im August 1929 wurden jüdische Siedler in mehreren Städten wie Jerusalem, Hebron und Safed von Arabern angegriffen. Es gab Dutzende Tote. Hintergrund war die starke Einwanderungswelle jüdischer Immigranten in den 1920er Jahren.

<sup>86</sup> Resolution des Politsekretariats des EKKI zur Aufstandsbewegung in Arabistan, 16. 10. 1929, in: Inprekorr, Jhg. 10, Nr. 11, 31. 1. 1930, S. 259.

<sup>87</sup> Ebenda, S. 258–261. Zur Rezeption des Aufstands von Seiten der PKP siehe „MacDonalds Palästina-Bericht“, von J. B., in: Inprekorr, Jhg. 10, Nr. 33, 11. 4. 1930, S. 753f.; „Der Zionismus ist bankrott“, von J. B., in: Inprekorr, Jhg. 10, Nr. 73, S. 1819. Siehe auch die Darstellung der Entwicklung bei Budeiri, *The Palestine Communist Party*, S. 10f., 19, 22, 33, 41.

<sup>88</sup> Dazu gehörten Mahmūd Muğrabi, Nağāti Sidki, ein arabischer Drucker und die beiden Juden Joseph Berger und M. Kuperman. Vgl. Budeiri, *The Palestine Communist Party*, S. 41f.; Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten*, S. 270.

<sup>89</sup> Ridwān al-Hilū, genannt Musa (1910–1975), ein palästinensischer Kommunist, hielt sich 1930–1933 in Moskau auf. Nach seiner Rückkehr war er 1934–1943 Generalsekretär der PKP.

<sup>90</sup> Wolf Auerbach wurde unter dem Vorwurf, die Arabisierung zu behindern, nach Moskau geholt und dort 1936 verurteilt. Auch Joseph Berger wurde nach Moskau zurückbeordert, wo er 1935 in Lagerhaft kam.

<sup>91</sup> Budeiri, *The Palestine Communist Party*, S. 79ff.; Ismael, *The Communist Movement in the Arab World*, S. 17.

agieren, gleichzeitig verstärkten sich aber innerhalb der Partei die Sympathien für den jeweiligen Kampf um nationale Befreiung.

Die Mehrheit der Parteimitglieder bildeten noch bis 1943 nach wie vor Juden. 1930 zum Beispiel gab es nur 26 aktive arabische Kommunisten.<sup>92</sup> Auch konnten die Unterschiede nicht ganz überdeckt werden. Die Divergenzen entlang nationaler Linien innerhalb der PKP traten insbesondere seit dem arabischen Aufstand von 1936–1939 wieder stark hervor und führten zu ersten Spaltungen in eine jüdische und eine arabische Gruppe 1937–1939 und 1940–1942.<sup>93</sup> Der Konflikt drehte sich um die Frage nach der Beurteilung des arabischen Aufstandes sowie die Einschätzung des britischen Weißbuches. Nach einer kurzen Wiedervereinigung 1942 manifestierten sich diese Differenzen dann in einer erneuten Spaltung im Mai 1943 in eine arabische und zwei jüdische Gruppen, während sich die beiden jüdischen Parteien allerdings ein Jahr später wieder zusammenschlossen.<sup>94</sup> Die jüdischen Kommunisten mit Shmuel Mikunis<sup>95</sup> in der Führungsspitze behielten den Parteinaamen PKP bei und beantragten die Wiederaufnahme in die Histadrut, die 1946 erfolgte. Die arabischen Mitglieder gründeten erstmals eine rein arabische Organisation, die Usbat al-Taharrur al-Watani (UTW)<sup>96</sup>. Beide Parteien konnten während des Krieges relativ ohne Probleme arbeiten und erzielten einige Popularitätserfolge in der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Die Usbat al-Taharrur al-Watani agierte in der arabischen Mehrheitsbevölkerung und gab seit Mai 1944 eine eigene arabischsprachige Zeitung „Al-Itihād“<sup>97</sup> heraus. Sie sprach sich grundsätzlich für die Gründung eines arabisch-jüdischen Einheitsstaates aus.<sup>98</sup>

Hatte die Moskauer Politik zunächst immer den Kampf in der arabischen Mehrheitsbevölkerung gefordert und dessen Bedeutung für die revolutionäre Entwicklung in Palästina betont, während die jüdischen Siedler als Instrument des britischen Imperialismus verurteilt wurden, so gab es ab Mitte der 1930er Jahre erste Anzeichen dafür, dass der jüdischen Besiedlung mehr Wert beigemessen wurde. Im Juni 1935 wurde die Rede des Generalsekretärs der PKP, Ridwān al-Hilū, auf dem Kominternkongress in Moskau vom Präsidium kritisch wahrgenommen und musste von einem zweiten Sprecher der Partei korrigiert

<sup>92</sup> Budeiri, *The Palestine Communist Party*, S. 26.

<sup>93</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, ll. 5f., 2. 3. 1949, zehnteiliger Geheimbericht des sowjetischen Gesandten in Kairo, P. Eršov, an Außenminister V. M. Molotov: Über die Kommunistische Partei in Israel. Diesem Dokument nach hieß eine Gruppe Kol Ha'am [Stimme des Volkes], mit den Mitgliedern: Musa (Ridwān al-Hilū – ZK-Sekretär), Slonim, Zabari, Helbard, Habanskij, Emile Habibi, Shmuel Mikunis (Poalei Zion Linke). In der Tat hieß eine seit 1937 herausgegebene hebräischsprachige Zeitschrift der israelischen Kommunistischen Partei Kol Ha'am. Die jüdische Gruppe hieß Emet [Das Recht] mit Ettinger, Parj, Preschel. Eine weitere kleine Gruppe Nizoz [Der Funken] bildete sich um Preminger.

<sup>94</sup> Die zwei jüdischen Parteien waren die Gruppe um Shmuel Mikunis und die Gruppe um Vilner und Vilenska. Einige jüdische Mitglieder, die die Haltung des Generalsekretärs Musa unterstützt hatten, gründeten die Gruppe Hebräische Kommunisten. Musa selbst gab nach der Spaltung auf. Vgl. Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten*, S. 286f.

<sup>95</sup> Shmuel Mikunis (1903–1982) wurde im Gebiet der heutigen Ukraine im Russischen Reich geboren. Er immigrierte 1921 nach Palästina und arbeitete dort nach einer Ausbildung in Frankreich als Ingenieur. 1939 wurde er ins ZK der PKP aufgenommen. In der Kommunistischen Partei Israels, MAKI, war er bis 1974 Sekretär und hatte als Vertreter der PKP fast ständig einen Sitz in der Knesset.

<sup>96</sup> Arab. für „Liga Nationaler Befreiung“. Mitglieder waren z. B. Tawfiq Tūbi, Fuad Nāsir, Emile Habibi, Emile Tuma, Bulus Farah, Amin, Musa Dajani.

<sup>97</sup> Arab. für „Einheit, Union“. Die Zeitschrift wurde von Emile Tuma herausgegeben und war das erfolgreiche Presseorgan der UTW wie auch der arabischen Arbeiterbewegung.

<sup>98</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, ll. 7f., 2. 3. 1949, zehnteiliger Geheimbericht des sowjetischen Gesandten in Kairo, P. Eršov, an Außenminister V. M. Molotov: Über die Kommunistische Partei in Israel.

werden. Al-Hilū hatte in seinen Ausführungen gegen den Zionismus keine klare Differenzierung zwischen Juden und Zionisten vorgenommen. Der zweite Sprecher betonte darauf den gemeinsamen Kampf von Juden und Arabern in Palästina gegen Zionismus und Imperialismus.<sup>99</sup>

Ein Jahr später, im Juni 1936, wurde in der „Rundschau“<sup>100</sup>, dem in Basel herausgegebenen Presseorgan der Komintern, ein Artikel veröffentlicht, in dem die jüdischen Siedler und ihre „wertvolle Pionierarbeit“ und ihr „prächtiger Idealismus“ ausdrücklich hervorgehoben wurden.<sup>101</sup> Ein Grund für diese Ansätze einer Neubewertung dürfte die hohe Einwanderung von Juden aus Mitteleuropa nach dem Machtantritt Adolf Hitlers gewesen sein. In den Jahren 1932 bis 1936 wanderten an die 174 000 Juden ein, so dass die jüdische Bevölkerung in Palästina Ende 1936 mit ungefähr 29 Prozent mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachte.<sup>102</sup> Die organisatorischen Strukturen und die ländlichen wie städtischen Entwicklungen entsprachen den europäischen Erfahrungen der Einwanderer.

Auch war die arabische Gewerkschaftsbewegung um vieles schwächer aufgestellt als die jüdische Gewerkschaftsbewegung mit ca. 140 000 Mitgliedern im Jahre 1944. Die Dachorganisation Histadrut zeichnete sich darüber hinaus vor allem durch ihren weitläufigen Einfluss aus, der sich nicht zuletzt aus ihrer finanziellen Stärke ergab. Ein Mitglied der Gewerkschaft, Aharon Cohen, drückte dies bei einer Zusammenkunft mit sowjetischen Vertretern so aus: „Die Gewerkschaften haben gewaltige Mittel, es genügt zu sagen, dass allein das Budget der Krankenkassen der Gewerkschaften größer ist als der Staatshaushalt Palästinas.“<sup>103</sup> Sie führten eigene Einrichtungen wie Schulen, Klubs, Sportanlagen und Theater. Die arabischen Gewerkschaften dagegen zählten nur ca. je 6000–7000 Mitglieder in den Städten Jaffa, Haifa und Jerusalem und waren weit weniger strukturiert organisiert.<sup>104</sup>

### Die Rolle der Kommunisten in Ägypten

In der Folge des nationalen Aufbegehrens in Ägypten seit 1919 und der daraus resultierenden Herausbildung staatlicher Institutionen und Parteien entstand nach dem Ersten Weltkrieg im Januar 1923 auch die Kommunistische Partei Ägyptens (KPÄ) in den ausländischen Kreisen in Alexandria. Sie wurde von Mitgliedern der bereits zwei Jahre zuvor etablierten Sozialistischen Partei Ägyptens (SPÄ) begründet und erhielt die Zulassung von der Kommunistischen Internationale. Generalsekretär wurde der Ägypter Mahmūd Husnī

<sup>99</sup> „Speech of Radwan al-Hilū“, in: Inprekorr Nr. 34, 1935, S. 884. Vgl. auch Budeiri, *The Palestine Communist Party*, S. 81f.

<sup>100</sup> Die „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“ wurde ab 1933 als Nachfolgezeitschrift des „Inprekorr“ [Internationale Presse-Korrespondenz], des offiziellen Presseorgans der Komintern, in Basel herausgegeben.

<sup>101</sup> „Die jüdische nationale Heimstätte und die arabische Frage“, in: Rundschau V, Nr. 27, 11. 6. 1936, S. 1067f.

<sup>102</sup> Die Einwohnerzahl lag 1936 bei 1 366 692, davon waren 370 000–380 000 Juden. Vgl.: A Survey of Palestine, Bd. 1, S. 141, 185. Detaillierter zur demographischen Veränderung Palästinas siehe Abu-Lughod, *The Demographic Transformation of Palestine*, S. 139–163.

<sup>103</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 8, ll. 4f., Dezember 1944, über die Lage in Palästina, Bericht von Malyšev ans CK VKP (b) über seine Zusammenkunft mit Cohen, dem Vorsitzenden der Hashomer Hatzar in Teheran.

<sup>104</sup> Ebenda, l. 6.

al-'Arābī<sup>105</sup>, der 1922 bereits als Vertreter der SPÄ und der Allgemeinen Arbeiterföderation Ägyptens am vierten Komintern-Kongress in Moskau teilgenommen und dann aufgrund der Direktiven des EKKI die Umwandlung der SPÄ vorgenommen hatte.<sup>106</sup>

Der sozialistischen Bewegung in Ägypten wurde von der Komintern besondere Bedeutung beigemessen. Angesichts der fehlenden diplomatischen Beziehungen sollte die KP als Instrument für Agitation in Ägypten dienen. Das Exekutivkomitee der Komintern verfasste dazu die „Thesen zum Programm und zur Taktik der Kommunistischen Partei Ägyptens“<sup>107</sup>. Hierin wurde der ideologischen Arbeit in Ägypten eine entscheidende Rolle eingeräumt für die Beeinflussung nicht nur der arabischen Welt, sondern des gesamten Nahen Ostens einschließlich Nordafrikas. Ein kommunistisches Ägypten würde außerdem das britische Imperium spalten und damit zu dessen Zerfall führen. Ähnlich wie es Cohn in seiner Analyse formulierte, schrieb K. M. Trojanovskij, Mitarbeiter des Orientreferates des EKKI in den Thesen: „Um das Hirn von den Wirbeln des Imperiums abzutrennen, ist es nötig den ‚Nackennerv‘ durchzutrennen, den Ägypten für den britischen Imperialismus darstellt.“<sup>108</sup>

Die Mitgliedschaft der KPÄ war sehr heterogen. Viele der ersten Sozialisten kamen aus den ausländischen Kreisen<sup>109</sup> in Alexandria und Kairo; es handelte sich in erster Linie um Intellektuelle und zunächst nur um wenige Arbeiter. Die Isolation der ausländischen Gruppen voneinander hatte anfänglich eine weitere Ausbreitung in der ägyptischen Gesellschaft verhindert.<sup>110</sup> Doch den Sozialisten war es gelungen, wesentlichen Einfluss auf die Bildung ägyptischer Arbeiterverbände zu nehmen, die 1922 entstanden. Sie hatten in der sich herausbildenden Arbeiterschaft mit Hilfe einer Gruppe ägyptischer Intellektueller<sup>111</sup> um den späteren Generalsekretär Mahmūd Husnī al-'Arābī besondere Anstrengungen unternommen und konnten in den leitenden Gremien der Allgemeinen Arbeiterfö-

<sup>105</sup> Husnī al-'Arābī (1894-unbekannt) war Journalist und engagierte sich in der sozialistischen Bewegung in Ägypten und für die Arbeiterinteressen. 1923 übernahm er den Vorsitz der Kommunistischen Partei und bestimmte die weitere Entwicklung entscheidend mit. Infolge der Streiks 1924 in Alexandria festgenommen, übernahm al-'Arābī 1927 nach seiner Freilassung erneut den Vorsitz. Anfang der 1930er Jahre trat er als Reaktion auf Spionagevorwürfe aus der Partei aus.

<sup>106</sup> Auf dem vierten Kominternkongress hatte al-'Arābī eine Liste mit Forderungen bekommen, die für einen Kominternbeitritt der Partei Voraussetzung waren. Dazu gehörte die Umbenennung in KPÄ wie auch der Parteiausschluss einiger unerwünschter Mitglieder wie Joseph Rosenthal, einem der bis dahin wichtigsten Akteure, dem aber „links-abweichlerische“ Tendenzen vorgeworfen wurden und der Gegner eines Kominternbeitritts war. Zur Entstehungsgeschichte der Partei vgl. Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 25–32.

<sup>107</sup> Verfasst wurden die Thesen von K. M. Trojanovskij, sowjetischer Orientalist und Mitarbeiter des Orientreferates des ZK der Komintern.

<sup>108</sup> RGASPI, f. 495, op. 85, ed. Xr. 10, l. 35–48, zitiert nach Kosač, *Političeskaja istorija. Pervye kommunisty Egipta*, S. 63.

<sup>109</sup> Gemäß einem Zensus von 1927 lebten in Ägypten 69000 Griechen, 42000 Italiener und 19000 Franzosen, schätzungsweise außerdem ca. 8000 Armenier und 1800 Weißrussen. Vgl. El-Sa'id/Ismael, *The Communist Movement in Egypt*, S. 14.

<sup>110</sup> Heikal, *Sphinx und Kommissar*, S. 44. Es bildeten sich Gruppen der Juden, Armenier, Italiener und Griechen, die Kontakte zu den kommunistischen Parteien in ihren Ländern hatten. In Ägypten hatten sie als Ausländer Privilegien vor Gericht und waren vor Hausdurchsuchungen geschützt, was ihre Arbeit erleichterte. Aber dafür konnten sie keine Wirkung in der ägyptischen Bevölkerung erzielen.

<sup>111</sup> Diese Gruppe ägyptischer Studenten und Intellektueller begründete die Ägyptische Sozialistische Partei mit. Ihr gehörten bedeutende Intellektuelle wie Husnī al-'Arābī, 'Alī al-'Anani, Salama Musa und Muhammad 'Abdallah 'Anan an.

deration, welche mehr als zwanzig Arbeitervereinigungen umfasste, die überwiegende Zahl der Positionen besetzen. Letztlich fungierte die Anfang 1923 in Kommunistische Partei Ägyptens umbenannte Partei in der Folge als politischer Arm der Föderation der Arbeitervereinigungen und übte erheblichen Einfluss aus.<sup>112</sup> Auch konnte sie die eigene Basis erweitern. Anfang 1924 zählte die KPÄ bereits ca. 700 Mitglieder, so dass sie nach der Kommunistischen Partei Chinas die zweitgrößte kommunistische Partei im „Orient“ war.<sup>113</sup>

Zunächst unterstützte die KPÄ, den Anweisungen der Komintern nach dem vierten Kongress 1922 folgend, die nationale Bewegung und nahm ähnliche nationale Forderungen in ihr Parteiprogramm auf, wie sie vor allem von der Wafd-Partei vertreten wurden. Dazu gehörte auch die schon damals vorgebrachte zentrale Forderung nach Nationalisierung des Suezkanals. Stalin betonte, zu diesem Zeitpunkt noch Lenins These vertretend, dass der Kampf für das gleiche Ziel auch gemeinsam geführt werden müsse, ungeachtet anderer Differenzen.<sup>114</sup>

„Der Kampf der ägyptischen Kaufleute und bürgerlichen Intelligenz um die Unabhängigkeit Ägyptens ist [...] ein objektiv revolutionärer Kampf, trotz des bürgerlichen Ursprungs und des bürgerlichen Rangs der Anführer der ägyptischen nationalen Bewegung, trotz der Tatsache, dass sie gegen den Sozialismus sind.“<sup>115</sup>

Nach Regierungsantritt der nationalen Wafd-Partei, die am 24. Januar 1924 die erste Wahl im unabhängigen Ägypten gewonnen hatte, erwies sich diese Unterstützung jedoch als Fehlkonzeption. Im Februar/März 1924 gelang es den Kommunisten erstmals, eine breite Streikwelle in mehreren Fabriken in Alexandria zu organisieren, die teilweise auch auf Kairo übergriff. Mit der Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden wichtige Betriebe wie die ägyptische Ölfirma „Egoil“ und die alexandrinischen Textilfabriken besetzt. Doch wurden die Streiks von der Wafd-Partei brutal niedergeschlagen, was von Festnahmen und Verurteilungen zahlreicher Mitglieder der KPÄ und der von ihr organisierten Arbeiterföderation begleitet war.<sup>116</sup> Von diesen Ereignissen erholte sich die ägyptische kommunistische Bewegung nie ganz. Die Gewerkschaften wurden von der Wafd aufgelöst und durch parteinahe Organisationen ersetzt. Wiederholte staatliche Repressionen und Festnahmen auch in den folgenden Jahren erschwerten zusätzlich die harten Bedingungen der nun illegalen Parteiarbeit. Auch die Versuche, die KPÄ über externe Agenten der Komintern oder der Kommunistischen Partei Großbritanniens wieder aufzubauen, scheiterten. Constantine Weiss, alias Avigdor, wurde von der Komintern 1925 nach Ägypten geschickt, um die KPÄ neu zu formieren. Direkt unter Kominternkontrolle wurde eine kleine Zelle gebildet, die mit den Zeitschriften „Al-‘Alam al-Ahmar“ (Die Rote Flagge)

<sup>112</sup> Novejšaja istorija stran Azii i Afriki, S. 428; Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 60, 90.

<sup>113</sup> Im Vergleich hatte die Palästinensische Kommunistische Partei höchstens 100 Mitglieder, die Türkische Kommunistische Partei hatte 600. Vgl. Kosač, *Političeskaja istorija. Pervye kommunisty Egipta*, S. 62f. Ähnliche Angaben sind in weiteren sowjetischen Quellen zu finden, so ist für das Jahr 1922 in *Novejšaja istorija stran Azii i Afriki*, S. 428, von 650 Mitgliedern die Rede.

<sup>114</sup> Novejšaja istorija stran Azii i Afriki, S. 428; Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 60, 90.

<sup>115</sup> So Stalin, zitiert nach Vatolina, *Sovremennij Egipt*, S. 68. Ebenso sprechen Vatolina und Milogradov von einer revolutionären Bewegung in Ägypten in den Jahren 1918–1925. Vgl. hierzu Vatolina, *Araby v bor’be*, S. 136–140; Milogradov, *Arabskij vostok v meždunarodnyh otnošenijach*, S. 7.

<sup>116</sup> Ägypten schloss ein Abkommen mit Italien und Griechenland und deportierte die Kommunisten in ihre Länder. Vgl. Cooley, *The Shifting Sands of Arab Communism*, S. 23. Für eine sowjetische Darstellung dieser Ereignisse siehe: *Novejšaja istorija stran Azii i Afriki*, S. 428. Außerdem: Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 60–65; Botman, *The Rise of Egyptian Communism*, S. 4.

und „Al-Hisāb“ (Die Rechnung) Agitation betreiben sollte. Von Beginn an aber wurde die neue Gruppe vom britischen Geheimdienst unterlaufen und war ständigen Verhaftungen ausgesetzt.<sup>117</sup> 1927–1928 waren nicht zuletzt Mitglieder der Palästinensischen Kommunistischen Partei aktiv an der Unterstützung der KPÄ beteiligt. In einem Brief an die KPÄ erklärte das Exekutivkomitee der Komintern 1928 die enge Kooperation und gegenseitige Hilfeleistung der KPÄ mit der Palästinensischen KP für unbedingt wünschenswert, was den Prioritätswechsel der Komintern von der KPÄ hin zur PKP deutlich machte, da es indirekt den Führungsanspruch der PKP in der Region bestätigte. Nach 1928 wurde die KPÄ in Moskau nur noch durch die PKP vertreten, alle Artikel über Ägypten in der Kominternzeitschrift „Inprekorr“ wurden von PKP-Mitgliedern, meist von Joseph Berger, verfasst. 1935 fehlte die KPÄ in der Liste der kommunistischen Parteien in der Sowjetischen Enzyklopädie und galt nicht mehr als Mitglied der Dritten Internationale.<sup>118</sup>

Neben den extremen politischen Bedingungen zeigten sich aber weitere Faktoren ausschlaggebend für die weitgehende Ineffektivität der Kommunisten in Ägypten nach der Zerschlagung. Dazu gehörten unter anderem die Moskauer Vorgaben. Während die Komintern dem Kampf der Arbeiter nur soziale Kategorien zugrunde legte, hatten die nationalen Forderungen eine deutliche Priorität für die ägyptische Bevölkerung, weshalb es sich für die illegal agierenden Kommunisten als schwierig erwies, in Opposition zur nationalen Regierung Anhänger zu finden. In dieser Situation mussten die unterschiedlichen Direktiven Stalins eine besonders starke Wirkung auf die Kommunisten in Ägypten haben. Die sowjetische Vorgabe seit dem sechsten Kongress der Komintern 1928, die nationalen Bewegungen zu verurteilen, verlangte die vollkommene Distanzierung der Kommunisten von der Wafd-Partei, welche als Feind kommunistischer Ideale anzusehen und damit zu bekämpfen war. Zwar war dies eine logische Folgerung aus den Ereignissen von 1924, doch zu diesem Zeitpunkt katapultierte diese Haltung die KPÄ, die ohnehin schon weitgehend unbedeutend war, in eine politische Leere.<sup>119</sup> Die nationalen Bestrebungen, die nicht zuletzt auch bei vielen Kommunisten in Ägypten eine Rolle spielten, da Kommunismus meist als ein Instrument zur Verbesserung der Lage in Ägypten selbst verstanden wurde, ließ die Komintern indes außer Acht.<sup>120</sup> Zwar gewannen sozialistische Gedanken eine bestimmte Popularität innerhalb der Intellektuellenschicht, wie die Anfänge der Bewegung bewiesen, doch war der Wirkungsbereich ziemlich beschränkt.<sup>121</sup> In Ägypten – wie generell in überwiegend islamisch geprägten Ländern – herrschte eine allgemein skeptische Haltung gegenüber der Sowjetunion und dem Kommunismus vor.

Der ägyptische Journalist und Zeitzeuge Moḥammad Ḥassanīn Haīkal schreibt, dass die Vertreter der ägyptischen Kommunisten 1931 in Zusammenarbeit mit der Komintern den Versuch unternahmen, ein Programm für die Entwicklung in den arabischen Staaten zu erstellen. Danach sollte der erste Schritt die Unabhängigkeit, der zweite die soziale Revolution mit Nationalisierungen und Industrialisierung sein, und in der letzten Phase sollte die Macht ganz an die Kommunisten übergehen.<sup>122</sup> Die Annahme, dass Ägypten sich seit 1922 bereits in der zweiten Phase befinde, trug der Situation der kommunistischen Par-

<sup>117</sup> El-Sa'id/Ismael, *The Communist Movement in Egypt*, S. 14, 29ff.

<sup>118</sup> Botman, *The Rise of Egyptian Communism*, S. 4; Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 94–104.

<sup>119</sup> Dawisha, *Soviet Foreign Policy*, S. 4.

<sup>120</sup> Kosač, *Političeskaja istorija. Pervye kommunisty Egipta*, S. 76f.

<sup>121</sup> Laqueur, *The Appeal of Communism in the Middle East*, S. 20.

<sup>122</sup> Heikal, *Sphinx und Kommissar*, S. 48f.

teien allerdings kaum Rechnung, da sie in ihrem – noch dazu gespaltenen – Schattendasein überhaupt keinen Einfluss gewinnen konnten.

Es war die weltpolitische Lage, die Stalin ab Mitte der 1930er Jahre einlenken ließ: Die nationalen Bewegungen, in Ägypten vor allem die Wafd-Partei, wurden erneut als Verbündete angesehen und ihre Politik von den Kommunisten unterstützt. Der Klassenkampf, der seine schärfste Form in der Sozialfaschismusthese<sup>123</sup> gefunden hatte, wurde zugunsten einer breiten demokratischen Front aufgegeben. Der siebte Kongress der Komintern 1935 schrieb die neue Direktive zur Volksfrontpolitik offiziell fest. In Ägypten gab es zu diesem Zeitpunkt keine Partei mehr, die darauf hätte reagieren können.

Ein weiterer Aspekt waren die internen Differenzen, weshalb die ohnehin heterogene Gruppe infolge der Ereignisse von 1924 immer mehr zersplitterte. Zwar bildeten sich im Laufe der 1920er und 1930er Jahre etliche neue kleine Gruppierungen, doch blieben diese jeweils ethnisch organisiert, daher isoliert und eher an die KPs in ihren Ursprungsländern, vor allem in Griechenland und in Italien gebunden. Bei vielen handelte es sich um Lese- und Studierzirkel, nicht um aktive kommunistische Gruppen.<sup>124</sup>

Deutlich zeigt sich diese Schwäche auch an den Zahlen der ägyptischen Kommunisten, die an der KUTV in Moskau ausgebildet wurden. Dem russischen Historiker G. Kosač zufolge waren im Zeitraum von 1922 bis 1936 nur 21 Kommunisten aus Ägypten zum Studium in Moskau. Die Quote der Komintern für Ägypten betrug aber sechs Plätze pro Jahr, die somit nicht annähernd ausgenutzt wurde.<sup>125</sup>

Die aktive Arbeit in der Region fiel damit nach 1925 zunehmend der kleinen, aber aktiven Palästinensischen Kommunistischen Partei zu, die sich damit zum Mittelpunkt der kommunistischen Agitation im Nahen Osten entwickelte.

Erst Anfang der 1940er Jahre etablierten sich ausgehend von der jüdischen Minderheit wieder drei politische Gruppen mit kommunistischen Leitlinien in Ägypten. Eine Verbindung dieser Gruppen zur Komintern aber gab es nicht, so dass von einem direkten sowjetischen Einfluss nicht gesprochen werden kann.<sup>126</sup> Auch die Gruppen untereinander bildeten keine Einheit, was es für Moskau umso schwieriger machte, eine Basis für ihre Agitation zu erkennen.

---

<sup>123</sup> Die Sozialfaschismusthese besagte, dass die Sozialdemokraten die gefährlichsten Feinde der Kommunisten seien und eine Zusammenarbeit vermieden werden musste.

<sup>124</sup> Botman, *The Rise of Egyptian Communism*, S. 6–16.

<sup>125</sup> Nach 1933 kam überhaupt kein Ägypter mehr über die Quote der Komintern zum Studium nach Moskau. Vgl. Kosač, *Političeskaja istorija. Pervye kommunisty Egipta*, S. 66.

<sup>126</sup> In Ägypten lebten in den 1940er Jahren ca. 75 000–80 000 Juden unterschiedlicher Herkunft, die zumeist in den Städten wohnten. Vgl. Krämer, *The Jews in Modern Egypt*, S. 9f.

### III. Positionierung im Nahen Osten: Aktion oder Reaktion

*„Ägypten ist ein strategisch, politisch und wirtschaftlich wichtiges Gebiet sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft und die Etablierung diplomatischer Beziehungen wäre unzweifelhaft in unserem Interesse.“<sup>1</sup>*

(Brief Ivan Majskijs an V. Molotov, Juli 1943)

*„Von allen Völkern des Nahen Ostens tun und taten allein die Juden mit Demut und Leidenschaft alles, was in ihrer Macht steht, im gemeinsamen Kampf gegen die Achse – und das trotz aller Hindernisse, die eine engstirnige Kolonialverwaltung der vollen Mobilisierung von Arbeitskraft und Ressourcen in den Weg gelegt hat. Unter dem Gesichtspunkt, die Position der Alliierten im Nahen Osten zu sichern und die fortschrittlichen Elemente dort zu stärken, ist die Entwicklung eines starken jüdischen Palästinas von essentieller Bedeutung.“<sup>2</sup>*

(Brief Nahum Goldmanns, Mai 1943)

#### 1. Sowjetischer „Antiimperialismus“ und die Beziehungen zu Ägypten

##### 1.1. Etablierung diplomatischer Beziehungen der UdSSR mit Ägypten

Als die UdSSR von Deutschland angegriffen wurde und eine Kriegsbündnis mit Großbritannien und den USA einging, entwickelte sich in der UdSSR ein Bedürfnis nach breiter Kooperation. Der Verlauf des Zweiten Weltkrieges ließ zudem die Bedeutung des Mittelmeerraums für die UdSSR deutlich hervortreten. Der hohe Bedarf an Öl für die Kriegsindustrie, die enorme Bedeutung, welche dem Mittelmeerraum im Krieg zukam, und die strategische Notwendigkeit einer Flotte und von Nachschubbasen führten dazu, dass der Nahe Osten als wichtige Zone wieder verstärkt ins Blickfeld geriet.

Aufgrund der britischen Kontrolle im Nahen Osten hatte die UdSSR nur mit den unabhängigen Staaten Jemen und Saudi-Arabien offizielle Beziehungen gehabt.<sup>3</sup> Auch diese waren allerdings reduziert geblieben. Mit Jemen beschränkten sich die Beziehungen auf einen Freundschafts- und Handelsvertrag, mit Saudi-Arabien, welches von der Sowjetunion als Erstes anerkannt worden war, hielten die diplomatischen Beziehungen nur bis 1938. Als Bündnispartner Englands im Krieg ergab sich nun für die Sowjetunion in Bezug auf den Nahen Osten eine neue Situation, die Kontakte und eine Annäherung auf verschiedenen Gebieten ermöglichte. Es kam gleich nach dem Scheitern der Achsenmächte in Nord-

<sup>1</sup> Zitiert nach USSR/Russia – Egypt: 50 Years of Cooperation, S. 87.

<sup>2</sup> Brief N. Goldmanns an E. Beneš, 27.5.1943, Anlage: Memorandum über die Zionistischen Beziehungen mit Sowjetrußland, in: SIO, Bd. 1, S. 80.

<sup>3</sup> Mit Hejaz (ab 1932 Saudi-Arabien durch Vereinigung mit Nedschd u.a.) hatte die UdSSR bereits 1924 diplomatische Beziehungen aufgenommen und unterhielt seit 1930 dort eine Gesandtschaft. Mit Jemen wurde 1928 ein Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen. Vgl. Treaty of Friendship and Commerce with the Yemen, 1.11.1928, in: Degras (Hg.), Soviet Documents on Foreign Policy, Bd. 2, S. 340.

afrika zur offiziellen Etablierung der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen, welche somit zu diesem Zeitpunkt die ersten diplomatischen Kontakte zu einem arabischen Land im Nahen Osten darstellten.<sup>4</sup>

Am 28. Mai 1943 hatte Ägypten die Anerkennung der UdSSR bekannt gegeben und ein Interesse an der Etablierung diplomatischer und wirtschaftlicher Kontakte signalisiert. Vorausgegangen waren intensive Gespräche zwischen Ivan Majskij<sup>5</sup>, dem sowjetischen Botschafter in Großbritannien, und dem ägyptischen Botschafter in London, Hassan Našat. Mit zwei ersten kurzen Besuchen Majskijs in Ägypten am 6. Juli und am 26. August 1943 wurde nun die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verfolgt, die am 26. August mit dem Austausch auf Gesandtschaftsebene offiziell beschlossen wurde.<sup>6</sup> Im ersten Anschreiben des ägyptischen Außenministers, Mušafā an-Nahās, an Majskij vom 6. Juli 1943 wurde die gleiche Zielsetzung – der gemeinsame Kampf gegen Faschismus und für Demokratie – als Begründung genannt. Außerdem sei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern „gerechtfertigt durch ihre geographische Lage und ihre engen Beziehungen in der Vergangenheit“.<sup>7</sup> Besonders unterstrichen wurde von beiden Seiten die Souveränität Ägyptens, die Gleichberechtigung der beiden Vertragspartner und die Aufhebung sämtlicher zaristischer Verträge und Privilegien. Die erneute sowjetische Distanzierung von der zaristischen Politik deutete nicht zuletzt auf den Prestigecharakter, den der Vertrag für die UdSSR beinhaltete, hin. Majskij forderte in diesem Kontext in einem internen Schreiben an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Vjačeslav M. Molotov<sup>8</sup>, dazu auf, mit Blick auf die Bedeutung Ägyptens für die UdSSR, die antikonkoloniale Haltung der Sowjetunion erneut zu propagieren:

„Ich halte es für politisch nützlich für uns, die Welt der Ostvölker erneut an den Verzicht der Sowjetunion auf ungleiche Verträge zu erinnern – schließlich gehen unsere relevanten Erklärungen und Gesetze zurück auf die Zeit 1917–1921. Über 20 Jahre sind seither vergangen und eine neue Generation ist aufgewachsen, wohingegen das öffentliche Gedächtnis grundsätzlich kurz ist.“<sup>9</sup>

Im gleichen Brief zeigte sich aber auch, dass der Vertrag auf weiterführenden Interessen beruhte. Aufgrund der Befürchtung, dass an-Nahās, der Befürworter dieser Annäherung,

<sup>4</sup> Zu den Diskussionen um eine Kontaktaufnahme siehe Ginat, *British Concoction or Bilateral Decision?*, S. 39–60.

<sup>5</sup> Ivan Michajlovič Majskij, geb. Ljachoveckij (1884–1975), war sowjetischer Botschafter in Großbritannien von 1936 bis 1943 und ab Oktober 1943 stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, was er bis 1946 blieb. Damit war Majskij auch einer der Verantwortlichen für die Nachkriegsplanung der UdSSR. Nach 1946 war Majskij wissenschaftlich tätig.

<sup>6</sup> AVP RF, f. 87, op. 4, p. 6, d. 8, ll. 4–6, Briefwechsel zwischen M. al-Nahas und Ivan Majskij bezüglich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Vgl. auch das hierauf Bezug nehmende Memorandum Nikolaj Novikovs, des ersten Gesandten in Ägypten, das er für Ivan Majskij im Dezember 1943 verfasste, AVP RF, f. 017, op. 3, d. 1, ll. 1–10, in: *USSR/Russia – Egypt: 50 Years of Cooperation*, S. 85f.

<sup>7</sup> AVP RF, f. 87, op. 4, p. 6, d. 8, ll. 4–6, 6. 7. 1943, auch in: *Pis'mo ministra inostrannyh del Egipta M. Nachas-Paša poslu SSSR v Velikobritanii I. M. Majskomy*, 6. 7. 1943, in: *SSSR i Arabskie Strany*, S. 80f.

<sup>8</sup> Vjačeslav Michajlovič Skrjabin (1890–1986) nannte sich seit 1915 V. M. Molotov. Er war in den Jahren 1939–1949 und 1953–1956 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten bzw. Außenminister. Von 1926 bis 1952 war Molotov Mitglied des Politbüros und galt als zweiter Mann der UdSSR nach Stalin. Zur Zeit der Repressionen in den 1930er Jahren war Molotov engster Mitarbeiter Stalins, wurde aber selbst Opfer von Stalins Misstrauen kurz vor dessen Tod. Nach Stalins Tod wurde Molotov rehabilitiert und besetzte erneut für einige Jahre das Amt des Außenministers. Seine politische Rolle verlor Molotov endgültig 1957 im Zuge seiner Opposition zur Politik der friedlichen Koexistenz. Chruščev entließ ihn wegen der so genannten Anti-Partei-Affäre.

<sup>9</sup> Zitiert nach *USSR/Russia – Egypt: 50 Years of Cooperation*, S. 87.

keinen sicheren Stand in der ägyptischen Regierung hatte, da er in ständiger ärztlicher Behandlung stand und außerdem ein gespanntes Verhältnis zu König Fārūq hatte, drängte Majksij auf schnelles Handeln:

„[...] wir sollten in diesem Fall schnell vorgehen. [...] Ägypten ist ein strategisch, politisch und wirtschaftlich wichtiges Gebiet sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft, und die Etablierung diplomatischer Beziehungen wäre unzweifelhaft in unserem Interesse.“<sup>10</sup>

Für die UdSSR bedeutete die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Ägypten zunächst vor allem eine neue Positionierung in der Region. Bis zum Krieg hatte England politische Beziehungen zu Ägypten und anderen arabischen Staaten unterbunden. Nun folgte bereits ein Jahr später auch die Etablierung diplomatischer Beziehungen mit weiteren arabischen Staaten; im Juli 1944 wurde der Austausch von Vertretungen mit Syrien und Libanon, im August 1944 auch mit Irak vereinbart.<sup>11</sup>

Die ägyptisch-sowjetischen Kontakte intensivierten sich mit Aufnahme der Beziehungen. Es fand ein wachsender Informationsaustausch in den Bereichen Bildung, Kultur, Wirtschaft und Agrarforschung statt. Insbesondere Ägypten zeigte ein großes Interesse an vielfältigen Informationen zu Forschung, Lehrbüchern, Wirtschaftsbedingungen, Technik etc. aus der UdSSR.<sup>12</sup> Auch der Handel wurde wieder aufgenommen. Im Herbst 1944 bemühte sich Ägypten um sowjetische Weizenlieferungen. Die Sowjetunion reagierte mit einer Gegenanfrage nach ägyptischer Baumwolle.<sup>13</sup> Der Baumwollexport in die UdSSR taucht allerdings nicht in den Wirtschaftsdaten für Ägypten auf. Die ägyptischen Exporte in die UdSSR lagen bis einschließlich 1947 bei Null Prozent. Die ägyptischen Importe aus der UdSSR waren mit unter einem Prozent 1946 ebenfalls sehr gering; auch hier kam es erst 1948 zu einer wesentlichen Steigerung.<sup>14</sup>

## 1.2. Sowjetische Propaganda in Ägypten und Syrien

Sich der eigenen Versäumnisse der letzten Jahre bewusst werdend und die neue Situation nutzend, begann Moskau noch während des Krieges in der Region aktiv zu werden. In Syrien und Libanon war VOKS<sup>15</sup> als zentrales Organ der sowjetischen Kulturpolitik im Ausland schon ab 1941 präsent. Es bildeten sich in beiden Ländern im gleichen Jahr Gesellschaften für die Freundschaft mit der Sowjetunion, die auf gute Beziehungen zur

<sup>10</sup> Zitiert nach ebenda, S. 87.

<sup>11</sup> Obmen telegrammami ob ustanovlenii diplomatičeskich otnošenij, in: SSSR i Arabskie Strany, S. 82–86.

<sup>12</sup> AVP RF, f. 87, op. 4, p. 6, d. 1; ebenda, d. 2.

<sup>13</sup> Ebenda, d. 1, l. 1.

<sup>14</sup> RGAE, f. 413, op. 13, d. 675, ll. 79f., Export- und Importdaten für Ägypten nach Ländern. 1947 importierte Ägypten Waren im Wert von 1,5 Mio. ägyptischen Pfund, was 1,5% der Gesamtimporte entsprach und damit den Vorkriegswert erstmals überstieg: 1938 hatte Ägypten für 0,5 Mio. ägyptische Pfund Waren aus der UdSSR gekauft, was 1,3% der Importe entsprach.

<sup>15</sup> Vsesojuznoe obščestvo kul'turnoj svjazi s zagraničnej (VOKS) [Allsowjetische Gesellschaft für kulturelle Kontakte zum Ausland] wurde 1925 als Nachfolgeorganisation des Vereinigten Informationsbüros gegründet. Erste Vorsitzende war die Schwester von Trockij, Ol'ga Kameneva. 1929 wurde sie von F. N. Petrov abgelöst. Es folgten 1933–1937 A. Ja. Arosev, 1940–1948 V. S. Kemenov, 1948–1957 A. I. Denisov und 1957–1974 N. V. Popova. VOKS war in mehrere Sektionen unterteilt, wie z. B. die Sektionen für Recht, Wissenschaft, Technik, Musik, Literatur, Architektur, studentische Bewegungen oder das Erlernen fremder Sprachen in der UdSSR. Detaillierter zur Geschichte der Kulturbeziehungen und VOKS siehe: Kasack, Kulturelle Außenpolitik, S. 345–392; Pylaeva, Materialy k 60-letiju Sojuza sovetkich obščestv družby i kul'turnoj svjazi. Čast' I.

und ein positives Ansehen der UdSSR im Nahen Osten hinarbeiteten.<sup>16</sup> Ab August 1943 sendete Moskau auch Radioprogramme auf Arabisch in die Region. Ein besonderes Gewicht aber räumte die Sowjetunion der Presse im arabischen Raum ein. Das Sovinformbüro (SIB) belieferte seit 1942 Verlage und Zeitungen in den arabischen Ländern Syrien, Libanon, Palästina und Ägypten.<sup>17</sup> Dem lag vor allem die Einsicht zugrunde, dass es sich hierbei um ein im ganzen Orient einflussreiches Medium handele:

„Die arabischen Länder, deren Bedeutung während des Zweiten Weltkrieges außerordentlich zunahm, sind geprägt von den Umständen einer bedeutenden Zunahme der nationalen Bewegung. Hier entstanden neue Denkströmungen, die auch zum Teil den Einfluss des Marxismus widerspiegeln. Neben den progressiven Strömungen sind auch profaschistische Strömungen sehr stark. Es läuft ein angespannter Ideenkampf. Die Prozesse, die in den arabischen Ländern ablaufen, rufen eine gewaltige Resonanz in allen Ländern des Orients hervor. In Indien, im Iran, in den arabischen Emigrantenkreisen Nord- und Südamerikas, in den Ländern Afrikas, in der Türkei, überall im Orient verbreiten sich stark das arabische Druckwesen und die arabische Literatur; die lokale Intellektuellenschicht ist es gewöhnt, scharf die Ideenprozesse zu verfolgen, die in der arabischen Welt stattfinden. Dadurch definiert sich die Bedeutung des arabischen Druckwesens als eines möglichen Kanals der antifaschistischen Propaganda.“<sup>18</sup>

Offiziell zeigte Stalin nach dem Krieg noch Zurückhaltung bei Angelegenheiten, die die britische Einflussphäre im Nahen Osten betrafen. Palästina war britisches Mandatsgebiet, und der Irak hatte 1930 auf 25 Jahre ausgerichtete Paktvereinbarungen und Ägypten 1936 ein für 20 Jahre geltendes Abkommen bezüglich britischer Militärrechte abgeschlossen. Zudem setzte England sehr bald einen gesonderten Geheimdienst ein, der speziell die „Bekämpfung der kommunistischen Aktivitäten in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens“ verfolgte.<sup>19</sup>

Aber Archivdokumente bestätigen die Memoiren des ersten sowjetischen Gesandten in Kairo, Nikolaj Vasil' evič Novikov, darin, dass die UdSSR bereits ab 1944, kurz nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, eine aktive Propagandapolitik verfolgte und die Unabhängigkeitsbestrebungen in diesen Ländern und vor allem auch in Ägypten gezielt förderte. Novikov definierte seine Arbeit in Ägypten über zwei Hauptaufgaben: „Ägypten für die Sowjetunion zu öffnen“ und „den Ägyptern die Augen für die Sowjetunion zu öffnen“, das hieß ihre Kultur, ihre Ideologie, ihre Politik in der ägyptischen Bevölkerung zu popularisieren.<sup>20</sup> Pamphlete und kommunistische Zeitungen wurden verteilt. Man versuchte, Propagandafilme sowie sowjetische Musik und Literatur zu verbreiten. Im Januar 1945 wurden russische Musikkassetten an das ägyptische Außenministerium geschickt mit der Bitte, diese an die Radiosender weiterzugeben.<sup>21</sup> Auf Empfängen, zu Feiertagen und zu gesonderten Soirées organisierte die sowjetische Delegation Filmvorführungen, in denen das sowjetische Leben und System dargestellt wurden, wie z.B. die Kolchosen.<sup>22</sup> Zudem

<sup>16</sup> Pylaeva, Materialy k 60-letiju Sojuza sovetskich obščestv družby i kul'turnoj svjazi. Čast' I, S. 162.

<sup>17</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 989, l. 13, 1946, Zustand unserer Propaganda in den vom SIB bedienten Ländern des Arabischen Ostens.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 989, l. 34, 25. 6. 1946, Bericht an den stellvertretenden Leiter der Abteilung für Auswärtige Politik des CK VKP (b), A. S. Panjuškin, über die Kontaktaufnahme zu den kommunistischen Parteien Syriens und Libanons.

<sup>20</sup> Novikov, Vospominanija diplomata, S. 177–183.

<sup>21</sup> AVP RF, f. 87, op. 4, p. 6, d. 3, ll. 2f., 8. 1. 1945, Brief an das ägyptische Außenministerium.

<sup>22</sup> AVP RF, f. 87, op. 6, d. 2, 12. 12. 1945; ebenda, 22. 2. 1946; AVP RF, f. 87, op. 8, d. 3, 27. 12. 1946; zu den in Ägypten gezeigten Filmen gehörten z. B. „Parade de la victoire“, „Ils se rencontrent à Moscou“, „Berlin“, „Alexander Nevskij“, „Physical cultural parade“ oder „Mascharade“.

wurden verschiedene Ausstellungen organisiert. Nach zwei Ausstellungen im Jahr 1944 über die Sowjetunion im Krieg<sup>23</sup> bat die sowjetische Gesandtschaft wiederholt um Erlaubnis, im Dezember 1945 eine Ausstellung unter dem Titel „Die Freundschaft der Völker der UdSSR“ in Kairo zeigen zu dürfen; konzipiert worden war eine Dokumentation, dazu eine Fotoausstellung sowie die Vorführung von Musikaufnahmen und Filmvorstellungen.<sup>24</sup> Eine ähnliche Ausstellung „Sowjetmacht und -ordnung in der Friedens- und Kriegszeit“ hatte bereits früher im Jahr in Syrien mit großem Erfolg stattgefunden. Eröffnet vom libanesischen Präsidenten war dies eine der größten Ausstellungen im Nahen Osten gewesen, zu der in zwei Wochen 65 000 Besucher kamen.<sup>25</sup> Im Dezember 1946 sollte eine Fotoausstellung zu sowjetischen Skulpturen in Ägypten stattfinden.<sup>26</sup> Angestrebt wurde nicht wie in Westeuropa ein kultureller, wissenschaftlicher Austausch, der nicht zuletzt zur Wissensgewinnung in der UdSSR genutzt werden sollte. Die Kulturkontakte zu den nicht-kommunistischen, so genannten unterentwickelten Ländern fungierten als Propagandagrundlage und dienten nicht einem Kulturaustausch, sondern einseitig der Bekanntmachung der sowjetischen Kultur in diesen Ländern.

Informationen über die Sowjetunion und die sowjetische Kultur, Politik und Wirtschaft etc. versuchte das Sovinformbüro direkt bei den ägyptischen Zeitungen und Zeitschriften unterzubringen. Dabei druckten die sowjetischen Artikel vor allem linksoppositionelle Zeitungen und die Veröffentlichungen der ausländischen Kreise in Kairo und Alexandria. Seit 1946 erschienen sie zunehmend auch in den Presseorganen der Oppositionspartei Wafd.<sup>27</sup> Darüber hinaus verbreitete SIB ein eigenes Bulletin sowjetischer Presseartikel, welches an Organisationen, Ministerien, Lehranstalten und Redaktionen geschickt wurde. Die Nachfrage erwies sich als immerhin so groß, dass die Auflage 1946 von 300 auf 1000 Exemplare gesteigert werden sollte.<sup>28</sup> Überhaupt wurde die Resonanz positiv bewertet. Für das Jahr 1945 wurden 899 in ägyptischen Zeitungen und Zeitschriften platzierte sowjetische Artikel gezählt, so dass angedacht wurde, ein eigenes Sovinformbüro in Kairo zu eröffnen, um eine weitere Steigerung zu ermöglichen. So hieß es in der Auswertung: „Wenn selbst der politische Status Ägyptens in den nächsten fünf Jahren unverändert bleibt, scheint eine bedeutende Verbreitung der Information über die Sowjetunion doch möglich zu sein.“<sup>29</sup>

Gleichzeitig wurden von den sowjetischen Behörden intensiv alle Informationen über politische Gruppen und ihre Aktivitäten in Ägypten gesammelt und das gesellschaftliche Aufbegehren gegen die englische Präsenz beobachtet.<sup>30</sup> Insbesondere wurden zahlreiche

<sup>23</sup> Novikov, *Vospominanija diplomata*, S. 180–182. Die erste Ausstellung wurde am 13. 2. 1944 in Kairo eröffnet und thematisierte die Grausamkeiten der deutsch-faschistischen Okkupation der sowjetischen Gebiete. Die zweite Ausstellung mit dem Titel „Die UdSSR in den Kriegstagen“ wurde am 3. 6. 1944 von einer Reihe diplomatischer Ehrengäste, z. B. dem Stellvertreter König Fārūqs, dem britischen Minister für den Nahen Osten, Lord Moyne, und diversen diplomatischen Vertretern eröffnet. Novikov spricht von täglich mehreren Tausend einfachen Besuchern der Ausstellung.

<sup>24</sup> AVP RF, f. 87, op. 6, d. 2, 28. 11. 1945; ebenda, 21. 11. 1945.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu Ginat, *Soviet Policy towards the Arab World 1945–1948*, S. 322.

<sup>26</sup> AVP RF, f. 87, op. 8, d. 3, 30. 12. 1946.

<sup>27</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 989, l. 14, 1946, Zustand unserer Propaganda in den vom SIB bedienten Ländern des Arabischen Ostens.

<sup>28</sup> Ebenda, ll. 14f.

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> AVP RF, f. 87, op. 4, p. 7, d. 21, 17. 1. 1945; RGASPI, f. 17, op. 128, d. 815 (November 1944 – Dezember 1945), ll. 29, 81.

Schriften von Linksparteien und ihre Programme gesichtet.<sup>31</sup> Eine einheitliche kommunistische Partei gab es in Ägypten jedoch auch nach dem Krieg nicht. Selbst die Untergrundorganisationen, die teilweise eine kommunistische Ausrichtung verfolgten, waren schwach aufgestellt und unverbunden. Die fehlende Basis war der Hauptgrund dafür, dass die sowjetischen Bemühungen relativ ergebnislos blieben. Kommunisten wurden stark verfolgt. Immer wieder blockierte die ägyptische Zensur Artikel, sowjetische Filme und Broschüren;<sup>32</sup> oft scheiterte die Verteilung von Flugblättern oder die Lancierung von Artikeln daran, dass sich, angesichts der starken Kontrollen durch die ägyptischen Behörden, niemand dem Verdacht kommunistischer Agitation aussetzen wollte.<sup>33</sup> So waren die Erfolge zwar nennenswert, spielten sich insgesamt jedoch in eher engem Rahmen ab. Die allgemein wachsende Unruhe in Ägypten aber war der sowjetischen Arbeit durchaus dienlich. Im Frühjahr 1947 hieß es in einem geheimen Telegramm des sowjetischen Geheimdienstes in den USA an Michail A. Suslov<sup>34</sup>, Mitglied des ZK, dass die ägyptische Geheimpolizei von einem Anwachsen kommunistischen Einflusses spreche. Grund für diese Annahme war das vermehrte Auftauchen von Flugblättern von Untergrundorganisationen in Kairo.<sup>35</sup>

Im Gegensatz zur Situation in Ägypten war der Handlungsspielraum für die sowjetische Politik und Propaganda in Syrien und Libanon größer.<sup>36</sup> Während in den anderen arabischen Staaten die kommunistischen Parteien verboten waren – in Ägypten seit 1924 –, konnten sie in Syrien und Libanon seit 1941 legal agieren. Seit Mitte 1946 vereinigten sich beide Parteien und etablierten eine gemeinsame Führung mit guten Kontakten zu Moskau.<sup>37</sup> Die VKP (b) der UdSSR strebte in dieser Zeit für eine effektivere Arbeit die Vernetzung zwischen den drei arabischen kommunistischen Parteien, der irakischen, syrischen und libanesischen und der iranischen NPI<sup>38</sup> an und etablierte Beirut, Bagdad und Teheran als Kontaktpunkte. Das Sovinformbüro diente dabei als Tarnung.<sup>39</sup>

<sup>31</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 982, Januar 1946; RGASPI, f. 17, op. 128, d. 984, Mai – Juni 1946; RGASPI, f. 17, op. 128, d. 983, Mai 1946. Programme wurden z. B. gesammelt von: „Arbeiterpartei Ägyptens“, „Ägyptische Bewegung für nationale Befreiung“, „Zentralrat des Arbeiterrates der Arbeiter Ägyptens“, der antibritischen „Al-Wasba“, diversen Arbeitergemeinschaften und der Gruppe „Ägyptische Frauen“, der kommunistischen Untergrundorganisation „Šarāra“, der Vereinigung „Wissenschaftliche Forschung“.

<sup>32</sup> AVP RF, f. 87, op. 6, d. 2, 26. 5. 1946. Die Sowjetunion bat z. B. im Sommer 1946 um Rückgabe bei der Einfuhr konfiszierter Filme. Dazu gehörten „Revue de la culture physique“, „Chansons d’abay“ und „Kostchey immortal“.

<sup>33</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 989, l. 15, 1946, Zustand unserer Propaganda in den vom SIB bedienten Ländern des Arabischen Ostens.

<sup>34</sup> Michail Andreevič Suslov (1902–1982) war ein russischer Wirtschaftswissenschaftler, Politiker und Theoretiker. Im Mai 1947 wurde er, protegiert von Stalin, Mitglied des Sekretariats des ZK, was er bis zu seinem Tod blieb.

<sup>35</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1109, l. 1, 18. 4. 1947, (21 Seiten) Telegramm von Obakimjan an M. A. Suslov.

<sup>36</sup> Detaillierter zu den syrisch-sowjetischen Beziehungen: Ginat, Syria and the Doctrine of Arab Neutrality, passim.

<sup>37</sup> Das im Mai 1946 gebildete gemeinsame ZK der syrischen und libanesischen kommunistischen Parteien setzte sich aus je drei Mitgliedern der beiden ZKs zusammen. Generalsekretär war Khälid Bakdāš. Kontakte zur sowjetischen VKP (b) liefen insbesondere über Nikola Šawi, Mitglied des ZK der libanesischen KP. Vgl. RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1307, l. 21, 1950, (10 Seiten) Geheimbericht des sowjetischen Gesandten in Kairo, P. Eršov, an Außenminister V. M. Molotov: Über die Kommunistische Partei in Israel; RGASPI, f. 17, op. 128, d. 989, ll. 30–33, März – Dezember 1946.

<sup>38</sup> Mit NPI ist die Tüdeh-Partei gemeint: Narodnaja Partija Irana (Volkspartei Iran).

<sup>39</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 989, l. 34, 25. 6. 1946, Bericht an den stellvertretenden Leiter der Abteilung für Auswärtige Politik des CK VKP (b), A. S. Panjuškin, über die Kontaktaufnahme zu den kommunistischen Parteien Syriens und Libanons.

Eine gute Repräsentation der sowjetischen Kultur ermöglichten insbesondere die dort gebildeten Ligen der Freundschaft mit der UdSSR. Aber auch Redaktionen und Verlage zeigten großes Interesse an Informationen über die Sowjetunion. In einem Bericht über die SIB-Aktivitäten im Nahen Osten hieß es 1946: „Materialien über die Sowjetunion, die vom Sovinformbüro geschickt werden, haben in Syrien und Libanon einen festen Platz gefunden. Hier sind alle Voraussetzungen vorhanden, um unsere Arbeit weiter zu verbreiten.“<sup>40</sup> Das Sovinformbüro sah 1946 gute Möglichkeiten für den Ausbau seiner Propagandaarbeit in den arabischen Staaten. Ein Sonderbevollmächtigter sollte vor Ort die Kontakte pflegen und erweitern. Und die Herausgabe einer illustrierten Zeitschrift auf Arabisch hatte zum Ziel, das Leben in der Sowjetunion und die Errungenschaften der UdSSR besser darzustellen.<sup>41</sup>

### 1.3. Ägyptische Unabhängigkeitsbestrebungen nach dem Krieg

Das strategische Interesse der UdSSR an Ägypten ergab sich nicht zuletzt auch aus den Bemühungen der Sowjetunion hinsichtlich der Nachkriegsplanungen. Am 25. November 1940 hatte Molotov in deutsch-sowjetischen Gesprächen in Berlin versucht, die sowjetische Interessensphäre, wie sie im Hitler-Stalin-Pakt festgelegt worden war, um einen Stützpunkt im Bereich der Dardanellen oder dem Bosphorus und um „das Gebiet südlich von Batum und Baku in Richtung auf den Persischen Golf“ als Einflusszone zu erweitern.<sup>42</sup> Im Jahr 1941 teilten sich Großbritannien und die Sowjetunion den Iran zum Zweck kriegsbedingter Transporte in Interessensphären auf.

Während Stalin zum Kriegsende hin die angrenzenden Länder in Osteuropa als Sicherheitszone und Einflussgebiet auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1944 und der Jalta-Konferenz im Februar 1945 aushandelte,<sup>43</sup> sollte Molotov darüber hinaus auch Gespräche führen, um in Bezug auf die angrenzenden Länder im Süden der UdSSR, vor allem hinsichtlich des Zugangs zum Mittelmeer, feste Zusagen der Alliierten zu bekommen. Mehrere Versuche, den Zugang zum Mittelmeer anhand von Abkommen mit der Türkei zu erlangen<sup>44</sup> oder den Erwerb eines Militärstützpunktes durch ein Treuhandabkommen über Libyen zu sichern, scheiterten. Gerade für Letzteres fehlte ohnehin eine stringente,

<sup>40</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 989, ll. 16f., 1946, Zustand unserer Propaganda in den vom SIB bedienten Ländern des Arabischen Ostens.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Die Initiative zu dieser Interessensphärenabgrenzung ging von Hitler und Ribbentrop aus, die Molotov zu diesen Gesprächen nach Berlin einluden und die UdSSR auf die südlichen Regionen gen Indischen Ozean als Interessensphäre festzulegen versuchten. Molotov spezifizierte den sowjetischen Fokus auf die Bukovina, die türkische Meerenge und den Süden zum Persischen Golf. Im geheimen Zusatzabkommen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. 8. 1939 war nur vom Südosten Europas die Rede gewesen, insbesondere vom russischen Anspruch auf Bessarabien (damals zu Rumänien gehörend). Die UdSSR annektierte im Anschluss Bessarabien, Ostpolen und das Baltikum. Zum Pakt siehe: Sapper/Weichsel (Hg.), *Der Hitler-Stalin-Pakt*. Detaillierter zu den Gesprächen 1940 siehe z. B. Beloff, *The Foreign Policy of Soviet Russia*, Bd. 2; Mahr, *Die Rolle Ägyptens*, S. 31f. Zu den Dokumenten: Degras (Hg.), *Soviet Documents on Foreign Policy*, Bd. 3, S. 477f.; Sontag/Beddie (Hg.), *Nazi-Soviet Relations*, S. 207-259; Seidl (Hg.), *Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion*, S. 90f.

<sup>43</sup> Stalin wollte den „cordon sanitaire“ im umgekehrten Sinne zur Sicherung der UdSSR festigen. Zu dieser Interpretation: Hillgruber/Hildebrand, *Kalkül zwischen Macht und Ideologie*, S. 11f., 31.

<sup>44</sup> Detaillierter zur sowjetischen Türkei-Politik siehe: Gasanly, *SSSR – Turcija*, passim; Zubok, *A Failed Empire*, S. 36ff.

überzeugende Argumentation, wie Molotov im Nachhinein einräumte.<sup>45</sup> Ebenso wenig konnte der Kreml Großbritannien zur Abgabe des Mandats über Ägypten und Palästina im Gegenzug für den Rückzug aus dem Iran bewegen.<sup>46</sup> Für Großbritannien stand auch nach dem Krieg die hohe Bedeutung des Nahen Ostens fest. So heißt es in Überlegungen des Foreign Office zu dem Einfluss von Atomenergie auf den Nahen Osten:

„Sogar nach der völligen Entwicklung von Atomenergie wird der Nahe Osten für das britische Empire von extremer Bedeutung bleiben, denn wenn eine feindliche Macht den Nahen Osten besäße, würde unsere Kommunikation mit Indien und den südlichen Herrschaftsgebieten abgeschnitten.“<sup>47</sup>

In der Überzeugung, dass nur mit der Errichtung loyaler Regime in den angrenzenden Staaten der UdSSR die territoriale Sicherheit gewährleistet werden konnte,<sup>48</sup> förderte Stalin nach dem Krieg Partisanenkämpfe in der Türkei und im Iran aber auch in Griechenland. Ausschlaggebend war für Stalin das Ziel, die äußeren Einflusszonen zu erweitern als Mittel für Sicherheit und Macht. Molotov formulierte rückblickend: „Meine Aufgabe als Außenminister sah ich darin, die Grenzen unseres Vaterlandes so weit wie möglich auszuweiten. Und es scheint, dass ich und Stalin mit dieser Aufgabe nicht schlecht zurechtgekommen sind.“<sup>49</sup> Der russisch-amerikanische Historiker Vladislav Zubok analysierte begrifflich pointiert, dass Stalin ein „socialist empire“<sup>50</sup> schaffen wollte. Bei diesen expansionistischen Ambitionen bedingten sich Sicherheitsinteressen und soziale und politische Neuordnung gegenseitig. Stalin nutzte nationale Bewegungen im Iran, in der Türkei oder auch in Griechenland und China, um in erster Zielsetzung den westlichen Einfluss ganz zu beseitigen und im Weiteren der Sowjetunion freundlich gesinnte Regime zu installieren. Hatte er während des Krieges seine Prämisse rein kommunistischer Bewegungen zugun-

<sup>45</sup> Diese sowjetische Forderung wurde auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1945 vorgebracht und bis zur Pariser Friedenskonferenz aufrechterhalten. Molotov selbst beschrieb in Gesprächen mit Feliks Čuev, wie schwierig die Argumentation für die Forderungen nach Stützpunkten in den Dardanellen und in Libyen war, Stalin aber darauf bestanden hätte. Vgl. hierzu Čuev, Molotov. *Poluderžavnyj vlastelin*, S. 147f. Detaillierter zu den Verhandlungen um Libyen siehe auch St John, *Libya and the United States*, S. 42–48.

<sup>46</sup> Molotov schlug dies dem britischen Außenminister Ernest Bevin auf der Londoner Außenministerkonferenz im September/Okttober 1945 vor. Vgl. Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 20. Ein Dokument aus dem RGASPI gibt einen in diesem Kontext interessanten Brief des ehemaligen ägyptischen Gesandten in Moskau, Kāmil al-Bindārī, an den Korrespondenten der Zeitschrift „Al-Misri“ wieder. Al-Bindārī behauptet, dass der englische Außenminister Ernest Bevin Anfang Juni 1946 vorgeschlagen habe, die UdSSR solle die englischen Interessen im Nahen Osten v.a. in Ägypten unterstützen, dann würde England für die sowjetischen Interessen an Flottenstützpunkten in der Türkei, v.a. den Dardanellen, eintreten. Kāmil al-Bindārī klagte durch die Schilderung seiner Rolle bei der Offenlegung dieses Angebots gegenüber seiner Regierung und durch Verhandlungen mit Vyšinskij seinen Beitrag zu den nationalen Interessen Ägyptens ein. Vgl. RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1194, ll. 17ff., 16. 7. 1950, Erklärung von Kāmil al-Bindārī an den Korrespondenten der Zeitung „Al-Misri“.

<sup>47</sup> TNA: PRO FO 800/542, 24. 8. 1945, Reflexionen über den Einfluss der Atomenergie auf den Nahen Osten.

<sup>48</sup> Stalin, Interview mit dem Korrespondenten der „Pravda“ anlässlich der Rede Churchills in Fulton (USA), März 1946, S. 49. Ähnlich hatte der russische Außenminister A. M. Gorčakov die Motive der russischen Expansion in Asien im 19. Jahrhundert beschrieben. Siehe Kapitel I.1., S. 26. Vgl. auch Außenminister A. M. Gortschakow über die Motive der russischen Expansion in Asien, 3. 12. 1864, in: Alter (Hg.), *Nationalismus*, S. 232.

<sup>49</sup> In einem anderen Gespräch bemerkte Molotov: „Es ist gut, dass die russischen Zaren uns so viel Land erkämpft haben. Nun ist es für uns einfacher, den Kapitalismus zu bekämpfen.“ Čuev, Molotov. *Poluderžavnyj vlastelin*, S. 18.

<sup>50</sup> Z. B. Zubok, *A Failed Empire*, S. 21.

ten breiter Bündnisse gegen den Faschismus zurückgestellt, war auch die Herangehensweise im Nahen Osten in den Nachkriegsjahren von Stalins pragmatischer Haltung gekennzeichnet: Konnte politischer Einfluss nicht erlangt werden, so nutzte Stalin die Unruhen, um unter Druckausübung Konzessionen von den Regierungen zu erlangen. Zubok zeigt diese Mechanismen anhand von China und dem Iran auf. In China wurde neben den Kommunisten die nationale Bewegung der Uiguren instrumentalisiert. Die Guomindang sollte gegen die Zusage territorialer Integrität und Nichteinmischung durch Moskau zu Zugeständnissen gezwungen werden. Mit derselben Taktik unterstützte Moskau im Iran aserbaidzschische und kurdische Nationalbestrebungen, hier in erster Linie, um Ölkonzessionen zu bekommen.<sup>51</sup> Diese Vorgehensweise kann ebenso am Beispiel Griechenlands und der mazedonischen Minderheit als auch in Bezug auf die Türkei, wo Stalin armenische und georgische territoriale Ansprüche wiederbelebte, aufgezeigt werden. Stalin sah in den nationalen Bestrebungen offensichtlich mehr Potential als in den meist schwachen kommunistischen Bewegungen.

Dies wird auch deutlich in den Erinnerungen Molotovs, wenn er alle wirtschaftliche und politische Unterstützung nicht-kommunistischer Regime rechtfertigte: Auch wenn es keine direkten Resultate gab oder sogar Kommunisten in diesen Ländern verfolgt wurden, so diente dies der langfristigen Schwächung des Imperialismus.<sup>52</sup>

In diesem Kontext sind auch die neuen Beziehungen zum Nahen Osten, die durch den Krieg möglich geworden waren, zu sehen. Stalin förderte die Unabhängigkeitsbewegungen in den arabischen Staaten mit dem Hauptziel, den englischen Einfluss zu schwächen. Die kommunistischen Bewegungen, die Moskau lange unterstützt hatte, waren wenig erfolgreich gewesen, so dass Stalin nun als erste Stufe auf realpolitische Resultate setzte und die Unabhängigkeitsforderungen der nationalen Bewegungen unterstützte. In dieser Hinsicht kamen der Sowjetunion gerade die Entwicklungen in Syrien und Libanon entgegen. Schon im Mai 1945 wandte sich die syrische Regierung an Stalin und „erbittet [...] wohlwollende Einmischung dafür, dass Frankreich seine Truppen abzieht und die Unabhängigkeit Syriens respektiert“.<sup>53</sup> Die französische Exilregierung hatte Syrien und Libanon bereits 1941 die Unabhängigkeit zugesprochen, beide Länder wurden jedoch von Frankreich und Großbritannien ab 1943 als Militärstützpunkte im Krieg genutzt. Nach dem Krieg versuchte Frankreich seine Position in der Levante wieder zu festigen, was aufgrund der syrischen Proteste schließlich 1945 zur Bombardierung von Damaskus führte. Die Sowjetunion reagierte am 1. Juni 1945 mit einer moderaten Note des sowjetischen Botschafters in Paris, A. E. Bogomolov, an den französischen Außenminister, Georges Bidault, in der zur Einstellung der Kämpfe aufgerufen wurde.<sup>54</sup> Im Sicherheitsrat der UNO wurde die Frage nach Abzug der englischen und französischen Truppen aus Syrien und Libanon auf Antrag der Letzteren am 14.–16. Februar 1946 beraten. Der sowjetische Vertreter Andrej Januar'evič

<sup>51</sup> Zubok zieht eine interessante Parallele zwischen der Politik der UdSSR in der Mandchurei und im Iran. Vgl. Zubok, *A Failed Empire*, S.42. Detaillierter zur sowjetischen Iran-Politik siehe L'Estrange Fawcett, *Iran and the Cold War*; Gasanly, *Južnyj Azerbajdžan i načalo choločnoj vojny*; Hasanli, *At the Dawn of the Cold War*. Zu den Ölinteressen siehe z.B. folgendes Dokument: *New Evidence on the Iran Crisis 1945–46*, S.310f.

<sup>52</sup> Vgl. Čuev, *Molotov. Poluderžavnyj vlastelin*, S.575f.

<sup>53</sup> AVP RF, f.128, op.3, p.2, d.4, l.10, 23.5.1945, Telegramm Kamil Mardams, Ministerratsvorsitzender Syriens an Stalin: Bitte um Stellungnahme und Unterstützung für die syrische Unabhängigkeit.

<sup>54</sup> *Noty Sovetskogo pravitel'stva pravitel'stvam Francii, Velikobritanii, SŠA i Kitaja*, in: *SSSR i Arabskie Strany*, S.86f.

Vyšinskij<sup>55</sup> unterstützte vehement die Forderung nach sofortigem Rückzug der Truppen, der ab Mitte April auch erfolgen sollte.<sup>56</sup> Vor der UNO-Debatte, Anfang Februar, hatten beide Länder, Syrien und Libanon, einen sowjetischen Vorschlag annehmend, geheime Abkommen mit der UdSSR unterzeichnet, in denen ihnen Unterstützung für die vollkommene Unabhängigkeit garantiert und wirtschaftlicher, kultureller und militärischer Austausch vereinbart wurden.<sup>57</sup> Die Sowjetunion war zu der Ansicht gekommen, dass die Proteste und Unruhen gegen die französischen Truppen und der Wille zur echten Unabhängigkeit von der gesamten Bevölkerung Syriens und Libanons getragen wurden.<sup>58</sup> Auch frühere Berichte hatten bereits die Fortschrittlichkeit Syriens und Libanons im Gegensatz zu anderen arabischen Staaten konstatiert.<sup>59</sup> Im Mai 1946 urteilte auch die ägyptische kommunistische Gruppe „Al-Wahda“ (Einheit) in illegal verteilten Broschüren in Ägypten:

„Syrien und Libanon unterscheiden sich von anderen arabischen Ländern darin, dass es dort kommunistische Parteien gibt, die schnell wachsen, weil sie die einzigen Parteien sind, die Ausdruck für die Bedürfnisse der arbeitenden Massen sind und ihre Rechte schützen. Auf der anderen Seite sind diese Parteien nicht Gegner der Sowjetunion, dem ersten Land mit Demokratie und proletarischen Freiheiten. Ganz im Gegenteil, sie sind Gegner jeglicher Knechtung und Versklavung ganz gleich welcher Form.“<sup>60</sup>

Neben den legalen kommunistischen Parteien und entsprechenden Freundschaftsligen für die Sowjetunion waren auch die staatlichen Kontakte ausgeprägt gut. Der syrische Staatspräsident Šukrī al-Qūwatlī<sup>61</sup> dankte der Sowjetunion in einem Telegramm für die Unterstützung, und die Informationen zu den syrisch-französischen Verhandlungen wurden direkt zur Einsichtnahme nach Moskau geschickt.<sup>62</sup> Der syrische Gesandte in Moskau, Faiz al-Chūrī, gab in Damaskus im September 1945 ein sehr positives Interview über die Sowjetunion, die sich in Syrien und anderen arabischen Staaten konsequent für die Unabhängigkeit eingesetzt habe: „Russland war ein ehrlicher Verteidiger von Syrien in dessen Kampf gegen die Franzosen in der Zeit der letzten Geschehnisse in Damaskus und anderen syrischen Städten.“<sup>63</sup> Im Weiteren hob er hervor:

<sup>55</sup> Andrej Januar'evič Vyšinskij (1883–1954) war ein sowjetischer Jurist und Diplomat. Er stieg unter Stalin zum wichtigen Rechtstheoretiker auf und in der Zeit der Moskauer Schauprozesse war er von 1935 bis 1939 Generalstaatsanwalt der UdSSR. Seit 1940 war Vyšinskij Stellvertreter des Volkskommisars für Auswärtige Angelegenheiten bzw. später des Außenministers. Von 1939 bis 1944 war er außerdem der stellvertretende Leiter des Rates der Volkskommissare. Im März 1949 löste er Molotov als Außenminister ab und hatte das Amt bis März 1953 inne. Danach war er erneut Stellvertreter des Außenministers und ständiger Vertreter der UdSSR vor der UNO.

<sup>56</sup> Vystuplenie zamestitelja narodnogo komissara inostrannyh del SSSR A. Ja. Vyšinskogo v Sovete Bezopasnosti OON po voprosu o vyvode anglijskich i francuzskich vojsk iz Sirii i Livana, in: SSSR i Arabskie Strany, S. 87–96.

<sup>57</sup> Hierzu: Ginat, Syria's and Libanon's Meandering Road, S. 113; ders., The Soviet Union and Egypt 1945–1955, S. 69–70. Allgemein zu den sowjetischen Beziehungen zu Syrien und Libanon siehe: Ginat, Syria and the Doctrine of Arab Neutralism, passim.

<sup>58</sup> AVP RF, f. 128, op. 4, p. 3, d. 7, 14. 1. 1946, TASS-Bericht über die Lage in Syrien und Libanon.

<sup>59</sup> Ginat, Soviet Policy towards the Arab World, S. 322.

<sup>60</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 174, l. 55, Mai 1946, kommunistische Broschüre der Gruppe „Al-Wahda“ in Ägypten.

<sup>61</sup> Šukrī al-Qūwatlī (1891–1967) war syrischer Politiker. Er war zweimal, von 1943 bis 1949 und von 1955 bis 1958, Staatspräsident Syriens und verfocht einen klaren arabischen Nationalismus.

<sup>62</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1109, 2. 4. 1945, Danktelegramm von Šukrī al-Qūwatlī an die UdSSR für die Unterstützung; RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1109, l. 10, 23. 5. 1945, Premierminister Kamil Mardam schickt Informationen über die syrisch-französischen Verhandlungen an die UdSSR.

<sup>63</sup> AVP RF, f. 128, op. 3, p. 2, d. 14, 11. 9. 1945, Interview des syrischen Gesandten in der UdSSR, Faiz al-Chūrī, für die Zeitung „Al-Istiklāl al-'Arabī“ in Damaskus.

„Die Sowjetunion kümmert sich sehr darum, dass alle Nationen ihre Freiheit und Unabhängigkeit erlangen. Sie bemüht sich und hilft allen Völkern, besonders den kleinen und schwachen, um ihre Anliegen zu verwirklichen. Darüber hinaus fordert die Sowjetunion, dass jede Nation nicht nur die Hoffnung auf andere setzt, sondern alles von ihr selbst Abhängige in dem Bereich macht, weil nach Meinung der Sowjets die Freiheit verdient werden muss und nicht als Geschenk erhalten werden kann, weil wenn die Freiheit demjenigen geschenkt wird, der sie nicht verdient, dann wird sie gleich verloren gehen.“<sup>64</sup>

Auf eine derartig positive Resonanz traf die Sowjetunion in Ägypten nicht. Obwohl sich nach Ende des Krieges starke Proteste gegen die britische Militärpräsenz erhoben und es auch zu Unruhen kam, war die Entwicklung in Ägypten von Regierungswechseln und Uneinigkeit gekennzeichnet. Die Versuche der ägyptischen Regierung, die Verhandlungen mit England über den vorzeitigen Abzug der britischen Truppen zum Abschluss zu bringen, waren weder 1946 noch im darauffolgenden Jahr erfolgreich. Die Thematik und die Forderung nach Unabhängigkeit waren permanent präsent. Noch immer waren mit über 80 000 Mann weitaus mehr britische Truppen in Ägypten stationiert, als der Vertrag von 1936 erlaubte.<sup>65</sup> Der begonnene Rückzug aus den Städten und der Deltaregion in die Suezkanalzone bedeutete letztlich nur ein Zugeständnis an die Spannungen in der ägyptischen Öffentlichkeit. Die sich hinziehenden Verhandlungen mit Großbritannien hatten Unruhen in der ägyptischen Gesellschaft sowie eine verstärkte Agitation oppositioneller Gruppen zur Folge.<sup>66</sup> Im Mittelpunkt standen dabei die Evakuierung der britischen Truppen aus Ägypten und die Sudanfrage. In einem Manifest der Wafd-Partei an die ägyptische Bevölkerung hieß es:

„Es resultiert eindeutig aus allem, was vorausgegangen ist, denn die britische Antwort offenbart die Ziele und Ambitionen der Engländer sowohl in Bezug auf Ägypten als auch auf den Sudan, und es ist ohne Zweifel, dass die Durchführung der Gespräche auf dieser Grundlage bedeutet, die nationale Würde mit Füßen zu treten, die Rechte des Landes zu verletzen und der Souveränität und der vollkommenen Unabhängigkeit, die die Ägypter anstreben, einen tödlichen Schlag zu versetzen.“<sup>67</sup>

Im Laufe des Jahres 1946 ging die Regierung unter Premierminister Ismaïl Sidqī<sup>68</sup> umfassend gegen Oppositionelle im eigenen Land vor, um die Öffentlichkeit um eine entgegen-

<sup>64</sup> Ebenda.

<sup>65</sup> Aus britischen Dokumenten geht hervor, dass 1953 noch 88 000 Mann starke Truppen in Ägypten stationiert waren. Der Vertrag von 1936 sah nur 10 000 vor. Vgl. hierzu Morsy, *The Role of the United States*, S. 527. Vatolina spricht für die Nachkriegsjahre sogar von einer variierenden Truppengröße zwischen 80 000–150 000 britischen Soldaten in Ägypten. Vgl. Vatolina, *Araby v bor'be za nezavisimost'*, S. 148. Für das Jahr 1946 nennt Vatolina 200 000 Mann starke britische Truppen in Ägypten. Vgl. hierzu Vatolina, *Sovremennyj Egipt*, S. 219.

<sup>66</sup> So gab es im Februar 1946 z. B. eine Streikwelle mit großen Demonstrationen, deren Folge 17 Tote waren. Siehe hierzu auch Vatolina, *Araby v bor'be za nezavisimost'*, S. 152. Neben den Manifesten der Wafd-Partei und dem Bulletin der kommunistischen Gruppe „Al-Wahda“ wurden illegal auch diverse Blätter verteilt mit der Unterschrift der „Kommunistischen Partei Ägyptens“. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 128, d. 174, ll. 6f. ob., 55, 96ff.

<sup>67</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 174, ll. 6f. ob, 2. 2. 1946, „Manifest der bürgerlich-nationalen Partei Ägyptens Wafd“ an die ägyptische Bevölkerung über die anglo-ägyptischen Verhandlungen. Zu einer Darstellung zur Rolle der Sudanfrage in den ägyptisch-britischen Verhandlungen siehe auch Ginat, *Egypt's Efforts to Unite the Nile Valley*, S. 193–222.

<sup>68</sup> Ismaïl Sidqī (1875–1950) war ein ägyptischer Politiker. Ursprünglich einer der Organisatoren der Wafd, war Sidqī später Mitbegründer der Hizb al Schaab (der Volkspartei). Sidqī war in den Jahren 1921 und 1922–1925 Innenminister, 1930–1933 Premierminister. Im Februar 1946 trat er erneut das Amt des Premierministers an (gleichzeitig war er Innen- und Finanzminister), blieb aber nur bis Dezember im Amt.

kommende Einigung mit Großbritannien zu reduzieren.<sup>69</sup> Es erfolgte eine Verhaftungswelle gegen Kommunisten, die im Juli ihren Höhepunkt erreichte. Sowjetische Filme wurden konfisziert und deren Präsentation behindert.<sup>70</sup> Unter dem Vorwand einer „kommunistischen Verschwörung in Ägypten“ wurden außerdem zahlreiche andere Gruppen aufgelöst, deren Mitgliedern vorgeworfen wurde, sich mit Telegrammen an die Sowjetunion gewandt zu haben. Auch das einflussreiche Organ der Oppositionspartei Wafd, die Zeitung „Al-Wafd al-Masrī“, wurde geschlossen, wodurch die ohnehin in sich gesplante Opposition weiter geschwächt wurde. Die Anschuldigung Sidqīs lautete, dass die Zeitung das Hauptorgan aller kommunistischen Gruppen in Ägypten sei und „sich der kommunistischen Propaganda schuldig gemacht“ habe, was Muhammad Sabri Abū Alam, Vorsitzender der Wafd, im Senat heftig abtritt: Die Wafd sei immer ein Gegner der Kommunisten gewesen und sei eine reformbefürwortende Gruppierung für sich.<sup>71</sup> Tatsache war, dass die Wafd 1946 zunehmend Artikel des Sovinformbüros gedruckt hatte und so in den Verdacht kommunistischer Agitation geraten war.<sup>72</sup>

Insbesondere nach der Verhaftungswelle eröffnete die politische Lage in Ägypten wenige Möglichkeiten für die UdSSR, sich einzubringen. Aus britischen Berichten geht hervor, dass selbst an Universitäten in Ägypten nur wenige Kommunisten unter den Professoren zu finden waren und die überwiegende Mehrheit der Studierenden entweder Anhänger der Wafd oder aber der Ihwān al-Muslimin waren. Die Regierung mit Premierminister Sidqī fand keine Unterstützung in der Bildungsschicht.<sup>73</sup>

Ebenso unpopulär war der Saadist<sup>74</sup> Mahmūd Fahmī an-Nuqrašī, der im Dezember 1946 Sidqī als Premierminister und Außenminister ablöste. Er definierte bei seinem Amtsantritt die Realisierung des Abzugs der britischen Truppen und der nationalen Bestrebungen einschließlich der Einheit Ägyptens mit dem Sudan als Hauptziel.<sup>75</sup> Die Wafd, deren Präsident Muṣṭafā an-Nahās sich mit der Forderung nach Respektierung der ägyptischen Unabhängigkeit bereits direkt an die UNO gewandt hatte,<sup>76</sup> war selbst nicht an der Regierung

<sup>69</sup> TNA: PRO FO 371/53317, 14.11.1946, (2 Seiten) Briefentwurf an den ägyptischen Premierminister I. Sidqī zur schriftlichen Fixierung mündlicher Aussagen bezüglich der anglo-ägyptischen Verhandlungen. Die britische Regierung war sich wohl bewusst, dass die Verhandlungsergebnisse mit I. Sidqī weder Rückhalt in der Bevölkerung noch bei anderen politischen Parteien fanden. Siehe z. B. TNA: PRO FO 371/53317, 30.10.1946, O. G. Sargent an den Außenminister, über die anglo-ägyptischen Verhandlungen.

<sup>70</sup> AVP RF, f. 87, op. 6, d. 10, ll. 1ff., Juli 1947, Mission in Kairo an den Leiter des Außenministeriums der UdSSR, I. Samylovskij.

<sup>71</sup> AVP RF, f. 87, op. 6, d. 10, ll. 1–3, Juli 1946, A. Ščiborin, Gesandter der sowjetischen Mission in Kairo, an den Leiter des Nahostreferates des Außenministeriums der UdSSR, I. Samylovskij.

<sup>72</sup> Vgl. hierzu Kapitel III.1.2., S. 75. RGASPI, f. 17, op. 128, d. 989, l. 14, 1946, Zustand unserer Propaganda in den vom SIB bedienten Ländern des Arabischen Ostens. Ebenfalls eingestellt wurde die Zeitung „Al-Fağr al-Ġadīd“, deren Autoren sowohl von wafdistischen Organisationen als auch von marxistischen Organisationen kamen. Siehe hierzu Ginat/Noema, Al-Fajr al-Jadid, S. 867.

<sup>73</sup> TNA: PRO FO 371/53317, 23.10.1946, Memorandum des britischen Botschafters in Moskau, F. K. Roberts, über ein Gespräch mit einem ägyptischen Studenten in Kairo.

<sup>74</sup> Die Partei „Saad“ wurde 1937 aus Protest gegen die Unterzeichnung des britisch-ägyptischen Vertrages von Anhängern der Wafd-Partei gebildet. Da der Wafdist Muṣṭafā an-Nahās den Vertrag unterzeichnet hatte, gründeten sie aus Protest dazu ihre eigene Partei.

<sup>75</sup> TNA: PRO FO 371/53320, 10.12.1946, Bericht Bowkers (britische Botschaft in Kairo) an das Foreign Office über die Regierungserklärung von an-Nuqrašī.

<sup>76</sup> TNA: PRO FO 371/53321, 5.12.1946, Muṣṭafā an-Nahās, Präsident der ägyptischen Wafd: Telegramm der ägyptischen Wafd an den Vorsitzenden und Sekretär der Organisation der Vereinten Nationen.

beteiligt, erklärte aber an-Nuqraši zum Haupthindernis und für zu schwach und unentschlossen, um die ägyptische Forderung vor dem Sicherheitsrat der UNO zu vertreten.<sup>77</sup> Eine Kritik, die von der sowjetischen Presse zusammen mit Aussagen des ägyptischen Gesandten in Moskau, Kāmil al-Bindārī, über die wohlwollende Haltung der Sowjetunion gegenüber Ägypten aufgegriffen wurde. Al-Bindārī hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon einen Namen als „der rote Pascha“ gemacht, da er wiederholt eine stärkere Ausrichtung an der UdSSR forderte und hierzu auch nicht an Kritik an der eigenen Regierung sparte.<sup>78</sup>

Noch im Dezember brachte Ägypten vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Forderung ein, dass kein Mitgliedsstaat der UNO Truppen in einem anderen Mitgliedsstaat stationieren dürfe, ohne dessen freiwilliges Einverständnis, nachdem ein ähnlicher Antrag des sowjetischen Vertreters vor der UNO, A. Ja. Vyšinskij, im November 1946 gescheitert war.<sup>79</sup> Die Resolution wurde einstimmig angenommen, zeigte sich aber für Ägypten selbst von geringem Nutzen. Als an-Nuqraši am 5. August 1947 den Antrag auf sofortigen und vollständigen Abzug aller britischen Truppen aus Ägypten vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einbrachte und dort mit der Dezember-Resolution argumentierte, dass der anglo-ägyptische Vertrag von 1936 über das Recht der Truppenstationierung nichtig sei, weil Ägypten vom Vertrag zurücktreten wolle, konnten sich die Vereinten Nationen auf keine Resolution einigen. Da Ägypten den Vertrag 1936 freiwillig abgeschlossen und ihn 1946 für weitere zehn Jahre verlängert hatte, wurde als internationales Recht das Prinzip „pacta sunt servanda“ und somit die festgelegte Vertragsdauer geltend gemacht.<sup>80</sup> Im September 1947 wurde die Beratung des ägyptischen Antrags abgeschlossen, aber das Problem blieb ungelöst. Andrej A. Gromyko<sup>81</sup> als sowjetischer Delegierter hatte wie auch sein polnischer Kollege die Forderung nach sofortigem und vollständigem Abzug der britischen Truppen unterstützt. Dabei sprach er sich allerdings dafür aus, die Sudanfrage von diesem Antrag abzukoppeln: „In dieser Frage ist nicht alles klar. Ohne genauere Kenntnis, was die sudanesishe Bevölkerung erreichen möchte, kann der Sicherheitsrat nur schwer eine Entscheidung in dieser Frage treffen.“<sup>82</sup>

Ägypten beanspruchte gleichzeitig zur Forderung nach Abzug der britischen Truppen die Herrschaft über den Sudan und versagte sudanesischen Repräsentanten das Mitspracherecht. Die UdSSR konnte eine solche Forderung nicht mittragen. Sie widersprach der

<sup>77</sup> TNA: PRO FO 371/53322, S. 124f., 13. 12. 1946, Auszug aus der Zeitung „Al-Misri“ zur Presseerklärung von Mustafā an-Nahās.

<sup>78</sup> TNA: PRO FO 371/53322, 24. 12. 1946, (3 Seiten) Telegramm Nr. 3724 des britischen Botschafters in Moskau, Sir M. Peterson, ans Foreign Office und Telegramm Nr. 2156 an die britische Botschaft in Kairo.

<sup>79</sup> TNA: PRO FO 371/53322, 26. 12. 1946, (2 Seiten) Telegramm des britischen Botschafters in Kairo, Sir Ronald Campbell, ans Foreign Office zur Verteilung im Kabinett. Der Versuch der UdSSR war gerade auch im Hinblick auf die Situation in Ägypten und im Irak unternommen worden, aber der Vorschlag war von den USA, England u. a. abgelehnt worden. Vgl. Iz vystuplenija predstavitelja SSSR A. A. Gromyko v Sovete Bezopasnosti OON po voprosu o prebyvanii vojsk gosudarstv – členov OON na territorii drugich stran, in: SSSR i Arabskie Strany, S. 96–100; Vatolina, Sovremennij Egipt, S. 231.

<sup>80</sup> Kirk, The Middle East 1945–1950, S. 130ff.

<sup>81</sup> Andrej Andreevič Gromyko (1909–1989) war 1943 bis 1946 sowjetischer Botschafter in den USA und Gesandter in Kuba. 1946–1948 war Gromyko ständiger Vertreter der UdSSR bei der UNO und stellvertretender Außenminister, was er mit kurzer Unterbrechung (1952/1953 Botschafter in England) bis 1957 blieb. 1957–1985 hatte Gromyko das Amt des Außenministers inne.

<sup>82</sup> Vystuplenie predstavitelja SSSR A. A. Gromyko v Sovete Bezopasnosti OON po voprosu o vyvode anglijskich vojsk iz Egipta i Sudana, 20. 8. 1947, in: SSSR i Arabskie Strany, S. 103.

offiziellen sowjetischen Erklärung, das Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker zu unterstützen, wie sie im September 1947 auch vom Chefideologen Andrej A. Ždanov in seiner bekannten „Zwei-Lager“-Rede wiederholt wurde, und wäre damit zwangsläufig mit einem Prestigeverlust verbunden gewesen.<sup>83</sup>

So gab es zwar positive ägyptische Presseberichte über die sowjetische Haltung und zahlreiche Dankschreiben von ägyptischen Unternehmen und Organisationen.<sup>84</sup> Auch tauchten Berichte über ägyptisch-sowjetische Verhandlungen auf, in denen an-Nuqraši Gromyko im Gegenzug zur sowjetischen Unterstützung der ägyptischen Unabhängigkeitsbestrebungen eine prorussische Politik versprochen habe,<sup>85</sup> doch blieb der Kreml insgesamt zurückhaltend und dementierte die Berichte über geheime Verhandlungen. Auch die politische Stimmung in Ägypten entsprach nicht den Erwartungen Moskaus. Zwar richteten sich die Proteste immer vehementer und brutaler gegen die Briten, auch, wie das Foreign Office konstatierte, mit einer antichristlichen Konnotation:

„Der Ernst der Lage in Ägypten ist für jeden offensichtlich und es scheint klar zu sein, dass diese Situation immer schlechter werden muss, wenn wir nicht irgendeinen Weg finden zu re-agieren und die Ägypter zu verängstigen. [...] Diese Bewegung ist allerdings nicht nur antibritisch, sondern auch christenfeindlich und fremdenfeindlich.“<sup>86</sup>

Ebenso offensichtlich aber erfuhr der Islam eine neue Stärkung und wurde nicht zuletzt von der Regierung als kulturelle Identität im Kampf um eine antibritische Öffentlichkeit instrumentalisiert, auch in der Hoffnung, „die Sympathie von Nationalisten zu gewinnen“<sup>87</sup>. Zugespielt formuliert hieß es dazu in einer Analyse des britischen Botschafters in Kairo, Sir Ronald Campbell<sup>88</sup>:

„Es ist offenkundig, dass sich die Politik des gegenwärtigen Regimes unter dem Einfluss von König Faruk und Azam in einem pan-islamischen Sinne entwickelt. [...] Diese Islamisierung (islamic stunt) hat Fanatismus in Ägypten stark erhöht und hat zur Verfolgung von Christen geführt.“<sup>89</sup>

Zusätzlich zu dieser politischen Situation in Ägypten kam noch ein weiterer Umstand, der die ägyptischen bzw. arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen in den Augen der Sowjetunion schwächen musste. Bereits in einer gemeinsam verfassten Analyse des Leiters des Nahostreferats des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten (NKID), I. V. Samy-

<sup>83</sup> Andrej A. Ždanov, Report on the International Situation to the Cominform, 22.9.1947, <http://www.cnn.com/SPECIALS/cold.war/episodes/04/documents/cominform.html> (19.8.2007).

<sup>84</sup> AVP RF, f. 87, op. 8, d. 8, September 1947.

<sup>85</sup> TNA: PRO FO 141/1187, 9.10.1947, Geheimmemorandum der britischen Botschaft in Kairo: Über ägyptisch-sowjetische Kontakte. An-Nuqraši selbst hat in seiner Rede bei der Rückkehr nach Kairo die Möglichkeit politischer Neutralität Ägyptens angekündigt, um Unterstützung im Kampf gegen die Briten zu bekommen. Vgl. hierzu Vatikiotis, *The Modern History of Egypt*, S. 364, 482.

<sup>86</sup> TNA: PRO FO 141/1187, 2.4.1947, britisches Memorandum zur politischen Situation in Ägypten.

<sup>87</sup> Ebenda.

<sup>88</sup> Ronald Campbell war britischer Diplomat und 1946–1950 Botschafter in Ägypten.

<sup>89</sup> TNA: PRO FO 141/1187, 5.7.1947, Sir Ronald Campbell, britischer Botschafter in Kairo, an das Foreign Office: Über die Entwicklung des Panislamismus in Ägypten. Der Inhalt dieses Dokuments wird zwar bestätigt durch andere Dokumente, die Darstellung aber ist zu relativieren, da die Information auch für Propagandazwecke weiterverwendet werden sollte. So hieß es weiter unten im Dokument: „Ich schlage vor, dass das Obige mit der Presse in den Vereinigten Staaten, wo die Einflüsse christlicher Missionare stark sind und Pan-Islamismus einen üblen Beigeschmack hat, genutzt werden könnte.“ Hinweise auf eine islamische Opposition gab es bereits früher, v.a. im Hinblick auf die Muslimbrüder. Z.B. TNA: PRO FO 371/53317, 23.10.1946, Memorandum von F. K. Roberts, britischer Botschafter in Moskau, über ein Gespräch mit einem ägyptischen Studenten in Kairo; TNA: PRO FO 141/1187, 2.4.1947, britisches Memorandum zur politischen Situation in Ägypten.

lovskij, und des sowjetischen Gesandten in Ägypten, A. D. Ščiborin, vom November 1944 wurde anlässlich des ersten Zusammentreffens der Vertreter arabischer Staaten im vorhergehenden Monat, im Oktober 1944 in Alexandria, der vorherrschende Panarabismus der arabischen Staaten deutlich negativ beurteilt.

„Das Streben der Araber nach Vereinigung und Bildung einer einheitlichen panarabischen Föderation wird angeheizt und unterstützt durch die Engländer in dem Ausmaß, wie dies ihren Plänen zur Stärkung ihres Einflusses im Nahen Osten und der Bildung einer Barriere gegen die mögliche Verbreitung eines Einflusses der Sowjetunion dort dient. Unter den Arabern selbst umfasst diese Bewegung nur die Kreise der herrschenden Elite und der Intellektuellenschicht, und die Führer der Bewegung sind ohne Zweifel probritisch. Angesichts der Tatsache, dass faktisch alle arabischen Staaten keine unabhängigen Staaten darstellen, ist jegliche Art ihrer Vereinigung nur unter der Ägide einer herrschenden Großmacht, d. h. zur Zeit Englands möglich.“<sup>90</sup>

Die panarabische Bewegung würde somit nur die Macht Englands festigen und keinesfalls der Unabhängigkeit der arabischen Staaten dienen. In der Tat hatte z. B. der britische Außenminister, Anthony Eden<sup>91</sup>, die Araber wiederholt aufgefordert, eine Union zu bilden. So verkündete er 1941 in einer seiner Reden: „Es erscheint mir sowohl natürlich als auch richtig, dass die kulturellen und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den arabischen Staaten, ja und auch die politischen Beziehungen gestärkt werden sollten. Seiner Majestät Regierung ihrerseits wird ihre volle Unterstützung für jede Maßnahme geben, die über eine allgemeine Zustimmung verfügt.“<sup>92</sup>

Angesichts der Forderung eines jüdischen Staates durch die Kandidaten im US-amerikanischen Wahlkampf 1944 und der daraufhin erfolgten Zuspitzung der Konfrontation war diese Interpretation der sowjetischen Diplomaten aber nicht zuletzt eine kühle strategische Überlegung zur Positionierung. Eine direkte Stellungnahme sollte indes vermieden werden, um nicht frühzeitig negative Reaktionen zu provozieren.

„Unter der Berücksichtigung von all diesem sind wir der Meinung, dass unsere Position in der Frage nach einer panarabischen Föderation zurzeit folgende sein sollte: Wir können diese Bestrebung nicht unterstützen, aber gleichzeitig sollten wir uns nicht an irgendeine direkte Aussage über unsere ablehnende Haltung dazu binden, um nicht feindliche Reaktionen gegen uns von Seiten der herrschenden Kreise der arabischen Länder, der arabischen Presse und der Engländer hervorzurufen.“<sup>93</sup>

Am 22. März 1945 schloss sich eine Reihe arabischer Staaten tatsächlich zur Arabischen Liga zusammen. Abgesehen von dem Umstand, dass in einigen dieser Länder noch britische Truppen stationiert waren, wurde der unabhängige Charakter dieser Organisation weiter in Frage gestellt, als Transjordanien ein Jahr später, am 22. März 1946, nach irakischem Muster, einen neuen Vertrag mit Großbritannien über Truppenstationierung und

<sup>90</sup> Anmerkungen des Leiters des Nahostreferates des NKID der UdSSR, I. V. Samylovskij, und des Gesandten der UdSSR in Ägypten, A. D. Ščiborin, an den stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, V. G. Dekanozov, 25. 11. 1944, über unsere Beziehung zur panarabischen Föderation und der Bildung eines jüdischen Staates in Palästina, in: SIO, Bd. 1, S. 108.

<sup>91</sup> Sir Anthony Eden (1897–1977), britischer Politiker der Konservativen, war seit 1935 mehrmals Außenminister und 1955–1957 Premierminister. Letztlich führten die Proteste gegen seine Ägyptenpolitik und die britisch-französische Intervention in Ägypten, die 1956 die Suezkrise auslöste, zu seinem Rücktritt.

<sup>92</sup> Rede Anthony Edens am 29. 5. 1941, in: Eden, *Freedom and Order*, S. 105.

<sup>93</sup> Anmerkungen des Leiters des Nahostreferates des NKID der UdSSR, I. V. Samylovskij, und des Gesandten der UdSSR in Ägypten, A. D. Ščiborin, an den stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, V. G. Dekanozov, 25. 11. 1944, über unsere Beziehung zur panarabischen Föderation und der Bildung eines jüdischen Staates in Palästina, in: SIO, Bd. 1, S. 109.

Militärrechte für 25 Jahre abschloss. Zudem war auf Sitzungen der arabischen Liga wiederholt versucht worden, linke Gruppen und Parteien zu ächten und vor allem ein Verbot für die einzig legale, die syrische und libanesische Kommunistische Partei, zu erreichen.<sup>94</sup> Die grundsätzliche, ideologisch motivierte Ablehnung von Bewegungen wie Panarabismus und Panislamismus wurde demzufolge von der UdSSR nach dem Krieg noch direkter mit der britischen Kontrolle über die arabischen Staaten begründet.<sup>95</sup> Die Skepsis richtete sich dabei gegen die Organisation der Arabischen Liga und gegen etwaige Versuche der Engländer, die Liga im Kontext anderer Projekte zu nutzen. Dies konnte zum Beispiel die Bildung Großsyriens sein oder der Zusammenschluss der Liga mit den Mitgliedsstaaten des Sa'dābād-Paktes zu einem breiten Block des Nahen und Mittleren Ostens, der letztlich aufgrund der strategischen Lage dieser Länder auch als Block gegen die Sowjetunion fungieren konnte.<sup>96</sup> Dieser Vorwurf wurde nicht zuletzt in Reden arabischer Politiker bestätigt. So warf an-Nahās England am 13. November 1946 in seiner Rede gegen den ägyptisch-britischen Verhandlungsentwurf vor, „Ägypten als Mittel zur Einflussnahme auf die Arabische Liga“ zu benutzen.<sup>97</sup> Eine Instrumentalisierung des Panislamismus, wie sie zwischenzeitlich in den 1920/30er Jahren von Moskau angestrebt worden war, stand damit außer Frage.

1947 lief alles auf das Scheitern der sowjetischen Bemühungen um die Schwächung des britischen Einflusses im Nahen Osten hinaus. Misserfolge im Iran und in der Türkei fielen zusammen mit der zunehmenden Kooperation der kapitalistischen Staaten untereinander. Ebenso schienen die Bemühungen der arabischen Unabhängigkeitsbewegungen, allen voran Ägyptens, zu stagnieren. Um einem einseitig westlichen Einfluss in der Region entgegenwirken zu können, musste Moskau eine Basis finden, die „antiimperialistischen“ Bestrebungen im Nahen Osten zu intensivieren.

## 2. Kriegskooperation im Zweiten Weltkrieg: Sowjetisch-jüdische Beziehungen

### 2.1. Die Initiative der zionistischen Bewegung

Während sich die sowjetische Politik im Wesentlichen auf eine ideologische Agitation mittels der kommunistischen Parteien bzw. der sowjetischen Organe wie VOKS und SIB beschränkte, verfolgte die Jewish Agency seit Anfang der 1940er Jahre die Strategie, die Sowjetunion im Hinblick auf die angestrebte territoriale Neuordnung im Nahen Osten zu gewinnen.<sup>98</sup> Für die zionistischen Pläne, die Besiedlung Palästinas voranzutreiben und

<sup>94</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 702, l. 13, 23. 1. 1948, der zweite Sekretär der sowjetischen Gesandtschaft in Libanon an I. N. Bakulin, Leiter der Nahostabteilung des MID, über die Auflösung der syrischen und libanesischen kommunistischen Parteien und anderer demokratischer Organisationen.

<sup>95</sup> Vgl. hierzu auch die Darstellung in der 1949 erschienenen sowjetischen Analyse zu Ägypten von Vatolina, *Sovremennyj Egipt*, S. 186ff.

<sup>96</sup> Milogradov, *Arabskij vostok v mezhdunarodnyh otnošenijach*, S. 10ff. Der Sa'dābād-Pakt war 1937 von der Türkei, Iran, Irak und Afghanistan als Nichtangriffspakt in Teheran unterzeichnet worden und wird hier als ein gegen die Sowjetunion gerichteter Pakt rezipiert.

<sup>97</sup> TNA: PRO FO 371/53317, 14. 11. 1946, (2 Seiten) Telegramm Nr. 1687 der britischen Botschaft in Kairo ans Foreign Office, Saadist, Makramite and Wafd Parties Celebrated Anniversary of National Struggle on November 13th, 1946.

<sup>98</sup> Auch vorher hatte es bereits einzelne Versuche gegeben, über Kontakte die UdSSR von der zionistischen Idee zu überzeugen. Goldmann hatte in seiner Genfer Zeit, 1934–1940, als Vertreter der Jewish Agency und des Jüdischen Weltkongresses beim Völkerbund diesbezüglich Gespräche mit dem

Unterstützung für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina zu bekommen, war die Sowjetunion von wachsender Bedeutung. Denn, so stellte Nahum Goldmann<sup>99</sup>, Mitglied der Jewish Agency und Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses, fest, „das große Hindernis war natürlich, dass wir nach wie vor die Minderheit in Palästina stellten“.<sup>100</sup> Zu Kriegsbeginn machte die jüdische Bevölkerung in Palästina mit knapp einer halben Million noch immer weniger als ein Drittel der Gesamtbevölkerung von über 1,5 Millionen Menschen aus.<sup>101</sup> In der UdSSR lebten 1941 dagegen knapp fünf Millionen Juden. Zusätzlich zu der jüdischen Bevölkerung, die 1939 mehr als drei Millionen ausmachte, waren nach den sowjetischen Okkupationen in Osteuropa im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 weitere fast zwei Millionen Juden unter sowjetische Herrschaft gekommen.<sup>102</sup> Im Bewusstsein, dass die Nachkriegspläne für einen jüdischen Staat nur eine Chance auf Verwirklichung hatten, wenn die Juden in Palästina einen großen Bevölkerungsteil bildeten, richteten die Zionisten ihre Anstrengungen vermehrt auf die Immigration auch der osteuropäischen Juden. Goldmann formulierte später rückblickend, „dass der jüdische Staat einerseits auf der finanziellen Mithilfe der amerikanischen Juden beruhen müsse, andererseits sich vom Standpunkt der Einwanderung in erster Linie auf die Juden Osteuropas werde stützen müssen.“<sup>103</sup>

Zudem änderte sich die allgemeine Lage in der Region Ende der 1930er Jahre gravierend. Die Schwierigkeiten der britischen Mandatsmacht, trotz der wachsenden Konfrontation zwischen Juden und Arabern Ordnung in Palästina zu bewahren, zeigten sich immer offensichtlicher und wurden durch die Bildung immer neuer Kommissionen, die eine Lösung für den Palästina-Konflikt erarbeiten sollten, widergespiegelt. War die Peel-Kommission<sup>104</sup> 1937 zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Teilung Palästinas unter Zwangsumsiedlung der Bevölkerung nötig sei, so wurde dieser Vorschlag von der Woodhead-Kommission<sup>105</sup> nicht zuletzt wegen der ablehnenden Haltung der Araber und der Unentschlos-

---

sowjetischen Außenminister, Maksim Litwinov, dem sowjetischen Botschafter in Paris, Vladimir Petrovič Potemkin, und dem sowjetischen Vizegeneralsekretär des Völkerbundes, Marcel Rosenberg, geführt. Hierzu z. B.: Goldmann, *Mein Leben*, S. 280f., 314f.

<sup>99</sup> Nahum Goldmann (1895–1982), zionistischer Politiker, war 1949–1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses, 1956–1968 Präsident der Zionistischen Weltorganisation.

<sup>100</sup> Goldmann, *Mein Leben*, S. 148.

<sup>101</sup> Die Gesamtbevölkerungszahl von Palästina lag bei 1 585 500, davon waren 474 102, also 29% Juden. Vgl. hierzu die Angaben in: *A Survey of Palestine*, Bd. 1, S. 141.

<sup>102</sup> Hinsichtlich der jüdischen Bevölkerungszahlen geht Grüner von 5,08 bis 5,25 Mio. Juden bis 1941 in der Sowjetunion aus. Vgl. Grüner, *Patrioten und Kosmopoliten*, S. 26f., 31f.

<sup>103</sup> Goldmann, *Mein Leben*, S. 325.

<sup>104</sup> Der Report der Palestine Royal Commission, nach ihrem Vorsitzenden auch Peel-Kommission genannt, wurde im Juli 1937 bekannt gegeben. Den Vorsitz der Kommission führte der ehemalige Staatssekretär für Indien, Lord William Robert Wellesley Peel, stellvertretender Vorsitzender war der Diplomat Sir Horace George Montagu Rumbold (ehem. Botschafter in Istanbul, Madrid und Berlin). Weiterhin gehörten der Kommission an: Sir Laurie Hammond, ehem. Gouverneur in Indien, Sir Morris Carter, ehem. Oberster Richter in den Kolonien, Sir Harold Morris, Vorsitzender des britischen Handelsgerichts, und der Oxforder Professor für Kolonialgeschichte Reginald Coupland sowie der Sekretär J. M. Martin. Der Plan sah erstmals die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Teil vor.

<sup>105</sup> Die Bildung der neuen Regierungskommission Palestine Partition Commission, nach dem Vorsitzenden Sir John Woodhead auch Woodhead-Kommission genannt, wurde im September 1937 bekannt gegeben. Aufgabe der Kommission war die Überprüfung der praktischen Umsetzung des Peel-Reports einschließlich möglicher Grenzziehungen. Vgl. *Report of the Palestine Partition Commission*, S. 171–193.

senheit der Juden bald wieder zurückgenommen.<sup>106</sup> Angesichts der Möglichkeit eines bevorstehenden Krieges versuchte Großbritannien nun, sich der arabischen Solidarität zu versichern, und verabschiedete noch im Mai 1939 das MacDonald-Weißbuch. Darin wurde ein binationaler Staat in zehn Jahren in Aussicht gestellt, die jüdische Immigration sollte auf 75 000 Immigranten in den folgenden fünf Jahren begrenzt werden und danach von arabischer Zustimmung abhängig sein. Die zionistische Bewegung war enttäuscht und fühlte sich verraten in ihren Hoffnungen auf einen eigenen unabhängigen jüdischen Staat. Die Hoffnungen, die die Zionisten jahrzehntelang aufgrund der britischen Balfour-Erklärung von 1917 über die Unterstützung für die Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina mit Großbritannien verbunden hatten, wichen dem Gefühl einer neuen Feindschaft. Die Zionistische Exekutive in Palästina kündigte an: „Die jüdischen Pioniere, die in drei Generationen ihr Können beim Aufbau des Landes bewiesen, werden mutig für die Verteidigung der Einwanderung, des Nationalheims und der Freiheit des jüdischen Volkes eintreten.“<sup>107</sup> Die militante jüdische Untergrundorganisation in Palästina, Irgun Zeva'i Le'ummi<sup>108</sup> (Abk.: IZL bzw. Ezel), die sich als terroristischer Flügel von der Haganah abgespalten hatte, nahm fortan nicht nur arabische, sondern auch britische Ziele ins Visier. Bombenattentate erfolgten gegen britische und öffentliche Einrichtungen. Im Juni 1940 spaltete sich der radikale Flügel unter dem Namen Lehi (Lohamei Herut Israel)<sup>109</sup>, nach ihrem Anführer Avraham Stern auch Stern-Gruppe genannt, ab, und als IZL mit Kriegsbeginn ihre Aktivitäten gegen britische Einrichtungen einstellte, führte Lehi den Terror fort.

Während die Jewish Agency nach Ausbruch des Krieges eine Allianz mit Großbritannien im Kampf gegen den Faschismus einging, stand für die Organisation der jüdischen Gemeinschaft gleichzeitig fest, dass der Kampf gegen das Weißbuch und für einen unabhängigen jüdischen Staat fortgesetzt werden musste, nicht zuletzt unter Nutzung der Kriegssituation. Um diesem Ziel näher zu kommen, formulierte David Ben Gurion, Vorsitzender des Exekutivkomitees der Jewish Agency und Generalsekretär der palästinensischen Gewerkschaft Histadrut, die Politik der „Rebellion durch Einwanderung“.<sup>110</sup> Die Masseneinwanderung von Juden nach Palästina über die im Weißbuch festgesetzten Quoten hinaus sollte den Druck der Weltöffentlichkeit auf Großbritannien erhöhen und zu einem britischen Kurswechsel führen.

Dieses Ziel fiel zusammen mit den Bemühungen um jüdische Flüchtlinge aus den von Nationalsozialisten besetzten Gebieten sowie um osteuropäische Juden unter sowjetischer Okkupation. Bis Kriegsende wurden um die 20 000 Flüchtlinge nach Rumänien geschleust und von dort mit Schiffen als illegale Einwanderer nach Palästina gebracht.<sup>111</sup>

<sup>106</sup> Segev, *Es war einmal ein Palästina*, S. 440f.; Goldmann, *Mein Leben*, S. 308f. Goldmann verurteilte das Zögern der Zionisten angesichts dieses Vorschlags als „große Sünde“, die auch eine „Mitschuld an der Vernichtung eines Drittels unseres Volkes“ zur Folge hatte.

<sup>107</sup> Zitiert nach Ben Gurion, *Israel*, S. 85.

<sup>108</sup> Hebr. für: „Nationale Militärorganisation“. Anführer war zunächst Vladimir Ze'ev Žabotinskij, dann ab 1943 Menachem Begin.

<sup>109</sup> Hebr. für: „Kämpfer für die Freiheit Israels“. Avraham Stern wurde im Februar 1942 von der britischen Polizei erschossen, danach wurde Lehi von einem Triumvirat geführt, von N. Fridman-Jellin, I. Schamir, I. Schajba.

<sup>110</sup> Segev, *Es war einmal ein Palästina*, S. 483, 524. Vgl. auch die Darlegungen von Meir in: Dies., *Mein Leben*, S. 160, 195.

<sup>111</sup> Ebenda, S. 500ff. Die Angaben der Flüchtlingszahlen variieren, zudem erreichten viele der Flüchtlingschiffe aufgrund der Kriegssituation oder wegen technischer Schäden ihr Ziel nicht. Das Ziel, die

Über die sowjetischen Botschaften in London und Washington versuchte die Jewish Agency seit 1940 die Zulassung der Einreise von Vertretern der zionistischen Bewegung in die UdSSR zu erreichen, um auch hier die Emigration jüdischer Flüchtlinge unterstützen zu können.<sup>112</sup> Eliahu Epstein, der Leiter der Nahostabteilung der Jewish Agency, erklärte die Dringlichkeit dieser Bemühungen mit dem „vitalen Bedarf an neuen Einwanderern für Palästina zu dieser Zeit, so dass wir [die jüdische Gemeinschaft in Palästina] die Kriegsanstrengungen steigern können: Rekrutierung für die Armee, Beschleunigung der Produktionsgeschwindigkeit in Industrie und Landwirtschaft etc.“<sup>113</sup> Bereits im Januar 1942 hieß es in einem internen sowjetischen Schreiben:

„Die palästinensischen Juden versuchen mit allen Mitteln die Genehmigung, wenn nicht für einen permanenten Vertreter in der UdSSR, so doch zumindest für einen temporären Repräsentanten, zu bekommen, der sich mit der Auswanderung von Juden aus der UdSSR nach Palästina befasst.“<sup>114</sup>

Die Bemühungen umfassten dabei die Errichtung einer zionistischen Vertretung in der UdSSR, die Ausreisebewilligung mindestens für die polnischen, möglichst aber für alle emigrationswilligen Juden und die Errichtung einer Infrastruktur für Hilfeleistungen für die jüdische Bevölkerung in der Sowjetunion. Daneben bemühte sich die Jewish Agency auch um Freilassung und Ausreise von inhaftierten Zionisten in der Sowjetunion.<sup>115</sup> Laut der „Magen“-Organisation<sup>116</sup>, einer sich für die verhafteten und verbannten Juden in der Sowjetunion einsetzenden Gesellschaft, wurden 1942 seit drei bis fünf Jahren mehrere Hundert Zionisten und jüdische Aktivisten vermisst, von denen vermutet wurde, dass sie verhaftet oder verbannt worden seien. Auch im Zuge der Annexion von Ostpolen sei es weiter zu neuen Verhaftungen gekommen.

Ein weiterer Grund für die Kontaktaufnahme war die dringende Suche nach neuen Handelskontakten. Die Wirtschaft in Palästina war seit Kriegsausbruch stark eingebrochen, wofür mehrere Faktoren verantwortlich waren. Schon der arabische Aufstand in den Jahren 1936–1939 hatte zu einem Rückgang der Einwanderungszahlen geführt, worunter nicht zuletzt vor allem die Bauindustrie litt. Der Krieg erschwerte darüber hinaus den für Palästina grundlegenden Export von Zitrusfrüchten. Das Land litt unter einer starken Re-

---

Einwanderungszahlen zu erhöhen, wurde nicht erreicht, da die Briten die geschätzten illegalen Einwanderungszahlen von den offiziellen Quoten abzogen.

<sup>112</sup> Hauptquelle zur Untersuchung der Beziehungen der Jewish Agency zur UdSSR ist folgende in Moskau auf Russisch und in Israel auf Englisch herausgekommene Dokumentensammlung: *Sovetsko-izrail'skie otnošenija*. Für die hier vorliegende Arbeit wurde die russische Ausgabe benutzt, im Weiteren als SIO angegeben, wobei ursprünglich englische Dokumente mit dem Original in der englischen Version verglichen wurden. Eine erste Auseinandersetzung mit diesen Dokumenten findet sich bei Laurent Rucker. Rucker zeichnet die Entwicklung der sowjetischen Haltung gegenüber den zionistischen Staatsgründungsplänen nach. Vgl. Rucker, *Moscow's Surprise*, passim. Eine eher populärwissenschaftliche Darstellung ohne direkte Quellennachweise bietet Mlečín, *Začem Stalin sozda Izrail'?*, passim.

<sup>113</sup> Geheimerbericht E. Epsteins an M. Schertok, 25. 1. 1942, über die Verhandlungen mit dem sowjetischen Botschafter in Ankara, in: SIO, Bd. 1, S. 31f.

<sup>114</sup> F. T. Gusev an A. Ja. Vyšinskij, 20. 1. 1942, über den Vorschlag des Repräsentanten der Jewish Agency in Palästina bezüglich Emigration und Kolonisation, in: SIO, Bd. 1, S. 27.

<sup>115</sup> Telegramm I. J. Lintons, Jewish Agency in London, an M. Schertok, 2. 8. 1941, über die Forderungen an die UdSSR zur Legalisierung des Zionismus und der Zulassung der Emigration, in: SIO, Bd. 1, S. 19f.; Brief der „Magen“-Organisation an M. Schertok, den Leiter der politischen Abteilung der Jewish Agency für Palästina, 18. 6. 1942, in: SIO, Bd. 1, S. 44f.

<sup>116</sup> Magen David Adom (MDA) [Roter Schild Davids] ist eine 1930 in Palästina gegründete jüdische Hilfsorganisation.

zession und erreichte im August 1940 einen neuen Höhepunkt der Arbeitslosigkeit.<sup>117</sup> Um diesen Problemen zu begegnen, knüpfte die Jewish Agency Kontakte zur Sowjetunion sowohl in der Hoffnung, hier Unterstützung für die Immigration der osteuropäischen Juden zu bekommen, als auch, um einen Abnehmer für Agrarerzeugnisse, vor allem Zitrusfrüchte, zu gewinnen.<sup>118</sup> Die UdSSR ging zwar nicht auf die Handelsvorschläge ein, aber die Jewish Agency und palästinensische Firmen traten ab Ende 1941 mit neuen Handelsideen an die Sowjetunion heran. Die Industrie entwickelte sich und steigerte unter anderem die chemische und pharmazeutische Produktion. So hoffte man über medizinische Versorgung und Medikamente Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion aufbauen zu können.<sup>119</sup> Tatsächlich wurde aufgrund der Nachfragen bereits Anfang 1942 von sowjetischen Behörden angedacht, einen Wirtschaftsattaché nach Palästina zu schicken. Sowjetische Handelsinteressen betrafen dabei v.a. den Bezug von medizinischen Instrumenten und Waren der Pharmaindustrie und zum anderen die hohe Nachfrage nach sowjetischen Filmen in Palästina.<sup>120</sup> Im Januar 1942 – also zu einem Zeitpunkt, zu dem die UdSSR auch nach Ägypten noch keinen Kinoexport tätigte – stellte der sowjetische Handelsattaché in Istanbul A. Potapov fest, dass „immer mehr Bestellungen von Kinoinhabern, besonders aus Tel Aviv, eintreffen.“<sup>121</sup> Dieses Interesse steigerte sich im Laufe der Kriegsjahre, so dass im Juni 1946 in der Sowjetunion konstatiert wurde, dass angesichts „des großen Interesses, das in Palästina an sowjetischen Filmen bekundet wird“, die Förderung der Filmverbreitung in Palästina große Bedeutung für die UdSSR hätte.<sup>122</sup> Im Krieg sollte der Export sowjetischer Filme nicht nur ein wichtiges sowjetisches Propagandainstrument, sondern auch ein Mittel für den Erwerb von Pharmaerzeugnissen sein. Ein umfassender Warenaustausch konnte ansonsten nicht zustande kommen, weil die Sowjetunion die aus Palästina angefragten Waren nicht aufbringen konnte und das Kriegsgeschehen den Austausch zusätzlich erschwerte.

Nach den ersten Anfragen der Jewish Agency fanden im Laufe der Kriegsjahre zahlreiche Treffen mit sowjetischen Diplomaten statt. In Washington ergriffen Nahum Goldmann und Rabbi Wise, der Begründer der Federation of American Zionists,<sup>123</sup> die Initiative zu Treffen mit den sowjetischen Botschaftern in den USA, Konstantin A. Umanskij<sup>124</sup> (1939–

<sup>117</sup> Segev, *Es war einmal ein Palästina*, S. 488.

<sup>118</sup> Moskau lehnte den Handel ab, da man keine Zitrusfrüchte importieren wollte. Vgl. Notizen I. M. Majskijs, 3. 2. 1941, über sein Gespräch mit Ch. Weizmann Ende Januar in London, in: SIO, Bd. 1, S. 15f. Zitrusfrüchte machten um 1936 ca. 80% des Exportgewinns aus, heißt es in statistischen Angaben eines sowjetischen Memorandums über Palästina. Siehe hierzu: Aus den Notizen des Vorsitzenden der Kommission zur Vorbereitung der Friedensverträge und einer Nachkriegsregelung, M. M. Litvinov, „Die Palästinafrage“, 27. 7. 1945, in: SIO, Bd. 1, S. 117.

<sup>119</sup> Geheimbericht S. I. Kavtaradzės an den stellvertretenden Volkskommissar A. Ja. Vyšinskij, 31. 12. 1941, in: SIO, Bd. 1, S. 25f.

<sup>120</sup> Geheimbericht E. Epsteins an M. Schertok, 25. 1. 1942, über die Verhandlungen mit dem sowjetischen Botschafter in Ankara, in: SIO, Bd. 1, S. 36f.

<sup>121</sup> Ebenda, S. 36f.

<sup>122</sup> Geheimer Brief M. A. Kostylevs an S. I. Kavtaradze, 22. 7. 1942, über Epsteins Gespräche in der Türkei und palästinensische Handelsinteressen, in: SIO, Bd. 1, S. 46.

<sup>123</sup> Rabbi Stephen Samuel Wise war Begründer und erster Sekretär der Federation of American Zionists. Außerdem war Rabbi Wise Vorsitzender des Provisional Executive Committee for General Zionist Affairs.

<sup>124</sup> Konstantin A. Umanskij (1902–1945) war von 1939 bis 1941 sowjetischer Botschafter in den USA, danach ging er als Botschafter nach Mexiko (1941–1944).

1941), Maksim M. Litvinov<sup>125</sup> (1941–1943) und Andrej A. Gromyko (1943–1946). David Ben Gurion, Chaim Weizmann, Präsident der Zionistischen Weltorganisation, und Selig Brodecki, Leiter der politischen Abteilung der Jewish Agency, arrangierten neben Zusammenkünften mit den sowjetischen Botschaftern in den USA insbesondere Treffen mit dem sowjetischen Botschafter in London, Ivan Majskij<sup>126</sup>. Darüber hinaus baute Eliahu Epstein Kontakte zum sowjetischen Botschafter in Ankara, Sergej A. Vinogradov (1940–1948), auf. Insbesondere nach dem Krieg wurde die sowjetische Botschaft in Kairo für den Informationsaustausch genutzt. Von Beginn an lag all diesen Gesprächen eine weitere, wesentliche Dimension zugrunde: Die Sowjetunion sollte über die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina und die Lage in Palästina informiert und so von der Unterstützung für einen jüdischen Staat überzeugt werden.<sup>127</sup> Neben der Betonung des Nutzens eines jüdischen Staates in Palästina für die UdSSR präsentierten die Zionisten auch andernorts konkrete Vorstellungen, wie ihrer Meinung nach eine effektive Lösung für Palästina aussehen sollte. Ben Gurion hatte 1939 schon Lord Robert Peel, dem Vorsitzenden der nach ihm benannten Kommission, erklärt, dass allein im westlichen Teil Palästinas Platz für ca. vier Millionen Juden sei. Weizmann legte gegenüber dem britischen Marineminister Winston Churchill im Dezember 1939 dar, dass nach dem Krieg in Palästina ein Staat mit vier bis fünf Millionen Juden aufgebaut werden sollte.<sup>128</sup> Die gleichen Zahlen nannte er im Januar 1941 gegenüber dem sowjetischen Botschafter in London, Ivan Majskij.<sup>129</sup> Zur Rettung der europäischen Juden vor dem Holocaust, und vor allem der polnischen Juden, wollte er „eine Million Araber, die derzeit in Palästina leben, aus Palästina in den Irak umsiedeln und in den von ihnen bewohnten Gebieten 4–5 Millionen Juden aus Polen und anderen Ländern ansiedeln“.<sup>130</sup> Die arabischen Palästinenser sollten gegen finanzielle Kompensation in die arabischen Staaten Transjordanien, Irak oder Saudi-Arabien umgesiedelt werden. Auch Goldmann betonte in seinen Memoiren die Notwendigkeit der Umsiedlung.<sup>131</sup>

<sup>125</sup> Maksim M. Litvinov (1876–1951) war bis 1939 sowjetischer Außenminister. Von 1941 bis 1943 war er Botschafter in den USA. Nach seiner Rückkehr nach Moskau war Litvinov als stellvertretender Außenminister an den Nachkriegsplanungen beteiligt.

<sup>126</sup> Nach Majskijs Rückkehr nach Moskau im August 1943 wurde F. T. Gusev zum sowjetischen Botschafter in London ernannt (1943–1945).

<sup>127</sup> Die kurze Darstellung dieser ersten Kontakte bei Peter Brod betont das Interesse der Sowjetunion an Palästina und legt eine sowjetische Initiative nahe, eine These, die sich aufgrund der Dokumente nicht erhärten lässt. Vgl. Brod, *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR*, S. 43f.

<sup>128</sup> Weizmann, *Memoiren*, S. 611.

<sup>129</sup> Hierzu werden unterschiedliche Zahlen genannt, die zwischen 2 und 4,5 Mio. Juden für die nächsten Jahre variieren. Über das Gespräch liegen Berichte beider Seiten vor. Weizmann gibt an von 2 Mio. gesprochen zu haben, während Majskij ihn mit der Angabe von 4 bis 5 Mio. zitiert. Letzteres wird auch bei Ben Gurion sowie in Weizmanns *Memoiren* wiederholt. Vgl. dazu die beiden folgenden Dokumente: Sitzungsprotokoll des Londoner Vorstandsbüros der Jewish Agency für Palästina, 30. 1. 1941, in: SIO, Bd. 1, S. 14; Notizen zum Gespräch des generalbevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Großbritannien, I. M. Majskij, mit dem Präsidenten der zionistischen Weltorganisation, Ch. Weizmann, 3. 2. 1941, in: SIO, Bd. 1, S. 17. Wissenschaftliche Untersuchungen zu den Bevölkerungskapazitäten, z. B. hinsichtlich der Wasserwirtschaft, gingen von mindestens 2,5 Mio. Menschen aus. Siehe hierzu z. B. den Brief des Vorstandsvorsitzenden der Jewish Agency für Palästina, D. Ben Gurion, an den stellvertretenden Volkskommissar für Internationale Angelegenheiten der UdSSR, I. M. Majskij, 8. 8. 1944, in: SIO, Bd. 1, S. 93.

<sup>130</sup> Notizen I. M. Majskijs über sein Gespräch mit Weizmann Ende Januar in London, 3. 2. 1941, in: SIO, Bd. 1, S. 17.

<sup>131</sup> Goldmann, *Mein Leben*, S. 148.

Die Bemühungen, die UdSSR von diesen Zielen zu überzeugen, waren vielseitig. Man nahm Kontakte auf, verfasste Memoranden, Bulletins und Zeitschriften und unterstützte die sowjetischen Kriegsanstrengungen. Ziel war es, die Sowjetunion auf eine mögliche Abstimmung über die Lösung der Palästinafrage vorzubereiten. Die UdSSR wurde aufgefordert, Entscheidungsträger zu werden und ihrer Rolle als Großmacht gerecht zu werden. So heißt es in einem Memorandum an die sowjetische Regierung:

„Die UdSSR, in der selbst fast ein Drittel der Juden der Welt leben und die in direkter Nachbarschaft zu den Ländern gelegen ist, in denen das Problem am aktuellsten ist, muss als eine der Großmächte, die verantwortlich für die Friedensarrangements sein werden, an der zionistischen Lösung der Judenfrage interessiert sein.“<sup>132</sup>

In ihrer Argumentation hoben die Zionisten den direkten strategischen, großmachtpolitischen Nutzen eines jüdischen Staates in Palästina wie auch die ideologischen Vorteile für die UdSSR hervor: Die Darstellungen von Gemeinsamkeiten mit der UdSSR im Aufbau einer „fortschrittlichen“ Gesellschaftsordnung, der Kampf gegen die britische Fremdbestimmung sowie die Betonung des jüdischen Einflusses und der Möglichkeiten der Unterstützung sowjetischer Interessen kamen zur Sprache.

Die Betonung der Gemeinsamkeiten in den Gesprächen ist angesichts der geschichtlichen Hintergründe der jüdisch-sowjetischen Beziehungen von besonderem Gewicht. Ein Großteil der Juden weltweit lebte in der UdSSR oder in Osteuropa und viele der nach Palästina ausgewanderten Juden stammten ursprünglich aus dem Zarenreich und sprachen Russisch. Gleichzeitig war Antisemitismus, wie bereits geschildert,<sup>133</sup> ein prägender Faktor der russischen Geschichte. Viele ausgewanderte Juden waren von Kindheit an von diesen Erfahrungen geprägt, gleichzeitig aber auch von den politischen und gesellschaftlichen Ideen in der Sowjetunion beeinflusst. Deutlich wurde dieser Faktor in den Gesprächen der Jewish Agency mit sowjetischen Diplomaten hervorgehoben. Sie konstatierte die enge, oft persönliche Bindung vieler Juden in Palästina an die sowjetische Gesellschaft. „Die überwiegende Mehrheit der Anhänger des Zionismus hat enge persönliche und familiäre Verbindungen mit der UdSSR und ein besonderes Interesse an und besondere Sympathie für die sowjetische Bevölkerung.“<sup>134</sup>

Dennoch überrascht es, dass gerade zwei sehr westlich orientierte Repräsentanten der Jewish Agency, Chaim Weizmann und David Ben Gurion, in besonderem Maße die Vergleichbarkeit der gesellschaftlichen Systeme der UdSSR und der jüdischen Gemeinschaft in Palästina, des „Jischuvs“<sup>135</sup>, hervorgehoben haben. Aus den Gesprächsaufzeichnungen geht hervor, dass sie immer wieder Parallelen zogen und den Wert der jüdischen Gesellschaft in Palästina für die UdSSR betonten. Das Ziel formulierte Ben Gurion 1941 ganz konkret, nämlich „dafür zu sorgen, dass Moskau eine klare Vorstellung von der Bedeutung der Arbeiterbewegung in Palästina hat, und was diese für das jüdische Volk und für die Arbeiterbewegung im Allgemeinen bedeutet“.<sup>136</sup> Dementsprechend war es den zionisti-

<sup>132</sup> Brief Ch. Weizmanns an I. Majskij, 2. 3. 1942, Bereitstellung eines Memorandums über die UdSSR und zionistische Ziele, in: SIO, Bd. 1, S. 43.

<sup>133</sup> Vgl. Kapitel I.3.1., S. 40.

<sup>134</sup> Brief Ch. Weizmanns an I. Majskij, 2. 3. 1942, Bereitstellung eines Memorandums über die UdSSR und zionistische Ziele, in: SIO, Bd. 1, S. 39.

<sup>135</sup> Die Eigenbezeichnung der jüdischen Gemeinde in Palästina „Jischuv“ bedeutet auf Hebräisch „bewohntes Land, Siedlung“. Die Bezeichnung ist umstritten in Israel, da sie impliziert, dass das Land vorher unbesiedelt, nicht bewohnt war. Siehe hierzu Segev, Es war einmal ein Palästina, S. 25.

<sup>136</sup> Geheimbericht D. Ben Gurions über sein Gespräch mit I. Majskij, 9. 10. 1941, in: SIO, Bd. 1, S. 24.

sehen Gesandten wichtig, z. B. Majskij – der als einer der wichtigsten Diplomaten Hauptansprechpartner der Jewish Agency war – davon zu überzeugen, dass „die zionistische Bewegung nie gegen die sowjetische soziale Philosophie eingestellt war“.<sup>137</sup> Im Gegenteil, so Weizmanns Argument, ihre wichtigsten Elemente seien im nationalen Konzept der Zionisten enthalten. Ebenso sprach Ben Gurion gegenüber Majskij über die Ernsthaftigkeit, mit der die Zionisten in Palästina ihre sozialistischen Ziele verfolgen würden. Des Langen und Breiten führte er aus – wie auch Weizmann in früheren Gesprächen –, dass ein Viertel der jüdischen Bevölkerung Palästinas Mitglied der Gewerkschaft und die Mehrheit der von der Zionistischen Organisation gegründeten Siedlungen Arbeitersiedlungen seien. Die Basis sei die kollektive Siedlung, die Kommune. Zwar würden sie sich von den Kommunisten in Russland und auch von „continental or British labour“ unterscheiden, doch Ben Gurion hob die Zielstrebigkeit der Bewegung hervor: „Tatsache sei, dass wir in Palästina bereits den Kern eines sozialistischen Commonwealth aufgebaut hatten“.<sup>138</sup> Ebenso zeichnete er auch in Bezug auf die Zukunftsaussichten ein für die Sowjetunion positives Bild. In seinem Bericht über das Gespräch fasste er seine eigene Prognose zusammen, die er Majskij gegenüber vorgebracht habe:

„Sobald der Krieg vorbei sei – unabhängig von der britischen Politik in Palästina – würde unsere Gemeinschaft wachsen. Das sei lebenswichtig für unser ganzes Volk, und – wie ich annahm – bedeutsam für die internationale Arbeiterbewegung, da wir die einzige organisierte Arbeiterbewegung im ganzen Nahen Osten seien.“<sup>139</sup>

Auch Moshe Shertok<sup>140</sup>, Mitglied der Exekutive der Jewish Agency und Leiter der politischen Abteilung, wiederholte, wenn auch vorsichtiger, diesen Standpunkt in seinem Gespräch mit Majskij im Januar 1943. Neben seinem Anliegen, von der Notwendigkeit jüdischer Immigration nach Palästina zu überzeugen, beklagte er allerdings den Mangel an Austausch mit der sowjetischen Regierung.

„Bis jetzt hat es keine Beziehungen zwischen uns und Sowjetrußland gegeben – und nicht wir sind schuld daran. In unserem Land verfolgt man mit großem Enthusiasmus und Sympathie den Kampf, der von der Sowjetunion geführt wird, und die Standfestigkeit aller Schichten der sowjetischen Gesellschaft. Wir haben ein großes und starkes Proletariat. Es ist das Rückgrat des Jischuv. Es stimmt nicht in jedem politischen und sozialen Thema mit Ihnen überein. Es ist unabhängig [...]. Aber es hat hohe Achtung dafür, wie Sie Ihre Gesellschaft, Ihre Regierung aufbauen, und, abgesehen von allen Unterschieden, sieht es sich selbst zugehörig zum gleichen Lager wie Sie. Und es gibt noch eine allgemeinere Angelegenheit: Palästina ist klein and wir sind wenige, aber wir sind nicht nur Palästina, sondern auch die Zukunft dieses Landes. In der Tat trennt uns nicht vieles, und es ist höchstwahrscheinlich, dass es in der Zukunft zu Verbindungen zwischen uns kommt und eine Interessengemeinschaft entsteht.“<sup>141</sup>

Explizite Erwähnung fanden in den Gesprächen mit sowjetischen Diplomaten auch die als Feindschaft dargestellten Differenzen mit Großbritannien. Wiederholt wurden die Weißbuch-Politik der britischen Mandatsregierung und die fehlende Bereitschaft der Briten, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen, kritisiert. Die Mitglieder der Jewish Agency

<sup>137</sup> Brief Ch. Weizmanns an I. Majskij, 2. 3. 1942, Bereitstellung eines Memorandums über die UdSSR und zionistische Ziele, in: SIO, Bd. 1, S. 38f.

<sup>138</sup> Geheimbericht D. Ben Gurions über sein Gespräch mit I. Majskij, 9. 10. 1941, in: SIO, Bd. 1, S. 23.

<sup>139</sup> Ebenda, S. 24.

<sup>140</sup> Moshe Shertok (1894–1965) nahm nach der Staatsgründung Israels den Namen Moshe Sharett an. Er war Israels erster Außenminister und hatte dieses Amt bis 1956 inne.

<sup>141</sup> Bericht M. Schertoks zur Versammlung des Exekutivkomitees der Histadrut, 29. 4. 1943, in: SIO, Bd. 1, S. 71f.

warfen der britischen Mandatsverwaltung „politische Vorurteile“ vor, die eine gute Kooperation und jüdische Kriegsbeteiligung behindern würden.<sup>142</sup>

Laut Weizmann waren die Briten schlicht überfordert im Umgang mit Juden. Während es ein Leichtes sei, Araber zu beherrschen, sei dies mit Juden in Palästina kaum möglich. „Die Briten – und besonders ihre kolonialen Verwaltungsbeamten – mögen Juden nicht. [...] Es ist so: die palästinensischen Araber sind die Versuchskaninchen, die der Verwaltungsbeamte gewöhnt ist, aber im Gegensatz dazu treibt ihn der Jude zur Verzweiflung.“<sup>143</sup> Insofern sei fraglich, was ein britischer Sieg im Krieg den Juden zu bieten habe. Bei einem neuerlichen Treffen, das Weizmann mit Majskij vereinbart hatte, nachdem am 24. August 1941 ein gemeinsamer Aufruf bekannter jüdischer Persönlichkeiten in Moskau erfolgt war, der für die Unterstützung der sowjetischen Kriegsanstrengungen gegen das nationalsozialistische Deutschland warb,<sup>144</sup> hob Weizmann hervor, dass im Gegensatz zu England, wo Juden keine Möglichkeit hätten, ihre Haltung zum Krieg zu zeigen, die jüdische Stimme aus der Sowjetunion so stark zu hören sei.<sup>145</sup> Solchen Aussagen lag zum einen zugrunde, dass Juden in Palästina in den britischen Armeeeinheiten kämpften, aber keine eigenen jüdischen Truppeneinheiten bekamen, und zum anderen gingen sie auf den Kampf gegen das britische Weißbuch zurück. Gerade Weizmanns Darlegungen sind dabei aus zwei Gründen besonders interessant. Zum einen unterhielt Weizmann engste Kontakte vor allem zur britischen und auch zur amerikanischen Regierung und hoffte bis zuletzt auf deren Unterstützung in Palästina. Zum anderen finden seine Gespräche und Kontakte zur UdSSR wie auch die sowjetische Unterstützung der israelischen Staatsgründung überhaupt keine Erwähnung in seinen Memoiren. Diese wurden zwar 1950 in einer Phase publiziert, in der sich die israelisch-sowjetischen Beziehungen stark verschlechtert hatten, Weizmann hatte sie aber weitgehend in der entscheidenden Phase selbst, nämlich bis Ende 1947, geschrieben. Weder die zahlreichen Kontakte oder die diplomatische Unterstützung durch die UdSSR werden jedoch erwähnt, noch die spätere für das Überleben des israelischen Staates entscheidende Militärhilfe aus dem Ostblock.<sup>146</sup>

Neben der Betonung des sozialen Fortschritts und der Nähe zu sowjetischen Gesellschaftsprinzipien sowie der Feindschaft zur britischen Mandatsverwaltung wurden auch immer wieder Bemühungen der Jewish Agency eingebracht, der UdSSR Unterstützung im Krieg zu leisten. Die Hilfe erfolgte auf zwei Wegen. Die Jewish Agency bemühte sich um die Mobilisierung jüdischer Gruppen in Amerika, um Gelder für die sowjetischen Kriegsanstrengungen zu sammeln. Weiterhin zeigte sich aber auch die jüdische Gemeinde in Palästina aktiv.

Bei seiner zweiten Zusammenkunft mit Majskij nach dem Aufruf der sowjetischen Juden im August 1941 brachte Weizmann seine Begeisterung für das Engagement der sowjetischen Juden zum Ausdruck und äußerte die Ansicht, dass eine Aktivierung auch der ame-

<sup>142</sup> Z.B. Bericht M. Schertoks beim Vorstandstreffen der Histadrut, 29.4.1943, über sein Gespräch mit I. Majskij, in: SIO, Bd. 1, S. 72.

<sup>143</sup> Diese Auffassung findet sich interessanterweise auch in Goldmanns Memoiren in einer sehr ähnlichen Darstellung. Vgl. im Detail: Goldmann, *Mein Leben als deutscher Jude*, S. 304; Notizen I. Majskijs über sein Gespräch mit Ch. Weizmann Ende Januar in London, 3.2.1941, in: SIO, Bd. 1, S. 16f.

<sup>144</sup> Der Aufruf jüdischer Persönlichkeiten war vom NKID organisiert worden und hatte den Zweck, weltweit Hilfe für die Kriegsanstrengungen zu generieren. Der Text ist nachzulesen bei Ainsztein, *Soviet Jewry in the Second World War*, S. 272f.

<sup>145</sup> Geheimes Eiltelegramm I. Majskijs vom 2.9.1941 an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten über sein Gespräch mit Ch. Weizmann, in: SIO, Bd. 1, S. 21.

<sup>146</sup> Weizmann, *Memoiren*, passim.

rikanischen Juden großen Einfluss auf das öffentliche Interesse in den USA haben könnte. Einen Monat später, im Oktober 1941, erkundigte sich Ben Gurion bei Majksij, wie die jüdische Gemeinschaft im Krieg helfen könne. Neben der Rekrutierung jüdischer Soldaten für die britische Armee in Palästina gebe es sicherlich auch außerhalb Palästinas die Möglichkeit, etwas zu tun. Die Jewish Agency im Gegenzug hoffe, Moskau von der bedeutenden Rolle der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina überzeugen zu können. Majksij griff dieses Angebot sofort auf: „Sie gehen nach Amerika. Sie werden uns einen großen Dienst erweisen, wenn Sie den Amerikanern deutlich machen, wie dringend wir Hilfe brauchen; wir brauchen Panzer, Waffen und Flugzeuge – so viele wie möglich, und vor allem so schnell wie möglich.“<sup>147</sup> Selbst erklärte er sich bereit, die Informationen über Palästina, die Kollektivsiedlungen und die jüdische Arbeiterbewegung mit seinen Empfehlungen an Moskau weiterzuleiten. Aus den Dokumenten geht nicht hervor, inwieweit Ben Gurion der Bitte nachgegangen ist oder erfolgreich war. Ab 1942 aber wurden von amerikanischen jüdischen Organisationen wie dem Jewish Council of the Fund for Aid to Russia Einladungen an das im April 1942 gegründete Jüdische Antifaschistische Komitee (EAK)<sup>148</sup> gerichtet. „Wir möchten Sie nachdrücklich überzeugen, dass es für Sie wichtig ist, in die USA zu kommen und eine Rundreise durch das Land zu unternehmen. Das Jewish Council for Russian War Relief könnte große Summen Geld sammeln und helfen, das jüdische Volk zu vereinen“<sup>149</sup>, heißt es in einem Brief. Es war eine Initiative, die die Möglichkeit finanzieller Unterstützung für die Sowjetunion im Krieg aufzeigte und nicht zuletzt auf die Anregung Nahum Goldmanns, Mitglied der Jewish Agency und Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses, zurückzuführen war. Goldmanns Ziel war es, den Kontakt zu den sowjetischen Juden auszubauen und die Verbindung der Juden untereinander zu stärken.<sup>150</sup>

Neben der Mobilisierung jüdischer Unterstützung weltweit verfolgte die jüdische Gemeinde in Palästina Hilfsaktivitäten. Die Histadrut zeigte schon 1941 kleinere Gesten der Unterstützung. Die Gewerkschaft sammelte unter ihren Mitgliedern Gelder, und im August 1942 konnte Berl Locker, der Leiter der politischen Abteilung der Jewish Agency in London, Majksij einen Scheck über 10 000 englische Pfund für das sowjetische Rote Kreuz überreichen.<sup>151</sup> In Palästina wurde außerdem 1942 das Volkskomitee zur Unterstützung der Sowjetunion, genannt die V-League, gegründet, welches innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Palästina Spenden für die UdSSR organisierte und so von 1943 an in der Lage war, medizinische Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.<sup>152</sup> Insgesamt gelang es der

<sup>147</sup> Geheimbericht D. Ben Gurions über sein Gespräch mit I. Majksij, 9. 10. 1941, in: SIO, Bd. 1, S. 24.

<sup>148</sup> Evrejskij Antifašistskij Komitet (EAK): Das Jüdische Antifaschistische Komitee wurde gleichzeitig mit anderen antifaschistischen Komitees (der Wissenschaftler, Frauen, Jugend und Slawen) 1942 gegründet. Die Aufgabe war, durch Propaganda und Lobbyarbeit die Unterstützung für die UdSSR im Krieg zu gewinnen. Zu den Anfängen des EAK siehe: Redlich/Kostyrčenko, Evrejskij Antifašistskij Komitet, passim; Redlich, The Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR, S. 56f.

<sup>149</sup> S. A. Lozovskij an V. M. Molotov und A. S. Ščerbakov, 10. 3. 1943, über die Einladung des Jewish Councils of the Fund for Aid to Russia an Michoëls und Fefer vom Jüdischen Antifaschistischen Komitee, in: SIO, Bd. 1, S. 68.

<sup>150</sup> Goldmann, Mein Leben, S. 323ff.

<sup>151</sup> Hen-Tov, Contacts between Soviet Ambassador Maisky and Zionist Leaders, S. 50.

<sup>152</sup> Das Volkskomitee zur Unterstützung der Sowjetunion, V-League, wurde am 25. 8. 1942 gegründet. Von der UdSSR wurde es aufgrund des zionistischen Charakters eher skeptisch beurteilt. Die V-League bestand aus diversen sozialistischen Gruppierungen und Parteien und war eine der Histadrut nahestehende Organisation. Das V stand für Victory. Zu den Aufgaben gehörte auch die Kontaktaufnahme zum EAK und zu VOKS.

V-League dreimal, fahrende Ambulanzen, medizinische Ausrüstung und Medikamente an das sowjetische Rote Kreuz in Teheran zu übergeben. Auch die Begegnungen im Iran zwecks Übergabe der Hilfssammlungen wurden zur Informationsweitergabe an die sowjetischen Repräsentanten genutzt. So geht aus einem Bericht des sowjetischen Kontaktmanns Malyšev Ende 1944 hervor, dass er in Teheran ein Buskrankenhaus als Spende der jüdischen Arbeiter Palästinas für die Rote Armee entgegengenommen habe und dabei intensiv von einem Mitglied der gemischten jüdischen Delegation namens Cohen über die Arbeiterbewegung in Palästina und ihre Entwicklung informiert worden sei. Hierbei handelte es sich um Aharon Cohen, welcher der Hashomer Hatzá'ir (Junger Wächter), einer linkszionistischen Jugendorganisation, angehörte, die sich später mit anderen Gruppen, vor allem der Poalei Zion zur marxistisch-zionistischen Vereinten Arbeiterpartei (MAPAM) zusammenschloss. Cohen betonte die breiten Aktivitäten der Gewerkschaft in Palästina, ihren politischen und kulturellen Einfluss und die lebendige Streikkultur und gab Erläuterungen zu den politischen Parteien Palästinas. Zudem brachte Cohen den Wunsch „nicht nur aller Mitglieder seiner Partei, sondern auch einer großen Anzahl von Juden“<sup>153</sup> nach vielfältigen Kontakten mit der UdSSR zum Ausdruck. Auch nach dem Krieg wandte sich die Hashomer Hatzá'ir weiter an die Sowjetunion, z. B. im Februar 1947 mit einem Aufruf an das ZK der KPdSU (b), in dem sie ihren Kampf gegen „den faschistischen Terror“ und die „terroristischen Banden“ in Palästina betonte und Unterstützung für die jüdische Immigration forderte, um den Kampf zu intensivieren.<sup>154</sup> Der US-amerikanische Historiker Arnold Kramer zeigte anhand von anderen Beispielen ebenfalls auf, dass sich Mitglieder der Hashomer Hatzá'ir unabhängig von der Jewish Agency aktiv für Kontakte zu osteuropäischen Staaten engagiert haben.<sup>155</sup> Die Bemühungen der jüdischen Gemeinschaft in Palästina für die Kriegshilfe wurden auch in Memoranden an die sowjetische Regierung hervorgehoben, um der Forderung nach einem jüdischen Staat zusätzliches Gewicht zu verleihen.

„Auf der anderen Seite tun und taten von allen Völkern des Nahen Ostens allein die Juden mit Demut und Leidenschaft alles, was in ihrer Macht steht im gemeinsamen Kampf gegen die Achse – und das trotz aller Hindernisse, die eine engstirnige Kolonialverwaltung der vollen Mobilisierung von Arbeitskraft und Ressourcen in den Weg gelegt hat. Unter dem Gesichtspunkt, die Position der Alliierten im Nahen Osten zu sichern und die fortschrittlichen Elemente dort zu stärken, ist die Entwicklung eines starken jüdischen Palästinas von essentieller Bedeutung.“<sup>156</sup>

## 2.2. Reaktionen aus Moskau

Für die Sowjetunion waren die Kontakte zur Jewish Agency vor allem im Kontext mit den Kriegsbemühungen zu sehen und standen hier nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Neubewertung der jüdischen Gemeinschaft, die z. B. zur Entstehung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees geführt hatte. Die Wirkung der jüdischen Kulturarbeit und

<sup>153</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 8, ll. 4–10, Dezember 1944, Bericht Malyševs ans CK VKP (b) über die Zusammenkunft mit Cohen, Mitglied der jüdischen Delegation und Leiter der Hashomer Hatzá'ir, einer links-politischen Partei Palästinas, in Teheran.

<sup>154</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, l. 4, 13. 2. 1947, Aufruf der Hashomer Hatzá'ir an das CK der VKP (b).

<sup>155</sup> Kramer, *The Forgotten Friendship*, S. 35ff.

<sup>156</sup> Brief N. Goldmanns an E. Beneš, 27. 5. 1943, Anlage: Memorandum über die Zionistischen Beziehungen mit Sowjetrußland, in: SIO, Bd. 1, S. 80.

Agitation auf die großen jüdischen Gemeinden in den USA und in England sollten den Kriegsanstrengungen der UdSSR dienen. Nichtsdestoweniger wuchs die Bedeutung Palästinas und der jüdischen Gemeinschaft während des Krieges so stark an, dass sie Teil der sowjetischen Nachkriegsplanung wurden.

Ab 1942 zeigten sich die ersten Ergebnisse der Kontaktanstrengungen der Jewish Agency. Bereits Anfang des Jahres wurde aufgrund der wiederholten Nachfrage tatsächlich von sowjetischen Behörden angedacht, einen Wirtschaftsattaché nach Palästina zu schicken. Allerdings lag diesem Ansinnen neben den wirtschaftlichen Interessen insbesondere auch die politische Bedeutung von Kontakten zugrunde. So folgte der Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft in der Türkei, M. Kostylev, in einem Bericht an das NKID, dass „bei palästinensischen Firmen und Händlern ein großer Wunsch besteht, Handelsbeziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen. Ich glaube, dass dieser Fakt eher politische als wirtschaftliche Bedeutung für uns hätte“.<sup>157</sup> Die Entsendung eines „sowjetischen Menschen, wenn auch nur als ständiger Vertreter irgendeiner sowjetischen Handelsorganisation“<sup>158</sup>, würde daher auch der Umsetzung der politischen Interessen dienen. Moskau konzentrierte sich vor allem auf Informationen über die soziale und politische Entwicklung Palästinas. Im August 1942 besuchten anlässlich der Eröffnung der V-League erstmals sowjetische Diplomaten Palästina.<sup>159</sup> Die V-League hatte die sowjetischen Repräsentanten eingeladen, wobei der Besuch aufgrund der engen organisatorischen Verknüpfung auch diverse Gespräche mit Vertretern der Jewish Agency und Kontakte zur offiziellen jüdischen Vertretung in Palästina, der Va'ad Leumi (Nationales Komitee), beinhaltete. Noch im selben Jahr, im Oktober 1942, begann VOKS, die allsowjetische Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland, auf Anfrage der V-League Broschüren, Fotoalben und andere Informationsmaterialien nach Palästina zu schicken.<sup>160</sup>

1943 wurden weitere Initiativen der Jewish Agency von der Sowjetunion aufgegriffen. Nachdem noch 1942 die Einladung, eine Delegation des Jüdischen Antifaschistischen Komitees in die USA zu schicken, abgelehnt worden war, entschied sich das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten im März 1943 für einen solchen Besuch.<sup>161</sup> Auslöser war eine erneute Einladung im Frühjahr 1943, in der das Jewish Council of the Fund for Aid to Russia auf die Bedeutung direkter Kontakte abgehoben hatte: „Wir möchten Sie nachdrücklich überzeugen, dass es für Sie wichtig ist, in die USA zu kommen und eine Rundreise durch das Land zu unternehmen. Das Jewish Council for Russian War Relief könnte große Summen Geld sammeln und helfen das jüdische Volk zu vereinen“.<sup>162</sup>

<sup>157</sup> Geheimer Brief M. A. Kostylevs an S. I. Kavtaradze, 22.7.1942, über Epsteins Gespräche in der Türkei und palästinensische Handelsinteressen, in: SIO, Bd. 1, S. 46.

<sup>158</sup> Ebenda.

<sup>159</sup> Bei den Diplomaten handelte es sich um Sergej S. Michajlov, den ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Ankara, und Nikolaj A. Petrenko, der Presseattaché an der Botschaft in Ankara war.

<sup>160</sup> Brief des Leiters der Ostabteilung von VOKS, A. Levinson, an die Liga „für Sowjetrußland“ in Haifa, 26.10.1942, über die Aufnahme von Kulturkontakten, in: SIO, Bd. 1, S. 58; Brief des ersten Sekretärs der Botschaft der UdSSR in der Türkei, S. S. Michajlov, an das Vorstandsmitglied von VOKS, L. D. Kislovoj, und den Leiter der Nahostabteilung des NKID der UdSSR, I. V. Samylovskij, 9.8.1944, in: SIO, Bd. 1, S. 95.

<sup>161</sup> Zu den Gründen für diesen Zeitpunkt siehe auch Redlich, *Propaganda and Nationalism in War-time Russia*, S. 116f.

<sup>162</sup> S. A. Lozovskij an V. M. Molotov und A. S. Ščerbakov, 10.3.1943, über die Einladung des Jewish Councils of the Fund for Aid to Russia an Michoëls und Fefer vom Jüdischen Antifaschistischen Komitee, in: SIO, Bd. 1, S. 68.

Das NKID vertrat nun die Meinung, dass das Angebot genutzt werden sollte: „Es geht klar aus dem Telegramm hervor, dass die jüdischen Organisationen etwas tun wollen. Der Besuch von Michoëls und Fefer könnte die bekannten Vorteile bringen.“<sup>163</sup> Bei diesen Vorteilen dürfte es sich um die finanzielle Unterstützung und einen Prestige- und Sympathiegewinn für die UdSSR gehandelt haben. Solomon Michoëls und Icik Fefer, leitende Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, bekamen noch im Sommer 1943 die Erlaubnis, für mehrere Monate in die USA zu reisen, mit kürzeren Besuchen auch in Kanada, Mexiko und Großbritannien, um dort durch Kontakte mit jüdischen Organisationen Unterstützung für die Kriegsanstrengungen der UdSSR zu mobilisieren. Mit konkreten Anweisungen von Seiten des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten hatten sie das Ziel, eine „Kooperation zwischen sowjetischen und amerikanischen Juden herzustellen (antisowjetische Gruppen ausgeschlossen), auf der Basis des gemeinsamen Kampfes gegen Nazi-Deutschland und seine Vasallenstaaten, und eine Kampagne zur Unterstützung der Roten Armee zu fördern. Die Vertreter haben keine anderen Vollmachten oder Aufgaben.“<sup>164</sup> Sollte das Engagement des EAK seinen Mitgliedern später zum Verhängnis werden, so war es für die Sowjetunion im Krieg ein nützliches Instrument. Die Reise war ein unvorhergesehener Erfolg. Tausende kamen, um die Reden zu hören, im New Yorker Stadion wurde die Rekordzahl von 50 000 Besuchern erreicht. Michoëls und Fefer gelang es, Millionen-Dollar-Spenden für die Rote Armee zu sammeln und Hilfslieferungen des American Jewish Joint Distribution Committees „über das Rote Kreuz“ zu organisieren, „ohne dass Repräsentanten des Joint die Erlaubnis zur Einreise in die Sowjetunion bekämen“.<sup>165</sup>

Gleichzeitig nutzte auch die Jewish Agency die Anwesenheit der jüdischen Repräsentanten aus der UdSSR zum Austausch. Fefer berichtete, dass Weizmann versucht hatte, sich der sowjetischen Unterstützung für einen jüdischen Staat zu versichern.

„Weizmann hatte eine Bitte an uns: Wenn wir mit einem Repräsentanten der sowjetischen Regierung zusammenkämen, sollten wir berichten, dass, sollte ein jüdischer Staat statt eines arabischen in Palästina gegründet werden, dieser niemals irgendwelche feindlichen Kommentare gegen die Sowjetunion erlauben würde.“<sup>166</sup>

Gleichzeitig mit der Entscheidung, die EAK-Repräsentanten in die USA zu schicken, besuchte Litvinov im Mai 1943 Palästina. Der ehemalige Botschafter in den USA war zwei Monate zuvor vom Kreml zurückberufen worden, um sich seinem Amt als stellvertretender Volkskommissar für Auswärtiges widmen zu können. Während seines kurzen Aufenthaltes fanden zwar keine offiziellen Treffen mit jüdischen Repräsentanten statt, doch Berichten zufolge war Litvinov begeistert von der Entwicklung in Tel Aviv und beschäftigte sich mit der Frage der Möglichkeit, fünf Millionen Juden in Palästina anzusiedeln.<sup>167</sup> Ein halbes Jahr später war es Majskij, der kurz nachdem er mit Ägypten diplomatische Beziehungen etabliert hatte, auch Palästina einen Besuch abstattete, um sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Es war Weizmann gewesen, der Majskij kurz vor dessen endgültiger Rückreise nach Moskau erneut auf die sowjetische Haltung in Bezug auf einen jüdischen

<sup>163</sup> Ebenda.

<sup>164</sup> S. A. Lozovskij an V. M. Molotov, 22. 5. 1943, über die Instruktionen für die Delegierten des Jüdischen Antifaschistischen Komitees Michoëls und Fefer in Bezug auf die Auslandsreise, in: SIO, Bd. 1, S. 75.

<sup>165</sup> Sudebnoe Sledstvie: Dopros podsudimogo I. S. Fefera, in: Naumov (Hg.), *Nepavednyj sud*, S. 25.

<sup>166</sup> Ebenda.

<sup>167</sup> Vgl. hierzu Hen-Tov, *Contacts between Soviet Ambassador Maisky and Zionist Leaders*, S. 51.

Staat in Palästina angesprochen hatte. Majskij war überzeugt, dass die Sowjetunion die Pläne der Zionisten unterstützen würde, aber hinterfragte die Aufnahmekapazität Palästinas und interessierte sich offenkundig für die Frage, inwieweit eine Besiedlung in der von Weizmann vor zwei Jahren angesprochenen Größenordnung von ca. vier Millionen möglich sei. Weizmanns Versicherung zusammen mit Litvinovs Eindrücken könnten den Anstoß für Majskij gegeben haben, sich die Besiedlung Palästinas selbst anzusehen.<sup>168</sup> Immerhin übernahm Majskij nach seiner Rückkehr nach Moskau das Amt des stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten. Nach Gesprächen mit dem Hochkommissar der Mandatsregierung besichtigte Majskij mit Ben Gurion als dem Vertreter der Jewish Agency die jüdischen Siedlungen.<sup>169</sup> Majskij interessierte sich sehr für die Kollektivwirtschaft und die enormen Fortschritte der jüdischen Besiedlung. Dennoch war eine andere Frage Grund für den Besuch. Ben Gurion resümierte über den Besuch Majskijs:

„Generell haben wir ihm beide Aspekte gezeigt – sowohl den sozialistischen als auch den zionistischen. Aber in erster Linie ist es offensichtlich, dass er sich sehr ernst auf die Frage bezog, ob unser Land das Judenproblem nach dem Krieg lösen könne oder nicht.“<sup>170</sup>

Majskij sondierte als Mitverantwortlicher für die Nachkriegsplanung die Lage. Ende 1943 begann die Sowjetunion ernsthaft, sich mit der Frage einer Nachkriegsordnung im Allgemeinen und der Problematik der europäischen Juden im Besonderen auseinanderzusetzen und in diesem Rahmen zu prüfen, ob Palästina eine Lösung sein konnte oder nicht. Majskij selbst kann diese Überlegungen entscheidend mitgeprägt haben. Nach seinem Palästina-besuch fertigte er Berichten zufolge einen wohlwollenden, wenn nicht euphorischen Bericht über die jüdische Besiedlung an, und seine Funktion als Stellvertreter des NKID wie auch als enger Berater Stalins auf der Konferenz von Jalta zeigen seine einflussreiche Stellung.<sup>171</sup>

Im Laufe des Jahres 1944 waren es nun sowjetische Diplomaten, die mehr Informationen über die jüdischen Siedlungen in Palästina forderten, sich offiziell aber weiterhin eines Kommentars enthielten. Somit blieben die Beziehungen bis nach Kriegsende in erster Linie einseitig. Während die Jewish Agency auf allen Gebieten die Kooperation zu intensivieren versuchte, nutzte die UdSSR die Kontakte für ihre Kriegspropaganda, hielt sich ansonsten jedoch bedeckt. Das Interesse am Nahen Osten war während des Krieges deutlich gestiegen, richtete sich aber auf die gesamte Region, und eine konkrete Nahoststrategie gab es nicht.

Allerdings deutet alles auf einen Wandel des Standpunktes im Laufe des Jahres 1944 hin. In internen Memoranden des Nahostreferates des NKID zeichnete sich Ende 1944 ab, dass die zuständigen Mitarbeiter in einem jüdischen Staat im Nahen Osten eine Möglichkeit erkannten, die britische Dominanz zu schwächen, die nach Moskaus Einschätzung ihren Ausdruck nun in der Entwicklung des Panarabismus fand. Die sowjetische Unterstützung für eine jüdische Heimstätte in Palästina konnten sie sich durchaus vorstellen. Wenn

<sup>168</sup> Sitzungsprotokoll der Leitung der Jewish Agency, 14.9.1943, in: SIO, Bd. 1, S. 85f.

<sup>169</sup> Hierzu ausführlicher: Sitzungsprotokoll der Jewish Agency für Palästina, 4.10.1943, in: SIO, Bd. 1, S. 87ff. Siehe auch die Darstellung von Hen-Tov, *Contacts between Soviet Ambassador Maisky and Zionist Leaders*, S. 51ff.

<sup>170</sup> Sitzungsprotokoll der Leitung der Jewish Agency für Palästina, 4.10.1943, Bericht Ben Gurions, in: SIO, Bd. 1, S. 89.

<sup>171</sup> Zu Majskij sowie der Existenz und dem Inhalt des Berichtes von I. Majskij über seinen Palästina-besuch vgl. die Diskussion bei: Hen-Tov, *Contacts between Soviet Ambassador Maisky and Zionist Leaders*, S. 48, 53. Siehe als Quelle auch die Memoiren von Crum, *Behind the Silken Curtain*, S. 55f.

England und die USA eine jüdische Heimstätte in Palästina unterstützen, lautete ein Kommentar der Nahostabteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten im Dezember 1944, so werde die UdSSR das Gleiche tun.<sup>172</sup> Eine andere Variante, den westlichen Einfluss zumindestens zu beschränken und die UdSSR als Großmacht einzuführen, zeigte die sowjetische Kommission für die Vorbereitung einer Nachkriegsfriedensregelung unter Vorsitz von Maksim M. Litvinov auf. Sie betonte insbesondere die Voreingenommenheit der USA und Großbritanniens in Bezug auf Palästina und sprach sich in diesem Kontext für eine kollektive Treuhandschaft unter Kooperation mit der UdSSR aus, die die Rechte beider Völker gewährleisten könnte.<sup>173</sup>

Die Region wurde Teil des ideologischen Konzepts und der allgemeinen Nachkriegspolitik. Dabei ging es weder um eine proarabische noch um eine projüdische Politik, als vielmehr um die Frage nach der „Effektivität“ einer nationalstaatlichen Entwicklung, die sich vom britischen Einfluss befreien und eine „progressive“ Gesellschaftsordnung aufbauen konnte. Ein solches Potential aber hatten jüdische Organisationen und die jüdische Gemeinschaft in Palästina in den letzten Jahren deutlich gezeigt.

Ein weiterer Anstoß in dieser Debatte könnte das Gespräch des Präsidenten der tschechoslowakischen Exilregierung, Edvard Beneš<sup>174</sup>, mit Stalin und Molotov im Dezember 1943 gewesen sein. Beneš, der in der UdSSR einen der wichtigen Bündnispartner für die zukünftige ČSR sah, hatte einen sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschafts- und Beistandspakt abgeschlossen und führte nun entgegenkommende Verhandlungen über die soziale und politische Nachkriegsordnung in Mittel- und Osteuropa.<sup>175</sup> Für Beneš selbst stand die Nationalitätenfrage im Mittelpunkt, von der seiner Meinung nach die Sicherheit und das Bestehen des zukünftigen Staates ebenso abhingen wie von festen Bündnispartnern in Ost und West. Beides waren Schlussfolgerungen, die er aus dem Münchner Abkommen von 1938 gezogen hatte, mit dem Frankreich und England, in der Hoffnung so einen Krieg zu verhindern, Deutschland den Weg zur Annexion des überwiegend von der

<sup>172</sup> Geheimbericht des Leiters der Nahostabteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, I. V. Samylovskij, und des Gesandten in Ägypten, A. D. Ščiborin, an V. G. Dekanozov, 25. 11. 1944, über die Haltung zur Panarabischen Föderation und der Bildung eines jüdischen Staates in Palästina, in: SIO, Bd. 1, S. 108ff.

<sup>173</sup> Aus den Notizen des Vorsitzenden der Kommission zur Vorbereitung der Friedensverträge und einer Nachkriegsregelung, M. M. Litvinov, „Die Palästinafrage“, 27. 7. 1945, in: SIO, Bd. 1, S. 120ff.

<sup>174</sup> Edvard Beneš (1884–1948) war von 1918–1935 tschechoslowakischer Außenminister und löste 1935 T. G. Masaryk im Amt des Präsidenten ab, was er bis 1938 blieb. Nach dem Münchner Abkommen erklärte Beneš seinen Rücktritt und ging nach England ins Exil, wo er ab 1940 als anerkannter Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung agierte. Nach seiner Rückkehr nach Prag 1945 war Beneš bis zur kommunistischen Machtübernahme 1948 erneut Präsident der Tschechoslowakei. Kurz nach seinem Rücktritt starb Beneš im September 1948.

<sup>175</sup> Der Pakt wurde am 12. 12. 1943 von Molotov, dem sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, und Zdeněk Fierlinger, dem tschechoslowakischen Vertreter in Moskau, für die Dauer von 20 Jahren unterzeichnet. Beneš führte im Anschluss zwei Wochen lang Gespräche mit Stalin, Molotov und tschechoslowakischen Exilkommunisten wie Klement Gottwald, Rudolf Slánský. Inhalte waren z. B. eine enge Wirtschaftskooperation, Transfer der Minderheiten und territoriale Verschiebungen. Ein weiteres Gespräch zwischen Beneš und Stalin folgte im März 1945, in dem Beneš frühere territoriale Zugeständnisse einlöste, indem er die Karpaten-Ukraine an die UdSSR abtrat und die tschechoslowakische Regierungsbildung mit den Kommunisten im Exil verhandelt wurde. Zum Vertrag und zu den Verhandlungen siehe detaillierter: Beneš, *Memoirs of Dr. Eduard Beneš*, S. 254–274. Ferner: Mastný, *The Beneš-Stalin-Molotov-Conversations*, passim; Zeman, *The Life of Edvard Beneš 1884–1948*, S. 187ff., 231–233; Crane/Crane, *Czechoslovakia*, S. 205–229; Taborsky, *Politics in Exile*, S. 322–341.

deutschen Minderheit bewohnten tschechoslowakischen Sudetenlandes frei machten. Konkret hieß dies für Beneš die Planung eines umfassenden Bevölkerungstransfers von Minderheiten für die Nachkriegszeit, besonders der Sudeten- und Karpatendeutschen wie der Magyaren.<sup>176</sup> So ließ er sich schon während des Krieges von den Großmächten „das Prinzip des Tranfers der Minderheitenbevölkerung aus der Tschechoslowakei“ bestätigen, „im Bestreben, aus der Tschechoslowakei nach dem Gesichtspunkt der Nationalität einen so homogenen Staat wie möglich zu machen“.<sup>177</sup> Stalin, der von Benešs prosovjeterischer Politik gegenüber dem Westen profitierte<sup>178</sup> und selbst im Krieg in breitem Maße das Prinzip der Zwangsumsiedlung ganzer Völker wie der Wolgadeutschen, Krimtataren, der Tschetschenen etc. praktiziert hatte, gab – ebenso wie Großbritannien und die USA – seine Einwilligung zu Benešs rigorosen Plänen.<sup>179</sup> Unerwähnt bleibt in der Forschung allerdings, dass Beneš in Moskau unter anderem als Vermittler für die Jewish Agency auftrat und in dieser Hinsicht für einen weiteren, allerdings freiwilligen Bevölkerungstransfer eintrat.<sup>180</sup> Er legte im Auftrag der Jewish Agency den Nutzen guter Beziehungen zwischen der UdSSR und den Zionisten dar. Goldmann und Weizmann hatten Beneš zu diesem Zweck mit diversen Informationen, Memoranden und Grundsatzpapieren versorgt:

„Es ist nicht nötig zu sagen, wie inspirierend Ihr Mitgefühl auf uns gewirkt hat und wie dankbar wir Ihnen für Ihre Bereitschaft sind, unsere Probleme mit den Autoritäten Sowjetrusslands zu besprechen. Wenn jemand eine Veränderung in der Frage, die unsere Beziehung zu ihnen [der UdSSR] betrifft, erreichen kann und ein solch großes Potential und solch eine Bedeutung hat für die Zukunft der zionistischen Bewegung, dann sind Sie es.“<sup>181</sup>

Die Argumentation spiegelte im Wesentlichen die vielen anderen Gespräche wider: Mit dem zionistischen Projekt eines jüdischen Staates in Palästina würde die UdSSR einen Verbündeten im Kampf gegen den Nationalsozialismus, eine fortschrittliche Gesellschaftsordnung und eine neutrale Macht im Nahen Osten fördern, die sich aufgrund der osteuropäischen Herkunft vieler Juden stark mit der Sowjetunion verbunden fühle. Um eine Verbesserung der Beziehungen Sowjetrusslands zu den Zionisten zu erreichen, stellte Goldmann

<sup>176</sup> Konkret war die Rede von der Zwangsumsiedlung und -enteignung von ca. 2 Mio. Deutschen (mehr als 2/3 der dort lebenden Deutschen) und 400 000 (von 600 000) Magyaren. Vgl. Zeman, *The Life of Edvard Beneš 1884–1948*, S. 231; Edvard Beneš in *His Own Words*, S. 60f.

<sup>177</sup> Beneš, *Memoirs of Dr Eduard Beneš*, S. 206.

<sup>178</sup> Interessant ist, dass Beneš nach England mit Hilfe sowjetischer Gelder (10 000 \$) geflohen sein soll, was später als Druckmittel für seinen Rücktritt benutzt wurde. Siehe Sudoplatow/Sudoplatow, *Der Handlanger der Macht*, S. 268f. Zu Benešs prosovjeterischen Äußerungen im Westen vgl. Dr. Edvard Beneš, *President of Czechoslovakia*, S. 43f., 120–122, 129, 132f., 138; Edvard Beneš in *His Own Words*, S. 103–105, 107–113; Beneš, *Memoirs of Dr Eduard Beneš*, S. 262, 277–283. Siehe auch die Darstellung von Crane/Crane, *Czechoslovakia*, S. 205.

<sup>179</sup> Zeman, *The Life of Edvard Beneš 1884–1948*, S. 186ff.

<sup>180</sup> Die beste Quelle für die Gespräche Benešs in Moskau sind die Niederschriften von Jaromír Smutný, dem Chef der Präsidentenkanzlei. Diese sind aber unvollständig, so dass es keine eindeutige Quelle zu dem Gespräch über die Unterstützung eines jüdischen Staates in Palästina gibt. Vgl. Mastný, *The Beneš-Stalin-Molotov-Conversations in December 1943*, S. 368f.; es fehlt auch jede Erwähnung z. B. bei Zeman, *The Life of Edvard Beneš 1884–1948*, passim; Crane/Crane, *Czechoslovakia*, passim; Taborsky, *Politics in Exile, 1939–1945*, passim. Auch Beneš nennt dieses Thema in seinen Memoiren nicht: Beneš, *Memoirs of Dr Eduard Beneš*, passim.

<sup>181</sup> Brief N. Goldmanns an E. Beneš, 27. 5. 1943, Anlage: Memorandum über die Zionistischen Beziehungen mit Sowjetrussland, in: SIO, Bd. 1, S. 77. Aus Goldmanns Memoiren geht hervor, dass die Kontakte zu Beneš schon auf die Mitte der 1930er Jahre zurückgingen und sich Beneš als starker Unterstützer der jüdischen Interessen gezeigt hatte. Siehe hierzu Goldmann, *Mein Leben als deutscher Jude*, S. 257f., 292.

in einem von Beneš angeforderten Memorandum „Sowjetrussland und der Zionismus“ zwei Hauptprobleme in den Vordergrund, die gelöst werden müssten. Während ein separates Memorandum über die politischen Ziele nicht zur Veröffentlichung freigegeben wurde, klingt in diesen Forderungen an, was den Kern des diesbezüglichen Gesprächs zwischen Beneš und Stalin ausgemacht haben könnte: die Zulassung der Emigration der polnischen Juden aus der UdSSR und die Verbesserung der Kontakte zu den sowjetischen Juden.<sup>182</sup> Den Memoiren Goldmanns nach konnte Beneš das Thema zumindest anschnitten und Stalin auf die Notwendigkeit der Schaffung eines jüdischen Staates aufmerksam machen. Die Reaktion Stalins wird als positiv wiedergegeben: Stalin habe versichert, man sei sich des Unrechts, das den Juden widerfahre, bewusst und werde alles tun, „um ihnen einen Ausgleich zu verschaffen“.<sup>183</sup> Beneš blieb auch nach dem Krieg als Präsident der Tschechoslowakei ein fester Befürworter und Sympathisant zionistischer Ziele. So bedankte sich Epstein im Namen der Jewish Agency im Februar 1946 für einen öffentlichen Kommentar Benešs, in dem dieser seine Sympathien und seine Position zugunsten eines jüdischen Staates zum Ausdruck gebracht hatte.<sup>184</sup>

Um negative Reaktionen sowohl von Seiten der Araber als auch von Großbritannien zu vermeiden, äußerte sich die Sowjetunion weiterhin nicht offiziell. Grund dafür waren zum einen die Vermeidung einer Konfrontation mit England und zum anderen bedeutende Besitzansprüche auf russisches Eigentum in Palästina, welches man mit Hilfe guter Beziehungen zu England wiederzuerlangen hoffte.

„In Palästina haben wir große Besitzansprüche in Hinblick auf das Eigentum der ehemaligen russischen Regierung, der Geistlichen Mission und der Palästinensischen Gesellschaft<sup>185</sup> [...]. Auch unter der Berücksichtigung dieses Moments ist es uns nicht möglich, irgendein Versprechen über die Unterstützung der Juden abzugeben, welches von den Engländern als ein gegen sie gerichteter Schritt aufgefasst werden würde.“<sup>186</sup>

Zudem sah man noch keine Möglichkeit, dass England seine Ansprüche auf das Mandat aufgeben könnte, so dass Bemühungen dahingehend überflüssig gewesen wären und die Beziehungen zu den arabischen Staaten und zu Großbritannien umsonst gefährdet würden. So sollten Kontakte zu jüdischen Organisationen vornehmlich auf inoffizielle Treffen bzw. auf Kontakte über VOKS reduziert werden.

<sup>182</sup> Brief N. Goldmanns an E. Beneš, 27.5.1943, Anlage: Memorandum über die Zionistischen Beziehungen mit Sowjetrussland, in: SIO, Bd. 1, S. 81f.

<sup>183</sup> Goldmann, Das jüdische Paradox, S. 128. Etwas anders gibt Goldmann die Aussage Stalins in seiner Autobiographie wieder: Man würde alles tun, „um es wiedergutzumachen“. Vgl. Goldmann, Mein Leben, S. 180; angesprochen wurde das Thema von Beneš gleich beim ersten Gespräch am 11. 12. 1943. Beneš berichtete Goldmann, er habe dies nach dem Gespräch auf dem Weg zur privaten Filmvorführung getan. Eine solche hat es nach Vojtech Mastný am ersten Abend gegeben. Vgl. Mastný, The Beneš-Stalin-Molotov-Conversations in December 1943, S. 369.

<sup>184</sup> CZA S25/6585, E. Epstein an die Leitung der Jewish Agency, vertraulich, 18. 2. 1946, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 1, S. 264.

<sup>185</sup> Die russische geistliche Mission war eine ständige Vertretung der russischen orthodoxen Kirche in Jerusalem seit 1842. Die orthodoxe palästinensische Gesellschaft, später auch Kaiserliche Orthodoxe Palästinensische Gesellschaft bzw. Russische Palästinensische Gesellschaft genannt, wurde 1882 in Palästina gegründet, um die Pilgerfahrten der Orthodoxen nach Palästina zu fördern.

<sup>186</sup> Anmerkungen des Leiters des Nahostreferates des NKID der UdSSR, I. V. Samylovskij, und des Gesandten der UdSSR in Ägypten, A. D. Ščiborin, an den stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, V. G. Dekanozov, 25. 11. 1944, über unsere Beziehung zur pan-arabischen Föderation und der Bildung eines jüdischen Staates in Palästina, in: SIO, Bd. 1, S. 109.

„Hieraus folgend sind wir der Ansicht, dass Verbindungen unserer Gesandtschaft mit verschiedenen jüdischen Organisationen und einzelnen gesellschaftlichen Akteuren auf den Rahmen kultureller Verbindungen mit VOKS zu beschränken sind. Keinerlei Aussage ist über unsere Unterstützung der Idee zur Bildung eines jüdischen Staates zu machen.“<sup>187</sup>

Abgesehen von einigen inoffiziellen Äußerungen konnten sich die Repräsentanten der Jewish Agency daher bis zur Entscheidung der Vereinten Nationen im November 1947 auf keine sowjetischen Zusagen berufen.<sup>188</sup> So stellte Goldmann im Mai 1946 in einem Memorandum fest, dass trotz der vielen Bemühungen noch immer keine Klarheit über die sowjetische Haltung in der Palästinafrage herrsche. Direkte Kontakte zum Kreml seien trotz vieler Versuche nicht zustande gekommen.<sup>189</sup>

### 2.3. Jüdische Emigration aus Osteuropa

Die seit 1941 vorgenommenen Bemühungen der Jewish Agency um die Immigration der osteuropäischen und sowjetischen Juden zeitigten bis Kriegsende nur geringe Erfolge. Die Emigration von Juden aus der Sowjetunion war ein schwieriges Thema, welches auch von zionistischen Vertretern nur vorsichtig angesprochen wurde, um die noch jungen Kontakte zur UdSSR nicht zu gefährden. Die sowjetische Haltung zu dieser Thematik wurde schon früh in einem der ersten Gespräche zionistischer Vertreter zum Ausdruck gebracht. Auf die Frage nach Auswanderungserlaubnis für einige Juden aus der UdSSR antwortete der sowjetische Botschafter in den USA, Umanskij, „dass Juden – die Bewohner des Territoriums, das an Russland nach Beginn des Krieges angegliedert wurde, zu Staatsbürgern des Sowjetischen Staates wurden und dass ihre absolute Mehrheit (95 Prozent) mit ihrer neuen Lage zufrieden sei“.<sup>190</sup> Mit Kriegsende aber zeigte sich, dass die UdSSR an der jüdischen Emigration nach Palästina generell und auch aus Osteuropa, die UdSSR ausgenommen, durchaus Interesse hatte.

Im Rahmen der Planungen der sowjetischen Kommission zur Vorbereitung eines Friedensvertrages und einer Nachkriegsregelung unter Litwinovs Leitung, die die sowjetische Beteiligung an der Kontrolle und Aufsicht über Palästina anvisierten, wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, dass „sich derzeit die Widersprüche zwischen Juden, Arabern und Engländern um die Frage nach Zulassung weiterer Immigration von Juden nach Palästina und der Aneignung von Boden durch sie drehen“.<sup>191</sup> Die britische Intention, die jüdische

<sup>187</sup> Ebenda.

<sup>188</sup> K. Umanskij z. B. äußerte sich am 15. 8. 1944 gegenüber N. Goldmann als Privatperson und vermutete eine positive Haltung der UdSSR zugunsten eines jüdischen Staates. Vgl. Gesprächsnotiz, in: SIO, Bd. 1, S. 96ff. Auf dem ersten internationalen Gewerkschaftstreffen 1945 in London unterstützte die sowjetische Delegation eine Resolution über die Verantwortung der Vereinten Nationen zum Schutz der Juden und über das Recht auf eine nationale Heimstätte in Palästina. Vgl. Kurzbericht, in: SIO, Bd. 1, S. 110. Auch der tschechoslowakische Präsident Eduard Beneš berichtete Goldmann von seinem Treffen mit Stalin, dass dieser versichert habe, alles für die Juden zu tun, um das im Krieg geschehene Unrecht wiedergutzumachen. Vgl. Goldmann, *Mein Leben*, S. 180.

<sup>189</sup> Geheimbrief N. Goldmanns an L. Toledo, 21. 5. 1946, Memorandum zur Darstellung des zionistischen Standpunkts in Bezug auf Palästina, in: SIO, Bd. 1, S. 146ff.

<sup>190</sup> Gesprächsaufzeichnungen des Mitglieds der Leitung der Jewish Agency für Palästina, E. Nojman, und des Leiters der Abteilung für internationale Beziehungen des Jüdischen Weltkongresses, M. Perlvejg, mit dem Botschafter der UdSSR in den USA, K. A. Umanskij, 17. 7. 1941, in: SIO, Bd. 1, S. 18.

<sup>191</sup> Aus den Notizen des Vorsitzenden der Kommission zur Vorbereitung der Friedensverträge und einer Nachkriegsregelung, M. M. Litwinov, „Die Palästinafrage“, 27. 7. 1945, in: SIO, Bd. 1, S. 120.

Immigration zu begrenzen, heiße im Endeffekt, „die jüdische Bevölkerung als Minderheit zu konsolidieren, unter welchen Umständen natürlich keine Rede von der Gründung eines jüdischen Staates sein kann. Ein palästinensischer Staat würde nichts anderes sein als ein arabischer Staat.“<sup>192</sup> In diesem Falle allerdings wäre eine fortgesetzte britische Kontrolle in Form eines Dominions wahrscheinlich und würde von einer jüdischen Minderheit sogar der arabischer Herrschaft vorgezogen. Die arabischen Palästinenser hätten als Mehrheit die politische Kontrolle in der Selbstverwaltung des Dominions.<sup>193</sup>

Da das Hauptinteresse der Sowjetunion in der Beseitigung des britischen Einflusses bestand, musste die UdSSR einer solchen Entwicklung entgegenwirken. Abgesehen von der Hervorhebung der „bedeutsamen Errungenschaften der jüdischen Kolonisation in Palästina“<sup>194</sup> klingt in diesem Memorandum indirekt auch die Funktion einer verstärkten jüdischen Immigration an, nämlich die Steigerung der Differenzen zwischen Juden, Arabern und Engländern in Palästina, und somit die Zunahme von Unruhen, die sich nicht zuletzt auch von Seiten der Araber aus Protest gegen die Immigration gegen die britische Mandatsregierung richten würden.

Auch hatte sich die Lage in Palästina seit dem letzten Kriegsjahr deutlich zugespitzt. Die Briten wurden immer häufiger zur Zielscheibe jüdischer Angriffe.<sup>195</sup> Insbesondere IZL begann wieder mit Angriffen gegen britische Ziele und selbst die Haganah schloss sich ab 1944 diesem Kampf an. Nach Kriegsende intensivierte sich die Konfrontation, und im November 1945 vereinbarte Haganah für einige Monate mit IZL und Lehi eine jüdische Widerstandsbewegung, ein militärisches Kampfbndnis gegen die britische Mandatsmacht. Neben der Befreiung von illegalen Immigranten und Angriffen auf öffentliche Gebäude, Polizeistationen, Regierungsmter und das Eisenbahnnetz richteten sich Anschläge auch gegen Personen. Im Sommer 1946 kam es zu dem größten Anschlag, als das King-David-Hotel in Jerusalem gesprengt wurde, in dem auch Teile der britischen Mandatsregierung ihren Sitz hatten. Neunzig Menschen kamen ums Leben.<sup>196</sup> Die Entwicklung in Palästina wirkte sich deutlich negativ auf die britische Mandatsmacht aus, wurde von der UdSSR in dieser Hinsicht allerdings positiv beurteilt, gerade wegen des militanten Vorgehens von Gruppen wie Lehi und IZL.<sup>197</sup> Gemäß der Aussage eines Geheimdienstmitarbeiters hatte der Kreml diese Aktivitäten sogar gefördert, indem schon 1937 erfolgreich Agenten in die Terrorgruppe Lehi eingeschleust wurden, um den Kampf gegen die Briten zu intensivieren.<sup>198</sup>

Ein Anwachsen der jüdischen Bevölkerung in Palästina konnte für die Schwächung der englischen Macht entscheidenden Einfluss haben. Noch 1945 machte der jüdische Bevölkerungsteil mit ca. 31 Prozent weniger als ein Drittel aus.<sup>199</sup>

Der französische Politikwissenschaftler Laurent Rucker zeigte in seiner Analyse auf, dass die hohe Immigration von osteuropäischen Juden nach Palästina in den Nachkriegsjahren

<sup>192</sup> Ebenda, S. 119.

<sup>193</sup> Ebenda, S. 120ff.

<sup>194</sup> Ebenda, S. 119.

<sup>195</sup> Lehi verübte mehrere Anschläge auf britische Hochkommissare. Im November 1944 wurde Lord Moyne, der britische Minister für den Nahen Osten, auf offener Straße in Kairo ermordet.

<sup>196</sup> Segev, *Es war einmal ein Palästina*, S. 517, 521.

<sup>197</sup> Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 45.

<sup>198</sup> Sudoplatow/Sudoplatow, *Der Handlanger der Macht*, S. 333.

<sup>199</sup> Von insgesamt 1 764 522 Einwohnern waren im Jahr 1944 553 600 Juden, also 29%, 1945 waren es 579 227 von 1 834 935, d. h. 31%, und 1946 waren es 608 225 von 1 912 112 und damit 31,8%. Supplement to the Survey of Palestine, S. 10.

indirekt von der Sowjetunion unterstützt wurde. Was die Jewish Agency seit 1942 immer wieder gefordert hatte, wurde nun in der sowjetischen Politik nach dem Kriege umgesetzt. Ein Repatriierungsprogramm gab Juden aus den annektierten Gebieten die Möglichkeit, die Sowjetunion zu verlassen und in ihre Heimat, vor allem also nach Polen, zurückzukehren. Im Zuge dieser Repatriierung seien 1945/1946 ca. 200 000 Juden ausgewandert.<sup>200</sup> Viele davon blieben aber nicht in Polen, sondern emigrierten weiter mit dem Ziel Palästina. Grund dafür waren antisemitische Übergriffe und die generell ablehnende Haltung der polnischen Gesellschaft. Trotz Kenntnis dieser Sachlage<sup>201</sup> förderte die UdSSR die Emigration weiter, so dass bis 1946 ca. 150 000 Juden aus Polen emigriert waren. Auch mit anderen osteuropäischen Staaten verhandelte die Jewish Agency die jüdische Emigration, mit dem Ergebnis, dass von den Immigranten in Palästina bis zur israelischen Staatsgründung mindestens zwei Drittel aus Osteuropa kamen.<sup>202</sup> So wurde die Emigration osteuropäischer Juden zu einem entscheidenden Faktor für die israelische Staatsbildung, der nicht zuletzt von der sowjetischen Politik mitbestimmt worden war.

In dieser Hinsicht interessant ist die Aufzeichnung von Nahum Goldmann über dessen Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Mexiko, Umanskij. In einer Aussprache privaten Charakters im August 1944 wollte Umanskij genaue Angaben darüber erhalten, aus welchen Ländern die Jewish Agency Juden nach Palästina umsiedeln wolle, eine Absicht, die sie bereits mehrfach an sowjetische Repräsentanten herangetragen hatte. Goldmann gab hierzu folgende Zahlen an: ca. 400 000 Juden vom Balkan und 250 000 Juden aus Polen und Juden polnischer Herkunft aus Russland. Weiterhin ein Teil der Juden aus Zentral- und Westeuropa und Nordafrika, so dass es insgesamt um ca. eine Million Immigranten ging.<sup>203</sup> Diese Aussprache fand nach dem erwähnten Gespräch Benešs mit Stalin im Dezember 1943 statt. Umanskij wusste von diesem Gespräch und brachte es direkt zur Sprache. Er wertete es als deutliche Wendung zugunsten der jüdischen Interessen in Palästina, auch wenn die Regierung vielleicht noch nicht bereit sei, offiziell Stellung dazu zu beziehen.<sup>204</sup> Angesichts der Übereinstimmung der Zahlen ergibt sich hier eine weitere Entwicklungslinie seit 1944 hin zum Jahr 1947, und die Aussagerelevanz des Gesprächs von Stalin und Beneš wird hierdurch untermauert.

<sup>200</sup> Rucker, *Moscow's Surprise*, S. 12.

<sup>201</sup> Siehe hierzu folgende zwei Dokumente: Anmerkungen des Stellvertreters des Bevollmächtigten des Ministerrates der UdSSR für Repatriierung, Generalleutnant Golubov, an den Leiter der dritten europäischen Abteilung des MID der UdSSR, A. A. Smirnov, 4.9.1946, in: SIO, Bd. 1, S. 161f.; Anmerkungen der dritten europäischen und nahöstlichen Abteilung des MID der UdSSR an den stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, V. G. Dekanozov, 17.9.1946, in: SIO, Bd. 1, S. 168f.

<sup>202</sup> Die meisten der Emigranten kamen aus Polen und Rumänien. Für die Jahre 1946–1948 gibt Rucker sogar 80% der Immigranten in Palästina als Osteuropäer an. Vgl. Rucker, *Moscow's Surprise*, S. 12, 29f.

<sup>203</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des Vertreters der Jewish Agency für Palästina in Washington, N. Goldmann, mit dem sowjetischen Botschafter in Mexiko, K. A. Umanskij, 15.8.1944, in: SIO, Bd. 1, S. 96ff.

<sup>204</sup> Ebenda, S. 97.



## IV. 1946–1948 – Der Kalte Krieg und der Nahe Osten

*„Palästina ist ein Beispiel für die sehr scharfen Gegensätze in der Politik der Vereinigten Staaten und Englands im Nahen Osten. [...]*

*Es ist durchaus möglich, dass der Nahe Osten ein Zentrum anglo-amerikanischer Gegensätze wird, welches die jetzt erreichten Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten und England platzen lässt.“<sup>1</sup>*

(Novikov-Telegramm, September 1946)

### 1. Förderung der Differenzen zwischen kapitalistischen Staaten

Die Entwicklung der Nachkriegsjahre verstärkte die Interessenkorrelation, die sich gegen Ende des Krieges bereits zwischen den zionistischen Bestrebungen und sowjetischen Zielen herauskristallisiert hatte. Angesichts der Tatsache, dass es der Sowjetunion im Zuge der Friedensverhandlungen nicht gelang, ihren Einfluss in den angrenzenden Staaten im Süden der Sowjetunion zu festigen, nahm die Bedeutung der westlichen Kolonien bzw. abhängigen Staaten stark zu. Insbesondere da mit Ende des Krieges die Gegensätze zwischen der UdSSR und dem Westen wieder hervorzubrechen begannen und erstmals offen im März 1946 in der Rede des ehemaligen britischen Premierministers Winston Churchill bei Anwesenheit des US-amerikanischen Präsidenten, Harry S. Truman, im Westminster College in Fulton formuliert wurden.<sup>2</sup> Dabei zeichnete sich gleichzeitig eine wachsende Kooperation der beiden Westmächte, der USA und Großbritanniens, ab. Auch im Nahen Osten hatte sich eine solche westliche Zusammenarbeit angedeutet, als der neugewählte US-Präsident Truman nach dem Krieg von Großbritannien forderte, jüdische Immigranten nach Palästina über die im Weißbuch festgelegten Restriktionen hinaus zuzulassen. Zwar widersprach dies den britischen Interessen, aber aufgrund der allgemeinen Schwächung nach dem Krieg strebte die britische Regierung eine kooperierende Politik mit den USA an. Der britische Außenminister Ernest Bevin reagierte daher auf den Druck und kündigte für 1946 ein anglo-amerikanisches Untersuchungskomitee an, welches sich mit der Situation der Juden in Europa und in diesem Kontext auch mit dem Palästina-Problem beschäftigen sollte. Die UdSSR lehnte dieses Untersuchungskomitee, dessen Befunde am 13. April 1946 bekannt gegeben wurden, ab, da sie in den Entscheidungsprozess nicht einbezogen worden war. Für die UdSSR stellte dies außerdem den Versuch dar, das britische Mandat fortzusetzen und damit „das Eingreifen anderer Staaten in die Lösung des Palästina-Problems zu verhindern, bis Palästina vollkommen in britischem und amerikanischem Besitz war“.<sup>3</sup> Das Untersuchungskomitee hatte empfohlen, einen einheitlichen jüdisch-

<sup>1</sup> The Novikov Telegram, Washington, 27.9.1946, in: Jensen (Hg.), *Origins of the Cold War*, S. 10, 13.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu die Rede „The Sinews of Peace“, die Winston S. Churchill am 5.3.1946 in Fulton, Missouri, im Westminster College hielt, [http://www.nato.int/docu/speech/1946/S460305a\\_e.htm](http://www.nato.int/docu/speech/1946/S460305a_e.htm) (7.6.2009).

<sup>3</sup> Memorandum vom stellvertretenden Leiter der Nahostabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, M. A. Maksimov, 15.5.1946, zur Palästinafrage, in: SIO, Bd. 1, S. 145.

arabischen Staat mit gleichen Rechten in Palästina zu gründen, sofort 100 000 Juden immigrieren zu lassen und das britische Mandat solange zu bewahren, bis die UN es zu einem Treuhandgebiet erklärten.<sup>4</sup> Unabhängig von der Kommission hatte England im Januar 1946 zudem angekündigt, Transjordanien, das bis dahin Teil des Mandatsgebietes Palästina war, als unabhängigen Staat zu etablieren. Dies war ein weiterer Versuch, die britische Position zu bewahren, was mit der Unterzeichnung der Paktvereinbarungen mit Transjordanien im März 1946 als gelungen anzusehen war.

Auch wenn es rückblickend einige Indizien und interne Zeugnisse gibt, die für einen Wandel der sowjetischen Politik im Nahen Osten seit ca. 1944/1945 sprechen, so äußerte sich der Kreml offiziell erstmals in Reaktion auf die Ergebnisse dieses anglo-amerikanischen Komitees. In Moskau war man zu dem Schluss gekommen, dass Zurückhaltung in diesem Kontext als Zustimmung gewertet werden könnte. Zudem würden sich, wie die Nahostabteilung des sowjetischen Außenministeriums in einem geheimen Memorandum konstatierte, sowohl Araber als auch Juden für eine Lösung an die Sowjetunion wenden, und so sei es erforderlich, den Standpunkt öffentlich zu machen.<sup>5</sup> Allerdings blieb die sowjetische Stellungnahme weiterhin allgemein. Sie sprach dem Komitee die Zuständigkeit ab und forderte eine sofortige Beendigung des britischen Mandats und eine Entscheidung durch die UNO. Noch immer ging es darum, angesichts der fehlenden Handlungsfähigkeit eine einseitige Positionierung zu vermeiden.

Für die UdSSR wurden zunehmend zwei Faktoren relevant. Sie brauchte ein Element, das die Festigung des britischen und des amerikanischen Einflusses nach dem Krieg verhinderte, und sie suchte ebenso nach Wegen, um die wachsende anglo-amerikanische Kooperation zu schwächen. Eine anonyme Vertrauensperson, ein Mitarbeiter einer osteuropäischen Botschaft in Washington, interpretierte die sowjetische Politik in einem Gespräch mit Eliahu Epstein Anfang 1946 folgendermaßen:

„Russland wird versuchen, dass die muslimische und die arabische Welt sich gegen Großbritannien wendet und wenn nötig auch gegen Amerika. Nichts wird sie stoppen, dieses Ziel zu erreichen, solange Großbritannien und Amerika keine Bereitschaft zeigen, die russischen Forderungen nach einer sowjetischen Sicherheitszone unter unangefochtener russischer Kontrolle zu akzeptieren, was, soweit der Nahe Osten betroffen ist, auch die Türkei und Nordiran einbeziehen sollte.“<sup>6</sup>

In der Tat sei die sowjetische Regierung allerdings weder pro- noch antizionistisch eingestellt. „Die alten antizionistischen Vorurteile, die in den führenden russischen Zirkeln der ersten Tage des Sowjetregimes stark waren, sind mit der jungen Generation russischer Staatsmänner und Diplomaten praktisch verschwunden.“<sup>7</sup> Ausschlaggebend wären für Moskau im Hinblick auf eine Entscheidung für oder gegen die jüdischen nationalen Bestrebungen nur realistische Erwägungen.

Im Herbst 1946 gab Molotov bei Nikolaj V. Novikov<sup>8</sup>, dem sowjetischen Botschafter in Washington, eine Analyse der außenpolitischen Tendenzen der USA in Auftrag. Die Vorga-

<sup>4</sup> Die Ergebnisse der Untersuchungskommission wurden in zwei Bänden veröffentlicht: *A Survey of Palestine*.

<sup>5</sup> Memorandum vom stellvertretenden Leiter der Nahostabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, M. A. Maksimov, 15. 5. 1946, zur Palästinafrage, in: SIO, Bd. 1, S. 145.

<sup>6</sup> Ben Gurion Archive, Brief E. Epsteins an M. Schertok, vertraulich, 27. 2. 1946, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 1, S. 300.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 300f.

<sup>8</sup> Nikolaj Vasil'evič Novikov (1903–1989), russischer Diplomat, war 1939–1943 Mitarbeiter des NKID, 1943–1945 sowjetischer Gesandter in Ägypten und 1946–1947 Botschafter in den USA.

ben Molotovs waren ziemlich konkret, so dass Novikov nach eigenen Aussagen vor allem die Ausarbeitung zukam.<sup>9</sup> Die Schlussfolgerung dieses Schlüsseldokuments der Anfangsphase des Kalten Krieges war, dass die englischen und amerikanischen Interessen nach dem Krieg kollidieren und ansatzweise zu einer Spaltung des imperialistischen Lagers führen würden. Während sich die beiden Mächte bezüglich der Interessensphären in Asien weitgehend geeinigt hätten, sei ein Kompromiss in Bezug auf die Mittelmeerregion mit allen angrenzenden Ländern aufgrund der besonders starken geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen beider Länder so kompliziert, dass sich diese Differenzen leicht verstärken ließen und der Nahe Osten „ein Zentrum anglo-amerikanischer Gegensätze“ würde.

„Die Vereinigten Staaten sind nicht an der Bereitstellung von Hilfe und Unterstützung für das britische Empire an dieser verwundbaren Stelle interessiert, sondern vielmehr an ihrer eigenen Durchdringung des Mittelmeerbeckens und des Nahen Ostens, von denen die Vereinigten Staaten durch die natürlichen Ressourcen des Raums, hauptsächlich Öl, angezogen werden.“<sup>10</sup>

Der Nahe Osten wurde demnach zu einem neuen Mittelpunkt sowjetischer Außenpolitik: Ideologische und strategische Zielsetzung war, die westlichen Differenzen weiter zu provozieren und zu steigern und so „die Entstehung einer neuen Bedrohung der Sicherheit der südlichen Regionen der Sowjetunion“<sup>11</sup> zu verhindern. Nicht nur beiläufig wurden dabei die Vorteile der Region benannt: Die Betonung lag auf den guten Konditionen für die Flottennutzung, wofür der Nahe Osten Häfen bot, und auf den Ölreserven. In dieser Hinsicht bildeten Palästina und Ägypten die beiden Zentren für die amerikanische und somit auch die sowjetische Aufmerksamkeit. Nach Meinung Molotovs nahm gerade Palästina in diesem Zusammenhang eine herausragende Rolle ein, da die Interessen der beiden Westmächte hier stark auseinandergingen:

„Palästina ist ein Beispiel für die sehr scharfen Gegensätze in der Politik der Vereinigten Staaten und Englands im Nahen Osten. Die Vereinigten Staaten haben dort zuletzt große Initiative an den Tag gelegt und so für England viele Schwierigkeiten geschaffen, wie im Fall der US-Forderung, dass 100 000 Juden aus Europa die Einreise nach Palästina erlaubt werde. Die amerikanischen Interessen an Palästina, nach außen hin als Sympathie für die zionistische Sache geäußert, deuten tatsächlich nur die Wünsche des amerikanischen Kapitals an, sich in die palästinensischen Angelegenheiten einzumischen und auf diese Weise die Wirtschaft zu durchdringen. Die Wahl eines Hafens in Palästina als einen der Endpunkte der amerikanischen Ölpipelines erklärt sehr viel hinsichtlich der Außenpolitik der Vereinigten Staaten in der Palästinafrage.“<sup>12</sup>

Die Gleichzeitigkeit der amerikanischen Forderung nach erhöhter jüdischer Einwanderung nach Palästina und der wirtschaftlichen Penetration des Landes zwecks Öltransporten zeigte für den Kreml nicht nur die Differenzen zu englischen Interessen auf, sondern ließ auch vermuten, dass die USA eine Teilung Palästinas unterstützen würden, um mit der Etablierung eines jüdischen Staates den englischen Einfluss zurückzudrängen, wodurch sich eine deutliche Kongruenz mit der sowjetischen Zielsetzung ergab. Andererseits wurde die steigende Militär- und vor allem Flottenpräsenz der USA von Moskau als drohende Einkreisung perzipiert. So erklärte Botschafter Novikov, dass „die Vereinigten Staa-

<sup>9</sup> Novikov schildert in seinen Memoiren seine Verärgerung über die inhaltlichen Vorgaben Molotovs und betont, wie sehr dieser Vorfall zu seiner allgemeinen Unzufriedenheit beigetragen habe. Molotov habe auf die Ausarbeitung seiner Thesen und Schlussfolgerungen in der Analyse bestanden, da er diese „für den Nutzen der Sache“ brauche. Novikov, *Vospominanija diplomata*, S. 352f.

<sup>10</sup> The Novikov Telegram, Washington, 27.9.1946, in: Jensen (Hg.), *Origins of the Cold War*, S. 10.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 10f.

ten beschlossen haben, ihre Position im Mittelmeerraum zu festigen, um ihre Interessen in den Ländern des Nahen Ostens zu fördern, und dass sie die Marine als Instrument für diese Politik ausgewählt haben. Auf der anderen Seite stellen diese Vorgänge eine politische und militärische Demonstration gegen die Sowjetunion dar.<sup>13</sup> Der Konflikt in Palästina schien aus dieser Perspektive eine gute Möglichkeit zu bieten, die Spannungen zwischen den englischen und den amerikanischen Interessen zu steigern und damit den jeweiligen Machtanspruch, vor allem den britischen Machtbereich, zu spalten. Dahinter stand sowohl das Bedürfnis, einer klar perzipierten Gefährdung der sowjetischen Sicherheit durch eine westliche Einkreisung zu begegnen, als auch das Ziel der eigenen ideologischen Einflussnahme als einer Sicherheitsgarantie. In Erinnerung an die Anfänge des Kalten Krieges offenbaren Molotovs Gedanken den defensiven bzw. offensiven Charakter dieser zwei Faktoren für die Entwicklung. Der Kalte Krieg habe mit der Rede Churchills begonnen, stellte er in den 1970er Jahren in Gesprächen mit dem russischen Dichter Feliks Čuev<sup>14</sup> fest: „All das hing einfach von ihnen ab“, räumte dann allerdings ein:

„[...] oder weil wir in der Offensive waren. Sie [der Westen] haben ihre Haltung uns gegenüber natürlich verhärtet, wir aber mussten das sichern, was wir erkämpft hatten. Aus einem Teil Deutschlands haben wir unser eigenes sozialistisches Deutschland gemacht, und die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Jugoslawien – sie waren ebenso in einem schwachen Zustand, so dass es nötig war, überall Ordnung zu schaffen. Die kapitalistische Ordnung herauspressen. Das war der ‚Kalte Krieg‘. Natürlich ist es nötig, das Maß zu kennen. Ich meine, dass das Maß von Stalin in dieser Beziehung sehr strikt eingehalten wurde.“<sup>15</sup>

Das US-amerikanische Interesse am Nahen Osten, insbesondere an Palästina, bot der UdSSR die Aussicht auf ein geschwächtes britisches Imperium, welches nach Meinung Molotovs ansonsten fast unmöglich zu erreichen war.<sup>16</sup> In dieser Hinsicht verstärkten einige Entwicklungen im Frühjahr und Sommer 1947 den Druck auf die sowjetische Politik. Am 12. März 1947 wurde die Truman-Doktrin<sup>17</sup> bekannt gegeben, mit der die US-amerikanische Eindämmung des sowjetischen Einflusses eingeleitet wurde. Außerdem kam es zur Veröffentlichung des 1946 verfassten „langen Telegramms“<sup>18</sup> von George Kennan, der als Mitarbeiter der US-Botschaft in Moskau den Westen dazu aufforderte, sich gegen die aggressive sowjetische Politik zu vereinen. Beide Dokumente verdeutlichten die Intensivierung der Zusammenarbeit des Westens. Die Verkündung des Marshall-Plans im Juni 1947 bildete dabei einen Höhepunkt der Entwicklung, die vom Kreml als Versuch der Isolierung der UdSSR rezipiert wurde. Die zunehmende Kooperation zwischen Großbritannien

<sup>13</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>14</sup> Feliks Ivanovič Čuev (1941–1999), russischer Dichter und Publizist, führte in den Jahren 1969–1986 regelmäßige Gespräche mit Molotov, die er nach dessen Tod als 140 Gespräche mit Molotov veröffentlichte.

<sup>15</sup> Čuev, Molotov. *Poluderžavnyj vlastelin*, S. 115f.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 42. Einen möglichen Krieg der UdSSR mit England bezeichnete Molotov als Abenteuerum, ironisch äuernd: „Versuch mal einen Krieg gegen England zu beenden!“ (S. 128).

<sup>17</sup> Mit Truman-Doktrin wird die Ansprache des US-amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman an den Kongress vom 12. 3. 1947 bezeichnet, in der er für finanzielle Hilfe für vom Kommunismus bedrohte Staaten wie Griechenland und die Türkei plädierte. Vgl. Truman Doctrine, 12. 3. 1947, [http://avalon.law.yale.edu/20th\\_century/trudoc.asp](http://avalon.law.yale.edu/20th_century/trudoc.asp). (10. 9. 2009).

<sup>18</sup> George Kennan schrieb aus Moskau am 22. 2. 1946 ein langes Telegramm an den Präsidenten und den Außenminister, in dem er die sowjetische Politik analysierte. Das „Long Telegram“ Kennans hatte einen enormen Einfluss auf die politische Diskussion und gilt heute als bedeutendes Zeugnis der US-amerikanischen Perzeption und Politik der Kalten-Kriegs-Konfrontation mit der UdSSR. Vgl.: The Kennan „Long Telegram“, Moskau, 22. 2. 1946, in: Jensen (Hg.), *Origins of the Cold War*, S. 17–31.

und den USA und die wachsende Anspannung der internationalen Lage förderten die „antiimperialistische“ Politik des Kreml nicht zuletzt als Mittel, um die Einheit der kapitalistischen Staaten und die zunehmende diplomatische Isolierung des sozialistischen Staates aufzubrechen.

## 2. Unterstützung für die Staatsgründung Israels

### 2.1. Die UdSSR und die UNO-Resolution über Palästina

Die Fokussierung Palästinas als Schwachstelle des britischen Imperiums erwies sich im Frühjahr 1947 als richtig. Großbritannien trat die Entscheidung über die Zukunft des Landes aufgrund der Ausbreitung des Bürgerkrieges in Palästina und des Scheiterns verschiedener Lösungsversuche, zuletzt der Londoner Konferenz<sup>19</sup>, an die Vereinten Nationen ab. Dies bot der UdSSR erstmals die erhoffte Mitsprachemöglichkeit im Rahmen der UNO. In einer öffentlichen Stellungnahme vor der Generalversammlung der UNO am 14. Mai 1947 sprach sich der sowjetische Vertreter Andrej Gromyko offen für zwei Lösungsmöglichkeiten aus: Vorzugsweise sollte ein gemeinsamer jüdisch-arabischer Staat gegründet werden. Sollte sich dies als unmöglich erweisen, so war eine Teilung Palästinas anzuvizieren. Die Argumentation basierte dabei, und dies war für eine sowjetische Stellungnahme aufgrund der antizionistischen Grundhaltung der Kommunisten besonders überraschend, ausschließlich auf dem moralischen Recht des jüdischen Volkes als Opfer des Nationalsozialismus den Schutz eines eigenen Staates, eines nationalen Heims zu beanspruchen. „Es wäre ungerecht, diesem nicht Rechnung zu tragen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieses Bestrebens abzulehnen“<sup>20</sup>, stellte Gromyko fest. Die inhaltlichen Direktiven für das Statement hatte Gromyko selbst erst am Tag der Sitzungseröffnung, am 4. Mai, erhalten.<sup>21</sup> Eine zentrale Funktion nahm in der Rede die Darlegung ein, dass das englische Mandatsystem gescheitert sei und sich als illegitim erwiesen habe. Die Tatsache, dass diese Ausführungen zirka vierzig Prozent der Rede ausmachten und noch dazu an den Anfang gestellt wurden, war ein klares Indiz für die Hauptintention der sowjetischen Politik, nämlich den englischen Einfluss in Palästina zu beseitigen.

In Palästina hatte die Rede Gromykos eine enorme Wirkung. Wochenlang bestimmte sie vor allem die Diskussionen der jüdischen Bevölkerung und wurde als bedeutendes Zeugnis für einen sowjetischen Haltungswechsel gegenüber dem Zionismus gewertet.<sup>22</sup> Ben Gurion wies in seiner Reaktion auf die Wichtigkeit dieser Rede aufgrund der Benennung und Berücksichtigung der Leiden der Juden im Zweiten Weltkrieg hin. Darüber hinaus

<sup>19</sup> Die Londoner Konferenz fand vom 27. 1. bis 14. 2. 1947 statt und sollte ursprünglich Gespräche sowohl mit der jüdischen Vertretung, der Jewish Agency, als auch mit der arabischen Vertretung, dem Arab Higher Committee, beinhalten. Nachdem zunächst beide Parteien die Teilnahme verweigert hatten, zeigte das Arab Higher Committee schließlich Bereitschaft und reiste zu den Gesprächen an. Die Jewish Agency lehnte eine Teilnahme weiter ab. Die Araber brachten ihre absolute Opposition gegen die Teilung Palästinas zum Ausdruck.

<sup>20</sup> Rede des ständigen sowjetischen Vertreters bei der UNO, A. A. Gromykos, 14. 5. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 216.

<sup>21</sup> CZA S25/1694, E. Epstein an M. Schertok, 20. 6. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 412. Vgl. auch den Kommentar ebenda, S. 368.

<sup>22</sup> Aus einem Rundschreiben der Abteilung Diaspora und die Organisation Chalutz des ZK der MAPAJ-Partei, 29. 5. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 221.

hatte erstmals ein Vertreter der Sowjetunion die Entschlossenheit der Juden zur Staatsgründung konstatiert und diese auch für legitim erklärt. „Das Bedeutende und Unerwartete der Rede Gromykos jedoch besteht nicht in der Darlegung der Katastrophen des jüdischen Volkes, sondern in der politischen Schlussfolgerung, welche hierfür aus der Analyse der Situation, in welcher die Juden sich befinden, gezogen wurde.“<sup>23</sup> Dass eine sowjetische Stellungnahme so ausfallen würde, kam selbst für die meisten zionistischen Akteure überraschend, die sich jahrelang genau um solch eine Positionierung von Seiten des Kreml bemüht hatten.

Das von der UNO in der Folge mit der Lösung beauftragte UN-Sonderkomitee für Palästina (UNSCOP)<sup>24</sup> konnte außer der Überzeugung, dass das britische Mandat baldmöglichst aufgehoben und Palästina unabhängig werden müsse, kein einheitliches Ergebnis vorlegen. Als Mehrheitsbeschluss von sieben der elf im Komitee vertretenen Staaten empfahl es der Generalversammlung der UNO Ende August 1947 allerdings die Teilung Palästinas, verbunden mit einer Wirtschaftsunion der beiden Staaten und internationaler Kontrolle über die Stadt Jerusalem unter UNO-Verwaltung. Die Auflösung der Mandatsverwaltung und der Rückzug der britischen Truppen hatten spätestens bis zum 1. August 1948 zu erfolgen, in immigrationsrelevanten Gebieten des zukünftigen jüdischen Staates schon bis zum 1. Februar, um eine britische Einmischung zu vermeiden.<sup>25</sup> Diese Empfehlung, die der Abstimmung schließlich zugrunde lag, wurde von den Juden in Palästina begrüßt, während sie bei den Arabern auf heftige Opposition traf.

Wie ein nun veröffentlichtes, als geheim klassifiziertes Telegramm des Außenministers Molotov an seinen Stellvertreter A. Ja. Wyšinskij vom 30. September 1947 aufzeigt, entsprach die Teilung Palästinas aber, entgegen der Darstellung in der Rede Gromykos, der eigentlichen Präferenz der sowjetischen Position, ohne dass die Initiative von der Sowjetunion selbst hatte ausgehen müssen. Zwar hatte die Sowjetunion vor der UNO einen gemeinsamen Staat für Juden und Araber als erste von zwei Lösungen favorisiert, doch korrespondierte dies nicht mit der eigentlichen sowjetischen Zielsetzung, sondern verhinderte vielmehr negative Auswirkungen durch eine Positionierung des Kreml in dieser Hinsicht. Molotov erläuterte seine Instruktion folgendermaßen:

„Sie müssen berücksichtigen, dass taktische Überlegungen unseren Vorschlag der ersten Variante für die Lösung der Palästinafrage – der Gründung eines binationalen Staates motivierten. Wir wollten nicht die Initiative für die Gründung eines jüdischen Staates übernehmen, aber die zweite Variante der oben genannten Direktive, die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates, drückt besser unsere Position aus. Da sich nach der Untersuchung die Mehrheit des UN-Komitees für die Schaffung eines eigenen jüdischen Staates ausgesprochen hat, sollten Sie die Mehrheitsmeinung unterstützen, die unserer grundlegenden Position zu dieser Frage entspricht.“<sup>26</sup>

<sup>23</sup> Ebenda, S. 221f.

<sup>24</sup> Am United Nations Special Committee on Palestine (UNSCOP) waren Repräsentanten von elf Staaten beteiligt: Australien, Jugoslawien, Iran, Indien, Tschechoslowakei, Kanada, Guatemala, Niederlande, Schweden, Peru, Uruguay. UNSCOP führte Untersuchungen und Befragungen zur Lage in Palästina und den umliegenden Staaten durch.

<sup>25</sup> Während sieben Teilnehmer (Mehrheitsbeschluss) für die Teilung stimmten (Peru, Kanada, Tschechoslowakei, Guatemala, Niederlande, Uruguay, Schweden), waren drei (Minderheitsbeschluss) für einen arabisch-jüdischen Einheitsstaat (Indien, Iran, Jugoslawien). Australien enthielt sich. Vgl. den Mehrheitsbeschluss im Detail: *The Partition of Palestine: Resolution of the United Nations General Assembly (Excerpts)*, 29. 11. 1947, in: Magnus (Hg.), *Documents on the Middle East*, S. 144ff.

<sup>26</sup> Telegramm des Außenministers V. M. Molotov an den stellvertretenden Außenminister A. Ja. Wyšinskij, 30. 9. 1947, über die sowjetische Position zu Palästina, in: SIO, Bd. 1, S. 251f.

So verhinderte die UdSSR eine Beeinflussung der westlichen Entscheidung aufgrund ihrer Haltung und trat auch gegenüber der arabischen Welt nicht als Hauptentscheidungs-träger auf, sondern konnte sich stets auf den Mehrheitsentscheid der UNO beziehen.

Im Laufe des Oktobers erhielten die jüdischen Repräsentanten schon verschiedene interne Zusagen darüber, dass die UdSSR für die Teilung stimmen würde und sich, sollte dies scheitern, außerdem für die weitere Immigration von Juden nach Palästina einsetzen würde.<sup>27</sup> In seiner zweiten Rede vor der Generalversammlung der UNO am 26. November 1947 betonte Gromyko allerdings, dass sich die Entscheidung für die Teilung Palästinas gemäß dem Mehrheitsbeschluss nicht gegen die Araber richte, sondern „den grundlegenden nationalen Interessen beider Völker, den Interessen sowohl des jüdischen als auch des arabischen Volkes“ entgegenkomme.<sup>28</sup> Während er den historischen Anspruch der Juden auf Palästina erneut bejahte, unterstrich Gromyko gleichzeitig die sowjetische Solidarität mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der Araber. Die arabische Kritik an der sowjetischen Entscheidung lehnte er als Affektreaktion in der Überzeugung ab, dass „die Araber und die arabischen Länder nicht nur einmal noch in Richtung Moskau blicken werden, Hilfe von der Sowjetunion erwartend im Kampf für ihre legalen Interessen: dem Versuch, sich von den Resten ausländischer Abhängigkeit zu befreien.“<sup>29</sup> Als Grund für die Unterstützung der Teilung und die Bildung eines jüdischen und eines arabischen Staates gab er die sowjetische Anwaltschaft für die Selbstbestimmung der Völker an. Ebenso wurde aber erneut die Notwendigkeit der Auflösung des britischen Mandats herausgestellt, die englische Politik verurteilt und das Scheitern der englischen Verwaltung aufgezeigt.<sup>30</sup> Drei Tage später, am 29. November, befürworteten unter anderen fünf osteuropäische Staaten, darunter die UdSSR, den Plan der Teilung Palästinas. Dies war ein ausschlaggebender Faktor für die Abstimmung in der Generalversammlung, denn nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsache wurde mit 33 von 46 Stimmen bei zehn Enthaltungen eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die UNO-Teilungsresolution erreicht.<sup>31</sup> Als noch vor Ablauf eines halben Jahres, in der Nacht auf den 15. Mai 1948 der Staat Israel ausgerufen wurde, war es die UdSSR, die den neuen Staat als Erste de jure anerkannte. Die USA hatten Israel zunächst de facto anerkannt.

Die sowjetische Entscheidung für die Teilung Palästinas war ein typisches Beispiel zentralisierter stalinscher Außenpolitik. Die Vermutung, wie sie z. B. der Nahostspezialist Wal-

<sup>27</sup> Die Information kam sowohl von jugoslawischen und polnischen Quellen als auch von A. Gromyko. Siehe hierzu: CZA S25/5471, M. Schertok an G. Meyerson, 11. 10. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 722; CZA S25/1698, Z. Sharef an das Jewish Agency Office in New York, 15. 10. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 728.

<sup>28</sup> Rede des ständigen Vertreters der UdSSR bei der UNO, A. A. Gomyko, im Plenum der Sitzung der zweiten Sitzung der Generalversammlung der UNO, 26. 11. 1947, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 9.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 10.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>31</sup> Die Abstimmung über die Mehrheitsentscheidung des Ad-hoc-Komitees fiel folgendermaßen aus: 33 Zustimmungen (USA, UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Ukrainische Sozialistische Sowietrepublik, Byelorussische Sozialistische Sowietrepublik, Frankreich, Kanada, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Schweden, Australien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guatemala, Haiti, Island, Liberia, Neuseeland, Nicaragua, Norwegen, Panama, Paraguay, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Peru, Philippinen, Uruguay, Venezuela, Südafrika), 13 Gegenstimmen (Indien, Griechenland, Kuba, Ägypten, Afghanistan, Iran, Irak, Libanon, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien, Türkei, Jemen), 10 Enthaltungen (UK, Jugoslawien, China, Äthiopien, Argentinien, Chile, Kolumbien, El Salvador, Honduras, Mexiko). Hierzu im Detail: The Partition of Palestine: Resolution of the United Nations General Assembly (Excerpts), 29. 11. 1947, in: Magnus (Hg.), Documents on the Middle East, S. 144ff.

ter Laqueur angestellt hat, dass die Palästinafrage für derart unwichtig eingestuft wurde, dass sie in Unterabteilungen getroffen worden sein könnte, ist völlig unzutreffend.<sup>32</sup> Das bezeugt der intensive Schriftverkehr zwischen Molotov und Vyšinskij, dem Repräsentanten bei der UNO, welcher auch in enger Absprache mit Stalin erfolgte.<sup>33</sup> Die Entscheidung trafen Stalin und Molotov, wie Letzterer auch im Gespräch mit Čuev später betonte:

„Außer uns waren alle dagegen. Außer mir und Stalin. Es haben mich einige gefragt: Warum habt ihr das unterstützt? Wir sind Advokaten internationaler Freiheit. Warum sollten wir dagegen sein, wenn das genau genommen hieße, eine feindliche Politik in der nationalen Frage zu verfolgen. In unserer Zeit, das ist richtig, waren und blieben die Bolschewiki gegen den Zionismus eingestellt. Und sogar gegen den Bund, obwohl dieser als sozialistische Organisation galt. Aber eine Sache ist es, gegen den Zionismus zu sein, [...] eine andere, gegen das jüdische Volk zu sein.“<sup>34</sup>

Molotov betonte, sich auf die 1930er, 1940er und 1950er Jahre beziehend, dass Diplomaten keinerlei Freiraum für Eigeninitiative oder eigene Entscheidungen hatten, „weil alles fest in den Händen von Stalin und mir war“.<sup>35</sup> In dieser vollkommen zentralisierten Struktur hätten Diplomaten nur Stalins Instruktionen ausgeführt. In der Tat erhielten sowohl Gromyko als auch Vyšinskij die inhaltlichen Vorgaben erst kurz vor der jeweiligen Rede bzw. Abstimmung per Telegramm.

Gleichzeitig kann die Abstimmung über Palästina auch als Beispiel dafür gelten, dass es in einigen Fragen eine weitgehend eigenständige, vom Kreml unabhängige Politik der osteuropäischen Staaten geben konnte. Tatsächlich hatten sowohl der tschechoslowakische als auch der polnische Vertreter ihre Instruktionen wesentlich früher als die sowjetischen erhalten und verfolgten eine prozionistische Politik, was in diesem Fall die Unterstützung der Teilung bedeutete.<sup>36</sup> Diese Haltung der beiden osteuropäischen Staaten war Vertretern der Jewish Agency durchaus bekannt. Neben den innenpolitischen Motiven wurde insbesondere in Bezug auf die Tschechoslowakei betont, dass die politischen Entscheidungsträger den zionistischen Zielen sehr gewogen waren.<sup>37</sup> Gerade Beneš hatte, wie bereits geschildert, seine Solidarität mehrfach ausgedrückt. So war verschiedentlich, aber insbesondere von Nahum Goldmann, bereits zu Beginn des Jahres 1947 die feste Überzeugung ausgedrückt worden, dass beide Staaten für die Staatsgründung stimmen würden

<sup>32</sup> Vgl. hierzu Laqueur, *The Soviet Union and the Middle East*, S. 147.

<sup>33</sup> Siehe den Austausch von Telegrammen zur Palästinaentscheidung, in: SIO, Bd. 1, S. 260f., 266f., 251–253.

<sup>34</sup> Čuev, Molotov. *Poluderžavnyj vlastelin*, S. 127f.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 134. Diese Aussage findet sich auch bei Diplomaten wie M. M. Litvinov und N. V. Novikov bestätigt. Novikov beschrieb seine Unsicherheit nach dem Krieg und die Unfähigkeit, Entscheidungen zu treffen, ohne vorher konkrete Anweisungen und Richtungsvorgaben von Molotov bekommen zu haben. Vgl. Novikov, *Vospominanija diplomata*, S. 306f. Siehe auch Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, S. 282. Ähnlich beschrieb dies auch Litvinov. Vgl. Phillips, *Between the Revolution and the West*, S. 169ff.

<sup>36</sup> Vgl. hierzu die Aussagen unterschiedlicher Diplomaten: ISA 93.02/172/18, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, Washington, vertraulich, 11.9.1947, über Epsteins Gespräch mit M. S. Vavilov, dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Washington, 2.9.1947, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 645; CZA S25/6661, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 30.6.1947, Diskussion mit dem polnischen Botschafter Dr. Józef Winiewicz in Washington, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 424.

<sup>37</sup> ISA 93.03/2270/06, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 30.6.1947, Diskussion mit dem tschechoslowakischen Botschafter Dr. Juraj Slavič in Washington, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 489f.; *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 44, 264.

und somit auch begründete Hoffnung auf eine positive Politik der UdSSR bestehen würde.<sup>38</sup>

Trotz wichtiger Entwicklungen in den Jahren 1946 und 1947, die ihren Einfluss auf die sowjetische Politik hatten,<sup>39</sup> ist die wesentliche Ausgangssituation, die zur sowjetischen Unterstützung der jüdischen Staatsgründung führte, in den Kriegsjahren und den besonderen Bemühungen der zionistischen Organisationen, sich als fortschrittliche und unabhängige Macht im Nahen Osten zu präsentieren, zu finden. Die Jewish Agency hatte die Sowjetunion gezielt in die Diskussion um die Zukunft Palästinas miteinbezogen und sie aufgefordert, Stellung zu beziehen. Eine besondere Rolle spielte in diesem Kontext der Kampf gegen die britische Mandatsmacht, der den Interessen der Zionisten wie auch der Sowjetunion zugrunde lag. Zeigten die Entwicklungen in Ägypten wenig Resultate, so beeindruckte das jüdische Engagement umso mehr die sowjetischen Behörden. Die Aussage von Arnold Kramer, „es ist unwahrscheinlich, dass die Palästinafrage 1944 von der Sowjetunion überhaupt schon bedacht wurde“<sup>40</sup>, spiegelt die Auffassung vieler Wissenschaftler wider, ist aber, wie hier auf der Grundlage der sowjetischen Dokumente nachgezeichnet wurde, unzutreffend.<sup>41</sup> Ebenso ist jedoch die Schlussfolgerung von Laurent Rucker, „1945 hatte die Sowjetunion in der Tat noch keine politische Strategie für den arabischen Raum. Die Frage war stattdessen, ob Moskau die Schaffung eines jüdischen Staates unterstützen würde oder nicht“<sup>42</sup>, zu einseitig und irreführend.<sup>43</sup> Die arabischen Staaten waren Teil der neuen „antiimperialistischen“ Politik der Sowjetunion, die im Rahmen der Nachkriegsplanungen im Nahen Osten eine besondere Schwachstelle für die sowjetische Sicherheit erkannte. In diese Überlegungen wurden seit ca. 1944 auch die jüdische Gemeinschaft und die zionistische Bewegung als Faktoren miteinbezogen. Wie der Mitarbeiter der Jewish Agency, Eliahu Sasson<sup>44</sup>, zu Recht folgerte, beschränkte sich die sowjetische Haltung nicht auf das Palästina-Problem, sondern war Teil einer allgemeinen antibritischen Politik, die sich auch auf andere Fragen, wie die interne Teilung Ägyptens bezog.<sup>45</sup> Welche Motive die sowjetische Entscheidung beeinflussen, wird im Anschluss an das folgende Unterkapitel im Einzelnen herausgestellt.

## 2.2. Intensivierung der sowjetisch-israelischen Beziehungen

Die Kooperation zwischen der jüdischen Gemeinschaft in Palästina und der Sowjetunion ging über die diplomatische Unterstützung bei der Anerkennung des Staates Israel hinaus.

<sup>38</sup> Weizmann Archive, Memorandum N. Goldmanns, 23. 1. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 51; CZA S25/5343, Memorandum W. Eytans, 25. 2. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 234; ISA 93.03/2266/15, Brief M. Comays an M. Schenck, 12. 6. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 395.

<sup>39</sup> Rucker vermutet, dass die sowjetische Entscheidung letztlich Ende April 1947 getroffen wurde. Vgl. Rucker, *Moscow's Surprise*, S. 19.

<sup>40</sup> Kramer, *The Forgotten Friendship*, S. 36.

<sup>41</sup> Vgl. z. B. Abu-Lughod (Hg.), *The Transformation of Palestine*, S. 421.

<sup>42</sup> Rucker, *Moscow's Surprise*, S. 7.

<sup>43</sup> Ende 1944/Anfang 1945 sieht auch Brod eine „vorläufige Entscheidung zugunsten der jüdischen Aspirationen in Palästina“. Vgl. Brod, *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR*, S. 46.

<sup>44</sup> Eliahu Sasson (1902–1978) war 1933–1948 Leiter der arabischen Sektion der politischen Abteilung der Jewish Agency. Nach der Staatsgründung arbeitete Sasson als Diplomat in Israel. Zunächst Direktor der Nahostabteilung des Außenministeriums Israels (1948–1950), war er später Gesandter in der Türkei und 1953–1960 Gesandter und Botschafter in Italien.

<sup>45</sup> CZA S25/485, E. Sasson an E. Epstein (Washington), 28. 6. 1946, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 1, S. 453.

Nach der UNO-Entscheidung hielten die Vertreter der Jewish Agency in Washington, E. Epstein und M. Shertok, intensiv Kontakt zu S. Carapkin, dem Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft, und dem Vertreter bei der UNO, A. Gromyko. Sie informierten über die Entwicklungen und setzten weiterhin in vielen langen Gesprächen ihre Positionen auseinander. Über eine enge Kooperation mit der UdSSR sicherten sie sich so die Garantie, dass ihre Interessen selbst bei Fragen, die der Novemberresolution widersprachen, wie bei Grenzfragen oder dem Status von Jerusalem, unterstützt wurden. In den Gesprächen wurde immer wieder hervorgehoben, dass die Sowjetunion und die Ostblockländer ihre Hauptunterstützer seien und der Kreml zudem der konsequenteste Verteidiger ihrer Rechte sei.<sup>46</sup> Gleichzeitig wurde das imperiale Interesse Englands, Palästina wieder unter die Kontrolle zu bringen, hervorgehoben. Carapkin gab den Inhalt der Gespräche mit Epstein direkt an Molotov weiter, darunter ausführliche Schilderungen der britischen Politik im Nahen Osten.

„Epstein sagte, dass es jetzt keinen Zweifel mehr daran gebe, dass die Engländer die feste Absicht haben, die Entscheidung der UNO in Bezug auf Palästina zu kippen. Die Engländer unterstützen und inspirieren mit allen Mitteln Aufruhr und öffentliches Auftreten der Araber gegen die Juden und nicht nur in Palästina, sondern im ganzen Nahen Osten.“<sup>47</sup>

Ebenso wurde in diese Kritik auch die Politik der Amerikaner mit einbezogen, welche zusammen mit den Engländern nun eine strategische und politische Konsolidierung anstreben würden.<sup>48</sup>

Auch die UdSSR ging in der Palästinafrage weiterhin in enger Absprache mit den jüdischen Interessen vor. Die Sowjetunion unterstützte von Beginn an die Mitgliedschaft Israels bei den Vereinten Nationen und widersetzte sich konsequent einer Revision der Teilungsresolution vom 29. November 1947. Im Anschluss an die Novemberabstimmung hatten die USA Zweifel an der Umsetzbarkeit der Entscheidung geäußert. Aufgrund der anstehenden Wahlen war die US-amerikanische Zustimmung in erster Linie von innenpolitischen Motiven bestimmt worden. Nun setzten sie sich stattdessen für eine Übergangszeit mit einer UN-Treuhandverwaltung ein. Im März 1948 beantragten die USA, Frankreich und China im Sicherheitsrat hierfür eine Revision der Teilungsresolution, da deren Umsetzung unmöglich sei. Auslöser für dieses Umdenken war in erster Linie die Opposition der Araber, die mit einer stark antiamerikanischen Stimmung einherging und die Befürchtung nahelegte, dass die amerikanischen Ölinteressen in Zukunft nicht mehr gewährleistet seien.<sup>49</sup> Die Sowjetunion verurteilte den Antrag und kritisierte die Verzögerungen bei der Umsetzung der UNO-Teilungsresolution: Eine Treuhandverwaltung würde den

<sup>46</sup> Z. B. Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in der Tschechoslowakei, M. A. Sílina, mit dem israelischen Gesandten in der Tschechoslowakei, E. Überall, 9. 8. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 337.

<sup>47</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen interimistischen Chargé d'affaires in den USA, S. K. Carapkin, mit dem Leiter der Jewish Agency für Palästina in Washington, E. Epstein, 18. 12. 1947, geheim, in: SIO, S. 276. Vgl. auch das Gespräch vom 26. 1. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 281ff.

<sup>48</sup> Bericht des politischen Beraters der Vertretung der Jewish Agency für Palästina in New York, L. Gelber, über das Gespräch mit dem Direktor der Abteilung der Vereinten Nationen des US-amerikanischen Außenministeriums, D. Rask, streng vertraulich, 5. 11. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 262f.

<sup>49</sup> Der Vizepräsident der Arab-American Oil Company, James T. Duce, bereiste Anfang 1948 die arabischen Staaten und setzte sich gegenüber der US-Regierung für eine stärkere Berücksichtigung der Ölinteressen in den Beziehungen zu den arabischen Staaten ein. Siehe hierzu die Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen interimistischen Chargé d'affaires in den USA, S. K. Carapkin, mit der Jewish Agency für Palästina in Washington, E. Epstein, 9. 2. 1948, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 285.

semikolonialen Zustand in Palästina nur fortsetzen und außerdem die Entscheidungskraft der UNO untergraben.<sup>50</sup>

Im September 1948 legten die USA und Großbritannien der UNO einen neuen Plan, ausgearbeitet vom UNO-Vermittler Graf Bernadotte<sup>51</sup> vor, in dem Ansinnen eine gemeinsame Position einzunehmen. Hiernach wurde im Wesentlichen angestrebt, den Negev und den arabischen Teil Palästinas an Transjordanien anzuschließen, welches in engem Bündnis mit Großbritannien stand. Der Negev war die strategisch wertvolle Verbindung vom Mittelmeer zum Roten Meer und bot militärstrategisch eine gute Plattform sowie die Option eines Ersatzkanals, sollte der Suezkanal wegen der Differenzen mit Ägypten unnutzbar werden. Auch im Rahmen dieser Diskussion beharrte Moskau auf den Beschlüssen der Novemberresolution und orientierte sich im Weiteren an den israelischen Interessen.<sup>52</sup> Noch Ende Oktober 1948 schrieb der israelische Außenminister, Moshe Shertok, in einem ausführlichen Bericht über die sowjetische Haltung an seine Regierung:

„Im Großen und Ganzen haben wir sehr gute gegenseitige Beziehungen zur Sowjetunion. Die Russen wollen sich in allen Details ein Bild von unserer Position machen. [...] Im Sicherheitsrat fungieren die Russen nicht nur als unsere Verbündeten, sondern sogar als unsere Emissäre.“<sup>53</sup>

Auch die sowjetische Presse ergriff Partei für den jüdischen Staat. Hatte der sowjetische Vertreter auf der am 27./28. Mai 1948 stattfindenden Sitzung des Sicherheitsrats der UNO den arabischen Angriff als Aggression verurteilt und den sofortigen Rückzug der Truppen gefordert, so griff auch die sowjetische Presse die Politik der arabischen Staaten an. Im September 1948 hieß es z. B. in der „Pravda“:

„[...] als die Armee Israels ihr Land gegen die arabischen Legionen verteidigte, die von englischen Offizieren befehligt wurden, waren alle Sympathien der sowjetischen Menschen auf der Seite der Opfer und nicht auf der Seite der Täter.“<sup>54</sup>

Die wesentliche Verantwortlichkeit für den arabischen Angriff auf den neuen Staat wurde allerdings den Engländern zugeschrieben. Der britische Imperialismus strebe die Beseitigung des jüdischen Staates mit Hilfe der arabischen Staaten an, um den eigenen Einfluss wieder geltend zu machen.<sup>55</sup> Gerade an dieser Argumentation kann die sowjetische Hauptintention abgelesen werden, da die sowjetischen Darstellungen auch in späteren Interpretationen, nach der sowjetischen Umorientierung, dieser Schlussfolgerung einer imperialistischen Initiative treu blieben, nur wurden nun nicht mehr die Araber, sondern die Israelis als Aggressoren verurteilt. So hieß es 1957 in einer Publikation der sowjetischen Historike-

<sup>50</sup> Rede Gromykos auf der zweiten Sondersitzung der UNO-Generalversammlung, 20. 4. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 302.

<sup>51</sup> Der Plan des UNO-Vermittlers Graf Folke Bernadotte wurde am 20. 9. 1948 zur Diskussion gestellt. Bernadotte war während der Nachforschungen allerdings Opfer eines Mordanschlags durch ein Mitglied der jüdischen Terrororganisation „Vaterlandsfront“ in Jerusalem geworden, so dass der Plan drei Tage nach seiner Ermordung der UNO präsentiert wurde.

<sup>52</sup> Aus den Anmerkungen des Mitglieds der Delegation der UdSSR auf der dritten Sitzung der Generalversammlung der UNO, S. K. Carapkin: Folgerungen und Vorschläge zum Vortrag des UNO-Vermittlers in Palästina Bernadotte, 1. 10. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 58ff.; Memorandum V. M. Molotovs an I. V. Stalin, 20. 10. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 407ff.; zur israelischen Haltung zum Bernadotte-Plan vgl. *Documents on the Foreign Policy of Israel*, Bd. 1, S. 622, 626–628.

<sup>53</sup> Vortrag des israelischen Außenministers, M. Schertok, auf der Regierungssitzung Israels, 26. 10. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 414.

<sup>54</sup> Il'ja Ėrenburg, „In Bezug auf einen Brief“, in: *Pravda*, 21. 9. 1948.

<sup>55</sup> Vgl. hierzu Abu-Lughod (Hg.), *The Transformation of Palestine*, S. 422–424.

rin Vatolina, die Imperialisten hätten mit dem von ihnen inspirierten Krieg der arabischen Staaten mit Israel versucht, die nationalen Befreiungsbewegungen in der arabischen Welt zu schwächen.<sup>56</sup>

Israel seinerseits wusste die auch ein Jahr nach der UNO-Entscheidung noch immer vorteilhaften Beziehungen zur Sowjetunion anzuerkennen und förderte sie durch den Empfang der ersten ausländischen Gesandten in Israel aus Moskau und Prag. Israel selbst hatte den Kreml aufgefordert, schnell zu agieren, so dass am 9. August 1948, drei Tage vor dem amerikanischen Repräsentanten, der sowjetische Gesandte P. I. Eršov empfangen wurde. Eršov war damit gleichzeitig der Doyen des diplomatischen Korps in Israel, was für die Rangliste von entscheidender Bedeutung war.<sup>57</sup> Nicht zufällig wurde als erster israelischer Diplomat der Gesandte für die Tschechoslowakei ernannt. Ehud Avriël trat bereits im Mai 1948 als Gesandter in Prag an. Die Ankunft der israelischen Gesandten in Moskau, Golda Meyerson (Meir), verzögerte sich aufgrund eines Unfalls, was in Israel zu beträchtlichem Unbehagen führte.<sup>58</sup> Die ausgesprochen freundliche Atmosphäre beim Empfang Meyersons in Moskau aber und die breite Pressepräsenz zeigten, dass die Stimmung in den israelisch-sowjetischen Beziehungen Anfang September 1948 noch sehr gut war.

Über die konsequente diplomatische Unterstützung hinaus förderte der Kreml ab Frühjahr 1948 intensive Militärhilfe aus dem Ostblock, die in hohem Maße für die militärische Überlegenheit der jüdischen Truppen verantwortlich war. Der Kreml trug zur Abwicklung eines breit angelegten Waffenhandels inklusive Militärausbildungen über die Tschechoslowakei und Jugoslawien bei. Während die UdSSR selbst die seit Mai 1948 vorgebrachten Anfragen von Seiten Israels negativ beschied, um das Image eines friedlichen Staates beizubehalten, förderte sie den Sieg der jüdischen Armee auf Umwegen.<sup>59</sup> Ohne diese Hilfe hätte Israel als Staat wohl kaum überlebt, und es ist erstaunlich, dass in einer neueren russischen Darstellung der Geschichte Israels die Tatsache der Militärhilfe aus dem Ostblock gerade mal am Rande erwähnt wird.<sup>60</sup>

Die UNO hatte nach der Novemberresolution ein generelles Waffenembargo für den Nahen Osten ausgerufen. Daher bemühten sich ab Ende 1947 sowohl arabische Staaten als auch die Jewish Agency um die Beschaffung illegaler Waffen. Beiden Parteien gelang es, entsprechende Verträge mit der Tschechoslowakei abzuschließen, was darauf zurückzuführen war, dass die ČSR dringend ausländische Devisen benötigte und der Waffenhandel ein lukratives Geschäft war.<sup>61</sup> Bei den Waffen handelte es sich um veraltetes Material, das überwiegend während des Zweiten Weltkrieges für Deutschland hergestellt worden war und nun aufgrund der Umstellung des Militärs auf sowjetische Waffentechnik nicht mehr gebraucht wurde. Bereits am 1. Dezember 1947 konnte die Haganah nach direkten Kon-

<sup>56</sup> Vatolina, *Araby v bor'be za nezavisimost'*, S. 155.

<sup>57</sup> Telegramm M. Schertoks an E. Epstein, 22. 7. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 310. Interessanterweise verlor der sowjetische Gesandte diesen Rang im März 1949, als die amerikanische Gesandtschaft zu einer Botschaft aufgewertet wurde, die UdSSR daran aber offensichtlich kein Interesse hatte. Vgl. hierzu Gespräch Sh. Friedmans mit P. I. Eršov, 3. 2. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 459.

<sup>58</sup> Meir, *Mein Leben*, S. 240ff. Vgl. auch das Telegramm des israelischen Außenministers, M. Schertok, an den Sondervertreter Israels in den USA, E. Epstein, 22. 7. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 333.

<sup>59</sup> Versuche, mit der UdSSR in direkte Verhandlungen einzusteigen, wurden seit Ende Mai 1948 gemacht. Moskau lehnte wegen des Waffenembargos ab. Vgl. hierzu SIO, Bd. 1, S. 307f., 315f., 325f., 331, 433f.

<sup>60</sup> Vgl. *Zvjagel'skaja, Istorija*, S. 81.

<sup>61</sup> Zu den ökonomischen Beweggründen siehe Kaplan, *Der politische Prozess gegen R. Slánský*, S. 171; Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 69f.

takten einen ersten Vertrag über die Lieferung von Schusswaffen und Munition mit der ČSR aushandeln. Die Tschechoslowakei hatte, wie beschrieben, ohnehin eine projudische Politik verfolgt, und die Kontakte schlossen daher auch den tschechoslowakischen Außenminister Jan Masaryk mit ein. Gleichzeitig aber war es im Dezember auch Syrien gelungen, einen Vertrag über den Kauf von Granaten, Granatwerfern und Patronen zu unterzeichnen.<sup>62</sup> Im Februar 1948 hielt sich eine ägyptische Militärdelegation in Prag auf, die mit einer dortigen Firma über Waffen und Munition verhandelte. Es ist möglich, dass auch diese Verhandlungen erfolgreich waren. Ginat vermutet sogar eine direkte Beteiligung der UdSSR, da sie mit Ägypten im März ein Wirtschaftsabkommen über den Ankauf von ägyptischer Baumwolle gegen Weizen- und Kornlieferungen aus der UdSSR unterzeichnete.<sup>63</sup>

Zu betonen ist, dass der Waffenhandel von der Tschechoslowakei zunächst ebenso wie die Emigrationsförderung nach dem Krieg und die Entscheidung bei der UNO-Abstimmung Ergebnis einer unabhängigen Politik der osteuropäischen Staaten war. Während Prag Waffen an beide Nahostparteien verkaufte, verweigerte etwa Jugoslawien, das im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Staaten auch gegen die Teilung gestimmt hatte, noch im Februar 1948 den Transport der Waffen nach Palästina über jugoslawisches Territorium.<sup>64</sup> Der Kreml übte seinerseits vorerst keinen Druck aus und enthielt sich einer Einmischung, was einer indirekten Zustimmung gleichkam. Auf die Benachrichtigung über den tschechoslowakisch-syrischen Waffenhandel machte der Stellvertreter Molotovs, V. A. Zorin, im Januar 1948 den Vorschlag, Prag darauf hinzuweisen, dass ein Waffenhandel mit den Arabern derzeit nicht wünschenswert sei. Molotov jedoch kommentierte, dass von einer Einmischung Abstand genommen werden soll.<sup>65</sup> Dies änderte sich erst im Frühjahr 1948 mit der endgültigen Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei und der Festigung des sowjetischen Einflusses dort. Der Kreml bestimmte nun die einzelnen politischen Schritte und der Waffenhandel zwischen der Tschechoslowakei und der Haganah wurde in der Folge von Moskau gefördert.<sup>66</sup> Die Sowjetunion löste die Transportproblematik, indem sie Druck auf Tito ausübte, so dass ab März das erste Schiff mit Waffenladungen aus der ČSR von einem jugoslawischen Hafen auslaufen konnte. Jugoslawien entwickelte sich infolge dessen zum wichtigsten Zwischenstopp.<sup>67</sup> Stalin befürwortete die Waffenlieferungen an Israel, da die Analysen des sowjetischen Außenministeriums zu folgendem Schluss gekommen waren:

<sup>62</sup> Die Waffen für Syrien erreichten ihr Ziel nicht. Zunächst über die Sperrung des Finanztransfers durch England behindert, wurde ein Großteil der Ware während des Schiffstransports durch die Jewish Agency versenkt und dann nach Israel gebracht. Für weitere Waffenkäufe fehlten Syrien die Devisen. Vgl. die entsprechenden Dokumente in: SIO, Bd. 1, S. 278–281.

<sup>63</sup> Während Ro'i schreibt, dass der Handel zwischen der ČSR und Ägypten nicht stattgefunden habe aufgrund des Einspruchs von Vyšinskij, geht Ginat von einer Realisierung aus. In den Dokumenten konnte hierzu keine Information gefunden werden. Vgl. Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 150f.; Ginat, *The Soviet Union and Egypt, 1945–1955*, S. 84f.

<sup>64</sup> Telegramm des Direktors der politischen Abteilung der Leitung der Jewish Agency für Palästina, M. Schertok, an den Vorsitzenden der Leitung der Jewish Agency für Palästina, D. Ben Gurion, aus New York, 13. 2. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 287.

<sup>65</sup> Notizen des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, V. A. Zorin, an den Außenminister der UdSSR, V. M. Molotov, 22. 1. 1948, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 280f.

<sup>66</sup> Memorandum des Leiters der Nahostabteilung des MID SSSR, I. N. Bakulin, an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, V. A. Zorin, 5. 6. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 42f.

<sup>67</sup> Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 62f.

„Die Araber sind ermutigt durch die Hilfe der arabischen Staaten und der Engländer sowie durch das Zurückziehen der Unterstützung für die UN-Entscheidung durch die USA. [...] Die englische Verwaltung hilft den Arabern und behindert die Juden bei der Organisation ihrer Verteidigung.“<sup>68</sup>

Es lag für den Kreml somit nahe, dem Wiedererstarken des englischen Einflusses in der Region über die Unterstützung der Juden Einhalt zu gebieten. Den arabischen Angriff auf Israel hatte die Arabische Liga, durch ihren Vorsitzenden Abdel Rahman Azam, am 15. Mai 1948 offiziell bekannt gegeben, eine Organisation, in der der Kreml ohnehin ein Instrument englischer Politik sah. Auch in Bezug auf die vorausgehenden kämpferischen Auseinandersetzungen, welche zahlreiche Opfer auf beiden Seiten gefordert hatten, sprach der Kreml von britischer Einmischung und Organisation.<sup>69</sup>

Dementsprechend änderte sich auch das Ausmaß der Waffenverkäufe ab Frühjahr 1948. Wie Arnold Kramer in seiner ausgezeichneten Studie zur Militärhilfe aus dem Ostblock aufzeigte, erstreckte sich die tschechoslowakische Hilfe nun auf den Verkauf von schweren Waffen, Kampfflugzeugen sowie auf die Ausbildung israelischer Armeespezialisten.<sup>70</sup> Waffen wurden außerdem in den so genannten „Balak“-Flügen beschleunigt nach Israel transportiert. Ab April konnte die Haganah deutsche Messerschmitt- und englische Spitfire-Kampfflugzeuge inklusive der Ersatzteile und Bomben sowie Panzer in Prag erwerben. Für die notwendige Ausbildung israelischer Piloten und Techniker wurde eine tschechoslowakische Basis nahe der Stadt Žatec bereitgestellt, auf der im Weiteren auch Panzerfahrer und Fallschirmjäger geschult wurden.<sup>71</sup>

Golda Meyerson<sup>72</sup> betonte in ihren Memoiren die Bedeutung der Waffenkäufe aus dem Ostblock, die für den Kriegsverlauf entscheidend gewesen seien.<sup>73</sup> Sie selbst hatte die riesigen Spendensummen von US-amerikanischen Juden eingeworben, durch die die Haganah die Waffenkäufe in Osteuropa finanzierte.

Im Laufe des Jahres wurden die Aktivitäten weiter ausgebaut. Im Juni 1948 stimmte der Kreml dem Vorschlag zu, eine jüdische Freiwilligenbrigade in der ČSR aufzustellen und auszubilden, um sie dann nach Palästina zu senden. Die Idee hatte Shmuel Mikunis, der Generalsekretär der jüdischen PKP, im Frühjahr 1948 geäußert, mit dem Ziel, militärische

<sup>68</sup> Memorandum der Nahostabteilung des MID SSSR über die Lage in Palästina nach der UNO-Entscheidung über die Teilung des Landes, 13. 4. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 298.

<sup>69</sup> Im Zeitraum Dezember 1947 – März 1948 gab es nach offiziellen Angaben der britischen Verwaltung 2000 Todesopfer, davon 800 Juden und 1200 Araber. Vgl. Memorandum der Nahostabteilung des MID SSSR über die Lage in Palästina nach der UNO-Entscheidung über die Teilung des Landes, 13. 4. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 297.

<sup>70</sup> Insgesamt kommt Kramer auf folgende Waffenkäufe: Neben mehr als 60 Mio. Kugeln verschiedenartiger Munition, 35 000 Gewehren und 5895 Maschinengewehren konnte die Haganah auch 25 Messerschmitt-109-Kampfflugzeuge, 59 Spitfire-IX-Kampfflugzeuge, 22 Panzer und 9932 Bomben, darunter 2614 der 70-kg-Bomben kaufen. Detaillierter zur Militärhilfe an Israel siehe die fundierten Darstellungen von Kramer, *The Forgotten Friendship*, S. 54–106; ders., *Arms for Independence*, S. 745–754.

<sup>71</sup> Ders., *The Forgotten Friendship*, S. 89f.

<sup>72</sup> Golda Meyerson (ab Ende der 1940er Jahre Golda Meir), geb. Mabowitsch (1898–1978), wuchs in Kiew und Pinsk auf, immigrierte dann aber mit ihrer Familie in die USA. Seit den 1920er Jahren war sie aktiv in der jüdischen Gewerkschaftsbewegung tätig, 1946–1948 arbeitete sie als Vorstandsmitglied der Jewish Agency. Nach der israelischen Staatsgründung ging sie als erste Gesandte nach Moskau, wurde aber schon ein halbes Jahr später, im April 1949, zur Arbeitsministerin ernannt. 1956–1966 war Meir Außenministerin Israels, 1969–1974 Premierministerin.

<sup>73</sup> Meir, *Mein Leben*, S. 214ff., S. 233f.

Unterstützung und neue Immigranten zu gewinnen. Für Prag bot auch dieses Arrangement klare finanzielle Vorteile, da der Besitz der Ausreisenden an die Tschechoslowakei übergehen sollte, wovon auch in intensiven Verhandlungen mit Israel nicht Abstand genommen wurde.<sup>74</sup> Für Stalin dagegen musste der Hauptnutzen der Verschickung von Brigaden in der politischen Wirkung auf die kämpfenden Einheiten in Israel bestehen. Im September begann die aktive Umsetzung. Mehr als Tausend Freiwillige aus verschiedenen Ländern Osteuropas meldeten sich, und Ende Februar 1949 erreichten die Truppen Israel, wo sie verschiedenen Einheiten zugewiesen wurden. In kleinerem Umfang fanden ähnliche Militärausbildungen auch in anderen Ostblockländern statt.<sup>75</sup>

Die Kooperation zwischen der Sowjetunion und Israel blieb bis 1949 intensiv. Es führten jedoch seit Herbst 1948 zwei Faktoren zu einer Verschlechterung der Beziehungen, die im nächsten Kapitel zur Erklärung der Umorientierung der sowjetischen Politik näher ausgeführt werden.

### 3. Das revolutionär-imperialistische Paradigma Stalin'scher Politik

In der offiziellen Begründung für die sowjetische Position in der Palästinafrage berief sich die UdSSR auf ihre propagierte Politik der Freiheit und Selbstbestimmung für die Völker, die in der Unterstützung der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen zum Ausdruck komme.<sup>76</sup> Darüber hinaus ist viel über die tatsächlichen Gründe für diesen politischen Schritt diskutiert worden.<sup>77</sup> Insbesondere, da diese Entscheidung für die Öffentlichkeit unerwartet kam und damit für viele angesichts der zuvor wahrgenommenen sowjetischen Politik eine große Überraschung darstellte, sind die Hintergründe oft beleuchtet worden. Die nun zugänglichen sowjetischen Dokumente haben die Möglichkeit zu einem kompletteren Bild geboten, indem in den vorhergehenden Kapiteln auch die Entwicklung, die zu dieser Entscheidung führte, nachvollzogen werden konnte. Dadurch lassen sich aus der Entwicklung in der Tat mehrere Faktoren herausarbeiten, die bei der Entscheidungsfindung letztlich eine Rolle gespielt haben:

<sup>74</sup> Kramer, *The Forgotten Friendship*, S. 108f.

<sup>75</sup> Für die Behauptung des russischen Historikers V. Naumov, dass es auch in der UdSSR geheime Vorbereitungen für sowjetische Freiwilligenverbände gegeben habe, um eine kommunistische Infiltration zu forcieren, liegen keine Belege vor. Auch Naumov gibt keine Quellen an. Der Kreml hatte die jüdische Emigration und Militärhilfe aus Osteuropa befürwortet, die sowjetischen Juden oder direkte Hilfe jedoch immer davon ausgenommen. Daher ist es eher unwahrscheinlich, dass Freiwilligenverbände sowjetischer Juden gebildet werden sollten, zumal solche Unterstützung bereits in der Tschechoslowakei und anderen Ostblockstaaten vorbereitet wurde. Dahingehende Vorschläge wurden vom Außenministerium zudem konkret abgelehnt. Vgl. Schlussfolgerung des Beraters des MID SSSR, B. E. Štejn, aus dem Aufsatz Ě. G. Lembergs, geschickt an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, A. Ja. Vyšinskij, 22. 4. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 36f.; Naumov, *Die Vernichtung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees*, S. 127. Bei den Angaben über die ČSR spricht der tschechoslowakische Historiker K. Kaplan von 200 israelischen Spezialisten, die in der Tschechoslowakei ausgebildet wurden und von 1300 jüdischen Freiwilligen. Vgl. Kaplan, *Der politische Prozess gegen R. Slánský und Genossen*, S. 171. Vgl. auch Kramer, *The Forgotten Friendship*, S. 110–113, 120f.

<sup>76</sup> Siehe hierzu die Reden Gromykos, in: *SIO*, Bd. 1, S. 211–218, 267–273.

<sup>77</sup> Fundierte Diskussionen der Gründe finden sich v. a. bei Kramer, *Soviet Motives in the Partition of Palestine*, S. 102–119; ders., *The Forgotten Friendship*, S. 32–53; Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 36ff.

1. Beseitigung der Präsenz und des Einflusses Großbritanniens im Nahen Osten
2. Schwächung der gegen die UdSSR gerichteten britisch-amerikanischen Allianz
3. Internationaler Prestigezuwachs der UdSSR durch Sympathiegewinn in den jüdischen Gemeinschaften (vor allem in den USA)
4. Etablierung eines „neutralen“ und „progressiven“ Staates
5. Katalysatorfunktion Israels in der als reaktionär eingestuften Region des Nahen Ostens
6. Diplomatisches Mitspracherecht und Anerkennung als Großmacht

### 3.1. Diskussion sowjetischer Motive

Im Vordergrund stand für die Sowjetunion – und dieser Faktor ist in vielen Untersuchungen als ausschlaggebend hervorgehoben worden – das politische Kalkül, mit der Gründung eines jüdischen unabhängigen Staates in Palästina Macht und Einfluss Englands im Nahen Osten zurückzudrängen. Der Nachdruck, mit welchem England für seine Politik in den Reden wiederholt angeprangert wurde, ergab sich dabei sowohl aus der grundlegenden ideologischen Zielsetzung, das kapitalistische Lager zu schwächen, als auch aufgrund der sicherheitspolitischen Perspektive, die durch die Intensivierung des Kalten Krieges noch verstärkt Großbritannien und die USA als Gefährdung der sowjetischen Sicherheit rezipierte. Dieses Motiv findet sich auch durch die Bemühungen Moskaus bestätigt, die arabischen Staaten zu Anträgen vor der UNO zu ermutigen und ihre Forderungen nach Unabhängigkeit dort zu unterstützen. Dass die Erwartungen letztlich nicht erfüllt wurden und die arabischen Staaten sich in Moskaus Augen über die Arabische Liga enger an England banden, ließ den Kreml nach neuen Wegen suchen. Im Fokus standen dabei die Auflösung des Mandatsystems, welches England die Möglichkeit zur weiteren Kontrolle bot, und die Verhinderung der Bildung eines großsyrischen Reiches, wie es Großbritannien nach Moskauer Analysen mit einer Vereinigung von Syrien, Libanon, Transjordanien und Irak auch 1947 noch anstrebte.<sup>78</sup>

Es entstand eine Übereinstimmung mit den zionistischen Interessen in Palästina, wobei sich auch die Jewish Agency darüber bewusst war, dass die Sowjetunion sie unterstützte, „nicht aus Sympathie für unsere Sache oder aus Feindschaft gegen die Araber, sondern weil sie ihre eigenen Rechnungen mit Großbritannien zu begleichen haben“.<sup>79</sup>

Die grundlegende sowjetische Zielsetzung, das britische Imperium zu schwächen, nennt auch die russische Historikerin Irina D. Zvjagel'skaja – die unverständlicherweise in ihrer Darstellung trotz vorliegender Dokumente die langjährigen Kontakte des Kreml zu den Zionisten unerwähnt lässt – als allerdings alleinigen Grund für die Unterstützung der jüdischen Staatsgründung.<sup>80</sup> In dem kurzen Kommentar kommt aber am Rande zu Recht ein weiterer Faktor zur Sprache, der das zweite Hauptmotiv der sowjetischen Unterstützung bedingte.

„In der Tat war die Bildung eines unabhängigen jüdischen Staates ein Schlag gegen die Intention Großbritanniens, seine Herrschaft in Palästina zu sichern. Dabei hat die sowjetische Führung ihre Aufmerksamkeit nicht darauf gerichtet, welche politischen Kräfte an die Macht im jüdischen Staat kommen. Sie blieben zwar den Zionisten gegenüber ideologisch feindlich gesinnt und verfolgten im eigenen Lande Menschen, die zionistische Überzeugungen teilten, doch betrachteten sie in

<sup>78</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 389, ll. 10f., 1947, Analyse der aktuellen Lage Syriens.

<sup>79</sup> CZA S25/485, E. Sasson an E. Epstein (Washington), 28. 6. 1946, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 1, S. 454.

<sup>80</sup> Zvjagel'skaja, Istorija, S. 75.

dieser Periode allgemein die zionistische Führung als zweitrangigen Faktor im Kontext der gemachten strategischen Wahl. Die Zionisten konnte man im Gegensatz zu den von England unterstützten arabischen Regimen im Interesse der Stärkung der internationalen Position der UdSSR in der Nachkriegszeit nutzen.<sup>81</sup>

Der Nutzen für die „Stärkung der internationalen Position der UdSSR in der Nachkriegszeit“ geht über die Schwächung Englands hinaus und verweist auf mögliche Erwartungen, die mit einem jüdischen Staat in Palästina verbunden waren. Dieses Motiv findet sich in der Tat durch die internen sowjetischen Dokumente gestützt. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Kontext die erwartete Wirkung auf den Westen über die jüdische Diaspora. Gerade die USA standen deutlich im Fokus des Kreml. Dieses Interesse ließ sich schon von der sowjetischen Politik im Krieg ablesen. Die Initialisierung und Instrumentalisierung des jüdischen Antifaschistischen Komitees, um Solidarität und Unterstützung von der amerikanischen Gesellschaft zu gewinnen, hatte sich wie bereits beschrieben als extrem erfolgreich erwiesen. Die Gespräche sowjetischer Diplomaten zeigten nach dem Krieg ein fortgesetztes Interesse. Zurückzuführen war dies in hohem Maße auf das seit Sommer 1945 vom Kreml realisierte Atomwaffenmonopol der USA. Dadurch verstärkte sich die Bedeutung der US-amerikanischen Öffentlichkeit mit der Funktion einer Lobby gegen einen atomaren Angriff auf die UdSSR.<sup>82</sup> Ein Beispiel für die Hervorhebung der Öffentlichkeit war Ždanovs 1947 gehaltene Rede, in der er behauptete, dass die Öffentlichkeit in den USA gegen Krieg sei.<sup>83</sup> Auch wurden direkte Erkundigungen über die Haltung der Juden in Amerika zur Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina eingezogen.<sup>84</sup> Von Bedeutung waren in diesem Rahmen eine positive Medienresonanz und der Einfluss, den man über eine Solidarität mit der als mehrheitlich prozionistisch eingeschätzten jüdischen Gemeinschaft gewinnen würde. So konstatierte der sowjetische Diplomat M. S. Vavilov, dass der Kreml mit der weltweiten Resonanz in den Medien auf die Rede Gromykos sehr zufrieden sei.<sup>85</sup>

Hinzu kam, dass die sowjetische Erwartung eines steigenden Antisemitismus in den USA eine Kooperation mit der mit fünf Millionen größten jüdischen Gemeinde der Welt in einem besonders aussichtsreichen Licht erscheinen ließ.<sup>86</sup> Noch aktueller aber war die Beobachtung eines starken Anstiegs antisowjetischer Stimmungen in den USA, dem eine prozionistische Politik entgegenwirken sollte, da sie sowohl in den jüdischen Kreisen als auch im links-liberalen Umfeld Widerhall finden würde.<sup>87</sup> Im Hinblick auf die zunehmende Isolierung

<sup>81</sup> Ebenda, S. 75.

<sup>82</sup> Holloway, *Stalin and the Bomb*, S. 256.

<sup>83</sup> Andrej A. Ždanov, Report on the International Situation to the Cominform, 22.9.1947, <http://www.cnn.com/SPECIALS/cold.war/episodes/04/documents/cominform.html> (19.8.2007).

<sup>84</sup> ISA 93.02/172/18, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, Washington, vertraulich, 11.9.1947, über Epsteins Gespräch mit M. S. Vavilov, dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Washington, 2.9.1947, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 646.

<sup>85</sup> ISA 93.02/164/11, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 31.7.1947, Diskussion mit dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Washington, Mr. Michail S. Vavilov, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 499.

<sup>86</sup> Z.B. CZA S25/6607, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 25.6.1947, über Epsteins Gespräch mit Dr. Vladimir Velebit, einem jugoslawischen Diplomaten, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 420f.

<sup>87</sup> Im Fokus stand hier auch eine Gruppe von Politikern um den ehemaligen Vizepräsidenten Henry Wallace, die sich für eine positive Politik gegenüber der Sowjetunion einsetzten. Vgl. ISA 93.03/2266/15, Brief M. Comays an M. Schenck, 12.6.1947, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 395.

rung der UdSSR war dies von entscheidender Bedeutung. Stalin wollte in die internationalen Entscheidungen eingebunden werden. Dafür spricht auch die Tatsache, dass der Kreml in Bezug auf Palästina „nicht gegen die Mehrheit stimmen“ und sich hier möglichst im Einklang mit den USA befinden wollte. Die wachsende Kooperation der Westmächte aber, die sich deutlich gegen die Sowjetunion richtete, hatte im Juni 1947 mit der Verkündung des Marshall-Plans einen neuen Höhepunkt erreicht. In diesen Zusammenhang gehörte die sowjetische Unterstützung der jüdischen Immigration nach Palästina. Die Immigration war sowohl ein antibritischer Faktor als auch ein Faktor, der die Kontroverse zwischen England und den USA anfachen konnte. Auf der anderen Seite steigerte die Zulassung der Emigration das sowjetische Prestige in jüdischen und nicht-jüdischen prozionistischen Kreisen. Englischer Widerstand gegen die illegale Immigration erreichte im Sommer 1947 seinen Höhepunkt und zeigte sich eindrucksvoll an den Affären um das Flüchtlingsschiff „Exodus“, dessen Flüchtlinge nach Europa zurückgeschickt wurden, und die beiden größten illegalen Flüchtlingsschiffe „Pan York“ und „Pan Crescent“, die ca. 15 000 Juden aus dem Ostblock, vor allem aus Rumänien, nach Palästina bringen sollten, jedoch von den britischen Behörden daran gehindert und schließlich nach Zypern umgeleitet wurden.<sup>88</sup>

Zusätzlich zu der Erwartung, dass sich die Gründung eines jüdischen Staates auf die innenpolitische Situation in den westlichen Staaten, insbesondere den Vereinigten Staaten, und auf die internationale Politik auswirken würde, stellt sich die Frage, welche Vorstellungen der Kreml mit dem Staat Israel selbst verband. Ein in der Forschung bisher immer wieder kontrovers aufgegriffenes Motiv ist die sowjetische Hoffnung auf einen sozialistischen Vorposten in der Region des Nahen Ostens.<sup>89</sup> Dieser Faktor wurde z. B. von Historikern wie Yaacov Ro'i oder auch Irina Zvjagel'skaja negiert.<sup>90</sup> Diese Ausschließlichkeit wird der Frage angesichts der Entwicklung und der Komplexität der sowjetischen Außenpolitik aber nicht gerecht. Zwar wurde von sowjetischen Diplomaten immer wieder auf die pragmatische Herangehensweise hingewiesen, doch können die grundlegenden ideologischen Überlegungen, die sich auch in den sowjetischen Analysen zu Palästina widerspiegeln, nicht außer Acht gelassen werden.

Über mehrere Jahre hatten die zionistischen Vertreter gegenüber sowjetischen Repräsentanten das Bild einer sozialistischen, fortschrittlichen und extrem engagierten Gesellschaft gezeichnet. Im Gegensatz zu den als semifeudal eingestuften Gesellschaften der arabischen Staaten, darunter auch Ägyptens, hatte die jüdische Gemeinschaft nach sowjetischen Vorstellungen bereits eine höhere Entwicklungsstufe erreicht. Die Landwirtschaft der jüdischen Siedler basierte weitenteils auf der Organisation von Kibbuzim, die einer sozialistischen Orientierung nahekamen, während in Ägypten trotz zunehmender Industrialisierung seit dem Krieg eine halb feudale Agrarwirtschaft vorherrschte. In diesem

<sup>88</sup> Auf der „Exodus“, die Mitte Juli 1947 Frankreich verließ, waren über 4500 illegale Flüchtlinge. Als die Exodus in Haifa anlegte, verweigerten die britischen Behörden den Flüchtlingen die Einreise und brachten sie gegen ihren Willen wieder nach Frankreich zurück, wo sich die Flüchtlinge wochenlang weigerten, von Bord zu gehen. Sie wurden schließlich unter Zwang in britische Lager in Deutschland gebracht. Die Schiffe „Pan York“ und „Pan Crescent“ hatten zusammen ca. 15 000 illegale Flüchtlinge an Bord. Monatelang verhinderten britische Behörden das Ablegen des Schiffes, und erst im Dezember 1947 bekam es die Möglichkeit, die Flüchtlinge allerdings statt nach Palästina in die Aufnahme-lager auf Zypern zu bringen.

<sup>89</sup> Z. B. Rucker, *Staline, Israël et les Juifs*, S. 157; Ginat, *The Soviet Union and Egypt, 1945–1955*, S. 88; Sudoplatow/Sudoplatow, *Der Handlanger der Macht*, S. 325, 333; Kaplan, *Der politische Prozess gegen R. Slánský und Genossen*, S. 170; Brod, *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR*, S. 64f.

<sup>90</sup> Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 36ff.; Zvjagel'skaja, *Istorija*, S. 75.

Sinne nahm die Landfrage für sowjetische Analysen eine besondere Rolle ein, da die Landreform den ersten wichtigen Schritt „zur Befreiung der Bauern“ darstellte. In Ägypten gehörten über 70 Prozent des Bodens Großgrundbesitzern, zu denen nicht zuletzt König Fārūq und die Regierungsmitglieder zählten.<sup>91</sup> Novikov z. B. stellte diesen Aspekt in seinen Memoiren als starkes Hindernis für die nationale Befreiungsbewegung in Ägypten heraus.<sup>92</sup> Ebenso gab auch ein Vergleich der Gewerkschaftsbewegungen als Ausdruck der organisierten Arbeiterschaft ein klares Indiz für die sowjetische Analyse einer gesellschaftlichen Reife und Fortschrittlichkeit der jüdischen Siedlungsbewegung: Während die Gewerkschaftsbewegung in Ägypten im Jahr 1946 bei einer Bevölkerungsgröße von ca. 19 Mio. Einwohnern um die 115 000 Mitglieder zählte, waren es in Palästina bereits zwei Jahre zuvor, unter der jüdischen Bevölkerung, die 1944 bei 553 600 Juden (29 Prozent der Bevölkerung) lag, 140 000 Mitglieder.<sup>93</sup> Mit dem Verständnis im Kreml, dass ein jüdischer Staat zu sehr mit dem Westen verbunden sein würde, um ein kommunistischer Staat zu werden, ging somit dennoch die Erwartung einher, einen fortschrittlichen, sozialistisch geprägten und politisch neutralen Staat an der Südflanke zu errichten, der eine enge wirtschaftliche und politische Kooperation mit der UdSSR eingehen würde.<sup>94</sup> Eine Aussicht, die von Seiten der Jewish Agency immer wieder in folgendem Sinne bestätigt wurde:

„Die relative Nähe der UdSSR zu Palästina und die Möglichkeiten eines beiderseitig vorteilhaften wirtschaftlichen Austauschs muss den jüdischen Staat unweigerlich dazu führen, die Etablierung freundschaftlicher Beziehungen und gegenseitiges Verständnis anzustreben.“<sup>95</sup>

Unter der erhofften Neutralität im internationalen Kontext verstand der Kreml allerdings eine durchaus positive Neutralität, deren Funktion es auch war, „antisowjetische Intrigen zu blockieren, die in den reaktionären Zirkeln, die heutzutage die arabischen Länder beherrschen, so leicht ausgebrütet werden“.<sup>96</sup> Dahinter stand nicht zuletzt die Intention, mit der Etablierung eines jüdischen Staates die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in den arabischen Staaten voranzutreiben. Yaacov Ro'i erläutert diese These eines sowjetischen Motivs folgendermaßen:

„Der neue demokratisch und technologisch hoch entwickelte jüdische Staat würde diese Regime bei bloßem Vergleich ineffektiv und unbefriedigend erscheinen lassen, während der arabisch-jüdische Konflikt und die arabische Darbietung darin darauf hoffen lassen, dass innerstaatliche Unzufriedenheit dadurch ermutigt wird und ihr Sturz [der arabischen Regime] herbeigeführt wird.“<sup>97</sup>

<sup>91</sup> Von ca. 3,45 Mio ha Land gehörten ca. 1 Mio. der Regierung und 1,46 Mio. Großgrundbesitzern, d. h. insgesamt ca. 71%. Dagegen bearbeiteten 1,5 Mio. Bauern 260 000 ha Land. Vgl. Luckij, *Uzbekistan i Egiptet*, S. 13. Eine Analyse der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse findet sich bei Abdel-Malek, *Ägypten: Militärgesellschaft*, S. 101 ff.

<sup>92</sup> Novikov, *Vospominanija diplomata*, S. 147.

<sup>93</sup> Zu Ägypten vgl. Vatolina, *Sovremennyj Egiptet*, S. 215. Die Einwohnerzahl Palästinas lag 1944 bei 1 764 522, davon waren 553 600 Juden, d. h. 29%. Zu Palästina vgl. *Supplement to the Survey of Palestine*, S. 10.

<sup>94</sup> CZA S25/6607, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 25. 6. 1947, über Epsteins Gespräch mit Dr. Vladimir Velebit, einem jugoslawischen Diplomaten, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 420 f.

<sup>95</sup> ISA 93.02/172/18, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, Washington, vertraulich, 11. 9. 1947, über Epsteins Gespräch mit M. S. Vavilov, dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Washington, 2. 9. 1947, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 647.

<sup>96</sup> ISA 93.02/164/11, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 31. 7. 1947, Diskussion mit dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Washington, M. S. Vavilov, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 498.

<sup>97</sup> Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 36.

Aus den Erklärungen Gromykos geht hervor, dass es sich bei der sowjetischen Entscheidung nicht um eine Position gegen die Araber handelte, sondern jederzeit mit einer sowjetischen Unterstützung der arabischen Unabhängigkeitsbewegungen gerechnet werden konnte. Nicht umsonst hatte der Kreml zunächst aus „taktischen Gründen“ für einen Einheitsstaat plädiert. Die ablehnenden arabischen Reaktionen richteten sich nun tatsächlich in erster Linie gegen die USA, während sich die UdSSR immer auf ihre erste Präferenz und auf den Mehrheitsentscheid berufen konnte. Der Kreml hoffte, die jüdischen Stimmen zu gewinnen, ohne aber die arabischen zu verlieren. Im Gegenteil erwartete sich Moskau eine vorteilhaftere Entwicklung im gesamten Nahen Osten, wie der stellvertretende Außenminister und UNO-Sicherheitsratsvertreter der UdSSR, Jakov Malik<sup>98</sup>, im August 1948 seinem israelischen Kollegen bei der UNO, Abba Eban, gegenüber konstatierte. Seine Regierung gehe davon aus, „dass solch ein Ereignis, so drastisch wie den Krieg in Palästina zu verlieren, nicht ohne tiefe Auswirkungen an der arabischen Welt vorüber gehen kann. Wahrscheinlich wird es Zweifel an der Popularität einiger Regime geben, so dass man eine Periode verstärkter Umwälzungen erwarten kann.“<sup>99</sup>

Die Erwartung, die Gründung eines demokratischen jüdischen Staates im Nahen Osten werde gravierende Auswirkungen auf die arabischen Staaten haben, hatte den Hintergrund, dass die Sowjetunion daran die Hoffnung knüpfte, neue populäre Regime würden westliche Einflussnahme besser abblocken. Das betraf einmal die englischen Planungen für ein großsyrisches Reich, welche durch den Vertrag mit Transjordanien für Moskau offensichtlich eine Fortsetzung fanden. Weiter stand dabei die Region als Ganzes im Fokus, da in Berichten die Meinung geäußert wurde, dass die syrische Unabhängigkeit zum Beispiel nur dann gefestigt und gewährleistet werden könne, wenn auch die anderen arabischen Staaten ihre vollständige Unabhängigkeit erlangt hätten.<sup>100</sup>

Im Hinblick auf die ideologische Komponente muss auch Stalins These der politischen Allianz berücksichtigt werden. Ein Jahr vor der Unterstützung für einen jüdischen Staat hatte Stalin erläutert:

„Die Deutschen unternahmen eine Invasion in die UdSSR durch Finnland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn. Die Deutschen vermochten die Invasion durch diese Länder durchzuführen, weil damals in diesen Ländern Regierungen bestanden, die der Sowjetunion feindlich gesinnt waren. Als Resultat dieser deutschen Invasion hat die Sowjetunion [...] unwiederbringlich etwa sieben Millionen Menschen verloren. [...] Es fragt sich: Ist es verwunderlich, dass die Sowjetunion in dem Wunsche, sich für die Zukunft zu sichern, danach strebt, dass in diesen Ländern Regierungen bestehen, die zur Sowjetunion loyal eingestellt sind? Wie kann man, ohne wahnsinnig zu sein, diese friedlichen Bestrebungen der Sowjetunion als Expansionstendenzen unseres Staates darstellen?“<sup>101</sup>

Für Stalins außenpolitische Prämissen nach dem Zweiten Weltkrieg kann festgestellt werden, dass diese auch in Bezug auf die Entwicklung in Palästina Geltung besaßen. Stalin

<sup>98</sup> Jakov Aleksandrovič Malik (1906–1980) war seit 1937 Mitarbeiter des NKID, ab 1946 des MID. Als sowjetischer Diplomat war er 1942–1945 Botschafter in Japan, 1946–1953 stellvertretender Außenminister und währenddessen auch 1948–1952 ständiger sowjetischer Vertreter bei der UNO und im UNO-Sicherheitsrat. 1953–1960 war Malik Botschafter in Großbritannien, anschließend wieder stellvertretender Außenminister (bis 1980).

<sup>99</sup> Brief des israelischen Vertreters bei der UNO, A. Eban, an den Außenminister Israels, M. Schertok: Einige Anmerkungen in Zusammenhang mit dem Gespräch mit Herrn Jakov Malik, 12.8.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 340.

<sup>100</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 389, ll. 7, 11, 1947, Analyse der aktuellen Lage Syriens.

<sup>101</sup> Stalin, Interview mit dem Korrespondenten der „Pravda“ anlässlich der Rede Churchills in Fulton (USA), März 1946, S. 49.

wollte eine Erweiterung des strategischen Einflusses in den umliegenden Staaten insbesondere auch, um Zugang zu Basen, Flottenhäfen und Rohstoffen zu bekommen. Gleichzeitig musste jedoch eine ideologische Nähe gegeben sein, um dem Ziel einer sozialistischen Sicherheitszone zu entsprechen. Dies entsprach dem revolutionär-imperialistischen Paradigma (Zubok) seiner Politik, d. h. der Prägung durch imperialistische Bestrebungen als auch durch ideologische Grundannahmen.<sup>102</sup> Die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina versprach eben diese beiden Faktoren. Der Krieg Hitlers in Afrika und sein Vordringen zum Suezkanal hatten erneut die essentielle Bedeutung des Mittelmeerraums als Transport- und Nachschubbasis vor Augen geführt. Palästina eignete sich ideal für Flottenhäfen, Landverbindungen und als Zugang zu den nahöstlichen Ölquellen, traditionelle Interessen, die wie beschrieben schon im Russischen Reich zu den Zielen der Zaren gehörten. Stalin selbst setzte sich intensiv mit der Politik der Zaren auseinander und entwickelte eine starke Bewunderung für einzelne Zaren, insbesondere für Ivan den Schrecklichen.<sup>103</sup> Dabei weckte wohl nicht zuletzt die strategische Expansion der Zaren sein Interesse.

Zusätzlich zur strategischen Relevanz Palästinas fand Moskau bei den Zionisten eine antibritische Haltung mit den Bemühungen um gute Beziehungen zur Sowjetunion gepaart und darüber hinaus wurde immer wieder die sozialistische Orientierung und die gesellschaftspolitische Nähe der jüdischen Gemeinschaft zur UdSSR betont. Auch die Kommunistische Partei in Palästina hatte sich seit 1925 als die stärkste KP im Nahen Osten bewiesen und war – gegen den Willen des Kreml – lange Zeit von jüdischen Mitgliedern dominiert worden. Die politischen Voraussetzungen in den arabischen Staaten dagegen hatten sich als zu reaktionär für die Entwicklung fortschrittlicher Parteien gezeigt. Selbst die ägyptische KP hatte nach einflussreichen Anfangsjahren, in denen sie enorme Kontrolle über die Gewerkschaften aufbauen konnte, nach 1925 beinahe jegliche Wirksamkeit verloren. Dagegen hatte es seit 1935 positive Erwähnungen der jüdischen Siedlerbewegung gegeben.

Zwar gab es auf beiden Seiten Bemühungen um staatliche Unabhängigkeit, doch das Engagement der Zionisten war wesentlich effektiver und richtete sich aktiv gegen die britische Mandatsregierung. Das Bekenntnis zu einem unabhängigen Staat bestimmte die gesamte Politik der Zionisten und wurde gegen alle Widerstände mit allen Mitteln, nicht zuletzt mit terroristischen Anschlägen erkämpft. Ebenso war die Unabhängigkeit erklärtes Ziel der Ägypter, was seinen Ausdruck auch in Demonstrationen, Streiks etc. fand, doch zeichnete sich die Politik oft durch Kompromissbereitschaft, Korruption und Uneinigkeit aus. Die ägyptische Beteiligung an der Arabischen Liga schien ein weiteres Merkmal für die Unsicherheit und Abhängigkeit der Politik zu bieten.

Nicht zuletzt hatten die Juden in Palästina während des Krieges ein hohes Engagement gezeigt, ihr militärisches Potential zu verbessern und mit der UdSSR zu kooperieren, um für ein Vordringen Hitlers gerüstet zu sein. Einige arabische Kreise dagegen hatten unter der Führung des Jerusalemer Muftis dem nationalsozialistischen Regime offen Sympathien entgegengebracht und sich um eine Zusammenarbeit bemüht.<sup>104</sup> Dies mag außerdem in

<sup>102</sup> Zubok/Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War*, passim.

<sup>103</sup> Wolkogonow, *Stalin. Triumph und Tragödie*, S. 404; Montefiore, *Stalin. Am Hof des Roten Zaren*, S. 204f., 265, 449; Meissner, *Triebkräfte und Faktoren*, S. 13f.

<sup>104</sup> Siehe hierzu Schechtman, *The Mufti and the Fuehrer*; Hirszowicz, *The Third Reich and the Arab East*.

dem Zusammenhang zu sehen sein, dass Stalins Vertrauen in die Loyalität muslimischer Völker während des Krieges insgesamt abnahm. Abgesehen von den durch Annexion unter sowjetische Herrschaft geratenen osteuropäischen Völkern und den Wolgadeutschen waren die meisten der von Stalin im Zweiten Weltkrieg deportierten Völker muslimische Völker aus dem Kaukasus und von der Krim, darunter die Krimtataren, Tschetschenen, Karačajer und Ingußen u. a.<sup>105</sup> Dem Süden kam nach Stalin als ungesicherte Nachbarregion eine besondere Priorität für die sowjetische Sicherheit zu. Eine prägnante Erinnerung Molotovs erhärtet dies: Nach dem Krieg habe Stalin eine Karte angesehen und mit Blick auf den Norden, den Westen und den Osten der UdSSR festgestellt, dass diese Grenzen nun aufgrund der Gebietsveränderungen in Ordnung seien. Dann aber habe Stalin auf die Region südlich des Kaukasus gezeigt und betont, dass ihm diese Grenze gar nicht gefalle.<sup>106</sup> Die Etablierung eines freundschaftlich gesinnten Staates war daher ein gewichtiger Sicherheitsfaktor, insbesondere nach dem Scheitern der sowjetischen Einflussnahme in Griechenland, der Türkei und dem Iran.

Ein weiterer Indiz für die Hoffnung auf politische Beeinflussung war die Tatsache, dass Stalin noch Ende 1948 eine Brigade jüdischer Freiwilliger aus Osteuropa nach Israel schicken ließ. Dabei ging es darum, aufgrund der Unterstützung der Staatsgründung gute, vorteilhafte Beziehungen und ein positives Prestige in Israel aufzubauen, so dass die Gesellschaft leicht zugänglich für zukünftige ideologische Einflussnahme war, wie sie ab Herbst 1948 forciert wurde. Sowjetische Diplomaten hatten Hinweise von Informanten über die Bedeutungslosigkeit der Kommunisten in Israel bekommen.<sup>107</sup> Gleichzeitig wurde in sowjetischen Berichten aber festgestellt, dass die Sympathien der Israelis für die Sowjetunion groß seien und sich daher viele Möglichkeiten zur Durchführung ihrer Propaganda ergeben würden.<sup>108</sup> Im Oktober wurde die Kommunistische Partei Israels, MAKI<sup>109</sup>, unter der Vereinigung der jüdischen und der arabischen Kommunisten neugegründet. VOKS, seit der Staatsgründung in Israel präsent, verstärkte gleichfalls seine Aktivitäten, indem Ausstellungen, Buchläden, die Vertreibung sowjetischer Publikationen organisiert wurden und Maßnahmen ergriffen wurden, den sowjetischen Einfluss in der Liga für Freundschaft mit der Sowjetunion, die aus der im Krieg aktiven V-League hervorgegangen war, zu stärken.<sup>110</sup> Drei Monate später, im Februar 1949, berichtete der sowjetische Gesandte in Israel in einem Schreiben an den Leiter der Nahostabteilung des Außenministe-

<sup>105</sup> Insbesondere in den Jahren 1943 und 1944 sind neben mehr als einer Million Deutsche auch über eine Million Krimtataren, eine halbe Million Tschetschenen und Zehntausende von Karačajern, Balkaren, Ingußen, Kurden und Aseris größtenteils nach Zentralasien, teils nach Sibirien deportiert worden. Sie wurden erst 1956 rehabilitiert.

<sup>106</sup> Siehe Resis (Hg.), *Molotov Remembers*, S. 8.

<sup>107</sup> Aufzeichnungen des Gesprächs des Rechtsberaters der Gesandtschaft der UdSSR in Israel, M. L. Muchin, mit dem israelischen Staatsbürger S. V. Cirjul'nikov, 13. 8. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 343.

<sup>108</sup> Brief des sowjetischen Gesandten in Israel, P. I. Eršov, an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, V. A. Zorin, 20. 10. 1948, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 410.

<sup>109</sup> HaMiflega HaKommunistit HaYisraelit, hebr. für: „Israelische Kommunistische Partei“. MAKI wurde 1948 in Absprache mit dem ZK der KPdSU mit Shmuel Mikunis als Generalsekretär unter Zusammenschluss der arabischen UTW und der jüdischen PKP gebildet. Moskau forderte eine enge Zusammenarbeit mit der syrischen und libanesischen KP. Im Dezember trat auch die Jüdische Kommunistische Partei bei. Siehe hierzu RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, ll. 45f., 2. 4. 1948, Bericht des stellvertretenden Leiters der Abteilung des CK VKP (b), L. Baranov, an M. A. Suslov, Sekretär des CK VKP (b), über ein Gespräch mit Emil Habibi und Shmuel Mikunis in Belgrad.

<sup>110</sup> Brief des sowjetischen Gesandten in Israel, P. I. Eršov, an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, V. A. Zorin, 20. 10. 1948, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 409f.; Brief des sowjetischen Gesandten in

riums, dass die Liga bekanntlich nun unter sowjetischem Einfluss politisch umstrukturiert werde und ihre Aktivitäten intensiviere.<sup>111</sup>

Die damals in westlichen Analysen oft geäußerte Prognose, dass die sowjetische Unterstützung die Vorbereitung einer weit angelegten kommunistischen Infiltration über die Immigration sowjetischer Juden sei, ist allerdings nur bedingt richtig.<sup>112</sup> Eine Infiltration mit Agenten auf diesem Wege hat es vereinzelt seit 1946 gegeben, mit dem Hauptziel, die Untergrundkämpfer mit Waffen zu versorgen und so den Kampf gegen die Briten zu verstärken. Das Hauptmotiv war, die Mandatsmacht zu schwächen. Gleichzeitig sollten auch Netzwerke für eine ideologische Beeinflussung geschaffen werden.<sup>113</sup> Eine breit angelegte Infiltration durch die Emigration sowjetischer Juden aber fand zu keinem Zeitpunkt statt.<sup>114</sup> Dies zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass die sowjetischen Juden keine Ausreiselerlaubnis bekamen und der Kreml im Gegenteil eine Verbindung sowjetischer Juden zu Israel von Beginn an vehement unterbunden hat. Auch wurden diesbezügliche Vorschläge, wie aus den Dokumenten hervorgeht, abgelehnt.<sup>115</sup>

Ebenfalls Ausdruck der damals perzipierten Bedrohung durch die Sowjetunion war die auch von türkischer Seite vorgebrachte Befürchtung, dass die UdSSR mit der Teilung Palästinas die Situation in der Region verschärfen wollte, um so unter dem Vorwand der Sicherung eine Stationierung sowjetischer Truppen als Teil eines UNO-Kontingents zu erreichen. Auch dies sollte demnach der ideologischen Infiltration im gesamten Nahen Osten dienen.<sup>116</sup> Die Bereitschaft zu einer solchen Truppenstationierung war im Kreml durchaus vorhanden, wie dies die Diskussion im Sicherheitsrat zeigte. Faktisch aber entsprach die Idee den jüdischen Interessen in Palästina, die ein solches Engagement eingefordert hatten.<sup>117</sup> Weder durch die Entwicklung noch durch sowjetische Dokumente findet sich dieses Motiv dagegen als ursprüngliches sowjetisches Ziel bestätigt. Im Gegenteil fand sich in Memoranden die Auffassung, dass mit der regulären Umsetzung der Teilungsresolution ein Militäreinsatz verhindert werden kann und werden sollte.<sup>118</sup> Und auch die

---

Israel, P. I. Eršov, an den Leiter der Abteilung für Länder des Nahen und Mittleren Ostens des sowjetischen Außenministeriums, I. N. Bakulin, 10. 2. 1949, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 465f.

<sup>111</sup> Brief des sowjetischen Gesandten in Israel, P. I. Eršov, an den Leiter der Abteilung für Länder des Nahen und Mittleren Ostens des sowjetischen Außenministeriums, I. N. Bakulin, 10. 2. 1949, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 465.

<sup>112</sup> Vgl. dazu Kramer, *The Forgotten Friendship*, S. 44ff.

<sup>113</sup> Sudoplatow/Sudoplatow, *Der Handlanger der Macht*, S. 333. Sudoplatow schreibt, dass er 1946 den Befehl bekam, Agenten für Sabotage und Kampf gegen die Briten über Rumänien einzuschleusen, wofür er drei Offiziere auswählte. Weitere Agenten wurden in der Folge nach Israel geschickt.

<sup>114</sup> Auch Kramer schreibt, dass weder für die Infiltration mit sowjetischen Agenten über die Immigration noch über das Rote Kreuz Beweise vorliegen. Vgl. Kramer, *The Forgotten Friendship*, S. 121.

<sup>115</sup> Schlussfolgerung des Beraters des MID SSSR, B. E. Štejn, aus dem Aufsatz Ė. G. Lembergs, geschickt an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, A. Ja. Vyšin'skij, 22. 4. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 36f.

<sup>116</sup> Zu den amerikanischen Befürchtungen siehe Kramer, *The Forgotten Friendship*, S. 42ff. Zu den türkischen Befürchtungen einer kommunistischen Infiltration aufgrund der Instabilität in Palästina siehe Steininger (Hg.), *Berichte aus Israel. Eine Akteneedition*, Bd. 1, S. 194, 202. Vgl. auch die Rezeption US-amerikanischer Überlegungen von der Jewish Agency: Dokument 113, in: SIO, Bd. 1, S. 287.

<sup>117</sup> Zum Antrag auf Truppenstationierung von Seiten der Juden Palästinas vgl. Gespräch S. K. Carapkins mit E. Epstein, 26. 1. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 283f. Zur sowjetischen Haltung siehe Gespräch M. Schertoks mit A. A. Sobolev, dem stellvertretenden Generalsekretär der UNO, 26. 12. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 278f.

<sup>118</sup> Kurzes Memorandum über die Erfüllung der Entscheidung der Generalversammlung in Bezug auf die Teilung Palästinas, Anfang 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 25.

massive Militärunterstützung für Israel über den Ostblock ist viel eher ein Beweis dafür, dass die UdSSR einen unabhängigen jüdischen Staat gesichert sehen wollte und nicht dessen etwaige Instabilität zu nutzen versuchte. Aus dem gleichen Grund ist auch die oft geäußerte Vermutung, Moskau habe sich einen Krieg in Palästina erhofft, unbegründet. Die UdSSR stimmte im Einklang mit der Mehrheitsmeinung ab, und auch eine Truppenstationierung war nur insofern erstrebenswert, als dies ein diplomatischer Erfolg im Sinne einer internationalen Anerkennung der Großmachtrolle bedeutet hätte. So erkundigte sich der Kreml interessiert, ob die USA einer gemeinsamen Truppenstationierung aller Sicherheitsratsmitglieder zustimmen würden.<sup>119</sup>

Dass der ideologische Gesichtspunkt gegenüber den strategischen Zielen nicht überbewertet werden darf, zeigte sich in den gespaltenen Reaktionen aus dem kommunistischen Lager. Die Stellungnahme zugunsten der jüdischen Staatsgründung kam für die kommunistischen Parteien ebenso überraschend wie für die überwiegende Mehrheit der Weltöffentlichkeit. Die arabischen Kommunisten hatten sich ebenso wie die jüdischen für einen gleichberechtigten jüdisch-arabischen Einheitsstaat stark gemacht.<sup>120</sup> Das ZK der KPdSU (b) hielt es nach Gromykos Rede im Mai 1947 für ratsam, dass sich das MID mit Beobachtungen des Generalsekretärs der arabischen Kommunisten Palästinas, d. h. der 'Uṣbat al-Taharrur al-Waṭānī, Emile Tuma, vertraut machte. Tuma hatte darauf aufmerksam gemacht, dass „der Vorschlag über die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat eine ablehnende Haltung von Seiten der progressiven Öffentlichkeit und in diesem Sinne auch von Seiten der Kommunistischen Partei hervorgerufen hat“.<sup>121</sup> Ebenso traf der Teilungsplan auf Ablehnung bei den syrischen und libanesischen Kommunisten.<sup>122</sup> Protestschreiben erreichten Moskau von Seiten jüdischer wie arabischer Gruppen.<sup>123</sup>

Doch für die Entscheidungsfindung im Kreml waren die Ersteren ebenso ergebnislos wie die Letzteren. Stalin unterstützte den jüdischen Nationalismus und widersprach damit der jahrelang von der Komintern vorgegebenen antizionistischen Propaganda der kommunistischen Parteien. Schon früher hatte er mit überraschenden Politikwechseln die kommunistischen Parteien in Erklärungsnöte gebracht. Plötzliche Entscheidungen Stalins wie die Abwendung von der zuvor propagierten Volksfrontbewegung oder auch die unerwartete Aufgabe der Kommunisten im Jahr 1939, einen Pakt mit Hitler rechtfertigen zu müssen, hatten oft zu einer erheblichen Schwächung der kommunistischen Parteien geführt.

Wesentliche Ziele waren die Schwächung Englands und die Einwirkung auf die Weltöffentlichkeit und die internationale Position der UdSSR. Eine ideologische Beeinflussung wurde von Stalin als logische Folgeentwicklung und ohnehin zwangsläufige Erscheinung antizipiert.

<sup>119</sup> Gespräch M. Schertoks mit A. A. Sobolev, dem stellvertretenden Generalsekretär der UNO, 26. 12. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 254.

<sup>120</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, l. 19, 27. 7. 1947, Bulletin der Liga Nationaler Befreiung (UTW) zur Palästinafrage. Siehe auch: Brief des ZK der MAPAJ, 29. 5. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 223f.

<sup>121</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, l. 31, 6. 11. 1947, Geheimschreiben des stellvertretenden Leiters der Abteilung des CK VKP (b), V. Možetov, an den Sekretär des CK VKP (b), M. A. Suslov.

<sup>122</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, l. 32, Oktober 1947, Bericht des Londoner TASS-Korrespondenten über die Deklaration der syrischen und libanesischen KP.

<sup>123</sup> Zur arabischen Reaktion siehe RGASPI, f. 17, op. 128, d. 388, ll. 2–10, Mai 1947, einige Anmerkungen über die Rede des Genossen Gromyko zur Palästinafrage, gehalten auf der UNO Generalversammlung am 14. 5. 1947. Zu den Reaktionen jüdischer Gruppen vgl. Brief des ZK der MAPAJ, 29. 5. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 223.

### 3.2. Sowjetischer Antizionismus und eine prozionistische Außenpolitik

Das oft geäußerte Erstaunen über die sowjetische Unterstützung der Staatsgründung geht darauf zurück, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik angenommen wird. Aufgrund der bolschewistischen Verurteilung des Zionismus als einer nationalen Bewegung, die den Interessen des Proletariats widersprach, und außerdem angesichts des immer wieder zutage tretenden Antisemitismus in Russland und der Sowjetunion sei eine derartige Unterstützung nicht zu erwarten gewesen. Darüber wird aber außer Acht gelassen, dass innenpolitische Repressionen nur bedingt mit der Außenpolitik verbunden waren und dass sie sogar eher eine Reaktion auf außenpolitische Einflüsse darstellten. Eliahu Epstein war sich dieses Phänomens bereits 1942 bewusst, als er in seinem Bericht über die Gespräche mit sowjetischen Diplomaten festhielt, dass sich trotz der Kooperation mit den demokratischen Staaten die Innenpolitik der Sowjetunion nicht geändert habe: „[...] es hat keinen Wandel in der Innenpolitik der UdSSR gegeben, trotz der Außenpolitik der sowjetischen Regierung. [...] Einhergehend mit erhöhter politischer und militärischer Kooperation zwischen Sowjetrußland und den Demokratien, verstärkt Stalin seine Überwachung der öffentlichen Meinung innerhalb der UdSSR.“<sup>124</sup> Auch Antizionismus war vor, während und nach der Unterstützung eines jüdischen Staates in Palästina ein Faktor in der sowjetischen Innenpolitik und seit 1948, dem Jahr der Staatsgründung, trat ein starker, von der Partei geförderter Antisemitismus zutage. Noch im Laufe des Krieges hatten sich antisemitische Vorkommnisse gehäuft, und Juden wurden zunehmend aus hohen Positionen gedrängt. Die Betonung der nationalen russischen Kultur, der Rückbezug auf die nationale Geschichte, von Stalin selbst gefördert und in seinen Reden betont, führte nicht zuletzt auch zur Diskriminierung der Minderheiten. Auch am EAK wurde schon gegen Ende des Krieges ab Mai 1944 wiederholt Kritik geübt.<sup>125</sup> Nach dem Krieg gab es Überlegungen, das Komitee zu schließen, was im November 1946 sogar von der außenpolitischen Abteilung des ZK der KPdSU (b) dringend angeraten wurde, da die Arbeit des Komitees nicht nur nicht „zweckmäßig“, sondern auch noch „politisch schädlich“ sei.<sup>126</sup> Aufgrund ihrer Auslandskontakte und ihres Antrags auf Errichtung einer Jüdischen Autonomen Republik auf der Krim wurden Anschuldigungen wegen nationaler Bestrebungen erhoben, die später in der Verurteilung der Mitglieder herangezogen wurden.<sup>127</sup> Die Argumentation richtete sich vor allem gegen eine zionistische Haltung des Komitees: Es „kämpft nicht nur nicht gegen bürgerlich-nationalistische, zionistische Ideologien und Praktiken dieser Organisationen, sondern sinkt auch selbst herab auf die Position des jüdischen Nationalismus und Zionismus und wird zum Gefangenen ihrer Ideen“.<sup>128</sup> Für den Kreml war das EAK in jeder Hinsicht ein Instrument sowjetischer Kriegspolitik gewesen. Stalin nutzte das Komitee, um die öffentliche Meinung vor allem in

<sup>124</sup> Geheimbericht E. Epsteins an M. Schertok, 25.1.1942, über die Verhandlungen mit dem sowjetischen Botschafter in Ankara, S. A. Vinogradov, in: SIO, Bd. 1, S. 38.

<sup>125</sup> Mitglied des Sovinformbüros H. Kondakov an A. C. Ščerbakov, Sekretär des CK VKP (b), über den nationalistischen Trend in der Arbeit des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, Mai 1944, in: Gosudarstvennyj antisemitizm v SSSR, S. 48; Notiz V. Molotovs zu einem Brief des EAK, mit der Bitte um Versorgung der sowjetischen Juden mit Hilfsgütern, 28.10.1944, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 59.

<sup>126</sup> Vorschlag M. Suslovs, Abteilung für Außenpolitik des ZK, an das Sekretariat des ZK, das Jüdische Antifaschistische Komitee zu schließen, 19.11.1946, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 91.

<sup>127</sup> Ebenda, S. 88.

<sup>128</sup> Ebenda.

Großbritannien und den USA für die Sowjetunion zu gewinnen, und außerdem, um finanzielle und wirtschaftliche Hilfe zu bekommen. Die finanzielle Unterstützung und Hilfsgüter z. B., die das Komitee im Ausland organisiert hatte, kamen der jüdischen Bevölkerung in der UdSSR oft gar nicht zugute. So beschwerte sich Michoëls bei Molotov im Oktober 1944, dass Juden in der ganzen UdSSR keine Hilfsgüter erhalten würden.<sup>129</sup> Im Jahr der Staatsgründung Israels folgte eine neue Welle der Massenverhaftungen, wovon nun gerade das Jüdische Antifaschistische Komitee betroffen war. Anzeichen der im Januar 1949 beginnenden Kampagne gegen „Kosmopoliten“ respektive „wurzellose Kosmopoliten“, der viele Juden zum Opfer fallen sollten, deuteten sich schon 1948 durch die Schließung von jüdischen Theatern und Vereinigungen an. Diese Parallelentwicklung weist insofern eine weitgehende Unabhängigkeit der politischen Entscheidungen in der Innen- und Außenpolitik unter Stalin auf, als dass die Unterstützung eines jüdischen Staates für Stalin nicht im Zusammenhang mit den sowjetischen Juden stand, denen die Ausreise dementsprechend auch verweigert wurde. Die Unterstützung eines jüdischen Staates erfolgte aus taktischen, „antiimperialistischen“ Überlegungen heraus, ohne deshalb Zionismus grundsätzlich zu akzeptieren. Stalin nutzte eine Gelegenheit, den britischen Einfluss zu beseitigen und ein der Sowjetunion freundlich gesinntes Regime zu unterstützen, wie er es auch in der Türkei, im Iran oder in China mit der Unterstützung nationaler Bestrebungen der Minderheiten versucht hatte. Die Juden in Palästina hatten sich als Minderheit im arabischen Nahen Osten angeboten, die als reaktionär und britisch dominiert wahrgenommene arabische Welt zu erschüttern und mit ihren nationalen Ansprüchen den britischen Einflussraum zu durchbrechen. In diesem Sinne instrumentalisierte Stalin den Kampf der Juden in Palästina gegen die britische Mandatsmacht, förderte den „Separatismus“ von der britisch dominierten arabischen Welt, genau wie den Partisanenkampf in anderen westlich orientierten oder reaktionären Ländern. Wie Stalin Georgi Dimitrov, dem Vorsitzenden der Bulgarischen Kommunistischen Partei, in einem anderen Kontext mit Bezug auf den Partisanenkampf in Griechenland erklärte, mussten solche Bewegungen genutzt werden, wenn sie Aussicht auf einen Sieg versprachen. War dies nicht der Fall, so sah er sich nicht durch einen „kategorischen Imperativ“ gebunden.<sup>130</sup> Stalin vermied demzufolge so lange eine offene Positionierung, wie er eine direkte Konfrontation oder eine Niederlage nicht ausschließen konnte. Als die Beharrlichkeit der Zionisten durch die Entscheidung der Vereinten Nationen über die Teilung Palästinas gefestigt werden konnte, gab dies Stalin die endgültige Sicherheit, dass der Westen sich nicht auf Kampfhandlungen einlassen konnte. Erst die ungewollte Wirkung der außenpolitischen Entscheidung auf Teile der sowjetischen Gesellschaft ließ Stalin in Reaktion innenpolitische Maßnahmen ergreifen.

---

<sup>129</sup> Verteilung von ausländischen Hilfsgütern nicht an Juden – Beschwerde des EAK an Molotov, geschrieben von Michoëls und Epstein, 28. 10. 1944, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 58.

<sup>130</sup> Banac (Hg.), *The Diary of Georgi Dimitrov*, S. 442f.

## V. Neupositionierung der sowjetischen Nahostpolitik

### 1. Konfrontation statt Kooperation: Sowjetisch-israelische Beziehungen nach 1948

*„Die Juden haben hier ihre Heimat gefunden, und nur hier in der Sowjetunion fühlen sie sich wie gleichberechtigte Staatsbürger. Doch plötzlich erhalten wir einen Brief von einer Gruppe Juden aus Zmerinka, dass sie um Genehmigung für die Ausreise in ihre Heimat, nach Palästina, bitten. [...] Gegen solche Einstellungen muss man ankämpfen.“<sup>1</sup>*

(L. A. Šejnin, EAK-Präsidiumsmitglied, Juli 1948)

#### 1.1. Die Frage der jüdischen Emigration nach Israel

Handelte es sich bei den sowjetischen Motiven um strategische und politische, durchaus auch langfristige Zielsetzungen, so verfolgten die Zionisten mit guten Beziehungen zur Sowjetunion vor allem zwei Ziele, die ein temporäres Zweckbündnis voraussetzten. Sie versicherten sich eines beständigen Befürworters ihrer Interessen bei der Etablierung ihres Staates und sie strebten die Zulassung der Massenemigration von osteuropäischen und sowjetischen Juden nach Israel an.<sup>2</sup> Zumindest Letzteres war eine Konsequenz, die den sowjetischen Behörden erst im Herbst 1948 infolge diverser und immer deutlicherer Anfragen israelischer Diplomaten, bewusst wurde. Moshe Shertok, der Außenminister der provisorischen Regierung Israels, hatte die Gelegenheit eines Gespräches mit dem ersten stellvertretenden Außenminister der UdSSR, Andrej Vyšinskij, wahrgenommen, um anhand einer eingehenden Schilderung dieser Thematik ihre zentrale Bedeutung aufzuzeigen. Moskau habe sicher seine Politik gegenüber Israel gründlich durchdacht, doch wolle er sichergehen, sagte Shertok, dass auch der Stellenwert der Frage der jüdischen Immigration für beide Seiten klar sei. Groß angelegte Immigration sei erforderlich, um den jüdischen Staat zu stärken, aber auch, weil es ein historischer Prozess war: „Die Rückkehr der Juden in ihr Land.“<sup>3</sup> Shertok, sich der Sensibilität der Thematik wohl bewusst, erklärte weiter:

„Aber es gibt Regionen – z. B. Nordafrika –, aus denen nicht alle Juden nach Israel gebracht werden müssen. Es ist nicht so sehr eine Frage der Quantität als vielmehr der Qualität der human resources [judskich resursov]. [...] Ich bin sicher, dass Ihnen bekannt ist, dass im Bereich des Staatsaufbaus unsere Hauptstütze Juden osteuropäischer Herkunft sind. Früher waren es Juden aus Russland.“<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Protokoll der Präsidiumssitzung des EAK, 7.7.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 318.

<sup>2</sup> Als weiteren Grund nennt Levavi noch die Möglichkeit, mit den Beziehungen zur UdSSR Druck auf die US-amerikanische Politik ausüben zu können. Vgl. das Memorandum A. Levavis, Berater der israelischen Botschaft in Moskau, über die internationale Politik und Israel, in: SIO, Bd. 2, S. 13.

<sup>3</sup> Notizen des Außenministers Israels, M. Schertok, über ein Gespräch mit dem ersten stellvertretenden Außenminister der UdSSR, A. Ja. Vyšinskij, 12.12.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 437.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 438.

Nachdem Vyšinskij sich die Forderung nach breiter Emigrationserlaubnis für alle osteuropäischen Juden angehört hatte, erklärte er offen: „Insofern es mich betrifft, kann ich nicht sagen, dass ich früher alle Schlüsse gezogen habe.“<sup>5</sup>

Gleichzeitig zu diesen Emigrationsforderungen wurden bald nach der Staatsgründung Israels eklatante Rückwirkungen der Außenpolitik auf die sowjetische Gesellschaft sichtbar. Die Ausrufung des Staates und der Antritt der ersten israelischen Botschafterin in Moskau, Golda Meyerson, hatten eine enorme Wirkung auf die jüdische Gemeinde in der UdSSR. Anfang September 1948 eingereist, war Meyersons Hauptziel, Kontakte zu den sowjetischen Juden herzustellen.<sup>6</sup> Sie suchte gezielt die Begegnung und bestimmte, dass alle Botschaftsmitarbeiter am Sabbath die Synagoge besuchten. Beim wiederholten Besuch anlässlich des jüdischen Neujahrsfestes am 4. Oktober hatten sich entgegen der üblichen Gottesdienstbesucherzahlen mehrere Tausend Juden eingefunden und erwarteten sie vor der Synagoge mit „stürmischem Beifall, Ausrufen auf Hebräisch und Schalom-Grüßen“. Nach dem Gottesdienst, so schilderte Meyerson weiter in ihrem Bericht, „wurde von der riesigen Menge eine spontane Prozession gebildet, die Golda und die anderen Diplomaten zur Zentralstraße begleiteten“.<sup>7</sup> Leonid Luks stellte fest, dass seit 1927 keine unerlaubten Kundgebungen mehr in der Sowjetunion stattgefunden hatten, so dass die Wirkung dieser spontanen Massenzusammenkunft Tausender Juden in Moskau umso stärker sein musste.<sup>8</sup> Dieser begeisterte Zulauf sowjetischer Juden, die offen ihre Euphorie über die Staatsgründung demonstrierten, war ein Aufbegehren in Opposition zu der offiziell vorgegebenen Linie, dass sowjetische Juden keine Verbindung zu einem zionistischen Staat hätten.

Gerade einige Wochen vorher, am 21. September, hatte sich der bekannte jüdische Schriftsteller und Journalist Il'ja Ėrenburg in einem Artikel in der „Pravda“ von dem Vertretungsanspruch Israels für alle Juden distanziert.<sup>9</sup> Diese Darstellung Ėrenburgs, in der er feststellte, dass sich für die sowjetischen Juden durch die Staatsgründung nichts geändert habe, da die Sowjetunion ihre eigentliche Heimat und nur der Sozialismus eine Antwort auf den Antisemitismus sei, war direkt im Auftrag Stalins erfolgt. Die Instruktionen zu einem „Artikel über Israel“, der ursprünglich von mehreren Autoren hätte unterzeichnet werden sollen, hatte Giorgij Malenkov<sup>10</sup> von Stalin kurz vor dessen Urlaub erhalten.<sup>11</sup> Da

<sup>5</sup> Ebenda, S. 442.

<sup>6</sup> Meir, *Mein Leben*, S. 251.

<sup>7</sup> Meir schreibt in ihren Memoiren, dass statt der normalerweise zu einem Festtag in der Moskauer Synagoge erwarteten 2000 Juden diesmal um die 50 000 Juden erschienen seien, um mit ihr gemeinsam zu feiern. Russische Dokumente sprechen von bis zu 10 000 Menschen. Vgl. Meir, *Mein Leben*, S. 255; diplomatisches Telegramm Meirs, 6. 10. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 401; Brief des Leiters des Rates für Angelegenheiten religiöser Kulte beim sowjetischen Ministerrat, D. D. Poljanskij, an den ersten stellvertretenden Vorsitzenden des sowjetischen Ministerrates und sowjetischen Außenminister, V. M. Molotov, 6. 10. 1948, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 400.

<sup>8</sup> Luks, *Zum Stalinschen Antisemitismus*, S. 34f.

<sup>9</sup> Il'ja Ėrenburg, „In Bezug auf einen Brief“, in: *Pravda*, 21. 9. 1948.

<sup>10</sup> Giorgij Malenkov (1901–1988) war seit 1939 Mitglied und Sekretär des ZK der KPdSU. 1950–1952 war Malenkov außerdem noch stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, wodurch er eine sehr einflussreiche Stellung innehatte und oft als zweiter Mann der Sowjetunion bezeichnet wurde. 1952 war Malenkov Mitglied des Präsidiums und nach Stalins Tod vereinte er zunächst die wichtigsten Posten auf seine Person: Er war erster Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates. 1955 wurde er zum Rücktritt gezwungen, nachdem sich Chruščev an der Machtspitze hatte durchsetzen können und Malenkov vor allem Fehler in der Landwirtschaftspolitik vorwarf.

<sup>11</sup> Malenkov, Kaganovič, Pospelov und Il'ičev hatten nach den Instruktionen Stalins mit Ėrenburg gesprochen, wobei sich dieser bereit erklärte, den Artikel zu verfassen, allerdings wandte er sich ge-

Stalin am 8. September seinen Urlaub antrat, ist der Auftrag somit auf Anfang September zu datieren. Doch die eigentliche Wirkung der Ankunft Meyersons zeigte sich erst ab dem 11. September, mit dem ersten Gottesdienstbesuch in der Synagoge, und im Oktober 1948. Bisher wurde angenommen, dass der Artikel Ęrenburgs eine direkte Reaktion hierauf gewesen sei, die Datierung jedoch zeigt, dass der Artikel von Stalin schon vorher angefordert worden war. Malenkov erklärte gegenüber Stalin, dass es wegen Ęrenburgs Abwesenheit von Moskau zu einer Verzögerung gekommen sei.<sup>12</sup>

Dennoch wird die Reaktion der sowjetischen Juden ein Grund für Stalins Auftrag gewesen sein. Faktisch waren bereits seit der Ausrufung des Staates Israel zahlreiche Schreiben von Juden aus der ganzen UdSSR beim EAK eingegangen, die ihre Sympathie, ja oft ein Zugehörigkeitsgefühl zu Israel ausdrückten.<sup>13</sup> Wie der ins EAK eingeschleuste Agent Cheifec das ZK der KPdSU schon im Mai informierte, wandten sich viele Juden persönlich oder mit Briefen und Aufrufen an das Komitee und wollten Hilfestellung für die Emigration oder für einen freiwilligen Kriegsdienst in Israel oder aber forderten vom EAK ein stärkeres Engagement für den jüdischen Staat ein.

„Wir Juden, Staatsbürger der Sowjetunion, können nicht gleichgültig gegenüber diesen Geschehnissen bleiben. Nur moralische Hilfe ist nicht genug. Es muss eine breite Kampagne für die Gewährleistung materieller Hilfe für unsere kämpfenden Brüder organisiert werden. Es ist nötig, von der Regierung die Erlaubnis zu bekommen, dass Juden, die mit der Waffe in der Hand unseren Brüdern helfen wollen, die Möglichkeit haben, dies zu tun.“<sup>14</sup>

In Reaktion auf die vielen Briefe, aber vor allem die vielen Bitten um Emigrationserlaubnis, die mit einem von 500 Juden unterschriebenen Antrag einen Höhepunkt erreichten, beschloss das EAK Anfang Juni über eine Radiosendung „einige falsche Vorstellungen unter einzelnen Elementen der jüdischen Bevölkerung der UdSSR“ zu korrigieren.<sup>15</sup> Dieser Plan wurde jedoch nicht genehmigt. Die sowjetische Haltung sei hinlänglich vor der UNO verdeutlicht worden. „Es gibt deswegen keinerlei Notwendigkeit, irgendein besonderes Interesse der jüdischen Bevölkerung unseres Landes an der Palästinafrage zu unterstreichen.“<sup>16</sup> Im Juli aber kam es zu einer weiteren, vom Kreml unerwünschten Solidaritatsbekundung, als zwanzigtausend Juden in der Synagoge die Ausrufung des Staates Israel feierten. Aufgrund dieses Ereignisses und angesichts einiger Freudenbekundungen Moskauer Juden bei der Ankunft von Meyerson am 3. September könnte Stalin den Artikel als Warnung intendiert

---

gen Stalins Idee, den Artikel von mehreren unterschreiben zu lassen. Stalin hatte also auch in diesem Fall ebenso wie bei den Entwürfen 1953 einen Massenaufruf jüdischer Intellektueller im Sinn gehabt. Der von Ęrenburg stattdessen verfasste Brief wurde aber gleich von Stalin genehmigt. Vgl. hierzu die Bestätigung G. M. Malenkovs an Stalin, 18.9.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 375.

<sup>12</sup> Bestätigung G. M. Malenkovs an Stalin, 18.9.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 375.

<sup>13</sup> Für eine Darstellung der Reaktionen der Juden in der UdSSR auf die Staatsgründung Israels siehe auch Grüner, *Patrioten und Kosmopoliten*, S. 325–361.

<sup>14</sup> Viele Petitionen kamen von Studierendengruppen in Moskau, aber selbst aus dem Rustungsministerium und von Offizieren der Sowjetarmee kamen Anfragen. Siehe Notizen des Sekretariats des EAK an das ZK der KPdSU (b), 18.5.1948 und 31.5.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 306, S. 308–314, Zitat S. 311.

<sup>15</sup> Gemeint ist der im Mai an die „Pravda“ geschickte Brief aus der ukrainischen Stadt Žmerinka, in dem 500 Bewohner die Emigrationserlaubnis in ihre „Heimat in Palästina“ forderten. Zitat aus: Das EAK an das CK VKP (b), mit dem Vorschlag, eine Radiosendung zur Unterstützung Israels durchzuführen, 8.6.1948, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 134. Vgl. außerdem: Protokoll der Präsidiumssitzung des EAK in der UdSSR, 7.6.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 316.

<sup>16</sup> Referat für Propaganda und Agitation des CK VKP (b) an das Sekretariat des CK VKP (b), über die Unzweckmäßigkeit der Durchführung einer Radiosendung, 12.6.1948, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 135.

haben. Er selbst genehmigte den Entwurf Ėrenburgs, der insbesondere im zweiten Teil die Aussage transportierte, dass es keinen Bezug der sowjetischen Juden zu Israel gebe.

„Das Schicksal der jüdischen Arbeiter aller Länder ist nicht mit dem Schicksal des Staates Israel verbunden, sondern mit dem Schicksal des Fortschritts, mit dem Schicksal des Sozialismus. Die sowjetischen Juden vollenden nun zusammen mit allen sowjetischen Menschen den Aufbau ihrer sozialistischen Heimat. Sie blicken nicht zum Nahen Osten, sie blicken in die Zukunft.“<sup>17</sup>

Gleichzeitig war eine weitere thematische Ausrichtung zu erkennen: Der Artikel richtete sich generell an Juden mit der Aufforderung, sozialen Wandel in ihren Ländern zu unterstützen, da nur dadurch eine Lösung der „Judenfrage“ herbeizuführen sei.<sup>18</sup> Explizit klagte Ėrenburg die amerikanische Politik, insbesondere auch die Außen- und Wirtschaftspolitik, an, da sie selbst für Juden in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland als auch für einen jungen Staat wie Israel eine Situation der Benachteiligung und Einschränkung schaffe.<sup>19</sup> So könne die Auswanderung nach Palästina kein Ausweg für Juden aus kapitalistischen Gesellschaften sein. Ihnen falle die Verantwortung zu, die soziale Struktur der Gesellschaft und die Politik mitzuprägen.

„Die größte Anzahl an Juden lebt in den USA. Als ich in Amerika war, habe ich gesehen, wie die transatlantischen Rassisten die Würde der Juden, der Schwarzen, der Chinesen und der Italiener beleidigen. Jeder versteht, dass die amerikanischen Juden bedroht sind durch das Anwachsen des Rassismus in den USA, und jeder versteht, dass die Lösung für die amerikanischen Juden nicht im Staat Israel liegt, der nicht einmal einen kleinen Teil von ihnen aufnehmen könnte, sondern im Sieg des progressiven Amerika über das Amerika der Rassisten.“<sup>20</sup>

Dies war eine deutliche Bezugnahme auf die Wahlen in den USA, die genau zwei Monate später, Anfang November, stattfanden. Schon im Laufe des Jahres 1947 hatte Radio Moskau seine Sendungen auf Jiddisch verdoppelt, um die amerikanischen Juden besser zu erreichen. Dabei wurde die Botschaft transportiert, dass der Westen die Juden nicht beschütze, ihnen keine Sicherheit und keine Normalisierung der Lage nach dem Krieg biete, während die UdSSR die europäischen Juden vor weiterer Vernichtung bewahrt habe.<sup>21</sup> Stalin hoffte erneut, über die jüdische Gemeinde Einfluss nehmen zu können, diesmal konkret auf die amerikanischen Wahlen. Durch die Kandidatur von Henry A. Wallace<sup>22</sup> von der neugebildeten Fortschrittspartei hatten die US-Wahlen 1948 eine besondere Bedeutung für die UdSSR. Wallace hatte sich als Vizepräsident unter Roosevelt für eine Annäherung an die UdSSR stark gemacht und war später wegen diesbezüglicher außenpolitischer Differenzen mit Truman vom Amt des Wirtschaftsministers zurückgetreten. Auch in späteren sowjetischen Geschichtsdarstellungen wurde der Austausch zwischen Wallace und der sowjetischen Regierung im Laufe des Jahres 1948 hervorgehoben, der die Möglichkeit zu einer engen sowjetisch-amerikanischen Kooperation eröffnet hätte.<sup>23</sup> Aufgrund der so-

<sup>17</sup> Il'ja Ėrenburg, „In Bezug auf einen Brief“, in: SIO, Bd. 1, S. 382f.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 377f.

<sup>19</sup> So heißt es in einem wahrscheinlich fiktiven Leserbrief folgendermaßen: „Die Nazis haben einen gelben Flecken an unsere Brust geheftet; jetzt ist alles subtiler, aber gleich. Unter amerikanischer Protektion besetzten die gleichen Nazis alle verantwortlichen Stellen.“ Il'ja Ėrenburg, „In Bezug auf einen Brief“, in: SIO, Bd. 1, S. 376f.

<sup>20</sup> Il'ja Ėrenburg, „In Bezug auf einen Brief“, in: SIO, Bd. 1, S. 380.

<sup>21</sup> Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden, S. 184.

<sup>22</sup> Henry A. Wallace war Vizepräsident unter F. D. Roosevelt und im Kabinett von H. S. Truman Wirtschaftsminister. Wallace gründete schließlich die Fortschrittspartei und trat als ihr Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen im November 1948 an.

<sup>23</sup> Vgl. Gromyko/Ponomarev (Hg.), Soviet Foreign Policy, Bd. 2, S. 139.

wjetischen Unterstützung Israels und der inkonsequenten Israelpolitik der USA erwartete sich Moskau eine entsprechende Reaktion der jüdischen Wähler. Dass der Artikel eine außenpolitische Botschaft beinhaltete, ist auch daran zu erkennen, dass der im Ausland bekannteste sowjetische Journalist Il'ja Ęrenburg mit dem Verfassen beauftragt wurde und der Artikel in der „Pravda“ erschien. Ein Bericht des EAK, der sich auf die Ereignisse am jüdischen Neujahrsfest bezog und sich damit direkt an die sowjetischen Juden richtete, wurde dagegen von Icik Fefer am 6. Oktober in der jiddischen Zeitung „Ejnikajt“ veröffentlicht.<sup>24</sup> Nicht umsonst war außerdem ein ausführlicher Bericht des Geheimdienstchefs, Abakumov, vom 26. März 1948, über die illegalen Tätigkeiten des EAK in der UdSSR unberücksichtigt zu den Akten gelegt worden. Das EAK war von aktuellem Nutzen: Seine in offiziellem Auftrag betriebene Auslandspropaganda hatte den Zweck, auf die westliche Öffentlichkeit einzuwirken und „alle progressiven Menschen auf der Welt zu einem noch energischeren Auftreten dagegen aufzurufen, was die Regierungen Englands und Amerikas machen“.<sup>25</sup> Weiterhin war die Arbeit auch in Bezug auf die jüdische Gemeinschaft in Palästina relevant: Sie würde „sowohl ihre Sympathie zur Sowjetunion als auch unseren Einfluss auf die Massen dort stärken“.<sup>26</sup>

Nicht zufällig erfolgte der eigentliche Meinungsumschwung in Moskau im November 1948, nach den Wahlen und dem überraschenden Wahlsieg von Truman.<sup>27</sup> Nun wurde in der zweiten Hälfte des Novembers die Schließung des EAK veranlasst, zahlreiche Festnahmen erfolgten. Auch die noch im Juni von Stalin genehmigte Ausbildung der Freiwilligenbrigade in der ČSR kam nun zu einem plötzlichen Abbruch.

Krammer stellte ab August 1948 einen Wandel bei der Bereitstellung der Militärhilfe aus der ČSR fest. Die Tschechoslowakei wurde zunehmend unwillig, die Hilfe fortzusetzen, Fortbildungen wurden nicht mehr angeboten, Trainings beendet, die Hauptmilitärbasis in Žatec geschlossen. Hauptgrund für diese Maßnahmen war der massive Druck aus dem Westen, nachdem entsprechende Informationen über die Aktivitäten nach Amerika durchgesickert waren.<sup>28</sup> Ab November dürfte dies aber angesichts der politischen Entwicklung in den USA und auch in Israel nicht mehr der alleinige Grund gewesen sein.

Die Veröffentlichung von Ęrenburgs Artikel zeigte in jeder Hinsicht geringe Auswirkungen. Auch jüdische Angehörige der Parteispitze äußerten mittlerweile im Familienkreis eine starke Verbundenheit mit dem jüdischen Staat; und Polina Žemčuzina, die jüdische Ehefrau Molotovs, welche ohnehin bereits für ihre Kontakte verdächtigt wurde, hatte bei einem Empfang im Anschluss an die Feier des Jahrestages der Oktoberrevolution am 7. November offen ein längeres Gespräch mit Meyerson auf Jiddisch geführt.<sup>29</sup>

Meyersons Aufenthalt in Moskau dauerte nicht lange an; bereits im April 1949 wurde sie zurückberufen und zur Arbeitsministerin ernannt. Doch ihre Anwesenheit in Moskau und ihre Bemühungen, Kontakte zu sowjetischen Juden herzustellen, hatten eine gravierende

<sup>24</sup> I. Fefer, 6. 10. 1948, in: Ejnikajt.

<sup>25</sup> Sitzungsprotokoll des Präsidiums des EAK der UdSSR, 7. 6. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 322.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 322f.

<sup>27</sup> Bei den Wahlen am 2. 11. 1948 bekam Henry A. Wallace von der Fortschrittspartei nur knapp 2,4% der Stimmen und keinen Wahlmann. Die Republikaner gewannen die Wahl mit Harry S. Truman mit 49,51% und der Demokrat Th. E. Dewey kam auf 45,12% der Stimmen.

<sup>28</sup> Krammer, *The Forgiven Friendship*, S. 107, 111.

<sup>29</sup> Ein anderes Beispiel ist der Kommentar der jüdischen Ehefrau von Kliment Vorošilov, Ekaterina, zur Staatsgründung Israels. Sie wird mit folgendem Satz zitiert: „Jetzt haben auch wir eine Heimat.“ Vasil'eva, *Kremlevskie ženy*, S. 236.

Veränderung zur Folge gehabt. Meyerson und die israelische Regierung traten im Dezember 1948 parallel immer drängender mit der Forderung nach Emigration aller osteuropäischen Juden an die sowjetischen Behörden heran. Meyerson forderte in diesem Kontext auch offen die Emigration sowjetischer Juden, wobei zunächst Verwandte von den in Israel lebenden Juden, Alte, Kinder und Flüchtlinge aus Osteuropa als potentielle Gruppen genannt wurden.<sup>30</sup>

Ebenso intensivierte Meyerson seit ihrer Ankunft die Suche nach vermissten Juden in der UdSSR. Im Februar 1949 kam es sogar zu einer Verbalnote des sowjetischen Außenministeriums, in der die Kontaktaufnahmen zu sowjetischen Juden, die Emigrationsaufforderungen und die Verteilung von israelischen Informationsbulletins an verschiedene Institutionen in der Sowjetunion scharf kritisiert wurden. Im Rahmen dieser Anschuldigungen wird auch deutlich, dass die israelische Gesandtschaft die Suche nach vermissten Juden in der UdSSR aktiv verfolgte und in diesem Zusammenhang Namen an die Konsularabteilung des sowjetischen Außenministeriums weitergab.<sup>31</sup> Dies war, wie Meyerson wohl bewusst war, ein für die genannten Juden äußerst gefährliches Vorgehen, abgesehen davon, dass dies auf Protest bei den sowjetischen Behörden stoßen musste.

In den Augen des Kreml zeigte sich infolge der jüdischen Staatsgründung eine deutlich negative Entwicklung. Die Forderung nach Zulassung der jüdischen Emigration aus der UdSSR sowohl von Seiten vieler sowjetischer Juden als auch von Seiten Israels verstärkte Stalins Befürchtung einer zweifelhaften Loyalität der Juden. Bei zirka drei Millionen Juden in der Sowjetunion konnte sich eine solche Forderung schnell als Schneeballeffekt erweisen. Hinzu kam eine zunehmende Kritik aus Israel an der antizionistischen Politik innerhalb der UdSSR, so dass Stalin die israelische Außenpolitik mehr und mehr als Einmischung in innere Angelegenheiten wertete.

## 1.2. Die politische Orientierung Israels

Ro'i argumentiert in seiner Analyse, dass die politische Orientierung nicht im Fokus der sowjetischen Politik gestanden haben könne, da die Knessetwahl und die amerikanische Anleihe erst ab Januar 1949 als Fakten die Diskussion bestimmten, der Wandel aber bereits im Herbst 1948 stattgefunden habe. Dies widerlegen die nun zugänglichen Quellen von sowjetisch-israelischen Gesprächen. Tatsächlich wusste der Kreml spätestens ab dem 2. September von der israelischen Anfrage nach einer Anleihe aus den USA, da der israelische Außenminister Shertok dem sowjetischen Gesandten davon berichtete. Eršov griff das Thema später auf, um den aktuellen Stand dieser Anfrage zu eruieren.<sup>32</sup> Auch war die provisorische Regierung, die seit Frühjahr 1948 tätig war, hauptsächlich von Mitgliedern der MAPAI gebildet worden, was einige Rückschlüsse auf die innenpolitische Verteilung und die außenpolitische Orientierung zuließ. Eine kritische Analyse setzte sich zum Beispiel im Juli 1948 mit der politischen Situation in Israel auseinander. Die Regierung orientierte sich außenpolitisch an den „angel-sächsischen imperialistischen Kreisen“, behindere die Arbeit der arabischen Kommunisten, der UTW, und benutze die jüdischen Kommunis-

<sup>30</sup> Vgl. hierzu verschiedene Dokumente in: SIO, Bd. 1, S. 385, 411–418, 453.

<sup>31</sup> Vgl. ebenda, S. 460–463.

<sup>32</sup> Vgl. Niederschrift des Gesprächs zwischen dem Gesandten der UdSSR in Israel, P. I. Eršov, und dem Außenminister Israels, M. Schertok, 2.9.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 355, ebenso das Gespräch zwischen Eršov und Schertok, 16.9.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 372.

ten „im Kampf gegen die arabische Reaktion; für die Beziehungen der kommunistischen Partei zu den Ländern der Volksdemokratie und der UdSSR mit dem Ziel, zusätzliche Waffen und Freiwillige für die jüdische Armee zu erhalten“.<sup>33</sup>

Dies bestätigten die Januarwahlen, deren Folgen Bakulin, der Leiter der Nahostabteilung des MID, dahingehend kommentierte, dass zunächst keine feindliche Politik gegenüber der UdSSR eingeschlagen werde, da sie noch für die Lösung diverser Probleme wie der Grenzen und der Frage Jerusalems etc. benötigt würde, aber:

„Angesichts der Tatsache, dass die neue israelische Regierung, genauso wie die provisorische Regierung, in der überwiegenden Mehrheit aus Mitgliedern der MAPAI-Partei besteht, scheint es wahrscheinlich, dass sie wie vorher eine Politik der Anbindung an Amerika betreiben wird.“<sup>34</sup>

Diese Hinwendung Israels zu Amerika wurde aber schon im Herbst 1948 vom Kreml registriert. In dem von Stalin in Auftrag gegebenen Artikel über Israel beschrieb Ęrenburg die Gefahren für den jungen Staat folgendermaßen:

„Während sie den Arbeitern Israels Erfolg wünschen, verschließen die sowjetischen Menschen nicht ihre Augen vor den Prüfungen, welche alle ehrlichen Menschen des jungen Staates erwarten. Außer der Invasion der anglo-arabischen Horden kennt Israel eine weitere Invasion, weniger laut, aber nicht weniger gefährlich: das anglo-amerikanische Kapital.“<sup>35</sup>

In mehreren Gesprächen mit israelischen Politikern wurden in den folgenden Wochen die Beziehungen Israels zu Amerika und zu den amerikanischen Juden thematisiert. Vyšinskij brachte die sowjetische Befürchtung am stärksten zum Ausdruck, als er zu Šertok sagte, „reiche amerikanische Juden, die euch helfen, tun dies nur, weil sie Juden sind; nichtsdestoweniger bleiben sie amerikanische Staatsbürger, und es ist wahrscheinlich, dass sie, bewusst oder unbewusst, als Instrument der Politik der USA dienen“.<sup>36</sup>

Auch in den als streng geheim klassifizierten Anleitungen für die sowjetische Delegation zur dritten Sitzung der UNO-Generalversammlung hieß es, dass das wirkliche Ziel der USA und Großbritanniens in Palästina, die Stärkung der Kontrolle und des Einflusses von amerikanischem und britischem Monopolkapital, aufgedeckt werden müsste.<sup>37</sup>

Noch gravierender aber war, dass seit Oktober 1948 in der israelischen Presse kritische Töne gegenüber der UdSSR vernehmbar wurden. Moskau monierte negative Darstellungen der Sowjetunion in israelischen Zeitungen und Publikationen und reagierte im Dezember empört über solche Attacken angesichts der konsequenten Hilfe für den neuen Staat.<sup>38</sup>

Ein vertrauliches Gespräch zwischen Eršov und Ben Gurion wenige Wochen vor der Wahl liest sich wie eine Warnung. Eršov überlegte laut, dass die sowjetische Politik beständig war, aber wenn nötig durchaus einen radikalen Politikwechsel vollziehen könne. Als

<sup>33</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 608, ll. 76–78, 16. 7. 1948, Informationen von P. Milogradov über die Regierung und die Kommunistische Partei Israels.

<sup>34</sup> Memorandum der Abteilung des Nahen und Mittleren Ostens des MID SSSR „Die neue Regierung des Staates Israel“, 15. 3. 1949, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 477.

<sup>35</sup> Il'ja Ęrenburg, „In Bezug auf einen Brief, in: Pravda, 21. 9. 1948.

<sup>36</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des Außenministers Israels, M. Šertok, mit dem ersten Stellvertreter des Außenministers der UdSSR, A. Ja. Vyšinskij, 12. 12. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 443.

<sup>37</sup> Ausschnitte aus der Vorlage des Politbüros des CK VKP (b) „Über die Direktiven der sowjetischen Delegation auf der dritten Sitzung der Generalversammlung der UNO“, 17. 9. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 373.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu verschiedene interne sowjetische und auch israelische Berichte in: SIO, Bd. 1, S. 418, 431, 444, 453f.

Beispiel nannte er die Türkei, der die UdSSR in der Zeit von Atatürk lange breite Unterstützung zukommen ließ. Mit Verwunderung stellte Eršov fest, dass sich die Türkei nun an Amerika orientiere. Und das, obwohl doch offensichtlich war, „dass im Falle eines Krieges die Rote Armee die Türkei in zwei, drei Tagen einnimmt und keine amerikanischen Waffen ihr helfen“.<sup>39</sup>

Am 25. Januar 1949 fanden die ersten Knesset-Wahlen in Israel statt. Die kommunistische Partei trat als legale Partei an, musste aber eine schwere Niederlage hinnehmen. Sie erreichte nur 3,5 Prozent der Stimmen (4 Sitze). Die Partei war insgesamt mit ca. 1500 Mitgliedern im Oktober 1948 relativ schwach aufgestellt.<sup>40</sup> Als stärkste Partei ging mit über 35 Prozent der Stimmen die israelische Arbeiterpartei Ben Gurions, MAPAI, aus den Wahlen hervor und stellte in der Folge mit einer Koalition mit mehreren kleineren liberalen und religiösen Parteien die Regierung. Die linksorientierte und prosovietische MAPAM, die die zweitgrößte Partei in Israel war, erhielt knapp 15 Prozent der Stimmen, womit sie nur 19 von 120 Sitzen bekam. Sie war ebenso wenig wie die Kommunisten an der Regierungsbildung beteiligt.

MAPAI zeigte von Beginn an eine deutliche Westorientierung. Infolge des Wahlergebnisses erschienen nun in der UdSSR mehrere Publikationen, die den „bourgeois“ Charakter des israelischen Staates verurteilten und das Ausbleiben eines neuen sozialen Systems kritisierten.<sup>41</sup> Selbst der israelische Vertreter in Moskau, M. Namir, kritisierte die offen zur Schau getragenen Sympathien zum Westen und die in dieser Hinsicht einseitigen Presseberichte in Israel. „Hier, in der Ferne, entsteht für mich manchmal der Eindruck, dass das Verhalten unserer Partei [MAPAI], wenn es um Russen und Kommunismus geht, das genaue Gegenteil dessen ist, was nötig wäre. [...] Ich fürchte, hier gibt es viele Nachlässigkeiten, besonders wenn man die zahlreichen offiziellen Gelegenheiten, an denen wir den USA unsere Dankbarkeit ausgedrückt haben, einrechnet.“<sup>42</sup> Kritische Pressedarstellungen über die Sowjetunion wurden im Laufe des Jahres 1949 eine permanente Diskussionsgrundlage zwischen dem Kreml und der israelischen Regierung.<sup>43</sup>

In einem zehnteiligen Geheimmemorandum, welches der sowjetische Gesandte in Israel, P. Eršov, am 2. März 1949 an Molotov schickte, wurde das Hauptaugenmerk auf die Kommunisten in Israel gelenkt. Die Kommunistische Partei Israels „benötigt ernsthafte Hilfe“, schrieb Eršov. Wegen interner Konflikte, den Folgen eines übereilten, schlecht vorbereiteten Zusammenschlusses der verschiedenen Gruppen, und einer falschen Politik war die Partei keine politische Macht, die Einfluss auf die Politik der Regierung nehmen könnte. Sie sei zu schwach und unbedeutend, um den Kampf der demokratischen Kräfte

<sup>39</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des israelischen Premierministers, D. Ben Gurion, mit dem sowjetischen Gesandten in Israel, P. I. Eršov, 27. 12. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 447f.

<sup>40</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 608, l. 78, 16. 7. 1948, Informationen von P. Milogradov über die Regierung und die Kommunistische Partei Israels. Im März 1949 war nur noch von 1000 Mitgliedern die Rede: RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, l. 5, 2. 3. 1949, Bericht des sowjetischen Gesandten in Israel, P. Eršov, an V. M. Molotov, über die Kommunistische Partei Israels; RGASPI, f. 17, op. 137, d. 153 (Mai – September 1950).

<sup>41</sup> Vgl. hierzu Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 212–215.

<sup>42</sup> Brief des israelischen interimistischen Chargé d'affaires in der UdSSR, M. Namir, an den Direktor der Osteuropa-Abteilung des Außenministeriums Israels, Sch. Fridman, 5. 6. 1949, geheim, persönlich, in: SIO, Bd. 2, S. 8.

<sup>43</sup> Z. B. Aufzeichnungen von mehreren Gesprächen des sowjetischen Gesandten in Israel, in: SIO, Bd. 2, S. 93f., 100–109. Hinzu kamen noch politische Reden, die in der UdSSR negativ aufgefasst wurden, z. B. Ben Gurions Rede vom 29. 10. 1949 vor MAPAI-Anhängern in Tel Aviv.

in Israel „gegen die Marschallisierung des Landes“ zu garantieren.<sup>44</sup> Überhaupt hätten die Kommunisten seit dem 15. Mai 1948 nur die „bourgeoise Regierung Ben Gurions“ unterstützt, wofür sie Hilfe in den Volksdemokratien organisiert hätten: „Material und Menschen“.<sup>45</sup>

Nicht überraschend zögerte die UdSSR angesichts dieser Beziehungen eine oft wiederholte Kreditanfrage Israels seit April 1949 mehrere Monate hinaus und beschied sie schließlich negativ.<sup>46</sup> Die Anfrage war, wie im Kreml interpretiert wurde, ein Versuch der israelischen Regierung, ihre Position zu festigen und die Opposition angesichts der politischen und wirtschaftlichen Anbindung an die Vereinigten Staaten abzulenken.<sup>47</sup> Dass die Forderung jüdischer Emigration aus der UdSSR hoch aktuell die Beziehungen beeinflusste, zeigte die Kreml-Entscheidung von Anfang 1952. Der israelischen Regierung sollte auf ihre seit Oktober 1950 stetig wiederholten Anfragen mitgeteilt werden, dass diese Forderung „einen Versuch zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion“ darstelle.<sup>48</sup>

Zunehmend kam außerdem eine weitere Befürchtung des Kreml hinzu: Ab 1949 wurden anglo-amerikanische Paktplanungen für den Nahen Osten bekannt und eine Beteiligung Israels erschien durchaus real.<sup>49</sup> Sowjetische Pressedarstellungen hierzu sowie eine direkte Anfrage am 21. November 1951 bei der israelischen Regierung zeigen, dass diese Möglichkeit als bedrohend empfunden wurde.<sup>50</sup> Diese Faktoren führten in den folgenden Jahren zu einer stetigen Verschlechterung der sowjetisch-israelischen Beziehungen.

### 1.3. Auswirkungen der sowjetisch-israelischen Beziehungen in der UdSSR

Gemäß diesen Entwicklungen, den Wahlergebnissen, der offenen Westanbindung Israels und der Wirkung der israelischen Außenpolitik auf die Sowjetunion selbst, sah Stalin seine Israel-Politik bald als gescheitert an. Demzufolge fand ab 1949/1950 ein außenpolitisches Umdenken statt. Die seit Herbst 1948 stetig zunehmende Verschlechterung der sowjetisch-israelischen Beziehung bewirkte in der Sowjetunion aber nicht nur einen Wandel in der außenpolitischen Ausrichtung, sondern zeitigte auch direkte innenpolitische Rückwirkungen. Es führte zu einem Vorgehen gegen alle Personen, die mit dieser Thematik im weitesten Sinne in Verbindung gebracht werden konnten.<sup>51</sup> Stalin fingierte die so genannte zio-

<sup>44</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, l. 14, absolut geheim, Memorandum von P. Eršov an Außenminister V. M. Molotov, 2. 3. 1949, über die Kommunistische Partei Israel.

<sup>45</sup> Ebenda, l. 8.

<sup>46</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, ll. 26f., Oktober 1949, über die Kreditanfrage Israels; RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, l. 25, Oktober 1949, mündliche Mitteilung an den Gesandten Israels, RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, l. 21, 19. 9. 1949, Aufzeichnung des Gesprächs mit dem Direktor des Osteuropadepartements des Außenministeriums Israels, Sh. Eliashiv.

<sup>47</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, November 1949, Bericht M. Men'sikovs und A. Gromykos an Stalin über die Kreditanfrage der israelischen Regierung.

<sup>48</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, ll. 55, 75f., Februar bis März 1952, Projektentwurf A. Gromykos an Stalin bzw. Telegramm des MID SSSR an ihren Gesandten Israels; RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, l. 101, März 1952, Projektbericht A. Vyšinskij's an Stalin über die Emigrationsforderungen von Israel.

<sup>49</sup> Abu-Lughod (Hg.), *The Transformation of Palestine*, S. 427f. Hiernach sei die Bedrohung v. a. ab 1951 wahrgenommen worden.

<sup>50</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1195, ll. 57-60, Direktiven für die Antwort auf die israelische Note vom 8. 12. 1951.

<sup>51</sup> Rucker dagegen meint, dass die Entwicklung der sowjetisch-israelischen Beziehungen kaum Rückwirkungen auf die innenpolitischen Repressalien gegen die Juden in der Sowjetunion gehabt hätten. Vgl. Rucker, *Staline, Israël et les Juifs*, S. 355f.

nistische Verschwörung. Das Vorgehen gegen „antisowjetisches Verhalten“ war bereits im Zuge der nach dem Chefideologen Andrej Ždanov benannten „Ždanovščina“ 1946 und 1947 ausgearbeitet worden, die den Zugriff und die Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche nach der „Atempause“ im Krieg wieder einführte.<sup>52</sup> Nun machte sich eine neue Terrorwelle breit, die sich nach den zwei bisherigen Verhaftungswellen gegen Kriegsgefangene und andere Rückkehrer aus dem Ausland und gegen die so genannten Povtorniki, die Personen, die bereits in der Terrorwelle in den 1930er Jahren der Verdächtigung oder Inhaftierung ausgesetzt gewesen waren, nun gegen die Mitglieder und das Umfeld des EAK richtete.<sup>53</sup> Juden, die unter dem Verdacht standen, Auslandskontakte zu pflegen, wurden gezielt verfolgt. Im Januar 1948 wurde Solomon Michoëls in einer als Autounfall getarnten Aktion ermordet. Den Befehl hierzu hatte Stalin dem Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MGB), V. S. Abakumov, nicht zufällig Ende Dezember 1947 – einige Wochen nach der UNO-Abstimmung über Palästina – gegeben. Michoëls genoss als Leiter des EAK und als bekannter Schauspieler auch international große Popularität und wurde von Stalin als ein nicht zu kontrollierender Faktor angesehen. Abgesehen von den Auslandskontakten aber, die er im Krieg auftragsgemäß aufgebaut hatte, setzte sich Michoëls auch in der UdSSR für Juden ein, indem er im Namen des EAK die Errichtung einer jüdischen Republik auf der Krim verfolgte, die Versorgung der Juden mit Hilfsmitteln und die Rückkehrrechte der Juden in ihre Häuser nach dem Krieg anmahnte.<sup>54</sup> Dies entsprach dem durch die nationalsozialistischen Verfolgungen der Juden wieder erstarkten Identitätsbewusstsein der sowjetischen Juden, welches das Bedürfnis, sich auch innenpolitisch für die Belange der Juden zu engagieren, geweckt hatte.

Damit war Michoëls bei den sowjetischen Behörden aber als „Anführer der jüdischen Nationalisten, die im Auftrag der Amerikaner kriminelle Arbeit gegen die UdSSR leisteten“,<sup>55</sup> in Verruf gekommen, da die Arbeit unter den sowjetischen Juden gerade nicht zu den offiziellen Aufgaben des Komitees gehörte. Molotov registrierte diese Abweichung von den Instruktionen im Oktober 1944:

„Der Anspruch der Genossen Michoëls und Fefer auf Teilnahme der Leiter der jüdischen Öffentlichkeit an der Bereitstellung und Verteilung der Hilfe an die jüdische Bevölkerung im Zentrum und in den Orten kann nach der Durchführung der Überprüfung [...] untersucht werden, aber im Voraus halte ich es für nötig zu sagen, dass das Jüdische Antifaschistische Komitee nicht für solche

<sup>52</sup> Während des Krieges hatte Stalin die Zensur und weitere Beschränkungen gelockert, um die sowjetische Bevölkerung für die Kriegsanstrengungen zu mobilisieren. Am 14.8.1946 wurden nun in einer ZK-Resolution von Stalin literarische Zeitschriften in Leningrad scharf kritisiert, da sie Werke der Schriftsteller Michail Zoščenko und Anna Achmatova abgedruckt hatten. Beide Autoren wurden für „antisowjetische, volksfremde“ und „irreführende“ Literatur verurteilt. Dies war aber nur der Auftakt einer von Stalin und seinem Chef der Ideologieabteilung, Andrej Ždanov, konzipierten Kampagne gegen moderne Kunst und westliche Einflüsse.

<sup>53</sup> Diese drei Kategorien nannte Il'ja Ėrenburg, und auch Naumov kategorisiert danach: Ėrenburg, *Ljudi, gody, žizn'*, Bd. 3, S. 102; Naumov, *Die Vernichtung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees*, S. 122.

<sup>54</sup> Vgl. Leitung des EAK an die sowjetische Regierung, mit dem Vorschlag, eine jüdische Republik auf der Krim zu errichten, 21.2.1944, in: *Gosudarstvennyj antisemitizm*, S. 45ff.; EAK an V. M. Molotov, über das Schicksal der Juden, die in der Ukraine überlebt haben, 18.5.1944, in: *Gosudarstvennyj antisemitizm*, S. 50f.; EAK an V. M. Molotov, über die Mängel bei der Verteilung internationaler Hilfe an die Juden, 28.10.1948, in: *Gosudarstvennyj antisemitizm*, S. 58; siehe auch Montefiori, Stalin. Am Hof des Roten Zaren, S. 624, 639–642.

<sup>55</sup> Bericht C. I. Ogoľ'zovs an L. P. Beria, März 1953, in: *Gosudarstvennyj antisemitizm*, S. 111f.

Angelegenheiten geschaffen wurde und dass das Komitee, seine Aufgabe anscheinend nicht ganz richtig verstanden hat.<sup>56</sup>

Ein weiteres Beispiel dafür, dass das EAK Stalin nur als Instrument für die Außenpolitik dienen sollte, war das „Schwarzbuch“, das anhand von Materialien und Augenzeugenberichten die nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden im Krieg dokumentieren sollte. Dieses Projekt war gemeinsam von Mitgliedern des EAK und bekannten jüdischen US-Amerikanern wie Albert Einstein und dem Leiter des jüdischen Komitees für Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler in den USA initiiert worden. Obwohl jedoch die sowjetischen Redakteure, die Schriftsteller Vasilij Grossman und Il'ja Ėrenburg, die Arbeit im Herbst 1945 abschließen konnten, erschien nur die amerikanische Version, und die sowjetische Version wurde nur im Ausland in einigen Druckexemplaren zugänglich gemacht. In der UdSSR wurde das Erscheinen behindert, mit der Begründung, dass die Darstellung nur jüdischer Leiden zu einseitig sei.<sup>57</sup> Michoëls hatte gerade Mitte September 1947 noch einen Brief an Ždanov geschrieben, in dem er die Notwendigkeit, den Druck des Schwarzbuches endlich zu genehmigen, betont.<sup>58</sup>

Abgesehen von dieser unerwünschten Schwerpunktverlagerung der Aktivitäten des EAK, soll Michoëls nach Aussage des ehemaligen Geheimdienstlers Sudoplatov außerdem zu viel über Verhandlungen gewusst haben, die der Kreml während des Krieges mit einflussreichen Amerikanern<sup>59</sup> im Zusammenhang mit der Frage einer jüdischen Besiedlung der Krim geführt habe. Der Kreml habe geplant, jüdisch-amerikanische Finanzinvestitionen zu gewinnen, unter dem Deckmantel, diese für den Wiederaufbau der jüdischen Gebiete in Weißrussland und die Errichtung einer jüdischen Republik auf der Krim zu verwenden. Stalin, so Sudoplatov, „benutzte die jüdischen Hoffnungen auf einen Heimatstaat, um westliche Kredite anzuziehen“.<sup>60</sup> Diese Aussage findet sich im Geständnis des später im Zuge der Kampagne gegen das EAK ebenfalls angeklagten Solomon A. Lozovskij insofern wieder, als dieser aussagte, Michoëls und Fefer hätten nach ihrer Rückkehr aus den USA von der Zusage des American Jewish Joint Distribution Committee berichtet, die Ansiedlung der Juden auf der Krim zu finanzieren.<sup>61</sup> Lozovskij<sup>62</sup> war bis 1946 stellvertretender

<sup>56</sup> Notiz V. Molotovs zu einem Brief des EAK, mit der Bitte um Versorgung der sowjetischen Juden mit Hilfsgütern, 28. 10. 1944, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 59.

<sup>57</sup> Das EAK, V. S. Grossman und I. G. Ėrenburg, an das CK VKP (b), mit der Bitte über die Herausgabe des bereits 1945 abgeschlossenen „Schwarzbuches“, 28. 11. 1946, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 98f.

<sup>58</sup> S. M. Michoëls an A. A. Ždanov, über die Notwendigkeit der Herausgabe des „Schwarzbuchs“, 18. 9. 1947, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 100.

<sup>59</sup> Sudoplatov erwähnte Gespräche mit dem US-amerikanischen Botschafter in Moskau, Averell Harriman, und dem Präsidenten der US-Handelskammer, Eric Johnston. In den Memoiren von Harriman findet sich keine Information hierzu. Harriman berichtet von einem Antrag Molotovs auf Nachkriegskredite, aber ihm zufolge waren diese für den generellen Wiederaufbau der Wirtschaft und Infrastruktur gedacht. Von Johnston liegen keine Berichte vor. Vgl. Harriman/Abel, *Special Envoy to Churchill and Stalin*, passim, zu Molotovs Antrag: S. 384–387.

<sup>60</sup> Sudoplatov/Sudoplatow, *Der Handlanger der Macht*, S. 323, 325, 330f., Zitat S. 323.

<sup>61</sup> Sudebnoe Sledstvie: Dopros podsudimogo S. A. Lozovskij, in: Naumov (Hg.), *Nepravednyj sud*, S. 173; auch Fefer selbst bestätigt dies. Vgl. Sudebnoe Sledstvie: Dopros podsudimogo I. S. Fefera, in: Naumov (Hg.), *Nepravednyj sud*, S. 25.

<sup>62</sup> Solomon Abramovič Lozovskij, geb. Dridzo (1878–1952), war ein sowjetischer Diplomat. Er war 1939–1946 stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und hatte außerdem die Leitung des Sovinformbüros und damit auch die Aufsicht über das EAK inne. Am 25. 6. 1947 wurde er als Sovinformleiter abgesetzt, ein Umstand, der auch mit dem EAK in Verbindung gestanden haben wird, da gleichzeitig die Kontrolle über dieses Komitee an die Auslandsabteilung des ZK der KPdSU (b) überging. Lozovskij wurde im Januar 1949 im Rahmen der EAK-Affäre festgenommen.

Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und gleichzeitig Leiter des Sovinformbüros gewesen und hatte damit lange die faktische Kontrolle des NKID über das EAK innegehabt. Auf jeden Fall thematisierten sowohl die jiddische Zeitung „Ejnikajt“ in der UdSSR als auch die jiddischen Zeitungen in den USA bis 1946 mehrfach dieses Projekt.<sup>63</sup> Auch wenn sich diese spezielle Aussage Sudoplatovs anhand von Dokumenten nicht belegen lässt, ist eindeutig, dass die jüdischen Kontakte und die Lage der sowjetischen Juden im Krieg für finanzielle Unterstützung und für Propagandazwecke genutzt wurden. Alle Aktivitäten vom Aufruf jüdischer Intellektueller im August 1941, über die Etablierung des EAK bis hin zur Spendensammlung in den USA, waren vollkommen zentral gesteuert und liefen – streng überwacht – nach engen Vorgaben ab. In der mündlichen Instruktion zur Gründung des EAK hieß es, die Aufgaben des Komitees bestehen „in der Mobilisierung der jüdischen Bevölkerung im Ausland für den Kampf gegen den Faschismus und in der Propaganda der Errungenschaften der UdSSR in der ausländischen Presse“.<sup>64</sup> Michoëls und Fefers Reise in die USA stand dabei, sowohl was Kontakte zu jüdischen Organisationen anging, als auch was Finanzhilfe anbetraf, im Mittelpunkt. Es ist durchaus denkbar, dass die Idee einer jüdischen Republik auf der Krim ab 1944 in Gesprächen mit amerikanischen Verantwortlichen gestreut wurde, um finanzielle Interessen zu verfolgen, zumal sich das Ausspielen der jüdischen Karte bereits als sehr ergiebig erwiesen hatte. Auch wurden von jüdischer Seite selbst die internationalen Verbindungen immer wieder betont. So schrieben die EAK-Mitarbeiter, als sie das Krim-Projekt Anfang 1944 vorschlugen: „Beim Aufbau der jüdischen Sowjetrepublik würden uns auch die jüdischen Volksmassen aller Länder der Erde entscheidend helfen, wo auch immer sie sich befänden.“<sup>65</sup>

Die jüdische Propaganda, die das EAK im Auftrag des NKID bzw. des MID betrieb, indem es eine ständige Präsenz mit Artikeln und Materialien, wie der Komitee-Zeitung „Ejnikajt“ in der ausländischen jüdischen Presse verfolgte, sollte dem Zweck dienen, „Propaganda und Gegenpropaganda gegen die von den reaktionären imperialistischen Kreisen von England und den USA in Gang gesetzte antisowjetische Kampagne“ zu betreiben und „Informationen über die friedliche Außenpolitik der Sowjetunion, über die Völker der UdSSR und besonders über die Vorteile und Errungenschaften des sowjetischen sozialistischen Lagers“ zu verbreiten.<sup>66</sup> Allein nach Palästina sind im Zeitraum eines Jahres, von Mitte 1945 bis Mitte 1946, mehr als 900 Artikel und Materialien vom EAK geschickt worden.<sup>67</sup> Ab Mitte 1947 wurde die Funktion des EAK neu definiert. Aus dem Fakt, dass das EAK statt weiter dem Sovinformbüro unter der Leitung Lozovskijs anzugehören, direkt der Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten und Propaganda des ZK der KPdSU (b) zugeordnet wurde, lässt sich sowohl auf eine Verstärkung der Kontrolle als auch auf eine gesteigerte Bedeutung schließen.<sup>68</sup> Im Auftrag Ždanovs fertigte Leonid S. Baranov, der

<sup>63</sup> Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden, S. 164. Zu dieser Diskussion siehe auch Redlich/Kostyrčenko (Hg.), *Evrejskij Antifašistskij Komitet*, S. 97.

<sup>64</sup> Außenpolitische Abteilung des CK VKP (b) an das Sekretariat des CK VKP (b), mit dem Vorschlag, das EAK zu schließen, 19. 11. 1946, in: *Gosudarstvennyj antisemitizm*, S. 85.

<sup>65</sup> Leitung des EAK an die Regierung der UdSSR, mit dem Vorschlag, eine jüdische Republik auf der Krim zu errichten, 21. 2. 1944, in: *Gosudarstvennyj antisemitizm*, S. 48.

<sup>66</sup> Außenpolitische Abteilung des CK VKP (b) an das Sekretariat des CK VKP (b), mit dem Vorschlag, das EAK zu schließen, 19. 11. 1946, in: *Gosudarstvennyj antisemitizm*, S. 85.

<sup>67</sup> Ebenda, S. 89.

<sup>68</sup> Das EAK wurde der außenpolitischen Abteilung des CK der VKP (b) am 1. 8. 1946 unterstellt. Es folgte eine Auswertung aller Materialien und Dokumente des EAK und eine anschließende Neudefinition des Tätigkeitsbereichs.

Leiter dieser Abteilung, im Sommer 1947 ein Gutachten über die Arbeit des EAK an, in dem die Notwendigkeit einer Umstrukturierung des Komitees betont wird, da es dem Zweck dienen sollte, wissenschaftliche, technische und politische Informationen zu beschaffen.<sup>69</sup> Während also auch die ursprüngliche Aufgabe, die positive Außendarstellung der Sowjetunion im Ausland, wiederholt wurde, kam eine weitere Aufgabe hinzu: die Gewinnung von Informationen aus dem Ausland durch Spionage, worunter vor allem auch die Atomspionage fiel. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass das EAK in der UdSSR selbst keine Aufgaben außer dem Kampf gegen den Zionismus zu verfolgen hat, womit der Vertretungsanspruch des EAK für die sowjetischen Juden klar negiert wurde.

Für die Aufgabenverlagerung des EAK hin zur Informationsbeschaffung spricht noch ein weiterer Umstand, nämlich die Tatsache, dass 1947 der Geheimagent G. M. Cheifec als Präsidiumsmitglied und Stellvertreter des verantwortlichen Sekretärs ins EAK eingeschleust wurde. Cheifec kontrollierte fortan sämtliche Aktivitäten des EAK und übermittelte alle Schriftstücke an den Staatssicherheitsdienst. Grigorij M. Cheifec<sup>70</sup> war es, der in den Kriegsjahren seit 1941 als wichtiger Agent in Kalifornien – offiziell Vizekonsul in San Francisco – im Auftrag des NKVD maßgeblich Kontakte zu Wissenschaftlern, Atomforschern, Politikern, darunter vielen Juden, aufgebaut hatte. Diese Kontakte dienten in den folgenden Jahren als Grundlage des Atomspionagenetzwerkes.<sup>71</sup>

Gleichzeitig zeugte Stalins Vorgehen gegen alle damals Beteiligten von seinem Anliegen, die Zeugen dieser Tätigkeiten zu vernichten. Im Herbst 1948 folgte die Auflösung des EAK, das Presseorgan „Ejnikajt“ wurde verboten, und die meisten Mitglieder verhaftet. Aber auch weitere Personen, die in irgendeiner Verbindung zum EAK gestanden hatten, wurden in den folgenden Jahren festgenommen, darunter Lozovskij und selbst der Agent Grigorij Cheifec, der als wichtige Kontaktperson in den USA und seit 1946 dann als Informant im EAK fungiert hatte.<sup>72</sup> Beide waren auch jüdischer Herkunft, was sie in den Augen Stalins im Rahmen dieser Kampagne doppelt verdächtig machte.

Ebenso waren viele jüdische Verwandte von Politbüromitgliedern unter den Verhafteten. Als eine der Ersten war Ende 1948 Molotovs Ehefrau, Polina Žemčužina, verhaftet und nach Sibirien verbannt worden. Familiäre Bindungen und Kontakte in die USA, Gespräche mit Golda Meyerson und Michoëls und der Kontakt zur Familie des Letzteren hatten Žemčužina für Stalin direkt ins Zentrum der Verschwörung gerückt, was gleichzeitig Molotov selbst in den Fokus brachte.<sup>73</sup> Im folgenden Jahr verlor Molotov seinen Posten als Außenminister. Er hatte 1944 Michoëls auf dessen Anfrage hin ermutigt, den Antrag auf Besiedlung der Krim mit sowjetischen Juden zu stellen, was Stalin wiederum dem Ein-

<sup>69</sup> Redlich, *War, Holocaust and Stalinism*, S. 436ff.; Lustiger, *Rotbuch: Stalin und die Juden*, S. 194.

<sup>70</sup> Grigorij M. Cheifec (1899–1984) war zunächst Komintern-Agent in Deutschland, dann langjähriger Agent der NKVD-Auslandsspionage. Nach Einsätzen zum Aufbau von Spionagenetzen in Europa, u. a. in Deutschland, legten die von ihm aufgebauten Kontakte in den USA die Basis für die sowjetische Atomspionage nach dem Krieg. 1944 wurde Cheifec nach Moskau zurückberufen, wo er im NKVD arbeitete. Ab 1947 arbeitete er als Agent des NKVD im EAK, wurde aber selbst Opfer der Verdächtigungen und kam in Haft. 1953 wurde er im Zuge des Tauwetters freigelassen.

<sup>71</sup> Sudoplatow/Sudoplatow, *Der Handlanger der Macht*, S. 130ff., 224ff., 334.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 394ff.

<sup>73</sup> Chruščev habe behauptet, so die Erinnerung von B. Z. Goldberg, Polina sei Vermittlerin zwischen dem EAK und ihrem Mann gewesen. Vgl. hierzu Redlich/Kostyrčenko (Hg.), *Evrejskij Antifašistskij Komitet*, S. 97.

fluss seiner Frau zuschrieb.<sup>74</sup> Typisch für Stalin spielten nun auch machtpolitische und persönliche Faktoren mit hinein. Molotov nahm er zunehmend als Bedrohung seiner Machtfülle wahr und Žemčužina machte er verantwortlich für den Tod Nadežda Aliluevas, seiner zweiten Ehefrau, die 1932 Selbstmord begangen hatte.<sup>75</sup>

Im Januar 1949 wurde die Kampagne nun offiziell mit einem Angriff gegen „eine anti-patriotische Gruppe von Theaterkritikern“ eröffnet.<sup>76</sup> Es folgte die Beseitigung von Juden aus den Kultur- und Kunstbereichen. Die Kampagne trug von Anfang an deutlich antisemitische Züge und richtete sich gegen „Kosmopoliten“, denen vorgeworfen wurde, westliche Agenten zu sein. Jüdische Einrichtungen wurden geschlossen und Veröffentlichungen in jiddischer Sprache verboten. Stalin selbst äußerte sich zunehmend antizionistisch, aber auch antisemitisch, und viele der Verhafteten waren Juden. Juden wurden quasi zu einem „kollektiven Feind“ in der Nachkriegszeit.<sup>77</sup>

Bisher konnten die genauen Gründe dafür nicht eruiert werden, doch ab 1949 wurde das Vorgehen im Rahmen der antizionistischen Kampagne abgeschwächt und erst zwei Jahre später wieder intensiviert fortgesetzt. Stalins Aufmerksamkeit dürfte von den außenpolitischen Vorgängen abgelenkt worden sein. Immerhin zeigte sich im Frühjahr 1949, dass die Blockade Berlins, die Stalin im Juni 1948 veranlasst hatte, angesichts der andauernden westlichen Hilfe über die Luftbrücke gescheitert war. Gleichzeitig zeigte sich in Berlin wie auch durch die Unterzeichnung des NATO-Vertrages im April 1949, dass Stalins Intention, den Westen über die Palästinafrage zu spalten, nicht verwirklicht werden konnte. Im Gegenteil, es hatte sich eine gesteigerte militärische Kooperation des Westens entwickelt, die für die UdSSR eine offensichtliche Bedrohung sein musste. Hinzu kam aber für Stalin ein wohl noch größerer Schock aus dem sozialistischen Lager selbst. Tito stellte offen die sowjetische Vorherrschaft in Frage und opponierte gegen Stalins Einmischung in Jugoslawien. Stalin betrachtete dieses „Abweichlertum“, den „Titoismus“, als größte Gefahr für seine Macht.

Es könnte aber noch ein anderer Grund gewesen sein, der Stalin plötzlich wieder einen Nutzen der jüdischen Intelligenz erkennen ließ. Ėrenburg, der auch Mitglied des EAK gewesen war, schildert in seinen Memoiren, wie er bis März 1949 – isoliert, seine Arbeiten ungedruckt – auf die Verhaftung wartete. Stattdessen aber sollte er im Auftrag des Kreml mit acht weiteren sowjetischen Künstlern zu dem im April stattfindenden Friedenskongress in Paris fliegen. Dies war der erste internationale Kongress nach dem Krieg, und es versammelten sich Linksintellektuelle aus der ganzen Welt. Ėrenburg trat bei einer großen Pressekonferenz und diversen Lesungen vor die Öffentlichkeit und erzielte starke Resonanz. Zudem wurde er in das ständige Komitee des Kongresses ge-

<sup>74</sup> Zu den Vorwürfen gegen die Molotows vgl. die Darstellung bei Montefiori, Stalin. Am Hof des Roten Zaren, S. 624, 667–673. Siehe auch Vaksberg, Stalin Against the Jews, S. 187–192.

<sup>75</sup> Stalins zweite Frau Nadja hatte 1932 Selbstmord begangen. Žemčužina war als ihre Freundin die Letzte gewesen, die sie am Abend noch gesehen hatte. Stalin verdächtigte sie, Nadja durch hetzerische Gespräche die Idee eingegeben zu haben. Auch einige Angehörige aus der Familie seiner Frau fielen den Verdächtigungen zum Opfer.

<sup>76</sup> Andrej A. Ždanov, „Über eine anti-patriotische Gruppe der Theaterkritiker“, in: Pravda, Leitartikel, vom 28. 1. 1949.

<sup>77</sup> Zu Darstellungen der antikosmopolitischen Kampagne siehe z. B. Kostyrčenko, Stalin protiv „kosmopolitov“; Grüner, Patrioten und Kosmopoliten; Luks, Die „antikosmopolitische Kampagne“ in der spätstalinistischen Sowjetunion, S. 215–237; Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern, S. 98–206; Gilboa, The Black Years of Soviet Jewry 1939–1953.

wählt.<sup>78</sup> Die Friedensbewegung stand erst in ihren Anfängen, war aber hinsichtlich Propaganda, personeller Präsenz und Finanzierung entscheidend vom Kreml beeinflusst.

Der Terror Stalins, der eine immer stärkere antisemitische Färbung annahm, erreichte erst 1952 einen erneuten Höhepunkt. Zu den bekanntesten Maßnahmen unter einer Reihe von Prozessen in Osteuropa gehörte die Anklage und Verurteilung von ranghohen Partei- und Staatsfunktionären in der Tschechoslowakei.<sup>79</sup> Sie hätten, vom Zionismus rekrutiert, für den Westen spioniert, lautete der Vorwurf. Die dahinterstehende Argumentation aber war angesichts der zu diesem Zeitpunkt verschlechterten sowjetischen Beziehungen zu Israel besonders interessant: Ben Gurion habe in einem Geheimabkommen mit dem US-amerikanischen Präsidenten Truman als Gegenleistung für eine amerikanische Unterstützung der Bildung eines jüdischen Staates versprochen, dass zionistische Organisationen in den sozialistischen Ländern mit Spionage und Sabotageakten tätig werden würden. In eben diesem Rahmen sollten viele Juden als Agenten involviert sein und für Auslandsdienste arbeiten.<sup>80</sup>

Zu den Verurteilten gehörte der Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, Rudolf Slánský, der auf Anweisungen Moskaus in den Jahren seit 1948 selbst Hunderte von Verhaftungen veranlasst hatte, um einen jener großen Schauprozesse zu gestalten, die Stalin zur Abschreckung inszenierte. Waren die sowjetisch-jugoslawischen Differenzen infolge der Opposition Titos gegen Einmischungen des Kreml in interne Angelegenheiten der ursprüngliche Auslöser für die Verhaftungswelle gewesen, so wandelte sich der Charakter der Verfolgungen mit der Zeit. Seit Juni 1951 wurde in Prag auf die Gefahr des jüdisch-bürgerlichen Nationalismus hingewiesen, womit die Kampagne einen offen antizionistischen Anstrich bekam. Tatsächlich war im tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienst 1951 auch eine eigene Untersektion „Zionismus“ in der Abteilung „Feind in der Partei“ gebildet worden.<sup>81</sup> Im Februar 1951 hatte das ZK der KSČ mit Slánský und Klement Gottwald die Verhaftungen eingestellt, in der Hoffnung, Moskaus Forderungen zu erfüllen, das ZK aber zu verschonen.<sup>82</sup> Doch Moskau selbst lenkte die Inszenierung. Neben Slánský wurde auch Bedřich Geminder, der Leiter der Außenpolitischen Abteilung des ZK der KSČ, verhaftet. Fast alle Angeklagten waren Juden und im Prozess im November 1952 wurden elf Todesurteile und drei lebenslange Haftstrafen verhängt. Der Fokus der Anklage wurde schnell deutlich: Sie richtete sich in der Hauptsache gegen eine angeblich mit Israel in Verbindung stehende zionistische Verschwörung. Der tschechoslowakische Historiker Karel Kaplan stellte hierzu fest:

„In der Anklage wie auch während des Prozesses wurde die Unterstützung Israels in den Jahren 1947-1949 als Straftat qualifiziert, was sich im Urteil noch dazu als einer der Hauptverurteilungsgründe niederschlug.“<sup>83</sup>

<sup>78</sup> Zur Darstellung vgl. Ěrenburg, *Ljudi, gody, žizn'*, Bd. 3, S. 102-115. Die anderen sowjetischen Teilnehmer waren die Künstler A. A. Fadeev, V. L. Vasilevskaia, A. E. Kornejčuk, A. T. Mares'ev, M. Tursunzade, V. P. Volgin, P. N. Fedoseev und L. T. Kosmodemjanskaja.

<sup>79</sup> Zum „Slánský“-Prozess in der Tschechoslowakei vgl. vor allem die Forschungen von Kaplan, *Der politische Prozess gegen R. Slánský und Genossen*, S. 169-187; ders., *Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954*, S. 186-206.

<sup>80</sup> Conquest, *Stalin*, S. 389.

<sup>81</sup> Kaplan erläutert in seiner fundierten Studie zum Slánský-Prozess, dass, nach zunehmend antisemitischen Äußerungen von Moskau seit Herbst 1949, ab Januar 1951 die konkrete Aufforderung kam, den Feind im internationalen Zionismus zu sehen. Vgl. Kaplan, *Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954*, S. 200; ders., *Der politische Prozess gegen R. Slánský und Genossen*, S. 177.

<sup>82</sup> Ders., *Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954*, S. 196f.

<sup>83</sup> Ders., *Der politische Prozess gegen R. Slánský und Genossen*, S. 185.

Auch der antisemitische Charakter war klar erkennbar und wurde von entsprechender Propaganda betont.<sup>84</sup> Während dieser Prozess offen als Schauprozess geführt wurde, waren vier Monate zuvor die dreizehn ehemaligen Mitglieder des EAK in Moskau in einem ähnlichen, aber geheimen Prozess zum Tode verurteilt worden. Naheliegender ist, dass Stalin die internationale Reaktion befürchtete, da das EAK durch seine Aktivitäten als Organisation im Ausland sehr bekannt war und viele hochrangige Auslandskontakte hatte.<sup>85</sup> Unter den Angeklagten befand sich auch Icik Fefer, der zusammen mit Michoëls 1943 in den USA gewesen war. Angesichts der Vernichtung der europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg musste Stalin mit einer besonderen Sensibilität und Reaktionsbereitschaft im Westen rechnen.<sup>86</sup> Prag eignete sich dagegen besonders für einen wirkungsvollen Schauprozess mit antizionistischem Charakter. Aufgrund der verstärkten Westanbindung Israels und der Tatsache, dass Moskau keinerlei Einfluss auf die israelische Politik ausüben konnte, war es umso wichtiger, die Beziehungen zu den arabischen Staaten zu verbessern. Gerade der bis 1948 verfolgte projüdische Kurs der tschechoslowakischen Regierung unter Edvard Beneš und dem Außenminister Jan Masaryk, welcher sich in diplomatischer Unterstützung und tschechoslowakischer Militärhilfe für Israel geäußert hatte, prädestinierte Prag zu einem besonders spektakulären Hinweis auf einen Politikwechsel.<sup>87</sup> Gleichzeitig beschränkte sich die Affäre auf die politischen Kreise in der Tschechoslowakei, während sich die Anklage gegen das EAK gegen eine offiziell als gesellschaftliche Einrichtung mit kulturellem Vertretungsanspruch für die sowjetischen Juden deklarierte Organisation richtete.

Der Prager Prozess zog weitere Kreise. Auch in der Sowjetunion selbst nutzte Stalin die Affäre Ende 1952 für eine Fortführung seines Rachefeldzuges gegen die „zionistische Verschwörung“. Er fingierte ein klar antisemitisches Komplott, das an die Vorbereitungen von 1948 anknüpfte.<sup>88</sup> Einer Gruppe von anerkannten zumeist jüdischen Ärzten in der Sowjetunion – darunter viele Ärzte des Kreml, wie V. N. Vinogradov und M. Vovsi – wurde vorgeworfen, dass sie versucht hätten, hochrangige Militärs und Politiker zu töten.<sup>89</sup> Die Attentate konnten angeblich bis in das Jahr 1945 zurückverfolgt werden.<sup>90</sup> Stalin sah zwei Kate-

<sup>84</sup> Ebenda, S. 204. Siehe auch: Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern, S. 165ff.

<sup>85</sup> Eine andere Vermutung vertritt Leonid Luks: Der Prozess sei nicht öffentlich abgehalten worden, da die Mitglieder des EAK zu unbekannt gewesen seien und der Prozess somit in Bezug auf die erhoffte innenpolitische Wirkung nicht spektakulär genug gewesen wäre. Im Vergleich dazu hätte eine „Verschwörung jüdischer Ärzte“ ganz anders dem gewünschten Bild einer jüdischen Gefahr entsprochen, da es in der UdSSR zu dieser Zeit ca. 35 000 jüdische Ärzte gab. Vgl. Luks, Zum Stalinschen Antisemitismus, S. 42.

<sup>86</sup> Die Befürchtung negativer Auswirkungen für die UdSSR, wenn die Juden als Kollektivschuldige dargestellt würden, brachte auch Ęrenburg als Argument gegen den Brief der jüdischen Intelligenz vor. Der damals nicht veröffentlichte Brief sollte eine zionistische Verschwörung bestätigen und gleichzeitig zum Kampf dagegen aufrufen. Siehe: I. G. Ęrenburg – I. V. Stalinu, 3. 2. 1953, S. 142.

<sup>87</sup> Vgl. S. 100–103 und 105 der vorliegenden Arbeit. Außerdem: Kaplan, Der politische Prozess gegen R. Slánský und Genossen, S. 170.

<sup>88</sup> Allerdings war, wie Louis Rapoport feststellt, der antisemitische Charakter im Ausland nicht offen ersichtlich. So wurden derartige Vermutungen eher zurückgewiesen und andere Machtrivalitäten gesucht. Vgl. Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern, S. 193f.

<sup>89</sup> Detaillierter zur so genannten Ärzte-Verschwörung siehe Kostyrčenko, Der Fall der Ärzte, S. 89–116; Brent/Naumov, Stalin's Last Crime; Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern, S. 170–222. Außerdem die Dokumente in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 430–491.

<sup>90</sup> Zu frühen Opfern hätten angeblich schon A. C. Ščerbakov, der 1945 starb, und der 1948 verstorbene A. A. Źdanov gehört. Vgl. hierzu die Berichte über Ja. G. Ętinger, S. Je. Karpaj und V. N. Vinogradov von 1952, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 451, 454, 456–460, 462.

gorien von Verschwörern: Einige sollten „Langzeit-Agenten des englischen Geheimdienstes“ sein, die meisten aber seien „von einer Filiale des amerikanischen Geheimdienstes – der internationalen jüdischen bourgeoise-nationalistischen Organisation ‚Joint‘ angeworben worden“.<sup>91</sup> „Joint“ war die Kurzbezeichnung für das American Jewish Joint Distribution Committee, das im Krieg nach dem Besuch der EAK-Repräsentanten Michoëls und Fefers in den USA Hilfslieferungen an die sowjetische Bevölkerung geliefert hatte. Gerade der Rückbezug auf diese Organisation zeigte, dass von den früheren Kontakten mit jüdischen Organisationen Abstand genommen werden sollte. Durch direkte Verbindungen einiger der angeklagten Ärzte zum EAK war außerdem der Kontext zwischen beiden Affären klar gegeben. Der verdächtige Krenltherapeut, Miron S. Vovsi, war ein Verwandter von Michoëls und Jakob G. Etinger, hatte über Jahre im Kontakt mit dem EAK gestanden und war von Fefer bereits im April 1949 in der erzwungenen Zeugenaussage belastet worden.<sup>92</sup> Auch in der Bekanntmachung wurden als Kontaktpersonen der beschuldigten Ärzte der ermordete Michoëls und der zum Tode verurteilte und hingerichtete Arzt Boris A. Šimeliovíč, Präsidiumsmitglied des EAK, genannt, so dass nun auch öffentlich Hinweise auf ein negatives Image des EAK gegeben wurden.

„Wie das Geständnis des Verhafteten Vovsi gezeigt hat, erhielt er seine Direktiven über die Vernichtung der führenden Kader der UdSSR aus den USA. Diese Direktiven haben ihm im Namen der Spionage-Terror-Organisation ‚Joint‘ der Arzt Šimeliovíč und der bekannte jüdisch-bourgeoise Nationalist Michoëls überbracht.“<sup>93</sup>

Ein weiteres Zeugnis für den direkten Bezug auf die EAK-Aktivitäten und die Gründung Israels war die im Februar 1953 erfolgte Verhaftung von Ivan Majskij, der zwar seit 1947 nur noch wissenschaftlich tätig war, aber wegen seiner früheren diplomatischen Kontakte zu zionistischen Organisationen und durch die erzwungenen Aussagen der EAK-Mitarbeiter kompromittiert worden war.<sup>94</sup> Majskij war als Stellvertreter Molotovs in hohem Maß an den Nachkriegsplanungen beteiligt gewesen und hatte sich hier insbesondere mit der Palästinafrage auseinandergesetzt. Und Majskij war auch, wie die beiden anderen stellvertretenden Volkskommissare für Auswärtiges im Zeitraum 1943–1946, Solomon Lozovskij und Maksim Litvinov, jüdischer Herkunft, was bei Stalin angesichts zunehmender Paranoia Verdacht hervorrief. Dass zeitgleich außerdem mehrere ehemalige Mitarbeiter Majskijs in der Londoner Botschaft, der wichtigsten Kontaktstelle im Krieg, verhaftet wurden, zeugte weiter von dem thematischen Zusammenhang mit der sowjetischen Palästinapolitik.<sup>95</sup> Die vormals staatlich organisierten Aktivitäten des EAK wurden im Nachhinein kriminalisiert und ähnlich wie in Prag wurde der Zionismus zur neuen Gefahr erklärt.

Die antizionistische Kampagne wurde seit 1949 von einer starken Zunahme offen antisemitischer Äußerungen begleitet. So hieß es in einem Brief an das Politbüro vom Frühjahr 1949:

„St. Petersburg – Petrograd – Leningrad – ist seit jeher eine russische Stadt und wurde sogar auf den Knochen nur russischer Arbeiter aufgebaut. Ihre Bevölkerung ist immer hauptsächlich russisch gewesen. Alle Bereiche der Stadtwirtschaft wurden immer von Russen verwaltet. Heutzutage ist in einigen Bereichen der Stadtwirtschaft für Russen eine unerträgliche Lage geschaffen worden. Der Handel, die örtliche Industrie, verschiedene Institute, die Wissenschaft, das Gesundheitswesen

<sup>91</sup> Podlye špiony i ubijcy pod maskoj professorov-vračej, in: Pravda, 13. 1. 1953, S. 1.

<sup>92</sup> Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden, S. 229.

<sup>93</sup> Podlye špiony i ubijcy pod maskoj professorov-vračej, in: Pravda, 13. 1. 1953, S. 1.

<sup>94</sup> Sudoplatow/Sudoplatow, Der Handlanger der Macht, S. 394ff.

<sup>95</sup> Nekrič, Otrešis' ot stracha: vospominanija istorika, S. 131f.

und anderes wurden langsam aber sicher von Juden in die Hände genommen. Und für die Russen ist im System des Gesundheitswesens schon eine vollkommen unerträgliche Situation entstanden, alle Russen werden hier entschieden rausgedrängt.<sup>96</sup>

Auch in Prag wurde seit Herbst 1949 festgestellt, dass in den Moskauer Behörden Antisemitismus offen zum Ausdruck gebracht wurde.<sup>97</sup> Der stark antisemitische Charakter der Kampagne findet sich auch in den Tagebuchnotizen von V. A. Malyšev bestätigt, welcher folgende Aussage Stalins von der Präsidiumssitzung des ZK der KPdSU (b) am 1. Dezember 1952 zitiert:

„Je mehr Erfolg wir haben, desto mehr Feinde werden versuchen uns zu schaden. [...] Jeder Jude ist ein Nationalist, das heißt ein Agent der amerikanischen Geheimdienste. Jüdische Nationalisten sind der Meinung, dass ihre Nation von den USA gerettet wurde [...]. Sie sehen sich den Amerikanern verpflichtet.

Unter den Ärzten sind viele jüdische Nationalisten.“<sup>98</sup>

Die Kampagne war ein deutlicher Ausdruck der Rückwirkung der Außenpolitik auf die sowjetische Innenpolitik. Stalin meinte in seiner wachsenden Paranoia zu entdecken, dass der Einfluss, den er sich von der Unterstützung des zionistischen Projektes auf die Juden in den USA erhofft hatte, eine Gefahr für die sowjetische Integration sein konnte. Die prozionistische Haltung der amerikanischen Juden war nicht singulär, sondern betraf ebenso die sowjetischen Juden, die die Gründung eines jüdischen Staates mit Begeisterung aufnahmen.

Die an das EAK geschickten Briefe sowjetischer Juden zeugten von dieser Tatsache. Unterschiedlich formuliert, wurde wiederholt folgende Aussage transportiert: „Derzeit geschieht eine beispiellose Veränderung in unserem Leben: Unsere Bezeichnung als Jude wurde zu einem solchen Level erhoben, dass wir gleichwertig mit anderen Völkern wurden.“<sup>99</sup>

Für Stalin aber galt der Primat der Innenpolitik.<sup>100</sup> Auch die Hinweise in den Anklagen zeigen deutlich den ständigen Bezug auf Israel und die verallgemeinernde Darstellung der Juden als kollektiven Feind. So wurde Israel in einem Brief, der als jüdisches Bekenntnis zum Sozialismus und zur Sowjetunion vom Kreml geplant wurde, als bourgeoiser, ausbeuterischer Staat dargestellt, der nicht das jüdische Volk repräsentiere, da dies hauptsächlich aus Arbeitern bestehe, sondern nur jüdische Millionäre, die mit den US-amerikanischen Monopolisten verbunden seien. Überhaupt habe sich der Staat Israel „zum Platzdarm amerikanischer Aggression gegen die Sowjetunion und alle friedliebenden Völker“ entwickelt.<sup>101</sup> Der Appell endete mit einem Aufruf, der offen die außenpolitische Ausrichtung zeigte: Er propagierte den Kampf gegen „das jüdische Kapital, die israelische Führung und den internationalen Zionismus“.<sup>102</sup>

Angesichts der zunehmenden Beeinflussung von Außen- und Innenpolitik nutzte Stalin Anfang Februar 1953 eine Bombenexplosion auf dem Grundstück der sowjetischen Botschaft in Tel Aviv, um die diplomatischen Beziehungen zu Israel ganz abzubrechen. Die

<sup>96</sup> Brief L. Makarows an das Politbüro des CK der VKP (b) (der Brief wurde zur Initiierung antijüdischer Säuberungen genutzt), April – Mai 1949, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 432.

<sup>97</sup> Kaplan, Der politische Prozess gegen R. Slánský und Genossen, S. 185.

<sup>98</sup> Malyšev, Dnevnik narkoma, S. 140f.

<sup>99</sup> Brief Aron Perl'muters aus Stavropol an das EAK, 23. 5. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 309.

<sup>100</sup> Z. B. Meissner, Triebkräfte und Faktoren, S. 16.

<sup>101</sup> Pis'mo v redakciju „Pravdy“, S. 144.

<sup>102</sup> Ebenda, S. 145.

Verhaftungswelle in der Sowjetunion wurde bis zum Frühjahr 1953, bis zum Tode Stalins, fortgesetzt. Eine weitere Entwicklung des Terrors gegen Juden, wie sie Hinweisen zufolge von Stalin geplant worden sein könnte, wurde durch seinen Tod verhindert.<sup>103</sup>

## 2. „Antiimperialismus“: Kohärenz sowjetischer und ägyptischer Interessen

*„Die Idee einer Allianz und Freundschaft mit den Russen ist dem Herzen der Araber nahe, und besonders den Ägyptern. Die Russen okkupieren unser Land nicht, sie nehmen uns unser Brot nicht weg, sie enthalten uns unsere Freiheit und Unabhängigkeit nicht vor. [...] Man kann sogar sagen, dass dank der Existenz eines starken Russlands für ein Gleichgewicht zwischen Starken und Schwachen gesorgt wurde und dies gewährleistet wird.“<sup>104</sup>*

(Aus der ägyptischen Zeitung „An-Nida“, März 1948)

### 2.1. Die Staatsgründung Israels als Katalysator für die arabischen Staaten

Während sich die sowjetisch-israelischen Beziehungen seit Ende 1948 verschlechterten und auch die politische Ausrichtung Israels den sowjetischen Erwartungen an eine weitere Entwicklung in zweiter Etappe nicht entsprach, ergaben sich im Nahen Osten neue Voraussetzungen, die den sowjetischen Interessen weitaus mehr entgegenkamen.

Im Hinblick auf Moskaus Erwartung, durch die Etablierung eines jüdischen Staates auch einen Katalysator für die revolutionären Befreiungsbewegungen in den arabischen Staaten zu gewinnen, kann festgestellt werden, dass dies auf jeden Fall eine entsprechende Wirkung in den arabischen Ländern hatte. Wie später noch dargestellt wird, beeinflussten die Vorgänge um Palästina, die Teilung und der Krieg mit Israel, entscheidend die Wahrnehmung der arabischen Bevölkerung. War der Nationalismus seit Anfang des Jahrhunderts die prägende Idee in den intellektuellen Kreisen der arabischen Welt, so kam es nun zu einer noch stärkeren Ausprägung der nationalen Identität. Die Konzentration auf die nationale Rückbesinnung bestimmte zunehmend die ägyptische und die syrische Politik und auch die Haltung der arabischen Kommunisten. Arabischer Nationalismus und die arabische Einheit standen nun im Vordergrund. Die Kommunisten wollten wissen, „warum Genosse Gromyko in seiner Erklärung zu dem Schluss gekommen ist, in seiner Rede die jüdischen Bestrebungen und die jüdische Einheit zu unterstreichen und verstärkt her-

<sup>103</sup> Die Forschung diskutiert, ob es Pläne von Stalin gegeben habe, denen zufolge eine breit angelegte Deportation der sowjetischen Juden anvisiert worden war. Hierzu werden meist entsprechende Bauplanungen und ein auf Druck geschriebener Brief der sowjetischen Juden genannt, in dem sie einerseits die Anschuldigungen bestätigen und andererseits zum Kampf gegen diese „bourgeois“ Abweichungen bei Juden aufrufen. Konkrete Beweise liegen aber bis heute nicht vor, und auch in Erinnerungen, wie denen von Il'ja Ėrenburg, sind nur Andeutungen zu finden. Vladimir Naumov und Simon Montefiore wie z. B. auch vorher schon Robert Conquest halten Deportationsplanungen für wahrscheinlich. Gennadij Kostyrčenko oder auch Pavel Sudoplatov dagegen sehen keine Beweise für diese Annahme, sondern eher gegenteilige Anzeichen. Vgl. die folgenden Dokumente: Pis'mo v redakciju „Pravdy“, S. 143–146; I. G. Ėrenburg – I. V. Stalinu, S. 142; Ėrenburg, Ljudi, gody, žizn', Bd. 3, S. 226ff. Vgl. die Diskussion in: Luks, Zum Stalinschen Antisemitismus, S. 45–48. Siehe außerdem: Kostyrčenko, Der Fall der Ärzte, S. 111–115; Naumov, Die Vernichtung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, S. 130–141; Montefiore, Stalin. Am Hof des Roten Zaren, S. 723; Conquest, Stalin, S. 390; Sudoplatow/Sudoplatow, Der Handlanger der Macht, S. 354; Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern, S. 206ff.

<sup>104</sup> So „An-Nida“, 26. 3. 1948, zitiert bei Vatolina, Sovremennyj Egiptet, S. 238.

vorzuheben, aber gleichzeitig vollkommen die arabischen Bestrebungen, die Einheit der Araber und die Beziehungen zwischen den arabischen Völkern des Nahen Ostens und in Palästina zu ignorieren“.<sup>105</sup> Die syrischen und libanesischen Kommunisten erklärten im Oktober 1947 zum Beispiel, dass sie „wie auch alle arabischen Nationalisten“ den Plan zur Teilung Palästinas ablehnen würden.<sup>106</sup>

Nichtsdestoweniger fielen gerade sie dem neuen Nationalismus zum Opfer: Im Dezember wurde die syrische Kommunistische Partei verboten und im Januar 1948 folgte die Auflösung der libanesischen. Riād as-Sulh, der neue libanesischer Ministerpräsident, rechtfertigte das Verbot der bis dahin legalen Kommunistischen Partei mit dem Argument: „Libanon, welcher [...] sich bisher in seiner Innen- und Außenpolitik in Einigem von den anderen arabischen Staaten unterschied, kann diese Unterschiede jetzt schon nicht mehr beibehalten und muss seine Politik mit der Politik der anderen arabischen Staaten koordinieren und in Einklang bringen.“<sup>107</sup> Auch die Kommunisten in Ägypten und anderen arabischen Ländern wurden verfolgt und viele der ausländischen Kommunisten wurden oft trotz ägyptischen Passes ausgewiesen.

Die Staatsgründung Israels wurde in der arabischen Welt als Schaffung eines Vorpostens des Imperialismus verstanden. Ägyptische Kommunisten gründeten aus Opposition zu den von Ausländern dominierten Gruppen, wie der von Henry Curriel geleiteten „Demokratischen Bewegung für Nationale Befreiung (Hadetu)“<sup>108</sup>, die Kommunistische Partei Ägyptens, in der für Juden eine Mitgliedschaft nicht mehr möglich war. In einer ungewöhnlich scharfen Kritik der arabischen Kommunisten an der Rede Gromykos hieß es:

„Genosse Gromyko stärkte in seinen Erklärungen die zionistische Ideologie und den zionistischen Druck auf die jüdischen Massen. So eine Stärkung hilft dem Imperialismus, die Nutzung der jüdischen Massen als Instrument in ihrem Kampf gegen die Befreiungsbewegungen im arabischen Osten fortzusetzen.“<sup>109</sup>

Und weiter wurde die Bedeutung der Palästinafrage für die Region betont, da „das ganze arabische Volk“ Palästina eine enorme Bedeutung beimesse.<sup>110</sup> Die Niederlage der arabischen Staaten im Kampf gegen Israel trug einmal mehr dazu bei, dass die arabische Kultur immer stärker als Einheit verstanden wurde.<sup>111</sup>

Was sich aber von entscheidender Relevanz für die Sowjetunion zeigte, war die ebenfalls damit einhergehende Verstärkung der Unabhängigkeitsbestrebungen in Ägypten und in

<sup>105</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 388, l. 9, Mai 1947, einige Anmerkungen über die Rede des Genossen Gromyko zur Palästinafrage, gehalten auf der UNO-Generalversammlung am 14. 5. 1947.

<sup>106</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, l. 32, Oktober 1947, Bericht des Londoner TASS-Korrespondenten über die Deklaration der syrischen und libanesischen KP.

<sup>107</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 8, l. 11, 13. 1. 1948, Notizen des Gesprächs des Gesandten der UdSSR in Libanon, T. Solod, mit E. F. Ibrahim, über das Verbot der Kommunisten in Libanon und die Haltung des libanesischen Premierministers Riād as-Sulh.

<sup>108</sup> HADETU ging 1947 aus der 1943 gegründeten ägyptischen Bewegung für Nationale Befreiung (HAMETU) hervor. Beide Gruppen hatte Henry Curriel (1914–1978), ein in Ägypten ansässiger italienischer Jude, gegründet. Zwei weitere kommunistische Organisationen, die während des Krieges ebenso von Juden gegründet worden waren, „Volksbefreiung“ von Marcel Israel und „Iskra“ von Hillel Schwartz, hatten sich 1947 mit HAMETU zur HADETU zusammengeschlossen. Curriel musste 1950 ausreisen und lebte in der Folge in Paris, wo er 1978 einem politischen Attentat zum Opfer fiel.

<sup>109</sup> RGASPI, f. 17, op. 128, d. 388, l. 7, Mai 1947, einige Anmerkungen über die Rede des Genossen Gromyko zur Palästinafrage, gehalten auf der UNO-Generalversammlung am 14. 5. 1947.

<sup>110</sup> Ebenda, l. 10.

<sup>111</sup> Seale, *The Struggle for Syria*, S. 193.

anderen arabischen Staaten. Zunehmend konsequent wurde die Realisierung der arabischen Interessen verfolgt, so dass es zu einer radikalen Zuspitzung des Konflikts zwischen den Westmächten, insbesondere Großbritannien, und Ägypten oder auch Syrien kam.

## 2.2. Instrumentalisierung der Sowjetunion in Ägypten und Syrien

Für Ägypten hatten die vollständige Unabhängigkeit und als Voraussetzung dafür der Abzug der englischen Truppen sowie die wirtschaftliche und militärische Stärkung des Landes erste Priorität. Zur Durchsetzung dieser politischen Ziele versuchte die ägyptische Regierung, zunehmend die Sowjetunion zu instrumentalisieren, und zwar in zweierlei Hinsicht: Als Druckmittel gegen den Westen sowie als Quelle zur Befriedigung notwendiger wirtschaftlicher und militärischer Bedürfnisse.

Zunächst richtete sich die scharfe Kritik der arabischen Staaten gegen alle Befürworter der Teilung, darunter vor allem die beiden Großmächte, die USA und die UdSSR. So wenig selbst das kommunistische Lager die sowjetische Haltung in der Palästina-Frage vorausgesehen bzw. richtig eingeschätzt hatte, umso weniger noch traf diese öffentliche Stellungnahme auf Verständnis in den arabischen Ländern. Während die Juden in Palästina die Entscheidung mit Jubel begrüßten, kam es von Seiten der arabischen Bevölkerung in den verschiedenen Ländern zu heftigen Protesten. In Damaskus waren am 30. November 1947 gewalttätige Ausschreitungen die Folge. Angegriffen wurde neben der US-amerikanischen und der französischen Gesandtschaft vor allem auch die „Syrische Gesellschaft für kulturelle Beziehungen zur UdSSR“ mitsamt einer der Sowjetunion gewidmeten Ausstellung.<sup>112</sup>

In den nächsten Wochen erreichten zudem zahlreiche Protestschreiben Moskau und viele arabische Diplomaten versuchten in Gesprächen, eine Antwort auf die Frage zu bekommen, warum Moskau sich gegen die arabischen Interessen wandte und ob sich die Sowjetunion nicht der unweigerlich daraus resultierenden feindlichen Haltung der arabischen Staaten bewusst war.<sup>113</sup> Besonders aktiv war der ägyptische Gesandte in Moskau, Kāmil al-Bindārī, der sowohl in Moskau selbst als auch über Kontakte in Osteuropa versuchte, auf die sowjetische Haltung einzuwirken. Die Position der Sowjetunion in der Palästinafrage, stellte al-Bindārī fest, „ermöglichte auf der einen Seite ein Anwachsen anti-sowjetischer Stimmungen in Ägypten und gebe auf der anderen Seite einen Vorwand für die Unterdrückung der progressiven Kräfte in den arabischen Staaten“.<sup>114</sup>

<sup>112</sup> Aufzeichnungen des Gesprächs des sowjetischen Gesandten in Libanon und Syrien, D. S. Solod, mit dem Premierminister und Außenminister Syriens, Ġ. Mardam, 5./7.1.1948, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 22.

<sup>113</sup> Siehe z.B. RGASPI, f. 17, op. 128, d. 388, l. 7, Mai 1947, einige Anmerkungen über die Rede des Genossen Gromyko zur Palästinafrage, gehalten auf der UNO-Generalversammlung am 14.5.1947; Notizen des Gesprächs des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, A. Ja. Vyšin'skij, mit dem Gesandten des Libanon in der UdSSR, Ch. Taki ad-Dīn, 13.4.1948, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 34; Aufzeichnungen des Gesprächs des sowjetischen stellvertretenden Außenministers, F. T. Gusev, mit dem Gesandten Ägyptens in der UdSSR, Kāmil al-Bindārī, 13.12.1947, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 13; Memorandum des MID an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, V. A. Zorin, 5.1.1948, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 21.

<sup>114</sup> Aufzeichnungen des Gesprächs des sowjetischen stellvertretenden Außenministers, F. T. Gusev, mit dem Gesandten Ägyptens in der UdSSR, Kāmil al-Bindārī, 13.12.1947, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 13; Memorandum des MID an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, V. A. Zorin, 5.1.1948, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 21.

Faktisch aber geriet die sowjetische Stellungnahme schnell in den Hintergrund. Im Gegenteil, die arabischen Staaten machten vor allem die USA verantwortlich für die Teilung. Die US-amerikanische Zustimmung zur Teilung bedeutete für die Araber einen direkten Vertrauensbruch. Washington hatte – parallel zu zahlreichen Versprechen hinsichtlich einer jüdischen Heimstätte in Palästina – den arabischen Herrschern vor allem in den Jahren 1944 und 1945 diverse Zusicherungen gegeben, keine Veränderungen im Nahen Osten gegen die Interessen der Araber zu unterstützen.<sup>115</sup> Noch im April 1945 hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt in einem Brief an den saudi-arabischen König Faisal as-Saūd seine Versicherung wiederholt, keine Entscheidung gegen den Willen der Araber zu treffen: „Ich habe Ihnen versichert, dass ich in meiner Kapazität als Leiter der Exekutive dieser Regierung keine Handlung vornehmen werde, die sich als feindlich gegenüber dem arabischen Volk erweisen könnte.“<sup>116</sup>

Dagegen wurde in den arabischen Staaten bald die Möglichkeit erkannt, die Sowjetunion als Gegengewicht nun auch für die arabischen Interessen zu nutzen. In diesem Sinne schrieb die ägyptische Zeitung „An-Nīda“ im März 1948:

„Sollen sie uns Angst machen vor der russischen Gefahr, sollen sie die ganze Welt mit ihren Schreien darüber füllen, dass der Krieg schon an die Tür klopft. Das nützt ihnen überhaupt nichts. Die Idee einer Allianz und Freundschaft mit den Russen ist dem Herzen der Araber nahe, und besonders den Ägyptern. Die Russen okkupieren unser Land nicht, sie nehmen uns unser Brot nicht weg, sie enthalten uns nicht unsere Freiheit und Unabhängigkeit vor. Die Russen haben sich nie in Afrika niedergelassen, um Ägypten und andere Länder einzunehmen. Man kann sogar sagen, dass dank der Existenz eines starken Russlands für ein Gleichgewicht zwischen Starken und Schwachen gesorgt wurde und dies gewährleistet wird.“<sup>117</sup>

Ebenso betonte der syrische Premier- und Außenminister Ġamīl Mardam im Januar 1948 gegenüber dem sowjetischen Gesandten, dass Syrien nach wie vor an engen freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR gelegen sei,<sup>118</sup> und im Dezember erfolgte über den syrischen Gesandten in Moskau ein breit angelegtes Kooperationsgesuch der syrischen Regierung.<sup>119</sup> Ägypten hatte sogar gleich im März 1948 ein Handelsabkommen über den Austausch von ägyptischer Baumwolle gegen Getreide und Baumaterialien etc. mit der UdSSR unterzeichnet.<sup>120</sup> Kāmīl al-Bīndārī, der ägyptische Gesandte, war im Juli 1948 außerdem mit weiteren umfangreichen Vorschlägen zur wirtschaftlichen Kooperation an A. Ja. Vyšin'skij herantreten. Sie beinhalteten den Bezug von Ölprodukten, den Abschluss eines weitreichenden Wirtschaftsabkommens sowie auch die Bereitstellung von Waffen und

---

<sup>115</sup> Einen guten Einblick in diese Doppeldiplomatie gibt Bartley Crum, amerikanischer Rechtsanwalt und Mitglied der damaligen anglo-amerikanischen Untersuchungskommission, in seinen Memoiren: Crum, *Behind the Silken Curtain*, S. 37ff.

<sup>116</sup> *The United States Attitude toward the Palestine Problem: Letter from President Roosevelt to the King of Saudi Arabia*, 5. 4. 1945, in: Magnus (Hg.), *Documents on the Middle East*, S. 144.

<sup>117</sup> So „An-Nīda“, 26. 3. 1948, zitiert bei Vatolina, *Sovremennyj Egipt*, S. 238.

<sup>118</sup> Aufzeichnungen des Gesprächs des sowjetischen Gesandten in Libanon und Syrien, D. S. Solod, mit dem Premierminister und Außenminister Syriens, Ġ. Mardam, 5./7. 1. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 22.

<sup>119</sup> Aufzeichnungen des Gesprächs des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, V. A. Zorin, mit dem Gesandten Syriens in der UdSSR, F. Zejneddin, 29. 12. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 83f.

<sup>120</sup> Erklärung über die Unterzeichnung einer Handelsvereinbarung zwischen der UdSSR und Ägypten, 7. 3. 1948, in: *SSSR i Arabskie Strany*, S. 103.

von Ausrüstung für die neu aufgebauten Waffenfabriken.<sup>121</sup> Inwieweit dies einer offiziellen Anfrage der ägyptischen Regierung entsprach, ist allerdings nicht eindeutig. Al-Bindarī war bekannt für seine prosowjetische Haltung und seine eigenwillige Interpretation seiner Befugnisse. Tatsächlich legte er keine schriftliche Anfrage vor und betonte mehrmals die Vertraulichkeit seiner Sondierung.<sup>122</sup> Nach einer allgemein formulierten Zusage zu Verhandlungen von Seiten Moskaus war die Reaktion al-Bindarīs eher zurückhaltend.<sup>123</sup> Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass zu dieser Zeit die Militärhilfe für Israel nicht bekannt war. Als al-Bindarī im Auftrag seiner Regierung im August 1948 diesbezüglich nachfragte, da sowjetische Bomber in der Tschechoslowakei gesichtet worden waren, reagierte der stellvertretende Außenminister der Sowjetunion, V. A. Zorin, empört darauf, dass Ägypten solchen Gerüchten überhaupt Glauben schenkte.<sup>124</sup> Doch während vermehrt solche Vermutungen kursierten, war Ägypten auch mit der sowjetischen Umsetzung des im Frühjahr unterzeichneten Handelsabkommens unzufrieden. Die Sowjetunion verkaufte die aus Ägypten erworbene Baumwolle im Herbst zu Billigpreisen auf dem Weltmarkt, so dass Ägypten selbst mit einem Preisverfall zu kämpfen hatte.<sup>125</sup>

Im Großen und Ganzen aber richtete sich die wesentliche Kritik gegen den Westen. So schrieb die ägyptische Presse im März 1949 angesichts der hohen Flüchtlingszahlen<sup>126</sup> arabischer Palästinenser, dass „die aggressive Politik der USA der Hauptgrund für die Tragödie ist, von der die arabischen Flüchtlinge heimgesucht wurden“<sup>127</sup>. Und die allgemein vorherrschende Meinung war sehr bald, dass der Zionismus die größte Bedrohung für die arabischen Staaten darstelle und dieser vom Westen gefördert werde. Die Zeitung „Aš-Šarq“ brachte diese Haltung radikal zum Ausdruck: „Wenn der dritte Weltkrieg ausbricht, so wird die Araber nichts hindern, sich mit dem Lager der Opposition gegen die zu vereinen, die jetzt den Zionismus verteidigen.“<sup>128</sup>

Diese provokative Positionierung knüpfte an ein offizielles Pressestatement des syrischen Wirtschaftsministers Maʿrūf ad-Dawālībī an, in welchem er im April 1950 die anglo-amerikanischen Bemühungen als nicht im Interesse der Region verurteilt hatte.<sup>129</sup> Ad-Dawālībī verkündete, dass die Araber einen Pakt mit der Sowjetunion bevorzugen würden, da nur

<sup>121</sup> Aufzeichnungen des Gesprächs des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, A. Ja. Vyšinskij, mit dem Gesandten Ägyptens in der UdSSR, Bindarī Paša, 1. 7. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 44f.

<sup>122</sup> Ebenda.

<sup>123</sup> Ebenda, S. 49.

<sup>124</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, V. A. Zorin, mit dem Gesandten Ägyptens in der UdSSR, Bindarī Paša, 5. 8. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 50f.

<sup>125</sup> Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 100.

<sup>126</sup> Vor und während des arabisch-israelischen Krieges 1948/1949 kam es zur Massenflucht arabischer Palästinenser. Die Zahlen lagen bei ungefähr 800 000 Flüchtlingen, von denen die Hälfte aus den Gebieten floh, die gemäß der Novemberresolution einen arabischen Staat hätten bilden sollen. Vgl. die Daten der UN-Flüchtlingsorganisation für Palästina, UNRWA, die 1950 insgesamt 914 221 Flüchtlinge registrierte, <http://www.un.org/unrwa/refugees/pdf/reg-ref.pdf> (21. 8. 2009).

<sup>127</sup> Der Artikel erschien in der ägyptischen Zeitschrift „Sawt al-Umma“ am 19. 3. 1949. Vgl. Vorbereitung der Rede über die arabischen Flüchtlinge, 31. 8. 1949, in: *SIO*, Bd. 2, S. 60.

<sup>128</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1307, l. 16, 11. 4. 1950, Syriens Wirtschaftsminister protestiert gegen die amerikanische Einmischung in die Angelegenheiten der arabischen Staaten.

<sup>129</sup> Diese Aussage von Maʿrūf ad-Dawālībī sorgte für großes Aufsehen, da er entsprechend am 9. 4. 1950 auf der Sitzung der Arabischen Liga in Kairo den Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion gefordert hatte. Vgl. auch Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 109f.

ein solcher den Arabern Frieden garantiere.<sup>130</sup> Diese Aussagen deckten sich klar mit der Politik des Ministerpräsidenten Khālid al-‘Azm, welcher den Druck der Westmächte ablehnte und eine strikte Neutralität verfolgte.<sup>131</sup> Das Statement rief ein starkes Echo in der arabischen Welt hervor und wurde auch von der Presse unterstützt. „Die Regierung Washingtons redet über die russische Gefahr, um die Araber vergessen zu lassen, dass die Angelsachsen ihnen in der Palästinafrage verräterisch in den Rücken gefallen sind.“<sup>132</sup> In Ägypten traf die Erklärung auch in Regierungskreisen auf positive Resonanz, da sie Ausdruck der weitverbreiteten öffentlichen Meinung sei, wie der ägyptische Außenminister unterstrich.<sup>133</sup> Trotz Kritik an der Erklärung bestätigte dies auch der stellvertretende Außenminister Saudi-Arabiens, Scheich Jussuf Jassīn, in einem vertraulichen Gespräch mit dem US-amerikanischen Botschafter in Dschidda, J. Rives Childs: Die konkrete inhaltliche Relevanz sei nicht so bedeutend, vielmehr stehe der Grund für dieses Statement im Vordergrund, da es Ausdruck der allgemeinen Verärgerung und Enttäuschung sowohl der Bevölkerung als auch der verantwortlichen Führer über die Art und Weise sei, wie die arabischen Staaten behandelt worden sind.<sup>134</sup>

Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten mit den englischen Truppen in der Suezzone und der Ablehnung Englands, Ägypten weiter mit Waffen zu versorgen, spielte daher die im Januar 1950 neugewählte Wafd-Partei mit dem Gedanken, Waffengeschäfte mit der UdSSR anzugehen. Die Kooperation mit dem Westen gestalte sich sehr schwierig, stellte der ägyptische Außenminister Salāh ad-Dīn im Mai 1950 in einem Gespräch mit seinem saudiarabischen Kollegen fest. Sowohl das Bedürfnis nach Waffen als auch die Forderungen nach Truppenevakuierung würden ignoriert. Wenn sich die Kooperation weiterhin als unmöglich erweisen würde, so müssten andere Quellen genutzt werden. Salāh ad-Dīn betonte, dass mit Russland bereits ein guter Handel von Weizen und Baumwolle bestehe: „Ägypten hätte keine Schwierigkeiten, Waffen von Russland zu bekommen oder einen Nichtangriffspakt abzuschließen, der [die] Präsenz britischer Truppen überflüssig machen würde.“<sup>135</sup>

Auch ad-Dawālībī war im Auftrag seiner Regierung konkret in Waffenverhandlungen mit dem sowjetischen Gesandten in Syrien getreten, diese wurden aber durch den Sturz der syrischen Regierung unterbrochen.<sup>136</sup> Im Sommer 1951 wurde dieses Thema vom syrischen Ministerpräsidenten al-‘Azm erneut mit Interesse verfolgt und er schlug eine Weiterführung der Verhandlungen vor.<sup>137</sup>

<sup>130</sup> RGASPI, f.82, op.2, d.1307, l.15, 11.4.1950, Syriens Wirtschaftsminister protestiert gegen die amerikanische Einmischung in die Angelegenheiten der arabischen Staaten.

<sup>131</sup> Ginat, *Syria's and Libanon's Meandering Road*, S.116.

<sup>132</sup> RGASPI, f.82, op.2, d.1307, l.16, 11.4.1950, Syriens Wirtschaftsminister protestiert gegen die amerikanische Einmischung in die Angelegenheiten der arabischen Staaten.

<sup>133</sup> FRUS, 1950, Bd.5, S.909, Bericht des US-amerikanischen Botschafters in Saudi-Arabien, J. R. Childs, an den Außenminister, D. G. Acheson, 21.5.1950.

<sup>134</sup> Ebenda.

<sup>135</sup> Ebenda, S.909. Siehe auch Podeh, *The Drift towards Neutrality*, S.160. Chruščev behauptet in diesem Zusammenhang, dass in dieser Zeit eine entsprechende Anfrage Ägyptens nach Waffen vorgelegen hätte, die von Stalin aber aufgrund der englischen Dominanz im arabischen Raum abgelehnt worden sei. Vgl. Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, S.402.

<sup>136</sup> Ginat schreibt, dass es Gerüchte um einen Nichtangriffspakt Syriens mit der UdSSR gegeben habe, und um ein sowjetisches Angebot über einen Bartervertrag über Waffen. Vgl. Ginat, *Syria's and Libanon's Meandering Road*, S.117.

<sup>137</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des Gesandten der UdSSR in Libanon und in Syrien, V. A. Beljaev, mit dem Premierminister Syriens, Ch. al-Azam, 30.6.1951, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947-1967*, Bd.1, S.142f.

Handelsverträge schlossen sowohl Syrien als auch Ägypten mit der UdSSR seit 1950 mehrfach in Form von Barterverträgen ab. Die Wafd-Regierung hatte sich für den Kauf von Weizen an die Sowjetunion gewandt, nachdem ein solcher Tauschhandel für Ägypten wirtschaftlich günstiger war als die Ankäufe aus den USA gegen Devisen.<sup>138</sup> Abgesehen davon maß die Wafd dem Handel mit der UdSSR angesichts der propagierten Neutralität aber auch eine wesentliche politische Bedeutung bei.

Ein einschneidendes Ereignis mit starker Wirkung in der Region des Nahen Ostens war die Londoner Drei-Mächte-Erklärung der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 25. Mai 1950. Sie erklärten ihre grundsätzliche Bereitschaft, sowohl aus den arabischen Staaten als auch aus Israel Anträge auf Waffenlieferungen zu prüfen. Während dies in Israel als Bestätigung seiner Grenzen und als wichtige Geste der Gleichberechtigung begrüßt wurde,<sup>139</sup> wurde die Erklärung in den arabischen Staaten genau aus denselben Gründen abgelehnt.<sup>140</sup> In diesem Sinne äußerte sich zum Beispiel der libanesisch-gesandte in Ägypten, S. al-Chūri, im Juni 1950 gegenüber dem sowjetischen Gesandten, S. Kozyrev. Diese Deklaration diene den Interessen Israels, so al-Chūri, und daran würde auch das Versprechen der drei Mächte, den arabischen Staaten Waffen zu liefern, nichts ändern. Dabei betonte al-Chūri mehrmals, „dass die arabischen Staaten Waffen in anderen Ländern und sogar in Ländern des anderen Lagers kaufen können“.<sup>141</sup> Bei Kozyrev entstand der eindeutige Eindruck, dass al-Chūri diesbezüglich das Gespräch suchte, doch ließ er sich nicht darauf ein und wechselte das Thema.<sup>142</sup> Dass vor allem Ägypter und Syrer das Gespräch suchten, wurde auch in weiteren Treffen mit arabischen Diplomaten deutlich, in denen die Hoffnung auf enge Beziehungen zur UdSSR in der Zukunft ausgedrückt wurde.<sup>143</sup>

War von arabischer Seite schon mehrfach die Möglichkeit eines Waffenhandels mit der Sowjetunion sondiert worden, gingen mit dem Abbruch der Verhandlungen mit England im Oktober 1951 konkrete Maßnahmen einher, um neue Bezugsquellen für Waffen zu finden. Diese Frage hatte sich infolge des Palästina-Krieges nicht nur zu einer strategischen Notwendigkeit, sondern vor allem zu einem politischen Faktor entwickelt. Die Niederlage hatte sich tief auf das Bewusstsein der Araber ausgewirkt und insbesondere das Militär, eines der wichtigsten Machtzentren in Ägypten, in eine heftige Krise gestürzt. Die Waffen der ägyptischen Armee waren größtenteils veraltet und unbrauchbar gewesen, was unnötige Opfer zur Folge gehabt hatte.<sup>144</sup> Die militärische Aufrüstung wurde daher für jede Regierung zum Prüfstein ihrer Glaubwürdigkeit und letztlich ihrer Existenz.

England jedoch knüpfte den Verkauf von Waffen an Ägypten seit 1949 an bestimmte Bedingungen. Nur im Rahmen von Paktvereinbarungen sollte Ägypten Waffen beziehen

<sup>138</sup> Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 134–138.

<sup>139</sup> Telegramm des sowjetischen Gesandten in Israel, P. I. Eršov, an das MID SSSR, 26.5.1950, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 127.

<sup>140</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Gesandten in Ägypten, S. P. Kozyrev, mit dem Gesandten Libanons in Ägypten, S. Al-Chūri, 5.6.1950, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 128.

<sup>141</sup> Ebenda.

<sup>142</sup> Ebenda.

<sup>143</sup> Z. B. *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 129.

<sup>144</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1194, l. 32, 21.10.1950, geheime Aufzeichnung des Gesprächs des Gesandten in Ägypten, S. Kozyrev, mit dem tschechoslowakischen Chargé d'affaires in Ägypten, Helmut. Hier wird berichtet, dass sich König Fārūq nach Insiderquellen am Geschäft mit obsoleten Waffen bereichert habe.

können. Die englischen Planungen für einen nahöstlichen Verteidigungspakt wurden bereits im Laufe des Jahres 1949 immer konkreter. Wie es in einem vertraulichen Bericht des österreichischen Gesandten in Kairo, Ludwig Blaas, an den österreichischen Außenminister Karl Gruber am 8. Februar 1949 hieß, waren in England Pläne in Arbeit, wonach mittels der Gründung eines anglo-ägyptischen Verteidigungskomitees die Räumung der Kanalzone durch Großbritannien vermieden werden sollte.<sup>145</sup> Die Paktvereinbarungen sollten einem Truppenrückzug vorgreifen, was für Ägypten insbesondere wegen der starken antiwestlichen Öffentlichkeit nicht akzeptabel war.

Im Herbst 1951 erfolgten daher verschiedene Anfragen nach Waffen, darunter im September auch auf inoffiziellm Wege über eine ägyptische Privatfirma, an die Sowjetunion.<sup>146</sup> Der Kreml forderte hierzu jedoch eine offizielle Regierungsanfrage Ägyptens an, was in Kairo als zu großes politisches Risiko angesehen wurde.<sup>147</sup>

Erfolgreich wurden dagegen parallele Verhandlungen Ägyptens mit der Tschechoslowakei abgeschlossen, so dass am 24. Oktober 1951 von beiden Seiten ein Handelsabkommen unterzeichnet wurde, welches Ägypten in einem Zusatz auch Waffenkäufe ermöglichte. Doch schon Ende desselben Jahres nahm Prag plötzlich Abstand von seiner Zusage, Waffen zu liefern. Infolgedessen kam es in den nächsten Monaten zu mehreren Versuchen, über Einzelanfragen ägyptischer Firmen dennoch Waffen aus der Tschechoslowakei zu beziehen, jedoch wurden alle negativ beschieden.<sup>148</sup> Auch in den folgenden Jahren sollte sich die tschechoslowakische Haltung diesbezüglich nicht ändern.

### 2.3. Neubewertung arabischer Neutralitätsbemühungen im Kreml

Während es kaum sichtbare Veränderungen in der sowjetischen Haltung gab und den arabischen, vor allem den ägyptischen und syrischen Kooperationsversuchen nur bedingt Interesse entgegengebracht wurde, so führten diese Entwicklung und weitere ausschlaggebende Faktoren doch in diesen Jahren zu einer Verschiebung der Aufmerksamkeit des Kreml.

Der damalige tschechoslowakische Botschafter in Israel, Eduard Goldstücker, berichtete von einer brisanten Begebenheit, an die er sich aus dieser Zeit erinnerte: Im November 1950 lud Andrej Vyšinskij, der sowjetische Vertreter vor der UNO, nach einer Generalversammlung alle Vertreter der Ostblockstaaten zu sich ein. Überraschenderweise gab es aber noch weitere Gäste: die Vertreter der arabischen Delegationen, denen Vyšinskij äußerst zuvorkommend begegnete.<sup>149</sup>

<sup>145</sup> Steininger (Hg.), Berichte aus Israel. Eine Aktenedition, Bd. 1, S. 335.

<sup>146</sup> Die Anfrage richtete die Firma „Al-Alamia“ am 11.9.1951 an den Handelsattaché der sowjetischen Gesandtschaft in Kairo, V. Alekseenko. Die Waffenanfrage betraf Flieger, Panzer, schwere und leichte Maschinengewehre, Granatwerfer, verschiedene Pistolen, Radiotechnik etc. Vgl. Anmerkungen des Außenministers, A. Ja. Vyšinskij, und des Außenhandelsministers, M. Men'sikov, an den Generalsekretär des CK VKP (b) und Ministerratsvorsitzenden, I. V. Stalin, 17.9.1951, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 148f.

<sup>147</sup> Ebenda.

<sup>148</sup> Guy Laron entnimmt internen tschechoslowakischen Dokumenten, dass es allein von Dezember 1951 bis Januar 1952 sieben Anfragen ägyptischer Firmen gab. Vgl. Laron, *Cutting the Gordian Knot*, S. 10f.

<sup>149</sup> Bericht des tschechoslowakischen Außenministers Široký, wiedergegeben bei Goldstücker, *Der stalinistische Antisemitismus*, S. 26.

Tatsächlich bewirkten die zuvor geschilderten Entwicklungen ab 1949/1950 ein außenpolitisches Umdenken im Kreml.<sup>150</sup> Allerdings muss dabei bedacht werden, dass die Unterstützung für die israelische Staatsgründung von vornherein nicht gegen die arabischen Interessen gerichtet war. Der Kreml ging viel eher von einer zusätzlichen Katalysatorfunktion des jüdischen Staates im arabischen Nahen Osten aus. Die sowjetische Position vor der UNO zielte darauf ab, die eigene Verantwortlichkeit für die Entscheidung zu begrenzen und den Arabern gleichzeitig die Notwendigkeit sozialen und politischen Fortschritts vor Augen zu führen. Diese Politik zeigte sich auf den zweiten Blick durchaus erfolgreich. Die politische Situation in Ägypten und die Verhandlungen mit England spitzten sich ebenso zu wie die Lage in Syrien, wo es allein 1950 zu drei Regierungsstürzen kam. Auch suchten gerade Ägypten und Syrien vermehrt die Kooperation mit der Sowjetunion und deklarierten ihre Politik als Politik der Neutralität.

Zunächst hatte der Kreml seine Motivation für die Unterstützung Israels aus der Einschätzung der arabischen Politik als einer von England bestimmten und abhängigen Haltung bezogen. In Bezug auf die Belange der einzelnen arabischen Staaten behielt der Kreml diese Position bei. Auf die Kontaktversuche hinsichtlich der Palästinaentscheidung Ende 1947 zum Beispiel konterte das sowjetische Außenministerium, dass es von den ägyptischen Führern während der laufenden Verhandlungen mit den Engländern nicht benutzt werden wolle. Außerdem müsse den Ägyptern bewusst sein, dass solange Ägypten seine Anfrage nicht beim Sicherheitsrat eingereicht habe, es auch schwierig sein werde, „irgendwas über unsere zukünftige Position in dieser Frage zu sagen“.<sup>151</sup>

Der ganze arabische Nahe Osten unterlag 1948 noch durchweg einer weitgehend einseitigen Einschätzung der sowjetischen Analysen. In einem Kommentar des sowjetischen Gesandten in Syrien und Libanon vom April hieß es, dass die Koordination der arabischen Staaten mit Transjordanien hinsichtlich eines Angriffs auf einen jüdischen Staat beweise, „dass die Arabische Liga in allen Nahost-Fragen den Engländern vollkommen nachgebe und dass die Engländer entschlossen sind, Palästina auch nach dem 15. Mai für sich einzunehmen, aber mittels Transjordaniens, wenn die transjordanischen Truppen nicht im Kampf mit den Juden geschlagen werden“.<sup>152</sup> Daraus ergab sich die Zielsetzung, das Bestehen eines jüdischen Staates durch vielfältige Hilfe zu sichern. Ebenso standen die westlichen imperialen Interessen im Vordergrund eines Anfang 1948 verfassten Memorandums „Über die Erfüllung der Entscheidung der Generalversammlung in Bezug auf die Teilung Palästinas“:

„Bei der Begutachtung der vorliegenden Frage ist es unumgänglich, die Ziele der rechten Cliques Großbritanniens und der USA im Nahen Osten zu studieren, welche darin bestehen, die Herrschaft in den Ländern dieser Region zu stärken und auszuweiten, ihre Ölressourcen vollständig unter die eigene Kontrolle zu bringen, diese Länder in Kriegsbasen für sich umzuwandeln, einen Kriegsblock der arabischen Staaten für einen antisowjetischen Krieg zu bilden und sie (in einer Reihe mit Spanien, der Türkei u. a.) wie dienende Polizeikräfte im Fall von revolutionären Aufständen in Westeuropa und anderen Regionen zu nutzen.“<sup>153</sup>

<sup>150</sup> Vgl. auch die Einschätzung von Ro'i, *Soviet Policies and Attitudes toward Israel*, S. 38.

<sup>151</sup> Memorandum des MID an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, V. A. Zorin, 5. 1. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 21.

<sup>152</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des Gesandten der UdSSR in Libanon und Syrien, D. S. Solod, mit dem Außenminister Libanons, Ch. Franje, 30. 4. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 39.

<sup>153</sup> Kurzes Memorandum über die Erfüllung der Entscheidung der Generalversammlung in Bezug auf die Teilung Palästinas, Februar 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 24.

Nachdem die Etablierung und Festigung Israels erfolgt war, zeigte sich für die Sowjetunion aber in logischer Konsequenz die Notwendigkeit, eine weitere Vernetzung der arabischen Staaten mit dem Westen z. B. in der oben genannten Form von Militärallianzen zu verhindern. Seit Frühjahr 1948 tauchten mehrfach Berichte über türkische Bemühungen im Nahen Osten auf, einen Mittelmeerpakt mit den arabischen Staaten abzuschließen.<sup>154</sup> Solche Versuche hatte es zuvor gegeben, aber für den Kreml gewann diese Initiative angesichts der Westorientierung der Türkei eine neue Qualität. Aufgrund der Tatsache, dass es „den Angelsachsen im Westen gelungen war, einen westlichen Block zusammenzubringen, welchen sie beabsichtigen, durch die Gründung einer Mittelmeerentente und dann eines östlichen Blocks zu erweitern“,<sup>155</sup> und wegen der Befürchtung, dass sich die arabischen Staaten auf diese Weise eine Kompensation für die Entscheidungen über Palästina und Ägypten erhofften,<sup>156</sup> wurde die Gefahr einer Einkreisung für die UdSSR akut. Immerhin wurde den arabischen Staaten nach den im Oktober 1948 in Moskau vorliegenden Informationen Marshallplanhilfe angeboten, wenn sie einen gemeinsamen Verteidigungspakt abschließen, die militärische Ausrüstung vereinheitlichen und eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit anstreben würden.<sup>157</sup> Diese Aussicht musste in Anbetracht der gerade erfahrenen Schwäche im Krieg gegen Israel durchaus ein starker Anreiz für die arabischen Staaten sein.

Die Relevanz eines solchen Nahostpaktes ergab sich dabei nicht allein aus der Grenznähe zur Sowjetunion, sondern vor allem aus der Funktion als Militärbasis für einen etwaigen Atomkrieg. Der US-amerikanische Vorsprung in der Entwicklung von Atomwaffen war nur dann von Vorteil, wenn entsprechende Basen zur Verfügung standen, die durch die Bildung von Verteidigungspakten wie der NATO und im Falle des Nahen Ostens mit dem Middle East Command angestrebt wurden.

Diese Entwicklungen wurden zunehmend prägend für die Region, indem der englische und amerikanische Druck auf die arabischen Staaten hinsichtlich einer Paktteilnahme intensiviert wurde und sich die Araber demzufolge in zwei Parteien aufspalteten: die Verbündeten Englands, Jordanien und der Irak, und die vollkommene Unabhängigkeit und in gewissem Maße auch Neutralität anstrebenden Staaten, vor allem Ägypten und Syrien, aber auch Saudi-Arabien und Jemen.<sup>158</sup> Im Verlauf des Jahres 1950 kristallisierte sich die Idee eines Nahostpaktes weiter heraus. Angeknüpft wurde dabei an den früheren Saadabad-Pakt, der 1937 in Teheran zwischen der Türkei, Iran, Irak und Afghanistan abgeschlossen worden war. Nun sollten in eine solche Paktplanung auch die arabischen Staaten integriert werden.<sup>159</sup>

---

<sup>154</sup> Brief des Gesandten der UdSSR in Libanon und Syrien, D. S. Solod, an den Leiter der Nahostabteilung des MID SSSR, I. N. Bakulin, 14. 4. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 35; Aufzeichnung des Gesprächs des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, A. Ja. Vyšinskij, mit dem Gesandten Ägyptens in der UdSSR, Bindarī Paša, 1. 7. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 43ff.

<sup>155</sup> Brief des Gesandten der UdSSR in Libanon und Syrien, D. S. Solod, an den Leiter der Nahostabteilung des MID SSSR, I. N. Bakulin, 14. 4. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 35.

<sup>156</sup> Ebenda.

<sup>157</sup> Geheime Notizen des Gesprächs des Chargé d'affaires der UdSSR in Syrien, I. A. Isagulov, mit dem Direktor der politischen Abteilung des Außenministeriums Syriens, I. Istuani, 4. 10. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 61f.

<sup>158</sup> Geheime Aufzeichnungen des Gesprächs des Chargé d'affaires der UdSSR in Ägypten, S. P. Kiktev, mit dem Chargé d'affaires Syriens in Ägypten, A. Muchafal, 22. 2. 1950, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 111.

<sup>159</sup> Ebenda.

Die Drei-Mächte-Erklärung der westlichen Großmächte im Mai 1950 stellte dahingehend für die UdSSR eine einschneidende Offensive dar, die neue Diskussionen im sowjetischen Außenministerium auslöste.<sup>160</sup> War bisher das Fehlen von Friedensverträgen zwischen den arabischen Staaten und Israel ein Hindernis für die westlichen Paktplanungen gewesen, so stellte dies einen Versuch dar, diese zu umgehen und dennoch die Grundlage für eine Militärkooperation zu legen. Gleichzeitig barg dies nach Meinung des Kreml für die Westmächte die Möglichkeit, Waffenlieferungen an Israel an bestimmte Bedingungen wie die Gewährung von Nutzungsrechten für Häfen und Flughäfen, die Entsendung von Spezialisten und Instruktoren, den Bezug von Informationen über die israelische Armee etc. zu knüpfen.<sup>161</sup>

Im Laufe des Jahres 1950 drehten sich fast alle Berichte um die erhöhte US-amerikanische Aktivität im Nahen Osten. War die Unterstützung der Gründung Israels vor allem ein Schritt gewesen, der sich gegen den englischen Einfluss richtete, so manifestierte sich nun in starkem Maße sichtbar die USA in der Region. Auf den Kreml wirkte dies alarmierend:

„Diese amerikanischen Pläne stellen für uns eine direkte und ernste Gefahr dar, da sie die Umwandlung des Nahen Ostens in einen amerikanischen militärisch-strategischen Vorposten bedeuten, in erster Linie gerichtet gegen die Sowjetunion.“<sup>162</sup>

In Anbetracht der Entwicklung nutzte die UdSSR ihre beständige Haltung vor der UNO, abgesehen vom Prestigefaktor, in der Tat für zweierlei Interessen. Hatte sie zunächst auf der Durchsetzung der Novemberresolution von 1947 beharrt, um die Gründung eines jüdischen Staates zu sichern, so verfolgte sie nun ihre Umsetzung hinsichtlich der Etablierung eines arabischen Staates. Dies ließ sich auf die westlichen Versuche, einen Regionalpakt zu etablieren, zurückführen, sowie auf die englischen Versuche, den in der Novemberresolution als arabisches Gebiet festgelegten Teil Palästinas an Transjordanien anzugliedern.<sup>163</sup> Im Juli 1949 schlussfolgerte der Kreml, dass zu den wichtigsten Aufgaben der UNO in Palästina nun die Gründung eines unabhängigen arabischen Staates gehöre, was auch die Flüchtlingsfrage zum Teil lösen würde.<sup>164</sup> Das sowjetische Außenministerium wog nun im Zusammenhang mit den UNO-Entscheidungen zu Palästina vorsichtig einseitige Schritte ab. Im April 1950 wurde eine Einladung der israelischen Regierung an Carapkin als Vertreter des Treuhändrates der UNO zu einem Besuch in Jerusalem nicht

<sup>160</sup> Brief des stellvertretenden Außenministers, A. I. Lavrent'ev, an den Gesandten der UdSSR in Ägypten, S. P. Kozyrev, 6. 6. 1950, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 128.

<sup>161</sup> Telegramm des sowjetischen Gesandten in Israel, P. I. Eršov, an das MID SSSR, 26. 5. 1950, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 127.

<sup>162</sup> Aus einem geheimen Brief des sowjetischen Gesandten in Libanon und Syrien, D. S. Solod, an den ersten Stellverteter des Außenministers, A. A. Gromyko, 2. 3. 1950, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 114; siehe auch: Geheime Aufzeichnungen des Gesprächs des sowjetischen Gesandten in Libanon und Syrien, D. S. Solod, mit dem Premierminister Syriens, Ch. Al-Azam, und dem Wirtschaftsminister Syriens, M. Dawalibi, 14. 4. 1950, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 123.

<sup>163</sup> Vgl. hierzu die sowjetische Interpretation: Geheimes Memorandum der Abteilung für Staaten des Nahen und Mittleren Ostens des MID SSSR zur „Palästinafrage“, 3. 9. 1949, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 103.

<sup>164</sup> Thesen für den Auftritt der Delegation der UdSSR auf der vierten Sitzung der Generalversammlung der UNO zur Frage über die Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge, 15. 6. 1949, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 95. Vgl. auch die zweite endgültige Fassung: Memorandum der Nahostabteilung des MID SSSR an die sowjetische Delegation bei der UNO über die Palästinafrage, 3. 9. 1949, in: *SIO*, Bd. 2, S. 66f.

angenommen, da ein solcher Besuch intern als antiarabische Geste und damit nicht im Interesse der UdSSR eingestuft wurde.<sup>165</sup> Und im sich zuspitzenden Grenz- und Wasserkonflikt zwischen Syrien und Israel Ende 1951 wurde Außenminister Vyšinskij dahingehend beraten, im Falle einer UN-Abstimmung Syrien zu unterstützen, womit sich das seit 1947 einheitlich proisraelische Abstimmungsverhalten der UdSSR geändert hätte. Beweggrund war, dass Syrien in der Opposition gegen die Teilnahme an einem westlichen Verteidigungspakt gestützt werden sollte, was sich ebenso positiv auf die anderen arabischen Staaten auswirken würde.<sup>166</sup> In einer Analyse wurde festgestellt, dass „der Druck auf die arabischen Staaten weiterhin verstärkt wird, und im Zusammenhang mit der Vier-Mächte-Erklärung werden die Araber fast mit Gewalt gezwungen, an der ‚Verteidigung des Mittleren Ostens‘ teilzunehmen“.<sup>167</sup> Eine Unterstützung gerade der syrischen Interessen sei daher von Vorteil und nicht zuletzt angemessen, da so auch die fortschrittlichen Kräfte in den arabischen Staaten Rückhalt bekämen. In keinem anderen arabischen Land wachse die antiamerikanische Stimmung derart stark an wie in Syrien, wo antiimperialistische Demonstrationen und scharfe Presseangriffe gegen die USA und England normale Erscheinungen seien. So wurde 1951 der Schluss gezogen:

„Unzweifelhaft würde die Unterstützung der Syrer unserer Beziehung zu Israel einigen Schaden zufügen. Jedoch kompensiert der politische Gewinn, den wir haben werden, wenn wir zum Vorteil der Syrer auftreten, und demzufolge zum Vorteil von fast 40 Millionen Arabern, diesen Schaden um vieles.“<sup>168</sup>

In der Tat hatte sich auch ideologisch ein deutlicher Wandel in der Region gezeigt. Während die KP Israels immer mehr als unbedeutende Kraft angesehen wurde, hatten die KPs Syriens und Libanons Ende 1949 trotz Verbots jeweils ca. 5000 Mitglieder und zeigten sich aktiv in der „Verteidigung des Friedens“.<sup>169</sup> Die Parteien, so stellte man in Moskau fest, hielten sich eng an die Vorgaben und produzierten aktiv Materialien, u. a. die Zeitung „Nidal al-Schaab“. „Von allen Ländern des Nahen Ostens sind die kommunistischen Parteien Syriens und Libanons die am organisiertesten und aktivsten Kräfte des demokratischen Lagers.“<sup>170</sup> Auch nahm mit Khälid Bakdāš neben den israelischen Repräsentanten ein Vertreter der syrischen Kommunisten am 19. Parteitag der KPdSU im Oktober 1952 teil.<sup>171</sup>

Gleichzeitig war die Effizienz und Berechtigung der von Moskau kritisch betrachteten Organisation der Arabischen Liga in der Folge des Krieges gegen Israel in Frage gestellt, da die Differenzen zwischen den arabischen Staaten hervortraten und jeder der Staaten in gesonderte Friedensverhandlungen mit Israel eingetreten war. Insofern wurde in Moskau

<sup>165</sup> Anmerkungen des Leiters der Abteilung für Länder des Nahen und Mittleren Ostens des MID SSSR, I. N. Bakulin, und des Leiters der Abteilung für UNO-Angelegenheiten, A. A. Roščin, an den sowjetischen Außenminister A. Ja. Vyšinskij, 6. 4. 1950, geheim, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 119.

<sup>166</sup> Geheimer Brief des Beraters der sowjetischen Gesandtschaft in Syrien, K. Kočetkov, an den Außenminister der UdSSR, A. Ja. Vyšinskij, mit einem Vorschlag, 1. 11. 1951, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 154f.

<sup>167</sup> Ebenda, S. 154.

<sup>168</sup> Ebenda, S. 155.

<sup>169</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1307, ll. 21f., Ende 1950, Memorandum über die Tätigkeiten der kommunistischen Parteien Syriens und Libanons. Ein Aufruf der Kommunistischen Partei vom 10. 7. 1950 wurde in Libanon von 50 000 und in Syrien von 40 000 Personen unterschrieben.

<sup>170</sup> Ebenda, l. 23.

<sup>171</sup> Aus Israel waren Shmuel Mikunis und Tawfiq Tübi anwesend.

positiv festgestellt, dass die Liga praktisch aufgehört habe zu existieren, auch wenn es England gelungen sei, den formalen Charakter mittels einer Sitzung drittrangiger arabischer Vertreter aufrechtzuerhalten.<sup>172</sup>

Auch in Bezug auf Ägypten zeigten sich die westlichen Paktplanungen als entscheidender Wendepunkt. Zunächst wurde der Wahlsieg der Wafd-Partei am 3. Januar 1950 in Moskau negativ wahrgenommen. Durch ihr wiederholtes Vorgehen gegen oppositionelle, linke Gruppen wurde die Wafd im Kreml skeptisch eingeschätzt, außerdem galt sie als Stütze der Engländer, mit deren Hilfe sie nun nach Ansicht des Kreml, wie auch 1942 schon, wieder an die Macht gekommen sei.<sup>173</sup> Noch im Mai 1951 wurde vermutet, dass das offene Auftreten der ägyptischen Regierung darin begründet lag, dass sie die ägyptische Öffentlichkeit „vom innenpolitischen und nationalen Befreiungskampf“ ablenken wolle.<sup>174</sup> Genau aus diesem Grund hatten Außenminister A. Ja. Vyšinskij und Außenhandelsminister M. Men'sikov die Anfrage nach Waffenlieferungen von Seiten einer ägyptischen Firma im Herbst 1951 mit einiger Skepsis beurteilt. Nach Rücksprache mit Stalin hatten sie eine offizielle Regierungsanfrage von Ägypten gefordert. Während allgemeine Handelsbeziehungen zu Ägypten seit 1950 durchaus intensiviert wurden, sah der Kreml hinter diesem Vorstoß die Absicht Ägyptens, Druck auf die englische Regierung auszuüben, um deren Position in den Verhandlungen bezüglich des anglo-ägyptischen Vertrages aufzuweichen.<sup>175</sup>

Doch die Opposition in Ägypten gegen westliche Einflussnahme erwies sich im Oktober 1951 als konsequente Politik. Am 13. Oktober überbrachten die USA, Großbritannien, Frankreich und die Türkei den arabischen Staaten und Israel eine Viermächteerklärung, mit der Aufforderung an einem Alliierten Nahostkommando (MEC) teilzunehmen.<sup>176</sup> Der Pakt, der sich gegen die Sowjetunion richtete, sollte in enger Zusammenarbeit zur NATO stehen.<sup>177</sup> Ägypten war aufgrund seiner Lage und des Suezkanals von zentraler Bedeutung für eine solche Paktplanung. Auch aufgrund der politischen und kulturellen Bedeutung Ägyptens im arabischen Raum wurde das Land als Mittelpunkt für jeglichen Nahostpakt vom Westen fokussiert. Der ägyptische Einfluss garantierte eine größere Wahrscheinlichkeit dafür, dass andere arabische Staaten der eingeschlagenen Linie folgen würden.<sup>178</sup>

<sup>172</sup> Aus einem geheimen Informationsbrief der Gesandtschaft der UdSSR in Libanon an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, V. A. Zorin, 14. 4. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 90f.

<sup>173</sup> RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1194, 1. 6, 9. 1. 1950, Anmerkungen von M. Maksimov an Molotov: Parlamentswahlen in Ägypten. Für das Jahr 1942 siehe S. 56 der vorliegenden Arbeit.

<sup>174</sup> Telegramm des sowjetischen Gesandten in Ägypten, S. P. Kozyrev, an das MID SSSR, 20. 5. 1951, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 138.

<sup>175</sup> Anmerkungen des Außenministers A. Ja. Vyšinskij und des Außenhandelsministers M. Men'sikov für den Generalsekretär des CK VKP (b) und Ministerratsvorsitzenden, I. V. Stalin, 17. 9. 1951, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 148f.

<sup>176</sup> MEC: Middle East Command. Die Einladung zur Teilnahme am MEC wurde an Syrien, Libanon, Irak, Saudi-Arabien, Jemen, Ägypten, Transjordanien und Israel geschickt. Vgl. den Text, den der US-amerikanische Botschafter Caffery am 13. 10. 1951 überbrachte: *The Ambassador in Egypt (Caffery) to the Department of State, top secret, Cairo, 12. 10. 1951*, in: FRUS, 1951, Bd. 5, *The Near East and Africa*, S. 209f.

<sup>177</sup> Z. B. Record of the Conference of United States, United Kingdom, and French Representatives with Turkish Primeminister and Staff at Ankara, Oct. 13 and 14, 1951, top secret, in: FRUS, 1951, Bd. 5, *The Near East and Africa*, S. 212ff.

<sup>178</sup> Hussini, *Soviet-Egyptian Relations*, S. 17.

Deshalb sahen die Planungen auch vor, dass in Ägypten das Hauptquartier des MEC angesiedelt sein sollte.<sup>179</sup> In einem Schreiben an Verteidigungsminister Robert A. Lovett schrieb der US-amerikanische Außenminister, Dean Acheson, dass Ägypten extra der Gründerstatus angeboten worden sei, um die Teilnahme zu sichern.<sup>180</sup> Gegenüber Ägypten wurde betont, dass Großbritannien sich bereit erkläre, den anglo-ägyptischen Vertrag zu ersetzen „und auch bereit wäre zuzustimmen, solche britischen Truppen aus Ägypten abzuziehen, die nicht dem Alliierten MEC [Nahostkommando] durch Vertrag zugeordnet sind“.<sup>181</sup> Die Suezbasis sollte dafür von Ägypten bereitgestellt und unterhalten werden und dem MEC als Hauptquartier dienen. Hauptgrund für die Einrichtung eines solchen Paktes waren die angespannte Lage und die stark anwachsenden antibritischen Ressentiments in Ägypten gewesen. Daran knüpfte sich die Hoffnung, auf diese Weise den Konflikt beseitigen und Ägypten als Hauptbasis im Nahen Osten beibehalten zu können.<sup>182</sup> Eine nicht unerhebliche Rolle spielten dabei auch die Ereignisse im Iran, von denen man in den USA einen entsprechenden Einfluss auf Ägypten befürchtete. Der iranische Ministerpräsident Muhammad Musaddiq hatte im Mai 1951 die Anglo-Iranian Oil Company verstaatlicht. In den westlichen Kreisen war man sich darüber im Klaren, dass die Ägypter „sich des Erfolgs Irans gegenüber den Briten vollkommen bewusst“ waren.<sup>183</sup>

Doch der ägyptische Ministerpräsident An-Nahäs hatte König Fārūq und dem ägyptischen Parlament bereits einige Tage vor dem Pakt-Vorschlag einen Antrag zur Aufhebung des anglo-ägyptischen Vertrages von 1936 vorgelegt, welcher am 15. Oktober auch vom Parlament verabschiedet wurde. Gleichzeitig lehnte Ägypten nun auch die Teilnahme an dem vorgeschlagenen Nahostkommando ab, was mit der Forderung einherging, dass sich die britischen Truppen unverzüglich aus der Suezkanalzone zurückziehen müssten. England reagierte mit einer Verstärkung seines Truppenkontingents, was der Grund für die plötzliche Zurückhaltung der Tschechoslowakei gewesen sein dürfte, den vereinbarten Waffenhandel mit Ägypten zu realisieren. Eine direkte Konfrontation mit England wurde vom Kreml nach wie vor vermieden. Chruščev gab in seinen Memoiren die Haltung Stalins folgendermaßen wieder:

„Stalin sagte in meiner Gegenwart, der Nahe Osten gehöre zum britischen Einflußbereich, und daher könnten wir unsere Nase nicht in ägyptische Angelegenheiten stecken. Nicht daß Stalin etwas dagegen gehabt hätte, sich im Nahen Osten zu etablieren, er hätte es liebend gern getan, aber er schätzte die Lage realistisch ein und erkannte, daß auf jeden Fall wir den kürzeren gezogen und daß die Engländer unsere Einmischung nicht geduldet hätten.“<sup>184</sup>

Dennoch hatte sich für Moskau eine bedeutende Übereinstimmung ägyptischer wie auch syrischer Interessen mit dem sowjetischen „antiimperialistischen“ Kampf gezeigt. Die Sowjetunion sah sich veranlasst, mit einer Note an die vier Mächte gegen den aggressiven

<sup>179</sup> Ägypten sollte neben den USA, Großbritannien, Frankreich, Neuseeland, Australien, Südafrika und der Türkei Gründungsmitglied sein. Vgl. FRUS, 1951, Bd. 5, The Near East and Africa, S. 200.

<sup>180</sup> Brief des US-amerikanischen Außenministers, Dean Acheson, an Verteidigungsminister Robert A. Lovett, 29. 12. 1951, in: FRUS, 1951, Bd. 5, The Near East and Africa, S. 265ff.

<sup>181</sup> The Ambassador in Egypt (Caffery) to the Department of State, top secret, Kairo, 12. 10. 1951, in: FRUS, 1951, Bd. 5, The Near East and Africa, S. 210.

<sup>182</sup> Memorandum by the Director of the Near Eastern Affairs (Jones) and the Deputy Director, Office of Greece, Turkey, and Iranian Affairs (Dorsz) to the Assistant Secretary of State for Near Eastern, South Asian and African Affairs (McGhee), Washington, 5. 10. 1951, top secret, in: FRUS, 1951, Bd. 5, The Near East and Africa, S. 203-206.

<sup>183</sup> Ebenda, S. 204.

<sup>184</sup> Chruschtschow, Chruschtschow erinnert sich, S. 433.

Charakter des Paktes zu protestieren, und betonte, dass sie nicht unberührt bleiben könne von aggressiven Planungen unweit der sowjetischen Grenze.<sup>185</sup> Auch an die betroffenen Staaten schickte die Sowjetunion Noten, in denen sie herausstellte, dass ein solcher Pakt die Fortführung der Okkupation mit fremden Truppen bedeute und unweigerlich eine Verschlechterung der Beziehungen zur UdSSR und der Sicherheit im Nahen Osten zur Folge hätte.<sup>186</sup>

Der wiederholte Bezug auf eine neutralistische Politik in Reden und Gesprächen ägyptischer Politiker und Diplomaten und die Bemühungen, für ihre Bestrebungen Unterstützung von der Sowjetunion zu bekommen, wurden nun im Kreml mit weitaus größerer Aufmerksamkeit geprüft. Im Sinne einer Interessenkongruenz sollten sie in Zukunft vom Kreml gefördert werden.

#### 2.4. Radikalisierung der Unabhängigkeitsbestrebungen in Ägypten

War 1946 der englisch-ägyptische Vertrag noch einmal um zehn Jahre verlängert worden, so ergriff Ägypten im Oktober 1951 unter der Wafd-Regierung mit an-Nahäs die Initiative zu einer neutralen Politik und kündigte nach erfolglosen Verhandlungen mit England einseitig den englisch-ägyptischen Vertrag. Man wollte nicht länger als Militärstützpunkt fungieren. Als Großbritannien den Abzug verweigerte, kam es zu einer Reihe von öffentlichen Protestaktionen und Angriffen auf englische Einrichtungen in der Suezzone.<sup>187</sup> Die Unruhen nahmen in der Folgezeit stark zu, wurden aber diesmal im Gegensatz zu den vorherigen Protesten, vor allem 1946, sowohl von der breiten Bevölkerung als auch von der ägyptischen Regierung unterstützt. Während sich viele Studenten und Arbeiter an Guerillakämpfen gegen die Engländer beteiligten, unterstützte sie die Regierung, indem sie die Bewaffnung von Zivilisten ermöglichte und zum Boykott jeglicher Zusammenarbeit mit den Engländern aufforderte. Gleichzeitig wurden im Zuge der Verweigerung eines Paktbeitritts die Verbindungen zu Großbritannien und zur NATO abgebrochen.<sup>188</sup>

Insbesondere im Januar 1952 kam es vermehrt zu gewalttätigen Ausschreitungen. Als am 25. Januar englische Truppen die ägyptische Polizeistation in der Stadt Ismailija in der Suezkanalzone angriffen und Dutzende Ägypter bei den Kämpfen getötet und verletzt wurden, brachen in der Folge in Kairo heftige Unruhen aus.<sup>189</sup> An diesem später als „Schwarzer Samstag“ bekannt gewordenen Tag entwickelte sich aus einer großen Protestdemonstration ein unkontrollierter Aufstand. Weite Teile der Geschäftsviertel wurden niedergebrannt, vor allem ausländische Geschäfte, Hotels, Kinos, Klubs und Restaurants wurden geplündert und zerstört. Die Regierung sah sich gezwungen, den Ausnahmezustand

<sup>185</sup> Note der sowjetischen Regierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Türkei, 24.11.1951, in: SSSR i Arabskie Strany, S. 106ff.

<sup>186</sup> Note der sowjetischen Regierung an die Regierungen von Ägypten, Syrien, Libanon, Irak, Saudi-Arabien, Jemen und Israel, in: SSSR i Arabskie Strany, S. 103–106. Auch in einer späteren sowjetischen Darstellung hieß es, dass der Pakt die militärische Okkupation des Nahen Ostens durch NATO-Truppen, vor allem von den USA und Großbritannien, bedeutet hätte. Vgl. Gromyko/Ponomarev (Hg.), Soviet Foreign Policy, Bd. 2, S. 144.

<sup>187</sup> Vgl. Hofstadter (Hg.), Egypt and Nasser, S. 19.

<sup>188</sup> Vgl. Abdel-Malek, Ägypten: Militärgesellschaft, S. 75f.

<sup>189</sup> Ebenda, S. 60.

zu verhängen, und trat, da sie keine Kontrolle über den Aufstand erlangen konnte, zurück.<sup>190</sup>

Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Ägypten hatten damit eine neue Qualität erreicht, die flankiert von den anderen geschilderten Entwicklungen positiv in der Sowjetunion wahrgenommen wurden.

---

<sup>190</sup> Vgl. z. B. Gordon, *Nasser's Blessed Movement*, S. 26f.

## VI. Ausbau der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen seit 1953

*„Ägypten wird großen Nutzen von der Annäherung an Russland ernten, weil wir nun Russlands Unterstützung gewinnen können, wenn die Weltprobleme während des nächsten Gipfeltreffens der großen Vier diskutiert werden, und wir werden sicherstellen, dass beide Lager weiterhin um die Kontrolle unserer Region kämpfen. Dies wiederum wird Ägypten vom Einfluss eines dieser Lager freihalten.“<sup>1</sup>*

(Geheimdienstliche Information, 1955)

### 1. Die ägyptische Initiative: Kontaktaufnahme ab 1953

Wenige Monate nach den heftigen Unruhen in Ägypten fand am 23. Juli 1952 ein gewaltloser Staatsstreich gegen König Fārūq statt, mit dem eine Gruppe Offiziere, die sich die „Freien Offiziere“ nannten, die Macht ergriff.<sup>2</sup> Nach einer Konsolidierungsphase wurde General ‘Alī Muhammad Nağūib<sup>3</sup> im September 1952 zum Ministerpräsidenten ernannt. Ab Juni 1953 vereinte Nağūib außerdem das Amt des Präsidenten auf sich. Oberst Ġamāl ‘Abd an-Nāsir<sup>4</sup>, der im Westen von vornherein als führender Kopf der Offiziere wahrgenommen wurde,<sup>5</sup> hatte seit September 1953 das Amt des Innenministers inne.

Der Staatsstreich hatte sich aus den herrschenden sozio-ökonomischen und politischen Problemen ergeben. Neben der Misswirtschaft und Korruption war es aber insbesondere die Erfahrung mit dem arabisch-israelischen Krieg gewesen, die für die Offiziere die Notwendigkeit politischen Wandels aufgezeigt hatte.<sup>6</sup> Die Schwäche der arabischen Armeen, der Skandal um die veralteten Waffen des ägyptischen Militärs und die schwache Position in den Verhandlungen mit England hatten die Abhängigkeit Ägyptens deutlich gemacht. Ägypten war auf wirtschaftliche und militärische Hilfe angewiesen, um sich innen- und

<sup>1</sup> Geheimdienstliche Information, eingereicht von Hassan Tuhami, Leiter der nachrichtendienstlichen Abteilung im Präsidentenbüro, für Ġamāl ‘Abd an-Nāsir, 18.6.1955, in: The Virtual Archive, Collection: The Cold War in the Middle East, Cold War International History Project (CWIHP), www.CWIHP.org, by permission of the Woodrow Wilson International Center for Scholars (5.5.2007).

<sup>2</sup> Zu den Hintergründen der „Freien Offiziere“ vgl. z.B. Gordon, Nasser’s Blessed Movement, S.47; zum Staatsstreich auch: Hofstadter (Hg.), Egypt and Nasser, S.32.

<sup>3</sup> General ‘Alī Mohamad Nağūib (1901–1984) war Ranghöchster und Ältester in der Gruppe der Freien Offiziere, die sich 1949 gebildet hatte. Während Nağūib sich aber dafür einsetzte, das Militär baldmöglichst wieder aus der Politik herauszuziehen, wollte ‘Abd an-Nāsir eine Regierungszeit der Militärs, um die politischen Ziele verwirklichen zu können. Der sich daraus entwickelnde Machtkampf führte im Februar 1954 zur Entlassung Nağūibs aus dem Amt des Ministerpräsidenten. Bis zum Herbst fungierte er noch als Präsident, wurde aber im November unter Hausarrest gestellt.

<sup>4</sup> Ġamāl ‘Abd an-Nāsir (1918–1970), Oberst in der ägyptischen Armee, führte mit einer Gruppe der „Freien Offiziere“ den Staatsstreich im Juli 1952 durch. Zunächst Innenminister, setzte sich ‘Abd an-Nāsir zunehmend gegen Nağūib durch und übernahm im Februar 1954 das Amt des Ministerpräsidenten. Ab September 1954 war ‘Abd an-Nāsir bis zu seiner Ermordung 1970 der Präsident Ägyptens.

<sup>5</sup> Copeland, The Game of Nations, S.63.

<sup>6</sup> Büttner, Gamal Abdel Nasser, S.226f.; Abdel-Malik, Ägypten: Militärgesellschaft, S.55.

außenpolitisch zu etablieren und zu entwickeln. Ihre Hauptaufgabe sahen die Freien Offiziere daher in der innenpolitischen Stärkung durch den Bezug von Waffen und den vollständigen Abzug der englischen Truppen.<sup>7</sup> 'Abd an-Nāsir selbst bezeichnete die Entwicklung um den Staatsstreich als eine „Revolution der nationalen Befreiung“.<sup>8</sup>

Die entscheidende Entwicklung und Etablierung der Beziehungen zwischen Ägypten und der Sowjetunion fiel in den Zeitraum nach dem Staatsstreich. In dieser Zeit prallten die weltpolitischen Bestrebungen der USA auf die nationalen Interessen Ägyptens, und die starken Ambitionen der neuen Führung fanden zumindest vordergründig bedingungslose Hilfe im Osten.

Gleich nach der Machtergreifung wurde von den Freien Offizieren eine aktive Umsetzung der politischen Ziele verfolgt. Sie setzten zu Beginn auf eine enge Kooperation mit den USA und führten intensive Verhandlungen in Washington, die sich inhaltlich auf wirtschaftliche, aber in erster Linie militärische Handelsinteressen konzentrierten.<sup>9</sup> Aufgrund des Scheiterns dieser Gespräche Ende Januar 1953 sah sich Kairo jedoch gezwungen, andere Lieferanten für Waffen zu finden.<sup>10</sup> Während sich 'Abd an-Nāsir weiterhin um eine eher prowestliche Orientierung bemühte, entwickelte sich, wie der Historiker Rami Ginat feststellte, vor allem bei General Naḡūib, dem Präsidenten und Vorsitzenden des Revolutionsrates der Freien Offiziere (RCC), frühzeitig die Bereitschaft zu politischen Konsequenzen nach den für Ägypten enttäuschenden Januarverhandlungen mit den USA.<sup>11</sup> Die ohnehin verbreitete Idee der Neutralität sollte verstärkt in die Praxis umgesetzt werden.

Die gezielte Kontaktaufnahme zur Sowjetunion begann gleich nach Bekanntwerden des Scheiterns der ägyptisch-amerikanischen Verhandlungen.<sup>12</sup> General Naḡūib selbst erläuterte dem sowjetischen Gesandten, S. M. Kozyrev, bei dessen Antrittsbesuch im Januar 1953 in Kairo den ägyptischen Bedarf an Waffen.<sup>13</sup> Konkret konfrontierte er Kozyrev mit der Frage, ob die Sowjetunion bereit sei, Ägypten Flieger, Panzer und andere Waffen zu

<sup>7</sup> McLaurin, *Middle East Foreign Policy*, S. 34; Morsy, *American Support*, S. 310; Sayegh, *The Theoretical Structure*, S. 102; Büttner, *Gamal Abdel Nasser*, S. 227.

<sup>8</sup> Nasser, *The Egyptian Revolution*, S. 203.

<sup>9</sup> Haikal beschreibt die Vorgänge um den Coup als repräsentativ für die prowestliche Haltung der Offiziere: „Es fanden also damit verbundene Ereignisse statt, die höchst symbolisch für die Position und den Einfluss Amerikas zu dieser Zeit waren. Amerikas Repräsentant war der Letzte, der die Verbliebenen des alten Regimes verabschiedete und der Erste im Kontakt mit dem Neuen.“ Die generell am Westen ausgerichtete Haltung hatte ihre Wurzeln in der starken westlichen Prägung, nicht zuletzt infolge der englischen Okkupation. Bildungseinrichtungen vermittelten westliche Werte, Englisch war die erste Fremdsprache, und die Amerikanische Universität im Zentrum Kairos, 1919 von Amerikanern gegründet, war die Elite-Universität des Landes. Zudem hinterließen Hollywood-Filme und technische Geräte wie der Fernseher einen tiefen Eindruck. Vgl. hierzu Haikal, *Nasser*, S. 41, 44.

<sup>10</sup> Für eine ägyptische Rezeption dieser Gespräche siehe El-Sadat, *Unterwegs zur Gerechtigkeit*, S. 154f.; außerdem: Podesh, *The Drift towards Neutrality*, S. 161; Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 171–174.

<sup>11</sup> Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 172ff. Ginat führt auch das Scheitern der ersten Verhandlungen zwischen der UdSSR und Ägypten in erster Linie auf politische Differenzen zwischen Ġamāl 'Abd an-Nāsir und General Naḡūib zurück.

<sup>12</sup> Dies wird auch von as-Sadat bestätigt, der sagte, Anfang 1953 seien Verbindungen zur UdSSR aufgenommen worden, aber ein Waffenhandelsgesuch wurde abgelehnt. Vgl. El-Sadat, *Unterwegs zur Gerechtigkeit*, S. 155.

<sup>13</sup> Telegramm des sowjetischen Gesandten in Ägypten, S. P. Kozyrev, ans MID SSSR, 29.1.1953, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 180f. Eine Darstellung der ägyptischen Kontakte zur UdSSR und zu den osteuropäischen Staaten siehe auch bei Laron, *Cutting the Gordian Knot*, passim.

verkaufen. Doch Kozyrev sah darin den Versuch Nağuib's, die ägyptische Öffentlichkeit von seiner proamerikanischen Politik abzulenken und mit einer sowjetischen Absage den Beitritt zum westlichen Verteidigungspakt zu rechtfertigen. Im Kreml war der Militärputsch negativ wahrgenommen worden und Kozyrev reagierte daher ausweichend auf diese Anfrage.<sup>14</sup> Positiv dagegen wurden Ägyptens Handelsinteressen beantwortet. Im März 1953 konnten die Freien Offiziere ein erstes Abkommen über den Austausch von Weizen gegen Baumwolle mit der Sowjetunion unterzeichnen.<sup>15</sup>

Weitere Versuche, die Kontakte zu intensivieren, folgten, nachdem der US-amerikanische Außenminister John Foster Dulles im Mai 1953 die Länder des Nahen Ostens bereist hatte, um auf die arabischen Regierungen hinsichtlich einer Teilnahme an einem nah-östlichen Verteidigungspakt einzuwirken.<sup>16</sup> Auch die Freien Offiziere hatten den Beitritt zu einem westlichen Pakt, wie er 1952 erneut von den USA mit der Middle East Defence Organization (MEDO) vorgeschlagen worden war, abgelehnt. Dulles musste in den Gesprächen in Kairo feststellen, dass es in Ägypten kaum Aussichten auf eine Teilnahme gab.<sup>17</sup> Nağuib und 'Abd an-Nāşir hatten versucht zu erläutern, dass jeglicher Anschein einer westlichen Einflussnahme vermieden werden müsse, solange britische Truppen sich noch in Ägypten befänden. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen gebe es eine „psychologische Blockade“, und die öffentliche Meinung würde derzeit keine neuen Abkommen ermöglichen.<sup>18</sup> Doch eine Alternative, wie sie von Ägypten mit dem Ausbau der regionalen arabischen Verteidigung vorgeschlagen wurde, entsprach nicht den Vorstellungen des US-amerikanischen Außenministers.<sup>19</sup>

In Reaktion auf diese Gespräche verstärkte sich in Kairo die Überzeugung, dass Ägypten im Sinne einer größeren Neutralität Unterstützung von anderen Seiten bekommen müsse. Auf mehreren Ebenen wurde Kontakt zu osteuropäischen Staaten aufgenommen.<sup>20</sup> Angesichts der heftigen Opposition der Sowjetunion gegen die westlichen Paktbestrebungen mussten die Bemühungen zu diesem Zeitpunkt im Kreml besonders positiv wirken. Die propagierte Neutralität sollte zu einem Instrument beschleunigter Handlungsfähigkeit der ägyptischen Regierung werden. Wie in Gesprächen des ägyptischen Botschafters in Prag,<sup>21</sup> so legte auch der neue ägyptische Botschafter in Rom in Gesprächen mit seinem tschechoslowakischen Kollegen, Oldžich Kaiser, die Lage in Ägypten dar und signalisierte Interesse an einer Ausweitung der Handelsbeziehungen, in erster Linie in Bezug auf militärische Ausstattungen.<sup>22</sup> Die Initiative war auch insofern signifikant, als Ahmad M. Farag

<sup>14</sup> Telegramm des sowjetischen Gesandten in Ägypten, S. P. Kozyrev, ans MID SSSR, 29.1.1953, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947-1967*, Bd. 1, S. 181. Für die Wahrnehmung des ägyptischen Putsches in Moskau siehe: Chruschtschow, Chruschtschow erinnert sich, S. 433f.

<sup>15</sup> Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 165.

<sup>16</sup> Siehe hierzu die Planungen und Gesprächsaufzeichnungen in: *FRUS, 1952-1954*, Bd. 9, S. 1-29.

<sup>17</sup> Vgl. ebenda, S. 18, 20.

<sup>18</sup> Gespräch J. F. Dulles mit den Mitgliedern des RCC, 12. 5. 1953, in: Ebenda, S. 21.

<sup>19</sup> Z. B. Hahn, *National Security Concerns in the U.S. Policy*, S. 89-99.

<sup>20</sup> Podeh betont, dass Ägypten gerade nach dem Besuch von J. F. Dulles verstärkt Neutralität propagierte. Vgl. Podeh, *The Drift towards Neutrality*, S. 163.

<sup>21</sup> Hierzu Laron, *Cutting the Gordian Knot*, S. 14.

<sup>22</sup> Dokument aus dem Archiv des tschechoslowakischen Außenministeriums (MZV): Bericht des tschechoslowakischen Botschafters in Rom, Oldžich Kaiser, über das ägyptische Interesse an tschechoslowakischer militärischer und agrarwirtschaftlicher Ausrüstung, 15. 7. 1953, in: *The Virtual Archive, Collection: The Cold War in the Middle East, Cold War International History Project (CWIHP)*, www.CWIHP.org, by permission of the Woodrow Wilson International Center for Scholars (5.5.2007).

Täyi nach seiner Ankunft in Rom seinen ersten Besuch beim tschechoslowakischen Botschafter abstattete, was durchaus diplomatische Bedeutung hatte. Kaiser konstatierte hierzu: „Dies ist als eine außergewöhnliche freundliche Geste zu betrachten.“<sup>23</sup> Weitere Aufmerksamkeit wurde auch dem Charakter der Schilderungen geschenkt, die über ein reines Handelsinteresse hinauszugehen schienen. So fiel auf, dass Täyi „den britischen Imperialismus in Ägypten und der übrigen Welt stark kritisierte“ und „auch die US-Politik kritisierte“.<sup>24</sup> In der Tat würden die erhofften Waffen, vor allem Maschinengewehre, Granatwerfer und Munition, für den Guerillakampf gegen die britische Okkupation benötigt, so die ägyptische Erklärung. Außerdem betonte Täyi den Wunsch nach intensiven Beziehungen zur UdSSR und unterstrich die Kongruenz der ägyptischen Interessen mit denen der Staaten im „Friedenslager“.<sup>25</sup>

In weiteren Treffen im Mai und Juni wurden diese Darstellungen ausgeführt und gipfelte am 27. Juni 1953 in der dringenden Anfrage nach hundert kleinen Panzern, die ebenso dem sowjetischen Botschafter, Michail A. Kostylev, vorgetragen werden sollte. Um der Befürchtung, dass diese Waffen letztlich im Falle eines Krieges gegen die UdSSR bzw. den Ostblock benutzt werden könnten, vorzugreifen, erklärte Täyi, „Ägypten würde niemals ein Verbündeter der Imperialisten werden“ und die Waffen seien nur zur Verteidigung und für den Unabhängigkeitskampf.<sup>26</sup>

Nachdem der Kreml bezüglich der Waffenanfragen zurückhaltend blieb, bemühte sich General Nağuib um eine allgemeine Annäherung. In einem zweiten Treffen mit dem sowjetischen Gesandten in Kairo sprach sich Nağuib erneut für eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere des direkten Warenaustausches aus und unterstrich ebenfalls das Interesse Ägyptens an kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion. Nağuib merkte an, dass Waffen nur ein Beispiel neben Landwirtschaftsmaschinen oder Industrieausrüstung für Waren seien, die sie gerne gegen Baumwolle tauschen würden, und er das Thema Waffenhandel nicht aufgreifen würde.<sup>27</sup>

Die Bemühungen hatten eine stetige Annäherung zur Folge, deren nächstes Ergebnis die Unterzeichnung einer allgemeinen Handelsübereinkunft im August 1953 war.<sup>28</sup> Auf dieser Basis war es Ägypten möglich, direkte Wirtschaftsverhandlungen in Moskau zu führen. So reiste im Dezember 1953 eine ägyptische Delegation, geleitet von General Hassan Rağab, zu umfassenden Gesprächen in die UdSSR, wo sie sich mehrere Wochen aufhielt. Weitere Verhandlungen erfolgten auch in der Tschechoslowakei, in Polen, Ungarn, Ostdeutschland und Rumänien.<sup>29</sup> In den Gesprächen ging es um einen grundsätzlichen Ausbau der Handelskontakte und mögliche Kooperationen bei Industrieprojekten. Doch allein die Tatsache, dass mit General Rağab ein hochrangiger Militärangehöriger geschickt wurde, wies auf das implizite Interesse an Waffen hin.<sup>30</sup> Diese Vermutung findet sich auch

<sup>23</sup> Ebenda.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Telegramm des sowjetischen Gesandten in Ägypten, S. P. Kozyrev, an das MID SSSR, 13. 10. 1953, streng geheim, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 190f.

<sup>28</sup> Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 170.

<sup>29</sup> Archiv des MZV: Bericht über tschechoslowakisch-ägyptische Wirtschaftsverhandlungen, 10. 6. 1954, in: *The Virtual Archive, Collection: The Cold War in the Middle East, Cold War International History Project (CWIHP)*, www.CWIHP.org, by permission of the Woodrow Wilson International Center for Scholars (5. 5. 2007).

<sup>30</sup> Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 171.

durch Dokumente bestätigt, die zeigen, dass bezüglich militärischer Interessen konkrete Verhandlungen liefen.<sup>31</sup>

Während die ägyptischen Vorstellungen in Osteuropa auf grundsätzliche Bereitschaft zu einer Kooperation trafen, kam es nun auf ägyptischer Seite zu Verzögerungen, so dass der negative Eindruck entstand, die ägyptische Initiative sei nur ein politisches Manöver gewesen. In der Tschechoslowakei wurde gefolgert: „Jetzt kann man sagen, dass die ägyptische Delegation ein Propagandatrick war, der darauf abzielte, Druck auf den Westen auszuüben und unsere Fabriken zu inspizieren.“<sup>32</sup>

Diese Interpretationen waren nicht zuletzt durch die innenpolitische Situation in Ägypten bedingt. Insbesondere der Anfang des Jahres 1954 war vom internen Machtkampf zwischen ‘Abd an-Nāsir und Nağūib geprägt, so dass außenpolitische Initiativen nicht konsequent verfolgt wurden. Hinzu kamen weitere Bedenken, die eine Entwicklung der Beziehungen zusätzlich erschwerten. In der Tat lehnte die ägyptische Regierung die Einreise osteuropäischer Delegationen zu weiterführenden Verhandlungen unter dem Hinweis ab, dass die Zeit hierfür „nicht reif“ sei.<sup>33</sup> Während Ägypten selbst eine Intensivierung der Beziehungen vorangetrieben hatte, zeigte sich nun Unsicherheit über die Auswirkungen eines solchen politischen Schrittes. Grund hierfür war die eigentlich eher prowestliche Haltung des Regimes, die sich im Widerstand ‘Abd an-Nāsirs gegen eine Annäherung an die UdSSR äußerte.<sup>34</sup> Aber nicht zuletzt bewirkte auch die Tatsache der Truppenpräsenz Englands das Zögern auf ägyptischer Seite. Nağūib machte gegenüber Kozyrev die Schwierigkeiten deutlich, die die ägyptischen Beziehungen zur UdSSR beeinträchtigten:

„Ich sage offen, dass mich die Engländer und Amerikaner verdächtigen können, welche mich in Antwort darauf zerdrücken und mein Regime wegfeigen können. Und um ihnen Widerstand zu leisten, hat Ägypten bis jetzt weder die Kraft noch die Möglichkeit.“<sup>35</sup>

Nicht unerheblich dürfte in diesem Zusammenhang die Wirkung des Sturzes von Muhammad Musaddiq, dem iranischen Ministerpräsidenten, gewesen sein. Musaddiq, der durch die Nationalisierung der iranischen Ölindustrie die britischen Interessen stark herausgefordert hatte, war im August 1953 durch die CIA gestürzt worden. An seiner statt war Schah Reza Pahlevi, der frühere Herrscher Irans wieder eingesetzt worden.<sup>36</sup> Auch die politischen Unruhen in Guatemala mit dem Sturz des Präsidenten Arbenz im Sommer 1954 wirkten abschreckend auf ‘Abd an-Nāsir. Die CIA hatte den Putsch im Juni vorbereitet, nachdem in Guatemala eine erste tschechoslowakische Waffenlieferung eingetroffen war.<sup>37</sup>

<sup>31</sup> Z.B. Archiv des MZV: Bericht über tschechoslowakisch-ägyptische Wirtschaftsverhandlungen, 10. 6. 1954, www.CWIHP.org (5. 5. 2007), s. a. Anm. 29.

<sup>32</sup> Ebenda.

<sup>33</sup> Ebenda.

<sup>34</sup> Hamrůš, Ahmad, Qissat Thaurat 23 Yuliyo, Kairo 1983, wiedergegeben bei Ginat, The Soviet Union and Egypt, S. 172.

<sup>35</sup> Telegramm des sowjetischen Gesandten in Ägypten, S. P. Kozyrev, an das MID SSSR, 13. 10. 1953, streng geheim, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 191.

<sup>36</sup> Am 1. 5. 1951 hatte Muhammad Musaddiq (Mossadegh) die Anglo-Iranian Oil Company (AIOC) verstaatlicht, da Großbritannien die Gewährung einer 50%-Beteiligung Irans abgelehnt hatte. Infolge der Auseinandersetzungen machte Großbritannien nicht nur den Verlust der Anteile, sondern musste auch auf Öllieferungen aus dem Iran verzichten und drängte daher auf Maßnahmen gegen Musaddiq. Im August 1953 führten die USA die Operation „Ajax“ zum Sturz Musaddiqs durch.

<sup>37</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen bei Fursenko/Naftali, Khrushchev’s Cold War, S. 60–62.

Auf der anderen Seite blieb bei 'Abd an-Nāsir, der sich trotz der Popularität Nağūibs mehr und mehr als führender Entscheider durchsetzte,<sup>38</sup> eine starke Skepsis gegenüber den sozialistischen Staaten bestehen. Er erhoffte sich nach wie vor ein Einlenken der USA.<sup>39</sup> Von besonderem Gewicht aber war die Befürchtung Ägyptens, der Westen könne einen solchen Schritt dazu nutzen, den noch immer mit großer Vehemenz verfolgten nah-östlichen Verteidigungspakt ohne ägyptische Teilnahme zu realisieren, was Ägypten in der arabischen Welt isolieren und auch von westlicher Hilfe abschneiden würde. US-Außenminister Dulles hatte nach der Absage Ägyptens auf ein verändertes Konzept gesetzt: einen Pakt der „Northern Tier“-Staaten. Infolge dieser Überlegungen standen nun der Irak und auch Syrien im Fokus der US-amerikanischen Bemühungen, um mit Pakistan, der Türkei und dem Iran einen die NATO ergänzenden Pakt zu bilden. Deshalb war es vor allem die Befürchtung, infolge der verbesserten Beziehungen zum Osten vom Westen isoliert zu werden, die die politischen Entscheidungen in Ägypten beherrschte.

## 2. Der sowjetisch-ägyptische Waffenhandel

### 2.1. Ğamāl 'Abd an-Nāsir: Aktive Neutralität

Im Laufe des Jahres 1954 konnte Ğamāl 'Abd an-Nāsir seine Position im internen Machtkampf mit Nağūib stärken. Aus seiner prowestlichen Haltung heraus versuchte er erneut, Waffen aus den USA zu beziehen, lehnte aber jeglichen Druck auf einen Paktbeitritt als Bedingung ab. Seine Überzeugung, die er auch wiederholt gegenüber US-amerikanischen Diplomaten zum Ausdruck brachte, war, dass die Region zunächst vollkommen selbständig sein müsse, bevor sie neue Bündnisse eingehen könne.<sup>40</sup>

Es gelang 'Abd an-Nāsir am 19. Oktober 1954 unter erheblichen Konzessionen, einen Vertrag über den Abzug der britischen Truppen mit England zu unterzeichnen. Es wurde festgelegt, dass die noch immer mit ca. 80 000 Mann präsenten britischen Truppen innerhalb von zwanzig Monaten aus der Suezkanalzone evakuiert werden mussten. Doch Großbritannien behielt das Recht, im Falle eines Angriffs auf einen der arabischen Staaten oder auch auf die Türkei, die Suezbasis erneut zu besetzen. Dieser Zusatz rief heftige Proteste hervor und 'Abd an-Nāsir sah sich gezwungen, die Kooperation mit dem Westen einzuschränken.<sup>41</sup> So lehnte er weiter einen Paktbeitritt ab, erklärte sich inoffiziell aber im November 1954 zu einer engen militärischen Zusammenarbeit mit Großbritannien, der Türkei und den USA bereit. Dies sollte informelle Treffen der Militärangehörigen sowie auch gemeinsame Luftwaffen- und Flottenübungen einschließen.<sup>42</sup> Jedoch zeigte sich, dass die von Ägypten erhofften Waffenkäufe aus dem Westen durch diese Konzessionen nicht ermöglicht wurden.

<sup>38</sup> Zum Machtkampf: Vatikiotis, Nasser and His Generation, S. 138–149.

<sup>39</sup> Zur grundsätzlich prowestlichen Haltung 'Abd an-Nāsirs vgl. Podeh, The Drift towards Neutrality, S. 160f.

<sup>40</sup> Z. B. Gespräch von J. F. Dulles mit den Mitgliedern des RCC, 12. 5. 1953, in: FRUS, 1952–1954, Bd. 9, S. 20ff.; Telegramm der US-amerikanischen Botschaft in Ägypten an das State Department, 17. 1. 1955, in: FRUS, Bd. 12, 1955–1957, S. 6.

<sup>41</sup> Podeh, The Drift towards Neutrality, S. 163f.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 165.

Zu diesem Zeitpunkt hatte 'Abd an-Nāsir bereits ein erstes Angebot der Sowjetunion für Waffenlieferungen erhalten. Im Februar 1954 hatte Ägypten die Bitte um Waffen gegenüber der Sowjetunion wiederholt. Bei einem protokollarischen Treffen zwischen dem ägyptischen und dem sowjetischen Gesandten sprach al-Masri von der „Notwendigkeit“ diesbezüglicher Hilfe aus der Sowjetunion.<sup>43</sup> Der sowjetische Gesandte in Ägypten, D. S. Solod, kritisierte allerdings, dass Ägypten nur einseitig Waffenhandelsbeziehungen suche, ansonsten den Austausch mit der UdSSR aber nicht verfolge. Al-Masri begründete dies, wie vorher auch General Naǧuīb, mit dem Druck aus den USA und England, die Ägypten bei jeder Annäherung an die UdSSR „unterdrücken“ würden. So sei zum Beispiel bekannt geworden, dass die Amerikaner den Engländern für den Fall einer feindlichen ägyptischen Politik sogar die Okkupation Kairos freigestellt hätten.<sup>44</sup>

Sowohl auf ägyptischer als auch auf sowjetischer Seite war mittlerweile ein deutliches Interesse an der Intensivierung der Kontakte gegeben. Der kritische Hinweis Solods wurde in Ägypten aufgenommen, so dass am 30. März 1954 ein Handelsvertrag unterzeichnet wurde. Gleichzeitig hob die Sowjetunion ihre Gesandtschaft in Ägypten zum Rang einer Botschaft an, was Ausdruck des gesteigerten Interesses Moskaus war. Ein weiteres positives Signal von Seiten des Kreml erhielt Ägypten Ende März, als die UdSSR im UNO-Sicherheitsrat zugunsten von Ägypten ein Veto einlegte. Israel hatte wiederholt eine Beschwerde eingereicht, da Ägypten wichtige strategische Waren für Israel beim Transfer durch den Suezkanal behinderte. Der ägyptische Außenminister hatte sich zuvor um die sowjetische Position in dieser Frage bemüht und auch verschiedene Materialien zur Information geschickt.<sup>45</sup> Das sowjetische Veto gegen die Verwarnung Ägyptens traf auf entsprechende Dankbarkeit in Kairo, die sich vor allem in dem Wunsch nach einem Ausbau der Beziehungen äußerte.<sup>46</sup> Darüber hinaus wurde der Kreml verstärkt einer neutralen Ausrichtung der arabischen Staaten versichert. Der ägyptische Außenminister Fauzi teilte dem sowjetischen Botschafter Solod mit, dass die Arabische Liga sich auf eine Erklärung geeinigt habe, Beziehungen zu Staaten, die freundschaftliche Verbindungen zu den arabischen Ländern suchten, stärker zu unterstützen. Hingegen sollten Abkommen für Militärhilfe, die in irgendeiner Weise die Souveränität der arabischen Staaten in Frage stellten, verhindert werden. Solod kam daher zu dem Ergebnis, „dass die arabischen Staaten deutlicher zur Durchführung einer Politik der Neutralität zwischen den westlichen und östlichen Blöcken tendieren“.<sup>47</sup>

Vor allem aber war das sowjetische Außenministerium zu dem Schluss gekommen, dass sich eine Übereinstimmung der sowjetischen und ägyptischen Interessen ergeben hatte:

„Die Frage der Beteiligung der arabischen Staaten in aggressiven Blöcken, die von den USA und England im Nahen und Mittleren Osten zusammengebastelt werden, hat für die Sowjetunion eine wichtige Bedeutung. Deshalb sollte die Aufgabe unserer Politik in diesen Ländern und in erster

<sup>43</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Gesandten in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Gesandten Ägyptens in der UdSSR, A. al-Masri, 1. 2. 1954, geheim, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 199.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 199.

<sup>45</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Gesandten in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Außenminister Ägyptens, M. Fauzi, 1. 2. 1954, geheim, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 200f.

<sup>46</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Außenminister Ägyptens, M. Fauzi, 7. 4. 1954, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 208f.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 209.

Linie in Ägypten sein, den Versuchen der USA und Englands, die genannten Länder in diese Blöcke einzubinden, entgegenzuwirken.“<sup>48</sup>

Aus Moskau kamen nun immer deutlichere Zeichen dahingehend, dass ägyptische Initiativen positiv rezipiert würden. Bei der Akkreditierung des ägyptischen Botschafters in Moskau im April 1954 wurde erstmals die Bereitschaft signalisiert, gegen ägyptische Rohstoffe auch Waffen zu liefern.<sup>49</sup> Im Juni 1954 brachte ‘Abd an-Nāsir selbst die Thematik des Waffenkaufs gegenüber Solod zur Sprache und deklarierte dies auf Nachfrage Solods sogar als offizielle Regierungsanfrage. Dabei erläuterte er die Dringlichkeit damit, dass „Ägypten in Wirklichkeit ein okkupiertes Land“ sei, die ägyptische Armee aber nicht die notwendigen Waffen habe, um sich dieses Zustands zu erwehren.<sup>50</sup> Gleichzeitig unterstrich ‘Abd an-Nāsir die Weigerung Ägyptens, auswärtigen Paktsystemen beizutreten, und berichtete von einer diesbezüglichen Vereinbarung mit dem saudi-arabischen König as-Saūd. Beide Länder wollten zusammen darauf hinwirken, eine arabische Verteidigung aufzubauen, betonte ‘Abd an-Nāsir.<sup>51</sup>

Die sowjetische Reaktion kam prompt. Schon am 8. Juni 1954 übermittelte Solod ‘Abd an-Nāsir die offizielle Antwort, dass Ägypten konkrete Bestellungen einreichen könne, die dann geprüft würden.<sup>52</sup> Doch wie das Gespräch zeigte, herrschten Bedingungen vor, die einer solchen Entscheidung Ägyptens eine zusätzliche Bedeutung beigemessen hätten. Die USA verfolgten intensiv die Idee des Northern-Tier-Paktes und warben für eine arabische Beteiligung. Zumindestens im Irak hatte es bereits Stimmen zugunsten eines Beitritts zum türkisch-pakistanischen Pakt gegeben.<sup>53</sup> Im Fokus stand für Ägypten daher die Verhinderung arabischer Beteiligungen und stattdessen die Bemühung um eine arabische Kooperation. Gleichzeitig versuchte ‘Abd an-Nāsir, die Planungen durch Kooperationsangebote und Konzessionen in den anglo-ägyptischen Verhandlungen zu verhindern.<sup>54</sup>

Die Beziehungen zur Sowjetunion waren aus strategischen Überlegungen heraus verbessert worden. Gerade Nağuib versuchte, wie vorher die Wafd-Regierung, die UdSSR als indirektes Druckmittel hinsichtlich der Verhandlungen Ägyptens mit Großbritannien und den USA zu instrumentalisieren. Auch ‘Abd an-Nāsir suchte angesichts der andauernden Verhandlungen mit Großbritannien und den USA zunehmend nach Alternativen. Mehr als seine Vorgänger vermied er jedoch, die UdSSR in die Politik des Nahen Ostens zu in-

<sup>48</sup> Auskunft G. T. Zajcevs, Abteilung für Länder des Nahen und Mittleren Ostens des sowjetischen Außenministeriums, zur Reise des Genossen D. T. Šepilov nach Ägypten, 18. 7. 1955, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 306.

<sup>49</sup> Geheimdienstliche Mitteilung des Leiters der Geheimdienstabteilung im Büro des Präsidenten, Hassan Tuhami, an Ğ. ‘Abd an-Nāsir, 15. 6. 1955, in: The Virtual Archive, Collection: The Cold War in the Middle East, Cold War International History Project (CWIHP), www.CWIHP.org, by permission of the Woodrow Wilson International Center for Scholars (5. 5. 2007). Vgl. die Wiedergabe eines weiteren Gesprächs bei Laron, *Cutting the Gordian Knot*, S. 20.

<sup>50</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Premierminister Ägyptens, Ğ. ‘Abd an-Nāsir, 15. 6. 1954, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 211.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 212.

<sup>52</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Premierminister Ägyptens, Ğ. ‘Abd an-Nāsir, 8. 7. 1954, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 214f.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 214–216. Siehe außerdem FRUS, Bd. 12, 1955–1957, S. 3; Dawisha, *Soviet Foreign Policy*, S. 9.

<sup>54</sup> Podesh, *The Drift towards Neutrality*, S. 165.

volvieren. 1954 nahm 'Abd an-Nāsir daher Abstand davon, auf das sowjetische Angebot einzugehen. Angesichts der vorherrschenden Lage hätte ein solcher politischer Schritt den ägyptischen Interessen wohl weniger gedient, als vielmehr zu einer weiteren Isolation beigetragen.

Dennoch bewirkten die Entwicklungen im Laufe des Jahres 1954 eine grundsätzliche Radikalisierung der ägyptischen Politik. Sowohl das Ausbleiben von substantieller wirtschaftlicher und militärischer Hilfe aus dem Westen als auch der unverbindliche Verhandlungsstil der US-amerikanischen Repräsentanten hatten zur Folge, dass 'Abd an-Nāsir verstärkt zu einer Politik der Neutralität tendierte.<sup>55</sup> Die Idee der Neutralität hatte in Ägypten ihren Ausgangspunkt in der Nachkriegszeit, in der sie sich aus Opposition gegen den englischen Kolonialismus in den sozialistischen Kreisen entwickelt hatte.<sup>56</sup> Auch die Wafd-Regierung hatte Anfang der 1950er Jahre in Ansätzen versucht, mittels einer verstärkten Neutralität die Interessen zu verfolgen, was aber noch weitgehend ohne Auswirkungen blieb.<sup>57</sup> Doch prägte das Konzept die politischen Diskussionen und wurde immer mehr ein ideologischer Bestandteil der ägyptischen Politik.

## 2.2. Unabhängigkeit, Blockfreiheit und Sicherheit Ägyptens

Zusätzlich zu den Entwicklungen 1954 waren für 'Abd an-Nāsir im Frühjahr 1955 mehrere Faktoren ausschlaggebend dafür, dass er ernsthaft sowjetische Hilfe erwog. Am 13. Januar 1955 erklärten die Türkei und der Irak ihren Wunsch, zu Verteidigungszwecken zu kooperieren, und einen Monat später, am 24. Februar, gaben sie den Abschluss des Militärpaktes, Middle East Treaty Organization (METO), bekannt. Im April trat auch Großbritannien diesem als Bagdad-Pakt bekannten Abkommen bei. 'Abd an-Nāsir verstand dies als direkten Affront gegen Ägypten, aber auch gegen die arabischen Interessen, da der umstrittene Pakt die Spaltung der arabischen Länder nach sich ziehen würde. Er äußerte sich in diesem Kontext folgendermaßen gegenüber dem US-amerikanischen Botschafter in Kairo:

„Sie haben die ‚innere Front‘ nicht berücksichtigt, über die ich so oft zu Ihnen sprach und zu der ich mich entlang des Wegs so vorsichtig bewegt habe, vertrauend auf Treu und Glauben des Westens. [...] Ich bin Soldat, Politiker und Psychologe und ich kann nicht zustimmen, dass dieser Pakt der Weg ist, ein realistisches Verteidigungssystem zu gewährleisten. So ein System braucht echte Unterstützung von [den] Menschen im N[ahen]O[sten] und so eine Unterstützung wird nur einem Verteidigungssystem entgegengebracht werden, das ohne ausländische Beteiligung auf dem ACPS<sup>58</sup> basiert.“<sup>59</sup>

In Ägypten wurden hieraus zwei Konsequenzen gezogen. Zum einen bemühte man sich in Kairo, weitere arabische Staaten von einem Paktbeitritt abzuhalten. Dies gelang aufgrund breiter diplomatischer Aktivitäten und mündete im März zudem in einen Versuch, mit Syrien und Saudi-Arabien einen unabhängigen Zusammenschluss zu bilden. Seit Juli 1953 war Kairo zudem im Besitz einer eigenen Rundfunkanstalt, die von der CIA finanziert

<sup>55</sup> Copeland, *The Game of Nations*, S. 144ff.; Haikal, Nasser, S. 52f.

<sup>56</sup> Zu den Ursprüngen der politischen Ideen, v.a. des Neutralismus in Ägypten, vgl. Ginat, *The Egyptian Left and the Roots of Neutralism*, S. 5–24, passim; Ginat/Noema, *Al-Fajr al-Jadid*, S. 869ff.

<sup>57</sup> Siehe Kapitel V.2. der vorliegenden Arbeit; auch: Ginat/Noema, *Al-Fajr al-Jadid*, S. 884f.

<sup>58</sup> Der Arab Collective Security Pact (ACSP) wurde 1950 von der Arabischen Liga gebildet.

<sup>59</sup> Vgl. Brief der amerikanischen Botschaft in Kairo an das State Department, 6.2.1955, in: FRUS, Bd. 12, 1955–1957, S. 15.

worden war. Der Sender operierte so effektiv und einflussreich, dass die CIA bald selbst erfolglos versuchte, die Arbeit zu unterminieren.<sup>60</sup>

Zum anderen versuchte 'Abd an-Nāsir, die regionale Vormacht Ägyptens zu stärken, um sich gegenüber dem Einfluss der Großmächte behaupten zu können.<sup>61</sup> In seiner Schrift „Die Philosophie der Revolution“ führte er den Wirkungsbereich seiner Regiozentrik aus: „Ich erkunde unsere Lage und stelle fest: Wir befinden uns in einer Gruppe von Zirkeln, die der Schauplatz unserer Gefangenschaft sein sollten und in welchen wir uns so viel zu bewegen versuchen, wie wir können.“<sup>62</sup> Die Wirkungskreise, auf die 'Abd an-Nāsir sich hier bezog, wiesen auf die geopolitische Lage Ägyptens hin: Als Zentrum der islamischen Kultur, Tor zum afrikanischen Kontinent und bevölkerungsreichster Staat der arabischen Welt sollte das Land unterschiedliche Regionen verbinden. Besondere Priorität kam dem Nahen Osten selbst zu, welcher der Hintergrund für Ägyptens Politik sein sollte:

„Hier beeile ich mich darauf hinzuweisen, dass diese Rolle keine führende Rolle ist. Es ist eine des Wechselspiels der Reaktionen und Experimente mit all diesen Faktoren, und sie zielt darauf ab, diese wunderbare Energie verborgen in jedem Wirkungskreis um uns herum explodieren zu lassen und eine enorme Kraft in dieser Region zu schaffen, welche fähig ist, diese Region emporzuheben und sie eine positive Rolle in der Konstruktion der Zukunft der Menschheit spielen zu lassen.“<sup>63</sup>

Im Kontext der Selbstbehauptung gewann gleichzeitig zunehmend das Konzept der Neutralität an Bedeutung, um auswärtige Unterstützung für die Positionierung Ägyptens in der Region unabhängig nutzen zu können.

Als ein weiterer Faktor spielten die Ereignisse vom 28. Februar 1955 eine Rolle. Im Zuge ständiger Auseinandersetzungen der arabischen Staaten mit Israel griff die israelische Armee eine ägyptische Militärstation im Gazastreifen an, wobei es mehrere Tote gab.<sup>64</sup> Einig ist man sich in der Forschung mittlerweile über die Wirkung dieses Angriffs, in dem ein entscheidender Auslöser für den Entschluss Ġamāl 'Abd an-Nāsirs gesehen wird, das frühere sowjetische Angebot erneut aufzugreifen.<sup>65</sup>

Damit fielen zwei Gründe zusammen: der Druck des Westens, der durch die Etablierung eines Paktes Ägypten zu isolieren drohte, und die Befürchtung weiterer Angriffe Israels und die damit verbundene Realisierung der Schwäche der ägyptischen Armee. Auch wurde ein Zusammenhang dieser beiden Entwicklungen angenommen. Tatsächlich war es vorherrschende Meinung in Ägypten, dass Israel von den Westmächten als Instrument benutzt wurde, den Druck auf Ägypten und die anderen arabischen Staaten zu erhöhen. Dies kam schon im Februar 1954 in einem Gespräch des ägyptischen Außenministers mit dem sowjetischen Gesandten zur Sprache. Der Kontext war die israelische Beschwerde beim UNO-Sicherheitsrat über die ägyptische Behinderung von israelischen Warentransporten durch den Suezkanal. Nach vorliegenden Fakten, so behauptete Fauzi, sei Israel

<sup>60</sup> Vgl. Copeland, *The Game of Nations*, S. 46f.; Mahr, *Die Rolle Ägyptens*, S. 44ff. Die USA haben in diesem Zusammenhang über einen Konkurrenzsender im arabischen Raum nachgedacht, aber dies wegen der guten Ausstattung an Sängern, Sprechern, Dichtern etc. in Kairo als unmöglich eingestuft. Radio Kairo wurde in der ganzen Region ausgestrahlt und ab 1956 auch in Afrika. Im Suezkrieg versuchte die britische RAF den Sender mit Bomben zu zerstören, mit amerikanischem Einverständnis.

<sup>61</sup> Nasser, *The Egyptian Revolution*, S. 204.

<sup>62</sup> Vgl. ebenda, S. 59.

<sup>63</sup> Vgl. Nasser, *The Philosophy of the Revolution*, S. 62.

<sup>64</sup> Evron, *The Middle East*, S. 35f.; Golani, *The Historical Place of the Czech-Egyptian Arms Deal*, S. 804f.; Haikal, Nasser, S. 51.

<sup>65</sup> Podeh, *The Drift towards Neutrality*, S. 174; Laron, *Cutting the Gordian Knot*, S. 6; siehe auch: El-Sadat, *Unterwegs zur Gerechtigkeit*, S. 163.

von den USA und England gezwungen worden, die Beschwerde einzureichen, um die Lage Ägyptens zu erschweren und auf diese Weise Zugeständnisse in den anglo-ägyptischen Verhandlungen zu erzielen.<sup>66</sup> Auch im Kontext mit dem Angriff auf Gaza herrschte eine solche Interpretation vor. In Sadats Memoiren kam diese Rezeption zur Sprache, als er schrieb:

„Nachdem wir gerade der britischen Besatzung ein Ende gesetzt hatten, konnte man kaum von uns erwarten, dass wir nun Ägypten neuerlich an einen von den Engländern oder einer anderen fremden Macht kontrollierten Pakt binden würden. [...] Wir unternahmen konzentrierte und erfolgreiche Bemühungen, um einige andere Länder des arabischen Raumes vom Beitritt abzuhalten, zum Beispiel Jordanien und den Libanon. Dies erweckte den Ärger Großbritanniens und der USA, mit dem Ergebnis, dass die Israelis am 28. Februar 1955 einen von den Anglo-Amerikanern inspirierten „Vergeltungs“-Angriff auf Gaza unternahmen.“<sup>67</sup>

Der in Ägypten damals wahrgenommene Kontext wird hier wie auch in damaligen ägyptischen Analysen und Gesprächen deutlich.<sup>68</sup> Auch hinter dem israelischen Angriff auf Gaza wurde ein westlicher Versuch vermutet, Ägypten aufgrund der erlebten Schwäche zur Kooperation in einem westlichen Militärpakt zu zwingen.<sup>69</sup>

In der Tat ergriff Ägypten Anfang April 1955 erneut die Initiative und eruierte, inwieweit das sowjetische Angebot für Waffen noch immer galt.<sup>70</sup> Wieder reagierte die Sowjetunion positiv und übermittelte Ägypten schon sechs Tage später die Bereitschaft zu Verhandlungen. Die Dringlichkeit einer Aufrüstung der ägyptischen Armee erläuterte Ġamāl ‘Abd an-Nāsir im Gespräch mit Solod nun mit einer „ernsthaften Gefahr einer möglichen Aggression von Seiten Israels“.<sup>71</sup> Des Weiteren dominierten zwei Aspekte in den Gesprächen mit den sowjetischen Diplomaten:<sup>72</sup> Im Vordergrund stand der „Kampf gegen den anglo-amerikanischen Druck“ und gegen die Versuche des Westens, „Ägypten von den anderen arabischen Staaten zu isolieren“.<sup>73</sup> Nicht zuletzt bedingt durch die Kritik an den

<sup>66</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Gesandten in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Außenminister Ägyptens, M. Fauzi, 1. 2. 1954, geheim, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 200.

<sup>67</sup> El-Sadat, Unterwegs zur Gerechtigkeit, S. 162f.

<sup>68</sup> Siehe z. B. auch: Geheimdienstliche Mitteilung des Leiters der Geheimdienstabteilung im Büro des Präsidenten, Hassan Tuhami, an Ġ. ‘Abd an-Nāsir, 15. 6. 1955, in: The Virtual Archive, Collection: The Cold War in the Middle East, Cold War International History Project (CWIHP), www.CWIHP.org, by permission of the Woodrow Wilson International Center for Scholars (5. 5. 2007).

<sup>69</sup> Evron, The Middle East, S. 36ff.; Seale, The Struggle for Syria, S. 235; Podesh, The Drift towards Neutrality, S. 169. Eine solche Befürchtung äußerte Ġamāl ‘Abd an-Nāsir auch im Sommer 1955 wieder. Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Premierminister Ägyptens, Ġ. ‘Abd an-Nāsir, 21. 5. 1955, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 276f.

<sup>70</sup> Ebenso erfolgte im März 1955 wieder eine konkrete Anfrage in der Tschechoslowakei. Vgl. hierzu Laron, Cutting the Gordian Knot, S. 22.

<sup>71</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Premierminister Ägyptens, Ġ. ‘Abd an-Nāsir, 21. 5. 1955, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 276f. Zur Frage, ob ein ägyptischer Angriff geplant wurde, siehe Laron, „Logic Dictates that They May Attack“, S. 69–84.

<sup>72</sup> Z. B. Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem ägyptischen Minister für nationale Orientierung und Staatsminister für die Sudanangelegenheiten Ägyptens, S. Salem, 9. 6. 1955, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 286ff.; Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Außenminister Ägyptens, M. Fauzi, 8. 6. 1955, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 284f.

<sup>73</sup> Aus den Aufzeichnungen des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Minister für nationale Orientierung und Staatsminister für die Sudanangelegenheiten Ägyptens, S. Salem, 9. 6. 1955, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 286ff.

Westmächten wurde aber auch die Versicherung gegeben, „dass die ägyptische Regierung fest entschlossen sei, eine Politik der gleichen Beziehungen zum Westen wie zum Osten zu führen“.<sup>74</sup> Letztere Überlegung bezog insbesondere die Ablehnung von Blockplanungen mit ein, was als „antiimperialistische“ Politik für Moskau von besonderem Gewicht war. Dass es sich dabei nicht nur um diplomatische Argumente handelte, zeigen die Gespräche mit US-amerikanischen Diplomaten wie auch interne ägyptische Analysen.<sup>75</sup>

Einfluss auf die Entscheidung hatte auch ‘Abd an-Nāsirs Erfahrung mit der Bandung-Konferenz im April 1955, auf welcher er in engen Austausch mit asiatischen und afrikanischen Vertretern einer neutralen, „blockfreien“ Politik gekommen war. Bereits im Februar hatte es erste Treffen zwischen ‘Abd an-Nāsir, dem indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru und Josip Broz Tito, dem jugoslawischen Staatsoberhaupt, gegeben. Die Gespräche und der Erfolg des ersten internationalen Auftritts von ‘Abd an-Nāsir bestätigten ihn in seinem Entschluss, die Großmächte zur Durchsetzung der ägyptischen Interessen zu nutzen. Die ägyptische Lage war durchaus z. B. mit der indischen vergleichbar. Auch Nehru sah sein Land konfrontiert mit der amerikanischen Planung eines islamischen Paktes. Pakistans Vertrag mit der Türkei von 1954 wies schon auf die angestrebte Teilnahme am Bagdadpakt hin, die im September 1955 erfolgen sollte. Ebenso kristallisierte sich in Indien parallel zur Neutralität eine gesteigerte regiozentrische Außenpolitik heraus. Indien versuchte, seinen Einfluss in Asien und dem Nahen Osten zu etablieren, was z. B. auch zu Initiativen im Rahmen der Palästinafrage führte und schließlich Indiens führende Rolle in der Neutralitätsbewegung der afrikanischen und asiatischen Länder manifestierte.<sup>76</sup> Die beiden entschiedensten Vertreter der Neutralität und Blockfreiheit, Nehru und Tito, überzeugten ‘Abd an-Nāsir auch davon, dass aus der Rivalität der beiden Großmächte durchaus Nutzen gezogen werden konnte.

Darüber hinaus konnte ‘Abd an-Nāsir in Bandung auch sein Interesse an Waffen verfolgen. Durch das Zusammentreffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Chou En-Lai gewann er einen weiteren Fürsprecher gegenüber der UdSSR, da dieser eine direkte Vermittlung eines Waffenhandels mit der UdSSR zusagte.<sup>77</sup> Sein aktives Auftreten auf der Konferenz, die die negativen Auswirkungen des SEATO- und des Bagdadpaktes als ein Hauptthema diskutierte, verschaffte ‘Abd an-Nāsir daher den entsprechenden Rückhalt für seinen Standpunkt im internationalen Rahmen.

Ein anderer, allerdings eher zweitrangiger Faktor in der ägyptischen Politik könnte im Zusammenhang mit den Sudanereignissen eine Rolle gespielt haben. Die Frage nach Eigenstaatlichkeit oder Zugehörigkeit des Sudans zu Ägypten hatte viele Diskussionen in den anglo-ägyptischen Verhandlungen geprägt. Nun wurde im Mai 1955 in Reden sudane-

---

<sup>74</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Außenminister Ägyptens, M. Fauzi, 8. 6. 1955, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947-1967*, Bd. 1, S. 284.

<sup>75</sup> Vgl. insbesondere: Geheimdienstliche Mitteilung des Leiters der Geheimdienstabteilung im Büro des Präsidenten, Hassan Tuhami, an Ğ. ‘Abd an-Nāsir, 15. 6. 1955, in: *The Virtual Archive*, Collection: *The Cold War in the Middle East*, Cold War International History Project (CWIHP), [www.CWIHP.org](http://www.CWIHP.org), by permission of the Woodrow Wilson International Center for Scholars (5. 5. 2007).

<sup>76</sup> Zur indischen Politik in der Palästinafrage siehe Ginat, *India and the Palestine Question*, S. 189-218.

<sup>77</sup> Nach Sadat waren die chinesischen Vermittlungen entscheidend für das Zustandekommen des Geschäfts. Laron widerspricht diesem, da die Anfrage und Zusage schon vor der Konferenz vorgelegen hätten. Vgl. hierzu im Einzelnen El-Sadat, *Unterwegs zur Gerechtigkeit*, S. 155, 163; Laron, *Cutting the Gordian Knot*, S. 23.

sischer Politiker der Wille zur Unabhängigkeit öffentlich kundgegeben, während Ägypten ihn als integralen Teil betrachtete.<sup>78</sup>

Der Grund dafür, dass bis zur sowjetisch-ägyptischen Vertragsunterzeichnung noch ein halbes Jahr verging,<sup>79</sup> lag in der ägyptischen Befürchtung westlicher Reaktionen begründet. Wiederholt war der Druck, der auch bei kleinen Zeichen einer sowjetisch-ägyptischen Annäherung vom Westen ausgeübt würde, und die Unsicherheit über mögliche westliche Reaktionen unterstrichen worden.<sup>80</sup>

Darüber hinaus aber verfolgte 'Abd an-Nāsir auch noch bis in den Sommer einen entsprechenden Antrag in den USA. Er forderte die USA auf, die Unabhängigkeitsbewegungen von Staaten nicht als kommunistisch zu verurteilen: „Es wäre unklug von den Vereinigten Staaten, von nationalistischen Aktivitäten, die von aufrichtigen Patrioten angeführt werden, deren einziger Wunsch es ist, ihre Nation frei von ausländischer Vorherrschaft zu sehen, diese Auffassung zu vertreten.“<sup>81</sup>

Der US-amerikanische Botschafter Henry A. Byroade wies das State Department in einem Brief vom 20. März 1955 auf 'Abd an-Nāsirs eindeutige Tendenz zum Westen hin. Er gab allerdings zu bedenken, dass diesem im Kampf um die Regionalpakte kaum eine Wahl gelassen werde, so dass er sich gezwungen sehen könnte, den Skeptikern in der Regierung nachzugeben und sich vom Westen abzuwenden.<sup>82</sup> Die Schwierigkeiten, denen 'Abd an-Nāsir in seiner eigenen Regierung und vor allem von Seiten der Armee begegnete, wären nicht zu unterschätzen. „Bedauerlich an all diesem ist, dass er im Grunde genommen prowestlich ist und zweifellos antikommunistisch“<sup>83</sup>, schloss Byroade.

Am 27. September 1955 gab 'Abd an-Nāsir das Waffengeschäft mit der Sowjetunion als ein ägyptisch-tschechoslowakisches Handelsabkommen auf einer Militär-Vernissage in Kairo bekannt. Der Vertrag war bereits am 12. September in Prag abgeschlossen worden. Der Waffenhandel erfolgte letztlich zu Konditionen, die in hohem Maße von Ägypten festgelegt wurden. So bestand 'Abd an-Nāsir darauf, die Verhandlungen nicht in Moskau, sondern in Prag zu führen.<sup>84</sup> Auch beharrte er darauf, dass Ägypten die Waffen gegen Rohstoffe tauschen könne.

Weder die sowjetische Interessenpolitik noch ideologische Beweggründe 'Abd an-Nāsirs waren für seine Hinwendung zur UdSSR ausschlaggebend gewesen. Sie ergab sich vielmehr aus dem Anspruch heraus, die nationalen Interessen Ägyptens zu verwirklichen. In dieser Hinsicht war 'Abd an-Nāsirs Absicht mit den Zielen der Jewish Agency durchaus vergleichbar.

<sup>78</sup> Diesen Kontext sieht auch Leonid Mlečin, der (ohne Quellenangabe) referiert, 'Abd an-Nāsir habe im August 1955 nach Bomben und Transportflugzeugen für die Verlagerung der ägyptischen Truppen in den Sudan gefragt. Vgl. Mlečin, *Začem Stalin sozda Izrail?*, S. 319. Die Unabhängigkeit des Sudans wurde vom sudanesischen Parlament am 19. 12. 1955 beschlossen. Vgl. hierzu Ginat, *Egypt's Efforts to Unite the Nile Valley*, S. 193–222.

<sup>79</sup> Für eine detaillierte Darstellung der Verhandlungen siehe Laron, *Cutting the Gordian Knot*, S. 19–39.

<sup>80</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Premierminister Ägyptens, Ġ. 'Abd an-Nāsir, 21. 5. 1955, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 278.

<sup>81</sup> Nasser, *The Egyptian Revolution*, S. 211.

<sup>82</sup> FRUS, Bd. 12, 1955–1957, S. 76.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 41f. Byroade erwähnt z. B. Salah Salem als besonders misstrauisch gegenüber der amerikanischen Doppelstrategie.

<sup>84</sup> Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in Ägypten, D. S. Solod, mit dem Premierminister Ägyptens, Ġ. 'Abd an-Nāsir, 21. 5. 1955, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 277.

Es entwickelte sich eine Interessenallianz mit der UdSSR, deren Politik ebenfalls von neuen Ambitionen unter Chruščev geprägt war. Eine vorübergehende Kooperation mit der UdSSR sollte erstens die Position und Souveränität Ägyptens gegenüber dem Westen, insbesondere den USA, stärken. Und weiterhin sollte eine Quelle für Militärausrüstungen und diplomatische und wirtschaftliche Unterstützung gewonnen werden, die nötig für die Stärkung seiner Position waren.<sup>85</sup> Die sowjetisch-amerikanische Konfrontation des Kalten Krieges wurde von Ägypten zur Durchsetzung der eigenen nationalen Interessen und zur Schwächung der westlichen Dominanz ausgespielt. So hieß es in einem geheimdienstlichen Bericht vom Mai 1955, dass Ägypten den Waffenhandel mit der Sowjetunion vollziehen würde, auch wenn die USA nun ihre Politik ändere. „Die Beziehungen zu Russland werden für Ägypten nicht schädlich sein. Im Gegensatz, die russischen Waffen werden ihm [Ägypten] eine bessere Verhandlungsposition verschaffen.“<sup>86</sup> Im Endeffekt, so der Bericht, würden sich die USA bestrebt zeigen, die Beziehungen zu Ägypten zu verbessern.<sup>87</sup>

Die Kooperation mit der UdSSR sollte einer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Stärkung Ägyptens in der Region dienen. Die sowjetische Politik gegenüber Ägypten wurde dagegen durch strategische „antiimperialistische“ Interessen motiviert, aber ebenso durch langfristige politische Ziele. Eine dauerhafte Allianz entsprach jedoch nicht dem Ziel Ägyptens.

### 3. Ideologische Fundierung der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen

#### 3.1. Die sowjetische Reaktion: Der 20. Parteitag der KPdSU 1956

Die Annäherung zwischen der Sowjetunion und Ägypten entsprach zunächst einem strategischen Interesse beider Länder. Auf Seiten der Sowjetunion aber war die Politik gleichzeitig auch ein Zeichen der neuen ideologischen Herangehensweise. Der seit Stalins Tod im März 1953 stattfindende Wandel in der sowjetischen Politik und die damit zusammenhängenden Veränderungen in den sowjetisch-ägyptischen Beziehungen hatten ermöglicht, dass sich die Kontakte zwischen beiden Ländern auf einer neuen Grundlage entwickelten. ‚Abd an-Nāsirs verzögerte Initiative wäre angesichts seiner ideologischen Haltung zu Zeiten Stalins weniger wohlwollend aufgenommen worden, zumindest aber nicht auf eine aktive Reaktion getroffen. Der flexiblere Umgang Moskaus ließ die ideologische Komponente nach außen hin zurücktreten. Da sich in der von John Foster Dulles dominierten US-Außenpolitik eine konsequente Linie durchgesetzt hatte, die nur eine strikt proamerikanische Haltung anderer Länder zuließ und selbst Neutralitätsbestrebungen dem feindlichen Lager zurechnete,<sup>88</sup> ergaben sich für die UdSSR neue Zugänge zu wichtigen Regionalstaaten in Asien, Afrika und im Nahen Osten.

<sup>85</sup> Z. B. Geheimdienstliche Information des Leiters der Geheimdienstabteilung im Büro des Präsidenten, Hassan Tuhami, an Ğ. ‚Abd an-Nāsir, 18. 6. 1955, in: The Virtual Archive, Collection: The Cold War in the Middle East, Cold War International History Project (CWIHP), www.CWIHP.org, by permission of the Woodrow Wilson International Center for Scholars (5. 5. 2007).

<sup>86</sup> Vgl. Geheimdienstliche Mitteilung des Leiters der Geheimdienstabteilung im Büro des Präsidenten, Hassan Tuhami, an Ğ. ‚Abd an-Nāsir, 15. 6. 1955, www.CWIHP.org (5. 5. 2007), s. a. Anm. 49.

<sup>87</sup> Ebenda.

<sup>88</sup> „Wenn Nasser sich vom Westen ‚betrogen‘ und isoliert fühlt, könnte er extrem neutralistische Haltung einnehmen [...], die schädlich für den Westen ist und zukünftige Kooperation schwierig macht.“

Entscheidend zeigte sich hierfür der personelle Wechsel im Kreml. Während die kollektive Herrschaft nach Stalins Tod grundsätzlich eine offenere Haltung in politischen Fragen einnahm, war es vor allem Chruščev, der diese Ideen schließlich auch konsequent durchsetzte. Im Februar 1956 nutzte Chruščev den 20. Parteitag der KPdSU, um den Wandel in der sowjetischen Politik bekannt zu geben und ideologisch zu untermauern.<sup>89</sup> Allerdings propagierte Chruščev, der sich immer mehr in der sowjetischen Führungsspitze hatte durchsetzen können, mit der „friedlichen Koexistenz“ nur bedingt ein eigenes Konzept. Der ursprünglich von Lenin stammende Gedanke der friedlichen Kooperation zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen war 1952 erneut aufgetaucht.<sup>90</sup> Umstritten ist in der Forschung daher, ob die politische Wende im Zusammenhang mit der Neubelebung dieses Konzepts nicht bereits 1952 einsetzte.<sup>91</sup> Stalin ging nach 1945 von der grundsätzlichen Annahme aus, dass ein neuer Krieg in spätestens 20 Jahren ausbrechen würde. Er hielt auch 1952 in seiner letzten, den 19. Parteitag der KPdSU dominierenden Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ an Lenins These der Unvermeidbarkeit von Kriegen fest. „Um die Unvermeidlichkeit der Kriege zu beseitigen, muss der Imperialismus vernichtet werden.“<sup>92</sup> Ebenso findet sich kein Hinweis auf einen Wandel in seiner kurzen Parteitagsrede.<sup>93</sup> 1925 hatte Stalin die Möglichkeit eines „friedlichen Zusammenlebens“ mit einem „zeitweiligen Gleichgewicht der Kräfte“ begründet.<sup>94</sup> Stalin fasste „friedliche Koexistenz“, wie der Historiker Boris Meissner feststellte, als eine

---

J. F. Dulles äußerte sich diesbezüglich v.a. im Kontext der Bandung-Konferenz. In den USA hatte 'Abd an-Nāsirs Teilnahme an der Konferenz aufgrund der generellen amerikanischen Ablehnung von Blockfreiheit starke Befürchtungen zur Folge. Vgl. FRUS, Bd. 12, 1955–1957, S. 43.

<sup>89</sup> Zum inhaltlichen Schwerpunkt der Rede, der Kritik an Stalin, siehe Luks, *Geschichte Rußlands und der Sowjetunion*, S. 444–447.

<sup>90</sup> In einer Darstellung sowjetischer Geschichte wird aufgezeigt, dass friedliche Koexistenz seit Lenin ein grundlegendes Prinzip sowjetischer Außenpolitik gewesen sei: Die Frage, ob eine friedliche Koexistenz zwischen den beiden ideologischen Systemen möglich sei, habe bereits den 7. außerordentlichen Parteikongress im März 1918 bewegt. Bucharin sprach sich gegen diese Möglichkeit aus, während Lenin diese Idee weiter verfolgte und schlussfolgerte: „[...] wir haben etwas mehr als einen Raum zum Atmen: wir sind in eine neue Periode eingetreten, in der wir das Recht zu unserer grundsätzlichen internationalen Existenz im Netzwerk kapitalistischer Staaten gewonnen haben.“ Seit 1920/1921 sollte insbesondere eine enge Wirtschaftskooperation einen langfristigen Frieden gewährleisten. Lenin habe am 23. 3. 1922 Formulierungen wie „Unvermeidbarkeit des Krieges“ oder „unausweichlich gewaltsame Revolution“ aus den Statements für die internationale Wirtschaftskonferenz in Genua genommen, um eine Provokation zu vermeiden. Auch seien die Prinzipien der friedlichen Koexistenz am 14. 6. 1933 auf der Weltwirtschaftskonferenz in London wiederholt worden. Vgl. hierzu Gromyko/Ponomarev (Hg.), *Soviet Foreign Policy*, Bd. 1, S. 67, 159, 165ff., 297.

<sup>91</sup> Es gibt sowohl die These, dass Stalin das Konzept der Koexistenz erneut einbrachte, als auch, dass seine Politik noch aggressiver wurde. Holloway z. B. sieht darin ein neues Konzept Chruščevs, ohne dabei allerdings Malenkovs Rechenschaftsbericht zu erwähnen. Vgl. Holloway, *Stalin and the Bomb*, S. 343f. Simon Ball betont, dass Chruščev den Ansatz zur friedlichen Koexistenz übernommen habe. Während aber Malenkov bereits ein Gleichgewicht der Mächte erreicht sah, handelte Chruščev aus dem Gefühl einer Einkreisung heraus. Vgl. Ball, *The Cold War*, S. 66.

<sup>92</sup> Die Behauptung, in dieser Schrift habe sich Stalin von der These Lenins abgewandt, ist wohl auf die irreführenden Kommentare von Edward Crankshaw in den Memoiren Chruščevs zurückzuführen. Diese Interpretation Crankshaws ist aber nicht haltbar. Vgl. Stalin, *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, S. 38. Vgl. auch Chruschtschow, Chruschtschow erinnert sich, S. 248.

<sup>93</sup> Stalin, Rede auf dem XIX. Parteitag, passim.

<sup>94</sup> Stalin übernahm die Idee 1925 auf dem 14. Parteitag, nutzte aber den Begriff „mirnoe sožitel'stvo [friedliches Zusammenleben]“. Vgl. Stalin, *Političeskij otčet Central'nogo Komiteta* 14. s'ezda VKP (b), 18 dekabnja 1925 goda, S. 261ff.

Art Waffenstillstand auf, welcher der Sowjetunion Zeit zur weiteren Entwicklung gab. Das beinhaltete die Etablierung der Sowjetunion in dem Maße und territorialen Umfang, wie es Stalins Vorstellung entsprach und setzte gleichzeitig die Fortsetzung der ideologischen Arbeit voraus.<sup>95</sup>

Doch das Argument des Politikwissenschaftlers David Holloway, dass unter Stalin bis zuletzt kein verändertes Konzept auftauchte, ist so nicht zutreffend, da er in seiner Beweisführung den Rechenschaftsbericht des 19. Parteitags 1952 völlig außer Acht lässt.<sup>96</sup> In diesem aber waren alle Aspekte der friedlichen Koexistenz bereits formuliert. Der Rechenschaftsbericht, der aufgrund seines gesundheitlichen Zustands nicht wie üblich von Stalin, sondern von Georgij M. Malenkov, dem Präsidiumsmitglied und stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, vorgetragen wurde, griff den Gedanken der „friedlichen Koexistenz“<sup>97</sup> unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen explizit und mit neuer Konnotation auf. Stalin hatte Malenkov mit der Aufgabe betraut, den Bericht zu verfassen, und auch wenn Stalins Persönlichkeit den Parteitag dominierte, kann davon ausgegangen werden, dass der Rechenschaftsbericht die Haltung Malenkovs widerspiegelte.<sup>98</sup> Inhaltlich nahm diese Darstellung so ziemlich in jeder Hinsicht Chruščëvs Ausführungen vorweg. Der Bericht von 1952 drückte die Überzeugung aus, dass „das stärkste Bollwerk des Friedens“, die UdSSR, und das weltweite Friedenslager zusammen einflussreich genug seien, einen Krieg zu verhindern. Dadurch werde, so Malenkov, eine dauerhafte Kooperation möglich.<sup>99</sup>

„Die sowjetische Politik des Friedens und der Sicherheit der Völker geht davon aus, dass die friedliche Koexistenz des Kapitalismus und des Kommunismus sowie deren Zusammenarbeit durchaus möglich sind, wenn auf beiden Seiten der Wunsch zur Zusammenarbeit und die Bereitschaft besteht, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, wenn das Prinzip der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eingehalten wird.“<sup>100</sup>

Anstelle der Kriegserwartung habe sich eine neue Perspektive ergeben, „die Perspektive des Friedens zwischen den Völkern“.<sup>101</sup> Der ideologische Wettbewerb würde dennoch fortgeführt, wie Malenkov betonte, nur in anderer Form, nämlich dem friedlichen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme, der letztlich die Überlegenheit des Sozialismus beweisen würde. Diese These stand auch im Mittelpunkt der 1956 von Chruščëv erklärten friedlichen Koexistenz. Ebenso widersprach dies weder bei Malenkov noch später bei Chruščëv der Überzeugung, dass ein erneuter Krieg, infolge eines Angriffs, zum Zusammenbruch des

<sup>95</sup> Meissner, *Triebkräfte und Faktoren*, S. 19.

<sup>96</sup> Holloway, *Stalin and the Bomb*, S. 343f.

<sup>97</sup> Malenkov verwendet den Begriff „*mirnoe sosuščestvovanie*“: *Friedliche Koexistenz*. Vgl. Malenkov, *Otčetnyj doklad XIX s'ezdu partii*, S. 31.

<sup>98</sup> Chruščëv schrieb in seinen Memoiren, dass Stalin Malenkov mit dem Verfassen des Rechenschaftsberichts beauftragte und Chruščëv selbst gleichzeitig mit dem Bericht über die Parteistatuten beauftragt wurde. Stalin habe diesen aber gar nicht kontrolliert, sondern nur Berija und Malenkov damit beauftragt. Vgl. Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, S. 282. Auch die Erinnerungen Šepilovs, wie sehr Malenkov die Reaktion Stalins fürchtete, sprechen dafür, dass Stalin den Bericht vorher nicht kannte. Siehe hierzu Šepilov, *Neprimknuvšij*, S. 219–224. Für Stalins Einverständnis spricht sein Interview, in welchem er das Prinzip bestätigte. Vgl. Stalin, *Antworten auf Fragen des diplomatischen Korrespondenten der New York Times*, James Reston, 21. 12. 1952, S. 249.

<sup>99</sup> Malenkov, *Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (b) an den XIX. Parteitag*, S. 18, 20, 26.

<sup>100</sup> Malenkov, *Otčetnyj doklad XIX s'ezdu partii*, S. 31.

<sup>101</sup> Ebenda, S. 33.

kapitalistischen Systems führen würde.<sup>102</sup> Malenkov betonte neben der Friedensbewegung bereits die Bedeutung der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. Zentrale Bedeutung kam den Ländern nahe der Grenze zur UdSSR zu, in denen die USA versuche, Militärstützpunkte aufzubauen. Benannt wurden hier explizit der Iran und die arabischen Staaten, Ägypten und Syrien. Herausgestellt wurde dabei die Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegungen und des nationalen Widerstands. Zu letzteren zählte Malenkov vor allem Indien, Iran und Ägypten.<sup>103</sup>

Seit 1952 propagiert, wurde das Konzept nach Stalins Tod von dessen Nachfolgern auch gleich in die Praxis eingeführt. Insbesondere Malenkov, nun erster Sekretär des ZK und Vorsitzender des Ministerrates, löste sich von der starren Betrachtungsweise der Befreiungsbewegungen und passte den Umgang mit den Ländern der Dritten Welt an die Entwicklung der Entkolonialisierung an.<sup>104</sup> Mit wirtschaftlicher Hilfe verfolgte der Kreml intensiv eine Methode, die Vorurteile der Länder gegen die Sowjetunion abzubauen. Ein erster Schritt war die Normalisierung der Beziehungen zum Iran und zu der Türkei, mit denen im Mai 1953 Grenzverträge abgeschlossen wurden, um sich von Stalins aggressiver Außenpolitik zu distanzieren.<sup>105</sup> Auch die diplomatischen Beziehungen zu Israel wurden im Sommer 1953 wieder aufgenommen. Zur Schaffung einer Vertrauensbasis für spätere bilaterale Kooperation kündigte die UdSSR im Juli 1953 zudem ihre Beteiligung am Programm der Vereinten Nationen für technische Aufbauhilfe in Entwicklungsländern (EPTA<sup>106</sup>) an. Bisher war die Teilnahme mit der Argumentation eines westlichen Einflusses in der Mehrzahl der Länder abgelehnt worden.<sup>107</sup>

Gleichzeitig bemühte sich die Sowjetunion insbesondere über die Vereinten Nationen, eine Normalisierung des diplomatischen Austausches zu erreichen.<sup>108</sup> Zu den ersten Erfolgen der Sowjetunion zählten der Abschluss von Kreditabkommen mit Afghanistan 1954 und mit Indien 1955.<sup>109</sup> Auch sollte der kulturelle Austausch mit anderen Ländern forciert werden, da in der UdSSR der Schaden der kulturellen Isolation erkannt worden war.<sup>110</sup> Aber der Machtkampf im Kreml, der sich nach Stalins Tod über mehrere Jahre hinziehen sollte, verhinderte eine volle Entfaltung der neuen Politik.

Die Idee der „friedlichen Koexistenz“ wurde innerhalb des neuen Herrschaftskollektivs unterschiedlich interpretiert. Wie Molotov kritisierte, war der Begriff „trügerisch“.<sup>111</sup> Malenkov dagegen ging 1954 endgültig über seine eigene Interpretation vom 19. Parteitag hinaus, indem er zu der Überzeugung kam, dass das Resultat eines Krieges im atomaren Zeitalter die vollkommene Zerstörung der Menschheit sein würde.<sup>112</sup> In Ansätzen hatte Malenkov diese Gedanken bereits im Jahr zuvor geäußert, aber insbesondere zwischen der Rede Malenkovs im März 1954 und der einige Tage zuvor in der Sowjetunion abgehaltenen Testexplosion einer Wasserstoffbombe vermutet Holloway einen direkten Zusammen-

<sup>102</sup> Vgl. ebenda, S. 32f.; Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, S. 23.

<sup>103</sup> Malenkov, *Otčetnyj doklad XIX s'ezdu partii*, S. 18f.

<sup>104</sup> Seale, *The Struggle for Syria*, S. 231.

<sup>105</sup> Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 21.

<sup>106</sup> EPTA: Expanded Program for Technical Assistance der UNO.

<sup>107</sup> Dawisha, *Soviet Foreign Policy*, S. 168.

<sup>108</sup> Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 42.

<sup>109</sup> Hussini, *Soviet-Egyptian Relations*, S. 58.

<sup>110</sup> Kasack, *Kulturelle Außenpolitik*, S. 369.

<sup>111</sup> Resis (Hg.), *Molotov Remembers*, S. 389.

<sup>112</sup> Rede G. M. Malenkovs, 12. 3. 1954, in: *Izvestija*, 13. 3. 1954, S. 2.

hang. Die Wirkung der Bombe schockierte selbst die am Projekt beteiligten, so dass Malenkovs Schlussfolgerung eine logische Konsequenz bedeutet hätte.<sup>113</sup> Doch die Annahme einer Zerstörung jeglicher Zivilisation heizte die kontroverse Diskussion innerhalb der Partei an, da dies mit der These eines Sieges des Sozialismus nicht vereinbar war. Malenkovs Rückschlüsse aus der Entwicklung atomarer Waffen wurden als politische Schwäche abgelehnt und trugen zu seinem Machtverlust, der im Februar 1955 in seinen Rücktritt mündete, bei.

Chruščev nutzte 1956 als erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU die Idee der friedlichen Koexistenz zur theoretischen Untermauerung seiner Politik auf dem 20. Parteitag der KPdSU. Es ist daher kaum zufällig, dass Chruščev in seinen Memoiren zwar den 19. Parteitag schildert, auf den Rechenschaftsbericht von Malenkov aber in keiner Weise eingeht.<sup>114</sup> Neu war das von ihm vorgestellte Konzept nicht, aber Chruščev trug entscheidend zu dessen Etablierung bei. Er verurteilte die aggressive Außenpolitik und Isolationspolitik Stalins und stellte die internationale Dimension des ideologischen Kampfes heraus, da dieser angesichts der nuklearen Bedrohung das eigentliche Instrument des Kampfes wurde.<sup>115</sup> Die Politik müsse nach dem Prinzip Lenins den „Erfordernissen des jeweiligen Augenblicks“<sup>116</sup> und daher der neuen internationalen Situation angepasst werden. Darunter fiel, neben der Notwendigkeit zur friedlichen Koexistenz mit Staaten anderer Gesellschaftsordnungen, außerdem die Ermöglichung verschiedener Übergänge der Staaten zum Sozialismus.

Chruščev interpretierte nun wie Malenkov 1952 den Kampf zwischen den Systemen als einen friedlichen Wettbewerb, der sich vor allem auf den Gebieten der Kultur und der Wirtschaft vollziehen sollte. Der Kampf sollte mit anderen als kriegerischen Mitteln geführt werden und in einem Systemsieg enden.<sup>117</sup> Der Zwang zum Wettbewerb ergab sich zum einen aus dem ideologischen Anspruch, zum anderen resultierte er aber aus der veränderten internationalen Lage.<sup>118</sup> Die wahrgenommene Bedrohung durch die westlichen Paktsysteme – SEATO, NATO und Bagdadpakt –, die für die Sowjetunion eine Einkreisung bedeuteten, hatte für den Kreml die Notwendigkeit gezeigt, sich mit den Staaten zu solidarisieren, die die Teilnahme an einem Pakt ablehnten.

„Die Friedenskräfte haben dadurch, dass in der Weltarena eine Gruppe von friedliebenden Staaten Europas und Asiens erschien, die die Nichtbeteiligung an Blocks zum Prinzip ihrer Außenpolitik erhob, einen bedeutsamen Zuwachs erfahren. So ist in der Weltarena eine ausgedehnte ‚Zone des Friedens‘ entstanden, die sowohl sozialistische als auch nicht-sozialistische friedliebende Staaten Europas und Asiens einschließt.“<sup>119</sup>

Die Sowjetunion reagierte damit auf die Interessengleichheit, die sich in diesem Kontext mit Unabhängigkeitsbewegungen in einigen Ländern wie Ägypten ergeben hatte. Sie for-

<sup>113</sup> Holloway, *Stalin and the Bomb*, S. 336f.

<sup>114</sup> Chruschtschow, Chruschtschow erinnert sich, *passim*.

<sup>115</sup> Die Geheimrede Chruschtschows, S. 62. Bekannt geworden ist die Rede besonders aufgrund Chruščevs umfassender Kritik an Stalins Personenkult und den stalinistischen Verbrechen. Chruščev brachte dabei die Massenliquidierungen unter Stalin zur Sprache wie auch die Zwangsumsiedlungen der Völker etc. In Bezug auf die Außenpolitik übte Chruščev Kritik an der aggressiven Politik Stalins, z. B. gegenüber Jugoslawien, der Türkei, Iran, aber auch den Befreiungsbewegungen.

<sup>116</sup> Zitiert nach Diskussionsreden auf dem XX. Parteitag der KPdSU, S. 63. Lenin wurde hier von Suslov zitiert.

<sup>117</sup> Diskussionsreden, S. 51; MacDonald, *Formal Ideologies in the Cold War*, S. 192.

<sup>118</sup> Mirsky, *The Soviet Perception of the U.S. Threat*, S. 396.

<sup>119</sup> Die Geheimrede Chruschtschows, S. 20f.

dernten eine neue Toleranz, die im Gegensatz zu Stalins Politik auch die Unterstützung nicht-sozialistischer Bewegungen ermöglichte. Da der Sozialismus als einzige Alternative zum Kapitalismus verstanden wurde, sollten die Entwicklungen der Staaten, „Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die sich gegen jede Art von Kolonialismus wenden“<sup>120</sup>, als unterschiedliche Wege zum Sozialismus akzeptiert werden.<sup>121</sup> Demzufolge musste der Realität entsprechend nicht die Bedeutung der Kommunisten, sondern eine antiimperialistische Haltung der Staaten maßgebend sein. Die Befreiungsbewegungen würden angesichts der aggressiven Blockbildung der kapitalistischen Welt ohnehin den sozialistischen Ideen aufgeschlossener begegnen.<sup>122</sup>

In den Ausführungen Chruščevs wird deutlich, dass es sich bei der sowjetischen Politik sowohl um eine direkte Reaktion handelte, die ein kurzfristiges Ziel verfolgte, als auch um eine Langzeitausrichtung. Der Krenl war bestrebt, eine weitere Einkreisung durch Westpakete zu verhindern. Im Endeffekt aber sollte die Vergrößerung des sozialistischen Lagers die Sicherheit für die Sowjetunion gewährleisten.<sup>123</sup>

Angesichts der neuen Bedeutung der Dritten Welt für die Sicherheit der UdSSR und den Kampf der Ideologien setzte sich Chruščev für intensiviertere und uneingeschränkte Bemühungen gegenüber einer Reihe Entwicklungsländer ein. Gerade die Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und vorteilhaftere Hilfe sollten die Abhängigkeit der Länder vom Westen beenden.<sup>124</sup> Die Hilfe für strategische und politische Schlüsseländer kostete nach Meinung Chruščevs nur einen Bruchteil dessen, was die ständige Verteidigungsbereitschaft gekostet hätte.<sup>125</sup>

Die Methoden, die Chruščev auf dem Kongress vorstellte, waren gegenüber den Entwicklungsländern bereits in den vergangenen Jahren zunehmend erfolgreich eingesetzt worden. Die Organisationsstruktur war dem neuen Anspruch angepasst und die Herangehensweise gravierend verändert worden.<sup>126</sup> Die Aufhebung ihrer Isolation hatte die Sowjetunion vor allem durch die Verbesserung ihres Images erreicht. Da sie keine Überseegebiete beanspruchte, wurde sie von der Dritten Welt nicht als Kolonialmacht angesehen. Zudem nahm die UdSSR Partei für die Entkolonialisierungsbestrebungen und vereinte sich mit den asiatischen und afrikanischen Staaten, indem sie die auf der Bandung-Konferenz verabschiedeten fünf Prinzipien zur Bewahrung des Friedens annahm.<sup>127</sup> Auch dem 20. Parteitag selbst sollte in diesem Kontext ein weitreichender Nutzen zukommen.

<sup>120</sup> Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen, 30. Juni 1956, S. 110.

<sup>121</sup> Ebenda, S. 110f.

<sup>122</sup> Ebenda, S. 111.

<sup>123</sup> MacDonald, *Formal Ideologies in the Cold War*, S. 183.

<sup>124</sup> Die Geheimrede Chruschtschows, S. 25.

<sup>125</sup> Chruschtschow, Chruschtschow erinnert sich, S. 473. Chruščev schreibt dies in einem anderen Zusammenhang, aber es scheint eine grundlegende Überlegung gewesen zu sein.

<sup>126</sup> Diskussionsreden, S. 97. Mikojan führt die Entwicklung der Methoden, die nun auf dem Kongress vorgestellt wurden, auf das Jahr 1955 zurück. In dem Jahr wäre die Politik bereits praktiziert und die entsprechenden Strukturen geschaffen worden.

<sup>127</sup> Die Geheimrede Chruschtschows, S. 41. Die fünf Prinzipien (Pancha Chila) waren von Indien und China im Abkommen über Tibet festgelegt und von den Teilnehmern der Bandung-Konferenz auch übernommen worden. Die UdSSR erklärte die Prinzipien am 5. 2. 1955 zur Basis ihrer Politik. Sie beinhalteten: Wahrung des Friedens und der Menschenrechte im Sinne der Charta der UN, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates, Achtung der territorialen Souveränität, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit.

„Die vom Parteitag ausgearbeiteten wichtigen prinzipiellen theoretischen Leitsätze über die friedliche Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung, über die Möglichkeit der Verhinderung von Kriegen in der gegenwärtigen Epoche und über die Verschiedenartigkeit der Formen des Übergangs der Länder zum Sozialismus üben einen positiven Einfluss auf die internationale Lage aus und fördern die Entspannung und die Festigkeit der Aktionseinheit aller für Frieden und Demokratie kämpfenden Kräfte sowie die weitere Stärkung der Position des Weltsystems des Sozialismus.“<sup>128</sup>

Die Beschlüsse des Parteitages zugunsten einer positiven und friedlichen Politik sollten anziehend auf andere Staaten wirken. Der damit erhoffte Propagandaeffekt war Teil der Zielsetzung, das eigene Weltbild zu vermitteln und zu verbreiten.

Zur Strategie erklärte Chruščev die Maßnahmen, die die UdSSR zur Verbesserung der Beziehung z. B. in Ägypten und Indien bereits begonnen hatte umzusetzen: den Aufbau von Vertretungen in den Ländern, einen verbesserten und intensivierten diplomatischen Austausch und diplomatische Hilfe auf bilateraler und internationaler Ebene, den Ausbau des Handels und des Tourismus, Kulturaustausch, Wirtschafts- und Militärhilfe.<sup>129</sup>

### 3.2. Sowjetische Zielsetzungen in Bezug auf Ägypten/Syrien

Während sich in den Jahren nach 1952 die neue Außenpolitik des Kreml herauskristallisierte, verlief gleichzeitig und auch bedingt dadurch die Annäherung zwischen Ägypten und der Sowjetunion. Veränderungen zeigten sich vor allem seit 1953/1954.<sup>130</sup> Im Rahmen der technischen Hilfe der UNO begann die Sowjetunion ab Herbst 1953, breiter angelegte Verhandlungen mit Ägypten zu führen. Die diplomatische Vertretung in Kairo wurde im Frühjahr 1954 zu einer Botschaft vergrößert und gegenüber den osteuropäischen Staaten plädierte Moskau zu dieser Zeit für einen gezielten Ausbau der Beziehungen zu den Nahoststaaten, insbesondere zu Ägypten.<sup>131</sup>

Allerdings muss dabei angemerkt werden, dass ebenso wenig wie die Unterstützung der israelischen Staatsgründung sich gegen die Araber gerichtet hatte, es sich nun genauso wenig um eine rein proarabische Politik handelte. Dafür waren die parallel verlaufenden Entwicklungen in den sowjetisch-israelischen Beziehungen kennzeichnend. Nachdem der Kreml 1953 die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hatte, wurden sie bereits wenige Monate später, im Juli 1953, wieder aufgenommen. Grundlegende Voraussetzung hierfür war die Zusicherung Israels gewesen, keinem westlichen Militärpakt beizutreten. Demzufolge war in der Note zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ein entsprechender Passus eingefügt, in dem Israel von jeglicher Teilnahme an einem gegen die UdSSR gerichteten Pakt Abstand nahm.<sup>132</sup> Da gerade im September 1952 von Ben Gurion in der Presse verkündet worden war, dass Israel ein klares Interesse an einer Paktteilnahme habe, und dieses auch von israelischen Diplomaten nicht widerlegt wurde, dürfte eben

<sup>128</sup> Die Geheimrede Chruschtschows, S. 88.

<sup>129</sup> Ebenda, S. 36; Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 46.

<sup>130</sup> Ginat sieht einen signifikanten Hinweis auf einen Wandel der sowjetischen Ägyptenpolitik in der Entsendung von D. S. Solod als Gesandten nach Kairo. Vgl. Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 170.

<sup>131</sup> Laron, *Cutting the Gordian Knot*, S. 17.

<sup>132</sup> Vgl. hierzu die ausgetauschten Noten, in: SIO, Bd. 2, S. 470ff.; außerdem den Projektbericht: Brief des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, des sowjetischen Außenministers, V. M. Molotov, an den Vorsitzenden des Ministerrates, G. M. Malenkov, 24.6.1953, streng geheim, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947-1967*, Bd. 1, S. 186f.

dies der wesentliche Anlass für den Abbruch der Beziehungen gewesen sein.<sup>133</sup> Moskau versuchte Druck auszuüben, wohl wissend, dass Israel schon im Hinblick auf die Immigrationsfrage an Beziehungen zur Sowjetunion interessiert war. Der von Rami Ginat hervorgehobene Grund, dass Moskau so die Araber für sich gewinnen wollte, dürfte eher zweitrangig einzuschätzen sein.<sup>134</sup> Die ägyptische Anfrage nach Waffen war bereits im Januar 1953 erfolgt, und im Dezember 1953 war – fünf Monate nach der Wiederaufnahme der israelisch-sowjetischen Beziehungen – die ägyptische Handelsdelegation nach Moskau gereist. In den folgenden Jahren normalisierten sich die sowjetisch-israelischen Beziehungen. Zwar waren Themen wie die Forderung nach Immigration der sowjetischen Juden nach Israel nicht aus dem Weg geräumt, doch wurden sie von der sowjetischen Seite weitgehend ignoriert.<sup>135</sup> Dass die Beziehungen sich nicht zeitgleich zu den verbesserten Kontakten zu Ägypten verschlechterten, zeigte auch die Tatsache, dass nach Umwandlung der Gesandtschaft in Ägypten in eine Botschaft auch die sowjetische Gesandtschaft in Israel im Juni 1954 in den Rang einer Botschaft erhoben wurde. Andererseits hatte Malenkov in seiner Rede am 8. August 1953 im Kontext der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel auch betont, dass die Sowjetunion ungeachtet der sozialen und wirtschaftlichen Systeme freundschaftliche Beziehungen zu anderen Staaten, insbesondere den Nachbarstaaten, stärken wolle und sich dabei explizit auf die arabischen Staaten bezog. „Die Aktivität der sowjetischen Regierung wird auch in der Zukunft auf die Stärkung der freundschaftlichen Kooperation mit den arabischen Staaten gerichtet sein.“<sup>136</sup> Es war also grundsätzlich eine neue Einschätzung der UdSSR, die über gute Beziehungen zu den Staaten versuchte, den westlichen Einfluss zu beschränken. In diesem Zusammenhang aber erkannte der Kreml in den 1950er Jahren, umgekehrt zu seiner Analyse in den Jahren 1944–1948, mehr Nutzen und größeres Potential in den arabischen Staaten.

Neben dem grundsätzlichen Politikwandel gab es nach Meinung des russischen Historikers Leonid Mlečin auf sowjetischer Seite außerdem einen weiteren Faktor, der entscheidend dafür gewesen war, dass schließlich auch Moskau eine Kooperation mit Ägypten anstrebte. Die Skepsis gegenüber ‘Abd an-Nāsir habe auf sowjetischer Seite bis Mitte 1955 stark vorgeherrscht und einen Ausbau der Beziehungen gehemmt, so Mlečin. Erst mit D. Šepilov, der im Sommer als Vertreter der UdSSR nach Kairo reiste und dort mit ‘Abd an-Nāsir zusammentraf, habe sich das Bild gravierend gewandelt.<sup>137</sup> Mlečins Behauptung in Bezug auf Šepilov trifft insofern zu, als Šepilov direkt von Chruščev gefördert die neue sowjetische Außenpolitik vertrat und förderte. Der sowjetische Botschafter in Kairo, D. S. Solod, der schon viele Jahre als Diplomat im Nahen Osten verbracht hatte, war im Frühjahr 1955 vom Kreml dafür kritisiert worden, die sowjetisch-ägyptischen bzw. -arabischen

<sup>133</sup> Anmerkungen des Abteilungsleiters für UNO-Angelegenheiten des MID SSSR, V. G. Truchanovskij, und des stellvertretenden Leiters der Nahostabteilung des MID SSSR, A. D. Ščiborin, an den sowjetischen Außenminister, A. Ja. Vyšinskij, über das Gespräch des Genossen Ja. A. Malik vom 26. 8. 1952 mit dem ständigen Repräsentanten Israels bei der UNO, Rafael, 29. 8. 1952, geheim, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 179. Ginat nennt als einen der Gründe den Wunsch des Kreml, die Araber für sich zu gewinnen. Vgl. Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 161.

<sup>134</sup> Ginat vermutet darin einen der Gründe für den Abbruch der Beziehungen des Kreml zu Israel. Vgl. Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 161.

<sup>135</sup> Vgl. z. B. Aufzeichnung des Gesprächs des ersten Stellvertreters des sowjetischen Außenministers, A. A. Gromyko, mit dem Gesandten Israels in der UdSSR, Sh. Eliashiv, 21. 12. 1953, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 195.

<sup>136</sup> Rede G. M. Malenkovs, 8. 8. 1953, zitiert bei Ginat, *The Soviet Union and Egypt*, S. 169.

<sup>137</sup> Mlečin, *Začem Stalin sozdal Izrail’?*, S. 316.

Beziehungen nicht genug gefördert zu haben.<sup>138</sup> Dies dürfte auch ein Grund für die Reise Šepilovs gewesen sein. Eine in Hinsicht auf dessen Perspektive prägnante Erinnerung aus dem Jahr 1955 schilderte Andrej D. Sacharow, wobei er die sowjetische Politik seit Mitte der 1950er Jahre als extrem eigennützig kritisierte.

„Ich erinnere mich oft daran, wie im Jahre 1955 ein hochgestellter Funktionär des Ministerrates der UdSSR einer Gruppe im Kreml versammelter Gelehrter erklärt hatte, dass – im Zusammenhang mit einer Ägyptenreise des Mitgliedes des Präsidiums des ZK der KPdSU, Schepilow – nunmehr im Präsidium die Grundsätze einer neuen sowjetischen Politik im Nahen Osten beraten würden. Das langfristige Ziel dieser Politik sei es, den arabischen Nationalismus auszunützen, um für die europäischen Länder Schwierigkeiten in der Erdölversorgung zu schaffen und sie auf diese Weise gefügiger zu machen. Heute, da die Weltwirtschaft durch die Erdölkrise desorganisiert ist, wird die ganze Heimtücke und die Wirksamkeit dieser Politik mit Erdöl (‘Verteidigung der gerechten Sache der arabischen Völker’) sichtbar.“<sup>139</sup>

Diese Diskussion lieferte im Hinblick auf den Zeitpunkt eine interessante Erklärung für die Bereitwilligkeit Moskaus, einen Waffenhandel mit Ägypten einzugehen. Ägypten wurde in den Fokus der sowjetischen Nahostpolitik gestellt, wobei auch die ideologische Komponente gemäß dem neuen Ansatz betont wurde. Im August 1955, also noch vor dem Waffenhandel, hatte Chruščev Molotov für seine Außenpolitik öffentlich kritisiert. Seine eigenen Entscheidungen rechtfertigte er mit der Argumentation, dass diese die Isolation der UdSSR durchbrechen und eine Grundlage für ein großes sozialistisches Lager schaffen würden.<sup>140</sup> Dafür seien die Versöhnung mit Jugoslawien, der Abzug aus Österreich und eben eine neue offene Deutung des Sozialismus nötig. Dem sozialistischen Lager rechnete Chruščev Indien, Birma, Indonesien sowie auch explizit Ägypten hinzu, da diese Länder den Sozialismus anstreben würden: „Nasser [...] er ist ebenso für Sozialismus.“<sup>141</sup> Für Chruščev waren die Entwicklungen in diesen Ländern der Beweis dafür, „dass der Sozialismus begonnen hat, die Köpfe der Menschheit zu erobern“.<sup>142</sup>

Eine ganz ähnliche Aussage findet sich in einem Vortrag Šepilovs an der Moskauer Universität im April 1956. Šepilov sagte, dass es nötig sei, das Verständnis vom proletarischen Internationalismus zu erweitern und auch Beziehungen zu nützlichen nicht-marxistischen Ländern aufzubauen. „Daraus folgt, sich nicht nur mit hundertprozentigen Marxisten im Ausland zu befreunden und Beziehungen aufzubauen, sondern mit allen Kräften, Strömungen und Aktivisten, welche uns zu irgendeinem Zeitpunkt einmal nützlich sein könnten.“<sup>143</sup> Als Beispiel zog Šepilov Ägypten heran. ‘Abd an-Nāsir habe ihm seine Absicht versichert, in Ägypten Sozialismus aufzubauen. „Gemäßigten Sozialismus – ohne Faschisten, aber auch ohne Kommunisten“.<sup>144</sup>

Schon 1955 während seines Aufenthaltes hatte er ‘Abd an-Nāsir eingeladen, nach Moskau zu kommen. Ägypten sollte wie auch Syrien eines der Hauptziele zukünftiger Unter-

<sup>138</sup> Rucker, *l’URSS et le conflit israélo-arabe 1941-1956*, S. 152. Vgl. dagegen Rami Ginats Einschätzung, S. 186 in der hier vorliegenden Arbeit.

<sup>139</sup> Sacharow, *Mein Land und die Welt*, S. 89. Vgl. auch ders., *Mein Leben*, S. 209.

<sup>140</sup> Vortrag N. S. Chruščevs auf der Parteiversammlung der Fabrik Nr. 23 über die Ergebnisse des Juli-Plenums des ZK der KPdSU, 11.8.1955, in: Nikita Sergeevič Chruščev. *Dva cveta vremena*, Bd. 1, S. 556.

<sup>141</sup> Ebenda.

<sup>142</sup> Ebenda.

<sup>143</sup> Dmitriev, *Publikacii i soobščeniija*, S. 168.

<sup>144</sup> Ebenda.

stützung sein.<sup>145</sup> Abgesehen von dem Fakt, dass Ägypten als einer der ersten Staaten die Unabhängigkeit erreicht hatte und zudem vehement die Einbindung in den Bagdadpakt ablehnte, lag der Wert Ägyptens in seinem Einfluss auf die Staaten des Nahen Ostens, Afrikas und sogar Asiens. Vor allem seit der Bandung-Konferenz hatte 'Abd an-Nāsir eine klare Vorreiterrolle übernommen und sicherte diese durch einflussreiche Propaganda.

Tatsächlich verbesserte der ägyptisch-sowjetische Waffenhandel Ende 1955 die Position der UdSSR in den Ländern des Nahen Ostens und Afrikas deutlich, womit Ägypten zu einem der Schlüsselländer der sowjetischen Außenpolitik wurde.<sup>146</sup> Aber auch strategisch maß Chruščev Ägypten einen besonderen Wert bei, der wahrscheinlich auch in den Überlegungen des 20. Parteitages schon eine Rolle spielte. Ägypten wurde von der UdSSR aufgrund der relativen geographischen Nähe als direktes Einflussgebiet angesehen.<sup>147</sup> Im Hinblick auf die Sicherheit der Sowjetunion konnte Ägypten sich aber auch von großem Nutzen erweisen. Der sowjetische Verteidigungsminister Georgij K. Žukov betonte in seiner Parteitagsrede 1956 die steigende Bedeutung der Flotte für die Verteidigung. Auch Luftkriege könnten diese Bedeutung nicht mindern.<sup>148</sup> Eine starke sowjetische Flotte sollte im Krieg die nötige Verteidigung gewährleisten und im Frieden das eigene Prestige steigern und diplomatische Bemühungen durch demonstrierte Stärke unterstreichen.<sup>149</sup> Dadurch sollte neben der politischen Schwächung durch den Ausbau des sowjetischen Einflusses auch eine militärische Schwächung des Westens erreicht werden.<sup>150</sup> Um aber eine volle Nutzung der sowjetischen Flotte zu ermöglichen, war die Sowjetunion auf strategisch günstig gelegene Marinestützpunkte angewiesen. Ägyptens strategische Lage konnte die Versorgung der Flotte sichern.<sup>151</sup>

Chruščev hatte sich mit seiner Politik somit nicht von der Ideologie seiner Vorgänger gelöst. Die Ambition – mit Hilfe einer starken Flotte – ein sozialistisches Sowjet-Imperium aufzubauen, blieb bestehen.<sup>152</sup> Die Politik Chruščevs stand damit in der Tradition russischer wie sowjetischer Ideologie und Machtpolitik. Während Stalin seine Politik mit Gewalt durchsetzte, verfolgte Chruščev hingegen das gleiche Ziel mit einer aufgeschlosseneren Haltung, also einer anderen Methodik.<sup>153</sup> Er war sich bewusst, dass territoriale Expansion im Kalten Krieg unmöglich geworden war. Alle Ziele hatten sich der Prämisse, Konfrontationen mit dem Westen zu vermeiden, unterzuordnen. Stattdessen sollten die Interessen mit politischem Einfluss erreicht werden. Dementsprechend beinhaltete die

<sup>145</sup> Die Geheimrede Chruschtschows, S. 48. Außer Ägypten standen noch Indien, Afghanistan, Indonesien und Syrien im Mittelpunkt der Bemühungen.

<sup>146</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>147</sup> Eine Bemerkung, die Chruščev gerne gegenüber seinen ägyptischen Gesprächskollegen wiederholte, war: „Ihr seid unser Hinterhof.“ Hierzu Haykal, Nasser, S. 25.

<sup>148</sup> Rede G. K. Žukovs auf dem Parteitag, in: Diskussionsreden, S. 183.

<sup>149</sup> Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 27.

<sup>150</sup> Mirsky, *The Soviet Perception of the U.S. Threat*, S. 297.

<sup>151</sup> Hussini, *Soviet-Egyptian Relations*, S. 58. Hussini wertet das sowjetische Interesse an Marinestützpunkten besonders hoch. Seiner Meinung nach bestimmten diese strategischen Überlegungen die sowjetische Politik. Seine These: „Das Ziel war, nicht nur Ägypten für einen Verbund antikapitalistischer Staaten anzuwerben, sondern auch Flotten- und Luftwaffeneinrichtungen auf dessen Mittelmeer- und Rote-Meer-Häfen zu sichern. Die sowjetischen militärischen Bedürfnisse dominierten; die politischen Ziele waren zweitrangig.“

<sup>152</sup> Pleshakov, *Studying Soviet Strategies*, S. 233f.

<sup>153</sup> Ebenda, S. 233f. Pleshakov beschreibt den Unterschied so: Stalin habe die „sticks“, Chruščev die „carrots“ benutzt, aber beide hatten das gleiche Ziel vor Augen.

Hilfe der Sowjetunion für Länder wie Ägypten zunächst auch keine militärische Intervention im Notfall.<sup>154</sup> Diese Einschränkung der sowjetischen Hilfsbereitschaft sollte bei 'Abd an-Nāsir schon bald große Enttäuschung hervorrufen. Aber es kündigten sich auf dem 20. Parteitag bereits zwei weitere Aspekte an, die die Annäherung zwischen der Sowjetunion und Ägypten erschweren sollten. Einmal wandte sich Chruščev wie seine Vorgänger zunehmend gegen die Demonstration von Nationalismus. Der Kreml erkannte im Nationalismus, der gerade in der arabischen Welt die bestimmende Bewegung war, eine Gefahr für die eigene territoriale Unversehrtheit.<sup>155</sup> Die Befürchtung, dass die nationalen Bestrebungen in einigen Sowjetrepubliken durch die Entwicklungen in Asien und im Nahen Osten eine Bestätigung ihrer Ambitionen erkennen könnten, spielte in diesem Kontext eine Rolle.<sup>156</sup> Noch gravierender aber sollte sich der ideologische Anspruch der Sowjetunion erweisen, der sich mit der Politik 'Abd an-Nāsirs als unvereinbar zeigte. Dennoch hatte sich eine Übereinstimmung der Interessen ergeben, die in den nächsten Jahren zunächst einmal zu einer erheblichen Intensivierung der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen führen sollte. Während Ägypten für politische, wirtschaftliche und militärische Interessen bereitwillige Unterstützung in Moskau bekam, ergaben sich auch für die UdSSR zunächst strategische und politische Vorteile dieser Beziehungen.

---

<sup>154</sup> Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 32; Leffler, *Bringing It Together*, S. 48.

<sup>155</sup> Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, S. 117.

<sup>156</sup> Siehe Ro'i, *The Role of Islam and the Soviet Muslims in Soviet Arab Policy*, S. 259–280.

## Schlussbetrachtung

„Die Periode des Erwachens des Ostens in der gegenwärtigen Revolution wird abgelöst von einer Periode, in der alle Ostvölker daran teilnehmen werden, das Schicksal der ganzen Welt zu entscheiden, so dass sie nicht einfach Objekte der Bereicherung anderer sind. Die Völker des Ostens werden sich der Notwendigkeit für praktische Aktivitäten bewusst, der Notwendigkeit für jede Nation daran teilzunehmen, das Schicksal der Menschheit zu gestalten.“<sup>1</sup>

Diese Einschätzung Lenins von 1919 schrieb den Staaten Asiens und des Nahen Ostens entscheidende Bedeutung für die weitere Entwicklung zu und drückte die von Idealismus getragene Hoffnung aus, die Völker des Ostens würden den Sieg des Sozialismus gewährleisten. Lenin erwartete wohl kaum, dass sich seine Vorhersage auf diese Weise bestätigen würde und die „Völker des Ostens“ in der Tat einmal die Entwicklung mitbestimmen und in einem gewissen Maße sogar die sowjetische Politik für ihre Interessen instrumentalisieren würden.

Verlagert man den Fokus von den ideologischen, politischen und strategischen Interessen der Sowjetunion (bzw. der Großmächte) hin auf die Interessen von Regionalstaaten, hier an den beiden Beispielen der jüdischen Gemeinschaft in Palästina/Israel und Ägyptens gezeigt, so wird deutlich, dass die historische Entwicklung von diesen ebenso stark beeinflusst wurde wie von den Interessen der Großmächte. Die Dokumente beweisen, dass Völker und Staaten in Asien, Afrika und im Nahen Osten nicht nur als Spielbälle der Großmachtinteressen angesehen werden können. Als Schlüsselstellen der Untersuchung dienten die sowjetische Unterstützung für die Gründung des Staates Israel und die erste sowjetische Waffentransfervereinbarung mit einem nicht-sozialistischen Land, mit Ägypten.

Die Aktivitäten der Jewish Agency waren keine Reaktion auf die sowjetische Politik. Als Akteure ergriffen die jüdischen Politiker die Initiative und versuchten, die sowjetische Politik zu beeinflussen. Sie agierten aktiv und förderten nicht zuletzt auch Großmacht handeln. Die Arbeit der Jewish Agency zeigte sich erfolgreich; sie hatte ab 1941 intensiv Kontakte zu sowjetischen Diplomaten gesucht und der Sowjetunion über Jahre hinweg viele Materialien und Einblicke geboten, die genau die Aspekte unterstrichen, welche für die UdSSR von Bedeutung waren. Während arabische Staaten wie Ägypten ihre Unabhängigkeit nicht vehement genug verfolgten, die Verhandlung vor den Vereinten Nationen hinauszögerten und ihre Gesellschaften gespalten waren, zeichnete sich die jüdische Gemeinde Palästinas durch ein konsequentes Nationalstaatsstreben, ein entschlossenes Vorgehen gegen die britische Dominanz und eine starke Öffentlichkeit aus. Die Situation war so eskaliert, dass Großbritannien die Entscheidung über die Zukunft selbst an die UN abgetreten hatte. Hinzu kamen die sozialistischen Elemente im Gesellschaftsaufbau und die kulturellen Bindungen an Osteuropa. Die Zionisten betrieben aktive Werbung mit politischen und ideologischen Argumenten, wie der „Errichtung eines sozialistischen Nukleus“,

---

<sup>1</sup> Lenin, From an Address to the Second All Russian Congress of Communist Organisations of the Peoples of the East, 22. November 1919, S. 60.

und boten im Gegenzug Hilfe im Krieg gegen Deutschland an. Auch nach Kriegsende forderten sie die UdSSR immer wieder zu Stellungnahmen auf und boten so die Möglichkeit, die Entwicklung im Nahen Osten mit zu entscheiden. Das zionistische Projekt eröffnete die meisten Chancen im Nahen Osten für eine Reduzierung des britischen Einflusses, so dass von einer Korrelation der jüdischen nationalen Interessen mit den Interessen des sowjetischen „Antiimperialismus“ gesprochen werden kann. Zudem sah die Sowjetunion in der jüdischen Gemeinschaft auch eine grundsätzliche Möglichkeit zur Wirkung auf die jüdische Bevölkerung in den USA, ein Aspekt, der von den Repräsentanten der Jewish Agency selbst hervorgehoben wurde. Dies ließ auf direkten Nutzen und indirekte Einflussnahme hoffen. Der Jewish Agency ging es dabei allerdings nicht um eine Allianz mit der UdSSR im Kalten Krieg oder auch nur um eine dauerhafte Annäherung. Die neuen internationalen Strukturen dienten den jüdischen Interessen nur als Gegengewicht zur britischen Dominanz in der Region, und die Sowjetunion wurde dafür benutzt, die eigenen nationalen Bestrebungen zu verwirklichen und sich in der Region des Nahen Ostens als neuer Staat politisch, militärisch, kulturell und wirtschaftlich zu positionieren.

Ebenso war es einige Jahre später der Haltungswechsel der ägyptischen Regierung, der der Sowjetunion die Möglichkeit bot, sich in Ägypten stärker zu positionieren. Während der Kreml Ägypten wegen der klar prowestlichen Haltung und der vehementen Verfolgung der Kommunisten im Land als reaktionär einstufte, versuchte Ägypten sich verstärkt gegen westliche Einflussnahme abzugrenzen. Die Wafd-Regierung wie auch die Freien Offiziere verweigerten eine Paktbeteiligung (MEC, MEDO, METO [Bagdad-Pakt]) mit den USA und Großbritannien und bauten in Opposition zum Westen über die Jahre seit 1950 die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion aus. Zunehmend aktiv, insbesondere ab 1953 konsequent trat Ägypten ebenfalls an die UdSSR heran, um Militärhilfe zu bekommen, die der Westen zwar versprach, aber seit Jahren vorenthielt. Ziel war es, sich gegen westliche Einflussnahme zu behaupten und Ägyptens Unabhängigkeit auf Dauer zu stärken. Dabei war ebenso wie in Israel der Ausbau zur Regionalmacht entscheidend für die Gewährleistung der eigenen Souveränität und Stabilität. Der UdSSR präsentierte sich Ägypten damit als Schlüsselland für die Verhinderung einer Einkreisung durch anglo-amerikanische Paktssysteme, so dass ebenfalls der ägyptische Nationalismus und Antikolonialismus mit dem sowjetischen „Antiimperialismus“ korrelierten.

In beiden Fällen kann eindeutig von Regionalinitiativen, Initiativen aus der Region, die Rede sein, die den Interessen der sowjetischen Führung entgegenkamen. Beide Parteien bestimmten durch ihre Initiativen Ausrichtung und zeitlichen Verlauf der Entwicklung einer sowjetischen Nahostpolitik entscheidend mit. In beiden Fällen handelte es sich der Intention nach allerdings nur um eine vorübergehende Interessenübereinstimmung, die in keiner Hinsicht einer im Westen befürchteten ideologischen Beeinflussung oder gar einer Kommunistisierung entsprach. Ausschlaggebend waren pragmatische politische und wirtschaftliche Beweggründe, nicht aber ideologische Überzeugungen. Eine langfristige Allianz im Kalten Krieg wurde nicht angestrebt. Im Gegenteil, die regionalen Akteure bemühten sich um eine eher neutrale Haltung in der Großmächterivalität, da sie darin für sich den größten Vorteil erkannten. So nutzten die Zionisten eine zweigleisige Diplomatie gegenüber Ost und West für ihre Interessen und argumentierten nicht zuletzt mit ihrer Mittlerrolle und ihren Netzwerken. Währenddessen nutzte 'Abd an-Nāsir die Blockfreieibewegung für sich, um ebenfalls eine Zuordnung zu einem der Lager zu verhindern. Der Kalte Krieg bewirkte eine Beschleunigung der Dekolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, ist aber als dominierendes Deutungsmuster nicht sinnvoll. Für die westlichen Be-

fürchtungen einer angeblichen Kommunisierung der arabischen Länder gab es wenig Grundlage. Hingegen war die Politik der Regionalstaaten von Faktoren wie der Entkolonialisierung, von Nationalismus und Zionismus, vom Kampf für politische Souveränität und Unabhängigkeit, wie vom Bedürfnis nach einer unabhängigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gekennzeichnet. Gerade für die Souveränitäts- und Unabhängigkeitsbestrebungen war eine gewisse Regiozentrik der Staaten, insofern sich diese nicht ohnehin aus einem historischen und kulturellen Vormachtanspruch der Staaten ergab, unerlässlich. Doch obwohl in Analysen von englischen und amerikanischen Diplomaten die historischen und politischen Kontexte und spezifischen Interessen der Länder des Nahen Ostens oft präzise dargelegt wurden, fanden diese Beobachtungen selten Eingang in die Politik.<sup>2</sup> Unter diesem Gesichtspunkt zeigt das Beispiel auch die Notwendigkeit, politische Situationen vor dem regionalen und historischen Hintergrund zu betrachten.

Die Initiativen der regionalen Akteure wurden von der UdSSR aufgegriffen und für die Umsetzung zu der Zeit aktueller politischer Ziele genutzt. Dies beinhaltete strategische Interessen wie die Schwächung des britischen Einflusses, die Verhinderung einer militärischen Einkreisung durch Paktsysteme, und die Gewährleistung militärischer Nutzungsrechte. Außerdem spielten politische Interessen wie Prestigegegewinn und die Anerkennung als internationale Großmacht mit entsprechender Mitsprache eine bedeutende Rolle. Dies ging auf Seiten des Kreml auch mit dem Versuch einher, die politische Ausrichtung der Länder des Nahen Ostens ideologisch zu beeinflussen. In Ägypten versuchte Chruščev neben nützlichen realpolitischen Kooperationen auch eine sozialistische Entwicklung zu forcieren. Die ideologischen Zielsetzungen sind im Falle der Sowjetunion weder unter Stalin noch unter Chruščev von realpolitischen zu trennen. Es handelte sich um eine besondere Vermischung ideologischer und realpolitischer Interessen. Territoriale Sicherheit, die Verhinderung einer westlichen Einkreisung (MEDO-Pakt bzw. Bagdad-Pakt ergänzte NATO, SEATO) sowie der Anspruch, als Großmacht mitzubestimmen, waren ebenso Ziel wie die Schaffung ideologischer Verbündeter und die Verbreitung der sozialistischen Weltrevolution, als deren Mutterland sich die Sowjetunion sah.

All diese Faktoren bestimmten auch den Richtungswechsel der sowjetischen Politik im Nahen Osten durch die Unterstützung zunächst der jüdischen Interessen und später der arabischen mit. Die Neuorientierungen der UdSSR zeigten sich geprägt von der internationalen Lage wie auch der Politik der Regionalmächte. Die wesentliche Unterstützung für die Etablierung eines jüdischen Staates in Palästina 1947/1948 war ein ebenso einschneidender Schritt sowjetischer Nahostpolitik wie 1955 die erste Waffentransferbewilligung direkt aus der UdSSR an ein Land außerhalb des Ostblocks, nämlich Ägypten. Die Sowjetunion trat nach dem Zweiten Weltkrieg als Großmacht in der internationalen Arena auf und forderte ihre Rolle und Bedeutung als Großmacht in der internationalen Politik ein. Nicht zuletzt aufgrund der Eigeninitiative der regionalen Akteure konnte sie ihre Position festigen und nachdrücklich verfolgen. Während der Suezkrieg im Herbst 1956 das Hauptindiz für die Schwächung des westlichen Einflusses auf Ägypten war, zeigten die Unterstützung für die jüdische Staatsgründung und der Waffenhandel mit Ägypten für die Sowjetunion bereits die entscheidenden Vorstöße zu einer Umsetzung der angestrebten Großmachtrolle. Mit dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 wurde die Strategie schließlich theoretisch untermauert.

<sup>2</sup> Stellvertretend sei das Beispiel des US-amerikanischen Botschafters in Ägypten 1955–1956, Henry A. Byroade, genannt. Vgl. FRUS, Bd. 12, 1955–1957, S. 41f., 76.

Aber genauso wie diese beiden Ereignisse signifikant sind für die sowjetische Positionierung, so spiegeln sie auch die Entwicklung des Kalten Krieges in der Region des Nahen Ostens und die Interaktion der Großmächte mit den Regionalstaaten wider. Während jedoch die Großmachtbeziehungen des Kalten Krieges eingehend untersucht wurden, ist es ein zentrales Ergebnis der vorliegenden Studie, dass die Rolle der Regionalstaaten deutlich unterschätzt wurde. Insbesondere Staaten, deren Politik von einer starken Region-zentrik gekennzeichnet war und die für ihre Ziele z.B. infolge der Kolonialzeit auf auswärtige Hilfe angewiesen waren, nutzten die Konfrontation des Kalten Krieges in ihrem Interesse. Der Kalte Krieg ist damit auch ein Beispiel dafür, dass nicht nur die Diplomatie zwischen Großmächten und ideologischen Lagern scheiterte, sondern auch dafür, dass viele Folgen auf mangelndes Verständnis für Regionalmächte und kleinere Staaten zurückzuführen waren, deren Ziele und Interessen nicht berücksichtigt wurden. Gerade dies aber ist ein Aspekt, der auch heute von großer Aktualität ist. Mit dieser Arbeit wurde versucht, nicht nur einen Beitrag zur Untersuchung der sowjetischen Außenpolitik, sondern auch zum Verständnis des Nahen Ostens zu leisten – eine Region, die nach wie vor einen der Brennpunkte der Weltpolitik bildet.

## Abkürzungen

ACSP	Arab Collective Security Pact
AIOC	Anglo-Iranian Oil Company
AVP RF	Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii, Moskau [Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation]
CENTO	Central Treaty Organization
CIA	Central Intelligence Agency
CK	Central'nyj Komitet [Zentralkomitee]
CK VKP (b)	Central'nyj Komitet Vsesojuznoj Kommunističeskoj Partii (bol'sevikov) [Zentralkomitee der Allsowjetischen Kommunistischen Partei (der Bolschewiki)]
CK KPSS	Central'nyj Komitet KPSS [Zentralkomitee der KPdSU]
ČSR	Čechoslovackaja Socialističeskaja Respublika [Tschechoslowakische Sozialistische Republik]
CWIHP	Cold War International History Project, Washington
CWSC	Cold War Studies Centre
CZA	Central Zionist Archives
d.	delo [Akte]
EAK	Evrejskij Antifašistskij Komitet SSSR [Jüdisches Antifaschistisches Komitee]
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EPTA	Expanded Program for Technical Assistance (United Nations)
Evsekcija	Evrejskaja sekcija [Jüdische Sektion]
Ezel	siehe IZL
f.	fond [Register]
FO	Foreign Office, Großbritannien
FRUS	Foreign Relations of the United States (Dokumente)
HADETU	Demokratische Bewegung für Nationale Befreiung
HAMETU	Ägyptische Bewegung für Nationale Befreiung
Histadrut	Allgemeine Föderation jüdischer Arbeiter
IMEMO	Institut Mirovoj Ėkonomiki i Meždunarodnych Otnošenij [Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen]
IZL	Irgun Zeva'i Le'ummi [Nationale Militärorganisation]
Kominform	Kommunističeskoe Informacionnoe Bjuro [Kommunistisches Informationsbüro]

Komintern	Kommunističeskij Internacional [Kommunistische Internationale]
KP	Kommunistische Partei
KPÄ	Kommunistische Partei Ägyptens [Hizb aš-Ši'aia al-Misria]
KSCĚ	Komunistická Strana Československa [Kommunistische Partei der Tschechoslowakei]
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPP	Kommunistische Partei Palästinas
KPSS	Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza [siehe KPdSU]
KUTV	Kommunističeskij Universitet Trudjaščichsja Vostoka [Kommunistische Universität der Werktätigen des Orients]
l.	list [Aktenblatt]
Lehi	Lohamei Herut Israel [Kämpfer für die Freiheit Israels]
LSE	London School of Economics and Politics
MAKI	HaMiflega HaKommunistit HaYisraelit [Israelische Kommunistische Partei]
MAPAI	Mifleget Po'alei Eretz Israel [Arbeiterpartei Israels]
MAPAM	Mifleget HaPo'aleim HaMeuchedet [Vereinte Arbeiterpartei]
MDA	Magen David Adom [Roter Schild Davids]
MEC	Middle East Command
MEDO	Middle East Defense Organization
METO	Middle East Treaty Organization
MGB	Ministerstvo Gosudarstvennoj Bezopasnosti [Ministerium für Staatssicherheit]
MID	Ministerstvo Inostrannyh Del [Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten]
Mio.	Million(en)
MPS	Mifleget Poalim Sozialistim [Partei der sozialistischen Arbeiter]
Muskom	Musul'manskij Kommissariat [Muslimisches Kommissariat]
MZV	Ministerstvo Zahraničníc Věcí [Tschechoslowakisches Außenministerium]
NAM	Non-Aligned Movement
Narkom	Narodnyj komissar [Volkskommissar]
Narkomindel	Narodnyj komissariat inostrannyh del [Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten]
Narkomnac	Narodnyj komissariat po delam nacional'nostej [Volkskommissariat für die Angelegenheiten der Nationalitäten]

NATO	North Atlantic Treaty Organization
NKID	Narodnyj Komissariat Inostrannyh Del [Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten]
NKVD	Narodnyj Komissariat Vnutrennich Del [Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten]
NPI	Narodnaja Partija Irana [Volkspartei Iran]
ob.	oborot [Rückseite des Blattes]
op.	opis' [Vorgang, Bestand]
p.	papka [Ordner]
PKP	Palästiner Kommunistische Partei [Palästinensische Kommunistische Partei]
PRO	Public Record Office, Kew, Großbritannien
RCC	Revolutionary Command Council
RGAE	Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Ekonomiki [Russländisches Staatsarchiv für Wirtschaft]
RGANI	Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Novešej Istorii [Russländisches Staatsarchiv für Neueste Geschichte]
RGASPI	Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskoj Istorii [Russländisches Staatsarchiv für Sozialpolitische Geschichte]
RKP (b)	Rossijskaja Kommunističeskaja Partija (bol'shevikov) [Russländische Kommunistische Partei (der Bolschewiki)]
RSDAP	Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SEATO	South East Asia Treaty Organization
SIB	Sovetskoe Informacionnoe Bjuro (Sovinformbjuro) [Sowjetisches Informationsbüro (Sovinformbüro)]
SIO	Sovetsko-Izrail'skie Otnošenija, Sbornik dokumentov [Sowjetisch-israelische Beziehungen, Dokumentensammlung]
SNK	Sovetskij Narodnyj Komissariat [Sowjetisches Volkskommissariat]
SPÄ	Sozialistische Partei Ägyptens
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza [Telegraphenagentur der Sowjetunion (Presseagentur)]
TNA	The National Archives, Großbritannien
UAR	United Arab Republic
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	United Kingdom
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency (for Palestine Refugees in the Near East)

UNSCOP	United Nations Special Committee on Palestine
US	United States
USA	United States of America
USSR	Union of Soviet Socialist Republics
UTW	‘Uṣbat al-Taharrur al-Waṭanī [Liga der Nationalen Befreiung]
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VKP (b)	Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bol’ševikov) [Allsowjetische Kommunistische Partei (der Bolschewiki)]
VOKS	Vsesojuznoe Obščestvo Kul’turnoj Svjazi s Zaganicej [Allsowjetische Gesellschaft für kulturelle Kontakte zum Ausland]
ZK	Zentralkomitee
ZK KPdSU	Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

# Personen hochrangiger diplomatischer Ämter

## 1. Außenminister im Zeitraum 1941–1956

### *Volkskommissare<sup>1</sup> bzw. Außenminister der UdSSR*

Sowjetische Volkskommissare bzw. Außenminister (Lebensdaten)	Amtszeiten	Anmerkungen
Vjačeslav Michajlovič Molotov (1890–1986)	5/1939–3/1949	Volkskommissar, ab 1946 Außenminister
Andrej Januar'evič Vyšinskij (1883–1954)	3/1949–3/1953	Im März 1953 erfolgte die Umsetzung infolge Stalins Tod.
Vjačeslav Michajlovič Molotov (1890–1986)	3/1953–6/1956	
Dmitrij Trofimovič Šepilov (1905–1995)	6/1956–2/1957	

### *Außenminister Israels*

Israelische Außenminister (Lebensdaten)	Amtszeit	Anmerkungen
Moshe Sharett (geb. Shertok) (1894–1965)	5/1948–1956	Sharett war zunächst in der provisorischen Regierung Außenminister, ab 1956 trat Golda Meir die Amtsnachfolge an.

<sup>1</sup> Seit der Oktoberrevolution hieß das Außenministerium Sovetskij Narodnyj Komissariat (SNK) [Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten], auch Narkomindel abgekürzt. Ab dem 15.3.1946 wurden die Begriffe Ministerstvo inostrannych del (MID) [Außenministerium] und Ministr inostrannych del [Außenminister] eingeführt.

*Außenminister Ägyptens*

Ägyptische Außenminister (Lebensdaten)	Amtszeit	Anmerkungen
Hussaīn Sirri Pasha (1894–1960)	11/1940–6/1941	Erstmalig
Salīb Sāmi Bey	6/1941–2/1942	Zum zweiten Mal
Muṣṭafā an-Nahās Pasha (1879–1965)	2/1942–10/1944	
Mahmūd Fahmī an-Nuqrāṣī (1888–1948)	10/1944–3/1945	Erstmalig
Abdalhamīd Badawi Pasha (1887–1965)	3/1945–2/1946	
Ahmad Lutfī as-Sayid Pasha (1887–1965)	2/1946–9/1946	
Ibrahīm Abdal Hādī Pasha (1896–1991)	9/1946–12/1946	
Mahmūd Fahmī an-Nuqrāṣī (1888–1948)	12/1946–11/1947	Zum zweiten Mal
Ahmad Muhammad Khashaba Pasha	11/1947–12/1947	Erstmalig
Ibrahīm Dissūqī Abāza Pasha	12/1947–2/1949	
Ahmad Muhammad Khashaba Pasha	2/1949–7/1949	Zum zweiten Mal
Hussaīn Sirri Pasha (1894–1960)	7/1949–1/1950	Zum zweiten Mal
Muhammad Salah ad-Dīn Bey	1/1950–1/1952	
Alī Māhir (1882–1960)	1/1952–3/1952	Zum dritten Mal
Abdel Khaliq Hassūna (1898–1992)	3/1952–6/1952	Erstmalig
Hussaīn Sirri Pasha (1894–1960)	6/1952–7/1952	Zum dritten Mal
Abdel Khaliq Hassūna (1898–1992)	7/1952–7/1952	Zum zweiten Mal
Alī Māhir (1882–1960)	7/1952–9/1952	Zum vierten Mal
Ahmad Muhammad Farag Tāyi	9/1952–12/1952	
Mahmūd Fauzi (1900–1981)	12/1952–3/1964	

## 2. Botschafter im Zeitraum 1941–1956<sup>2</sup>

### *Sowjetische Gesandte bzw. Botschafter in Israel*

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel wurden am 26. 5. 1948 etabliert. Am 12. 2. 1953 brach die UdSSR die Beziehungen ab. Die Wiederaufnahme erfolgte am 15. 7. 1953. Am 10. 6. 1967 wurden die Beziehungen erneut von Seiten der UdSSR abgebrochen.

Sowjetische Botschafter (Lebensdaten)	Amtszeit <sup>3</sup>	Anmerkungen
Pavel Ivanovič Eršov (1914–1981)	7/1948–2/1953	Gesandter, 12. 2. 1953 Abbruch der dipl. Beziehungen, Wiederaufnahme 15. 7. 1953
Aleksandr Nikitič Abramov (1905–1973)	8/1953–1/1958 Gesandter, ab 16. 6. 1954 Botschafter	Vorher war Abramov bereits als Berater in der Gesandtschaft in Israel tätig. Im Juni 1954 erhielt die Gesandt- schaft den Status einer Botschaft.

### *Sowjetische Gesandte bzw. Botschafter in Ägypten<sup>4</sup>*

Sowjetische Botschafter (Lebensdaten)	Amtszeit	Anmerkungen
Nikolaj Vasil' evič Novikov (1903–1989)	10/1943–11/1944	Gesandter
Aleksej Dmitrievič Ščiborin (1912–1988)	11/1944–2/1950	Gesandter, im April 1946 war Pavel Matvevič Žuravlev (1898–1956) Chargé d'affaires
Semen Pavlovič Kozyrev (1907–1991)	2/1950–10/1953	Gesandter
Daniil Semenovič Solod (1908–1988)	10/1953–1/1956	Gesandter, ab 23. 3. 1954 Botschafter (Solod war 1943–1944 bereits als Berater an der sowj. Gesandtschaft tätig)
Evgenij Dmitrievič Kiselev (1908–1963)	1/1956–2/1958	Botschafter, nach Zusammenschluss Ägyptens und Syriens zur UAR war Kiselev weiter als Botschafter für die UAR tätig (bis 1959)

<sup>2</sup> Als Quellen für die Angaben dienen: Archivmaterialien aus Moskau; Crowley, *The Soviet Diplomatic Corps 1917–1967*; siehe auch: [http://www.knowbysight.info/6\\_MID/03446.asp](http://www.knowbysight.info/6_MID/03446.asp) (10. 9. 2009).

<sup>3</sup> Die Daten der Amtszeit beziehen sich hier und in den folgenden Tabellen auf den Arbeitsantritt der Gesandten bzw. Botschafter und nicht auf das Datum der Akkreditierung.

<sup>4</sup> Diplomatische Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Ägypten wurden 1943 aufgenommen. 1954 erhielten die Gesandtschaften den Botschaftsstatus.

*Israelische Gesandte bzw. Botschafter in der UdSSR*

Israelische Botschafter (Lebensdaten)	Amtszeit	Anmerkungen
Golda Meir, vorher Meyerson (geb. Mabowitsch) (1898–1978)	9/1948–3/1949	Gesandte
Mordechaj Namir (Nemirovskij) (1897–1975)	6/1949–11/1950	Gesandter, vorher schon Counsellor und Chargé d'affaires ad interim (1949)
Ze'ev Argaman (1903–1983)	12/1950–5/1951	Counsellor, Chargé d'affaires ad interim von Namirs Abreise bis Eliashivs Ankunft 1951
Shmuel Eliashiv, vorher Friedman (1899–1955)	6/1951–2/1953	Gesandter Am 20. 2. 1953 verließen alle Mitar- beiter der israelischen Gesandt- schaft die UdSSR über die finnische Grenze, nachdem die UdSSR die dipl. Beziehungen abgebrochen hatte (12. 2. 1953). Nach Wiederauf- nahme der Beziehung agierte Ze'ev Argaman als Chargé d'affaires ad interim bis zur erneuten Ankunft Eliashivs im Dezember 1953.
Shmuel Eliashiv, vorher Friedman (1899–1955)	12/1953–4/1955	Gesandter, ab Juni 1954 Botschafter
Josif Avidar (geb. 1906)	4/1955–1958	Botschafter

*Ägyptische Gesandte bzw. Botschafter in der Sowjetunion*

Ägyptische Botschafter	Amtszeit	Anmerkungen
Muhammad Kāmil Abdul Rahīm	12/1945–2/1946	Gesandter
Muṣṭafā as-Sadiq	1946	Gesandter
Kāmil al-Bindari	1947–1950	Gesandter
Anīs al-'Azr	3/1950–1953	Gesandter
Azīz al-Masri (1879–1965)	1954–1955	Gesandter, ab 23. 3. 1954 Botschafter
Muhammad Awād al-Kūnī	1955–1961	Botschafter

## Quellen und Literatur

### Unveröffentlichte Dokumente

Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii, Moskau (AVP RF) –  
*Archiv für Außenpolitik der Russländischen Föderation*  
 – AVP RF, f. 128, Referentur Syrien und Libanon  
 – AVP RF, f. 87, Referentur Ägypten

Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Ekonomiki, Moskau (RGAE) –  
*Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft*  
 – RGAE, f. 413

Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskoj Istorii, Moskau (RGASPI) –  
*Russisches Staatsarchiv für Sozialpolitische Geschichte*  
 – RGASPI, f. 17, op. 128 – Fond Politbüro CK VKP (b)  
 – RGASPI, f. 82, op. 2 – Fond Molotov

The National Archives of the UK (TNA): Public Record Office (PRO), London  
 – TNA: PRO FO 371 [Foreign Office: Political Department: General Correspondence from 1906–1966]  
 – TNA: PRO FO 181  
 – TNA: PRO FO 800  
 – TNA: PRO FO 141  
 – TNA: PRO PREM [Prime Minister's Office: Correspondence and Papers 1951–1964]

### Veröffentlichte Dokumente

Alter, Peter (Hg.): Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens, München 1994.

Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen, 30. Juni 1956, in: Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen, Berlin 1990, S. 86–113.

Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1: 1947–1956. Iz dokumentov archiva vnešnej politiki rossijskoj federacii, zusammengestellt von V. V. Naumkin u. a., Moskau 2003.

Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 2: 1957–1967. Iz dokumentov archiva vnešnej politiki rossijskoj federacii, zusammengestellt von V. V. Naumkin u. a., Moskau 2003.

Chruščev, N. S.: Für dauerhaften Frieden und friedliche Koexistenz, Berlin 1959.

Chruschtschow, Nikita S.: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin 1956.

Degras, Jane (Hg.): Soviet Documents on Foreign Policy, Bd. 1: 1917–1924, New York 1978.

Dies. (Hg.): Soviet Documents on Foreign Policy, Bd. 2: 1925–1932, New York 1978.

Dies. (Hg.): Soviet Documents on Foreign Policy, Bd. 3: 1933–1941, New York 1978.

Diskussionsreden auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Berlin 1956.

Documents on the Foreign Policy of Israel, Bd. 1: 14 May – 30 September 1948, hg. von Yehoshua Freundlich, Jerusalem 1981.

- Dr. Edvard Beneš, President of Czechoslovakia. The Czechoslovak Statesman's Official Wartime Visit to the United States and Canada in 1943, New York 1944.
- Eden, Anthony: Freedom and Order. Selected Speeches 1939–1946, London [ohne Jahr].
- Edvard Beneš in His own Words. Threescore Years of a Statesman, Builder and Philosopher, New York 1944.
- Engels, Friedrich: Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Bd. 16, Berlin <sup>6</sup>1975, S. 153–163.
- Eudin, Xenia J./North, Robert C. (Hg.): Soviet Russia and the East, 1920–1927. A Documentary Survey, London u. a. 1957.
- Eudin, Xenia J./Slusser, Robert M. (Hg.): Soviet Foreign Policy 1928–1934. Documents and Materials, Bd. 1, London 1966.
- Eudin, Xenia J./Slusser, Robert M. (Hg.): Soviet Foreign Policy 1928–1934. Documents and Materials, Bd. 2, London 1967.
- I. G. Ėrenburg – I. V. Stalinu, 3. 2. 1953, in: Istočnik 1 (1997), S. 141–146.
- Foreign Relations of the United States (FRUS), U.S. Department of State, 1950, Bd. 5 (1978).
- Foreign Relations of the United States (FRUS), U.S. Department of State, 1952–1954, Bd. 8–10 (1986–1989).
- Foreign Relations of the United States (FRUS), U.S. Department of State, 1955–1957, Bd. 12 (1991).
- Foreign Relations of the United States (FRUS), U.S. Department of State, 1955–1957, Bd. 14/15 (1989).
- Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen, Berlin 1990.
- Gosudarstvennyj antisemitizm v SSSR. Ot načala do kul'minacii, 1938–1953, zusammengestellt von Gennadij V. Kostyrčenko, Moskau 2005.
- Gruliov, Leo (Hg.): Current Soviet Policies. The Documentary Record of the 19th Communist Party Congress and the Reorganization after Stalin's Death, New York 1953.
- Ders. (Hg.): Current Soviet Policies II. The Documentary Record of the 20th Communist Party Congress and Its Aftermath, New York 1957.
- Herzl, Theodor: Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage, Nachdruck, Augsburg 2004.
- Hurewitz, Jacob C.: Diplomacy in the Near and Middle East. A Documentary Record: 1914–1956, Bd. 2, Princeton 1956.
- Jensen, Kenneth M. (Hg.): Origins of the Cold War. The Novikov, Kennan, and Roberts „Long Telegrams“ of 1946, Washington <sup>2</sup>1993.
- Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1959.
- Laqueur, Walter/Rubin, Barry (Hg.): The Israel-Arab Reader. A Documentary History of the Middle East Conflict, New York <sup>7</sup>2008.
- Lenin, W. I.: Die Stellung des „Bund“ in der Partei, in: Ders.: Werke, Bd. 7: September 1903 – Dezember 1904, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1960, S. 82–93.
- Ders.: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, in: Ders.: Werke, Bd. 20: Dezember 1913 – August 1914, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1961, S. 1–37.
- Ders.: Die nationale Gleichberechtigung, in: Ders.: Werke, Bd. 20: Dezember 1913 – August 1914, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1961, S. 234–235.
- Ders.: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: Ders.: Werke, Bd. 20: Dezember 1913 – August 1914, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1961, S. 395–461.
- Ders.: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen), (geschrieben Januar – Februar 1916), in: Ders.: Werke, Bd. 22, Berlin <sup>3</sup>1960, S. 144–159.
- Ders.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss, Mitte 1917 veröffentlicht, in: Ders.: Werke, Bd. 22, Berlin <sup>3</sup>1960, S. 189–309.

- Ders.: Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz, April 1916, in: Ders.: Werke, Bd.22: Dezember 1915 – Juli 1916, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1960, S.172–183.
- Ders.: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, in: Ders., Werke, Bd.23: August 1916 – März 1917, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1960, S.18–71.
- Ders.: From an Address to the Second All Russian Congress of Communist Organisations of the Peoples of the East, 22. November 1919, in: Ders.: Collected Works, Bd.30, Moskau <sup>4</sup>1965, S.151–162.
- Ders.: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage (Für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale), 5. Juni 1920, in: Ders.: Werke, Bd.31: April – Dezember 1920, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1959, S.132–139.
- Ders.: Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B), 6. Dezember 1920, in: Ders.: Werke, Bd.31: April – Dezember 1920, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1959, S.434–454.
- Ders.: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, Juli 1920, in: Ders.: Werke, Bd.31: April – Dezember 1920, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1959, S.193–199.
- Ders.: Referat über die Taktik der KPR, 5.7.1921 (3. Kongreß der Kommunistischen Internationale), in: Ders.: Werke, Bd.32: Dezember 1920 – August 1921, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1961, S.501–519.
- Ders.: An das Turkestanische Büro des ZK der KPR(B), 7.8.1921, in: Ders.: Werke, Bd.35: Februar 1912 – Dezember 1922, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1962, S.495.
- Lieber, Hans-Joachim/Ruffmann, Karl-Heinz (Hg.): Der Sowjetkommunismus. Dokumente, 2 Bde. (Bd.1: Die politisch-ideologischen Konzeptionen, Bd.2: Die Ideologie in Aktion), Köln u.a. 1963/64.
- Magnus, Ralph H. (Hg.): Documents on the Middle East. United States Interests in the Middle East, Washington 1969.
- Malenkov, Georgij M.: Otčetnyj doklad k XIX s'ezdu partii o rabote central'nogo komiteta VKP (b), 5. oktjabrja 1952, Moskau 1952.
- Ders.: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (b) an den XIX. Parteitag, 5.–14. Oktober 1952, Berlin 1952.
- Marx, Karl: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Bd.4, Berlin <sup>6</sup>1972, S.459–493.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Selected Correspondence, Berlin 1975.
- Nasser, Gamal Abdel: The Egyptian Revolution, in: Foreign Affairs 33 (1955), S.199–211.
- Ders.: The Philosophy of the Revolution, Buffalo 1959.
- Naumov, Vladimir P. (Hg.): Nepavednyj sud. Poslednij stalinskij rasstrel. Stenogramma sudebnogo processa nad členami evrejskogo antifašistskogo komiteta, Moskau 1994.
- New Evidence on the Iran Crisis 1945–46. From the Baku Archives (Documents provided by Jamil Hasanli), in: CWIHP Bulletin 12/13 (2001).
- Nikita Sergeevič Chruščev. Dva cveta vremeni. Dokumenty iz ličnogo fonda N. S. Chruščeva, 2 Bde., Moskau 2009.
- Novejšaja istorija stran Azii i Afriki. Učebnik dlja vyššich učebnych zavedenij, hg. von M. F. Jur'eva, Moskau 1965.
- Pis'mo v redakciju „Pravdy“, in: Istočnik 1 (1997), S.143–146.
- The Policy of the Soviet Union in the Arab World. A Short Collection of Foreign Policy Documents. The USSR and the Arab World, Moskau 1975.
- Political Documents of the Jewish Agency, Bd.1: May 1945 – December 1946, hg. von Yehoshua Freundlich, Jerusalem 1996.
- Political Documents of the Jewish Agency, Bd.2: January – November 1947, hg. von Yehoshua Freundlich/Nana Sagi, Jerusalem 1998.
- President Gamal Abdel Nasser's Speeches and Press-Interviews, hg. vom Information Department of the United Arab Republic, [Kairo] 1958.

- President Gamal Abdel Nasser's Speeches and Press-Interviews, hg. vom Information Department of the United Arab Republic, [Kairo] 1959.
- President Gamal Abdel Nasser's Speeches and Press-Interviews, hg. vom Information Department of the United Arab Republic, [Kairo] 1960. (unvollständig)
- Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921.
- Pylaeva, G. I.: Materialy k 60-letiju Sojuza sovetskich občestv družby i kul'turnoj svjazi s zarubežnymi stranami. Čast' I: Iz istorii dejatel'nosti vsesozjuznogo občestva kul'turnoj svjazi s zagranicej sojuza sovetskich občestv družby: kul'turnoj svjazi s zarubežnymi stranami, 1925–1985, Moskau 1985.
- Redlich, Simon/Kostyrčenko, Gennadij (Hg.): Evrejskij Antifašistskij Komitet v SSSR 1941–1948: Dokumentirovannaja istorija, Moskau 1996.
- The Report of the Palestine Partition Commission, in: *International Affairs* 18/2 (1939), S.171–193.
- Riddell, John (Hg.): *To See the Dawn*. Baku, 1920 – First Congress of the Peoples of the East, New York 1993.
- Ro'i, Yaacov: *From Encroachment to Involvement. A Documentary Study of Soviet Policy in the Middle East; 1945–1973*, New York 1974.
- Rubinstein, Alvin Z.: *The Foreign Policy of the Soviet Union: Documents*, New York 1960.
- Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hg.): *Der Hitler-Stalin-Pakt. Der Krieg und die europäische Erinnerung*, in: *Osteuropa* 59/7–8 (2009).
- Seidl, Alfred (Hg.): *Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939–1941. Dokumente des Auswärtigen Amtes*, Tübingen 1949.
- Šepilov, Dmitrij: *Sueckij vopros*, Moskau 1956.
- Shdanow, Andrej A.: *Über die internationale Lage. Vortrag, gehalten auf der Informationsberatung von Vertretern einiger kommunistischer Parteien in Polen Ende September 1947*, Berlin 1947.
- Sontag, Raymond J./Beddie, James S. (Hg.): *Nazi-Soviet Relations 1939–1941. Documents from the Archives of the German Foreign Office*, Washington 1948.
- Sovetsko-izrail'skie otnošenija, Sbornik dokumentov, Bd. 1: 1941–1953 v 2 knigach. Kniga 1: 1941 – Mai 1949, zusammengestellt von B. L. Kolokolov, Ė. Benzur u. a., hg. vom Ministerstvo inostrannyh del Rossijskoj Federacii/Ministerstvo inostrannyh del Gosudarstvo Izrail', Moskau 2000.
- Sovetsko-izrail'skie otnošenija, Sbornik dokumentov, Bd. 1: 1941–1953 v 2 knigach. Kniga 2: Mai 1949–1953, zusammengestellt von B. L. Kolokolov, Ė. Benzur u. a., hg. vom Ministerstvo inostrannyh del Rossijskoj Federacii/Ministerstvo inostrannyh del Gosudarstvo Izrail', Moskau 2000.
- SSSR i Arabskie Strany 1917–1960 gg. Dokumenty i Materialy, hg. vom Ministerstvo inostrannyh del SSSR, Moskau 1961.
- Stalin, I. V.: *Političeskij otčet Central'nogo Komiteta 14. s'ezda VKP (b), 18 dekabnja 1925 goda*, in: Ders.: *Sočinenija*, Bd. 7, Moskau 1952, S. 261–352.
- Stalin, J.: *Marxismus und Nationale Frage*, in: Stalin, J. W.: *Werke*, Bd. 2, Berlin 1952, S. 162–196.
- Ders.: *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, Berlin 1955.
- Ders.: *Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag: Über die Arbeit des ZK der KPdSU (b) 1934*, in: Stalin, J. W.: *Werke*, Bd. 13: Juli 1930 – Januar 1934, Berlin 1955, S. 164–211.
- Ders.: *Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag: Über die Arbeit des ZK der KPdSU (b) 1939*, in: Stalin, J. W.: *Werke*, Bd. 14: Februar 1934 – April 1945, Dortmund 1976, S. 97–130.
- Ders.: *Rede auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 14. Oktober 1952*, in: Stalin, J. W.: *Werke*, Bd. 15: Mai 1945 – Dezember 1952, Dortmund 1979, S. 246–248.
- Ders.: *Interview mit dem Korrespondenten der „Pravda“ anlässlich der Rede Churchills in Fulton (USA), März 1946*, in: Stalin, J. W.: *Werke*, Bd. 15: Mai 1945 – Dezember 1952, Dortmund 1979, S. 48–51.
- Ders.: *Antworten auf Fragen des diplomatischen Korrespondenten der New York Times, James Reston, 21.12.1952*, in: Stalin, J. W.: *Werke*, Bd. 15: Mai 1945 – Dezember 1952, Dortmund 1979, S. 249.
- Steininger, Rolf (Hg.): *Berichte aus Israel. Eine Akteneedition*, Bd. 1: 1946–1949 Palästina/Israel, München 2004.
- Supplement to Survey of Palestine. Notes Compiled for the Information of the United Nations Special Committee on Palestine, June 1947, nachgedruckt in Washington 1991.
- A Survey of Palestine. Prepared in December 1945 and January 1946 for the Information of the Anglo-American Committee of Inquiry, Bd. 1, nachgedruckt in Washington 1991.

A Survey of Palestine. Prepared in December 1945 and January 1946 for the Information of the Anglo-American Committee of Inquiry, Bd. 2, nachgedruckt in Washington 1991.

United States Policy in the Middle East. September 1956 – June 1957. Documents, New York 1958.

USSR/Russia – Egypt: 50 Years of Cooperation (Documents prepared by the Foreign Ministry of the Russian Federation and International Affairs), in: International Affairs 10 (1993), S. 85–100.

## Zeitungen und Zeitschriften

Ejnikajt

Internationale Presse-Korrespondenz (Inprekorr) 1922–1935

Kommunistische Internationale

L'Observateur

Pravda

Rundschau ab 1933

## Memoiren

Amery, Leopold S.: My political Life, Bd. 2: War and Peace 1914–1929, London 1953.

Ben Gurion, David: Israel. Die Geschichte eines Staates, Frankfurt a. M. 1973.

Beneš, Edvard: Memoirs of Dr Eduard Beneš. From Munich to New War and New Victory, nachgedruckt, New York 1972.

Chruschtschow, Nikita: Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren, hg. von Strobe Talbott, Reinbek <sup>2</sup>1992.

Copeland, Miles: The Game of Nations. The Amorality of Power Politics, London 1969.

Crum, Bartley C.: Behind the Silken Curtain. A Personal Account of Anglo-American Diplomacy in Palestine and the Middle East, London 1947.

Čuev, Feliks I.: Molotov. Poluderžavnyj vlastelin, Moskau 2000.

Ders.: Kaganovič. Šepilov, Moskau 2001.

Dagan, Avigdor: Moscow and Jerusalem. Twenty Years of Relations between Israel and the Soviet Union, London u. a. 1970.

Dayan, Moshe: Story of my Life, London 1976.

Dmitriev, Sergej S.: Publikacii i soobščeniija. Iz dnevnikov Sergeja Sergeeviča Dmitrieva, in: Otečestvennaja istorija, Nr. 1 (2000), S. 158–172.

Ėrenburg, Il'ja I.: Ljudi, gody, žizn'. Vospominanija v trech tomach, Moskau 1990.

Goldmann, Nahum: Mein Leben als deutscher Jude, München u. a. 1980.

Ders.: Mein Leben. USA – Europa – Israel, Bd. 2 der Autobiographie, München u. a. 1981.

Ders.: Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler, Frankfurt a. M. <sup>3</sup>1988.

Grinevskij, Oleg: Tysjača i odin den' Nikity Sergeeviča, Moskau 1998.

Gromyko, Andrej A.: Pamjatnoe, 2 Bde., Moskau 1988.

Ders.: Erinnerungen, Düsseldorf u. a. 1989.

Harriman, Averell W./Abel, Elie: Special Envoy to Churchill and Stalin, 1941–1946, New York 1975.

Haykal, Muhammad Hasanayn: Nasser – The Cairo Documents, London 1972.

Heikal, Muhammad Hassanin: Sphinx und Kommissar. Der sowjetische Einfluß in der arabischen Welt, Frankfurt a. M. u. a. 1980.

Hirsowicz, Lukasz: The Third Reich and the Arab East, London u. a. 1966.

Horowitz, David: State in the Making, New York 1953.

Majskij, Ivan M.: Memoiren eines sowjetischen Botschafters, Berlin 1984.  
 Malyšev, V. A. : Dnevnik narkoma „Projdet desjatk let, i eti vstreči ne vosstanoviš' uže v pamjati“, in: Istočnik 5 (1997), S. 103–147.  
 Meir, Golda: Mein Leben, Hamburg 1977.

Novikov, Nikolaj V.: Vospominanija diplomata: Zapiski 1938–1947, Moskau 1989.

Sacharow, Andrej: Mein Leben, München 1992.  
 Sacharow, Andrej Dimitrijewitsch: Mein Land und die Welt, Wien u. a. 1975.  
 Sadat, Anwar El: Unterwegs zur Gerechtigkeit. Auf der Suche nach Identität: Die Geschichte meines Lebens, Wien u. a. 1978.  
 Šepilov, Dmitrij: Neprimknuvšij, Moskau 2001.  
 Shepilov, Dmitri: The Kremlin's Scholar. A Memoir of Soviet Politics under Stalin and Khrushchev, hg. von Stephen V. Bittner, New Haven u. a. 2007.  
 Sudoplatow, Pawel A./Sudoplatow, Anatolij: Der Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals, Düsseldorf u. a. 1994.

Weizmann, Chaim: Memoiren. Das Werden des Staates Israel, Hamburg 1951.

## Sekundärliteratur

- Abdel-Malek, Anouar: Ägypten: Militärgesellschaft. Das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser, Frankfurt a. M. 1971.  
 Abu Jaber, Fayez: The Soviets and the Arabs, 1917–1955, in: Middle East Forum 45/1 (1969), S. 13–44.  
 Abu-Lughod, Ibrahim (Hg.): The Transformation of Palestine. Essays on the Origin and Development of the Arab-Israeli Conflict, Evanstone 1971.  
 Abu-Lughod, Janet L.: The Demographic Transformation of Palestine, in: The Transformation of Palestine. Essays on the Origin and Development of the Arab-Israeli Conflict, hg. von Ibrahim Abu-Lughod, Evanstone 1971, S. 139–163.  
 Adam, Volker: Rußlandmuslime in Istanbul am Vorabend des Ersten Weltkrieges: die Berichterstattung osmanischer Periodika über Rußland und Zentralasien, Frankfurt a. M. 2002.  
 Agaryschew, Anatoli: Gamal Abdel Nasser: Leben und Kampf eines Staatsmannes. Biographie, Berlin 1977.  
 Agwani, Mohammed S.: Communism in the Arab East, New York u. a. 1969.  
 Ainsztein, Reuben: Soviet Jewry in the Second World War, in: Kochan, Lionel (Hg.): The Jews in Soviet Russia since 1917, London 1970, S. 269–287.  
 Akiner, Shireen: Islamic People of the Soviet Union, London 1983.  
 Alin, Erika: U.S. Policy and Military Intervention in the 1958 Lebanon Crisis, in: Lesch, David W. (Hg.): The Middle East and the United States. A Historical and Political Reassessment, Boulder 1996, S. 144–162.  
 Allen, Mary Newcomb: The Policy of the USSR towards the State of Israel, 1948–1958, London 1961.  
 Alterman, Jon B.: American Aid to Egypt in the 1950s. From Hope to Hostilities, in: The Middle East Journal 52 (1998), S. 51–69.  
 Ball, Simon J.: The Cold War. An International History 1947–1991, London 1998.  
 Banac, Ivo (Hg.): The Diary of Georgi Dimitrov 1933–1949, New Haven u. a. 2003.  
 Barber, John/Harrison, Mark (Hg.): The Soviet Defense-Industry Complex from Stalin to Khrushchev, New York 1999.  
 Bar-Zohar, Michael: David Ben-Gurion: Der Gründer des Staates Israel, Bergisch-Gladbach 1992.  
 Bashear, Suliman: Communism in the Arab East 1918–1928, London 1980.  
 Beattie, Kirk James: Egypt During the Nasser Years. Ideology, Politics, and Civil Society, Oxford 1994.  
 Beinín, Joel/Lockman, Zachary: Workers on the Nile. Nationalism, Communism, Islam, and the Egyptian Working Class, 1882–1954, London 1988.  
 Beinín, Joel: Was the Red Flag Flying there? Marxist Politics and the Arab-Israeli Conflict in Egypt and Israel, 1948–1965, Berkeley 1990.

- Beljaev, Igor' P./Primakov, E. M.: *Egipet: Vremja prezidenta Nasera*, Moskau 1974.
- Beloff, Max: *The Foreign Policy of Soviet Russia 1929-1941*, Bd. 2: 1936-1941, London u. a. 1949.
- Bennigsen, Alexandre A./Wimbush, S. Enders: *Muslim National Communism in the Soviet Union. A Revolutionary Strategy for the Colonial World*, Chicago <sup>5</sup>1983.
- Ben-Zvi, Abraham: *The United States and Israel: The Limits of the Special Relationship*, New York 1993.
- Berdiajew, Nikolai: *Sinn und Schicksal des russischen Kommunismus. Ein Beitrag zur Psychologie und Soziologie des russischen Kommunismus*, hg. von I. Schor, Luzern 1937.
- Berliner, Joseph S.: *Soviet Economic Aid. The New Aid and Trade Policy in Underdeveloped Countries*, New York 1958.
- Beyme, Klaus von: *Die Sowjetunion in der Weltpolitik*, München <sup>2</sup>1985.
- Bialer, Uri: *Between East and West: Israel's Foreign Policy Orientation, 1948-1956*, New York 1990.
- Boden, Ragna: *Die Grenzen der Weltmacht. Sowjetische Indonesienpolitik von Stalin bis Breznev*, Stuttgart 2006.
- Bondarevskij, Grigorij L./Goldobin, A. M./Lazarev, M. S./Rumjančev, V. P. (Hg.): *Politika Anglii na Bliznem i Srednem Vostoke (1945-1965)*, Moskau 1966.
- Botman, Selma: *The Rise of Egyptian Communism, 1939-1970*, New York 1988.
- Dies.: *Egypt from Independence to Revolution, 1919-1952*, New York 1991.
- Bräker, Hans: *Kommunismus und Weltreligionen Asiens. Zur Religions- und Asienpolitik der Sowjetunion*, Bd. 1, 1: *Kommunismus und Islam. Religionsdiskussion und Islam in der Sowjetunion*, Tübingen 1969.
- Ders.: *Kommunismus und Weltreligionen Asiens. Zur Religions- und Asienpolitik der Sowjetunion*, Bd. 1, 2: *Kommunismus und Islam. Islam und sowjetische Zentral- und Südostasien-Politik*, Tübingen 1971.
- Ders.: *Die sowjetische Politik gegenüber dem Islam*, in: Kappeler, A.: *Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien*, Köln 1989, S. 131-154.
- Brenner, Michael: *Geschichte des Zionismus*, München <sup>2</sup>2002.
- Brent, Jonathan/Naumov, Vladimir P.: *Stalin's Last Crime. The Doctor's Plot*, London 2003.
- Breslauer, George W. (Hg.): *Soviet Strategy in the Middle East*, London u. a. 1990.
- Brod, Peter: *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklung bis 1956*, Baden-Baden 1980.
- Brown, Carl L. (Hg.): *Diplomacy in the Middle East. The International Relations of Regional and Outside Powers*, London u. a. 2001.
- Brzezinski, Zbigniew: *How the Cold War Was Played*, in: *Foreign Affairs* 51/1 (1972), S. 181-209.
- Bucher-Dinc: *Die mittlere Wolga im Widerstreit sowjetischer und nationaler Ideologien (1917-1920)*, Wiesbaden 1997.
- Budeiri, Musa: *The Palestine Communist Party 1919-1948. Arab and Jew in the Struggle for Internationalism*, London 1979.
- Burrow, Mathew: „Mission Civilisatrice“: *French Cultural Policy in the Middle East, 1860-1914*, in: *The Historical Journal* 29 (1986), S. 109-135.
- Büttner, Friedemann: *Gamal Abdel Nasser – Charisma bis zum bitteren Ende*, in: Nippel, Wilfried (Hg.): *Virtuosen der Macht. Herrschaft und Charisma von Perikles bis Mao*, München 2000, S. 224-243.
- Buzzanco, Robert: *What Happened to the New Left? Toward a Radical Reading of American Foreign Relations*, in: *Diplomatic History* 23/4 (1999), S. 575-607.
- Campbell, John: *The Soviet Union and the Middle East*, in: *The Russian Review* 29 (1970), Teil 1, S. 143-153; Teil 2, S. 247-261.
- Castagné, Joseph: *Les Basmachis: le mouvement national des indigènes d'Asie Centrale depuis la Révolution d'octobre 1917 jusqu'en octobre 1924*, Paris 1925.
- Caute, David: *The Dancer Defects: The Struggle for Cultural Supremacy during the Cold War*, Oxford 2003.
- Chomsky, Noam: *Rogue States: The Rule of Force in World Affairs*, London 2000.
- Clarkson, Stephen: *The Soviet Theory of Development: India and the Third World in Marxist-Leninist Scholarship*, London 1979.
- Cohen, Aharon: *Israel and the Arab World*, London 1970.
- Cohen, Michael: *Palestine and the Great Powers, 1945-1948*, Princeton 1982.

- Ders.: *Fighting World War Three from the Middle East: Allied Contingency Plans, 1945–1954*, London 1997.
- Cohn, Josef: *England und Palästina. Ein Beitrag zur britischen Empire-Politik*, Berlin 1931.
- Confino, Michael/Shamir, Shimon (Hg.): *The U.S.S.R. and the Middle East*, New York u. a. 1973.
- Conquest, Robert: *Stalin: Breaker of Nations*, London 1991.
- Ders.: *Stalin. Der totale Wille zur Macht. Biographie*, München u. a. 1991.
- Cooley, John: *The Shifting Sands of Arab Communism*, in: *Problems of Communism* 24/2 (1975), S. 22–42.
- Crane, John O./Crane, Sylvia E.: *Czechoslovakia. Anvil of the Cold War*, New York 1991.
- Crowley, Edward L.: *The Soviet Diplomatic Corps 1917–1967*, Metuchen, New Jersey 1970.
- Cummings, Bruce: *Revising Postrevisionism: Or the Poverty of Theory*, in: *Diplomatic History* 17 (1993), S. 539–569.
- Dallin, David: *Soviet Policy in the Middle East*, in: *Middle Eastern Affairs*, Nov. 1955, S. 337–344.
- Davis, Horace B.: *Nationalism and Socialism, Marxist and Labor Theories of Nationalism to 1917*, London 1967.
- Dawisha, Adeed/Dawisha, Karen (Hg.): *The Soviet Union in the Middle East. Policies and Perspectives*, London u. a. 1982.
- Dawisha, Karen: *Soviet Foreign Policy towards Egypt*, London 1979.
- D'Encausse, Carrère: *La politique soviétique au moyen-orient. 1955–1975*, Paris 1975.
- Derrida, Jaques: *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*, Frankfurt a. M. 2003.
- Dockrill, Saki/Hughes, Geraint: *Cold War History*, New York 2006.
- Donaldson, Robert H. (Hg.): *The Soviet Union in the Third World: Successes and Failures*, Boulder u. a. 1981.
- Dostojewski, Fjodor M.: *Tagebuch eines Schriftstellers*, München 1977.
- Ellis, Harry B.: *Challenge in the Middle East: Communist Influence and American Policy*, New York 1960.
- Emerson, Rupert: *From Empire to Nation. The Rise of Self-Assertion of Asian and African Peoples*, Boston <sup>3</sup>1964.
- Escobar, Arturo: *Encountering Development: The Making of the Third World*, Princeton 1995.
- Even, Abba: *Personal Witness: Israel through my Eyes*, New York 1992.
- Evron, Yair: *The Middle East. Nations, Superpowers and Wars*, New York 1973.
- Fanon, Frantz: *Les damnés de la terre*, Paris <sup>4</sup>1970.
- Fetscher, Iring (Hg.): *Marxisten gegen Antisemitismus*, Hamburg 1974.
- Ders. (Hg.): *Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten*, Bd. 3: *Politik*, München u. a. <sup>3</sup>1977.
- Filitov, Alexsei M.: *Problems of Post-War Construction in Soviet Foreign Policy Conceptions During World War II*, in: *The Soviet Union and Europe in the Cold War, 1943–1953*, hg. von Francesca Gori und Silvio Pons, London u. a. 1996, S. 3–22.
- Fletcher, William C.: *Religion and Soviet Foreign Policy 1945–1970*, London 1973.
- Flores, Alexander: *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung in Palästina 1919–1948*, Münster 1980.
- Freedman, Robert O.: *Soviet Policy toward the Middle East since 1970*, New York <sup>3</sup>1982.
- Fursenko, Aleksandr/Naftali, Timothy: *Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary*, New York u. a. 2007.
- Gaddis, John Lewis: *We Now Know: Rethinking Cold War History*, Oxford u. a. 1997.
- Ders.: *Der kalte Krieg: eine neue Geschichte*, München 2007.
- Gajduk, Ilja V./Egorov, Natalija I./Čubarjan, Aleksandr O.: *Stalin i cholidnaja vojna*, Moskau 1998.
- Gasanly, Džamil': *Južnyj Azerbajdžan i načalo cholidnojj vojny*, Baku 2003.
- Ders.: *SSSR – Turcija. Ot nejtraliteta k cholidnojj vojne 1939–1953*, Moskau 2008.
- Gilboa, Yehoshua A.: *The Black Years of Soviet Jewry 1939–1953*, Boston u. a. 1971.
- Ginat, Rami: *The Soviet Union and Egypt, 1945–1955*, London 1993.
- Ders.: *Soviet Policy towards the Arab World, 1945–1948*, in: *Middle Eastern Studies* 32/4 (1996), S. 321–335.
- Ders.: *Egypt's Incomplete Revolution. Lutfi al-Khuli and Nasser's Socialism in the 1960's*, London 1997.

- Ders.: British Concoction or Bilateral Decision? Revisiting the Genesis of Soviet-Egyptian Diplomatic Relations, in: *International Journal of Middle East Studies* 31/1 (1999), S. 39–60.
- Ders.: Syria's and Libanon's Meandering Road to Independence: The Soviet Involvement and the Anglo-French Rivalry, in: *Diplomacy and Statecraft* 13/4 (2002), S. 96–122.
- Ders.: The Egyptian Left and the Roots of Neutralism in the Pre-Nasserite Era, in: *British Journal of Middle Eastern Studies* 30/1 (2003), S. 5–24.
- Ders.: India and the Palestine Question: The Emergence of the Asia-Arab Bloc and India's Quest for Hegemony in the Post-Colonial Third World, in: *Middle Eastern Studies* 40/6 (2004), S. 189–218.
- Ders.: Syria and the Doctrine of Arab Neutralism. From Independence to Dependence, Brighton 2005.
- Ders.: Egypt's Efforts to Unite the Nile Valley: Diplomacy and Propaganda, 1945–47, in: *Middle Eastern Studies* 43/2 (2007), S. 193–222.
- Ders./Noema, Meir: Al-Fajr al-Jadid: A Breeding Ground for the Emergence of Revolutionary Ideas in the Immediate Post-Second World War, in: *Middle Eastern Studies* 44/6 (2008), S. 867–893.
- Gitelman, Zvi Y.: Jewish Nationality and Soviet Politics. The Jewish Sections of the CPSU, 1917–1930, Princeton 1972.
- Glasneck, Johannes/Timm, Angelika: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bonn 1994.
- Golan, Galia: The Soviet Union and National Liberation Movements in the Third World, Boston 1988.
- Dies.: Soviet Policies in the Middle East. From World War Two to Gorbachev, Cambridge 1990.
- Golani, Motti: The Historical Place of the Czech-Egyptian Arms Deal, Fall 1955, in: *Middle Eastern Studies* 31/4 (1995), S. 803–827.
- Gordon, Joel: Nasser's Blessed Movement. Egypt's Free Officers and the July Revolution, New York u. a. 1992.
- Gorodetsky, Gabriel (Hg.): The Origins of the Cold War. Churchill, Stalin and the Formation of the Grand Alliance, in: *The Russian Review* 47/2 (1988), S. 145–170.
- Ders.: Soviet Foreign Policy 1917–1991. A Retrospective, London 1994.
- Govrin, Yosef: Israeli-Soviet Relations 1964–1966, Jerusalem 1978.
- Ders.: The Six-Day War in the Mirror of Soviet-Israeli Relations, Jerusalem 1985.
- Ders.: Izrail'sko-sovetskie otnosenija 1953–1967, Moskau 1994.
- Ders.: Israeli-Soviet Relations 1953–1967. From Confrontation to Disruption, London 1998.
- Grimsted, Patricia Kennedy (Hg.): Archives of Russia. A Directory and Bibliographic Guide to Holdings in Moscow and St. Petersburg, New York u. a. 2000.
- Gromyko, Andrej A./Ponomarev, Boris N. (Hg.): Soviet Foreign Policy, Bd. 1: 1917–1945, Moskau 1981.
- Dies. (Hg.): Soviet Foreign Policy, Bd. 2: 1945–1980, Moskau 1981.
- Grüner, Frank: Patrioten und Kosmopoliten. Juden im Sowjetstaat 1941–1953, Köln u. a. 2008.
- Gu, Xuewu: Theorien internationaler Beziehungen. Einführung, München u. a. 2000.
- Haddow, Robert H.: Pavilions of Plenty: Exhibiting American Culture Abroad in the 1950s, Washington 1997.
- Hahn, Peter Lynn: National Security Concerns in the U.S. Policy toward Egypt, 1949–1956, in: Lesch, David W. (Hg.): The Middle East and the United States. A Historical and Political Reassessment, Boulder 1996, S. 89–99.
- Halliday, Fred: Early Communism in Palestine, in: *Journal of Palestine Studies* 7/2 (1978), S. 162–169.
- Hanhimäki, Jussi M./Westad, Odd A.: The Cold War: A History in Documents and Eyewitness Accounts, Oxford 2004.
- Hanna, Sami A./Gardner, Georg H.: Arab Socialism. A Documentary Survey, Leiden 1969.
- Hasanli, Jamil: At the Dawn of the Cold War. The Soviet-American Crisis over Iranian Azerbaijan, 1941–1946, Lanham 2006.
- Haumann, Heiko: Geschichte Russlands, München 1996.
- Heinemann-Grüder, Andreas: Die sowjetische Politik im arabisch-israelischen Konflikt, Hamburg 1991.
- Heller, Joseph: The Stern Gang, London 1995.
- Hen-Tov, Jacob: Communism and Zionism in Palestine, Cambridge, Mass. 1974.

- Ders.: Contacts between Soviet Ambassador Maisky and Zionist Leaders During World War II, in: *Soviet Jewish Affairs* 8/1 (1978), S. 46–56.
- Hilger, Andreas (Hg.): *Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991*, München 2009.
- Hillgruber, Andreas/Hildebrand, Klaus: *Kalkül zwischen Macht und Ideologie*, Zürich 1980.
- Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hg.): *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.
- Höpker, Wolfgang: *Weltmacht zur See. Die Sowjetunion auf allen Meeren*, Stuttgart 1971.
- Hofstadter, Dan (Hg.): *Egypt and Nasser. A Revolution Finds its Leader, 1952–56*, Bd. 1, New York 1973.
- Ders. (Hg.): *Egypt and Nasser. Trials of an Expanding Revolution, 1957–66*, Bd. 2, New York 1973.
- Holloway, David: *Stalin and the Bomb: The Soviet Union and Atomic Energy, 1939–1956*, London u. a. 1994.
- Hubel, Helmut: *Sowjetunion und Dritte Welt*, Bonn 1981.
- Hunt, Michael H.: *Ideology and American Foreign Policy*, New Haven 1987.
- Hurewitz, Jacob C.: *Middle East Politics: The Military Dimension*, New York 1967.
- Ders.: *The Struggle for Palestine*, New York 1968.
- Ders. (Hg.): *Soviet-American Rivalry in the Middle East*, New York u. a. 1969.
- Hussini, Mohrez Mahmoud el: *Soviet-Egyptian Relations, 1945–1985*, Houndsmill 1987.
- Ibrahim, Salah Kamel: *Grundelemente und Bedingungsfaktoren der ägyptischen Außenpolitik (1952–1970) unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen Ägyptens zur Sowjetunion während des Nahostkonflikts*, Bonn 1979.
- Ijtin, Iwan: *Wesen und Eigenart der russischen Kultur. Drei Betrachtungen*, [ohne Ort] 1944.
- Ismael, Tareq Y.: *The Communist Movement in the Arab World*, New York u. a. 2005.
- Ders./El-Sa'id, Rifa'at: *The Communist Movement in Egypt, 1920–1988*, Syracuse 1990.
- Jones, Howard/Woods, Randall B.: *Origins of the Cold War in Europe and the Near East: Recent Historiography and the National Security Imperative*, in: *Diplomatic History* 17/2 (1993), S. 251–276.
- Kaplan, Karel: *Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954*, München 1986.
- Kappeler, Andreas: *Rußlands erste Nationalitäten*, Köln 1982.
- Ders.: *Rußland als Vielvölkerreich*, München 21993.
- Kasack, Wolfgang: *Kulturelle Außenpolitik*, in: *Kulturpolitik der Sowjetunion*, hg. von Oskar Anweiler und Karl-Heinz Ruffmann, Stuttgart 1973, S. 345–392.
- Katz, Mark N.: *Russia and Arabia. Soviet Foreign Policy toward the Arabian Peninsula*, Baltimore u. a. 1986.
- Kauppi, Mark V./Nation, R. Craig (Hg.): *The Soviet Union and the Middle East in the 1980s: Opportunities, Constraints, and Dilemmas*, Lexington, Massachusetts u. a. 21985.
- Keohane, Robert O.: *The Big Influence of Small Allies*, in: *Foreign Policy* 2 (1971), S. 161–182.
- Kerr, Malcolm H.: *The Emergence of a Socialist Ideology in Egypt*, in: *The Middle East Journal* 16 (1962), S. 127–144.
- Ders.: *The Arab Cold War. Gamal Abd al Nasir and His Rivals, 1958–1970*, London 31971.
- Khalidi, Walid (Hg.): *From Haven to Conquest. Readings in Zionism and the Palestine Problem until 1948*, Washington u. a. 21987.
- Khrushchev, Sergei N.: *Nikita Khrushchev and the Creation of a Superpower*, Pennsylvania State University 2000.
- Kirk, George: *The Middle East 1945–1950*, London u. a. 1954.
- Klieman, Aaron S.: *Soviet Russia and the Middle East*, Baltimore 1970.
- Klimentov, V. P.: *Političeskaja istorija. Social'no-političeskaja rol' armii v Egipte v seredine XX v., in: Vostok. Afro-aziatskie obščestva: Istorija i sovremennost'*, Nr. 6 (2004), S. 51–64.
- Klinghoffer, Arthur J./with Judith Apter: *Israel and the Soviet Union: Alienation or Reconciliation?*, Boulder u. a. 1985.
- Kochan, Lionel (Hg.): *The Jews in Soviet Russia Since 1917*, Oxford u. a. 31978.
- Kolko, Joyce/Kolko, Gabriel: *The Limits of Power: The World and United States Foreign Policy, 1945–1954*, New York 1972.
- Kolobov, O. A.: *SŠA – Izrail' i Arabskij mir*, in: *Palestinskij sbornik. Vypusk 29/92*, Moskau 1984.

- Kosač, G. G.: Političeskaja istorija. Pervye kommunisty Egipta: Popytka sozdat' gruppovoj portret, in: Vostok. Afro-aziatskie obščestva: Istorija i sovremennost', Nr. 5 (2002), S. 62–83.
- Ders.: Krasnyj flag nad Bližnem Vostokom? Kompartii Egipta, Palestiny, Sirii i Livana v 20-30-e gody, Moskau 2001.
- Kostyrčenko, Gennadij: V plenu u krasnogo faraona. Političeskie presledovanija evreev v SSSR v poslednee stalinskoe desjatiletie. Dokumental'noe issledovanie, Moskau 1994.
- Ders.: Tajnaja politika Stalina: vlast' i antisemitizm, Moskau <sup>2</sup>2003.
- Ders.: Stalin protiv „kosmopolitov“: vlast' i evrejskaja intelligencija v SSSR, Moskau 2009.
- Krämer, Gudrun: The Jews in Modern Egypt, 1914–1952, Seattle 1989.
- Dies.: Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, München 2002.
- Krammer, Arnold: Prisoners in Prague: Israelis in the Slansky Trial, in: Wiener Library Bulletin 23/4 (1969), S. 13–20.
- Ders.: Arms for Independence: When the Soviet Bloc Supported Israel, in: Walid Khalidi (Hg.): From Haven to Conquest. Readings in Zionism and the Palestine Problem until 1948, Beirut 1971, S. 745–754.
- Ders.: Soviet Motives in the Partition of Palestine, 1947–1948, in: Journal of Palestine Studies 2/2 (1973), S. 102–119.
- Ders.: The Forgotten Friendship. Israel and the Soviet Bloc, 1947–1953, London u. a. 1974.
- Kučera, Jaroslav: Edvard Beneš und die Nationalitätenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in: Suppan, A./Vyslonzil, E. (Hg.): Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918–1948, Frankfurt a. M. 2002, S. 121–139.
- Kuniholm, Bruce R.: The Origins of the Cold War in the Near East: Great Power Conflict and Diplomacy in Iran, Turkey and Greece, Princeton 1979.
- Kuzmany, Bōrrries: Die Neuerfindung des Judentums. Der Aufbau einer sowjet-jüdischen Nation im Spiegel jiddischer Parteiorgane (1917–1922), in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 53/2 (2005), S. 247–279.
- Kyle, Keith: Suez, New York 1991.
- Lacouture, Jean: Nasser. A Biography, New York 1973.
- Landau, Jacob M.: Pantürkism. From Irredentism to Cooperation, Bloomington 1995.
- Laqueur, Walter Z.: The Appeal of Communism in the Middle East, in: The Middle East Journal 9 (1955), S. 17–27.
- Ders.: The Soviet Union and the Middle East, London 1959.
- Ders.: Communism and Nationalism in the Middle East, London <sup>3</sup>1961.
- Ders.: The Struggle for the Middle East. The Soviet Union and the Middle East 1958–1968, Harmondsworth <sup>2</sup>1972.
- Ders. (Hg.): The Pattern of Soviet Conduct in the Third World, New York 1983.
- Laron, Guy: Cutting the Gordian Knot: The Post-WWII Egyptian Quest for Arms and the 1955 Czechoslovak Arms Deal, in: CWIHP Working Paper No. 55 (2007), [http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/WP55\\_WebFinal.pdf](http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/WP55_WebFinal.pdf) (11. 4. 2007).
- Ders.: „Logic dictates that they may attack when they feel they can win“: The 1955 Czech-Egyptian Arms Deal, the Egyptian Army, and Israeli Intelligence, in: The Middle East Journal 63/1 (2009), S. 69–84.
- Lebedev, Evgenij A. (Hg.): Arabskie strany. Istorija, Moskau 1963.
- Lederer, Ivo J./Vucinich, Wayne (Hg.): The Soviet Union and the Middle East: The Post-World War II Era, Stanford 1974.
- Leffler, Melvyn P.: A Preponderance of Power: National Security, the Truman Administration, and the Cold War, Stanford 1992.
- Ders./Painter, David S. (Hg.): Origins of the Cold War. An International History, London u. a. 1994.
- Ders.: Bringing it Together: The Parts and the Whole, in: Westad, Odd A. (Hg.): Reviewing the Cold War, London 2000, S. 43–63.
- Ders./Westad, Odd Arne (Hg.): The Cambridge History of the Cold War, 3 Bde, Cambridge 2010.
- Lenczowski, George: Evolution of Soviet Policy toward the Middle East, in: The Journal of Politics 20 (1958), S. 162–186.
- Ders.: The Middle East in World Affairs, Ithaca <sup>4</sup>1981.
- Lesch, David W. (Hg.): The Middle East and the United States. A Historical and Political Reassessment, Boulder 1996.

- L'Estrange Fawcett, Louise: *Iran and the Cold War: The Azerbaijan Crisis of 1946*, Cambridge 1992.
- Light, Margot: *The Soviet Theory of International Relations*, Brighton, Sussex 1988.
- Link, Werner: *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart u. a. 21988.
- Little, Douglas: *The Making of a Special Relationship: The United States and Israel, 1957–1968*, in: *International Journal of Middle East Studies* 25 (1993), S. 563–585.
- Locher, Lilo: *Immigration from the Eastern Block and the Former Soviet Union to Israel. Who is Coming When?*, Bonn 2000.
- London, Isaac: *Evolution of the USSR's Policy in the Middle East, 1950–1956*, in: *Middle Eastern Affairs*, May 1956, S. 169–178.
- Loth, Wilfried: *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955*, München 1980, erweiterte Neuausgabe 2000.
- Louis, William Roger: *Imperialism at Bay. The United States and the Decolonization of the British Empire, 1941–1945*, Oxford 21986.
- Luckevič, V. A.: *Egipet v bor'be za ěkonomičeskuju nezavisimost' 1952–1971 (Analiz roli vnešneěkonomičeskich svjazej)*, Moskau 1976.
- Luckij, Vladimir B.: *Uzbekistan i Egipet. Itogi dvuch sistem*, Moskau 1934.
- Ders.: *Anglijskij i amerikanskij imperialism na bližnem vostoce. Stenogramm publičnoj lekcii, pročitannoj v Central'nom lektorii Obščestva v Moskve*, Moskau 1948.
- Luks, Leonid: *Die Ideologie der Eurasier im zeitgeschichtlichen Zusammenhang*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 34 (1986), S. 374–395.
- Ders.: *Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin*, Regensburg 2000.
- Ders.: *Zum Stalinschen Antisemitismus – Brüche und Widersprüche*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (1997), S. 9–50.
- Ders. (Hg.): *Der Spätstalinismus und die „jüdische Frage“*. Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus, Köln 1998.
- Ders.: *Die „antikosmopolitische Kampagne“ in der spätstalinistischen Sowjetunion und die polnischen „Märzereignisse“ – ein Vergleich*, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 2 (1999), S. 215–237.
- Lundestad, Geir: *The American Empire and Other Studies in U.S. Foreign Policy in a Comparative Perspective*, New York 1990.
- Lustiger, Arno: *Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden*, Berlin 1998.
- Lux, Leo: *Lenins außenpolitische Konzeptionen in ihrer Anwendung*, München 1976.
- Macdonald, Douglas J.: *Communist Bloc Expansion in the Early Cold War: Challenging Realism, Refuting Revisionism*, in: *International Security* 20/3 (1995), S. 152–188.
- Ders.: *Formal Ideologies in the Cold War: Toward a Framework for Empirical Analysis*, in: Westad, Odd A. (Hg.): *Reviewing the Cold War*, London 2000, S. 180–204.
- Mackinder, Halford J.: *The Geographical Pivot of History*, in: *The Geographical Journal* 23 (1904), S. 421–437.
- Ders.: *Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction*, London 1919.
- Mahr, Horst: *Die Rolle Ägyptens in der amerikanischen und sowjetischen Außenpolitik. Von der Suezkrise 1956 bis zum Sechs-Tage-Krieg 1967*, Baden-Baden 1993.
- Malik, Charles: *Call to Action in the Near East*, in: *Foreign Affairs* 34/4 (1956), S. 637–654.
- Mansfield, Peter: *Nasser's Egypt*, Baltimore 1965.
- Ders.: *Nasser*, London u. a. 1969.
- Ders.: *The British in Egypt*, London 1971.
- Ders.: *A History of the Middle East*, New York 1992.
- Mastný, Vojtech: *The Beneš-Stalin-Molotov-Conversations in December 1943: New Documents*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 20 (1972), S. 367–402.
- Ders.: *The Cold War and Soviet Insecurity: The Stalin Years*, New York u. a. 1998.
- Ders.: *The New History of the Cold War Alliances*, in: *Journal of Cold War Studies* 4/2 (2002), S. 55–84.
- Ders.: *Soviet Foreign Policy, 1953–1962*, in: Leffler, Melvyn P./Westad, Odd Arne (Hg.): *The Cambridge History of the Cold War*, 3 Bde, Cambridge 2010, S.
- Matuz, Josef: *Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte*, Darmstadt 31994.

- McAlevy, Tony: *Superpower Rivalry. The Cold War 1945–1991*, Cambridge 1998.
- McFarland, Stephan L.: A Peripheral View of the Origins of the Cold War: The Crises in Iran, 1941–1947, in: *Diplomatic History* 4/4 (1980), S. 333–351.
- McLaurin, Ronald D.: *The Middle East in Soviet Policy*, Lexington, Mass. 1975.
- Ders./Mughisuddin, Mohammed/Wagner, Abraham R: *Foreign Policy Making in the Middle East*, New York 1977.
- McLaurin, Ronald D./Perek, Don/Snider, Lewis W.: *Middle East Foreign Policy. Issues and Processes*, New York 1982.
- Meissner, Boris: *Rußland unter Chruschtschow*, München 1960.
- Ders.: *Das Parteiprogramm der KPdSU 1903–1961*, Köln 1962.
- Ders.: *Triebkräfte und Faktoren der sowjetischen Außenpolitik*, in: Ders./Rhode, Gotthold (Hg.): *Grundfragen sowjetischer Außenpolitik*, Stuttgart u. a. 1970, S. 9–40.
- Ders.: *Partei, Staat und Nation in der Sowjetunion*, Berlin 1985.
- Ders./Rhode, Gotthold (Hg.): *Grundfragen sowjetischer Außenpolitik*, Stuttgart u. a. 1970.
- Melchers, Konrad: *Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew*, Berlin 1980.
- Milogradov, P. V.: *Arabskij vostok v meždunarodnyh otnošenijach. Stenogramma publičnoj lekicii, pročitannoj 15 fevralja 1946 goda v Lekcionnom zale v Moskve, Moskau 1946.*
- Mirsky, Georgij: *The Soviet Perception of the U.S. Threat*, in: Lesch, David W. (Hg.): *The Middle East and the United States. A Historical and Political Reassessment*, Boulder 1996, S. 395–403.
- Mlečin, Leonid: *Začem Stalin sozdal Izrail’?*, Moskau 2005.
- Montefiore, Simon Sebag: *Stalin. Am Hof des Roten Zaren*, Frankfurt a. M. 2005.
- Morsy, Laila A.: *The Role of the United States in the Anglo-Egyptian Agreement of 1954*, in: *Middle Eastern Studies* 29 (1993), S. 526–558.
- Dies.: *American Support for the 1952 Egyptian Coup: Why?*, in: *Middle Eastern Studies* 31 (1995), S. 307–316.
- Mosley, Philip E.: *Soviet Foreign Policy: New Goals or New Manners?* In: *Foreign Affairs* 34 (1955/1956), S. 545–558.
- Mufti, Malik: *Sovereign Creations: Pan Arabism and Political Order in Syria and Iraq*, New York 1996.
- Ders.: *The United States and Nasserist Pan-Arabism*, in: Lesch, David W. (Hg.): *The Middle East and the United States. A Historical and Political Reassessment*, Boulder 1996, S. 163–182.
- Nekrič, Aleksandr M.: *Otrešis’ ot stracha: vospominanija istorika*, London 1979.
- Nolte, Hans-Heinrich: *Kleine Geschichte Russlands*, Bonn 2005.
- Nove, Alec: *The Soviet Economy. An Introduction*, London 2<sup>1965</sup>.
- Nutting, Anthony: *Nasser*, London 1972.
- Offenberg, Mario: *Kommunismus in Palästina. Nation und Klasse in der antikolonialen Revolution*, Meisenheim am Glan 1975.
- Pappé, Ilan: *The Making of the Arab-Israeli Conflict: 1947–1951*, Reprinted, London u. a. 2006.
- Pawelka, Peter: *Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten*, Heidelberg 1985.
- Ders.: *Der Vordere Orient und die internationale Politik*, Stuttgart 1993.
- Pechatnov, Vladimir O.: *The Big Three after World War II: New Documents on Soviet Thinking about Post-War Relations with the United States and Great Britain*, in: *CWIHP Working Paper No. 13* (1995), <http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/ACF17F.pdf> (27. 2. 2009).
- Persson, Magnus: *Great Britain, the United States and the Security of the Middle East: the Formation of the Baghdad Pact*, Lund 1998.
- Phillips, Hugh D.: *Between the Revolution and the West. A Political Biography of Maxim M. Litvinov*, Boulder u. a. 1992.
- Pleshakov, Constantine: *Studying Soviet Strategies and Decision-Making in the Cold War Years*, in: Westad, Odd A. (Hg.): *Reviewing the Cold War*, London 2000, S. 232–241.
- Podeh, Elie: *The Drift towards Neutrality: Egyptian Foreign Policy During the Early Nasserist Era, 1952–1955*, in: *Middle Eastern Studies* 32 (1996), S. 159–178.
- Rabinovich, Itamar/Reinharz, Jehuda (Hg.): *Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics, and Foreign Relations 1948–present*, New York u. a. 1984.

- Rapoport, Louis: Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992.
- Redlich, Shimon: Propaganda and Nationalism in Wartime Russia. The Jewish Antifascist Committee in the USSR, 1941–1948, [ohne Ort] 1982.
- Ders.: War, Holocaust and Stalinism. A Documented History of the Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR, Luxembourg 1995.
- Resis, Albert (Hg.): Molotov Remembers. Inside Kremlin Politics: Conversations with Felix Chuev, Chicago 1993.
- Reynolds, David (Hg.): The Origins of the Cold War in Europe: International Perspectives, New Haven 1994.
- Ders.: One World Divisible: A Global History Since 1945, New York 2000.
- Roberg, Jeffrey L.: Soviet Science under Control: The Struggle for Influence, London 1998.
- Rodinson, Maxime: Marxism and the Muslim World, London 1979.
- Ro'i, Yaacov: The Role of Islam and the Soviet Muslims in Soviet Arab Policy, in: Asian and African Studies 10/2 (1974), S. 157–189; 10/3 (1975), S. 259–280.
- Ders.: Soviet Policies and Attitudes toward Israel, 1948–1978 – An Overview, in: Soviet Jewish Affairs 8/1 (1978), S. 35–45.
- Ders. (Hg.): The Limits to Power: Soviet Policy in the Middle East, London 1979.
- Ders.: Soviet Decision Making in Practice. The USSR and Israel 1947–1954, New Brunswick u. a. 1980.
- Ders. (Hg.): Jews and Jewish Life in Russia and the Soviet Union, London 1995.
- Ders.: Islam in the Soviet Union. From the Second World War to Gorbachev, London 2000.
- Ders.: The Struggle for Soviet Jewish Emigration, 1948–1967, Cambridge 2003.
- Rosecrance, Richard: Bipolarity, Multipolarity and the Future, in: The Journal of Conflict Resolution 10 (1966), S. 314–327.
- Rothermund, Dietmar: Indien und die Sowjetunion, Tübingen 1968.
- Rubenstein, Joshua/Naumov, Vladimir P. (Hg.): Stalin's Secret Pogrom. The Postwar Inquisition of the Jewish AntiFascist Committee, New Haven u. a. 2001.
- Rubenstein, Sondra Miller: The Communist Movement in Palestine and Israel, 1919–1984, Boulder 1985.
- Rubinstein, Alvin Z.: Soviet Foreign Policy since World War II. Imperial and Global, Boston 1985.
- Ders.: Moscow's Third World Strategy, Princeton 1990.
- Ders./Petro, Nicolai N.: Russian Foreign Policy: From Empire to Nation-State, New York 1997.
- Rubinstein, Amnon: Geschichte des Zionismus. Von Theodor Herzl bis heute, München 2001.
- Rucker, Laurent: L'URSS et le conflit israelo-arabe 1941–1956, Thèse de doctorat, Université Paris X 1999.
- Ders.: The Soviet Union and the Suez Crisis, in: Tal, David (Hg.): The 1956 War: Collusion and Rivalry in the Middle East, London 2001, S. 67–82.
- Ders.: Staline, Israël et les Juifs, Paris 2001.
- Ders.: Moscow's Surprise: The Soviet-Israeli Alliance of 1947–1949, in: CWIHP Working Paper No. 46 (2005), [http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/CWIHP\\_WP\\_461.pdf](http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/CWIHP_WP_461.pdf) (11. 4. 2007).
- Rustow, Dankwart A.: Defense of the Near East, in: Foreign Affairs 34/2 (1956), S. 271–286.
- Ryan, David: US Foreign Policy in World History, London 2000.
- Saint John, Robert: The Boss. The Story of Gamal Abdel Nasser, New York 1960.
- Sayegh, Fayez: The Theoretical Structure of Nasser's Socialism, in: Hanna, Sami A./Gardner, George H.: Arab Socialism. A Documentary Survey, Leiden 1969, S. 98–141.
- Schechtman, Joseph B.: The Mufti and the Fuehrer: The Rise and Fall of Haj Amin el-Husseini, New York 1965.
- Schieder, Theodor/Gräubig, Kurt (Hg.): Theorieprobleme der Geschichtswissenschaft, Darmstadt 1977.
- Schulze, Reinhard: Geschichte der Islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München 1994.
- Schutz, Barry M./Slater, Robert O.: Revolution and Political Change in the Third World, Boulder 1990.
- Seale, Patrick: The Struggle for Syria, London 1986.
- Segev, Tom: Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, München 2005.
- Seifert, Thomas/Werner, Klaus: Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld, Bonn 2006.

- Sejranjan, Bagrat G.: *Egipet v bor'be za nezavisimost' 1945–1952*, Moskau 1970.
- Sella, Amnon: *Soviet Political and Military Conduct in the Middle East*, London 1981.
- Shanneik, Ghazi: *Die Entwicklung des ägyptischen Militärregimes unter besonderer Berücksichtigung der ägyptisch-sowjetischen Beziehungen 1952–1970*, Göttingen 1978.
- Shwadran, Benjamin: *The Middle East, Oil and the Great Powers*, New York 1955.
- Sidorko, Clemens P.: *Dschihad im Kaukasus. Antikolonialer Widerstand der Dagestaner und Tschetschenen gegen das Zarenreich (18. Jahrhundert bis 1859)*, Wiesbaden 2007.
- Simon, Gerhard: *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft*, Baden-Baden 1986.
- Smith, Tony: *New Bottles for New Wine: A Pericentric Framework for the Study of the Cold War*, in: *Diplomatic History* 24/4 (2000), S. 567–591.
- Spector, Ivar: *The Soviet Union and the Muslim World, 1917–1958*, Seattle 1959.
- Spiegel, Steven L./Heller, Mark A./Goldberg, Jacob (Hg.): *The Soviet-American Competition in the Middle East*, Lexington, Massachusetts 1988.
- Spykman, Nicholas J.: *America's Strategy in World Politics. The United States and the Balance of Power*, New York u. a. 1942.
- Ders.: *The Geography of the Peace*, hg. von Helen R. Nickoll, New York 1944.
- St John, Ronald Bruce: *Libya and the United States. Two Centuries of Strife*, Philadelphia 2002.
- Stöver, Bernd: *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991*, München 2007.
- Taborsky, Edward: *Politics in Exile, 1939–1945*, in: Mamatey, Victor S./Luža, Radomír (Hg.): *A History of the Czechoslovak Republik 1918–1948*, Princeton 1973, S. 322–342.
- Taubman, William: *Khrushchev: The Man and His Era*, London 2004.
- Teller, Judd L.: *The Kremlin, the Jews, and the Middle East*, New York u. a. 1957.
- Tibi, Bassam: *Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel*, Frankfurt a. M. 1971.
- Troyanovskij, K.: *Vostok i revolutsija*, Moskau 1918.
- Tuganova, Ol'ga E.: *Politika SŠA i Anglii na Bližnem i Srednem Vostoke*, Moskau 1960.
- Ulam, Adam B.: *Expansion and Coexistence: Soviet Foreign Policy, 1917–1973*, New York 1974.
- Ders.: *Stalin. Kolob der Macht*, Esslingen am Neckar 1977.
- Vaksberg, Arkady: *Stalin against the Jews*, New York 1994.
- Vanden-Berghe, Yvan: *Der kalte Krieg 1917–1990*, Leipzig 2002.
- Vasil'eva, Larisa: *Kremlevskie ženy. Vospominanija, dokumenty, legendy*, Moskau 1994.
- Vassiliev, Alexei: *Russian Policy in the Middle East. From Messianism to Pragmatism*, Reading 1993.
- Vatikiotis, Panayiotis J.: *The Egyptian Army in Politics. Pattern for New Nations*, Bloomington 1961.
- Ders.: *The Modern History of Egypt*, New York 1969.
- Ders.: *Notes for an Assessment for the Soviet Impact on Egypt*, in: Confino, Michael/Shamir, Shimon (Hg.): *The USSR and the Middle East*, Jerusalem 1973, S. 273–289.
- Ders.: *Nasser and His Generation*, London 1978.
- Vatolina, L. N.: *Sovremennyj Egipet*, Moskau u. a. 1949.
- Dies.: *Bor'ba za Afriku i osvoboditel'noe dvizhenie narodov*, Moskau 1954.
- Dies.: *Araby v bor'be za nezavisimost' (nacional'no-osvoboditel'noe dvizhenie v Arabskich stranach posle vtoroj mirovoj vojny)*, Moskau 1957.
- Walt, Stephan M.: *The Origin of Alliances*, Ithaca 1987.
- Weber, Max: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen 1988.
- Westad, Odd Arne: *The Book, the Bomb, and Stalin*, in: *Diplomatic History* 20/3 (1996), S. 491–496.
- Ders.: *Losses, Chances, and Myths: The United States and the Creation of the Sino-Soviet Alliance, 1945–1950*, in: *Diplomatic History* 21/1 (1997), S. 105–116.
- Ders.: *Secrets of the Second World: The Russian Archives and the Reinterpretation of Cold War History*, in: *Diplomatic History* 21/2 (1997), S. 259–272.
- Ders.: *Bernath Lecture – The New International History of the Cold War: Three (Possible) Paradigmas*, in: *Diplomatic History* 24/4 (2000), S. 551–566.
- Ders. (Hg.): *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*, London u. a. 2000.
- Ders.: *The Global Cold War*, Cambridge 2001.
- Wheeler, Geoffrey: *Russia and the Middle East*, in: *The Political Quarterly* 28 (1957), S. 127–136.

- Ders.: Colonialism and the USSR, in: *The Political Quarterly* 29 (1958), S. 215–223.
- Wheelock, Keith: *Nasser's New Egypt*, New York 1960.
- Wolffsohn, Michael: *Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, München 72007.
- Wolkogonow, Dimitri: *Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt*, Düsseldorf u. a. 1993.
- Yaqub, Salim: *Containing Arab Nationalism. The Eisenhower Doctrine and the Middle East*, London u. a. 2003.
- Yemelianova, Galina M.: *Russia and Islam. A Historical Survey*, Basingstoke u. a. 2002.
- Zeman, Zbyněk/Klimek, Antonín: *The Life of Edvard Beneš 1884–1948. Czechoslovakia in Peace and War*, Oxford 1997.
- Zenkovsky, Serge: *Panturkism and Islam in Russia*, Cambridge, Mass. 1960.
- Zubok, Vladislav: *A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*, Chapel Hill 2007.
- Ders./Pleshakov, Constantine: *Inside the Kremlin's Cold War: From Stalin to Khrushchev*, London u. a. 1996.
- Dies.: *Der Krenl im Kalten Krieg. Von 1945–1990*, Paris 2001.
- Zyjagel'skaja, Irina D.: *Istorija*, in: Dies./Karasova, Tat'jana A./Fedorčenko, Andrej V.: *Gosudarstvo Izrail'*, Moskau 2005, S. 10–314.

## Internetseiten

- Cold War Studies at the LSE, <http://www.lse.ac.uk/collections/CWSC/coldWarHistoryJournal/>
- Cold War Studies at Harvard University, <http://www.fas.harvard.edu/~hpcws/journal.htm>
- Baku Congress of the Peoples of the East, Summons to the Congress, July 20, 1920, <http://marxists.architexturez.net/history/international/comintern/baku/ch01.htm> (5. 8. 2007)
- Baku Congress of the Peoples of the East, Seventh Session, September 7, 1920, <http://marxists.architexturez.net/history/international/comintern/baku/ch07.htm> (5. 8. 2007)
- Woodrow Wilson International Center for Scholars, <http://www.wilsoncenter.org> (5. 5. 2007)
- The Virtual Archive, Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars, [www.CWIHP.org](http://www.CWIHP.org) (5. 5. 2007)
- The Avalon Project. Documents in Law, History and Diplomacy, Yale Law School, <http://avalon.law.yale.edu> (10. 9. 2009)
- Truman Doctrine, [http://avalon.law.yale.edu/20th\\_century/trudoc.asp](http://avalon.law.yale.edu/20th_century/trudoc.asp) (10. 9. 2009)
- The Sinews of Peace by Winston S. Churchill, Fulton, 5. 3. 1946, [http://www.nato.int/docu/speech/1946/S460305a\\_e.htm](http://www.nato.int/docu/speech/1946/S460305a_e.htm) (7. 6. 2009)
- The National Security Archive, <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/> (12. 9. 2009)
- V. I. Lenin: Interview Given to Michael Farbman, Observer and Manchester Guardian Correspondent, 27. 10. 1922, <http://www.marxists.org/archive/lenin/works/1922/oct/27.htm> (12. 9. 2009)
- BBC, „Putin Ready for Talks with Hamas“, 9. 2. 2006, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle\\_east/4698240.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4698240.stm) (12. 04. 2009)
- Andrej A. Ždanov: Report on the International Situation to the Cominform, 22. 9. 1947, <http://www.cnn.com/SPECIALS/cold.war/episodes/04/documents/cominform.html> (19. 8. 2007)
- FAZ net, „Empfang für Hamas in Moskau“, 3. 3. 2006, [http://fazarchiv.faz.net/webcgi?WID=57343-9280720-43206\\_1](http://fazarchiv.faz.net/webcgi?WID=57343-9280720-43206_1) (12. 04. 2009)
- Focus online, „Putin verkauft Mullahs moderne Waffen“, 16. 1. 2007, [http://www.focus.de/politik/ausland/iran\\_aid\\_122795.html](http://www.focus.de/politik/ausland/iran_aid_122795.html) (12. 04. 2009)
- GfbV (Gesellschaft für bedrohte Völker): „Russland heizt Wettrüsten im Süden an“, 13. 2. 2007, [http://www.epo.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=2408](http://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=2408) (15. 11. 2010)
- Anders Stephanson: Fourteen Notes on the Very Concept of the Cold War, <http://mail.h-net.msu.edu/~diplo/stephanson.html> (8. 10. 2007)
- Mitarbeiter des diplomatischen Dienstes, Missionen, Botschaften, [http://www.knowbysight.info/6\\_MID/03446.asp](http://www.knowbysight.info/6_MID/03446.asp) (10. 9. 2009)
- RIA Novosti, „Russische Waffen für den Nahen Osten“, August 2008, [http://de.rian.ru/comments\\_interviews/20080828/116355685.html](http://de.rian.ru/comments_interviews/20080828/116355685.html) (12. 04. 2009)

- RIA Novosti, „Rice verurteilt Russlands Waffenlieferungen an Syrien als Politik der Destabilisierung“, Oktober 2010, <http://de.rian.ru/world/20071025/85445891.html> (12.04.2009)
- US Department of State: „State Sponsors of Terror“, <http://www.state.gov/s/ct/c14151.htm> (14.11.2008)
- Rede des Staatssekretärs John Bolton, 6.5.2002, <http://www.state.gov/t/us/rm/9962.htm> (14.11.2008)
- Daten der UN-Flüchtlingsorganisation für Palästina, UNRWA, <http://www.un.org/unrwa/refugees/pdf/reg-ref.pdf> (21.8.2009)
- The Washington Post, „Putin Says Russia, U.S. Differ on Hamas Win“, 1.2.2006, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/01/31/AR2006013100700.html> (12.04.2009)
- „State of the Union“-Rede von George W. Bush, 29.1.2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html> (31.10.2008)



## Personenregister

- Abakumov, Viktor S. 137, 142  
 'Abd an-Nāsir, Ġamāl siehe Nasser, Gamal Abdel  
 Acheson, Dean Gooderham 164  
 Achmatova, Anna 142  
 Ad-Dawālībī, Ma'rūf 155f.  
 Ad-Dīn, Salāh 156  
 Al-'Arābī, Mahmūd Husnī 66f.  
 Al-'Azm, Khālid 156  
 Al-Bindarī, Kāmil 78, 83, 153-155  
 Al-Chūrī, Faiz 80  
 Al-Chūrī, S. 157  
 Alekseenko, V. 158  
 Alexander II. 40  
 Al-Hilū, Ridwān (Musa) 64-66  
 Alilueva, Nadežda 146  
 Al-Kabīr, 'Alī Bek 24  
 Al-Masri, Azīz 173  
 Al-Qūwatli, Šukri 80  
 Amery, Leopold S. 48, 50  
 An-Nahās, Mušafā 56, 72, 82, 86, 164  
 An-Nuqraši, Mahmūd Fahmī 82-84  
 Arbenz, Jacobo G. 171  
 As-Saūd, Faisal 154, 174  
 As-Sulh, Rīād 152  
 Atatürk, Kemal 140  
 Auerbach, Wolf 61f., 64  
 Avriel, Ehud 118  
 Azam, Abdel Rahman 84, 120  
  
 Bakdāš, Khālid 76, 162  
 Bakulin, I. N. 139  
 Balfour, Arthur James 50, 55  
 Ball, Simon 181  
 Baranov, Leonid S. 128, 144  
 Bauer, Otto 31  
 Ben Gurion, David 88, 91-93, 95, 99, 111, 139-141, 147, 186  
 Beneš, Edvard 100-102, 105, 114, 148  
 Berdjaev, Nikolaj 26, 28, 38  
 Berger, Joseph 53, 57, 61, 64, 69  
 Berija, Lavrentij 182  
 Bernadotte, Graf Folke 117  
 Bevin, Ernest 78, 107  
 Bidault, Georges 79  
 Birnbaum, Nathan 10  
 Blaas, Ludwig 158  
 Bogomolov, A. E. 79  
 Bolton, John 9  
 Brod, Peter 17, 91, 115  
  
 Brodecki, Selig 91  
 Bucharin, Nikolaj 57, 181  
 Burckhardt, Jacob 14  
 Bush, George W. 9  
 Byroade, Henry A. 179, 193  
  
 Caffery, Jefferson 163  
 Campbell, Sir Ronald 84  
 Carapkin, S. 116, 161  
 Cheifec, Grigorij M. 135, 145  
 Childs, J. Rives 156  
 Chou En-Lai 178  
 Chruščev, Nikita S. 12, 16, 29, 72, 134, 145, 156, 164, 180-182, 184-190, 193  
 Churchill, Sir Winston 91, 107, 110  
 Čičerin, Georgij V. 29  
 Clinton, Bill 9  
 Cohen, Aharon 66, 96  
 Cohn, Josef 50, 67  
 Crankshaw, Edward 181  
 Čuev, Feliks 78, 110, 114  
 Curiel, Henry 152  
  
 Dawisha, Karen 13  
 De Lesseps, Ferdinand 47  
 Dimitrov, Georgij 132  
 Disraeli, Benjamin 48  
 Dostoevskij, Fjodor 28  
 Dulles, John Foster 169, 172, 180f.  
  
 Eban, Abba 126  
 Eden, Sir Anthony 85  
 Einstein, Albert 143  
 El Hussini, Mohrez Mahmoud 13  
 Engels, Friedrich 27, 30-32, 40  
 Epstein, Eliahu 89, 91, 102, 108, 116, 131  
 Ęrenburg, Il'ja 134-137, 139, 142f., 146, 151  
 Eršov, P. I. 118, 138-140  
 Etinger, Jakob G. 65, 149  
  
 Fanon, Frantz 9  
 Farbman, Michael S. 30  
 Fārūq I. (Faruk) 56, 73, 75, 84, 125, 157, 164, 167  
 Fauzi, Mahmūd 173, 176  
 Fefer, Icik 98, 137, 142-144, 148f.  
  
 Gaddis, John Lewis 16  
 Galiev, Mir Said Sultan 42, 44, 58f.

- Geminder, Bedřich 147  
 Ginat, Rami 13, 119, 156, 168, 186–188  
 Golan, Galia 13  
 Golani, Motti 18  
 Goldmann, Nahum 71, 86–88, 90f., 94f. 101–103, 105, 114  
 Goldstücker, Eduard 158  
 Gorčakov, Aleksandr M. 23, 26, 29, 78  
 Gottwald, Klement 100, 147  
 Gromyko, Andrej A. 83f., 91, 111–114, 116, 123, 126, 130, 151f.  
 Grossman, Vasilij 143  
 Gruber, Karl 158
- Haikal, Moḥammad Ḥassanīn (Haykal) 34, 69, 168  
 Haushofer, Karl 46  
 Hen-Tov, Jacob 17  
 Herzl, Theodor 10  
 Hitler, Adolf 38, 48, 66, 77, 127, 130  
 Holloway, David 181–183  
 Hussaīn Ibn ‘Alī, Šarīf 54
- Il’jin, Ivan 24  
 Ivan der Schreckliche 127
- Jassin, Scheich Jussuf 156
- Kaiser, Oldžich 169, 170  
 Kaplan, Karel 121, 147  
 Katharina II. 24f.  
 Kautsky, Karl 38  
 Kennan, George 110  
 Keohane, Robert O. 15  
 Killlearn, Lord 56  
 Kosač, G. 70  
 Kostylev, Michail A. 97, 170  
 Kozyrev, S. M. 157, 168f., 171  
 Kramer, Arnold 13, 96, 115, 120, 129, 137
- Laqueur, Walter 114  
 Laron, Guy 18, 158, 178  
 Lasalles, Ferdinand 31  
 Lenin, Vladimir Il’ič 27, 29–44, 46, 68, 181, 184, 191  
 Litvinov, Maksim M. 87, 91, 98–100, 103, 114, 149  
 Locker, Berl 95  
 Lovett, Robert A. 164  
 Lozovskij, Solomon A. 143–145, 149  
 Luks, Leonid 27, 134, 148  
 Luxemburg, Rosa 31, 39f.
- MacDonald, Ramsay 63  
 Mackinder, Halford John 46  
 Majskij, Ivan 71–73, 91, 93–95, 98f., 149  
 Malenkov, Georgij M. 134f., 181–184, 187
- Malik, Jakov 126  
 Malyšev, V. A. 96, 150  
 Manabendra-Nath, Roy 58  
 Mardam, Čamil 154  
 Marx, Karl 27, 30–32, 38  
 Masaryk, Jan 100, 119, 148  
 McLaurin, Ronald D. 13  
 Meir, Golda (Meyerson, Golda) 88, 118, 120, 134f., 137f., 145  
 Meissner, Boris 28, 181  
 Men’šikov, M. 163  
 Meyerson, Golda siehe Meir, Golda  
 Michoëls, Solomon 98, 132, 142–145, 148f.  
 Mikojan, Anastas 185  
 Mikunis, Shmuel 65, 120, 128, 162  
 Milogradov, P. V. 18, 46, 68  
 Mlečin, Leonid 18, 179, 187  
 Molotov, Vjačeslav M. 19, 72, 77–80, 100, 108–110, 112, 114, 116, 119, 128, 132, 137, 140, 142f., 145f., 149, 183, 188  
 Musaddiq, Muhammad (Mossadegh, Muhammad) 164, 171
- Naḡuīb, Alī Muhammad 167  
 Namir, Mordechaj 140  
 Napoleon Bonaparte 48  
 Narimanov, Nariman 58  
 Našat, Hassan 72  
 Nasser, Gamal Abdel (‘Abd an-Nāsir, Čamāl) 11, 21, 49, 167–169, 171–181, 187–190, 192  
 Nehru, Jawaharlal 178  
 Novikov, Nikolaj Vasil’evič 72, 74f., 108f., 114, 125
- Pahlevi, Schah Reza 171  
 Paul I. 25  
 Peel, Robert 87, 91  
 Peter der Große 24  
 Podeh, Elie 169  
 Potapov, A. 90  
 Putin, Vladimir 9, 19
- Radek, Karl 35, 52  
 Raḡab, Hassan 170  
 Ro’i, Yaacov 13, 119, 124f., 138  
 Roosevelt, Franklin D. 136, 154  
 Rothschild, Baron Lionel Walter 50  
 Rucker, Laurent 17f., 89, 104f., 115
- Sabri Abū Alam, Muhammad 82  
 Sacharov, Andrej D. 188  
 Sadat, Muhammad Anwar (As-Sādāt, Muhammad Anūar) 168, 177f.  
 Salem, Salah 179  
 Sasson, Eliahu 115  
 Sauvy, Alfred 10  
 Ščiborin, A. D. 85

- Šepilov, Dmitrij (Schepilow) 182, 187f.  
 Shaftesbury, Earl of 50  
 Shertok, Moshe 93, 116f., 133, 138f.  
 Sidqī, Ismail 81f.  
 Šimeliovič, Boris A. 149  
 Slánský, Rudolf 100, 147  
 Smith, Tony 16  
 Sofia (Zarin) 24  
 Solod, D. S. 173f., 177, 186f.  
 Spykman, Nicholas J. 46f.  
 Stalin, Iosif 12, 27, 32, 35–44, 46, 58, 62, 68–70,  
     72, 74, 76–80, 99–103, 105, 110, 113f., 119,  
     121, 124, 126–128, 130–132, 134–139, 141–  
     143, 145–151, 156, 163f., 180–185, 189, 193  
 Stern, Avraham 88  
 Sudoplatov, Pavel A. 41, 129, 143f., 151  
 Suslov, Michail A. 76, 184
- Tāyi, Ahmad M. Farag 169f.  
 Tito, Josip Bros 119, 146f., 178  
 Toynbee, Arnold 14  
 Trojanovskij, K. M. 67  
 Truman, Harry S. 107, 110, 136f., 147  
 Tūbi, Tawfiq 65, 162  
 Tuma, Emile 65, 130
- Umanskij, Konstantin A. 90, 103, 105
- Vatolina, L. N. 18, 57, 68, 81, 118  
 Vavilov, M. S. 123  
 Victoria (Königin) 48  
 Vinogradov, Sergej A. 91  
 Vinogradov, V. N. 148  
 Vovsi, Miron S. 148f.  
 Vyšinskij, Andrej Januar'evič 78, 80, 83, 112,  
     114, 119, 133f., 139, 154, 158, 162f.
- Wallace, Henry A. 123, 136f.  
 Weiss, Constantine (Avigdor) 68  
 Weizmann, Chaim 54, 91–94, 98f., 101  
 Westad, Odd Arne 15, 17  
 Wilhelm II. 45  
 Wingate, Reginald 55  
 Wise, Rabbi 90  
 Woodhead, Sir John 87
- Zaglül, Sa'd 55  
 Ždanov, Andrej A. 84, 123, 142–144, 148  
 Žemčužina, Polina 137, 145f.  
 Zinov'ev, Grigorij E. 34, 57  
 Zorin, V. A. 119, 155  
 Zoščenko, Michail 142  
 Zubok, Vladislav 14, 78f., 127  
 Žukov, Georgij K. 189  
 Zvjagel'skaja, Irina D. 122, 124